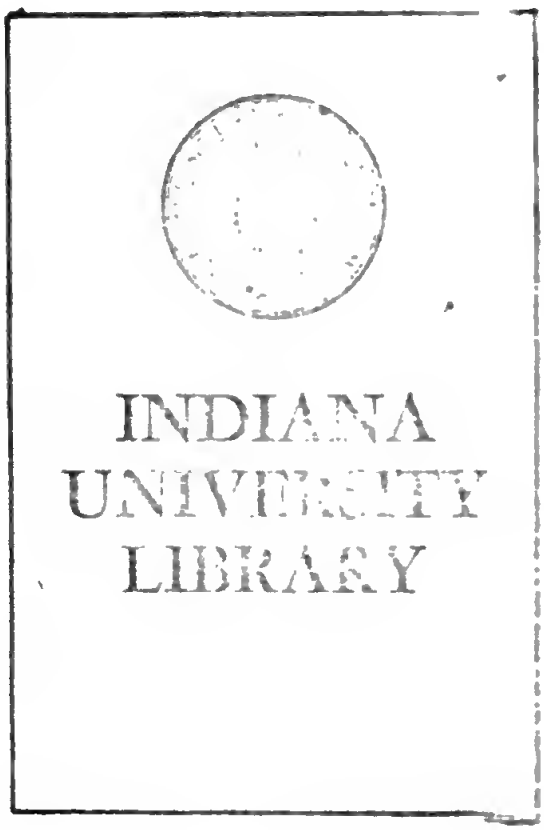

INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY

P. Bierbaum. 1916.

Vom inneren Frieden des deutschen Volkes

Ein Buch gegenseitigen
Verstehens und Vertrauens

herausgegeben von

Friedrich Thimme

Verlag von S. Hirzel in Leipzig / 1916

K.L.A.D.

DD 228.8
.T4

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright by S. Hirzel at Leipzig 1916.

Druck von August Pries in Leipzig.

Digitized by Google

Unſeren gefallenen Brüdern.

6 — 16 — 67

Vorwort.

Dem inneren Frieden des deutschen Volkes will dies Buch dienen.

Ohne den inneren Frieden muß auf die Dauer die herrliche Einigkeit des ganzen deutschen Volkes, die uns Mut, Ausdauer und gläubige Zuversicht, Sieg und helle, gesicherte Zukunft bedeutet, verloren gehen. In dieser Erkenntnis ist gleich nach dem Beginn des ungeheuren Weltkrieges durch freiwilligen Entschluß der verschiedenen Parteien, Gruppen und Richtungen der Burgfriede proklamiert worden. Natürlicherweise haben die inneren Gegensätze, die in dem deutschen Volke von je vorhanden waren, die vor dem Kriege sogar zu einer oft beklagten inneren Zerklüftung geführt haben, durch ein solches, nicht selten nur unwillig ertragenes Schweigegebot nicht aus der Welt geschafft werden können; sie haben vielmehr, gesteigert noch durch manche tiefgehende Meinungsverschiedenheit über die großen auf Krieg und Frieden bezüglichen Fragen, eine solche Spannung erreicht, daß unzählige Patrioten sich mit banger Sorge fragen, ob es möglich sei, daß der innere Frieden und mit ihm die köstliche Einigkeit des ganzen deutschen Volkes über den Krieg hinaus bewahrt werde. Und doch tut uns beides, Einigkeit und innerer Friede, n a ch dem Kriege erst recht not. Wir wissen ja nur zu gut, daß unsere vielen Feinde, wenn sie, besiegt und bezwungen, sich zu einem äußeren Frieden bequemen müssen, doch von neuem darauf ausgehen werden, uns auf jede nur denkbare Weise niederzuhalten. Wollen wir im Frieden unseren Aufstieg zur Macht, Größe und Herrlichkeit Deutschlands fortsetzen und vollenden, so muß die volle Einigkeit des deutschen Volkes in den Frieden hinübergerettet, muß der Zwang des Burgfriedens, dessen äußere Schranken sich nicht halten lassen, in einen von innen emporquellenden Volksfrieden umgewandelt werden. Das deutsche Volk, das im Kriege selbst das Undenkbare möglich macht,

muß und wird auch dieſer, vielleicht ſchwerſten Aufgabe gewachſen ſein. Das Zauberwort der deutſchen Organiſation mag auch hier deutſchem Geiſt und deutſchem Willen die Wege weiſen. Wie wir unſere militäriſchen und wirtſchaftlichen Kräfte zum Staunen einer ganzen Welt organiſiert haben, ſo gilt es jetzt die geiſtigen Kräfte zu organiſieren, daß ſie dem Volke die Wege des inneren Friedens weiſen, die zugleich die Wege der Größe ſind.

Dieſen Erwägungen verdankt die vorliegende Schrift ihre Entſtehung. In ihr haben ſich eine große Anzahl von Perſönlichkeiten — es ſind nicht weniger als vierzig — aus den entgegengeſetzten Lagern: Proteſtanten und Katholiken, Poſitive, Liberale und Freireligiöſe, Konſervative und Demokraten, Vertreter der verſchiedenen Volksſtämme, Klaſſen und Berufe zuſammengefunden, um ſich über all die großen Gegenſätze, die unſer Volk trennen, die Gegenſätze der Weltanſchauungen, der Konfeſſionen und kirchlichen Parteien, der Nationalitäten, der Berufsſtände, der politiſchen Parteien, in voller Offenheit, Freimütigkeit und Unbefangenheit auszuſprechen und ſich darüber klar zu werden, ob und wieweit ſich dieſe Gegenſätze auf die Dauer mildern, verſöhnen und ausgleichen laſſen. Selbſtverſtändlich ſucht keiner von den Mitarbeitern das Heil in einem Fortfall der Spannungen und Gegenſätze überhaupt, der unmöglich iſt und bleibt. Alle ſind ſich deſſen wohl bewußt, daß die geiſtige Kraft eines Volkes zu ihrer vollen Entfaltung der Verſchiedenheit, ja der Gegenſätze wetteifernder Gruppen, Parteien und Glaubensgemeinſchaften bedarf. Es iſt auch nicht auf ein ſchwächliches Kompromiß, auf einen faulen Frieden zwiſchen den verſchiedenen Richtungen abgeſehen; nein, die ehrliche, klare und tapfere Auseinanderſetzung, der erhebende Kampf der Geiſter darf und ſoll ſein Recht behalten. Aber eben auf dem Wege einer ſachlichen, nüchternen, ſich von jeder Überſchwänglichkeit der Illuſionen freihaltenden Erörterung ſoll den Gegenſätzen das zerſetzende Gift genommen werden, das ſie erſt in Unfrieden und perſönliche Bitterkeit wandelt. Ein jeder der Mitarbeiter hat ſich bemüht, einmal die wertvollen für das Ganze unentbehrlichen Kräfte aufzuzeigen, die in der eigenen Gruppe, Partei oder Glaubensgemeinſchaft enthalten ſind, dann aber auch die eigentümlichen Kräfte zu begreifen, zu verſtehen und zu würdigen, die der entgegengeſetzten Richtung eignen. Die wenigſten von ihnen haben dabei die Ausführungen ihrer Partner

gekannt, um ſo heller tritt zutage, wie die Sonderart des einen nur die naturgemäße Ergänzung der Sonderart des anderen iſt, wieviel Gemeinſames dabei in allen lebt, und wie leicht ſich die größten Verſchiedenheiten in dem einen alles überragenden Punkte, der Liebe zu dem Vaterlande und dem ſtarken Drange zur gemeinſchaftlichen Arbeit an ſeinem Gedeihen, treffen und einen können. Ganz von ſelbſt iſt das Buch ſo, ohne daß es die Abſicht geweſen wäre, zu einem lehrreichen und eindringlichen Beiſpiele, wir dürfen es ſagen, zu einem hohen Liede des Geiſtes gegenſeitigen Verſtehens und Vertrauens geworden, auf den die jüngſte Thronrede ſo machtvoll hingewieſen hat. Gegenſeitiges Verſtehen und Vertrauen, gegenſeitiges williges Entgegenkommen bei aller aufrechten Wahrung des eigenen Standpunktes· wenn dieſe Richtlinie von dem ganzen deutſchen Volke zu der ſeinen erhoben wird, dann ſteht es heute und immer gut um den inneren Frieden und um die Einheit unſeres Volkes, dann dürfen wir ſicher ſein, daß uns die Zukunft, große und ſtrahlende Zukunft gehört!

Unſeren gefallenen Helden und Brüdern möge dies Buch gewidmet ſein. Sie, die ihr Leben für uns dahingegeben haben, ſollen uns — nicht beſſer können wir ihnen unſere unauslöſchliche Dankbarkeit erweiſen — für immer ein Anſporn zu allem Guten und Edlen ſein. Sie haben nebeneinander geſtritten und gelitten, ohne des zu achten, daß ſie verſchiedenen Religionsgemeinſchaften, Parteien und Klaſſen angehören, alle nur Deutſche und weiter nichts als Deutſche. Sie ruhen miteinander im Frieden des Grabes: Proteſtanten und Katholiken, Gläubige und Ungläubige, Konſervative und Sozialdemokraten, im Tode noch vereint. Sie ſind uns ein ergreifendes Symbol der Einigkeit und des inneren Friedens. Kein ſchöneres Denkmal können wir ihnen ſetzen, als indem wir dieſes Symbol uns mehr und mehr zu eigen machen und unſer Leben danach richten.

Inhalt.

Seite

Vorwort V

Einleitung: Was not tut. Von D. Gottfried Traub, M. d. A. . 1

Abschnitt I: Friede unter den Weltanschauungen.

1. Univ.-Prof. Geh. Rat Dr. D. Rudolf Eucken-Jena: Die Einheit der deutschen Weltanschauung 11
2. Univ.-Prof. Geh. Reg. Rat Dr. Paul Natorp-Marburg: Universalismus, Individualismus und Staatsgesinnung 24
3. Anton Fendrich-Freiburg: Sozialistische und christliche Weltanschauung 39
4. Pfarrer Georg Liebster-Thekla bei Leipzig: Evangelisches Christentum und moderner Sozialismus 55
5. Heinrich Peus-Dessau, M. d. R.: Sozialdemokratie und Kirchen-Christentum 63
6. Pastor Lic. Wilhelm Thimme-Iburg: Evangelisches Christentum und moderne Weltanschauung 75
7. Univ.-Prof. D. Arnold Rademacher-Bonn: Katholizismus und modernes Leben 87
8. Pater Peter Lippert S. J.-München: Deutsche Kultur und Katholizismus 105

Abschnitt II: Friede unter den Konfessionen und kirchlichen Parteien.

1. Univ.-Prof. D. Martin Rade-Marburg: Protestantismus und Katholizismus im neuen Deutschland 125
2. Univ.-Prof. Prälat D. Joseph Mausbach-Münster: Die Wahrung und Förderung des konfessionellen Friedens 142
3. Univ.-Prof. D. Karl Dunkmann-Greifswald: Die protestantischen Parteien nach dem Kriege 168
4. Univ.-Prof. Geh. Justizrat Dr. D. Wilhelm Kahl-Berlin: Friede unter den kirchlichen Parteien 180
5. Univ.-Prof. D. Otto Baumgarten-Kiel: Burgfrieden unter den kirchlichen Parteien 208
6. Univ.-Prof. Geh. Konf.-Rat D. Friedrich Mahling-Berlin: Die Kirche und ihre Friedensaufgabe im Volksleben 218
7. Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Rein-Jena: Die Schule, ein Mittel des inneren Friedens 227

Digitized by Google

Seite

Abschnitt III: Friede unter den Klassen und Berufsständen.

1. Staatssekretär a. D., Wirkl. Geh. Rat Dr. Bernhard Dernburg-Berlin, M. d. H.: Deutschlands weltwirtschaftliche Zukunft und der innere Ausgleich 241
2. Prälat Dr. August Pieper-München-Gladbach, Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, M. d. R. u. d. A.: Soziale Verständigung 253
3. Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann-Berlin: Die Theorie des Klassenkampfes und die praktische Arbeitsgemeinschaft der Klassen 269
4. Ministerialdirektor a. D., Wirkl. Geh. Rat Dr. Hugo Thiel-Berlin: Ausgleich zwischen Stadt und Land 283
5. Geh. Reg. Rat Prof. Dr. Martin Faßbender-Berlin, M. d. R. u. d. A.: Durch Kenntnis zum Verständnis unserer Landbevölkerung 293
6. Justizrat Dr. Walther Waldschmidt-Berlin, Vorstandsmitglied der L. Loewe A. G.: Unternehmertum und Arbeiterschaft . . . 309
7. Adam Stegerwald-Köln, Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands: Die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland 320
8. Stadtrat Dr. Fritz Roeßler-Frankfurt a. M., Direktor der Gold- u. Silberscheide-Anstalt: Die Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer 339
9. Max Schippel-Berlin, Archivar der Generalkommission der Gewerkschaften: Arbeiterorganisation und Unternehmertum . . . 352
10. Dr. Gertrud Bäumer-Berlin: Die Frauenfrage im künftigen Deutschland 362

Abschnitt IV: Friede unter den politischen Parteien.

1. Dietrich v. Oertzen-Doberan: Die konservative Partei und der soziale Staat 375
2. Landrat a. D. Otto v. Dewitz-Berlin, M. d. A.: Der innere Frieden nach dem Kriege und seine Bedingungen 386
3. Justizrat Dr. Julius Bachem-Köln: Das Zentrum und die andern Parteien 399
4. Heinrich Prinz zu Schoenaich-Carolath-Berlin, M. d. R., Erbl. M. d. H.: Das Vaterland über der Partei 412
5. D. Friedr. Naumann-Berlin, M. d. R.: Die Volksvertretung im Kriege 425
6. Wilhelm Kolb-Karlsruhe, M. d. bad. Landtags: Sozialdemokratie, Staat und bürgerliche Parteien 443
7. Rechtsanwalt Wolfgang Heine-Berlin, M. d. R.: Die Sozialdemokratie als nationale Partei 456
8. Stadtrat Dr. Ludwig Haas, M. d. R., z. Zt. Warschau: Die Partei der Schützengrabenkämpfer 470

Seite

Abschnitt V: Friede unter den Nationalitäten.

1. Fürst Xaver Drucki-Lubecki-Schloß Dlonie, M. d. H.: Gedanken zur polnischen Frage 481
2. Dr. Paul Rohrbach-Berlin: Der Kern der polnischen Frage 490
3. Unterstaatssekretär a. D. Wirkl. Geh. Rat Dr. Emil Petri-Straßburg: Elsaß-Lothringen 496
4. Pastor Johannes Schmidt-Wodder: Das Ringen um die Nordmark 525
5. Univ.-Prof. a.D., Geh. Reg. Rat Dr. Hermann Cohen-Berlin: Deutschtum und Judentum 547

Schlußwort: Dr. Friedrich Thimme-Berlin, Direktor der Bibliothek des Herrenhauses: Gegenseitiges Verstehen und Vertrauen . . 563

Was not tut.

Von Gottfried Traub.

Klar ist die Aufgabe: der Geist der Augusttage 1914 muß der Baumeister des neuen Deutschland bleiben. Lebhaft sind die Sorgen, ob das gelingen möge. Wir wollen nicht sorgen mit kritischem Nörgeln; wir brauchen schaffende Kraft. Auch nicht mit dem Verstand allein; wir brauchen den ganzen Menschen. Warme Sorge sitzt im Willen. Ihn haben wir alle nötig wie unser täglich Brot.

Unsere eigene Ehre steht auf dem Spiel. Freunde haben für uns geblutet. Solchen Freundschaftsdienst anzunehmen drückt. Aber wie groß ist die Zahl derer, an denen wir gleichgültig im Leben vorübergingen. Ihr Leben haben sie auch für uns gelassen. Ja Gegner und Feinde, die wir bekämpften und haßten, starben uns zugut. Das beschämt. Die Friedhöfe in Feindesland sind das Programm unserer inneren Zukunft: sie starben alle für uns, damit wir leben für alle. Eine andere Deutung kenne ich nicht. Das Geschenk des befreiten und neuen Vaterlandes ist erdrückend groß. Mit sauberem Gewissen und gutem Willen allein wagen wir, diese Gabe in unsere Hand zu nehmen. Man soll mit dem Wort „heilig" nicht spielen. Aber vor uns liegt ein Heiligtum. Altäre wurden errichtet und Opfer brannten darauf und darum geht man in die Zukunft unseres Volks mit neuem Sinn voll unvergeßlichen Danks. Unser „Verdienst" ist nicht gleichwertig der Leistung derer „draußen", wenn wir unsere Arbeit der Zukunft weihen. Immer bleiben wir unterhalb der Grenze des Todesopfers. Wir tun nur was wir können, was wir müssen. Unsere Ehre steht auf dem Spiel, daß wir den Geist gemeinsamer Kraft und einheitlichen Willens bewahren.

Vom Feld werden sie heimkehren voll heißer Hoffnung, meist müde, oft halbverbraucht, aber alle in starker Spannung: „Wie

wird's? Wie werden wir Deutſchland finden? Kommt wieder das alte Gezänk der Gruppen, Parteien, Glaubensgemeinſchaften? Wir ſind die Schlagworte ſatt. Sie erſetzen kein Leben und verführen die Oberflächlichen. Einen anderen Ton wollen wir hören. Wir ſind keine Schwächlinge geworden, die ſtarken Laut nicht vertragen könnten. Kanonen hörten wir brüllen, drum fürchten wir uns nicht vor ſcharfgeſchliffenem Wort. Aber lebendige Worte wünſchen wir, keine abgeſtandenen Redensarten. Schöpferiſche Gedanken brauchen wir, hinter denen opfernder Wille ſteckt. Gebt ſie uns! Wir dürſten nach Frieden, aber nach arbeitendem, pflügendem, ſäendem Frieden. Wer hat etwas zu ſagen, etwas Wirkliches, etwas Sachliches, etwas Gerades? Nicht neu braucht es zu ſein, aber voller Wahrhaftigkeit. Wir wollen vorwärts fahren und nicht im Kreis uns drehen. Verſteht ihr uns?" Ja wir verſtehen, daß es entſetzlich wäre, wenn wir im alten Stil der Friedenskämpfe euch wieder empfangen würden. Einige ſehnen ſich wieder nach dieſem Zank. Sie empfinden den Zwang ſo läſtig, daß man, was zum deutſchen Stamm gehört, nicht wieder verletzen und verfolgen ſoll. Ihre Kaſten ſind gefüllt mit Zeitungsausſchnitten. Sie warten nur auf den Tag der auseinanderſetzenden Vergeltung. „Wenn der Burgfriede aufgehoben iſt, dann ſoll das Lied des Haſſes klingen, nicht gegen England, nein gegen all die Sünder im eignen Volk, die ſchuld ſind, daß . . . daß . . . daß . . ." Grauenhaft wirkt die Vorſtellung, daß mit der ſiegreichen Heimkehr unſerer Truppen ſolche Tage rein perſönlicher Abrechnung kommen ſollten. Keiner verdeckt, was nicht ſchön war; was ſich faul erwieſen, ſoll fallen; jeder weiß, daß in einem Millionenvolk nicht über Nacht lauter Engel geboren werden. Der Krieg entfeſſelt Leidenſchaft, wie er ſie zügelt. Aber unſere Ehre ſteht auf dem Spiel. Ein Schlag ins Geſicht unſeres heimgekehrten, wieder zuſammenlebenden Volks wäre es, wenn die Verbitterung der Parteien und Kirchen und Gruppen ſich ungehemmt löſen wollte wie in alten Friedenszeiten!

Neue Friedenszeit, anderer Frieden — das iſt die Forderung. Das Alte iſt vergangen. Laſſet es neu werden im Deutſchland der Zukunft! Die Ehre vor unſeren Kindern verlangt es. Ich ſehe ſie ſitzen in den Jahren 1920, 1930 und ſpäter und fragen: „Konnte es nicht anders kommen? Muß es wieder ſo ſein, daß ein Deutſcher im Kampf

der ſtreitenden Meinungen kaum ein Vorrecht vor einem Ruſſen und Engländer beſitzt?" Was heute jung heranwächſt, wird morgen unſer Richter. Wir lehren ſie in den Schulen, daß die Zeiten des Aufſchwungs 1813 von dem häßlichen Nachſpiel der „Reaktion" begleitet waren, daß 1870 unſerem Volk innere Zwietracht und gemeinen Mammonsgeiſt gebracht. Sollen ſie das Gleiche erfahren in den kommenden Jahren? Keiner tut dem Vaterland ſchlechteren Dienſt, als der mit der Miene des geſchichtskundigen Wiſſenſchaftlers feſtſtellt: „Auch wir werden ſolche Zeiten erleben. Das liegt im Weſen des Kriegs." Die Völker ſind anders geworden. Ihre innere Beteiligung am Krieg war eine grundſätzlich verſchiedene. Noch nie iſt ein Krieg ſo wenig Standesſache geweſen und ſo ſehr vom einheitlichen Volk getragen geweſen. Der Klaſſenkampf muß zu Grab getragen ſein. Unmöglich kann das alles innerhalb einiger Jahre verloren gehen, wenn wir die Ehre bewahren wollen vor unſern Kindern.

Die Welt wird auf uns ſehen. Doppelt ſcharf wird ſie uns in unſerer Entwicklung belauern. Gerade wenn wir ſiegreich hervorgehen, wird ſie jeden Anlaß benutzen, uns zu verdächtigen. Unſer Urteil ſteht zwar auf unſerm eigenen Gewiſſen. Wir haben es erlebt, daß man uns in Staub und Schmutz gezogen hat. Wir werden das nicht ſo leicht vergeſſen und uns an dem Maßſtab unſerer eigenen Gewiſſenhaftigkeit meſſen. Innere Unabhängigkeit vor dem Urteil der Welt ſteht uns wohl an. Sichere Würde, die ſich des eigenen Wertes und des eigenen Triebs nach Vervollkommnung bewußt iſt, müſſen wir tauſendmal gründlicher lernen als bisher. Aber nicht um der übrigen Welt unſerer Feinde nachzulaufen, ſondern um vor der Geſchichte zu beſtehen, dürfen wir nicht zurückhalten. Die Ehre vor der Weltgeſchichte verlangt eine neue Richtung unſeres Volks in ſeiner inneren Gliederung, ſeinem Parteiweſen und ſeiner geiſtigen Kultur. Dieſe Richtung heißt: Hervorhebung alles deſſen, was wertvoll iſt. Wertſchaffende Kraft gibt es rechts und links, bei „Gläubigen" und „Ungläubigen", bei Unternehmer und Arbeiter, Bauer und Händler. Hei! was muß ein Frühling in die Lande ziehen, wo man zuerſt danach fragt: welche bauenden Kräfte beſitzen wir? Welche ſchaffenden Mächte wollen wir entbinden? Welche eigenen Werte können wir hineinlegen in den Mutterſchoß unſeres Volkes? Die Organiſation

des techniſchen, wirtſchaftlichen, militäriſchen Weſens hat uns das Staunen der Welt eingetragen. Die Organiſation der geiſtigen Kräfte geht einen anderen Weg. Sie läuft vom Willen des Einzelnen hinein in die weite Welt und nicht umgekehrt. Sie iſt ſchwieriger, aber nicht ausſichtslos. Die Welt wartet darauf, daß wir unſere Pflicht tun. Wir verſtünden uns ſelbſt und unſere Geiſtesgeſchichte nicht, wollten wir ſie nicht erfüllen. Drum wache auf, du deutſches Land und hole deine Ehre nicht nur vom Schlachtfeld, ſondern von dem Kampfplatz unter den alten Gegnern der Friedenstage! Wem viel gegeben iſt, von dem wird man viel fordern. Wir haben unſer deutſches Volk lieb. So erſchweren wir ſeine Aufgabe und verlangen das Höchſte.

Vieles mußt du leiſten, du Volk unſerer Ahnen, du Volk der Gegenwart, damit du das Volk der Zukunft werdeſt, das das Schickſal will. Deine Schiffe fuhren übers Meer und trugen ihre Flagge in Ehren. Aber viele ſanken. Noch waren wir erſt im Wachſen. Die Flotte ruft nach neuem Aufbau. Was der Krieg verſchlang an Heerbedarf, wollen wir ihm dreifach erſetzen. Die Wehrkraft rettete uns Haus, Heim, Boden, Ehre. Dieſem deutſchen Heer darf künftig nichts fehlen, mag es ſtehen auf altem deutſchen Boden und auf neuerworbenem Land, oder mag es fliegen in den Lüften, dem Adler gleich. Wunde kommen heim, halbe Kräfte begehren Arbeit. Aus tauſend Wunden blutet der Volksleib; hunderttauſend junge Narben trägt ſeine Geſtalt. Wer heilen will, kann ſich nicht zanken. Er darf ſtreiten um den beſten Weg; aber er muß bereit ſein, auch den mühſeligeren zu gehen, damit die Hilfe überhaupt komme. Steuerlaſten werden kommen; Zinſen müſſen bezahlt werden. Schlecht rät, wer nur zeigt, was der andere zahlen ſoll. Deutſche Wohltätigkeit der Zukunft muß heißen: froher, unparteiiſcher Sinn für die ſittliche Kraft in der Steuerleiſtung. Wohnen will der, der im Felde ſtand und der zu Hauſe arbeitete, ſo behaglich, wie der Zauber des deutſchen Lieds vom Heim es nur erlaubt. Da müſſen die wohlberechtigten Sorgen der Hausbeſitzer ebenſo überlegt ſein, wie die Forderungen der Geſundheit eines wachſenden Volks. Aber niemand wird helfen, der nur das eine gegen das andere ausſpielt. Kinder ſollen wachſen, Jugend ſoll blühen, Familien ſollen ſich mehren, häßliche Gaſſen lichtſcheuen Geſindels unſerer Städte ſollen verſchwinden, keine Volksſeuche ſoll unſer nachwachſendes Geſchlecht ſchwächen. Wer daran

arbeitet um der Sache, nicht um seiner Partei willen, soll der nicht hoch willkommen sein? Die Gefahren des Alkoholgenusses und der Segen der Einschränkung des Nachtlebens sind unwidersprechlich klar in das Buch dieser Kriegsgeschichte eingezeichnet. Vom Osten her grüßt die Welt des Islam mit ihrer Enthaltsamkeit berauschender Getränke und hat aus dem Mund deutscher Offiziere das hohe Lob erhalten, wie angenehm eine Truppe zu befehligen ist, in der man keine Ausschreitungen wegen Berauschung zu bestrafen nötig hat. Das sind Einzelforderungen. Sie bedeuten etwas nur vom Ganzen aus gesehen: von der inneren Erstarkung und Gesundung des Volks in all seinen Gliedern.

Ich höre den Einwand: „Alles wunderschön! Aber Einbildungen!" Wir streiten nicht; wir sagen: Keine Einbildung ist es, daß schon heute das lebendige Geschlecht anders geworden ist. Hat man sich klar gemacht, welche geistige Revolution in Hirn und Herz der Millionen von Männern vor sich gegangen ist, die nach draußen zogen? Sie reden heute von Lodz und Triest, wie sie sonst von Göppingen und Gelsenkirchen sprachen. Der Landarbeiter Posens kam nach Nisch und hörte dort den Deutschen Kaiser sprechen. Der Bauernbursch von Partenkirchen steht bei Ostende und sieht das Meer. Der Arbeiter von Berlin und Hamburg besieht sich in Warschau und Lille die Arbeiterwohnungen seiner Genossen. Der Händler von Leipzig steht Wache an einer Brücke und hat Zeit, sich mit Boden und Acker zu befassen. Für Hunderttausende unseres Volks bedeutet einfach die Verschiebung über Meer und Land eine neue Welt. Unsere Jungens hier wachsen mit den Namen Konstantinopel und Suez in ganz anderer Weise auf, wie wir. Wien und Budapest liegen jedem Nachdenken jetzt so nahe, wie Köln und Bremen. Ich nenne es Utopie, zu meinen, daß die gemeinsamen Kämpfe an Karpathen und bei Gallipoli, am Hartmannsweilerkopf und an der Somme je im Volke vergessen sein könnten. Wenn Hunderte „Gebildeter" vielleicht wieder im alten Geleise fahren möchten, in hunderttausenden Männerempfindungen des Volks gärt eine neue Welt. Wie spricht man heute von „Mitteleuropa"! Man braucht im einzelnen keine Stellung zu nehmen; d a ß solche Fragen heute Volkseigentum geworden sind, das ist das Neue. Maritza und Strypa, Isonzo und Yser, Dunajez und Donau sind nicht nur geographische Ortsbezeichnungen, sind Mark-

ſteine lebendiger Zukunft. Rohſtoff neuen Lebens, friſchen Unternehmungsgeiſtes, wageluſtiger Kraft wird nach dem Krieg genug vorhanden ſein. Nun gilt es, dieſen ungeſtalteten, halbbegriffenen, ineinandergewirrten Vorſtellungen und aufgewühlten Leidenſchaften Form und Geſtalt, Ziel und Zweck zu ſetzen. Die ſeeliſchen Anderungen von Mann und Weib, von Familie und Geſchlecht ſind unbeſchreiblich. An welche Vorgänge gewöhnt ſich der Soldat! Mit welchen Einrichtungen befreundet ſich heute der Ziviliſt! Wir werden erſt im Frieden empfinden, in welche neue große Welt uns das Schickſal geführt hat. Nochmal ſage ich: Utopie iſt es zu meinen, daß man hier nicht mit neuen Linien und mit neuen Forderungen kommen dürfe. Wo die Welt ſchreit, ruft auch das einzelne Volk. Mag früher die ſelbſtverſtändliche Sehnſucht nach Ruhe und die Angſt der Regierungen eine „Reaktion" erleichtert haben: im Zeitalter der Preſſe und in der Zeit der Volksaufklärung über den Segen verfaſſungsmäßiger Monarchie liegen die Dinge grundſätzlich anders. Not tut, daß wir den Durſt nach Wiſſen, wirklichem Wiſſen ſtillen; er wird nach dieſem Krieg ſich mächtig geltend machen. Die Welt iſt vor uns aufgewacht. Heute begreift ſich erſt der Arbeiter und der Bauer als der Mann der Weltwirtſchaft und der Weltpolitik. Die Worte wurden zum greifbaren Leben; die Begriffe wuchſen ihm zum perſönlichen Schickſal aus. Unmöglich iſt's daß er wieder zurückebbt und die großen Zuſammenhänge des Weltgeſchehens und die Ratſchläge der Völker untereinander vergißt. Nein, nein! Ein Neues iſt gepflügt. Die Pflugſchar des Weltkriegs grub den Acker tief auf, den Acker der Volksſeele. Nur ſäe keinen Samen der Zwietracht, ſondern edlen Samen, der willige Früchte trägt!

Das Erlebnis kameradſchaftlicher Einigkeit iſt da. Wohl hält der Schwabe auch im Feld zu den Seinen, Weſtfale und Sachſe geht lieber zu denen, die ſeines Stammes ſind. Darin liegt kein Fehler. Aber manche mögen nicht ſehen, daß trotzdem die Einheit des Volks gewachſen iſt, tauſendmal mehr, als durch Beſchlüſſe, Verſammlungen, Verfaſſungen. Blut kittet, Gefahr verbindet. Die geiſtige Veränderung der Volksmaſſe iſt im Beginnen. Tatſachen ſind's, nicht Utopien, daß der Gelehrte den Arbeiter, der Bauer den Adligen, der Profeſſor den Kaufmann kennen gelernt haben. Der Schützengraben bleibt ein Unionsprogramm, mögen Hunderte von Parteiprogrammen

dawider bellen. Schlacht und Marſch, Lager und Patrouille haben geeinigt, ob es jedem paßt oder nicht. Bahnhofsdienſt und Lazarett, Gefangenenfürſorge und ſozialer Hilfsdienſt haben zuſammengeführt, ob es gewünſcht wurde oder nicht. Verſchließt doch die Augen nicht! Es iſt Unendliches erreicht. Die Sünde gegen des Volkes Heil liegt nicht darin, daß man dieſe Einigkeitskraft bewahren, ſondern daß man ſie ängſtlich verbergen und ſich nicht zu ihr bekennen will. Es wirkt ſo unangenehm, das Umlernen. „Der Teufel hole dieſe Apoſtel der Wiedergeburt!“ Mancher denkt im ſtillen ſo. Er hört den Sturm, der auch über ſeine bisherigen „Stellungen“ „Behauptungen“ hinbrauſt, aber er fürchtet ſich davor. Manches wurde über Nacht wirklich, was nach ſeiner feſten Überzeugung unmöglich war. Das verſchlägt nach ſeiner Meinung gegen alles „Recht“. Armer Kerl! Die Welt iſt größer, als der einzelne Liebhaber ſeiner „Grundſätze“, und Gott größer, als die weite Welt. Ein Feuer iſt angezündet worden, verbrennt vieles Alte und glüht viel Neues zuſammen. Ein Schmelzofen war aufgerichtet, da geht's nicht gemütlich zu. Aber Stahl wird gewonnen, und Eiſen in den Blutumlauf unſeres Volks zu gießen, das iſt unſere Hoffnung. Volk, werde hart, wie die Eichenrinde, um das ſaftige Mark des Baumes zu ſchützen, daß hunderttauſend Rinnſale Leben in die Zweige des deutſchen Volksbaums rieſeln.

Nie wird der Deutſche ſein geiſtiges Leben in gleichmäßiger Uniform erziehen. Die Mannigfaltigkeit der Strebungen, Richtungen, Meinungen behält ihr Recht und ihren Kreis. Aber wir haben wahrhaft künftig keine Zeit mehr, uns um Worte zu ſtreiten: um Sachen, um Inhalt, um den Ernſt wollen wir kämpfen. Wir haben keine Zeit mehr, dialektiſch zu fechten. Der Kampf geht nur um wirklich gewiſſenhafte Überzeugung. Wir haben keine Zeit mehr, nur die Intereſſenvertretungen ſich gegenſeitig mit denſelben Waffen und dem gleichen Trotz den Raum im Volk ſich ſtreitig machen zu ſehen. Das Intereſſe, das den Ton für alle Reden und das Maß für alle Beſtrebungen gibt, bleibt das Vaterland. — O, daß ich dies Wort ausſprechen könnte mit zwingender Gewalt! Dies Geſchenk der Vorſehung iſt ſo rieſengroß, daß all unſere Kräfte bis ins Mark in Anſpruch genommen werden, es zu pflegen und zu ehren. Hier liegt die Fülle der Kraft.

Lies nicht weg über dieſes Wort „Vaterland"! Es ſteht nichts Neues da. Nein! es ſind die ewig alten Buchſtaben: „Vaterland". Aber müde Seelen, die nur immer einen ſtachelnden Reiz nötig haben, um „angeregt" zu werden, haben dieſer Zeit nichts zu ſagen. Stehen bleiben muß man können, um die Zeit in ihrer Größe zu erfaſſen und ſelbſt etwas Großes zu leiſten. Und ſtehenbleiben möchte ich mein Lebenlang vor dieſer unausſprechlichen Gabe der Toten an die Lebendigen, meinem lieben, großen, deutſchen Vaterland. Wurzeln ſollen wir darin; wer das nicht vermag, der gehe fort! Wurzeln ſchlagen braucht Zeit, geſammelte Kraft, Ruhe. Zur Sammlung drum blaſen wir die Geiſter. Ihre Töne mögen klingen ſo verſchiedenartig, wie ſie immer können — jede Melodie braucht viele Töne — aber ein Meiſter ſpiele mit ihnen: der Geiſt der Helden, denen wir das neue Deutſchland verdanken. Kein Rauſch redet aus uns, keine Überſpanntheit führt uns die Feder. Die nüchternſte, klarſte Erkenntnis allein trägt unſer Wollen; wir ſind nichts wert, wenn wir uns von dieſem Vaterland nicht zwingen laſſen zur Anſpannung der höchſten Kräfte, zum Opfer.

Macht wünſche ich unſerm Volk. Ohne Macht kein Rechtsſchutz in der Welt! Wer ſich der Macht entſchlägt, die ihm das Schickſal bietet, flieht nur die Verantwortlichkeit, die das Volk auf ſich nehmen muß. Freude und Luſt zum Unternehmen wachſe allüberall! Wer die „Produktion" ſtärkt, erweiſt der „Konſumtion" den beſten Dienſt. Stille komme über unſer Volk! Wir ſollen nicht „laut" ſein, aber bereit zu jeder ſtarken Tat. Ehrfurcht trage das Volk in allen ſeinen Schichten, daß das Unerforſchliche verehrt und das Erforſchliche erforſcht werde. Und in allem — Opferſinn. Er iſt unſere Krone!

Abſchnitt I:

Friede unter den Weltanſchauungen.

Die Einheit der deutschen Weltanschauung.

Von Rudolf Eucken.

Ein großes Kulturvolk kann einer gewissen Einheit auch der Weltanschauung nicht entbehren, nur eine solche vermag seinem geistigen Schaffen einen ausgeprägten Charakter zu geben, nur eine solche kann die einzelnen Zweige der Betätigung genügend zusammenhalten. Aber kaum irgendwo begegnet die Ausbildung einer Einheit so vielen Widerständen als auf diesem Gebiet. Bei der Weltanschauung handelt es sich um Wahrheit. Die Wahrheit aber verlangt Alleinherrschaft, sie duldet keine Vielheit, alles Ja in ihr enthält ein entschiedenes und ausschließendes Nein. Entgegenkommende Kompromisse gelten hier leicht als Zeichen eines schwächlichen Denkens. Die eigentümliche Art der Deutschen verschärft weiter dieses Problem. Es entspricht jener Art und bildet ein Stück ihrer Größe, es mit der Wahrheit schwer zu nehmen und fest, ja trotzig auf dem zu bestehen, was eigne Arbeit und Erfahrung dabei gewinnen ließ. So führen die Wege leichter auseinander und harter Streit scheint unvermeidlich. Nehmen wir hinzu die verwickelte Lage der Gegenwart, in der grundverschiedene Gedankenmassen älteren und neueren Ursprungs zusammentreffen und hart um die Herrschaft streiten, so scheint der Versuch, in der Weltanschauung die Deutschen zusammenzubringen, schlechterdings aussichtslos.

Er wäre in der Tat aussichtslos, wenn er es unternähme, in dem Chaos der Meinungen, wie das Neben- und Durcheinander des ersten Anblicks es bietet, eine Gemeinsamkeit aufzudecken; was sich glücklichenfalls in diesen Meinungen an gemeinsamen Zügen finden möchte, das würde so vage sein, daß mit ihm kaum irgend etwas gewonnen wäre.

Aber das Leben eines Volkes ist mehr als die Summe der Meinungen, die sich in ihm durchkreuzen und in flüchtigem Wechsel einander folgen. Hinter den Meinungen steht die Arbeit des Volkes,

ſteht das, was an geiſtiger Bewegung in einem Volke vorgeht, dem Verſinken ins Kleinmenſchliche entgegenwirkt, den Menſchen auf hohe Ziele richtet, ſteht das gemeinſame weltgeſchichtliche Werk. So gewiß dies Werk einen eigentümlichen Charakter trägt, ſo gewiß verfolgt die Arbeit an ihm beſtimmte Ziele und enthält ſie in ihrer Aneignung beſtimmte Wertſchätzungen, enthält ſie damit aber auch ein gewiſſes Bekenntnis zu den Grundfragen des menſchlichen Daſeins. Mag dieſem Bekenntnis eine Formulierung fehlen, mag es ſich dem Bewußtſein des Einzelnen verbergen, ja ihm widerſprechen, in der Arbeit iſt es vorhanden und wirkt damit auch zur Seele; ſo kann in ihrem Grunde weit mehr Gemeinſchaft beſtehen, als nach außen hin bemerklich wird; wir können im Kern unſeres Weſens uns weit verwandter ſein, als der heiße Kampf des Tages erſehen läßt. Eben die gegenwärtige Zeit, die Anhänger aller Weltanſchauungen in gleichem Maß als treue Genoſſen am Werke der nationalen Verteidigung zeigt, fordert uns auf, die Gemeinſchaft des Weſens und Strebens kräftig hervorzukehren und etwaigem Streit voranzuſtellen. Gegenſatz und Kampf ſind nicht nur kein Unglück, ſie ſind einem friſchen und weiterſtrebenden Volk ſchlechterdings unentbehrlich; das aber iſt erforderlich, daß neben und über dem Kampf irgendwelche Gemeinſchaft verbleibe und ihn vor einem Verfallen in wilde Gehäſſigkeit bewahre. Nur ſo kann der Kampf als Erwecker und Mehrer des Lebens wirken.

Nun läßt ſich an dieſer Stelle unmöglich der ganze Umkreis deutſchen Lebens erörtern und in ein Ganzes faſſen; uns muß genügen, einzelne charakteriſtiſche Hauptzüge herauszuheben, die der deutſchen Arbeit innewohnen, und die nur deutlich hervorzutreten brauchen, um auch an die Weltanſchauung Forderungen zu ſtellen und dem Streben nach ihr eine beſtimmte Richtung zu weiſen. Damit iſt auch die Grenze bezeichnet, innerhalb derer eine Verſtändigung möglich iſt. Wo die Hauptrichtungen des deutſchen Strebens anerkannt werden, da braucht alles Auseinandergehen der näheren Faſſung eine gegenſeitige Anerkennung nicht zu hindern, ja, da läßt ſich ganz wohl die fremde Leiſtung als eine Ergänzung der eignen verſtehen; wo aber die Grundlinien des deutſchen Strebens verlaſſen werden, da iſt der Verſuch einer Verſtändigung ausſichtslos, da bleibt nichts anderes als Kampf.

Digitized by Google

Kein Zug des deutschen Wesens wird wohl allgemeiner anerkannt als die deutsche Innerlichkeit. Welches Lebensgebiet wir betrachten, wir finden es eigentümlich gestaltet durch das deutsche Streben, den Standort im Innern der Seele zu nehmen, hier das Hauptwerk zu suchen, von innen nach außen zu bilden. So zeigen es gleichmäßig Religion und Philosophie, Kunst und Erziehung; das eigentümlich Deutsche findet sich überall in der kräftigeren Entfaltung des seelischen Elements, in der Behandlung des Innenlebens als eines völligen Selbstzwecks und Selbstwerts. Es liegt aber darin die Behauptung, daß der Mensch nicht gänzlich aufgehe in die Beziehungen zur Umgebung, daß bei ihm etwas von diesen Beziehungen Abgelöstes, ja ihnen Überlegenes erscheine, daß sich darin eine neue Stufe der Wirklichkeit offenbare. Aus solcher Denkweise schuf sich der Deutsche in dem Ausdruck Gemüt eine eigentümliche Bezeichnung für die selbständige Innerlichkeit.

Diese Innerlichkeit läßt sich verschieden begründen und fassen; sie hat sich uns zunächst von der Religion aus entwickelt und erhielt von daher eigentümliche Züge, wie denn das Wort Gemüt zuerst bei dem philosophischen Haupt der deutschen Mystik, bei Meister Eckhart († 1327), seine besondere Bedeutung erlangt hat, aber sie hat sich im modernen Leben auch von der Religion abgelöst und in verschiedenen mehr immanenten Gedankenwelten begründet und eigentümlich gestaltet. Aber wenn wir heute dabei oft verschiedene Wege gehen, uns verbindet die Anerkennung einer selbständigen und selbstwertigen Innerlichkeit. Darin liegt ein gemeinsames Bekenntnis, das Idealismus im weitesten Sinne heißen mag, ein Bekenntnis zu Gütern jenseits der sinnlichen Lebenshaltung und damit zu einem Reich unsichtbarer Größen, es liegt darin die Ablehnung eines Materialismus, sei er gröberer, sei er feinerer Art, da dieser den Menschen ganz und gar in das Verhältnis zur Umgebung aufgehen läßt und daher keine Aufgabe einer Seelenbildung, einer Bildung von Persönlichkeit und Charakter kennt. Darauf aber kann die deutsche Art unmöglich verzichten.

Mit diesem Zuge zur Innerlichkeit scheint auf den ersten Blick unvereinbar die deutsche Schätzung der Arbeit, das Drängen zu kraftvollem Wirken in der Welt auf den verschiedensten Gebieten des Lebens, sowohl im Frieden als auch im Kriege. Das zeigt ja das

Ganze unſerer Geſchichte, daß das deutſche Volk bei aller Schätzung der Innerlichkeit keine Abwendung von der Welt vollzog, daß es ſich nicht in eine Innerlichkeit vergrub und vergrübelte, ſondern daß es heile Freude am Wirken und Schaffen hatte und große Kraft dafür aufbot. Man hat wohl einen Widerſpruch darin finden wollen, daß das Volk tiefinnerlicher Seele zugleich ein Volk weltgeſtaltender Arbeit war; namentlich unſere Gegner haben ſich vielfach bemüht, das eine gegen das andere auszuſpielen; aber ſo bereitwillig zuzugeben iſt, daß im Durchſchnitt des Lebens ſich beides nicht immer leicht zuſammenfindet, das geiſtige Schaffen, wie die Geſchichte es in großen Zügen aufweiſt, hat den Gegenſatz überwunden und eine volle Einheit erreicht. Das wurde vornehmlich dadurch möglich, daß die deutſche Art ein ganz eigentümliches Verhältnis zur Arbeit entwickelt und ihr zugleich eine eigentümliche Schätzung zollt. Die Arbeit iſt dem Deutſchen nicht ein bloßes Mittel für einen außer ihr gelegenen Zweck, ſie wird ihm lieb und wert um ihrer ſelber willen, er hat eine Freude an ihrem Gelingen, er vermag dieſem Gelingen ſchwere Opfer zu bringen, ſeine eigenen Wünſche den Forderungen der Arbeit unterzuordnen. Aus ſolcher Geſinnung fließt eine Treue gegen die Arbeit, eine Gewiſſenhaftigkeit in der Arbeit, eine peinliche Sorgfalt bis ins kleine und kleinſte hinein. Das durchdringt alle Verzweigung der Arbeit, es gibt der deutſchen Wiſſenſchaft ihre leitende Stellung, es zeigt ſich mit großen Wirkungen im deutſchen Heereswesen, es hat der deutſchen Induſtrie den Ruhm der unbedingten Zuverläſſigkeit gewonnen, der in aller Welt anerkannt iſt. Durchgängig zog die Arbeit die Geſinnung und Seele des Deutſchen an ſich und wurde ihm ein Stück des eignen Lebens und Weſens. Wie aber die Arbeit durch das ſie beſeelende Leben gewann, ſo gewann auch das Leben durch die Arbeit. Denn durch ſie befreite es ſich von der Enge des bloßen Punktes und dehnte ſich aus in die Weite, mit ihrer Hilfe vermochte es die Innerlichkeit zu einer Innenwelt fortzubilden und alles Sicheinſpinnen in die Höhle des bloßen Individuums fernzuhalten. Aus der Arbeit wirkt auch eine gewaltige Kraft, die Menſchen einander nahe zu bringen und ſie mit dem Bewußtſein der Zuſammengehörigkeit zu erfüllen, auch die verſchiedenen Zweige der Arbeit können ſich als Genoſſen eines gemeinſamen Werkes fühlen und zugleich ſich gegenſeitig achten.

Dieſe Hochſchätzung der Arbeit, dieſes Aufnehmen der Arbeit in das eigne Wollen und Weſen wirkt auch auf die deutſche Lebensanſchauung und gibt ihr einen Charakter gemeinſamer Art. Jener Zug enthält eine entſchiedene Verwerfung aller Syſteme, die das Behagen und Genießen des bloßen Menſchen für das höchſte Ziel erklären, ſtatt an erſter Stelle den Menſchen innerlich weiterzubilden, mehr aus ihm ſelbſt zu machen. Daher haben die Syſteme des Epikureismus, Utilitarismus, aber auch des modernen Pragmatismus den tiefſten Zug des deutſchen Weſens gegen ſich; wer imſtande iſt, der Sache um ihrer ſelber willen zu dienen, wem die Arbeit einen unerläßlichen Weg zur Höhe des eigenen Weſens bedeutet, der bekennt damit auch eine Grundauffaſſung von menſchlichen Dingen, der anerkennt eine geiſtige Tiefe hinter der Fläche des Alltagslebens. Der echte Arbeiter iſt Idealiſt, auch wenn er ſich in Worten zum Materialismus bekennt.

So ſtreben im deutſchen Leben Arbeit und Seele zueinander. Aber es iſt klar, daß ihre volle Einigung eine ſchwere Aufgabe bildet, deren Löſung viel Mühe und Arbeit koſten muß. Schon darin liegt ausgedrückt, daß dem Deutſchen das Leben nicht vornehmlich Befolgung eines bloßen Naturtriebes iſt, daß es ihm nicht inſtinktiv verläuft, ſondern daß es durch eigne Entſcheidung und Tat hindurch ſich ſeinen Weg erſt zu bahnen hat. Überhaupt führt dem Deutſchen Richtung und Gehalt ſeines Lebens weniger eine beſondere Naturanlage zu, als er ſich jene ſelbſt zu erringen hat. Der Deutſche iſt ſchwerer Art, er taugt weniger zu raſchem Ergreifen als zu energiſcher Durchführung, er kommt nicht leicht ins Schaffen hinein, das einmal Ergriffene aber hält er feſt und verfolgt es beharrlich bis zu Ende, er vermag mit ſolcher Tatkraft das Höchſte zu erreichen und die anderen Völker, die zunächſt einen Vorſprung haben mochten, ſchließlich weit zu überholen. Wie ſo dem Deutſchen durchgängig das Leben mehr auf eigner Tat und Arbeit ſteht als anderen Völkern, ſo bekennen alle Höhen des deutſchen Lebens eine entſprechende Schätzung der Tat. Unſer größter Denker läßt lediglich in der „praktiſchen Vernunft“ den Menſchen ein ſchöpferiſches Wirken und zugleich einen Zuſammenhang mit den letzten Tiefen der Wirklichkeit erlangen, und unſer größter Dichter ſpricht im Bekenntnis des Fauſt zugleich ſein eignes Bekenntnis aus: „Im Anfang war die Tat.“

Darin liegt ein weiteres Hauptstück der deutschen Welt- und Lebensanschauung. Der Deutsche fordert freien Raum für die Tat, freien Raum für Bewegung und Entwicklung, er widersteht allem, was das Leben starr festzulegen und zu mechanisieren droht, er kann daher bei diesen letzten Lebensfragen sich weder einer äußeren Autorität unterwerfen noch auch das Ganze der Wirklichkeit in einen bloßen Naturprozeß verwandeln, der für Freiheit keinerlei Platz hat. Wiederum mag die wissenschaftliche Durchbildung dessen weit auseinandergehen und mögen dabei harte Kämpfe entstehen, aber wir brauchen uns nur mit anderen Völkern zu vergleichen, um uns zu überzeugen, daß bei uns durch alle Verschiedenheit eine gemeinsame Grundüberzeugung geht, eine unbedingte Hochhaltung von Tat und Freiheit, Freiheit im tiefsten Grunde des Lebens, als Betätigung innerer Selbständigkeit. Auch die dem deutschen Leben innewohnende Schätzung der Individualität und das Verlangen nach individueller Lebensgestaltung hängt aufs engste damit zusammen.

In das innere Gewebe des Lebens greift auch das eigentümliche Verhältnis des Deutschen zur Sache ein, das wir eben erwähnten. Dem Deutschen genügt es nicht, seine Kraft lediglich in Bewegung zu setzen und ihre Steigerung zu genießen, er sucht eine Verbindung mit dem Gegenstande, er will auch innerlich eins mit ihm werden und in solcher Aneignung das eigne Wesen erhöhen; damit empfängt sein Handeln ein Ziel und ein Gesetz durch den Gegenstand, ihm wird damit eine Richtung gewiesen, es gewinnt einen Charakter, der ethisch im weitesten Sinne heißen darf. Aus dem Handeln wird nämlich mit solcher Wendung alle bloße Willkür verbannt, es fühlt sich innerlich gebunden, aber gebunden nicht durch ein von außen auferlegtes Gebot, sondern durch das eigne Wollen, das den Gegenstand umfaßt und ihn dem eignen Leben einverleibt; so ruht hier die Bindung auf freier Tat, die den Menschen erhöht, indem sie ihn unterordnet. Von hier aus erklärt es sich, daß der Pflichtgedanke im deutschen Denken und Leben soviel bedeuten und die strenge Lehre Kants hier einen so starken Widerhall finden konnte. Daß das Ethische, so als geistige Selbsterhaltung verstanden, die Hauptstärke des deutschen Wesens bildet, dafür ist auch dieses bezeichnend, daß die größten Umwälzungen, die der deutsche Geist hervorgebracht hat, die Reformation wie die kritische Philosophie,

ihren Hauptantrieb aus ethischen Forderungen gezogen haben. Grundzüge des deutschen Lebens werden von hier aus Ernst und Wahrhaftigkeit, beides zusammenstimmend in der Forderung, das ganze Wesen in die Tätigkeit einzusetzen und kein Wirken zu unternehmen, hinter dem nicht der ganze Mensch steht. Wer möchte behaupten, daß eine derartige Gesinnung auf besondere Parteien oder besondere Richtungen beschränkt sei? In Wahrheit durchdringt sie alles deutsche Leben, sofern es über kleinliche Selbstsucht und leere Alltäglichkeit zu aufbauendem Schaffen gelangt; gewiß ist sie ein Ideal, aber ein Ideal, das überall mit erhöhender Kraft gegenwärtig ist. Wiederum mag erklärende Deutung diese eigentümliche Art verschieden fassen und in verschiedene Zusammenhänge fügen; so viel aber ist gewiß: alle Verleugnung dieses ethischen Charakters des Lebens, alle Minderung der Würde und Hoheit der Pflicht widerspricht dem Hauptzuge des deutschen Lebens, sie mag zeitweilig auch bei uns viele Tagesmenschen gewinnen, unserem geistigen Schaffen bleibt sie fremd.

Das deutsche Verlangen nach einer inneren Aneignung alles dessen, was an uns kommt, ergibt nach anderer Richtung hin ein Streben nach Universalität, nach einer gerechten Würdigung alles dessen, was in unseren Lebenskreis tritt. Der Deutsche strebt nicht nur bei sich selbst über alle Gegensätze hinaus und zieht einem harten Entweder—Oder ein versöhnendes Sowohl—Als auch entschieden vor, er hat auch ein erstaunliches Vermögen, sich in das Fremde zu versetzen, es aus seiner eignen Art zu verstehen, es in seinem eignen Wollen anzuerkennen. So konnte er die verschiedensten Völker und Welten an sich ziehen, aus ihrem Geiste schöpfen, das eigne Leben dadurch bereichern. Gewiß liegen nicht geringe Gefahren auf diesem Wege, aber die Größe des Strebens schmälern sie nicht. Ein enger und starrer Nationalismus widerspricht durchaus der deutschen Art; wir sollten auch heute die kräftige Abwehr der feindlichen Nationen nicht in eine Herabsetzung des bei ihnen erwiesenen geistigen Schaffens verkehren, wir sollten unsere alte Art behaupten, die in der Bildung des Deutschen zugleich die Bildung des Menschen sucht.

Diese Universalität des Deutschen erscheint mit besonderer Deutlichkeit in unserem Verhältnis zur Geschichte. Soweit wir uns geistig betätigen, widerstrebt es uns, alle Vergangenheit abzuschütteln

und unſer Leben ganz und gar auf den bloßen Augenblick zu ſtellen, wir verſuchen vielmehr, das Jetzt mit der Vergangenheit zu verketten und eine zeitüberlegene Gegenwart herzuſtellen, wir ſuchen dem Wandel der Zeiten Bleibendes abzuringen und dadurch dem eignen Leben Tiefe und Feſtigkeit zu geben. Wir entgehen dabei nicht immer der Gefahr, unſer Lebensſchiff mit zu viel Ballaſt vergangener Zeiten zu beladen, aber unſer Streben, nicht vom bloßen Tage zu leben, vielmehr der Gegenwart das Ewige aller Zeiten zuzuführen, behält dabei ſein gutes Recht, ja ſeine Überlegenheit.

Alle dieſe Züge miteinander treiben das deutſche Leben über die Oberfläche des Daſeins hinaus und laſſen es hinter dieſem eine begründende und ſchaffende Tiefe ſuchen; es liegt im deutſchen Leben die Forderung einer Umkehrung des nächſten Standes der Dinge, ein gewiſſer metaphyſiſcher Zug, ein Stück Fauſtnatur iſt unſerer Art eingepflanzt. Das läßt ſich in ſehr verſchiedene Begriffe kleiden und zu verſchiedenen Bekenntniſſen verdichten, auch ſei eine ehrerbietige Zurückhaltung vor den großen Rätſeln des Lebens bereitwillig anerkannt. Nichts aber wird den Deutſchen dauernd feſthalten können, was alles Rätſelhafte, alles Geheimnisvolle des Lebens leugnet, ſich willig und vergnüglich der bloßen Oberfläche ergibt, ja aus der Flachheit wohl gar eine Tugend macht und einen Fanatismus der Verneinung entwickelt. Keine Probleme zu haben, das widerſpricht der deutſchen Art.

Daß wir aber das Gemeinſame, das in uns liegt, kräftig herausarbeiten und in wirkſame Gegenwart ſtellen, das fordert mit großer Entſchiedenheit die geiſtige Lage unſerer Zeit. Es iſt auch abgeſehen vom Kriege eine Zeit, in der Gegenſätze teils älterer, teils neuerer Art mit voller Klarheit erſcheinen, hart zuſammenſtoßen und unſer Volk ſchroff zu ſpalten drohen. Ein weites Auseinandergehen der Geiſter iſt nur zu verhindern, wenn es gelingt, das was jede einzelne Seite an Förderung des Lebensbeſtandes leiſtet, herauszuarbeiten und zur Anerkennung zu bringen; es bedarf dazu einer geiſtigen Weite, um ſich in das Innere der einzelnen Bewegungen verſetzen zu können, es bedarf aber nicht minder einer Kraft und Tiefe, um ſich nicht in die Mannigfaltigkeit zu verlieren, ſondern von ihr zur Einheit zu ſtreben. Für ein gegenſeitiges Verſtehen und Schätzen iſt

vor allem erforderlich eine Wendung vom Menschen zur Sache, von der bloßen Meinung zur Arbeit.

Den größten Gegensatz des modernen Lebens bildet der zwischen der überkommenen religiösen und der neueren der Welt zugewandten Denkart. So gewiß nur Flachheit beides unmittelbar zusammenbringen kann, es läßt sich ganz wohl nach einer Verständigung und Ausgleichung streben; wer eine Seite erwählt hat, der braucht keineswegs der anderen alles Recht zu bestreiten, er darf das nicht, wenn er offnen Sinn genug besitzt, um das Ganze des Lebens zu überschauen und die Wirkung der verschiedenen Bestrebungen darauf zu verfolgen. Auch der entschiedenste Vorkämpfer der Religion darf anerkennen, daß die Bewegung der Neuzeit zur Welt eine Kräftigung und Erweiterung gebracht hat, die durch das Ganze des Lebens hindurch auch der Religion zugute kommt, und auch der eifrigste Anhänger der modernen Kultur kann die Tatsache nicht bestreiten, daß die Befestigung der Innerlichkeit im deutschen Leben von der Religion ausgegangen ist und zum guten Teil noch heute durch sie aufrecht erhalten wird; diese hat zugleich ein großes Vermögen des Zusammenhaltens der Geister, der Erhebung über bloße Selbstsucht, der Weckung von Ehrfurcht erwiesen; Ehrfurcht aber ist es nach Goethe, was den Menschen zum Menschen macht. Wer die Ehrfurcht verwirft oder gar verspottet, der ist ein Fremdling im Reiche des deutschen Geistes. Wenn jede Anerkennung einer wertvollen Leistung auf der anderen Seite einen Weg zur Verständigung zeigt, so schließen sich von der Möglichkeit einer solchen nur diejenigen aus, welche der anderen Seite alles und jedes Recht versagen, sei es daß sie die ganze neuere Kultur als Abfall und Irrung verwerfen, sei es daß sie alle und jede Religion als Wahn und Einbildung verrufen. Beide verschließen sich zugleich einem Verständnis der deutschen Geschichte, die ein Zusammenarbeiten beider Mächte zeigt, beide fallen zugleich aus der Hauptlinie des deutschen Lebens heraus. Diese selbst läßt genügenden Raum für verschiedene Lösungen des Problems.

Ein anderer Hauptgegensatz, den erst das 19. Jahrhundert zu voller Klarheit und Schärfe gebracht hat, liegt innerhalb der Kultur; es handelt sich darum, ob sie vorwiegend als Bildung der Seele oder als Wirken in die Umgebung zu verstehen sei, ob das Leben seinen Hauptstandort in einer unsichtbaren oder in der sichtbaren Welt zu

nehmen habe. Auf der Höhe unſerer klaſſiſchen Literatur galt die Kultur vorwiegend als Bildung des inneren Menſchen, der Perſönlichkeit und der Individualität, wir waren unſeren Nachbarn ein Volk der Dichter und Denker; im 19. Jahrhundert hat ſich uns der Schwerpunkt nach der ſichtbaren Welt verlegt, und wir haben in ihrer Bewältigung höchſte Kraft und Tätigkeit erwieſen. Das ergibt eine Spaltung auch der Überzeugungen: Idealismus und Realismus, wenn dieſe vergriffenen Ausdrücke hier der Kürze wegen verwandt werden dürfen, fühlen ſich leicht als unverſöhnliche Gegner. Aber die vorhergehende Betrachtung hat uns gezeigt, daß die deutſche Art beides in ſich faßt und aufeinander anweiſt; ſo fordert ſie dazu auf, beides miteinander feſtzuhalten und ſich gegenſeitig ergänzen zu laſſen. Zugleich verbietet ſie die völlige Verwerfung einer der Seiten: weder ein weltflüchtiger Idealismus noch ein ideenloſer Realismus entſpricht der deutſchen Art; wohl verlangt ſie, daß die Innerlichkeit ſich bei ſich ſelbſt befeſtige, aber ihre Kräftigung und Vollendung erwartet ſie erſt von einer tätigen Bewährung in der ſichtbaren Welt; das eine gehört zum anderen.

Es hängt mit dieſem Gegenſatze eng zuſammen der einer metaphyſiſchen und einer ſozialen Begründung und Geſtaltung der Lebensziele, wie ihn die Gegenwart zeigt. Letztere Art findet das Hauptziel in der Hebung des menſchlichen Befindens, durch eine Aufbietung und Anſammlung der menſchlichen Kräfte hofft ſie dies Ziel ganz wohl erreichen zu können; die metaphyſiſche findet größere Aufgaben im Menſchenweſen angelegt, deren Löſung ſie dem Menſchen des unmittelbaren Beſundes nicht zutraut; ſo verknüpft ſie ſein Daſein mit einer es begründenden Tiefe und erwartet von dort eine Stärkung des eignen Vermögens. So wenig ſich beide Überzeugungen mit der Verſchiedenheit ihrer Hauptrichtung unmittelbar verbinden laſſen, jede von ihnen kann auch bei der andern eine wertvolle Leiſtung anerkennen und im Wirken für die gemeinſame Lage ſich mit ihr zuſammenfinden. Es muß bei uns mehr zur Geltung gelangen, daß treueſte Feſthaltung der eignen Überzeugung ſich ganz wohl mit der Anerkennung des Rechtes anderer verträgt, ja daß ſolche Achtung einen Prüfſtein der Feſtigkeit der eignen Überzeugung bildet.

In das politiſche Leben hinein reicht namentlich der Gegenſatz, den wir kurz als den des Individualismus und Sozialismus oder

auch des Aristokratismus und Demokratismus bezeichnen dürfen (beide Gegensätze decken sich nicht, aber sie verschlingen sich eng miteinander). Die Gegensätze sind uralt, aber die moderne Entwicklung hat sie, namentlich durch die Ausbildung des Fabrikwesens und der Maschinenarbeit, sehr verschärft und in den Mittelpunkt des Lebens gestellt. Von langer Vergangenheit kam an uns eine Struktur der Gesellschaft, die eine aristokratische oder auch hierarchische im weiteren Sinne heißen könnte. Die geistige Arbeit wie auch die Leitung der gemeinsamen Geschicke lag bei einem kleinen Kreise; das hier Errungene ward dem großen Körper des Volkes nur allmählich und nur teilweise zugeführt, dieser Körper bildete mehr Objekt als Subjekt der politischen und sozialen Tätigkeit. Demgegenüber wirkt in der neueren Wendung des Lebens Mannigfaches dahin, jene Abstufung zu verringern, ja möglichst ganz aufzuheben und allen Gliedern des Volkes eine unmittelbare Teilnahme, wie an der geistigen Bewegung so an der Leitung der gemeinsamen Geschicke zu sichern, dabei zugleich das Individuum der Gemeinschaft völlig einzuordnen. Diese Bewegungen treiben notwendig zu einer Scheidung der Geister: die eine Seite vertritt die Bedeutung des Individuums und seiner freien Bewegung, sie macht die Tatsache geltend, daß große Unterschiede, keineswegs solche bloß künstlicher Art, in der Menschheit bestehen, und daß die Höhe geistigen Schaffens zu allen Zeiten nur sehr wenigen auserlesenen Geistern vergönnt war; die anderen setzen dem die Forderung entgegen, vor allen Unterschieden eine gleiche Natur, eine gemeinsame Größe und Würde alles Menschenwesens anzuerkennen und dieses Gemeinsame die Gestaltung des Lebens beherrschen zu lassen. Auch hier verbietet die Schärfe des Gegensatzes ein unmittelbares Zusammengehen, aber sie schließt keineswegs aus, daß jede Seite auch der anderen ein gewisses Recht zuerkenne. Es ist nicht bloß Standeshochmut, der auf eine Gliederung und Abstufung des Lebens dringt, sondern die Sorge, daß ein Überwiegen der Gleichheit den geistigen Gehalt des Lebens aufs schwerste schädigen und es auf einen geringen Durchschnitt herabdrücken werde, an dem schließlich niemand Gefallen und Freude hat. Andererseits aber hat auch das Streben ein gutes Recht, künstlichen Unterschieden entgegenzuwirken, eine Verbreiterung des Lebens herbeizuführen, möglichst alles, was menschliches Angesicht trägt, zur Selbsttätigkeit zu berufen und

ihm an den Gütern des Lebens vollen Anteil zu geben; auch in dieser Richtung kann sich ein unverwerflicher Idealismus entwickeln. Hier wie da hängt alles daran, daß nicht das selbstische Interesse der Individuen oder auch ganzer Gruppen, sondern das Wohl des Ganzen den beherrschenden Zielpunkt bilde. Hier wie bei allen Gegensätzen brauchen wir nur vom Subjektivmenschlichen zum Sachlichen der Arbeit vorzudringen, um einen Boden für eine Verständigung zu finden. Das besagt keine Verwischung der Unterschiede, aber ein Hinausstreben über den Gegensatz.

Eine derartige Würdigung begegnet aber bei uns Deutschen noch einer besonderen Hemmung. Mehr als bei anderen Völkern pflegt sich bei uns mit den politischen Parteien auch eine bestimmte Stellung zu den Fragen der Weltanschauung zu verbinden. Mancher Konservative glaubt es seinem Programme schuldig zu sein, den überkommenen Stand der Religion bis ins einzelne ihrer Formen hinein unbedingt festzuhalten und alles Streben nach Weiterentwicklung als einen gefährlichen Unglauben abzulehnen; umgekehrt scheint manchem Radikalen sein Programm eine völlige Verneinung der Religion, ja alles dessen zu verlangen, was die sinnliche Welt überschreitet. Hier wie da ist die Gefahr, daß Schablonenmenschen, bloße Exemplare einer Gattung entstehen, die weniger sich selbst als ein Parteiprogramm leben, die nirgends offene Fragen, sondern überall fertige Antworten haben. Erklären läßt sich solche Verschmelzung von Politik und Weltanschauung wohl, sie entspricht der Neigung des Deutschen, in das, was ihn beschäftigt, seine ganze Seele hineinzulegen, aber sie enthält große Gefahren, eine Gefahr für die Sache und eine Gefahr für das Verhältnis der handelnden Personen, jenes weil sich bei solcher Verschmelzung unvermeidlich Zeitliches und Ewiges, Menschliches und Göttliches vermengt, dieses weil mit solchem Starrwerden alle Möglichkeit einer Verständigung verschwindet und die Gegensätze der Parteien sich bis zur Unerträglichkeit verschärfen. Die Fragen der Weltanschauung sind, wenn in ihrem vollen Rechte anerkannt, Aufgaben, denen gegenüber wir uns alle als Suchende und Werdende zu fühlen und einen offnen Sinn zu wahren haben; auch sind sie Sache nicht eines besonderen Bruchteils, sondern des Ganzen der Menschheit. Der Mensch erniedrigt sich selbst und sein eignes Leben, wenn er diese Fragen bloß als Parteiglied und nicht aus den For-

derungen ſeiner eignen Seele behandelt, ſich nicht dabei Leibnizens Wort gegenwärtig hält, daß die Individualität die Unendlichkeit in ſich ſchließt. Wer aber ſich ſelbſt noch im Werden fühlt, der kann auch dem anderen entgegenkommen. Das Leben unſerer Zeit ſteckt voller Probleme und Gegenſätze, das treibt notwendig Parteien hervor, in keiner Weiſe können wir wünſchen, daß dieſe verſchwinden oder eine geringere Tätigkeit entfalten. Dieſes aber können und müſſen wir wünſchen, daß der Kampf von einer Sorge um die Sache geleitet werde, und daß die Unterordnung unter das gemeinſame Wohl uns ein Ziel gewinnen laſſe, dem ſich alle beſonderen Beſtrebungen einfügen können.

Wir erleben heute Großes. Die gemeinſame Aufgabe der Verteidigung des Vaterlandes hat alle Gegenſätze zurückgedrängt, alle Parteien haben ſich bei jener Aufgabe gleichmäßig bewährt, alle haben ſich fähig gezeigt, die Geſinnung in Tat umzuſetzen, ja ſchwerſte Opfer zu bringen. Dieſe Erfahrung innerer Gemeinſchaft darf uns auch für die Zukunft nicht verloren ſein, wir haben das nicht nur zu hoffen, wir müſſen mit aller Kraft dafür wirken. Gewiß werden nach Eintritt des Friedens die zurückgedrängten Gegenſätze wieder mit friſcher Kraft erſcheinen, ein mächtig vorwärtsſtrebendes Volk iſt ohne innere Kämpfe nicht zu denken. Das aber iſt zu fordern, daß wir in dem unvermeidlichen Streit nicht alle Einheit verlieren, uns nicht innerlich einander entfremden. Nach Eintritt des Friedens werden ungeheure Aufgaben an uns kommen, Aufgaben äußerer und innerer, politiſcher, wirtſchaftlicher, geiſtiger Art, nur vereinte Kraft wird ihnen gewachſen ſein. Zur Einigung aber können wir nur gelangen bei Erhebung über die Intereſſen und Zwiſtigkeiten der bloßen Menſchen, bei williger Unterordnung unſeres Strebens unter die gemeinſamen Zwecke des Ganzen. Der Kräftigung ſolcher Geſinnung wird es aber dienlich ſein, uns immer von neuem auf unſere gemeinſame Natur zu beſinnen und aus ihr gemeinſame Ziele für unſer Leben und Streben zu ſchöpfen. Erheben wir uns auf die Höhe der uns zuſammenhaltenden Art, dann und nur dann wird die Forderung der Zeit uns wohlgerüſtet finden.

Universalismus, Individualismus und Staatsgesinnung.

Von Paul Natorp.

Dem ernsten und schweren Werke der inneren Einigung der Deutschen ist dies Buch gewidmet. Daß diese Einigung uns not tut, darüber bedarf es nicht vieler Worte. Jeder Tag predigt es ja laut. Der erklärte Wille der Feinde, unser Vaterland, Deutschland, wirtschaftlich, politisch, geistig, moralisch nicht bloß kleinzumachen, sondern ganz zugrunde zu richten, wenn es sein kann, aus der Welt zu tilgen, läßt uns keine Wahl, wir müssen fest zusammenstehen, oder wir sind verloren. Auch nach dem Kriege wird es an der dringenden Aufforderung zum Einigbleiben nicht fehlen. Der gänzliche Mangel am Willen wie an der Fähigkeit uns zu verstehen, uns gerecht zu werden, die Verblendung des Urteils durch verletztes Selbstgefühl und Rachedurst, die bei unsern westlichen Nachbarn in dreiundvierzig Friedensjahren nicht überwunden werden konnte, wird nach dem Kriege nicht in diesem einen Volke allein, sondern in ihnen allen, die mit vereinten Kräften uns nicht niederzuringen vermochten, auf lange hin die Verständigung unmöglich machen; also werden wir, auch im äußeren Frieden, doch wie im Kriegszustand bleiben und vor neuer Lebensbedrohung keinen Tag sicher sein. Immerhin, der unmittelbare äußere Druck der feindlichen Einschließung wird schwinden; ob dann, in der natürlichen Ermattung nach fast übermenschlichen Anstrengungen, im berechtigten Stolz auf den beispiellosen Sieg, den schon die bloße Selbstbehauptung gegen solche Übermacht bedeuten wird, nicht Gefahr ist, daß der heute in unserem Volk lebendige Wille zur Einigkeit wieder einschläft? Also haben wir gewiß alle Ursache uns ernstlich zu prüfen, welche inneren Hemmungen es sind, die unsere Einigung so lange verhindert haben und — darüber dürfen wir uns

ja nicht täuschen — sie noch fort und fort bedrohen; und welche Gegenkräfte gegen diese Hemmungen sich aufbringen lassen.

Von jetzt an keine Parteien mehr, von jetzt an nur noch Deutsche! Wahrlich, eine begründete Mahnung. Und doch wäre es einseitig, das Hindernis unserer Einheit nur oder hauptsächlich in der Unversöhnlichkeit der politischen Parteien zu sehen. Die Hitze des Parteihaders ist nur ein Symptom von vielen, die auflösenden Kräfte arbeiten nicht weniger verheerend im Innenleben unseres Volkes. Ebenso einseitig und theoretisch unhaltbar, vollends, vom allgemeinen menschlichen Wesen aus gesehen, roh und herabwürdigend wäre es, die Ursache alles sozialen Unheils und den Weg zum sozialen Heil allein oder vorzugsweise in den materiellen Lebensbedingungen, in den wirtschaftlichen Grundlagen des sozialen Lebens zu suchen. Gewiß hat die Unersättlichkeit der Erwerbs- und Genußsucht in unserem wie in allen am materiellen Aufschwung stark beteiligten Völkern wahre Verheerungen, unten wie oben, angerichtet. Aber nur griesgrämige Zweifelsucht könnte verkennen, daß in dem reinigenden Feuer des gegenwärtigen Krieges schon manche Verkehrtheit von uns abgefallen ist, daß der Kern unseres Volkes, oben wie unten, allem zu Trotz sich gesund und stark bewiesen hat über alles, was wir zu hoffen gewagt hätten; daß ein sozialer Geist, eine Selbstverständlichkeit des Opfersinns und der Treue gegen die Gemeinschaft im ganzen Volke sich bewährt, vor der wir nur überwältigt stehen können. Überhaupt ist es zuletzt nicht das verschiedene Maß des Anteils an äußeren Lebensgütern und -genüssen, was die Menschen am tiefsten entzweit. Gälte es nur um die in Mark und Pfennigen aufrechenbaren Vorteile und Nachteile, so würde der kluge Rechnungsgeist, der in den Völkern des Weltverkehrs so auffallend entwickelt ist, ohne Zweifel längst herausgefunden und die Folgen daraus nicht bloß auf dem Papier gezogen haben, daß bei sachgemäßer Verständigung über die Verteilung der Arbeit und des Arbeitsertrags alle ohne Unterschied sich besser stehen würden.

Weder der Wettbewerb um äußere Güter noch die Eifersucht um politische Macht und Rangstellung, bloß ihrer selbst wegen, würde die Völker oder die verschiedenen Volksschichten so tief entzweien, wie wir es heute vor Augen sehen, wenn nicht andere, tiefer liegende Gründe der Spaltung dahinter ständen. In jenem allen handelt es

ſich ja nicht um Selbſtzwecke, ſondern um bloße Mittel. Das letzte, worauf alle ſolche Mittel abzwecken, iſt vielmehr das Geiſtige. Wirtſchaftliche Kraft, politiſche Verfügungsgewalt, alles, was in dieſen Bereich gehört, bemißt ſich zuletzt nur nach einem Mehr oder Weniger und verträgt, wo man innerlich, geiſtig einig iſt, in ziemlicher Spannweite ohne ſchwere Erſchütterung Abſtriche und Zuwüchſe; im Geiſtigen handelt es ſich um Gegenſätze qualitativer Art. Da erſt liegen die tiefſten Gründe der Spaltung von Menſch zu Menſch, Gruppe zu Gruppe, Klaſſe zu Klaſſe, Volk zu Volk. Von da aus erſt kommt es zu inneren Entfremdungen, die dann freilich mehr und mehr auf alles hinübergreifen, und in wirtſchaftlichen und politiſchen Kämpfen freilich am aufdringlichſten zur Erſcheinung kommen, ohne doch darum in ihrem Kern wirtſchaftlicher oder politiſcher Natur zu ſein. Das Geiſtige iſt nun einmal das Innerſte, Wurzelhafte im Menſchen; wirtſchaftliche und politiſche Organiſation ſind Inſtrumente, die vom Geiſt geſchaffen, über die zuletzt er allein Herr iſt. Freilich, wo der Geiſt matt wird, maßt dann das Mittel die Rolle des Zwecks ſich an; aber nie doch vermag es ſo übermächtig zu werden, daß der Geiſt ſich notwendig ſeiner Fremdherrſchaft beugen müßte; er braucht nur ſich wieder auf ſich ſelbſt zu beſinnen, ſo wird er von den Sklaven, die ſich zu ſeinen Herren aufwarfen, ſich wieder freimachen und ſie in die dienende Rolle, zu der allein ſie geſchaffen wurden, zurückzwingen. Vermöchten unſere Feinde in unſerem geiſtigen und ſittlichen Weſen uns zu verſtehen und zu würdigen, ſo würden ſie auch nicht das Wachstum unſerer wirtſchaftlichen und politiſchen Kraft uns neiden, ſondern in friedlichem Wettbewerb uns neben ſich aufſtreben laſſen; und dasſelbe gilt vollends für die verſchiedenen wirtſchaftlichen, Berufs- und Bildungs-Kreiſe innerhalb eines Volkes. Hätten nicht auch da die Volksgenoſſen, allerdings unter ſtarkem Mithineinſpielen wirtſchaftlicher und politiſcher Gegenſätze, am gegenſeitigen inneren, ſeeliſch-geiſtigen Verſtändnis Schiffbruch gelitten, ſo würden ſie zur Verſtändigung auf dem Boden der Wirtſchaft und der Politik gangbare Wege gewiß längſt gefunden haben.

So verſteht es ſich, daß gerade dem geiſtigſten Volk es am ſchwerſten fallen muß, zu innerer Einheit und durch dieſe auch zu äußerlich einheitlicher ſtaatlicher Organiſation ſich durchzuringen. Es hat eben die reichſten, tiefſten, ernſteſten Gegenſätze in ſich zu verarbeiten. Zwar

strebt zuletzt alles Geistige zur Einheit zusammen; gerade aus den schärfsten Dissonanzen geht erst die tiefste Harmonie hervor, wenn sie den Meister finden, der sie zu bewältigen die Kraft hat. Aber solange sie nicht bewältigt sind, können sie den einzelnen Menschen mit sich selbst, und Mensch mit Mensch, so auch die ihrem geistigen Charakter nach verschiedenen Gruppen, Schichten, Klassen eines Volks, schließlich Volk mit Volk entzweien, ungleich tiefer, als der bloße Wetteifer um wirtschaftliche und politische Güter sie auseinanderreißen und gegeneinanderkehren würde.

Es braucht nun hier gar nicht gefragt zu werden, auf welcher geistigen Höhe im Chor der Völker das unsere stehe. Zuletzt hat kein Volk einen Alleinanspruch auf irgendwelchen geistigen Besitz, sondern alles Geistige ist an sich Gemeingut der Menschheit und soll es zuletzt werden. Nicht nach dem Mehr und Weniger ist hier die Frage, oder nach einer bloßen Teilung der Aufgaben, als ob Eigenheit notwendig Einseitigkeit bedeutete. Nicht nach der durchschnittlichen Höhe der Begabung fragen wir, oder nach dem Maße wissenschaftlicher, sittlicher, künstlerischer, religiöser Leistungen, nach nichts, was quantitativ meßbar oder äußerlich scheidbar wäre. Aber nicht absprechen läßt sich unserem Volke der Zug zum geistigen Radikalismus, der Trieb bis zum Grunde zu dringen, der Wille, ganz zu sein, was wir sind, und was damit engstens zusammenhängt, der Sinn unermüdeten, treuen Ringens und Arbeitens. Wir nennen es unsere „Innerlichkeit". In der Tat, ein inneres, zentrales Erfassen jeder geistigen Aufgabe dürfen wir uns zusprechen, es hat sich auf jedem Gebiet, auf dem unser Volk sich je ernstlich betätigt hat, unwidersprechlich bewiesen. Darüber braucht weiteres nicht gesagt zu werden, es ist oft genug gesagt, auch in diesem Buche wieder von Rudolf Eucken ausgeführt worden. Wie aber gerade dieser unser edelster Vorzug uns zum ernstesten Hemmnis der nationalen Einigung werden konnte, das verdient und fordert wohl eine hellere Beleuchtung. Denn sollte nicht gerade solcher Drang zur Tiefe, der doch zuletzt Einheitsdrang ist, auch die stärkste einigende Kraft beweisen?

Aber das Geistige ist eben nicht, wie das Materielle, durchweg von einer Art, homogen, gleichsam qualitativ eindimensional und nur nach dem Ausmaß verschieden, sondern vielartig, qualitativ von vielen ja unendlichen Dimensionen, und wiederum in jeder seiner Dimen-

ſionen unendlich. So ſtrebt begreiflich jede geiſtige Sonderrichtung das Univerſum des Geiſtes zu umſpannen, umſpannt es in gewiſſer Weiſe wirklich, da zufolge der durchgängigen Wechſelbezüglichkeit alles Geiſtigen auf jede ſeiner Dimenſionen alle andern ſich gleichſam projizieren. So aber ſcheinen dann die einſeitigen geiſtigen Richtungen, gerade je ernſtlicher jede in ihrer Unendlichkeit ſich zu erfaſſen ſtrebt, um ſo mehr einander auszuſchließen, und meint leicht jede, keine andere neben ſich dulden zu dürfen. Der Radikalismus des Geiſtes verleitet zur Unduldſamkeit.

Es iſt ein ſehr merkwürdiges Wort des alten Heraklit: Der Seele (Pſyche — wir heißen es: das Geiſtige) wirſt du keine Grenzen finden, ob du auch jeden Pfad abſchritteſt, ſo tief iſt ihr Logos. Dieſer Logos meint ohne Zweifel den zwingenden Zuſammenhang, in dem eins mit dem anderen, wie in lebendiger Wechſelrede, Verſtändigung ſucht und findet. Aber dieſe an ſich nicht bloß mögliche, ſondern wirkliche Selbſtverſtändigung alles Geiſtigen liegt in tiefſten Tiefen verborgen, wird daher ſobald nicht offenbar. Derſelbe Philoſoph ſagt, der Logos habe das eigen, daß er ſtets über ſich ſelbſt hinauswachſe, ſich ſelber ſteigere. Und was in dieſen Ausſprüchen Logos heißt, tritt in andern auf als Harmonie, die die Diſſonanz gerade zur Vorausſetzung habe; aber er unterſcheidet die „verborgene", nicht zutage liegende Harmonie, als die „beſſere", eben zur Bewältigung der Gegenſätze ſtärkere, von der „offenbaren", das heißt oberflächlichen. So begreift ſich, daß gerade, wem die oberflächliche Ausgleichung nicht genügt, wer zur letzten Tiefe des Geiſtigen ſtrebt, am ſchwerſten zu fertigem Ausgleich gelangen wird, daher nach außen disharmoniſch, widerlogiſch erſcheint.

So aber wirft man es ſchon ſeit langem uns Deutſchen vor. Wir erſcheinen den anderen maß- und formlos. Nicht ohne Grund; es mangelt uns wirklich nicht bloß an Schick und Schliff, an Geſellſchaftsfähigkeit der Umgangsformen, Eleganz in Haltung und Gewand, an Takt, mit einem Wort „Ausdruckskultur", ſondern auch an innerer Abgemeſſenheit, Abgeſtimmtheit unſeres Weſens, Klarheit des Lebensſtils. Indem wir nur nach der „Sache" fragen und mit ihr nicht leicht fertig werden, werden wir auch mit uns ſelbſt nicht fertig. Wir arbeiten wie kein anderes Volk, zeigen uns daher faſt immer wie im Arbeitskittel, werden auch in der Ausſpannung und

Geselligkeit von unserer Arbeit nicht leicht innerlich frei, erscheinen darum überhaupt innerlich unfrei. Wir sind es in gewisser Weise, wir frönen nicht Menschen, aber um so mehr „Sachen"; dennoch zuletzt nicht, weil sie uns in der Gewalt haben, sondern weil wir in nie befriedigtem Ringen sie zu bewältigen streben. Der Deutsche liegt geistig fast immer wie im Schützengraben, er darf darum für Toilette keine Zeit haben, auch nicht viel fragen, ob er etwa bei dem und jenem, und wäre es der Kamerad neben ihm, anstößt. Sklavisch, proletarisch, wie unser Arbeitsgeist, erscheint den andern, und mitunter uns selbst gegenseitig, auch unser Ordnungs-, unser Organisationsgeist. Zwar sicher verkennt man, verkennen oft wir selbst uns auch darin. Vielmehr aus voller innerer Freiheit nehmen wir den äußeren Zwang der Ordnung willig auf uns; wir fühlen uns als Soldaten unserer „Sache", und wir sehen ein, daß an der Front straffe Disziplin das Erstnotwendige ist. Wir stehen eben immer wie an der Front.

Daß wir dabei aber in Wahrheit doch innerlich frei sind, wir dürfen kühn sagen die freisten von allen, das beweisen wir nach zwei Seiten zugleich: durch unseren Universalismus, und, in scheinbarem aber nur scheinbarem Widerspruch damit, durch unseren Individualismus.

Kein anderes Volk tut es uns gleich in unbegrenzter Offenheit des Verständnisses und Unbefangenheit der Würdigung alles Geistigen, wo und in welcher Gestalt es uns auch entgegentritt; in der Höhe des historischen, des Kulturinteresses, in der Unersättlichkeit unsres Bildungsdranges, in der Umfassung aller wissenschaftlichen Aufgaben, in der ganzen Weite ihres Zusammenhanges wie wiederum in der Genauigkeit und Vollständigkeit der Einzelarbeit; nicht minder in Technik und Verkehr; vollends in dem Unendlichkeitszug und wieder der Weltoffenheit unserer dichterischen und künstlerischen Gestaltung; in der Tiefe unserer Gottesliebe und wieder im heißen Drang nach religiöser Freiheit; in einem gesagt, in jenem merkwürdigen Trieb, im Universum des Geistes „jeglichen Pfad abzuschreiten" und dem in der Tiefe liegenden Logos nachzuspüren. Deshalb sind wir, mehr als irgendein andres, ein Volk von Philosophen.

In genauer Wechselbeziehung damit aber steht bei uns der andre Trieb zum individuellen Erfassen und Durchdringen, wodurch erst

der Logos eigentlich zum Logos der Pſyche, und zwar der Einzelpſyche wird. Jeder rechte Deutſche ſagt zuletzt, wie der Weiſe von Epheſus: „Ich habe m i ch ſ e l b ſt erforſcht". Jeder iſt ſich zunächſt der Einzige, ſieht in der Welt, der ganzen Welt von Welten des Geiſtes ſ e i n e Welt, ſtrebt von ſich aus, aus ſeiner „Innerlichkeit", in ihr ſich heimiſch, ja zum Herrn zu machen.

Beſonders merkwürdig iſt es, zu beobachten, wie dieſe beiden, ſcheinbar ſich widerſtreitenden Züge überall, wo man nur hinblickt, im Deutſchen dicht nebeneinanderſtehen. Es braucht hier nichts von der deutſchen Philoſophie geſagt zu werden, die, von Nikolaus von Kues bis zu den Jüngſten herab, dieſe beiden Richtungen gleich ſtark ausprägt, vielleicht zu wirklichem innerem Ausgleich gebracht hat. Aber derſelbe Doppelzug begegnet uns oft auch beim einfachen Mann aus dem Volk. Ein Arbeiter, der vielleicht auf Marx ſchwört, lieſt dabei ſeinen Nietzſche, und empfindet das nicht als Widerſpruch. Der wundervolle Individualismus der Plaſtik des deutſchen Mittelalters betätigt ſich an Bauten, die dem Dienſte der „einen allgemeinen" Kirche geweiht ſind. Unſere große Literatur, Goethe vor allem, iſt ſo typiſch univerſaliſtiſch wie individualiſtiſch; und unſere nationalſte Kunſt, die Muſik, in der unſere verborgenſte „Innerlichkeit" ſich am tiefſten, am individuellſten bisher ausgeprägt hat, erhebt ſich wiederum in himmelſtürmendem Allheitsdrang zu den Höhen der Menſchheit, der Gottheit: „Ihr ſtürzt nieder, Millionen? Ahneſt du den Schöpfer, Welt?"

Aber eben dieſer doppelte Drang, zum Univerſalismus wie zum Individualismus, mußte unſerer äußeren, ſtaatlichen Einigung die ſchwerſten Hinderniſſe in den Weg legen. Warum? Sicher fehlt auch in keinem der anderen Völker jener doppelte Zug. Aber ein begrenzter Univerſalismus und begrenzter Individualismus finden leichter den Ausgleich, ſei es in einem vorwaltenden Durchſchnittstyp der ganzen Nation, oder doch in den Einzelnen, die auch dann, bei aller inneren Fremdheit, ſich immer noch als Freie gegenſeitig gelten laſſen können, ohne ſich, wie wir Deutſche es nur zu gewohnt ſind, wie auf Tod und Leben zu bekämpfen. Darum halten die andern ſich für die echten Individualiſten und Freiheitsfreunde, und auch wieder zu klarer Staats- und Menſchheitsgeſinnung Gereiften, gegeneinander friedwillig, zum gerechten Ausgleich auch von Volk zu Volk ſtets

bereit; sie sehen dagegen in uns die gefährlichen Störer ebenso des Friedens wie der Freiheit und jedes sozialen wie intersozialen Rechts. Die ewigen Grundrechte der Menschheit: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" sind, in ihren Augen, einzig und fortdauernd bedroht durch uns, die sozialen und politischen Unmenschen, die dazu noch, in der unleidlichen Arroganz ihres „Kultur"-Wahns, sich der sonst überall siegreich vordringenden gemeinsamen „Zivilisation" der Menschheit in den Weg stellen und gar ihr unverständliches Sonderideal den andern gewaltsam aufzwingen, eine geistige Führerrolle ihnen gegenüber in Anspruch nehmen möchten.

So falsch dies Urteil, so richtig ist die Beobachtung, daß wir Deutschen, wie an innerpolitischem Zusammenschluß, so an Klarheit und Sicherheit unsrer Weltstellung gegen die derzeit führenden Völker des Westens weit im Rückstand sind. Es ist der Fehler unseres Vorzugs, aber ganz gewiß ein Fehler; die Kehrseite unseres radikalen und darum unduldsamen Universalismus auf der einen, radikalen Individualismus auf der andern Seite, die eben beide bisher noch nicht zu ihrer vollen Reife in uns sich durchzuarbeiten vermochten.

Kaum ist es nötig, dies durch einen geschichtlichen Rückblick zu bestätigen; es genügt an wenige Hauptmomente aus der Geschichte unseres Einheitsbestrebens zu erinnern. Zu einer nationalen und staatlichen Einigung, recht seiner Eigenheit gemäß, von innen her, aus der Tiefe seiner geistigen und sittlichen Sonderart, schien unser Volk zuerst sich aufraffen zu wollen im Beginn der Reformation. In Wahrheit führte sie zu einer nur gefährlicheren inneren Zerklüftung als je zuvor, in der unser Volk weder dem logisch klar umrissenen Universalismus, auf den die scheinbar in den Grundfesten wankende römische Kirche sich bald wieder zurückbesonnen hatte, innerlich standzuhalten, noch den äußeren Angriffen der an staatlicher Festigung uns weit vorausgekommenen, durch den Überseehandel zur Weltmachtstellung aufstrebenden Nachbarvölker festen und einigen Widerstand entgegenzusetzen vermochte. So zog es, im heißen Ringen um Güter innerlichster Art, über die es doch auch in sich selbst nicht einig wurde, vollends in allem Äußeren den kürzeren und lag bald, aus tausend Wunden blutend, am Boden. Daß wir aus den äußeren und inneren Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges uns doch wieder zu erheben vermochten, das gehört zu den Wundern unserer Geschichte,

an denen der Glaube an eine unſerem Volke noch vorbehaltene weltgeſchichtliche Aufgabe ſich aufrichten mag. Aber, bei allen geiſtigen Großtaten, die gerade von da ab unſer Volk in ſteilem Aufſtieg zu den Höhen der Menſchheit hinangeführt haben, blieben wir wirtſchaftlich zertreten, politiſch zerriſſen und ohnmächtig. Der morſche Bau fragwürdigſter Konſtruktion, „römiſches" Reich „deutſcher" Nation in grauſamer Ironie geheißen, brach endlich zuſammen. Es gehörte der Seherblick eines Schiller dazu, gerade in dieſem Augenblick den „Tag des Deutſchen" vorauszukünden, mit dem er „das Erbe der ganzen Zeit" anzutreten berufen ſei. Dieſer neue Tag, er ſollte ſobald nicht anbrechen. Unſere hochgeiſtige „Kultur" von damals, die ſich ſo ſelbſtſicher der bloß äußeren „Ziviliſation" der Weſtvölker entgegenſtellte, war gerade in ihrer typiſch deutſchen Art, in ihrem Univerſalismus wie in ihrem Individualismus, von ſicherer Staatsgeſinnung denkbar weit entfernt. Und wenn unter dem harten Druck der Fremdherrſchaft endlich, endlich ein entſchiedener Wille zu deutſchem Weſen in vielen der beſten erwachte — ein allzu großer Teil des Volkes ſchlummerte fort, und nach zehn Jahren konnte es ſcheinen, als ſei alles wieder wie zuvor. Einen Fortſchritt bedeutete der deutſche Liberalismus und Nationalismus von 1848; aber, weſentlich weſtländiſch orientiert, bot er weder ſicheren Schutz gegen den alten, ſich ſelbſt mißverſtehenden Univerſalismus — im Prinzip, noch gegen den ebenſo ſich mißverſtehenden zum Partikularismus zurückdrängenden Individualismus — in der leidigen Wirklichkeit. Dennoch bahnte, mit dem wirtſchaftlichen Aufſtieg, den endlich der unbezwingliche Arbeitsfleiß und die Gründlichkeit unſrer Technik uns errang, die ſtaatliche Einigung von innen her deutlicher und deutlicher ſich an. Doch bedurfte es erſt eines Bismarck, um mit hartem äußeren Zwang aus den deutſchen Kleinſtaaten und Kleinvölkern ein wenigſtens nach außen einiges „Reich" zu zimmern. Die Gewaltſamkeit, mit der ſo unſere ſtaatliche Einigung, ſcheinbar rein äußerlich, doch endlich vollbracht war, konnte mißverſtanden werden, wurde mißverſtanden, nicht draußen bloß, auch im Vaterlande ſelbſt. Aber unſer Volk bedurfte des Eiſenpanzers eines ſolchen, vorerſt äußeren Zuſammenſchluſſes, um auf ſeine wirklich doch innerlich begründete Einheit ſich endlich zu beſinnen, und beides, ſeinen Univerſalismus und ſeinen Individualismus zu der Reife, und damit zu dem ſicheren

Ausgleich zu bringen, zu dem nur eine gefestigte Staatsgesinnung beide zu entwickeln imstande war.

Daß diese innere Reifung in der, an dem Maße der Weltgeschichte gemessen, kurzen Lebenszeit, auf die das junge Reich zurückblickt, nun wirklich sich vollzogen hat, das hat erst dieser Krieg ans Licht gebracht. Es ist uns noch heute ein Wunder, größer als irgendeines, das in dem an geschichtlichen Wundern nicht armen Herzland Europas bis dahin erlebt worden ist. Wir haben gezweifelt, wir mußten, je lieber wir unser Vaterland hatten, umso ernstlicher zweifeln, allzu vieles schien dem, was wir im Innersten ersehnten, hart zu widersprechen. Umso mächtiger ergreift uns, was wir jetzt erleben. Es bedurfte wohl des furchtbaren Stoßes, den dieser Krieg uns gab, um unser Volk aus dem Schlaf zu rütteln und zur Besinnung zu bringen. Aber heute ist es nicht mehr bloßes Hoffen und Ahnen, sondern Erlebnis: es hat sich besonnen, es steht wie ausgewechselt vor unsern Augen, wie aus wirren Träumen auf einmal zum hellen Tag erwacht. Nicht ohne Scham und Grauen denken wir zurück an die Zeit, da unter den zweifelhaften Segnungen eines trüglichen Friedens ein ernster Wille zu innerer Einigung nur spärlich hier und da unter uns noch lebendig schien, ein farbloser Internationalismus auf der einen Seite, ein gegen alles Gemeininteresse sich abstumpfender Ichkultus auf der andern, der den Ehrennamen „Individualismus" nicht verdient, das große Wort führten, Vaterland, Deutschtum im Munde der einen laut aber hohl tönende Phrasen, den andern um so mehr verachtete, sinnbare Worte geworden waren.

Was denn hat uns so über Nacht gewandelt und, was im tiefsten schlummerte, ans Licht gebracht, die ganze breite mißgestaltete Oberfläche versinken lassen? Das tat der gewaltige Ruf einer schlechthin unabweislichen staatlichen Aufgabe, der keinen länger seine Stunden verträumen oder an Eigenes denken ließ, sondern jeden unmittelbar forderte und an den Platz stellte, für dessen Behauptung er Leib und Leben, die letzte Faser auch seines seelischen und geistigen Seins einzusetzen hatte ohne Sparen. Auf einmal zersplittert sich unser Individualismus nicht mehr in der Enge und Kleinlichkeit einer ärmlichen Selbstsorge, sondern lernt, seinem echten Begriff gemäß, sich zusammenraffen zu ungeteiltem Selbsteinsatz für die große, die ewige Sache des Vaterlands. In ihm begreift er, jetzt endlich, ein

höchſt Individuelles, Unendliches, in der Unendlichkeit ſeiner Aufgabe Einziges, Unerſetzliches, Unwiederholbares, wenn verloren, Unwiederbringliches, das hier und jetzt, wo der Ruf der Stunde uns hinſtellt, unſere Seele ganz einfordert wie ein einzig Geliebtes, dem ein ewiger Wille unſer Leben, unſer ganzes Sein unzerſtückt verſchrieben hat, zu ſeinem eigenſten, innerlichſten Heil. Und ſo zerfließt jetzt unſer Univerſalismus nicht länger in die vagen Allgemeinheiten einer hohlen Allerweltsphiloſophie, ſondern rafft ſich zuſammen zu einem Erfaſſen der ewigen Sache der Menſchheit in der des Volks und Vaterlands, da grade für den, dem es mit der Menſchheit ganzer Ernſt iſt, der Weg zu ihr allein durch Volk und Vaterland geht.

Unſere edelſte Dichtung, Kunſt, Literatur, Philoſophie, Religion, alles nimmt jetzt auf einmal, wie ſelbſtverſtändlich, dieſe einzige Richtung: die übergewaltige Aufgabe, die der Aufruf der Weltgeſchichte mit der furchtbaren, ſiebenfachen Kriegserklärung unſerem Volke auf die Schultern gelegt hat, klar und ſicher, in männlicher Reife, ohne Überſchwang, im ernſten Bewußtſein der Schwere ihrer, in den entfernteren Folgen noch ganz unüberſehbaren, in der Forderung an das Heute aber offen zutage liegenden Tragweite zu erkennen und unſere ganze, aufgeſammelte innere Kraft auf ſie zu wenden. Alle, Individualiſten wie Sozialiſten, Freigeiſter wie Kirchengläubige, Liberale wie Autoritariſten, alle ſehen ſich auf einmal miteinander in Reih und Glied, und lernen endlich, endlich, ſo viele ihrer das Lernen noch nicht verlernt haben, ſich gegenſeitig beſſer kennen und verſtehen. Bei den Feinden freilich trägt gerade das feſte Zuſammenſtehen unſerer geiſtigen Führung mit der politiſchen und militäriſchen in einmütig entſchloſſener Vaterlandstreue uns nur die neue, ſchwere Verkennung ein, als habe auch, was von Geiſtigem aus unſeren beſſeren Tagen uns noch geblieben ſei, ſich zum Sklaven eines rohen Nationalismus gemacht, und ſtehe auf den Befehl des finſteren Herrſchwillens unſerer Machthaber blind bereit zu unwürdiger Beſchönigung ihrer gegen die Menſchheit verbrecheriſchen Abſichten, zur Scheinrechtfertigung des Krieges, den ſie, nicht Rußland, Frankreich, England, ſondern der Wiſſenſchaft, Sittlichkeit, Kunſt, Religion, dem Menſchentum überhaupt erklärt hätten. Dieſe ſchwerſte von allen Verleumdungen, gerade von bis dahin hoch-

stehenden, in ihren Grenzen führenden Männern der Wissenschaft, der Kunst, der Literatur wie mit einem Munde in die Welt hinausgerufen, mag uns wohl betrüben, weil sie unseren guten Glauben an die Möglichkeit eines künftigen, wenn auch bedingten gegenseitigen Verstehens erst ganz zunichte macht, aber sie kann uns nur um so fester machen in der Überzeugung, daß an uns heute der Ruf der Geschichte ergangen, in unsere Hände das Heil der Menschheit gelegt, unser Tag nun angebrochen ist — angebrochen aber mit der lastenden Verpflichtung zu einem Tagwerk, zu dem wir uns rüsten müssen in strengster innerer Sammlung und Selbstzucht. Dessen will dies ganze Buch ein Ausdruck sein. Denn freilich, wir dürfen uns nicht vermessen schon heute das zu *sein*, was wir *werden* sollen, werden müssen, um der fast überschweren Aufgabe, die uns zugefallen ist, gewachsen zu sein. Wir glauben aber, vielmehr wir sind dessen gewiß, wenigstens die ersten, ernstesten Vorbedingungen dazu zu erfüllen. Sie mögen in Teilen der anderen Völker auch erfüllt sein oder noch sich erfüllen, aber sie sind heute niedergehalten, und sie werden nicht eher sich durchringen, als man *uns* erkannt, mit unseren Besten sich in Einvernehmen gesetzt haben wird, wozu leider in diesem Augenblick die Hoffnung fast unter Null gesunken ist. So glauben wir an uns, so müssen wir an uns glauben, oder wir müßten an der Menschheit verzweifeln, das aber hieße an Gott verzweifeln.

Ist wirklich dieser Geist in unserem Volke lebendig? Manche Erscheinungen an der Oberfläche unseres Volkslebens, selbst jetzt mitten im Kriege, manche aufdringliche Schäden besonders im Innern des Landes können ernste Zweifel daran wecken. Aber ein Blick auf unsere Tapferen an der Front, und die Zweifel zerstieben. Wie viele wundervolle Zeugnisse von dem Geiste, der da waltet, kommen uns jetzt fast täglich vor Augen! Da liegt vor mir, indem ich dies schreibe, ein Büchlein, in aller Anspruchslosigkeit „als Handschrift für Verwandte und Freunde gedruckt", Blätter der Erinnerung an nur *einen* der Hunderttausende, die ihr Leben für uns geopfert haben; einen blutjungen Theologiestudierenden, der nach dem ersten Universitätssemester als Kriegsfreiwilliger mit hinauszog, um, in wenig mehr als einem Jahr zum Manne, zum ausgezeichneten Offizier gereift, sein zwanzigjähriges Leben in tapferster Tat dahinzugeben. Wenige Seiten Lebensskizze, vom älteren, noch im Feld

ſtehenden Bruder entworfen, dann Auszüge aus Kriegsbriefen des Gefallenen; fern aller Poſe, kein Wort, das nicht erlebt wäre. Und doch — vielmehr eben darum — ich wüßte kein Buch unſrer ganzen Literatur zu nennen, das ein ergreifenderes Zeugnis ablegte von dem innerſten Geiſt unſeres Volkes. Die hochfliegendſten Gedankendichtungen unſrer Philoſophen, die innigſten Seelenbekenntniſſe unſerer Dichter, was man nur nennen mag, es verblaßt mir heute vor der ſchlichten Lebenswahrheit, in der in dieſen Blättern deutſcher Wille, deutſches Herz, auch deutſcher Gedanke ſo wortkarg, in reiner Einfalt ſich ausſpricht. Das aber tritt auf, nicht als irgend etwas Beſonderes, ſondern als das ganz Selbſtverſtändliche, das in jedem der Millionen Brüder, die im gleichen Kampfe ſtehen, auch lebendig ſein müſſe, einfach weil man, als Deutſcher, in dieſer Schickſalsſtunde des Vaterlands gar nicht anders wollen, empfinden, denken, ſein kann. Und daß dieſe Vorausſetzung nicht nur gutgläubiger Wahn des unerfahrenen Jünglings iſt, das bezeugen die zwei Briefe, die den ergreifenden Schluß des Büchleins bilden, geſchrieben von dem treuen Burſchen des Gefallenen, einem ganz einfachen Mann aus dem Volk; Briefe, die, ſchlicht berichtend über das ſchmerzliche Ereignis und die mit größter eigner Gefahr vollbrachte Bergung des teuren Leichnams, bis zur Faſſung jedes Satzes dieſelbe Wahrhaftigkeit, Echtheit, innere Geſundheit und Anſtändigkeit der ſittlichen Empfindung und treue deutſche Geſinnung atmen wie die ſeines geliebten Leutnants. Dieſer hatte immerhin eine höhere Schule und — ein ganzes Semeſter Univerſität durchgemacht; er hatte, einer Theologenfamilie entſtammt, gewiß von Hauſe eine hochgeiſtige Anlage mitbekommen. Aber das, wonach hier die Frage iſt, hängt nicht an ſolchen beſonderen Vorbedingungen, es iſt wirklich in hohem Maße Gemeingut unſeres Volks in allen Schichten. — Der junge Held ſchreibt „an der Wende des großen Jahres" an die Seinigen: „Das alte Jahr hat der unſagbaren Not ſo viel gebracht, das neue wird noch mehr bringen. Im alten brach im erſten Sturm der Begeiſterung das Beſte der Menſchenſeele hervor, im neuen heißt es Ausdauer, Bewährung. Das wird ſchwerer ſein. Seid auch ihr ſtark in der Liebe und bleibt es, verliert nicht den guten Glauben an unſer Volk, und bleibt ſtolz und getroſt, auch wenn ich nicht heimkehre. Ich

will keine schwächliche Trauer." — So spricht heute zu uns nicht dieser Einzige allein, so spricht das ganze im furchtbaren Kampf sich hinopfernde Volk zu dem ganzen Volke daheim, und ruft es hinaus bis in seine fernste Zukunft: Laßt es nicht genug sein an dem „ersten Sturm der Begeisterung", wahrt das „Beste der Menschenseele", das in diesem Sturm hervorgebrochen, rettet es, in unermüdeter „Ausdauer und Bewährung", hinüber in alle Zukunft unsres Volkes und der Menschheit; seid so auch ihr immer stark in der Liebe und bleibt es, verliert nie den guten Glauben an unser Volk, bleibt stolz und getrost, auch wenn wir alle nicht heimkehren sollten — wir alle, wir wollen das von euch, nicht „schwächliche Trauer".

Das lebt in unserm Volke, das muß bleiben, es kann nicht untergehen, denn es ist Wesen. Und was ist dieses Wesen? Reife des Menschentums im Bürgertum, in reiner Vaterlandstreue. Nichts für sich wollen, was nicht für alle; nicht in willenloser Unterwerfung unter ein fremdes, von außen aufgezwungenes Gebot, sondern frei aus eigner Seele, da doch aus eigner Seele keiner, der als Deutscher geboren, an deutschem Geist genährt wurde, es anders wollen kann. Das heißt uns Freiheit, das echte „Persönlichkeit". Es ist der schlichte Sinn des „kategorischen Imperativs": Handle so, daß du auch wollen kannst, die Maxime deines Willens solle allgemeines Gesetz sein; nämlich so, daß du „die Menschheit", wie in deiner Person, so in der Person eines jeden andern, rein achtest, und keiner jemals „bloß als Mittel" (obwohl gewiß auch als Mittel, denn jeder soll dienen und gerne dienen wollen), sondern „jederzeit zugleich als Selbstzweck" angesehen wird. Dieser einfache Pflichtsinn soll fortan, so hoffen wir, unseren „Universalismus" bewahren vor dem vornehmen Hinwegsehen über die nächste, dringlichste Pflicht der treuen Sorge um unser Land und Volk, und unsern „Individualismus" vor öder Ichsucht und Entfremdung gegen den geringeren Bruder neben uns und gegen das, was „der ganzen Menschheit zugeteilt ist". Wir sollen und wollen ja glauben, daß das den andern auch einmal kommen wird. Wir hassen keinen, wir trauen auf Gott, den Gott nicht der Deutschen allein, sondern der Menschheit. Käme es ihnen aber auch nicht, so soll es doch bei uns so sein und immer

mehr werden und bleiben. Und gingen wir darüber zugrunde, so hätten wir doch bewieſen, daß ein ganzes Volk ſolche Geſinnung, ohne die es kein Heil gibt für die Menſchheit, bewähren kann auch im härteſten Kampf, wenn es ſein müßte bis zum Untergang. Aber es liegt ja in dieſer Geſinnung ſelbſt eine Kraft, die uns das Recht gibt zu der fröhlichen Zuverſicht: wir *werden* dieſen Kampf beſtehen und jeden ſchwereren, den etwa das Weltgeſchick uns noch vorbehalten haben mag.

Das walte Gott, der Gott der Deutſchen und der Menſchheit!

Sozialiſtiſche und chriſtliche Weltanſchauung.

Von Anton Fendrich.

Zwei Welten! Dabei keineswegs in ſich geſchloſſene, einheitliche Welten. Ein Gedränge von Vorſtellungen erhebt ſich beim bloßen Ausſprechen der beiden Worte! Urchriſtentum, Kirchenchriſtentum, Auguſtinus, Franz von Aſſiſi, Savonarola, Luther, Angelus Sileſius, Tolſtoi, Johannes Müller: ſo viele Namen, ſo große Gegenſätze. Und doch alles Chriſten. In der Sozialdemokratie Marxismus und Reviſionismus, Neukantianiſche Philoſophie und der Poſſibilismus der Gewerkſchaften, Eduard David und Adolf Hoffmann, Zubeil und Heine, Liebknecht und Kolb. Und alle Sozialdemokraten. Dabei ſpreche ich abſichtlich nur von der deutſchen Sozialdemokratie, um nicht über den Rahmen dieſes Buches hinaus zu treten. Aber man braucht nur die wenigen Namen aus der halbhundertjährigen Arbeiterbewegung und aus der zweitauſend Jahre alten Glaubensgemeinſchaft zu hören und ſofort drängt ſich die Frage auf die Lippen des Leſers: Von welcher Sozialdemokratie und von welchem Chriſtentum wird nun hier eigentlich geredet werden? Antwort: Vom ganzen Chriſtentum und von der ganzen Sozialdemokratie! Von dem Chriſtentum, das vom Himmel herab auf die Erde kam, und von der Sozialdemokratie, die von der Erde hinauf in den Himmel will; Himmel und Erde im weiteſten unörtlichen Sinne genommen. Von dem Chriſtentum, das vom Seeliſchen aus die ſichtbare Welt beherrſchen und überwinden will, und von der Sozialdemokratie, die im Seeliſchen nur die Blüte der in Ordnung gebrachten materiellen Welt ſieht. Dieſe einen Kennzeichen ſind allen Arten von Chriſtentum ſo gemeinſam, wie die anderen ſich in jeder Richtung der Sozialdemokratie als ein Weſentliches feſtſtellen laſſen. Damit ſind wir aller ſpitzfindigen Unterſcheidungen enthoben, die nur Gedankenklüftlern Freude machen

könnten. Wer verstehen *will*, der kann es jetzt, und wer nicht will, dem werden auch Tausende von Definitionen nichts helfen.

Daß diese beiden Welten einander bis zum Kriegsausbruch feindlich gegenüber standen, obwohl viele ihrer letzten Gedanken und Ziele ineinander hineinragen, und daß sie einander wohl noch lange fremd gegenüberstehen werden, darüber hilft kein innerpolitisches Friedensbedürfnis hinweg. Der Krieg hat hier, nach außen wenigstens, nicht so viel geändert, wie in der Richtung der Erweckung vaterländischer Empfindungen bei jenen Deutschen, die nach dem Kommunistischen Manifest „kein Vaterland haben". Wieviel von dem seelischen Aufleuchten, das in den ersten Kriegsmonaten draußen in den Schützengräben ebenso durch die Brust sozialdemokratischer Arbeiter zog, wie durch die Herzen konservativ angehauchter Studenten, hinübergerettet wird in den Frieden, das ist schwer zu sagen, wird aber auf das Verhältnis zwischen den beiden christlichen großen Konfessionen und der Sozialdemokratie einen tiefen Einfluß kaum haben. Von dem einen der beiden großen christlichen Religionsbekenntnisse kann man das jetzt schon sagen. Die Art z. B., wie die katholische Kirche ihre Angehörigen schon jetzt wieder zurückhält von Veranstaltungen, die gemeinsam von den verschiedenen politischen Parteien getroffen werden, läßt gerade nicht auf den Willen zur Änderung ihrer Haltung nach dem Kriege schließen. Die unverhohlene Freude einiger großer, konfessionell stark gefärbter Blätter aus den Lagern beider christlicher Bekenntnisse am Aufleben der radikalen Fronde in der Sozialdemokratie läßt gleichfalls einen tiefen Blick tun. Auch innerhalb der Sozialdemokratie scheint ein großes Bedürfnis zur Änderung ihrer Stellung zur Religion nicht empfunden zu werden.

Und doch wäre es geradezu ein Jammer, wenn der Wirrwarr der Mißverständnisse und Irrtümer, in denen beide Teile tief befangen sind, sich im neuen Deutschland nach dem Kriege nicht wenigstens einigermaßen lichten und lösen würde. Die Voraussetzung dazu ist allerdings, daß man auf beiden Seiten nicht etwa Einigung, was ebenso verkehrt als aussichtslos wäre, aber wenigstens das anstrebt, was ein Volk von allen seinen führenden Köpfen verlangen kann, das durch eine solche Feuerprobe seines ehrlichen Willens durchgehen muß, wie das deutsche durch den großen Krieg: *Verstehen*! Wir bilden uns nicht wenig darauf ein, die anderen Völker zu kennen, ohne

von ihnen erkannt zu werden. Vielleicht ist es noch wichtiger, uns zunächst einmal selber gegenseitig kennen zu lernen. Wenn dabei nach dem christlichen Gebot verfahren wird, zunächst einmal bei sich nach dem Langholz und bei den anderen nur nach den Splittern zu sehen, dann kann wenigstens einiger Erfolg nicht ausbleiben.

Und da muß denn, nicht als Vorwurf sondern als rein sachliche Feststellung gesagt werden, daß die Stellung der Sozialdemokratie zum Christentum von jeher programmatisch zwar neutral, in Wirklichkeit aber feindlich war. Nicht einmal Nietzsche hat schroffer als Marx und Engels das Christentum abgelehnt. In Bebels Broschüre aus den 70er Jahren über das Christentum tritt bei aller ehrlichen Gesinnung eine geradezu erschreckende Verständnislosigkeit für das Wesen des christlichen Glaubens an den Tag. Auch heute noch werden sich unter hundert sozialdemokratischen Wortführern kaum zehn finden, die imstande sind, über das Christentum aus jenem achtungsvollen Abstand heraus zu reden, der eben selbst schon ein Stück Religion ist. Wenn aber einmal, was in den letzten Jahren immer häufiger geschah, auch in der sozialdemokratischen Presse über starke religiöse Persönlichkeiten mit unverhohlener Achtung geredet wurde, wie z. B. über Kierkegaard, de Lagarde, Fichte und andere, dann mit einer recht unsachlichen dicken Unterstreichung der kritischen Stellung jener Großen zum Christentum gerade ihrer Tage. Eine Berechtigung zur Inanspruchnahme dieser Denker als Helfer der sozialdemokratischen Kritik am Christentum überhaupt erscheint aber sehr zweifelhaft. Denn wo zugestandenermaßen so wenig Lust zur Anerkennung der positiven metaphysischen Ideale jener Geister vorhanden ist, die sich in der Hauptsache als Erfüller fühlten und allein aus diesem Drang heraus zur berufenen Kritik wirklicher Erneuerer griffen, da fehlt es denn doch auch an der Befugnis, die scharfen Auslassungen von bewußten Reformatoren des Christentums zur Begründung der Ablehnung einer jeden Art von Christentum zu machen. Daß die übergroße Mehrzahl der Parteigenossen sich als bewußte Gegner des Christentums fühlten, das wird von keinem Kenner der Dinge bestritten werden. Die gebildeten Kreise der Sozialdemokratie, besonders ihre gelehrten Theoretiker, sind es als Anhänger der Philosophie des historischen Materialismus; die großen Massen der politisch organisierten Arbeiter aber sind es aus dem dumpfen Gefühl heraus, daß jedes religiöse Bekennt-

nis für sie zu einer neuen Form politischer und ökonomischer Knechtschaft werden würde. Wer das im guten Glauben bestreitet, der kann es nur, weil sein Empfinden auf diesem Punkte nicht mehr frisch und unmittelbar ist. Bei seiner gewohnten Art des Denkens kommt ihm der schroffe Gegensatz zwischen der metaphysischen und materialistischen Anschauung des Lebens nicht tief zum Bewußtsein.

In der Sozialdemokratie selber wird nun der Bekenner irgendeines religiösen Glaubens dieserhalb nicht belästigt. Das ist meine eigene jahrzehntelange Erfahrung. Was aus den Kreisen der protestantischen Theologie zu uns kam, wurde mit einem gewissen Stolz empfangen, und Blumhardts Übertritt zur Partei seinerzeit geradezu mit Jubel gefeiert. Den Gott, der es seinen Gläubigen offenbart, sie sollten Sozialdemokraten werden, den ließ man schließlich noch gelten. Allerdings haben alle diese Männer immer wieder eine erheiternde Art von schonungsvoller Überlegenheit zu kosten bekommen, die man ihnen, den „Träumern", oder wie sich der robustere Versammlungsredner aus dem Arbeiterstand ausdrückt, den „Spinnern" entgegenbrachte. Die Parteikreise, in denen alle Religion nur als Lug und Pfaffentrug zur Knechtung des Volks betrachtet wird, und wo auf Leute, die „noch rückständig genug sind, an Gott zu glauben", mit wenig freundlichen Augen wie auf Verdächtige geschaut wird, die sind doch stark zurückgegangen. Zugenommen hat dagegen die Gruppe der Freireligiösen, welche die beruhigende Wirkung gewisser religiöser Stimmungen nicht ganz entbehren möchten. Sie erblicken im Christentum die Hauptursache der Finsternis aller Unaufgeklärten. Aufklärung scheint ihnen das sicherste Mittel gegen „religiösen Aberglauben". Sie sind die eifrigsten Agitatoren für den Austritt aus der Kirche und kommen immer wieder einmal an die Parteitage heran mit dem Antrag, der Programmpunkt der Erklärung der Religion zur Privatsache solle gestrichen werden. Sie fühlen sich durch ihn behindert in ihrer freireligiösen Agitation. Sie sind bis jetzt noch nie damit durchgedrungen, und ihnen galt das witzige Wort auf dem Parteitag von Halle, man wolle „nichts wissen vom alten Moses, aber noch weniger vom neuen Dr. Rüdt" [1]).

1) Ein vor einigen Jahren verstorbener freireligiöser Prediger.

Die kluge Art der Parteimehrheiten, jeder Erörterung religiöſer Fragen grundſätzlich aus dem Wege zu gehen, hat nun aber keineswegs im praktiſchen Leben der täglichen Agitationsarbeit in der Preſſe und im Verſammlungsſaal die gebührende Beachtung und Nachahmung gefunden. Gegen keinen Satz des Parteiprogrammes iſt ſo häufig verſtoßen worden, wie gegen den von der Erklärung der Religion zur Privatſache, und alle feierlichen Berufungen auf das Programm machten begreiflicherweiſe angeſichts der häufigen Verſtöße keinen Eindruck mehr auf die Gegner.

Dieſe Zwieſpältigkeit des Verhaltens der ſozialdemokratiſchen Partei zum Chriſtentum kann nur herſtammen aus einer erſten falſchen Vorausſetzung. Die liegt in der ſtillſchweigenden aber ſehr ſicheren Annahme, die ſich aus dem Grundglauben der Sozialdemokratie an die beſtimmende Überlegenheit der materiellen Verhältniſſe für die geiſtigen und ſeeliſchen Anſchauungen des Menſchen erklärt, als könnte in der Tat die Religion dadurch überwunden werden, daß man ſich ſozuſagen offiziell nicht mehr um ſie kümmert. Die ganze Überſchätzung der dialektiſchen Methode des hiſtoriſchen Materialismus tritt hier zutage und zugleich die ſeltſame Unterſchätzung aller intuitiven Erkenntnis und alles ſeeliſchen Erlebens. Von dem ſich in den Kosmos ſelbſt hineindichtenden Menſchen, der von der Stirne der Natur die Gedanken Gottes abliest, haben die vielen klugen Männer in der Partei, die das religiöſe Problem zu löſen glaubten, indem ſie an ihm vorüber gingen, keine Ahnung; und daher höchſtens ein mildes Lächeln für ſolche Schwärmereien. Sie wiſſen aber nicht, wie ſie ſich ſelbſt bloßſtellen, wenn ſie gleich darauf von Giordano Bruno oder Spinoza, von Goethe oder Beethoven in den allerhöchſten Tönen reden. Wie denn überhaupt dilettantiſches Umherfackeln auf allen Geiſtes- und Kunſtgebieten, über denen die alte Fahne des „Schönen, Guten und Wahren" weht, das rührende Kennzeichen aller atheiſtiſchen Bildungs- und Veredlungsarbeit in der Partei iſt.

Es hieße nun aber zu viel des Guten in der Überlaſſung der Fehler unſerer Gegner an deren eigene Einſicht, ja es wäre ein Unrecht gegen meine Partei, wenn hier nicht auch laut geſagt würde, daß die Sozialdemokratie zu der häufigen Mißachtung einer eigenen Programmforderung nur hat kommen können — (ich kenne höchſtens ein halbes Dutzend Parteiblätter, die ſich ſeit Jahren ſolcher Verſtöße

ſtreng enthalten) — weil die Vertreter und Bekenner und Verteidiger des Chriſtentums in der politiſchen Preſſe es uns faſt unmöglich gemacht haben, das ſelbſtgegebene Gebot zu halten. Ich erinnere mich aus meiner Redaktionszeit gut an viele ſolcher inneren Konflikte, hervorgerufen durch die gröbſten gegneriſchen Herausforderungen. Ich will hier nicht das große Sündenregiſter der politiſch-konfeſſionellen Preſſe beider chriſtlichen Religionsbekenntniſſe aufſchlagen. Was auf dieſem Gebiet geleiſtet worden iſt, das überſteigt alles Maß. Nichts war zu ſchlecht, als daß es der Sozialdemokratie nicht hätte angehängt werden dürfen. Das Phariſäertum derer, die ſich wohlgefällig beglückwünſchten, nicht zu ſein wie dieſe da, war oft kaum mehr zu ertragen. Auf die Zerſtörung welcher edeln Güter des Volkes hatten wir es eigentlich nach der Überzeugung ſolcher Gegner *nicht* abgeſehen? Mit welcher Überhebung ſo manche gebildeten Chriſten über uns dachten, das geht jetzt, in den Zeiten des Beſinnens, aus der komiſch verlegenen Art hervor, die ſie im perſönlichen Verkehr mit uns zeigen, und die eine wahre Fundgrube für Luſtſpieldichter wäre.

Aber genug davon, um ſo mehr genug, als es ſchwer iſt zu entſcheiden, ob die Verſtändnisloſigkeit drüben für das Weſen der Sozialdemokratie größer war oder die Ahnungsloſigkeit hüben vom eigentlichen Weſen des Chriſtentums. Es kommt auch gar nicht auf dieſe Entſcheidung an. Ebenſowenig auf die Feſtſtellung, wer „zuerſt angefangen hat". Feſt ſteht nur, daß die Sozialdemokratie auch nach dem Fall des Sozialiſtengeſetzes die ſchlimmſte Verfemung über ſich hat ergehen laſſen müſſen, und daß andererſeits die Sozialdemokraten es mit ihrem eigenen Parteigrundſatz der Erklärung der Religion zur Privatſache nicht immer ernſt nahmen und politiſche Gegner wegen ihres Glaubens angriffen und ſogar verhöhnten.

Da höre ich von einem Parteifreund den Zwiſchenruf: „Nein, nicht wegen ihres Glaubens, ſondern wegen des Abgrundes zwiſchen ihrer Lebensführung und ihres Glaubens! Und nicht wegen ihrer Religion, ſondern wegen des Mißbrauchs ihrer Religion zu politiſchen Zwecken!"

Gewiß, es hat ſolche Fälle gegeben, wo auch der größte ethiſche Takt einen nicht hindern durfte, einmal ein Prachtexemplar von Eiferer und Verleumder auf das Abbild ſeines eigenen Lebens zu

nageln. Aber das ſind immer ſeltene Fälle geweſen. Und darum möchte ich auf den erſten Zuruf antworten, daß es überhaupt kaum einen Menſchen irgendeines religiöſen Glaubens gibt, bei dem ein mehr auf das Soll als auf das Haben ſchauender Moralprediger der Aufklärung nicht ein mehr oder minder ſtarkes Mißverhältnis zwiſchen Wollen und Vollbringen, zwiſchen Geſinnung und Tat feſtſtellen könnte. Wir ſind ja in der Partei ſelbſt nicht ſicher vor dem Wirken ſolcher Leute, die doch ſelber allen Anſpruch auf Schonung hätten.

Zum zweiten Einwurf aber muß geſagt werden, daß es Mangel an Gerechtigkeitsgefühl verrät, wenn — um eines der häufigſten Beiſpiele auf dieſem Gebiet anzuführen — ſozialdemokratiſche Redakteure einen katholiſchen Geiſtlichen etwa deshalb in der Preſſe bloßſtellen, weil er im Beichtſtuhl oder auf der Kanzel vor den ſozialdemokratiſchen Zeitungen warnt. Das iſt gar kein Mißbrauch der Religion zu politiſchen Zwecken, ſondern ſein gutes Recht, ja ſogar ſeine Pflicht aus den allgemeinen und ſehr einheitlichen Verordnungen ſeiner Kirche heraus. Und dieſe Kirche bezieht eben ihre Lehren auf das geſamte Leben ihrer Angehörigen, ohne die Politik davon auszunehmen, und kümmert ſich nicht um eine Partei, die vom geſamten Leben nur die Religion ausnehmen möchte. Wer ſich zu ihr bekennt, der weiß das alles und kann ſich nicht beklagen, wenn ihm der Geiſtliche auch beim Zeitungsleſen über die Schulter ſchaut. Es iſt völlig unlogiſch, einem katholiſchen Pfarrer Begriffe von ſeinen ſeelſorgeriſchen Pflichten unterſchieben zu wollen, die man als Sozialdemokrat gerne gelten ließe, die aber mit der Jahrhunderte alten Anſchauung der Kirche im ſchroffſten Widerſpruch ſtehen. Andererſeits ſind es ſeltſame Katholiken, welche ſich vor dem Gewiſſenszwang, den ihre Kirche ihnen ihrem Geiſte und ihren Satzungen gemäß auferlegt, durch ausgeſprochene Gegner der gleichen Kirche ſchützen laſſen wollen. Ähnlich verhält es ſich aber bei den meiſten ſogenannten Mißbräuchen der Religion zu politiſchen Zwecken.

Nein, die Dinge liegen ſo, daß unter oft ſehr unzulänglichen Vorſtellungen über das Weſen des Chriſtentums, vor allem ohne eine Ahnung von den tiefſten Geheimniſſen des inneren Lebens, beſonders von freireligiös-ſozialdemokratiſcher Seite im guten Glauben, aber ohne jede Berufung dazu, eine Art von geiſtiger Befreiungsarbeit verrichtet werden will, wo ein geiſtiges Joch nur einem an-

dern weichen würde. Gerade jetzt im Krieg fehlt es in der Parteipresse nicht an Artikeln, die sich gegen die inneren Erfahrungen mancher Parteigenossen im Feld und gegen seelische Erlebnisse anderer Feldgrauer richten, immer unter dem Leitspruch aller Erstarrten: „Wir bleiben die Alten".

Die Hoffnung der Sozialdemokratie, die Religion durch ihre Neutralisierung zu überwinden und das Problem durch die Erklärung zu einer keineswegs allerhöchsten, sondern gleichgültigen Privatsache zu lösen, wird leichter verstanden, wenn man bedenkt, wie viel Religion gerade in der Religionslosigkeit der Sozialdemokratie steckt.

Als die Hoffnung der weltbürgerlichen Idealisten aus den Jahren der großen Revolution und aus der Philosophie des darauffolgenden Jahrhundertanfangs, nämlich die Hoffnung auf „die endliche Herrschaft der Vernunft und die vollständige Verwertung der menschlichen Fähigkeiten", wie selbst Napoleon sich noch ausdrückte, zusammengebrochen war, und die letzten Trümmer der Vernunft- und Naturreligion im Gegensatz zu der geoffenbarten Religion im Zeitalter der deutschen Reaktion langsam zerbröckelten, da war die Zeit erfüllt, um die Philosophie wieder „vom Kopf auf die Beine zu stellen". Die Tage der Aufklärung waren vorbei. Auf alles Christentum war in der Biedermeierzeit ein süßlicher Duft und ein verschwommener Nebel gefallen, der es robusten Neuerern nicht schmackhaft machte. Der einzig mögliche neue Schritt war der zurück zur greifbarsten Wirklichkeit, zur Welt der dröhnenden Hämmer, zum Elend der keuchenden Fabrikarbeiter. Karl Marx, der große Denker, durch die Weisheit der preußischen Regierung gerade an die von der Vorsehung für ihn bestimmte Stelle, nämlich in das Land der rasch aufschießenden Industrie gesetzt, erblickte in der sich reckenden neuen Klasse des industriellen Proletariats den Vollstrecker der kommenden Zeit. Er hatte die Internationalität des Kapitals erkannt. Dessen erfolgreicher Widersacher und Erbe konnte also nur das international organisierte Proletariat sein. Und so, wie nur einmal in der Weltgeschichte, 1800 Jahre zuvor, der Ruf über die Länder und Meere an alle „Armen im Geiste" erging, sich zu freuen und zu einigen, weil solcher das Himmelreich ist, so drang aus dem Mund des verbannten Gelehrten in London der neue Ruf an alle Armen im Leibe: „Proletarier aller Länder vereinigt euch", denn euer ist die Welt! Die innere See-

lennot der ersten Christen, die geistige und sittliche Unbefriedigung des Weltbürgertums, die bisher über alle Lande hin die Menschen hatten zusammenhalten sollen, wurden abgelöst durch die Gemeinsamkeit des Mangels an den notwendigsten leiblichen Gütern. Die Arbeiter aller Länder schmiedete Eines zusammen: das gemeinsame materielle Darben und der gleiche glühende Wunsch, daraus befreit zu werden. Aber nicht nur sie allein, nein die ganze Welt sollte befreit werden aus dem unwürdigen Zustand, dem schon alle Propheten fluchten, nämlich daß der Mammon die Welt regiere. Aus dem weltbürgerlichen Idealismus war der weltproletarische geworden. Was das Christentum in zwei Jahrtausenden nicht fertig gebracht hatte, weil es eben angeblich auch „auf dem Kopfe stand", das sollte der Sozialismus bringen, der neue wissenschaftliche Sozialismus: Befreiung von Sünde und Elend, von Jammer und Not. Und alles das würde kommen, nicht etwa weil die Menschen es wünschten, nein weil es in der Entwicklung der Dinge so begründet lag. „Es geschah!" Die Zeit war da, wo das Glück der Menschheit nicht mehr abhing von dem mehr oder weniger starken Feuer der Begeisterung bei edlen Utopisten, sondern aus sich selbst heraus gebären mußte der Kapitalismus kraft der ihm innewohnenden Gesetze jene vorbereitenden Zustände, die unter der klugen Führung des zur politischen Diktatur geschrittenen Proletariats hinüber geleitet werden konnten in ein Weltreich der ökonomischen und geistigen Freiheit aller Menschen, oder wie Lassalle, der nationalste und zugleich ethischste Präger der weltproletarischen Idee, es ausdrückt: „Arbeiter sind wir alle, insofern wir nun den Willen haben, uns in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen. Dieser vierte Stand, in dessen Herzfalten daher kein Keim einer neuen Bevorrechtung mehr enthalten ist, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht. Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit. Seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst. Seine Herrschaft ist die Herrschaft aller."

Wer möchte einer Bewegung mit solchen Zielen und einem solchen in letzter Linie über die ganze Menschheit sich verteilenden Idealismus religiösen Gehalt, religiöse Gewalt absprechen? Der Konstruktionsfehler waren es genug in dem neuen weltgeschichtlichen Prinzip der Idee des Arbeiterstandes. Aber hatten sich nicht auch schon die ersten Christen schwer geirrt in der Sache selbst und in der

Zeit ihrer Erfüllung? Wer kann es bestreiten, daß diese Art eines nüchtern sich gebärdenden Materiallsmus, der mit seinem Verzicht auf alle idealistischen Utopien geradezu prunkt, in Wirklichkeit ein rührend wirklichkeitsfremder großer Idealismus war? Und es noch ist! Was für eine Liebe muß nur in einem Menschen wie dem „Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft", August Bebel, gelebt haben, der bei seinem geradezu apokalyptischen Glauben an die nahe Zukunft seiner Ideale keinen Zeitverlust und keine Arbeit scheute, um Kleinerfolge für viele Enterbte in der Gegenwart zu erringen. Man denke nur an seinen unerbittlich zähen Kampf um die Beseitigung der Nachtarbeit im Bäckereigewerbe, wogegen sich Regierung und Bürgertum jahrelang wie gegen eine unerhörte Zumutung wendeten! Das ist im Krieg von einem Tag auf den andern zu einer Selbstverständlichkeit geworden, über die sich aufzuregen nur öffentliche Beschämung mit sich bringen könnte. Und ähnliche Religion der Tat steckt in tausendfältiger anderer Reformarbeit der Sozialdemokratie.

Darum ist es auch kein Wunder, daß ein großer Teil der protestantischen Geistlichkeit und auch manche katholischen kirchlichen Würdenträger das verkappte Stück Christentum in der Sozialdemokratie entdeckt haben. In der Schweiz gibt es eine starke Vereinigung von sozialistischen Pfarrern im Amt, die ihre eigene Zeitschrift haben. Sie stehen fast alle auf dem Standpunkt Hermann Kutters: „Sie müssen!" Das heißt, die Sozialdemokratie ist ein Werkzeug in den Händen Gottes zur Höherführung des seinem Berufe nicht ganz treu gebliebenen Christentums. Auch in den evangelischen Kreisen Deutschlands ist da und dort die Frage aufgeworfen worden, ob die religionsfeindliche Sozialdemokratie schließlich nicht mehr Christentum in sich berge, als die bürgerliche Gesellschaft christlichen Bekenntnisses.

Mag es sich damit verhalten wie es wolle, jedenfalls ist weder das unbewußte Christentum der Sozialdemokratie noch das bewußte ihrer Gegner besonders groß geartetes Christentum. Die christliche Kirche sollte sich der Erkenntnis auf die Dauer nicht verschließen, daß, hätte sie ihre Aufgabe aus einem unverfälschten Geiste heraus und unbekümmert um die Meinung der Hohen und Reichen tiefer erfaßt und entschlossener gelöst, der historische Materialismus es nicht nötig gehabt hätte, den Versuch zur Lösung vieler rein christlichen Aufgaben einmal von der entgegengesetzten Seite her zu machen. Daß Jesus

seine letzten großen Ziele jenseits von jeder Kirche erblickte, das steht klar und unmißverständlich in den Evangelien. Aber wohlverstanden: Nicht unter der Losung: „Daneben vorbei"! sondern unter dem jubelnden Ausruf: „Excelsior! Darüber hinaus!"

Meine Ausführungen können auf dem mir vorgeschriebenen beschränkten Raume nichts sein als Andeutungen. Eines aber ist sicher: Sozialdemokratie und Christentum brauchten keine Gegensätze zu sein. Daß sie es sind, das gehört nicht zu ihrem Wesen, sondern ist nur eine Folge ihrer beiderseitigen geringen Entwicklungsstufe. Dabei erfüllt die Sozialdemokratie doch manche Aufgabe, die eigentlich Sache eines entschlosseneren Christentums wäre. Andererseits erfüllt das Christentum viele seiner Aufgaben nicht, die die Sozialdemokratie zu erfüllen weder berufen, noch imstande ist. Und hier beginnt jenes Reich, darüber der Mensch nur allein mit seinem Gott reden, oder mit einem gleicherheiten Menschen schweigen kann. Auf dieser Ebene allein ist jenes über alle konfessionelle Formen hinausgetragene Erleben und jenes tiefste Geheimnis zu finden, das der letzte Sinn und Endzweck aller Religion ist, den Menschen frei zu machen, ihm aber zugleich die Erkenntnis zu geben, daß es nur eine einzige Freiheit gibt, die im Gehorsam. Sie verleiht dem Erdenwanderer Überlegenheit über alles Schicksal und allen Zufall. Weiter hinauf gelangt kein Mensch.

Alles Kirchenchristentum, aller Katechismus, alles das sind nun aber nur unzulängliche und nichtsdestoweniger für Viele unentbehrliche Mittel, um wenigstens ein kleines Stück auf dem langen harten Weg zu dieser Freiheit der Seele zurückzulegen. Der Seele, nicht des Geistes! Denn die Schranken des letzteren hat in ihrer ganzen Unveränderlichkeit Kant in seiner „Kritik der reinen Vernunft" für immer festgelegt. Und die Erringung dieser Freiheit ist unabhängig von Wissen, Wissenschaft und von aller ökonomischen Lage. Hier wirken nicht mehr Gedanken, sondern Kräfte. Hier braucht es keine Überzeugung, sondern nur das Erlebnis. Hier gibt es keine Überredung, sondern nur Mitgerissenwerden. Wer es verstehen kann, der versteht es. Aber wenn irgendwelche äußere materielle Sicherheit solche Freiheit gewährte oder nur erleichterte, dann hätten wir nicht eine Entseelung so erschreckender Art gerade bei Angehörigen der obersten Steuerklassen. Wiewohl auch diese Zugehörigkeit kein unbedingtes Hin-

dernis für das Durchdringen der Reichen in das Reich dieſer Freiheit iſt. Nur das bekannte Nadelöhr wird enger. Zudem gehört auch geiſtiges Geſättigtſein zum hindernden Reichtum. Es iſt ſchon mancher vor lauter bis ins kleinſte durchgeführter Weltanſchauung und vor lauter reſtlos abgezirkelter Theorie nicht in die Welt hineingedrungen, in der das Wort und ſelbſt der Gedanke nichts mehr, die Empfindung und das Erleben aber alles ſind. Für dieſe glühenden Gipfel der ewigen Wahrheit aber, vor denen nicht nur alle große Religion, ſondern auch alle hohe Philoſophie ſich ehrfürchtig neigen, haben neun Zehntel aller Sozialdemokraten nur das unehrfürchtige Achſelzucken, das für Überlegenheit gehalten ſein möchte, aber nichts iſt als Ahnungsloſigkeit.

Die Schlußfolgerungen aus alledem ſind einfach:

Die Sozialdemokratie war einſt etwas wie eine Glaubensgemeinſchaft. Sie befindet ſich auf dem Wege zur politiſchen Partei. Der Krieg hat ihr das Erlebnis gebracht, daß man mehr Vaterlandsliebe beſitzen kann als man es ſelber weiß. Vielleicht bringt es ihr ein anderes elementares Ereignis zum Bewußtſein, daß alles Religiöſe viel tiefer wurzelt, als ſie bisher annahm. Es kann eine Zeit kommen und iſt vielleicht ſehr nahe, wo ſie die ſchmerzhafte Entdeckung machen muß, daß ſie auf dieſem Kampffeld über keine hinreichenden Waffen verfügt. Dann wäre es aber doch beſſer, die politiſche Klugheit, die in der Programmforderung der Erklärung der Religion zur Privatſache enthalten iſt, durch eine rückſichtslos aufrichtige Durchführung im alltäglichen Parteileben zu heiligen.

Das Chriſtentum iſt eine Glaubensgemeinſchaft geblieben. Es beſitzt aber ſchon lange ſtarke Vorpoſten in der Form politiſcher Parteien. Damit iſt das Streben nach äußerer Macht von ſelbſt gegeben. Das Ringen nach äußerer Macht iſt aber für jede Glaubensgemeinſchaft der Beweis innerer Schwäche. Darum konnte dieſer Krieg ja auch ausbrechen, weil das Chriſtentum in keinem ſeiner Länder ſeinen Beruf auch nur annähernd erfüllt hat. Dazu brauchte es gar nicht den Ausbruch dieſes Krieges, um das zu wiſſen. Es iſt klar vorausgeſagt worden in einer Rede, darin Jeſus wie von einem geſetzmäßigen Vorgang zwiſchen Urſache und Wirkung von der Sicherheit ſpricht, daß immer Kriege kommen müßten, bevor ſein Reich ganz da ſei.

Wenn man den Riß zwischen der christlichen und der sozialistischen Weltanschauung in seiner ganzen Tiefe und Breite übersehen will, dann eignet sich dazu kein Wort besser als dieses, das die Stellung des Christentums zum Kriege ausdrückt. Es ist unannehmbar für den materialistisch denkenden Sozialdemokraten, ganz einerlei ob er das Wort nun apokalyptisch auffaßt wie die Kirche, oder ob er sich auf den Boden der Vergegenwärtiger des Jesusglaubens stellt, die das Reich Gottes, also das Jesusmenschentum, also in letzter Linie die Welt des großen Friedensreiches, sich nur denken können als langsam in Jahrhunderten und Jahrtausenden herausgeboren aus einer immer gewaltigeren Zahl innerlich immer heller und überlegener werdender Menschen. Denn der „wissenschaftlich gebildete Arbeiter" ist gelehrt worden, daß zuerst die Verhältnisse von Grund aus anders werden müßten, bevor der Mensch anders werden könne.

Ach, was ist nicht schon alles an Menschenstolz und Verantwortungsfreudigkeit auf diesem Schuttplatz der „Verhältnisse" begraben worden. Kein Zweifel, ein Teil des Gedankens ist richtig; aber als Weltanschauung ist er eine einzige entsetzliche Entwürdigung des Menschen. Andererseits kein Zweifel, daß es in der Sozialdemokratie zahlreiche Führer, mehr noch unter den Hauptleuten als unter den Obersten gibt, die in ihrem Leben und in ihrem Wirken viel größere Idealisten sind, als sie es wahr haben wollen. Aber die Masse ist immer noch betäubt von dem ausdörrenden Fetischglauben an die einzige Macht der Verhältnisse. Diese persönliche Entlastung des Einzelgewissens durch die zwar grob aufgefaßte, nur zu oft aber auch grob gelehrte materialistische Auffassung, hat im Familien- wie im Parteileben wie in der Jugendorganisation solche immer deutlicher werdenden Wirkungen im Gefolge, daß mit der Zeit und in der Reihenfolge ihrer Empfindlichkeit unsere Führer je nach dem Grad ihrer Empfänglichkeit immer mehr das Fehlen idealistischer Erziehungswaffen verspüren. Aus diesem Bedürfnis erklärt sich z. B. unter anderem auch das Anwachsen der freireligiösen Bewegung in der Partei. In der Entwicklung der sozialdemokratischen Jugendorganisation ist die Linie in der Richtung zu einem stärkeren Idealismus seit einiger Zeit deutlich zu erkennen. Denn der Geist, der unsere Jugendorganisationen erfüllte, war nicht der einer freudigen Bejahung der Welt und großer Ziele, wie es etwa unter den Alten des Sozialistengesetzes

der Glaube war, sondern eine gewisse verbitterte Haltlosigkeit und eine nicht zugestandene aber vorhandene Sehnsucht nach Schwung und Reinheit und Flügelkraft der Seele.

Daß diese Dürre, die vorerst nur als Trockenheit und geistige Unbefriedigung empfunden wird, in einem Regen aus den Himmeln des Christentums unserer Tage ihr Genügen finden wird, das glaube ich nun allerdings nicht. Es wäre auch geradezu schädlich, von hier aus Vorstöße machen zu wollen. Denn ob des Heilands Lehre und Leben immer oder auch nur sehr oft an atheistische Sozialdemokraten in Formen und in Gestalten herangetreten ist, die überwältigend wirken mußten, das zu entscheiden überlasse ich der Demut aller Christen unserer Tage. Denn nicht überzeugen kann und soll Christentum, sondern immer nur überwältigen. Hier handelt es sich nicht um Denkvorgänge, sondern um innere Geschehnisse, nicht um eine Lehre der religiösen Bewölkung, sondern um erhellende Blitzschläge. Alles Bekehren ist vom Übel. Man soll nur Ertrinkende retten wollen, die um Hilfe schreien. Von Leuten, die nur bis an den Bauch im Wasser stehen und es sich noch überlegen, wird man mit Recht unfreundlich empfangen. Nur wer geladen ist mit schwerer elektrischer Spannung, der wird Blitze auf sich lenken. Nur wer sucht und nicht mehr anders kann als suchen, der wird finden. Nur wer weiß, daß er halbblind ist, der hat Empfindung für hohe Lichtwirkung oder wenigstens die Sehnsucht darnach. Hier liegen Naturgesetze vor, die sich auch bei inneren Entwicklungen des Menschen, geschweige denn der Menschenmassen umgehen lassen. Nur die Schwerdürstenden haben den Instinkt, Wasser auch in den Wüsten zu entdecken.

Kurz: Die Zeit muß erfüllt sein. Da hilft kein noch so wohlgemeintes Bedürfnis nach einer ethischen Erneuerung der sozialdemokratischen Partei. Das wäre zur Abwechslung alter, d. h. abgestandener Wein in neue Schläuche. Nein, es muß sich zuerst erweisen, daß es auf dem alten Weg nicht geht. Das Wecken ist selten Menschengabe. Die Sprache Gottes sind die Ereignisse, und die haben alle internationalen Träume zerschlagen. Womit gar nicht bewiesen wurde, daß alles Internationale vom Übel ist. Das Wort: „Gehet hinaus und lehret alle Völker" bleibt bestehen. Aber da der Geist nicht da war, so hat auch die Form nicht gehalten, nicht nur bei der internationalen Sozialdemokratie. Es gibt mehr als einen Kardinal

Mercier, der niederen Kirchendiener ganz zu geschweigen. Die Internationalität der Throne hat sich auch nicht als sehr haltbar erwiesen.

Also hätten wir Alle doch Grund, uns einmal auf uns selbst und auf das Unsere zu besinnen. Wenn man aber das getan hat, liegt dann der Gedanke, der kosmische Gedanke, so sehr ferne, daß in der Ökonomie des geistigen Weltgeschehens etwa der Materialismus der Sozialdemokratie ein gerade in der Entwicklungslinie liegendes Mittel sein könnte, um die Keime des Christentums und die Kräfte des Lebens zu höchstem Wachstum anzufeuern, um die Durchschlagskraft der idealistischen Lebensbejahung im Sinne von Jesus auf ihre höchste Spannung zu bringen? Dergestalt, daß sie die eingeschobenen Widerstände der materialistischen Weltanschauung siegreich durchschlagen müßte, wozu sie sich bis jetzt als unfähig erwiesen hat? Etwa so, wie alle Demokratien von diesem kosmischen Standpunkt aus betrachtet, nur unbewußte Erzieherinnen der Monarchien sind, weil sie immer steigende Ansprüche an deren Lebenskraft und Regierungskunst stellen? Und genau so wie alle höher gearteten Monarchien nur wieder edlere demokratische Kräfte wecken? So daß also alle Kämpfe um Regierungsformen und aller Streit zwischen Weltanschauungen nichts wären, als Mittel der Natur oder Gottes in der Züchtung und in der Auslese hochgearteten Menschentums?

Eine solche Auffassung der Dinge verbietet nicht die Frage: Was soll aber jetzt geschehen? Die Antwort ist wieder ganz einfach:

Die Sozialdemokratie muß die Ehrfurcht lernen und betätigen vor Dingen, die sich nicht durch den vermeintlich geschickten Handstreich einer Programmforderung erledigen lassen. Sie muß die Erklärung der Religion zur sozusagen belanglosen Privatsache erheben und erhöhen zur Erklärung einer allerhöchsten Privatsache. Das Christentum aber muß die Furcht vor der Ehre der Sozialdemokratie lernen. Die wiegt nicht so leicht, als es sich die uns bisher feindliche Welt des Christentums vorgestellt hat. Denn schließlich, auf wen sollte für unsere Gegenwart das Wort von jenen gehen, die einst gerufen werden, obwohl sie seinen Namen nicht kennen, als auf die vielen gottlosen Heiligen und unbewußten Christen, deren es besonders in den mittleren und unteren Schichten der sozialdemokratischen Partei mehr gibt, als man es sich träumen läßt. Ich kenne ihrer viele, und aus-

ſchließlich ſolche, die ſich gegen eine ſolche Einreihung am heftigſten wehren würden.

Die Antwort auf die Frage: Was ſollen wir alſo tun? iſt für Aufrichtige der beiden Seiten nicht ſchwer. Der Weg zum Frieden zwiſchen ſozialdemokratiſcher und chriſtlicher Weltanſchauung liegt genau wie der Weg zum Frieden zwiſchen den Völkern darin, daß es zu keinen Gebietsüberſchreitungen kommt. Wenn aber das Chriſtentum trotz ſeiner vielen Mängel nach zwei Jahrtauſenden immer noch, wenn auch nicht gerade blüht, ſo doch grünt, die Sozialdemokratie aber ſchon nach fünfzig Jahren, alſo in der eigentlichen Jugendzeit aller Weltanſchauungen die ſchwerſte Erſchütterung durchmachen muß, die dieſer Krieg nicht brachte, ſondern nur auslöſte, dann findet ſich die Erklärung für beide Erſcheinungen in den zwei kindlich einfachen und doch urgewaltigen Verſen des cherubiniſchen Wandersmanns Angelus Sileſius:

„Die Sonne erreget all's, macht alle Sterne tanzen,
Wirſt du nicht auch bewegt, ſo g'hörſt du nicht zum Ganzen."

Evangeliſches Chriſtentum und moderner Sozialismus.

Von Georg Liebſter.

Jedes Ohr hört in unſern Tagen mit Spannung auf Friedensklänge, jedes Auge ſchaut ſehnſüchtig nach Anzeichen künftiger Waffenruhe aus. Es muß durchgehalten werden, aber nur zu dem Zweck, daß wirklicher Friede werde. Auch in der Heimat! Wo die Umſtände den Streit nicht dringend erfordern, wo nur irgend Ausſicht zur Verſtändigung vorhanden iſt, ſoll das Kriegsbeil begraben werden. Das iſt wohl allgemeiner Wunſch.

Der Streit um den Glauben hat jahrzehntelang die Geiſter in Atem gehalten, hat viel Verbitterung angerichtet, auch viel Familienglück zerſtört. Er wird auch künftig nicht ganz ruhn und immer ſeine Opfer fordern. Aber läßt er ſich nicht mildern? Da er beſonders zwiſchen Chriſtentum und Sozialismus entbrannt iſt, möchten wir die Frage dieſen beiden zu ernſtlicher Erwägung vorlegen.

Zunächſt rede ich zu meinen Glaubensgenoſſen, aber ſo, daß auch die anderen erfahren, was wir verhandeln.

Ihr evangeliſchen Chriſten werdet von vielen Seiten getadelt und bekämpft, von Katholiken und Sektierern, von Gelehrten und Ungelehrten, von Moniſten und Religionsfeinden. Der ſchwerſte Angriff aber kommt doch von der Sozialdemokratie, weil ſie im Volksleben eine ungeheure Macht entfaltet. Die ſyſtematiſche Unterdrückung aller und jeder religiöſen Überzeugung in Fabriken und Gewerkſchaften hat tiefen Widerwillen gegen die ganze ſozialiſtiſche Bewegung in euch aufkommen laſſen. Viele verzweifeln, daß das Verhältnis je anders wird und halten ſich von jedem Verſuch einer Annäherung fern.

Aber die Zeit iſt vorüber, in der man ſich in Peſſimismus gehen laſſen durfte. Das geſamte deutſche Volksleben und Volksdenken muß

einer gründlichen Reviſion unterzogen werden. Ihr ſeid dafür verantwortlich, daß die Zwietracht ſich nicht noch tiefer einfrißt.

Freilich iſt das evangeliſche Chriſtentum der angegriffene Teil, aber nachträglich zu ſein ſteht den Bekennern des Evangeliums am wenigſten an. „Liebet eure Feinde, ſegnet die euch fluchen, tut wohl denen, die euch haſſen, bittet für die, ſo euch beleidigen und verfolgen.“ Dieſe Worte des Meiſters, ebenſo wie die ſeines Apoſtels, daß die Liebe alles verträgt, alles glaubt, alles hofft, alles duldet, dürfen unter uns nicht bloße Worte bleiben. Sie gelten auch für den Glaubensſtreit unſerer Tage. Ihr ſollt die Hand bieten ſelbſt auf die Gefahr hin, daß ſie mit Hohn zurückgewieſen wird.

Seht, das Vertrauen, das einzelne von uns in nationaler Hinſicht auf die Sozialdemokraten ſetzten, haben ſie glänzend gerechtfertigt. Das Vaterland lag jetzt in ihrer Hand. Wenn ſie ſich in Maſſen der Einziehung widerſetzten oder gar zum Feind übergingen, war das Deutſche Reich verloren. Aber jeder einzelne ſtellte ſich mit Selbſtverſtändlichkeit in den Dienſt am Ganzen — ſolchen Männern müßt ihr ein gutes Vorurteil entgegenbringen, ſie werden auch auf andern Gebieten Einſicht haben und die Einigkeit des Volkes nicht leichtfertig aufs Spiel ſetzen. Iſt doch im Kriege zutage getreten, daß viele unbewußt ein gutes Stück Chriſtentum in ſich trugen. Mancher hat da an ſich ſelbſt zu ſeiner Überraſchung merkwürdige Entdeckungen gemacht.

Warum ſollten wir auch Gott nicht zutrauen, daß er ihnen nahe iſt? Jemanden als völlig gottverlaſſen anzuſehen, iſt unrecht, denn damit würden wir an Gottes Macht und Güte zweifeln. Wenn wir auf die Gewinnung fremder Heidenvölker hoffen, dann dürfen wir erſt recht nicht deutſche Brüder aufgeben, die von der Vorſehung zeitweiſe auf andern Wegen als wir geführt wurden. Hier heißt es nicht bloß mildernde Umſtände zubilligen, ſondern ein planvolles Walten ahnen.

Nicht zum mindeſten will Gott durch den Abfall großer Volksmaſſen ſeinen Chriſten etwas zu Gemüt führen, nämlich, daß nicht immer mit den Armen im Geiſte wahrer Brüderlichkeit verfahren worden iſt. Wir haben Almoſen gegeben, wo wir freundliches Intereſſe ſchuldig waren. Die Tatſache iſt für uns tief beſchämend, daß gerade die ärmeren Volkskreiſe vom chriſtlichen Glauben nichts wiſſen

wollen, wo doch unser Meister seine ganze Liebe gerade den Armen und Gedrückten zuwendete, und wo just der proletarische Einschlag der ersten Gemeinden die schnelle Verbreitung der neuen Lehre möglich machte.

Ihr müßt den Grundsatz viel energischer anwenden, daß ihr die Person nicht ansieht, dann kann die gegenwärtige Krise zur Gesundung des religiösen Lebens führen und gerade vom schlichten Arbeitervolk her dem Christentum neue Kraft zuwachsen. Deshalb sollte der ganze Ehrgeiz lebendiger Christen darauf ausgehn, mit der Arbeiterschaft in Fühlung zu kommen und die bestehende Kluft zu überbrücken. Der Apostel Paulus wollte den Juden ein Jude, den Heiden ein Heide sein; heute würde er den Sozialdemokraten ein Sozialdemokrat sein. Warum scheut ihr euch vor der geistigen Berührung mit ihnen?

Ihr werdet sie gewinnen, zum mindesten werdet ihr ihnen Achtung abringen, wenn ihr ihnen menschlich näher kommt. Ihr müßt als lebendiges Christentum vor sie hintreten, aber nicht bloß als Einzelpersonen, sondern zu Gemeinden verbunden, die dem christlichen Gedanken sichtbare Gestalt geben.

Denkt euch den Fall, daß ein Sozialdemokrat im Kriege andern Sinnes geworden sei. Nach Friedensschluß kommt er und erklärt: „Ich möchte euch kennen lernen". Wo führt ihr ihn hin? Doch wohl in die Kirche. Was er dort erlebt, sagt ihm zu, nur eins kommt ihm merkwürdig vor, daß die Christen sich über ihre Ansichten und Erlebnisse nicht aussprechen. Außer dem Prediger äußert sich niemand. Das ist er von seiner Partei her nicht gewöhnt. Dort wurden die einzelnen in die Erörterung der gemeinsamen Angelegenheiten hineingezogen und zu eifriger Mitarbeit angespornt. So etwas könnte bei uns auch sein.

Luther hat dafür die Grundlage im allgemeinen Priestertum aller Gläubigen geschaffen. Im evangelischen Volk ist ein Fonds tiefster Innerlichkeit angehäuft. Kein andres Volk hat solche Gemütswerte geschaffen, in keinem hat der Glaube sich so mit dem Wesen verschmolzen, und doch fehlt's an der Betätigung dieses Innersten, als ob es für die rauhe Luft des öffentlichen Lebens zu fein, zu zart wäre.

Solche Überinnerlichkeit hat eine Gefahr, daß sie sich verschließt. Zum Beruf des Christentums aber gehört die Weltdurchdringung.

Was notwendig iſt: der Zuſatz von einem Quentchen Aktivität. Ihr dürft euer Pfund nicht vergraben, ſondern müßt euern Beſitz austauſchen, um ihn bei euch und andern zu vermehren. Geht zu eurem Prediger und ſagt zu ihm: „Wir wollen einen Sprechſaal einrichten. Helfen Sie uns!“ Geht er auf eure Bitte nicht ein, ſo fangt ohne ihn an. Es bedarf keines Apparates. Wenn ihr das Herz auf dem rechten Flecke habt, könntet ihr eure ganze Gemeinde neu beleben. Sorgt auch dafür, daß ein paar chriſtlich geſinnte Sozialiſten dabei ſind, die müſſen etwas demokratiſchen Geiſt zuführen. Bisher hat ein ſchwächliches Anlehnungsbedürfnis an den Staat beſtanden, als ob von ihm das Gedeihen der Religion abhinge. Durch ſeine freundliche Fürſorge hat uns der Staat verwöhnt. Wir haben verlernt, ſelbſt die Verantwortung für unſere heilige Sache zu tragen. Der einzelne dachte: „Was ſoll ich mich plagen? Die Regierung wird ſchon alles Erforderliche veranlaſſen.“ So erklärt ſich die bedauerliche Paſſivität vieler evangeliſchen Chriſten. Wir haben zwar keinen Beruf, die geſchichtlich gewordene Verbindung von Staat und Kirche aufzulöſen, aber in Dingen des Glaubens müſſen wir innerlich völlig vom Staat unabhängig werden. Nur ein Chriſtentum, das ſich ſeiner religiöſen Eigenſtändigkeit bewußt iſt und einzig ſein Ziel, die Verbindung der Menſchen mit Gott erſtrebt, kann unter den heutigen Kulturverhältniſſen alle Schichten des Volkes durchdringen und auch den Sozialiſten zur Heimat werden.

Es iſt eine entſcheidende Stunde für den deutſchen Proteſtantismus gekommen. Jetzt oder nie kann er Volksreligion werden, nachdem er bisher vielfach Staatsreligion war. Dazu aber muß er ſich auf die in ſeinem eignen Weſen ſchlummernden Kräfte beſinnen. Die große Stunde darf kein kleines Geſchlecht finden. Euch iſt die Entſcheidung in die Hand gelegt.

* * *

Nun kommt aber ein ordentlicher Friede zwiſchen den ſtreitenden Parteien nur durch direkte Verhandlungen zuſtande. Wir wenden uns daher im folgenden an die deutſchen Sozialdemokraten, nicht um ſie zu überreden — das wäre ein ausſichtsloſes Unternehmen — ſondern um ſie anzuregen, durch gemeinſame Arbeit eine Verſtändigungsgrundlage zu ſchaffen.

Die Frage, an deren Beantwortung das Schickſal hängt, iſt die, ob die durch die ſozialiſtiſche Bewegung ergriffenen Arbeitermaſſen zur chriſtlichen Religion in Beziehung treten können oder nicht. Bisher war es ihnen durch ihren Kampf gegen Staat und Geſellſchaft erſchwert, die beide mit der chriſtlichen Religion im Bunde lagen. Die Sozialdemokratie unternahm es, die Klaſſenordnung umzuſtoßen, weil ſie in ihr keinen Platz fand, der ihrer Bedeutung entſprach, und ſah ſich ſo genötigt, allem den Krieg zu erklären, was irgend den bisherigen Zuſtänden als Stütze dienen konnte, auch der Religion. Heute aber verliert die Religionsfeindſchaft der Arbeiterpartei ihren Zweck, da die politiſche Anerkennung im Staatsganzen errungen iſt.

Natürlich wird es auch in Zukunft nicht ohne Klaſſenkämpfe abgehen, aber ſie werden nicht die prinzipielle Schärfe zeigen und werden eine Kulturgemeinſchaft abſeits der gerade vorliegenden Streitpunkte erlauben.

Damit iſt jedoch noch keine poſitive Anerkennung der Religion gegeben, vielmehr wirkt die deſtruktive Aufklärung noch Jahrzehnte fort, wenn nicht Ereigniſſe eintreten, die eine Neuorientierung auf dem Gebiete der Weltanſchauung herbeiführen. Der gegenwärtige Weltkrieg hinterläßt ganz gewiß tiefe Spuren im menſchlichen Geiſtesleben, nicht zum wenigſten in der Richtung des Gottesglaubens.

Der Schützengraben iſt für viele eine Schule zum Umlernen geworden. Das Nachdenken galt dort weit mehr wie ſonſt dem Geheimnis des Todes, den man fortwährend vor Augen hatte. Woher kommt das arme Leben? Wohin geht es? Im Trommelfeuer und vor dem Sturmangriff hat ſich jedem unwiderſtehlich aufgedrängt: der Menſch iſt nichts, das Schickſal alles. Kein Wunder, wenn mancher gegenüber der Macht, die er hinter dem Schickſal ahnt, eine andre Stellung einnahm als im Frieden. Später wird ſich allerdings der Eindruck dieſes ungeheuren Erlebniſſes etwas verwiſchen, und andre Gedankenreihen werden wieder aus der Verſenkung aufſteigen. Aber ganz vergeſſen wird es nicht, und zeitlebens wird es ein Gegengewicht zur Religionsloſigkeit bleiben.

Dieſe Erinnerung allein bringt vielleicht noch keine religiöſe Wiedergeburt des deutſchen Volkes zuſtande; aber der Krieg als Geſamterſcheinung hat dem gegenwärtigen Geſchlecht das eine zum Bewußtſein gebracht: Menſchenwille und Menſchenvernunft entſcheiden am

letzten Ende das Schickſal n i ch t. Abgeſehen von einigen wenigen hat niemand den Krieg gewollt. Der Humanitätsgedanke war in den Völkern Europas weit verbreitet, und faſt allgemein herrſchte die Anſicht, daß in friedlichem Wettbewerb und freundſchaftlichem Austauſch die materiellen und geiſtigen Kulturgüter dauernd geſteigert werden könnten. Da ereignet ſich das Ungeheure, die Völker ſchlagen aufeinander los bis zum Weißbluten. Es war, wie wenn ein Land vom Ausbruch eines Vulkans überraſcht wird. Da hilft kein Entfliehn, alles iſt in der Gewalt der Elemente. So kam es über die Völker, ſie wollten nicht, aber ſie mußten.

Der Menſchengeiſt ſteht vor einem Rätſel und erſchrickt vor den unheimlichen Gewalten, die ſich an ihm offenbaren. Einſt hatte er gemeint, die Welt mit ſeiner Vernunft zu geſtalten, jetzt erlebt er, daß er willenlos in den Strudel hineingeriſſen wird. Man hat das Grauen den Anfang der Religion genannt. Heute überkommt die Völker auf der höchſten Kulturſtufe ein Grauen vor einer höheren Gewalt.

Jedoch bleibt es nicht beim Grauen, vielmehr ſiegt das Vertrauen, daß ein ſchaffender Gott die Welt durch Zerſtörung und Tod aufwärts führt.

Das iſt gewiß noch nicht chriſtliche Religion in reinſter Ausprägung, aber doch ein bedeutſamer Anſatz. Hieran läßt ſich anknüpfen, wenn der gute Wille vorhanden iſt.

Aber nun ſteigen ſchwere Bedenken auf. Der Sozialismus hat eine Geſchichte, die er nicht einfach verleugnen kann. Gewiß darf er nicht in Dogmatismus erſtarren, er muß entwicklungsfähig bleiben. Aber das Neue, zu dem er ſich durchringt, muß ſich organiſch an das ſchon Vorhandene anſchließen. Will er alſo eine chriſtliche oder überhaupt religiöſe Denkweiſe zulaſſen, ſo darf ſie nicht in offnem Widerſpruch mit den Grundprinzipien geraten.

Hier liegt die eigentliche Schwierigkeit, die vielen unüberwindlich ſcheint. Worauf ſich die ganze Partei aufbaut, iſt das Syſtem von Karl Marx. Einzelne Reviſioniſten kritiſieren ihn ſcharf, von ſeiner dialektiſchen Methode kommen ſie aber nicht los. Der Entwicklungsgedanke, wie ihn Marx vom Philoſophen Hegel übernahm, liegt mehr oder weniger deutlich dem geſamten ſozialiſtiſchen Denken zugrunde. Iſt damit eine chriſtliche Auffaſſung vereinbar? In der einſeitigen Zuſpitzung, die Marx der Methode auf das Materielle hin

gab, nicht. Aber was für seine Zeit notwendig erscheinen mochte, braucht nicht für ganz andre geschichtliche Verhältnisse zu gelten. Das von den großen deutschen Denkern etwas stiefmütterlich behandelte Materielle forderte damals sein Recht, um so mehr als im vorigen Jahrhundert der große Umschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Industrialismus hin eintrat. Heute meldet sich das Ideelle, nachdem es eine Zeit stark zurückgedrängt war. Viele sozialistische Schriftsteller, Kautsky eingeschlossen, tragen dem Rechnung und haben die genannte Einseitigkeit gemildert oder aufgehoben.

Die dialektische Methode ist an sich kein Hindernis für das Christentum. Hegel und die meisten seiner Anhänger waren evangelische Christen, und auch heute lebt das Christentum des sogenannten deutschen Idealismus, wirklich dialektisches Christentum. Kein Mensch kann den Sozialisten zumuten, daß sie eine fertige Religion einfach übernehmen. Sie werden die christliche Gedankenwelt umgießen und ihren eignen Denkformen anpassen.

Warum auch nicht? Wie die agrarisch-kleinbürgerliche Welt ihrem Wesen entsprechend die überkommene Gestalt des Christentums beibehält, wie das aufsteigende Bürgertum das liberale Christentum und die Kultur der ethischen Persönlichkeit schuf, so mag auch der Sozialismus sich sein Christentum erarbeiten.

Der Protestantismus gewährt hierzu vollste Freiheit; er kann eine solche Entwicklung nur gutheißen, er ist Gewissensreligion. Luther paßt mit seinen patriarchalischen Ansichten gewiß nicht in das moderne politische Leben, am wenigsten in die Sozialdemokratie, aber das Verdienst bleibt ihm für alle Zeiten, daß er seine Glaubenswelt aus sich heraus geschaffen hat. Damit ist ein für allemal für selbständige Innerlichkeit der Freibrief ausgestellt, und keine Kirchen- oder Staatsbehörde vermag daran etwas zu ändern.

Der Sozialismus wird es nicht bereuen, wenn er in seiner Gesamtauffassung für christliche Religion Platz läßt. Zunächst wird seine politische Arbeit davon kaum berührt. Höchstens wird der Tageskampf von seiner Gehässigkeit einbüßen, wodurch aber der Erfolg sicher nicht beeinträchtigt wird. Nach Luther muß man Geistliches und Weltliches von einander getrennt halten; die sogenannten Christlichsozialen, die im Namen des Christentums politische Ziele verfolgen, dürfen sich nicht auf ihn berufen, Politik und Religion folgen viel-

mehr jedes ſeinen eigenen immanenten Geſetzen. „Gebet dem Kaiſer, was des Kaiſers iſt, und Gotte, was Gottes iſt."

Was aber die Hauptſache iſt, der Sozialismus verhilft, indem er zum Chriſtentum in ein poſitives Verhältnis tritt, Millionen ſeiner Anhänger zu einer ungeahnten Steigerung ihres inneren Wertes. Der Menſch lebt nicht von Brot allein, auch nicht wenn er als Zukoſt etwas Wiſſenſchaft und Kunſt erhält. Sein Weſen verlangt nach höherem Mehrwert, als er ſich aus dem Arbeitsprozeß ergibt, er will Erweiterung ſeines Selbſt zum Ewigen, zum Urgrund alles Seins und Lebens. Es kann nicht die Rede ſein, daß jeder Menſch zu jeder Zeit dieſen Trieb verſpürt, aber er beſteht unbewußt doch, mag er noch ſo lange unterdrückt worden ſein. Es wird durch lebendige Religion niemand bloß auf ein beſſeres Jenſeits vertröſtet, ſondern das gegenwärtige, irdiſche Leben erfährt eine wunderbare Bereicherung. Man braucht ſich nicht mehr an die Unraſt des modernen Lebens zu verlieren, ſondern findet ein Gegengewicht in der Ruhe, in dem Sichgeborgen-fühlen durch höhere Macht. Lebensmut und fröhliche Initiative, Geduld und Zuverſicht quellen reichlicher, und über den nicht endenwollenden Streit erhebt ſich der Menſch, der glauben kann, zu einer Höhe, von der alles mit verſöhnten Augen ſchaut.

Empfehlen oder gar anpreiſen laſſen ſich dieſe Dinge nicht. Aber den Verächtern möchten wir zurufen: Lernt ſie kennen! Ihr werdet nichts finden, was ſie erſetzen kann.

Im Geiſt blicken wir in eine ſchöne Zukunft. Es ſoll Friede werden auf deutſcher Erde. Alle Reibungen und Gegenſätze werden nicht aufgehoben, das wäre der Tod. Aber wenn nur ſo viel erreicht wird, daß die großen Werte des Menſchengeiſtes ſich nicht mehr gegenſeitig ausſchließen, wie ſie es bisher getan haben! Das alte Evangelium von der Liebe Gottes und das neue Evangelium von der Solidarität der Arbeit können und ſolien zum Heile der Menſchheit zuſammenſtehn, aus Antitheſe ſoli Syntheſe, aus Streit ſoil Friede werden.

Sozialdemokratie und Kirchen-Christentum.

Von Heinrich Peus.

Vor dem Kriege gab es eine lebhafte Kirchenaustrittsbewegung. Ich will nicht behaupten, daß tatsächlich schon gewaltig viele den Austritt aus der Kirche vollzogen. Wohl waren es so viele, daß es erhebliches Aufsehen erregte. Aber mir war die Zahl dieser Austritte immer noch äußerst gering, gemessen an der Zahl derer, die aus Gründen der inneren Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit Anlaß hätten, den Austritt aus der Kirche zu vollziehen. Die Stärke der Bewegung lag mehr in der Wucht, mit der die Agitation für den Kirchenaustritt geführt wurde, als in ihrem wirklichen Erfolge. Um aber die volle Wahrheit zu sagen: die Ursache lag nicht nur in Gleichgültigkeit gegen die Pflicht der Wahrhaftigkeit, sondern noch mehr in der Furcht vor gesellschaftlicher Schädigung. Primum vivere, deinde philosophari ist gerade auch für die Masse des Volkes noch eine große Wahrheit. Die Menschen glauben, was sie glauben dürfen oder doch zu dürfen wähnen. Die Furcht vor den Menschen ist auch bei den Nicht-Gottgläubigen meist größer als die Furcht Gottes oder die Furcht vor dem eigenen Gewissen.

Die Bewegung für den Kirchenaustritt ward sowohl von freigeistigen Richtungen als auch von einem Teil der Sozialdemokratie getragen. In den einzelnen Menschen verkörperten sich beide Strömungen. Sozialdemokraten neigen zumeist einer freigeistigen Weltanschauung zu und die freigeistig Gesinnten sind sehr oft Sozialdemokraten. Dem Kirchen-Christentum gegenüber nehmen aber die Bekenntnislosen und die Sozialdemokraten eine ganz verschiedene Stellung ein.

Die Bekenntnislosen wenden sich gegen die Lehre der Kirche und gegen ihre Verfassung als Landeskirche. Die Sozialdemo-

kratie wendet ſich als Partei nur gegen die Landeskirche oder beſſer noch geſagt Staatskirche, gegen die Verbindung der Kirche mit dem Staate, inſofern der Staat für die kirchlichen Zwecke ganz allgemein und unbeſehen öffentliche Mittel verwendet. Als beſtimmte Lehranſchauungen vertretende Bewegung wendet ſich die Sozialdemokratie nur gegen gewiſſe ſoziale und ethiſche Auffaſſungen des Chriſtentums und der Kirche, die den Intereſſen der Demokratie und des Sozialismus widerſprechen oder zu widerſprechen ſcheinen, während ſie alle übrigen Lehren des Chriſtentums oder der Kirche ganz der privaten Entſcheidung überläßt. Doch ſei gleich hier geſagt, verbindlich iſt für den Sozialdemokraten nur die oben beſchriebene Stellungnahme gegen die finanzielle Verquickung von Staat und Kirche, alſo ein rein politiſches Ziel. Anſchauungen und Meinungen über Materialismus und Idealismus, über die Bedeutung der materiellen Verhältniſſe und den Wert von Geiſt, Charakter und Gemütsverfaſſung des Menſchen ſind in die freie Diskuſſion geſtellt. Ein Bekenntnis zu Lehranſchauungen wird von keinem Sozialdemokraten gefordert und darf nicht gefordert werden. Nur gemeinſame politiſche Ziele ſtehen auf dem Programm der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten, die in der Kirchenaustrittsbewegung vor dem Kriege den Austritt im Namen des Parteiprogramms forderten, taten dies, um den wirkſamſten Proteſt gegen das Staatskirchentum zum Ausdruck zu bringen. Darum hieß es: „Maſſenſtreik gegen die Landeskirche“. Die Kirche ſchlug man, aber den Staat wollte man treffen. Der Staat ſollte, wenn es Millionen aus der Landeskirche Ausgetretener gab, gezwungen werden, von ſeiner einſeitigen Parteinahme für das konfeſſionelle Kirchen-Chriſtentum abzulaſſen und insbeſondere die konfeſſionsloſe Schule einzuführen.

Es gab freidenkeriſche Kreiſe, die ſich etwa um die „Ethiſche Kultur“ gruppierten, denen die geräuſchvolle, volksverſammlungsmäßige Austrittsbewegung nicht behagte. Ihnen dünkt der Austritt aus der Kirche nur wertvoll als freie Tat des Einzelnen, der ſeinem Gewiſſen folgt. Der agitatoriſch erzeugte Maſſenaustritt widerſpricht ihrem Begriff wahrer innerer Freiheit des Gewiſſens.

Aber auch die Sozialdemokratie lehnte offiziell die Verantwortung für die Kirchenaustrittsbewegung ab, ohne deshalb den für ſie

tätigen Sozialdemokraten irgendwelchen Vorwurf zu machen. Die Auffassung, daß man gerade auf Grund des Parteiprogramms aus der Landeskirche austreten müsse, ward nicht geteilt, offenbar weil der Austritt aus der Landeskirche vom Austritt aus der Kirche nicht getrennt werden könne, dieser letztere aber im Namen des Parteiprogramms nicht gefordert werden dürfe.

So standen die Dinge bis dicht vor dem Kriege. Wird der Krieg nun daran was geändert haben? Oder gibt es andere Gründe, die mit der allgemeinen Situation zwischen Staat und Sozialdemokratie zusammenhängen, welche eine Änderung mit sich bringen können?

Um es mit einem Satze zu sagen: An der grundsätzlichen Situation wird sich kaum etwas ändern, aber der Ton der Musik, die hüben und drüben gespielt wird, kann angenehmer werden. Die Heißsporne hüben und drüben werden sich auch weiter nicht verständigen, aber die Zahl derer, die achtungsvoll miteinander verkehren, kann zunehmen. Das Lernen beider voneinander, eine durchaus wünschenswerte Sache, wird in höherem Grade zustande kommen können, ohne jedes intellektuelle oder gar moralische Opfer.

Die Sozialdemokratie wird ihren Programmpunkt der „Erklärung der Religion zur Privatsache und der Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken" sowie die Forderung der „Weltlichkeit der Schule" nicht aufgeben. Auch wird es in Zukunft Sozialdemokraten geben, die gerade auf Grund dieser Programmpunkte den Austritt aus der Kirche fordern, weil sie als Landeskirche, d. i. von der Staatsgewalt protegierte Kirche, mit dem Programm der Partei im Widerspruch stehe. Und ebenso wird es freigeistig denkende Sozialdemokraten geben, die zum Kirchenbekenntnis keinerlei inneres Verhältnis mehr haben, welche den Austritt aus der Kirche aus Gründen der Ehrlichkeit fordern.

In den Versammlungen, in denen ich selber damals für den Austritt aus der Kirche sprach, traten vielfach Geistliche auf, die auch ihr volles Einverständnis damit zum Ausdruck brachten, daß solche, die innerlich wirklich mit der Kirche völlig gebrochen hätten, sich auch äußerlich von der Kirche trennten. Das war der gemeinsame Boden der inneren Wahrhaftigkeit, der zwischen einem echten Protestanten

und einem modernen Sozialdemokraten leicht gegeben ist. Dies Fundament, daß jeder Mensch sich auf sein Gewissen stellen und ihm gemäß leben müsse, muß jeder auf dem Boden der Lutherschen Reformation stehende Protestant mit Freuden begrüßen, denn damit ist die wichtigste Grundlage für echte freie Sittlichkeit gegeben.

Bekanntlich begegnet sich die Sozialdemokratie mit der orthodoxen Kirche eher auf ihrem eigentlichen Programmpunkt, der Forderung der Trennung von Staat und Kirche. Der verstorbene Hofprediger Stöcker, der die Sozialdemokratie von seinen Anschauungen aus so heftig bekämpfte, plädierte oft für die freie, vom Staate freie, gläubige Volkskirche. Umgekehrt sind es heute gerade liberale Geistliche, die die Trennung von Staat und Kirche für bedenklich halten, weil sie meinen, wertvolle Kulturarbeit der Kirche werde dadurch aus Mangel an Mitteln unmöglich. Wie der Staat und die Gemeinde die Kunst unterstützten, so verdiene auch die Religion und was sie Nützliches tue, öffentliche Unterstützung. Mir scheint, darauf ist leicht eine Antwort zu geben, die beide Teile befriedigen kann. Die grundsätzliche Trennung von Staat und Kirche oder Gemeinde und Kirche schließt durchaus nicht ein Zusammenarbeiten von Fall zu Fall aus. Jeder Verein, der etwas Gemeinnütziges tut, kann die Gemeinde oder den Staat um Beihilfe anrufen, die dann auch, unter gewissen Voraussetzungen, die die Förderung von Nebenzwecken ausschließen, gewährt werden kann. Wenn z. B. eine Kirchengemeinde sich angelegen sein ließe, Säuglinge zu pflegen oder reisenden jungen Mädchen Rat zu erteilen und Unterkunft zu bieten, damit sie nicht Mädchenhändlern und anderen Schurken in die Hände fallen, so wüßte ich nicht, warum nicht auch sozialdemokratische Gemeindevertreter solcher gemeinnützigen Tätigkeit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln sollten angedeihen lassen, auch wenn das Motiv zu solcher Tat der Menschenliebe aus dem Christenglauben flösse.

Andererseits sollten aber auch diejenigen Kirchenchristen, die die soziale Liebestätigkeit des Christentums als etwas besonders Wertvolles empfinden, das man nicht stören dürfe, nicht übersehen, daß gerade auch die Sozialdemokratie von ihrer sozialistischen Auffassung der solidarischen Verpflichtung der Gesellschaft aus die Liebestätigkeit, die bisher freiwillig von der Kirche und kirchlichen Vereinen geleistet

wurde, in noch umfangreicherem Maße als eine Pflicht des Staates und eine Pflicht der Gemeinde fordert. Darüber sollten sich die, denen es vor allem auf die Tat selber ankommt, nur freuen, auch sie sollten das andersartige Motiv der anderen achten. Bleibt ihnen ja doch daneben das Recht gegeben, in voller Freiheit aus der Begeisterung ihrer Anhängerschaft heraus für ihre Weltanschauung oder Religion im allgemeinen zu wirken.

Ich möchte annehmen, daß man sich in Zukunft in der gegenseitigen Duldsamkeit leichter wird finden können. Allgemein nicht, aber doch gewisse Kreise von hüben und drüben. Dem orthodoxen Eiferer ist Duldsamkeit natürlich unmöglich. Wer erhaben über jeden möglichen Zweifel die absolute Wahrheit allein zu besitzen glaubt, kann nicht duldsam sein. Für ihn wäre Duldsamkeit gleichbedeutend mit unverantwortlicher Gleichgültigkeit gegen die Wahrheit. Aber es gibt ja auch andere Christen, denen ihr Christentum doch mehr eine historische und darum wandlungsfähige Erscheinung ist. Und unter den Sozialdemokraten wird die Rechtgläubigkeit nach diesem Kriege auch nicht wieder zu der Stärke sich entwickeln können, wie sie vor dem Kriege bestand. Die Zeit der starren Prinzipien ist vorbei. Die Zahl der Sozialdemokraten, die mit Resolutionen zufrieden sind, nimmt ab. Man fordert Arbeitserfolge, denen die Grundsätze zu *dienen* haben. Die Prinzipientyrannei hat man satt. Das wird auch duldsamer in dem Sinne machen, daß man die anderen auch weniger nach ihren Prinzipien, als nach der Nützlichkeit ihrer Taten beurteilt. Wieviel wird schon gewonnen sein, wenn der Unfehlbarkeitsdünkel hüben und drüben schwindet! Und dazu hat doch der Krieg nach beiden Seiten Belehrung geboten. Die christliche Liebe ist trotz ihres Alters keine Macht zwischen den Völkern. Aber der Internationalismus, der auf den internationalen Sozialistenkongressen so große Worte fand, ging über den wirklichen Interessen, wie sie für die Völker und auch ihre Arbeiterklassen noch bestehen, auch in die Brüche.

Es wäre überhaupt ungeheuer viel gewonnen, wenn der Sinn für Objektivität, für reine Sachlichkeit aus diesem Kriege gestärkt hervorginge, wenn alles, was Partei heißt, auf allen Gebieten, begriffe, daß zwar Parteien notwendig sein mögen, daß sie aber drum doch bei aller Unvermeidbarkeit ein nur notwendiges *Übel* bleiben.

Wir Menschen bleiben alle viel zu sehr in den Mitteln zum Zweck stecken. Wir vergessen, daß die Organisationen, die wir bilden, die Kirche, die Partei, doch nur Mittel zum Zweck sind, daß der Zweck unser aller gutes und erfolgreiches Leben ist. Wir kapsein uns alle zu sehr in die Kreise unserer Wirksamkeit ein, wir fahren viel zu viel im gewohnten Gleise und vertiefen dadurch unsere Vorurteile. Wenn wir nach einem langen Leben zu ruhiger Besinnung gekommen Rückschau halten, so möchten wir wohl manchmal zu der Erkenntnis kommen, daß wir uns in viel zu einseitigen Anschauungsgleisen gehalten, daß wir nur zu sehr versäumt haben, uns auch einmal in anderen Gedankengegenden umzuschauen. Viele Menschen, oft die willensstärksten, stürmen bis zur letzten Daseinsstunde mit fanatischem Eifer in ganz einseitiger Gedankenreihe und kommen nie auch nur zum geringsten Zweifel an sich selbst. Sie dünken sich im sichersten Besitz der Wahrheit und sind doch nur die Gefangenen irgendeiner Begriffssystematik, in die sie sich eingesponnen haben und nach der sie sich meist die Wirklichkeit konstruieren, statt umgekehrt von der Wirklichkeit ihr Gedankensystem ständig korrigieren zu lassen.

Möchte doch der Krieg, der uns unsere Schicksalsgemeinschaft wieder einmal besonders deutlich zum Bewußtsein gebracht hat, wenigstens die Frucht bringen, daß wir uns allesamt gegenseitig als Menschen achten und daß, wenn wir uns auch in Wahrung bestimmter Interessen und im Kampfe für bestimmte Anschauungen, die wir für Wahrheit halten, in bestimmte Kampforganisationen abgliedern, wir doch daneben auch allgemein menschlich Gemeinschaft halten. Sind wir doch auch der Meinung, daß, wenn wir auch heute als deutsche und französische Soldaten miteinander kämpfen, darum nicht ausgeschlossen sei, daß wir später im Frieden uns als Menschen doch wieder finden und einander Achtung und Wohlgesinntheit entgegenbringen. Das muß aber erst recht zwischen den Gliedern desselben Volkes möglich sein. Mögen kirchenchristliche Glaubensüberzeugung und modern-sozialdemokratische Weltanschauung auch noch so scharf zueinander in Gegensatz stehen, die M e n s c h e n sollen sich nicht hassen und verachten, sie sollen jeder vom anderen glauben, daß sie in ihrer Weise auch das Gute wollen und daß, wenn auch jeder ein Opfer des Irrtums sein mag, jeder aber auch in gewissem Grade die Wahrheit

und die Gerechtigkeit vertritt, wenn man's nur von einem gewissen Gesichtspunkte aus ansieht. Ich kann mir kein höheres geistiges Glück denken als ein unbeirrbares Streben nach Objektivität, nach gerecht sein wollender Sachlichkeit. Einst war ich am Tage vor Weihnachten bei einem alten Geistlichen, der mir in der Jugend nahe gestanden hatte. Er zeigte mir eine große Stube voll Schuhe, Strümpfe und andere Kleidungsgegenstände, Hemden und Jacken, die er zu Weihnachten zusammengebettelt hatte, um sie Armen zu schenken. „Sehen Sie," meinte er zu mir, „das ist meine praktische Arbeit, ich helfe wirklich, Sie aber hetzen nur." Da er der viel Ältere war, so schwieg ich auf den ungerechten Vorwurf. Ich hätte in gleicher Unsachlichkeit verächtlich mit einem Worte antworten können: „Plunder!" Und tatsächlich dachte ich's. Ich stellte mir vor, wieviel Millionen Schuhe die sozialdemokratische „Hetze" Armen an die Füße gebracht hat, die sie aus höherem Lohne sich selber kaufen konnten, statt sie sich als Almosen schenken lassen zu müssen. Aber müssen denn der für Mildtätigkeit wirkende Pastor und der für soziale Gerechtigkeit streitende Agitator, Redakteur oder Abgeordnete wirklich als Feinde einander gegenüberstehen, die sich gegenseitig verachten und hassen? Ist bei eifrigem Streben nach sachlicher Würdigung des Tuns beider nicht ein achtungvolles Nebeneinander möglich, wo heute feindselige Verachtung herrscht? Kann ein Christ nicht auch den charaktervollen Kampf ums Recht würdigen und ein Sozialdemokrat nicht auch Anerkennung dafür empfinden, daß im Augenblick gegebene Not durch hilfreiche Wohltat gelindert wird? Ich darf mir das Zeugnis ausstellen, daß ich damals meinem obengenannten alten Freunde, wenn ich auch seinen engen Gesichtskreis bedauerte, im stillen doch diese Anerkennung zollte. Ich wußte, er wollte nur wirklich helfen und nicht indirekt, in schlauer Berechnung, das kapitalistische System dadurch stützen.

Freilich wird diese gegenseitige Sachlichkeit durch die beiderseitige Umwelt sehr erschwert. Eines Tages hielt ich in einer kleinen Stadt einen Vortrag über das Genossenschaftswesen. In der Diskussion sprach der Hauptpastor des Orts und zum Entsetzen der Krämer und Handwerksmeister, besonders aber des überwachenden Gendarmen, erklärte er die Konsumgenossenschaft, ja auch die Gewerkschaft für sozial wertvoll und mit dem Christentum wohl für vereinbar.

Es war ein ſchon alter Geiſtlicher, der vorher als Miſſionar viel in der Welt herumgekommen war. Nach Schluß der Verſammlung aber bot er mir, dem Sozialdemokraten, als er hörte, daß ich noch kein Hotel hatte, Nachtquartier in ſeinem Hauſe an. Ich ging mit, nicht ohne Gewiſſensbiſſe, ob mein Reviſionismus — das Städtchen lag im Bezirk Halle — dadurch bei unſerm radikalen Hallenſer Parteiblatt in noch ganz beſonderen Verdacht geraten könnte. Der Paſtor aber ſchrieb mir nach längerer Zeit aus Zandvoort, wo er in der Badezeit als Geiſtlicher tätig war, daß er wegen ſeines Verhaltens mir, dem Sozialdemokraten gegenüber — die Sache iſt wohl ſchon 10 Jahre her — vom Landrat im Auftrage der Regierung wäre zur Rechenſchaft gezogen worden und eine Ordensauszeichnung, die ihm zugedacht geweſen wäre, nicht bekommen hätte. Darüber ſei er nicht untröſtlich geweſen.

Hoffentlich fallen alle dieſe Engherzigkeiten nach dieſem furchtbaren Kriege fort und gelten jede ehrliche Überzeugung und ihr Träger als achtungswert und grundſätzlich gleichberechtigt.

Auf ſolcher Grundlage müßte das geiſtige Leben, der Kampf um die Wahrheit, zum höchſten Lebensgenuß werden. Die Willensziele werden in dieſen rein ſachlichen Kampf immer wieder ſtörend dazwiſchentreten, aber darum iſt der Verzicht auf die Sachlichkeit nicht angebracht, ſondern das immer erneute Streben nach ihr eine Notwendigkeit.

Zwiſchen dem Geiſtlichen und dem ſozialdemokratiſchen Agitator war Feindſchaft von vornherein eine begreifliche Sache. Der Geiſtliche fühlte ſich als der berufsmäßige und berufene Pfleger der altbewährten Weltanſchauung des Volkes, der ſozialdemokratiſche Agitator brachte eine neue revolutionäre Weltanſchauung, die er mit Leidenſchaft vortrug. Der Agitator ward zum Redakteur, der alltäglich zu Tauſenden predigt, während der Geiſtliche auf ſeine Sonntagspredigt vor oft nur wenigen beſchränkt blieb. Da wurde auch er zum Agitator und kämpfte (ſiehe Hofprediger Stöcker und ihm nach viele andere) für ſein Chriſtentum in der Verſammlung. Zahlloſe heftige Kämpfe fanden ſtatt zwiſchen den Vertretern der Sozialdemokratie und des Kirchen-Chriſtentums. Hie Kampf für beſſere wirtſchaftliche Verhältniſſe, hie Hinweis auf die Notwendigkeit, in

Hingabe an die christliche Heilslehre ein besserer Mensch zu werden, hie Forderung gründlicher Umwälzung aller Verhältnisse, der Revolution, hie Zugeständnis, daß im einzelnen vieles besser werden müsse. Daneben aber viele heftige Vorwürfe von hüben und drüben.

Der Kampf wird weiter geführt werden. Die scharf entgegengesetzten Grundanschauungen werden sich auch in Zukunft entgegentreten. Aber eine Veränderung, eine Besserung wird zu beobachten sein. Die Kämpfe sind doch nicht fruchtlos gewesen. Die sozialistischen Ideen haben sich mehr und mehr Bürgerrecht in allen Volkskreisen erworben. Und auch das demokratische Recht der freien Selbstbestimmung des Volkes wird nicht mehr grundsätzlich bestritten. Auf der anderen Seite ist der ehemalige Agitator und spätere sozialdemokratische Redakteur im umfangreichsten Maße zu praktischer Organisierungsarbeit und auch zur Mitarbeit an den Aufgaben der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft fortgeschritten. Er ist Gewerkschaftsbeamter geworden, Genossenschaftsbeamter, hat als Arbeitersekretär sich mit den Alltagssorgen des Arbeiters zu befassen gelernt, wirkt als Gemeindevertreter sehr nachdrücklich an den sich immer mehr erweiternden praktischen Aufgaben der Gemeinde mit und hat als Landtagsabgeordneter auch viele andere Fragen der Staatsverwaltung würdigen gelernt. Mit der bloßen Forderung der Revolution ist es nun nicht mehr getan. Mehr und mehr ist die Erkenntnis durchgedrungen, daß von einer Revolution als katastrophalem Ereignis überhaupt gar nichts zu erwarten sei, daß alles auf Entwicklung ankomme.

Besonders aber hat der so praktisch arbeitende Sozialdemokrat erkennen gelernt, daß die von ihm erstrebte Ordnung der Dinge doch auch in hohem Grade ein Werk bestimmt qualifizierter Menschen sei, daß die bloße wirtschaftliche Einrichtung für sich allein noch nicht ausreicht, daß auch Menschen dazu gehören, die nicht nur über eine gewisse Erkenntnis verfügen, sondern auch Einsicht, guten Willen, soziale Gesinnung, Selbstlosigkeit haben, die das eigene Wohl nur im Gesamtwohl suchen. Und damit wäre in der Tat bis zu einem gewissen Grade eine Synthese der früheren Gegensätze gegeben. Der Anhänger des Idealismus, der von der Kraft der Persönlichkeit, die ihres Glaubens gewiß ist, alles erwartete, hat begriffen, daß materielle soziale Einrichtungen geschaffen werden müssen, die dem Einzelnen

überhaupt erſt ermöglichen, ein Perſönlichkeitsleben zu führen, der Vertreter des geſellſchaftlichen Materialismus aber lernt begreifen, daß ſich mit der äußeren Ordnung doch auch verbinden müſſe die Erziehung der Menſchen durch idealiſtiſche Motive. Zur Zeit iſt dieſe idealiſtiſche Erziehung auf ſozialdemokratiſcher Seite noch faſt nur intellektuell, aber das Ethiſche wird auch noch kommen. Noch wirkt die alte Lehre von der Alleinbedeutung der wirtſchaftlichen Verhältniſſe zu ſtark nach, als daß man den Appell an die ſittliche Kraft des Einzelnen zu ſtark betonen dürfte. Je mehr aber die Sozialdemokratie auf allen Gebieten des praktiſchen Lebens mitzuwirken berufen wird, je mehr Aufgaben wirklicher Geſtaltung des Lebens ſie im einzelnen übernimmt, um ſo ſtärker wird auch in ihr das Bedürfnis erwachen, an Verſtand und guten Willen des Einzelnen, an ſeine Seele zu appellieren, damit er im Rahmen der von der Geſellſchaft geſchaffenen Grundlage zum Künſtler bei der Ausgeſtaltung ſeines Lebens werde. So kann wenigſtens dieſer Streit zwiſchen Materialismus und Idealismus in hohem Maße zum Ausgleich kommen.

Von ſehr weſentlicher Bedeutung wird es aber auch ſein, daß man die Sozialdemokratie ihren Idealismus in ihrer Weiſe ausüben und ausbilden läßt. Wenn in den letzten Jahren ſozialdemokratiſche Jugendfeiern veranſtaltet worden ſind, ſo ſollte man in kirchenchriſtlichen Kreiſen ſich von aller Konkurrenzeiferſucht fernhalten. Und noch weniger die Polizei dagegen in Bewegung bringen, ſondern ſich herzlich darüber freuen, daß das Bedürfnis nach einer feierlichen Form, mit der man die Jugend ins Leben führen will, hervortritt. Man habe nur keine Angſt, daß dabei auf die Dauer, etwa durch unangemeſſene parteipolitiſche Hetze, ſchwere Fehler gemacht werden könnten. Das korrigiert ſich von ſelber. Als das einmal in einem mir bekannt gewordenen Falle geſchah, kam auch ſofort der Proteſt aus den Reihen der Eltern. Als ich aber eine von mir ſelber zur Schulentlaſſungsfeier gehaltene Rede in meinem Blatte veröffentlichte, da waren, wie mir ſpäter ein Geiſtlicher ſagte, ſeine Amtskollegen ſehr erſtaunt geweſen, daß ein Sozialdemokrat eine ſo verſtändige und warme Rede an die Jugend halten könne.

Die modernen Geiſtlichen müſſen bekanntlich, um ihre Stellung, die zweifellos einer ſtarken Erſchütterung unterworfen iſt, einigermaßen den Anforderungen der Zeit entſprechend auszugeſtalten, aus

der Kirche heraustreten und in die Versammlung und den Verein sich begeben, um dort weit mehr in sozialem Sinne als in religiösem Geiste tätig zu sein. Teils mit Absicht, teils aber auch ohne solche und nur infolge der Sozialisierungsbedürfnisse unserer Zeit kommen sie zu einer Tätigkeit, wie sie in der rein sozialdemokratischen Bevölkerung der Arbeiterbeamte ausübt. Umgekehrt werden dem Arbeiterbeamten Funktionen übertragen, die sonst der Geistliche auszuüben hat. Das Bedürfnis, auch der Totenfeier eine feierliche Form zu geben, ruft ihn häufig als Redner an das Grab eines Gesinnungsgenossen. Je größer in diesen Dingen die Duldsamkeit auf beiden Seiten wird, um so mehr werden Formen des Friedens sich dabei durchsetzen.

In der Agitation für den Austritt aus der Kirche ward mir oft die Frage vorgelegt, wo die sozialdemokratischen Krippen, Altersheime, Anstalten für Epileptiker und dergleichen wären. Die Frage hätte nicht gestellt werden sollen. Eine politische Partei ist nicht berufen, dergleichen für sich zu schaffen. Ich erwiderte denn auch immer, daß, wenn es auf die Sozialdemokratie ankomme, Staat und Gemeinde das für die Ärmsten und Elendesten Notwendige in noch viel höherem Maße tun würden als bisher. Aber man gebe der Arbeiterbewegung nur volle Freiheit, dann wird auch auf diesem Gebiete noch vieles besser werden. Eben jetzt liest man in sozialdemokratischen Blättern Sachsens, daß eine Schwester und leibhaftige Genossin im Auftrage der sozialdemokratischen Organisation Mutterkurse abhält und Vorträge über Säuglingspflege hält, und zwar mit außerordentlichem Erfolge. Ich kann mir denken, daß die meisten Geistlichen das Gruseln bekommen, wenn sie nur davon lesen, daß eine Schwester sich zur Genossin entwickelt habe. Aber das müssen sie eben lernen, in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eine Bewegung zu erblicken, die auch das Glück der Menschen auf Erden will. Geht man mit dieser ehrlichen Anerkennung an sie heran, so kann man auch als Gegner ihr und den eignen Idealen nützen. Ich kann es ruhig zugestehen, seelisches Glück ist in der sozialdemokratischen Bewegung bisher recht wenig zu finden. Das Salz der Kritik läßt das nicht recht aufkommen. Mit der immer mehr steigenden positiven Arbeit wird auch das besser werden. Aber wenn modern empfindende Geistliche, die auch hinsichtlich Dogmengläubigkeit mit ihrer Zeit gehen, dem zweifellos vorhandenen seelischen Bedürfnis

entgegenkommen, wenn sie das Gemüt zu befriedigen wissen, das der Durchschnitts-Sozialdemokrat unter den Führern der Bewegung sicherlich unbefriedigt läßt, dann möchte ich es wohl für möglich halten, daß solchen Gemütserziehern und -tröstern auch Sozialdemokraten ihr Ohr zu leihen geneigt wären. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, das gilt auch vom modernen Sozialdemokraten.

Ich habe in Obigem meinem Empfinden Ausdruck gegeben. Daß manche Sozialdemokraten meine Stimmung nicht teilen, kann ich mir denken. Aber sicher stehe ich mit meiner Auffassung nicht allein. In Freiheit und Duldsamkeit kann die Zukunft uns auch im Weltanschauungskampfe viel Frieden bringen.

Evangeliſches Chriſtentum und moderne Weltanſchauung.

Von Wilhelm Thimme.

1. Als die moderne Weltanſchauung, von mancherlei Nebeln umwittert und in wunderſamem Morgenlichte ſtrahlend, in den Köpfen freier und kühner Männer erſtand, mußte ſie ſich zunächſt kämpfend auseinanderſetzen mit der herrſchenden chriſtlichen Religion und Kirche. Die mittelalterliche Theologie hatte mit viel Scharfſinn die antike Weltweisheit, wie ſie ſich ihr vor allem in der ariſtoteliſch-platoniſchen Philoſophie darbot, verarbeitet, mit ſchulmäßiger Logik und den herkömmlichen chriſtlichen Glaubensgedanken durchſetzt und erweitert und ſo ein religiös-ſpekulatives Syſtem geſchaffen, das lange Zeit Geiſter und Gemüter gefangen hielt. Da begann die moderne Weltanſchauung ſich zu entfalten. Ihr Nährboden war die Renaiſſanceſtimmung, die ſehnſüchtig nach zertrümmerten Herrlichkeiten, begeiſtert, keck und lüſtern mit ſtärkſter Suggeſtionskraft von Italien her ſich ausbreitete, ſodann die überall ſich regende Oppoſitionsbewegung gegen die katholiſche Kirche, die zwar in erſter Linie den Mißſtänden in Verwaltung und Lebensführung von Kirche und Klerus galt, ſich aber naturgemäß auch gegen die kirchlichen Lehren wenden mußte, endlich das wachſende bürgerliche Selbſtbewußtſein in den aufblühenden Städten. Ihre kraftvollſte und ſaftreichſte Wurzel aber war die ihrem Weſen nach durchaus neuartige, das Weltbild völlig umgeſtaltende Wiſſenſchaft, die ihre Erfolge nicht ſo ſehr der Kühnheit ihrer Konſtruktionen als der Genauigkeit in Berechnungen, Beobachtungen und Experimenten verdankte. Der ſich immer mehr ins Unabſehbare verbreiternden, ſtets neue Perſpektiven eröffnenden mathematiſch-phyſikaliſchen Naturwiſſenſchaft trat ſpäter ergänzend die kritiſche Geſchichtswiſſenſchaft zur Seite und trug ihr Teil dazu bei, die ehrwürdigen Autoritäten ihres Nimbus zu entkleiden. Das mo-

derne Denken baut keine romantiſchen Dome. Es verzichtet darauf, Natürliches und Übernatürliches kunſtreich ineinander zu fügen. Seine Großtat iſt die Neuorientierung im Bereich des rein Natürlichen durch erfolgreiche Anwendung einiger Hauptleitgedanken, vor allem des Gedankens des geſetzmäßigen kauſalen Zuſammenhanges alles Geſchehens und in ſpäterer Zeit auch des Gedankens der Entwicklung. Die moderne Weltanſchauung ſucht mit heilem Blick das Ganze des großen und in aller Mannigfaltigkeit einheitlichen Weltalls zu umſpannen. Sie iſt im allgemeinen bereit, das Vorhandenſein dunkler Urgründe und zahlreicher ſchwer erforſchlicher und auch wohl unerforſchlicher Geheimniſſe anzuerkennen, aber ſie freut ſich der erkannten klaren und unverbrüchlichen Ordnungen und Geſetze. Mit ſicherem Blick für das Mögliche und Naturgemäße weiſt ſie dem von Vorurteilen befreiten Menſchen ſeinen beſcheidenen und doch vornehmen Platz an und zeigt ihm mancherlei Ziele einer innerweltlichen Kultur.

Es verſteht ſich, daß die bisher gebietende chriſtlich-kirchliche Weltanſchauung nicht ohne weiteres kampflos das Feld räumte. In den Beginn dieſer Auseinanderſetzung, des Kampfes zwiſchen Mittelalter und Neuzeit, fällt die große religiöſe Reformbewegung des Proteſtantismus. Zwiſchen dem gekennzeichneten neuen Geiſte und dem ſich vom Katholizismus losringenden evangeliſchen Glauben beſtehen eine Reihe intereſſanter Beziehungen. Es iſt bekannt, was vor allem Melanchthon und die Führer der reformierten Kirche dem Humanismus verdanken. Luther ſeinerſeits war größer im Geben als im Nehmen. Man kann ſagen, daß das werdende evangeliſche Chriſtentum der aufdämmernden modernen Weltanſchauung in mehreren Hinſichten Geburtshelferdienſte geleiſtet hat. So beſonders durch die Entrollung der Fahne der religiöſen Freiheit. Luther forderte im Namen des Evangeliums Freiheit der Schriftforſchung, Befreiung der Laien von der religiöſen Vormundſchaft der Prieſter und wenigſtens im Prinzip auch die Gewiſſensfreiheit. Von da bis zur unbeſchränkten Freiheit des Gedankens und der Überzeugungen iſt nur noch ein Schritt. Von einſchneidender Bedeutung war auch die ſubjektiviſtiſche Wendung, die er dem Glaubensbegriffe gab. Ohne auf die Objektivität der göttlichen Offenbarung Verzicht zu leiſten, aber unter Auflöſung der katholiſchen allbeherrſchenden dinglichen Sakramentsidee,

lehrte er die Seinen im persönlichen Glauben und Erleben des Heils gewiß zu werden. So darf man sagen, daß Kant mit seiner Autonomie des sittlichen Willens, Fichte mit seinem kühnen metaphysischen Subjektivismus auf Luthers Schultern stehen. Dazu kam dann noch, daß von den Reformatoren allerlei mittelalterlicher Schutt abgetragen und so der Boden aufnahmefähig gemacht wurde für die Geistessaat der modernen Zeit.

Bei alledem blieb Luther, wie besonders E. Troeltsch gezeigt hat, ein Kind des Mittelalters, schroffer Supranaturalist, gebunden an das altkirchliche Dogma, die biblischen Vorstellungen und vielfach auch den Bibelbuchstaben, mißtrauisch gegenüber der Vernunft, furchtbar pessimistisch in der Beurteilung der Natur und sittlichen Befähigung des Menschen, trotz mancher weitherziger und praktischer Gedanken ohne wirkliches Verständnis für die Ideale weltlicher Kultur. Auch ist er der von ihm selbst ausgegebenen Parole, daß man die Geister aufeinander platzen lassen solle, nicht lange treu geblieben. In weit höherem Maße gilt das alles von den ängstlicheren und beschränkteren Nachfolgern. Sie haben die unfertigen, mancherlei Gärungsstoffe und moderne Keime in sich tragenden Gedanken des Meisters dogmatisiert und die Ketzerrichterei des Mittelalters fortgesetzt. Der auf Formeln gebrachte Glaube ist unduldsamer als der Glaube selbst. Die langsam reifende moderne Weltanschauung erlebte ihre Märtyrerzeit. Namen wie die des Giordano Bruno, Galilei, Spinoza wurden gebrandmarkt, um später desto heller zu leuchten. Wenig geistvoll würde es sein, der auf verschiedene Weise mit altkirchlich-katholischen und evangelisch-protestantischen Glaubensgedanken verschmolzenen mittelalterlichen Weltanschauung wegen ihrer Intoleranz Vorwürfe zu machen. Wer herrscht, sucht seine Herrschaft zu behaupten und verzichtet im Kampf um die Existenz neben den geistigen Waffen nicht leicht auf die Anwendung zur Verfügung stehender realerer Machtfaktoren, und auch wer sich emporringt, pflegt im Gebrauch der Kampfesmittel selten wählerisch zu sein. Das „écrasez l'infâme" Voltaires ist bekannt und schallt auch in der Gegenwart der Kirche Christi hin und wieder voll Haß und Hohn entgegen. Duldsam ist allein der Zweifel, und auch er, falls er seiner selbst sicher ist, nur gegen die verschiedenen Formen der Überzeugung, nicht gegen die Überzeugung selbst.

Die moderne Weltanschauung erwies sich als unbesiegbar. Das evangelische Christentum begann ihr, sei es willig, sei es widerwillig, Zugeständnisse zu machen. Es war sein Vorzug, daß es das konnte, ohne sich selbst zu verlieren. Mit der Preisgabe der Inspiration der hl. Schrift kam der Stein ins Rollen und war nun nicht mehr aufzuhalten. Auf mancherlei Weise suchte man Religion und Vernunft, christliche Ethik und weltliche Kultur zu versöhnen, so vor allem durch die Erfindung der Vernunftreligion, bei der — wenigstens in ihrer damaligen vulgär-rationalistischen Fassung — trotz des Eifers der sie behütenden Zionswächter Vernunft und Religion in gleicher Weise zu kurz kamen. Die Vernunftreligion verdorrte allgemach. Kampf und Ausgleichsversuche wechselten weiter ab und liefen nebeneinander her. Die moderne Weltanschauung aber gewann sich immer größere Scharen überzeugter Anhänger und, wie es zu gehen pflegt, gedankenarmer Nachbeter, und besonders die letzteren waren es, die immer wieder zum Sturm gegen die Kirchenmauern bliesen, innerhalb deren sich, je nach der Stellung der Theologen zur Moderne, ebenfalls mancherlei Richtungs- und Parteigegensätze bildeten. Noch schlagen die Wogen des Kampfes an das Gestade der Gegenwart. —

2. Man wird urteilen müssen, daß ein Ausgleich zwischen evangelischem Christentum und moderner Weltanschauung noch nicht hergestellt ist. In einzelnen Herzen und Köpfen und in manchen Kreisen gewiß, aber vielfach überwiegen noch hüben und drüben Mißtrauen und Feindschaft. Die neuerlichen Kämpfe, in deren Mittelpunkt der Monistenbund stand, beweisen das. Die Regel ist immer noch, daß der überzeugte evangelische Christ der modernen Weltanschauung unruhevoll ablehnend gegenübersteht, während der Vertreter der letzteren sich der christlichen Religion entwachsen fühlt, mag er nun der Kirche äußerlich den Rücken kehren oder nicht. Das aber ist für beide Teile auf die Dauer ein unerträglicher Zustand. Das evangelische Christentum besitzt nicht wie die katholische Kirche eine Organisation von so turmhafter Festigkeit und solch eingewurzelte Macht über die Gemüter, daß es den Gegensatz der modernen Weltanschauung gelassen ertragen könnte. Seine Einheitlichkeit ist so gering, es hat dem Freiheitsgedanken, der Gewissens- und Forschungsfreiheit seinem Grundprinzip gemäß nun einmal so breiten Raum gewährt — es ist das zugleich seine Schwäche und sein Stolz —, daß ihm die fort-

dauernde Gegnerſchaft des modernen Geiſtes tödlich werden müßte. Es hat die Entfremdung der großſtädtiſchen Maſſen und weiter bürgerlicher Kreiſe von der Kirche, jetzthin die Kirchenaustrittsbewegung, als ein drohendes Mene Tekel empfinden müſſen und empfunden. Andrerſeits dürften auch die Vertreter der modernen Weltanſchauung durch die erſchütternde Tatſachenſprache der gegenwärtigen Kriegszeit über den Wert, ja die Unentbehrlichkeit der Religion belehrt ſein und begriffen haben, daß die bisher in manchen Kreiſen beliebten künſtlichen religiöſen Surrogate, von der Theoſophie bis zum Wodanskult, blutloſe und ohnmächtige Gebilde ſind. Das evangeliſche Chriſtentum müßte, wenn es nach wie vor von der modernen Weltanſchauung bekämpft werden würde, langſam hinſiechen, und die moderne Weltanſchauung, von dem Ernſte, der Kraftfülle und Innerlichkeit der Religion verlaſſen, würde nur eine ſeichte und fade und im Grunde ſittenloſe Scheinkultur zuwege bringen, wie ſie ſich etwa in dem herrſchenden Liberalismus der romaniſchen Staaten unerfreulich genug uns darſtellt. —

3. Demnach iſt eine Verſöhnung zwiſchen evangeliſchem Chriſtentum und moderner Weltanſchauung in beider Intereſſe nicht nur wünſchenswert, ſondern dringend notwendig. Um ſie zu erzielen, müßte man zunächſt auf möglichſte Beſeitigung der vorhandenen Reibungsflächen bedacht ſein. Es dürfte vor allem kein unberechtigtes Hinübergreifen in fremdes Gebiet geben. Aufgabe der Religion iſt es, dem Menſchenherzen die Gemeinſchaft mit dem ewigen Gott und die Heiligkeit und Seligkeit ſeines überirdiſchen Reiches, oder, um uns eines platoniſchen Ausdruckes zu bedienen, die Pforte zum wahrhaft Seienden zu erſchließen. Die Welt der Erſcheinungen dagegen wird von der Wiſſenſchaft reſtlos als Forſchungsgebiet mit Beſchlag belegt. Solange der Chriſt den Anſpruch erhebt, im Namen der Religion irgendwelche Feſtſtellungen über Tatſächliches im Naturverlauf oder in der Geſchichtsentwicklung machen zu können oder zu müſſen, wird er mit der modernen Wiſſenſchaft keinen vollen Frieden ſchließen können. Die Wiſſenſchaft kann und wird ſich in dies Gebiet nicht hineinreden laſſen. Wenn beiſpielsweiſe religiöſer Glaube verſucht, über wiſſenſchaftliche Weltentſtehungshypotheſen, über wiſſenſchaftliche Theorien, die ſich mit der Entſtehung der Arten oder dem Zuſammenhang körperlicher und geiſtiger Funktionen des Menſchen be-

faſſen, von ſeinem Standpunkte aus auch nur ein Urteil abzugeben, wird er auf zornige Ablehnung ſtoßen. Denn der moderne Geiſt wacht über nichts ſo eiferſüchtig wie über den Rechten der Wiſſenſchaft. Die Wiſſenſchaft wird ferner niemals darauf verzichten, es allein ausmachen zu wollen, ob es in der Erſcheinungswelt etwa Wunder im Sinne einer Durchbrechung von Naturgeſetzen gibt. Oder wenn der religiöſe Glaube wirkliche oder vermeintliche Tatſachen des Lebens Jeſu, die rein hiſtoriſch betrachtet als unwahrſcheinlich oder zweifelhaft gelten müßten, von ſich aus für wahrſcheinlich oder gewiß erklären wollte, ſo müßte ihn die moderne Wiſſenſchaft unerbittlich befehden. Es iſt zuzugeben, daß das evangeliſche Chriſtentum ſich zu dieſer Verzichtleiſtung und den daraus ſich ergebenden Folgerungen noch keineswegs glatt und klar entſchieden hat. Es kann hier nicht verſucht werden, darzulegen, inwiefern ſolcher Verzicht ohne Preisgabe unaufgeblicher religiöſer Werte möglich ſein würde. Soviel iſt klar, daß wenn das evangeliſche Chriſtentum, es möge ihm nun leicht oder ſchwer fallen, hier keine Zugeſtändniſſe macht, keine wirkliche und definitive Verſöhnung mit der modernen Weltanſchauung ſtattfinden kann. Muß doch der religiöſe Glaube wohl oder übel einräumen, daß ſogar über ſein eigenes Weſen — wenn auch nicht ohne weiteres über ſeine Wahrheit und ſeinen Wert — allein die Wiſſenſchaft in Religionspſychologie und vergleichender Religionsgeſchichte authentiſche Auskunft gibt.

Andrerſeits dürfte es von den Vertretern des modernen Geiſtes nicht zu viel verlangt ſein, daß ſie ſich, wenn ihnen irgend an einer Verſtändigung mit überzeugten Anhängern des Chriſtentums gelegen iſt, in acht nehmen mögen, nicht in das Gebiet hineinzupfuſchen, in welchem allein echte Religion zu Hauſe iſt, und ſich nicht in ſelbſt zurechtgemachter Religion, die zumeiſt von beleidigender Oberflächlichkeit zu ſein pflegt, zu gefallen. Wenigſtens mögen ſie, ehe ſie etwa ihre Religion der Weltſeligkeit verkünden — falls ſie ihnen nicht ohnehin im Sturm des Weltkrieges zerbrochen iſt —, zunächſt einmal nachdenklich auf die Stimmen der Religion lauſchen, die in den Beben der Geſchichte aus den Qualen ringender Menſchenſeelen entſprungen iſt. Und noch eins dürfte erlaubt ſein, ihnen zuzumuten, nämlich daß ſie ſich nicht allzu leichtherzig und ſorglos vom ſicheren Boden der Empirie zu den Höhen metaphyſiſcher Spekulation auf-

ſchwingen mögen. Wenn überhaupt eine Metaphyſik, das heißt Ausſage über das Weſen der Dinge, zu dem, wie bereits erwähnt, die Religion auf ihre Weiſe durchzudringen ſich bemüht, möglich iſt, dann doch ſicherlich erſt nach gründlichſter und methodiſcher Beſinnung auf das Weſen und die Geſetze menſchlichen Erkennens überhaupt. Soviel ſollte doch ein jeder, der ſich überhaupt mit Weltanſchauungsfragen abgibt, von dem Königsberger Weiſen lernen, daß aller Metaphyſik die Erkenntniskritik vorauszugehen hat. Aber freilich, materialiſtiſche und moniſtiſche Theſen und — Phraſen ſind leicht faßlich und noch leichter nachzuſprechen. —

4. Es iſt der Mühe wert, darüber nachzudenken, ob eine gänzliche Beſeitigung der Reibungsflächen möglich iſt. Auf zweierlei Weiſe würde man — wenigſtens ſoweit es ſich um Weltanſchauungsfragen im eigentlichen Sinne, nicht um Kulturfragen handelt — das gewünſchte Ergebnis erreichen, und zwar einmal, wenn man aus der Religion alle Weltanſchauungselemente entfernte. Aber dann würde von ihr nichts übrig bleiben als vage, in ihrer Eigenart kaum näher zu beſtimmende Gefühle. Selbſt der junge Schleiermacher, der in ſeinen Reden über die Religion einen ſcharfen Trennungsſtrich zwiſchen Religion und Metaphyſik zieht, könnte hier nicht mit. Denn wenn er die Religion als Anſchauen und Fühlen des Univerſums beſchreibt, ſo liegt ſchon in dem Begriff Univerſum ein gut Teil Weltanſchauung, und zwar, wenn man's bei Licht betrachtet, nichts Geringeres als die hochſpekulative Philoſophie Spinozas in nuce. Schärfer noch treten ſodann in der Glaubenslehre des berühmten Theologen, die die Frömmigkeit bekanntlich als eine Beſtimmtheit des Gefühls, nämlich ſchlechthinniges Abhängigkeitsgefühl, beſchreibt, die Weltanſchauungselemente der chriſtlichen Religion zutage, ſo vor allem der geiſtige Monotheismus. Ebenſowenig wie Schleiermacher hat A. Ritſchl, der den Kampf gegen die Metaphyſik in der Religion wieder aufnahm, dem evangeliſchen Chriſtentum ſeinen Weltanſchauungsgehalt geraubt oder auch nur rauben wollen, hat man ihm doch im Gegenteil nicht ohne einen Schein des Rechtes vorgeworfen, daß er die Religion in Weltanſchauung auflöſe. Seine Kennzeichnung der religiöſen Ausſage als Werturteil, nicht Seinsurteil, ſoll lediglich beſagen, daß die religiöſe Wahrheitserkenntnis praktiſche, nicht ſpekulative Wurzeln habe, eine Auffaſſung, die in der Theologie der Gegen-

wart im wesentlichen zur Herrschaft gelangt ist. Christliche Religion kann und wird sich niemals in absoluten Subjektivismus oder bloße Stimmung verflüchtigen lassen und nie darauf verzichten, eine bestimmte Form der Weltanschauung zu vertreten, und zwar, wie wir hier hinzufügen können, eine idealistische Weltanschauung, deren Grunddaten Gott und die Überlegenheit des Geistes über die Materie sein und bleiben dürften.

Mehr Aussicht auf Erfolg könnte man sich von einem zweiten Versuch, die Reibungsflächen zwischen evangelischem Christentum und moderner Weltanschauung zu beseitigen, versprechen. Wenn die moderne Wissenschaft und Philosophie sich entschließen könnte, Forschung und Nachdenken auf die Welt der Erscheinungen zu beschränken und der Religion die Auffindung des Weges in das Innere der Dinge und zum Ewigwahren zu überlassen, so wäre in der Tat — falls, wie bereits ausgeführt, die Religion das Gebiet der Natur und Geschichte der Wissenschaft preisgeben wollte — ein feindliches Zusammentreffen nicht mehr möglich. Es ist bekannt, daß unter den Vertretern des modernen Geistes eine sehr einflußreiche Richtung — besonders einflußreich in den Ländern der gepriesenen westlichen Kultur —, der Positivismus, diese prinzipielle Beschränkung auf die Erscheinungswelt und den absoluten Verzicht auf alle Metaphysik fordert. Von Gott und Seele, ja von Ding, Substanz, Ursache usw. soll nicht mehr die Rede sein, sondern nur noch von dem Zusammenhang der Erscheinungen, oder wie die besonders scharfsinnigen Subjektivisten des Positivismus sagen, der Empfindungen. Damit könnte, so scheint es zunächst, das Christentum sehr wohl zufrieden sein, und es gibt evangelische Theologen — ich erinnere etwa an die einflußreiche Dogmatik J. Kaftans —, die dem Positivismus entschieden zuneigen. Aber der Positivismus besitzt eine für die Religion verhängnisvolle Kehrseite, eine Art negativer Metaphysik. Die Positivisten sind fast durchweg Skeptiker, wenn nicht sozusagen metaphysische Nihilisten, und vermögen in den religiösen Glaubenssätzen kaum etwas anderes zu erblicken als Einbildungen. Kein Wunder, denn betrachtet man alle sonstige Metaphysik als Hirngespinst, so wird man sich nicht leicht entschließen, in der religiösen etwas anderes zu finden. Die meisten Positivisten haben für eine höhere Welt nur ein Achselzucken und sind sogar sehr entschieden in der Ablehnung der Möglichkeit, einen Zu-

gang zu ihr zu finden. Es könnte für die Religion und zumal das evangelische Christentum keine größere Gefahr geben, als wenn der Positivismus die moderne Weltanschauung würde. —

5. Dem evangelischen Christentum ist gleichsam ein festes Knochengerüst von Glaubensideen eingebaut, das von der warmen Flut des Erlebens umspült und mit allerlei geschichtlichen Beziehungen und symbolischen Hüllen umkleidet ist. Darum vermag es sich allein zu verständigen mit einer Weltanschauung, der zum mindesten der Sinn für Ideen und Ideale nicht erstorben, die womöglich selbst Idealismus ist, und es muß darum die neuidealistische Bewegung der Gegenwart, die im Kampfe mit Materialismus und Positivismus steht, aufs wärmste willkommen heißen. Freilich an Reibungsflächen und infolgedessen an allerlei Spannungen und Schwierigkeiten zwischen dem religiösen und dem philosophischen Idealismus — diese gewiß anfechtbare Bezeichnung möge hier einmal durchgehen — wird es nicht fehlen. Aber nun ist auch ganz anders, als wenn Religion und moderne Weltanschauung schiedlich friedlich nebeneinander hergingen, ein gegenseitiges Geben und Nehmen, ein Sichergänzen und Durchdringen möglich. Der moderne evangelische Christ wenigstens wird den Kampf des Idealismus gegen den Materialismus, seine Bemühungen, den Zweifeln der Positivisten zum Trotz Ideen und Ideale zu begründen und verankern, nicht nur mit der Teilnahme, die jeder tapfere Streit verdient, sondern mit dem Bewußtsein begleiten, daß auch für ihn gestritten wird, und bereitwillig den Geist der modernen Zeit mit seiner Gründlichkeit, dem Ernst der unbedingten Beugung unter die Tatsachen und dem weltoffenen Blick auf sich wirken lassen. Andrerseits darf das evangelische Christentum mit bescheidenem Stolze sich dessen freuen, daß es die empfangenen Gaben reichlich, ja überreichlich vergelten kann, indem es den modernen Geist immer von neuem hinweist auf die Fundamente und Quellen des Lebens, die religiös-sittlichen Kräfte, ohne die der kühnste Idealismus weder Tiefe noch Bestand besitzt, ohne die alle Ideen zusammenbrechen und alle Ideale vertrocknen. Nach dem bisher Ausgeführten dürfte noch eins ersichtlich sein, nämlich daß auch dem theologischen Liberalismus innerhalb des evangelischen Christentums eine wichtige Rolle zufällt. Mag man es als die bedeutsame Aufgabe der rechtsstehenden Kreise bezeichnen, darüber zu wachen, daß der wirklich wertvolle Glaubensgehalt der christ-

lichen Religion möglichſt unverkürzt bewahrt bleibe, ſo ſind die Bemühungen der theologiſchen Linken, die notwendige Fühlung mit der modernen Weltanſchauung herzuſtellen und aufrechtzuerhalten, kaum minder ſchätzenswert. —

6. Die gleiche Bedeutung wie die Ideen haben ſowohl für die Religion wie für die Weltanſchauung die Ideale, und es liegt auf der Hand, daß ſelbſt, wenn in dem Bereich der Idee eine Berührung oder ein Zuſammentreffen zwiſchen evangeliſchem Chriſtentum und moderner Weltanſchauung vermieden werden könnte, dies auf dem Boden des Ideals unmöglich iſt. Denn ebenſowenig wie ein Chriſtentum ohne chriſtliches Kulturideal iſt eine moderne Weltanſchauung ohne modernes Kulturideal denkbar, ja man kann es als eine Eigentümlichkeit des modernen Geiſtes bezeichnen, daß er ein wenig ſpekulationsmüde ſich den Kulturfragen mit weit größerer Lebhaftigkeit zuwendet als den Weltanſchauungsfragen im engeren Sinne des Wortes. Da iſt alſo eine Auseinanderſetzung unumgänglich. Nun iſt freilich die moderne Weltanſchauung in praktiſchen Kulturfragen ebenſowenig einheitlich und feſt umriſſen wie in den rein theoretiſchen Fragen, aber es laſſen ſich hier wie dort gewiſſe Grundtendenzen aufweiſen. Das Kulturideal der Moderne iſt, wie bereits geſagt, innerweltlich und nimmt zu den ſogenannten Kulturwerten und Gütern, Arbeit und Lebensgenuß, Erwerb und Beſitz, Technik, Wiſſenſchaft und Kunſt, Staat, Familie und Perſönlichkeit eine freudig bejahende Stellung ein. Man wird ſagen dürfen, daß das evangeliſche Chriſtentum auf dieſem Gebiete dem modernen Geiſte weithin entgegengekommen iſt. Hatte ſchon Luther dem mittelalterlichen asketiſchen Geiſte entſchloſſen den Rücken gekehrt, ſo hat ſeine Kirche ſeitdem noch viel zugelernt. Die Zeit der Aufklärung wirkte hier bahnbrechend. Der Traum vom tauſendjährigen Reiche, von der auf die Erde niederſchwebenden goldenen Stadt iſt ausgeträumt. Neben der internationalen Chriſtenheit anerkennt die evangeliſche Kirche die nationalen Aufgaben und Ziele und vertritt und fördert ſie nach Kräften; ſie hat ohne Zaudern und Wanken in der gegenwärtigen Kriegsnot getan, was der Augenblick forderte. Sie iſt ferner bereit, oder wird ſich doch, wie man mit ruhiger Sicherheit vorausſagen kann, je länger je mehr bereit finden laſſen, nicht nur das alte Liebesgebot, ſondern auch die moderne Pflicht der Perſönlichkeitsbildung zu verkünden,

edle Kunst und echte Wissenschaft voll zu würdigen usw., kurz sich von dem Geiste der modernen Zeit über den Eigenwert der weltlichen Kulturgüter belehren zu lassen. Andrerseits darf das evangelische Christentum das klare Bewußtsein haben, auch auf diesem Gebiete nicht nur lernen und nehmen, sondern auch, sei's Hand in Hand mit dem philosophischen Idealismus, sei's auf eigene Faust und Verantwortung Wege weisen zu können. Es kann sich nicht in Kulturfragen von den Launen und zufälligen Strömungen des Tages treiben lassen, es wird und muß seinen eigenen und festen Kurs steuern. Wie es im Bereich der eigentlichen Weltanschauungsfragen den Materialismus und naturalistischen Monismus entschlossen verwirft, so wird es sich auf praktischem Gebiete niemals mit dem Utilitarismus oder dem individualistischen Liberalismus, wie er im Kulturkreis des Westens blüht, befreunden können, es müßte denn sein — was freilich nicht nur geschehen kann, sondern oft genug auch geschehen ist —, daß es sich selbst vergäße und sein Salz dumm würde. Daß ein möglichst gesteigertes Behagen und Genießen, dazu möglichst unbeschränkte Ellenbogenfreiheit das erstrebenswerte Ziel irdischer Entwicklung sei, wird es niemals zugeben, sondern diesem Zustand seliger Selbstsucht den Jammer des furchtbarsten Krieges, der heroische Anstrengungen und heiligen Opfermut weckt, vorziehen. Es wird fernerhin, und wie zu hoffen ist, noch weit nachdrücklicher als bisher, für möglichste Durchdringung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens mit sittlichen Grundsätzen, den Grundsätzen des Rechts und der Barmherzigkeit, eintreten. Es darf und wird nicht die harte Forderung der Selbstüberwindung, der dienenden Liebe und der demütigen Pflichterfüllung fallen lassen, es darf und wird trotz alles neuzeitlichen Verständnisses für Freiheit und Humanität die herben Tugenden der Erstlingszeit und den Geist der Bergpredigt nicht vergessen. Es muß und wird auch stets daran erinnern, daß alle Kulturwerte nur relativ, und in keiner Weise mit dem absoluten Werte des sittlich Guten zu vergleichen sind, und daß alles zeitliche Genießen und Streben durch das Donnerwort Ewigkeit abgebrochen wird. Es ist kein Zweifel, daß die Vertreter des modernen Geistes, deren weltliches Kulturideal in neuester Zeit hin und wieder mancherlei weichliche und unterſittliche Züge aufzuweisen pflegte, gut tun werden, dem Ernst der Verkündigung des Christentums wieder ihr Ohr zu leihen und zu lernen, daß nicht schwächliches Gehenlassen

und gemächliches Sichentfalten, sondern Kampf, Not und strenge Zucht edle und große Menschen, Charaktere formt, daß das wahre Wohl des Volkes weniger durch Besitz und Bildung als durch sittliche Tüchtigkeit, durch die, wenn's sein muß, mit Rücksichtslosigkeit durchgeführte und aufrecht erhaltene Ordnung und Gerechtigkeit, durch Pflichttreue und Güte begründet wird. Das sind Gedanken aus dem alten Geistesschatz des Christentums, die mit gleicher Treue wie von der katholischen so auch von der evangelischen Kirche gehütet werden müssen, die der modernen Zeit nicht verloren gehen dürfen, und die in unsern Tagen der letzte der großen Propheten Gottes, der Weltkrieg, auf seine eindringliche Weise uns wieder ins Bewußtsein zurückgerufen hat.

7. Evangelisches Christentum und moderne Weltanschauung sind uneinheitliche, unfertige, noch nicht zur klaren Erfassung ihrer selbst gelangte Größen. Die Gegenwart mit ihren Erschütterungen, Segnungen, Enttäuschungen und unendlich schweren Aufgaben wird beiden neue Offenbarungen, Erkenntnisse und Anregungen geben, und die Antriebe zur Selbstbesinnung und Vertiefung werden erst recht wirksam werden, wenn die drangvolle Spannung des Augenblicks sich gelegt haben wird. Die ersten Jahrzehnte nach dem Friedensschluß werden wie für ganz Deutschland so auch für das evangelische Christentum und die moderne Weltanschauung sehr viel zu bedeuten haben. Die Überzeugung aber drängt sich auf, daß Deutschlands Zukunft nicht nur von dem siegreichen Ausgang des großen Ringens, nicht nur davon, wie sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse weiterhin gestalten, sondern auch, und nicht zum wenigsten, davon abhängt, ob die christliche Religion, und zwar in erster Linie das evangelische Christentum, und die moderne Weltanschauung, statt sich aneinander zu zerreiben, sich miteinander verständigen, voneinander lernen, sich gegenseitig Handreichung tun werden zu fortschreitender Abklärung, Verinnerlichung, Veredelung.

Katholizismus und modernes Leben.

Von Arnold Rademacher.

Einigkeit macht ſtark! Das hat der Weltkrieg dem deutſchen Volke erneut und machtvoller denn je zum Bewußtſein gebracht. Aber auch der Weltfriede, die Frucht des gigantiſchen Ringens, ſoll ein einig Volk von Brüdern finden. Einigkeit aber iſt nicht notwendig Einerleiheit. Jeder muß nach ſeinem Können und nach ſeiner Art an der Aufrichtung und Ausſtattung des großen Friedenbaues der Zukunft mitwirken. Sich ſelbſt ausſchalten aus dem Strom des neuen Lebens wäre ein Unrecht gegen ſich und die Gemeinſchaft, der man dienen ſoll. Der Katholizismus jedenfalls kann eine zu bedeutſame Rolle im Volks- und im Völkerleben ſpielen, als daß er ausgeſchaltet werden oder ſich ſelbſt ausſchalten dürfte. Einen Gegenſatz zwiſchen ihm und dem modernen Leben annehmen, hieße entweder den einen oder das andere oder beide verurteilen. Wäre dieſer Gegenſatz nur ein äußerlicher, tatſächlicher und geſchichtlicher, ſo beſtände immerhin noch die Hoffnung, durch eine Reform auf der einen oder der anderen oder auf beiden Seiten die beiden Mächte einander näher zu bringen und ſo den Gegenſatz aufzuheben. Wäre er aber ein innerlicher, grundſätzlicher und notwendiger, ſo müßte jedes Bemühen nach dieſer Richtung hoffnungslos erſcheinen. Es iſt oft genug behauptet worden, daß ſolch ein unverſöhnlicher Gegenſatz beſtehe, wobei das eine Mal dem Katholizismus, das andere Mal dem modernen Leben die Schuld aufgebürdet wurde. Indeſſen können wir auf der einen Seite den Gedanken nicht wahrhaben, daß eine Weltanſchauung, die jahrhundertelang Millionen von Erdenwallern die Freude der Jugend, das Glück des Lebens, der Stab des Alters und die Hoffnung der Ewigkeit geweſen iſt und noch iſt, zugleich ſo lebensfremd ſein ſollte. Auf der anderen Seite aber ſind wir auch wieder zu kulturfreudig und zu ſtolz

auf die Errungenschaften unseres Zeitalters, um uns das moderne Leben als in seinen wesentlichen Erscheinungen verfehlt einreden zu lassen. Schon diese Erwägung erweckt die Hoffnung und bei denen, die sich sowohl ihres katholischen Glaubens als auch der bewußten und tätigen Anteilnahme an dem modernen Menschheitsleben freuen möchten, den lebhaften Wunsch, beide Mächte nicht nur versöhnt, sondern in aufrichtiger und auf Geistesverwandtschaft beruhender Freundschaft verbunden zu sehen. Ist das möglich? Ist es insbesondere bei uns und in der Gegenwart möglich?

I.

Bei der Frage, was an dem modernen Leben wertvoll und was an ihm spezifisch modern sei, gehen freilich die Meinungen weit auseinander. Wir dürfen aber hier voraussetzen, daß bei der großen Mehrzahl derjenigen, die sich über Fragen der Kultur Gedanken machen, vornehmlich ideale Werte in Betracht kommen, und daß unter dem modernen Kulturideal nicht ein artlich Anderes, sondern nur eine höhere Form des alten Kulturideals gemeint ist. Da der Katholizismus eine artliche Wandlung nicht durchmachen kann, so müßte seine Unvereinbarkeit mit dem modernen Leben daran liegen, daß er von diesem überholt worden wäre und es nun nicht mehr einholen könnte, weil ihm die Biegsamkeit und Entwicklungsfähigkeit abginge, wie sie jenem eigen ist. Er fragt sich somit, ob in der katholischen Weltanschauung eines Staatsbürgers etwas liege, was ihn minder geeignet macht, an dem modernen Leben aktiv und mit Überzeugung sich zu beteiligen.

1. Die Entscheidung wird dadurch erleichtert, daß der Katholik eine in ihren wesentlichen Lehrsätzen einheitliche Lebensauffassung besitzt, so einheitlich wie keine unter allen Religionen. Das wird ihr von Harnack [1]) bescheinigt, der die römische Kirche „das umfassendste und gewaltigste, das komplizierteste und doch am meisten einheitliche Gebilde" nennt, welches die Geschichte, soweit wir sie kennen, hervorgebracht hat, einen Bau, an dem „alle Kräfte des

1) Das Wesen des Christentums. Akad. Ausgabe. Leipzig, Hinrichs 1902. 153.

menſchlichen Geiſtes und alle elementaren Kräfte, über welche die Menſchheit verfügt", gebaut haben. An einem inneren Fehler, einem Widerſpruch in ſich ſelbſt läge es alſo nicht, wenn etwa ein Gegenſatz zwiſchen ihm und dem modernen Leben beſtände; es müßte vielmehr entweder an ſeiner ganzen inneren Struktur liegen, oder es müßten zeitgeſchichtliche Erſcheinungen dafür verantwortlich gemacht werden, daß er dem Leben nicht das erforderliche Verſtändnis und Anpaſſungsvermögen entgegenbrächte. — Unbeſchadet dieſer ſeiner Einheitlichkeit im ganzen, iſt aber der Katholizismus doch auch wieder nicht etwas Starres und Unwandelbares. Auch er unterliegt dem Geſetz der Entwicklung, nicht nur äußerlich durch wechſelnde Schickſale, Eroberungen und Verluſte, Glanz und Verdunkelung, Hochſtand und Tiefſtand, ſondern auch durch eine Entwicklung der Lehre, wechſelnde Schulmeinungen innerhalb des Dogmas, Auftreten neuer Probleme und tiefere oder neue Ergründung der alten, Anpaſſung an gegebene Verhältniſſe, Bildung neuer Dogmen, Rechtsnormen und Kultusformen. Es erſcheint daher eine Einordnung des Katholizismus in das moderne Leben auch unter dieſem Geſichtspunkte aprioriſch möglich.

Wie ſoll dieſe Einordnung gedacht werden? Als Nebenordnung, Überordnung oder Unterordnung? Eine Macht kann neben der anderen beſtehen und ſich mit ihr vertragen, wobei mehr oder weniger freundſchaftliche Beziehungen unterhalten werden, oder ſie kann ſich ihr überzuordnen verſuchen durch eine, möglicherweiſe bis zur gänzlichen Abſorption gehende Beherrſchung der anderen, oder ſie kann ſich der anderen Macht, vielleicht bis zur Selbſtaufopferung, unterſtellen. Eine Unterordnung unter irgendeine irdiſche Macht widerſtrebt der katholiſchen Kirche, die ſich als übernatürliche Größe und als Macht von Gottes Gnaden fühlt. Ebenſowenig aber auch will ſie ſich das natürliche Leben bis zu deſſen voller Auflöſung unterwerfen; denn als eine ihrer Grundlehren hält ſie den Satz heilig, daß die Gnadenordnung die Naturordnung nicht ſtört oder gar zerſtört, ſondern vielmehr ſie vorausſetzt und vervollkommnet. Eine bloße Nebenordnung würde beſagen, daß keine offene Feindſchaft zwiſchen beiden Lebensmächten beſtände, aber auch gleichbedeutend ſein damit, daß der Katholizismus ſich jedes Einfluſſes auf das moderne Leben enthalten wolle oder müſſe. So bleibt nur noch die

Möglichkeit übrig: der Katholizismus will, unbeschadet seiner Selbständigkeit, freundnachbarliche Beziehungen zum modernen Leben unterhalten, um es zu dessen eigenem Besten mit seinem Geiste und seinen Idealen zu durchdringen. Ob er dieser Aufgabe, zunächst theoretisch betrachtet, gewachsen ist, muß eine Prüfung seiner Grundsätze ergeben.

2. Wie stellt sich der Katholizismus grundsätzlich zum Kulturleben? Die Verdienste der katholischen Kirche um die Vergangenheit sind oft in beredten Worten auch von solchen anerkannt und gefeiert worden, die ihm eine Führerschaft im modernen Leben nicht mehr zuerkennen wollen. Harnack [1]) rühmt vom Katholizismus, er habe die romanisch-germanischen Völker erzogen, den jugendlichen Nationen die christliche Kultur gebracht und den Fortschritt dieser Kultur in einem fast tausendjährigen Zeitraum geleitet und habe in Westeuropa den Gedanken der Selbständigkeit der Religion und der Kirche aufrecht erhalten gegenüber den Bestrebungen zur Staatsomnipotenz auf geistigem Gebiete. Wir nehmen mit Genugtuung Kenntnis von diesem Lobe unserer Vergangenheit, aber wir sind zugleich der Meinung, daß der Katholizismus wie früher so auch heute und allezeit eine Kulturmacht ist, weil er es grundsätzlich ist. Daß er in der Gegenwart nicht mehr den gleichen Einfluß auf die weltliche Kultur besitzt wie in der Vergangenheit, ist insoweit zuzugestehen, als die Kirche ihre erste und schwierigste Aufgabe, die Völker kulturfähig zu machen, größtenteils bereits erfüllt hat und nun erwachsenen Völkern gegenübersteht: nur soll diese Tatsache nicht aus einer inneren Wandlung zum Schlechteren oder aus einer nur relativen und zeitgeschichtlich bedingten Befähigung als Kulturmacht abgeleitet werden.

Die Stellung der katholischen Kirche zur weltlichen Kultur läßt sich so formulieren: Sie stellt sich nicht unmittelbar weltliche Kulturaufgaben, sie ist ihnen aber nicht nur nicht entgegen, sondern läßt ihnen mittelbar reiche Förderung angedeihen. Hinsichtlich ihrer Endabsichten steht sie auf dem Boden des Heilandswortes:

1) A. a. O. 153 f.

„Mein Reich ist nicht von dieser Welt." Wenn im Verlauf ihres geschichtlichen Wirkens diese ihre Mission oftmals durch Weltsinn verdunkelt wurde und wenn es ihr nicht immer gelang, in ihren Organen die Reinheit ihres übernatürlichen Berufes vor der Befleckung mit weltlichen Händeln zu bewahren, so ist sie doch nie in rein weltlichen Zielen aufgegangen und hat nie das tiefinnere Bewußtsein verloren, nach göttlichem Willen und Recht eine geistliche Macht zu sein, mochte dieses Bewußtsein auch nicht selten erst nach schweren Katastrophen und harter Sühne durch selbstverschuldete Leiden sich voll durchringen. So sehr sie aber auch unverwandt den Blick nach den ewigen Hügeln richtet, verliert sie doch nicht den Zusammenhang mit der Weltwirklichkeit. Sie ist keine Feindin, sondern eine Freundin und Förderin irdischen Fortschrittes. Sie spricht zwar den irdischen Gütern keinen absoluten Wert zu und will nicht in rein irdischen Kulturaufgaben, sei es Bildung oder Kunst oder sozialer Wohlfahrtstätigkeit, aufgehen, aber sie ist ihnen nicht entgegen, soweit sie das Reich Gottes nicht gefährden, und fördert sie, soweit sie dem Reiche Gottes zu dienen geeignet sind. Die Anklagen Nietzsches, Tolstois und Wilhelm Ostwalds gegen die katholische Kirche als Hemmnis des kulturellen Aufstiegs der Menschheit setzen sich durch ihre Maßlosigkeit selbst in den Verdacht des Unrechts.

3. Um das grundsätzliche Verhalten des Katholizismus zum Kulturproblem zu würdigen, muß die eigenartige Verbindung berücksichtigt werden, in der nach katholischer Auffassung überhaupt *Menschliches und Göttliches in der geschichtlichen Verwirklichung des Weltplanes* steht. Die katholische Dogmatik hat mit sichtlicher Liebe das Verhältnis von *Natur und Gnade* zum Gegenstand tiefgehender Spekulation gemacht. Die Natur bildet die Grundlage der Gnade, aber nicht in der Weise, wie ein Stockwerk auf dem anderen ruht oder wie ein Gewölbe von Pfeilern getragen wird, sondern in der organischen Weise, wie das Lebensprinzip sich der chemisch-physikalischen Kräfte des Stoffes bemächtigt, nicht um sie zu vernichten oder auszuschalten, sondern um sie zu erheben und zu höheren Funktionen zu befähigen. Wie auf dem natürlichen Gebiete Freiheit und Kausalität, Teleologie und Naturgesetzlichkeit sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern die eine

jedesmal durch die andere sich verwirklicht, so verbinden sich auf dem übernatürlichen Sichtbares und Unsichtbares, Diesseitiges und Jenseitiges, Menschliches und Göttliches, Zeitliches und Ewiges, Weltablauf und Vorsehung, Entwicklung und Offenbarung zu einer organischen Einheit. An jedes irdische Gut und Streben wird zugleich ein Ewigkeitsmaßstab angelegt. Was vom Standpunkt der Naturkultur Endziel ist, wird hier zum Mittel. Darin liegt nach katholischer Betrachtungsweise keine Erniedrigung, sondern eine Erhöhung der Erdengüter und keine Mißachtung, sondern eine Veredlung des Kulturfleißes, indem das Mittel durch die Höhe des Zieles miterhoben und gleichsam vergeistigt wird. Je höher daher die Natur in einem Menschen oder Volk ausgebildet ist, desto besser ist sie vorbereitet für das Verständnis und die Aufnahme der übernatürlichen Ziele, Kräfte und Hilfsmittel, wie sie im Katholizismus beschlossen sind. Nur der Gesichtspunkt, unter dem die Erdengüter angeschaut und erstrebt werden, ist ein anderer und höherer. Sie verlieren dadurch nicht an Eigenwert, daß sie zugleich eine Stufenleiter zur Gottheit bilden. Geisteskultur, edle Diesseitsfreuden, Fortschritte der Technik und höhere Lebenshaltung finden in der übernatürlichen Lebensauffassung des Katholiken keinerlei Hindernis. Solange ein irdisches Kulturgut dem edlen Menschtum wahrhaft förderlich ist, ist es dem christlichen Ideal wenigstens nicht entgegen. Ein so geartetes Kulturstreben ist abgeklärter, weil das durch den Glauben erleuchtete Auge durch Erdenglanz nicht so leicht geblendet wird. Natur und Gnade, Kultur und Katholizismus, sind verwandte Größen. Ein wahrhaft katholisches Volk ist auch ein Kulturvolk, wie ein wahrhaft katholischer Christ auch eine menschlich hochstehende Persönlichkeit ist.

Indem der Katholizismus auf die Vermählung von Natur und Übernatur, Humanität und Christentum ausgeht, bildet er ein kulturförderndes Element im Menschen- und Völkerleben, und zwar in zweifacher Richtung. Einmal bedarf er zur Aufrichtung seiner Weltanschauung in einem Menschen oder Volke eines gewissen Kulturbestandes als tragfähiger Unterlage für das Gottesreich und muß sie daher dort, wo er sie noch nicht vorfindet, selbst schaffen. Unseren Vorfahren hat erst das Christentum auch die weltliche Kultur gebracht. Bei unseren Missionaren

ist es ein methodisches Prinzip geworden, den Naturkindern erst die Elemente der irdischen Kultur zu bringen und dann die christliche Wahrheit. Eine angemessene Lebenshaltung gilt der katholischen Kirche auch als eine der Vorbedingungen für das Gedeihen des göttlichen Wortes in den Herzen. Außerdem dienen manche ihrer Lehren und Forderungen mittelbar auch der Entfaltung eines edlen Menschtums. Es kann hier nur angedeutet werden, wie ihr entschiedenes Eintreten für die Willensfreiheit gegenüber den deterministischen Neigungen der modernen Psychologie die Würde des Geschlechtes hochhält, wie die Verteidigung der Persönlichkeitsrechte gegen die in der Konsequenz materialistischer und monistischer Weltbetrachtung liegende Geringachtung des Individuums und seine „unbedingte Verpflichtung gegenüber der Gattung" den Ausbeutungsbestrebungen eines rücksichtslosen Kapitalismus entgegenwirkt und zur Hebung des Arbeiterstandes beiträgt, wie die Behauptung eines zugleich sakramentalen Charakters der Ehe das Familienleben und die eheliche Treue zu schützen und zu weihen geeignet ist, wie das Gebot der Sonntagsheiligung auch dem Bedürfnis der Natur nach Ruhe und Sammlung entgegenkommt, wie vor allem die Caritas das rein humanitäre Wohltun veredelt. Wenn natürlich auch beim Katholizismus der Abstand zwischen Ideal und Wirklichkeit bleibt — schon darum, weil er auf die freie Mitwirkung derjenigen angewiesen ist, die sich zu ihm bekennen — so wird er sicherlich dort, wo er seine Kräfte ungehindert entfalten darf, sich als ein Prinzip des Fortschritts bewähren. Darum gönne man ihm auch in unserem Vaterlande hinreichend Luft und Licht und Freiheit, und der Staat wird an ihm einen mächtigen Bundesgenossen haben in der Abwehr kulturfeindlicher Bestrebungen von unten wie von oben.

II.

Wenn nun auch in den allgemeinen Lebensgrundsätzen des Katholizismus nichts liegt, was ihm den Vorwurf kultureller Unfruchtbarkeit eintragen könnte, so wäre es immerhin denkbar, daß in der tatsächlichen Stellung, die er zu den verschiedenen Lebensgebieten im einzelnen einnimmt, ein Grund zum Mißtrauen gegeben wäre. Liegt die Sache vielleicht so, daß er

zwar in der Vergangenheit seine Mission gehabt und erfüllt hätte, daß er aber den gesteigerten oder anders gearteten Ansprüchen der Jetztzeit nicht mehr genügte? Die Stellung der Kirche zum öffentlichen Leben ist in der Gegenwart tatsächlich eine andere als in früheren Zeiten. War sie damals die Führerin, so hat das Leben seitdem in weitem Maße sich von der Führung der Kirche und den kirchlichen Grundsätzen losgelöst und eine teils fremde, teils feindliche Haltung zu ihnen eingenommen. Heute, wo Staat und Gesellschaft einen großen Teil der früher von der Kirche übernommenen Aufgaben als ihr Tätigkeitsgebiet in Anspruch nehmen, ist sie höchstens noch Beraterin, meist aber nur die mehr oder weniger ungern gehörte Mahnerin. Unter solchen Umständen kann sie nicht ihre ganze Kulturkraft zur Entfaltung bringen und erweckt dadurch bei vielen die Meinung, als sei sie den modernen Verhältnissen nicht gewachsen. Dennoch zehrt auch die heutige Menschheit noch von den gesunden Lehren und Kräften, die die Kirche in tausendjähriger Erziehungsarbeit den Völkern vererbt hat, und die Kirche vertraut als eine gute Mutter, daß ihre Söhne, wie durch einen untrüglichen Instinkt geleitet, dennoch wieder den Weg durch die Irrungen der Geschichte zu ihr zurückfinden werden. *Aber auch heute noch offenbart sie dort, wo Geister und Herzen sich ihrem Einfluß erschließen, ihre lebenspendende Kraft.*

1. *Auf dem Gebiete des wissenschaftlichen Lebens* ist der Katholizismus, obwohl er sich vom Protestantismus weit hat überflügeln lassen, trotz mancher ungünstiger äußerer Bedingungen nicht untätig geblieben. Zwar ist die innige Verbindung von *Theologie und Philosophie*, kirchlichem Leben und Geisteskultur, wie sie im Mittelalter bestand, aufgelöst. Die Wissenschaft hat sich mündig gemacht und geht ihre eigenen Wege. Das gesamte Unterrichtswesen ist in die Hände des Staates übergegangen. Die Gottesgelehrtheit, einstmals die Königin im Kreise ihrer Dienerinnen an den Universitäten, erscheint mehr geduldet, als daß ihr gehuldigt würde. Auf diesem Wege ist mit einer Art naturgesetzlicher Notwendigkeit eine Entfremdung und mit der Entfremdung in weiten Kreisen Mißtrauen und Feindseligkeit eingetreten zwischen zwei Mächten, die von Natur und von Rechts wegen aufeinander angewiesen sind und Freunde sein sollten. Mancher mag in der Trennung von

Glauben und Wissen eine Befreiung des letzteren sehen: sicherlich aber ist sie der Philosophie, soweit sie als Weltanschauungswissenschaft die Lösung der großen Lebensfragen zum Gegenstand hat, nicht von Segen gewesen. Die Kirche als solche ist weder grundsätzlich noch tatsächlich dem modernen Wissenschaftsbetrieb abhold. Es ist selbstverständlich, daß nicht jeder Anspruch eines engherzigen Eiferers, ja nicht einmal jede Maßnahme einer kirchlichen Behörde als der reine Ausdruck des katholischen Prinzips in Wissens- und Bildungsfragen gewertet werden darf, wie wir auch weit entfernt sind, jede feindselige Äußerung aus gegnerischem Munde als bezeichnend für die Haltung der Wissenschaft gegenüber der Kirche deuten zu wollen. Wo aus übergroßer Ängstlichkeit oder aus kleinlichem Mißtrauen Fehler gemacht worden sind, da mögen und müssen sie in Zukunft vermieden werden. *Die katholische Denkweise als solche ist weit genug, um allen berechtigten Ansprüchen der Wissenschaft in bezug auf Freiheit zu genügen.*

Es liegt nahe, hier an *die kirchlichen Kundgebungen der letzten Vergangenheit* zu denken. In denselben haben weite Kreise eine Kriegserklärung an die neuzeitliche Wissenschaft sehen wollen. In Wirklichkeit handelte es sich fast ausschließlich um die Zurückweisung von falschen oder gefährlichen Richtungen innerhalb des Katholizismus, jedenfalls um innerkirchliche Angelegenheiten. Für die Kirche standen Lebensinteressen auf dem Spiel, Lebensinteressen nicht des Katholizismus allein, sondern des Christentums und der Religion überhaupt, und es hat nicht an protestantischen Stimmen gefehlt, die den päpstlichen Kundgebungen zum Schutze des Glaubensschatzes gegen die modernistische Irrlehre Beifall auch im Namen ihrer christlichen Überzeugung zollten. Es darf ferner nicht übersehen werden, daß solche Kundgebungen, die der Abwehr falscher Voraussetzungen oder Ergebnisse dienen, nicht als positiv Richtung gebend für die wissenschaftlichen Methoden der Theologie, viel weniger der Forschung überhaupt, angesehen sein wollen. Wer die Stellung der Kirche von heute zur wissenschaftlichen Forschung erkunden will, der findet ihre Grundsätze in klassischer Formulierung in so manchen großzügigen Rundschreiben Leos XIII., und es wird nicht sobald einen auf theistischem Boden stehenden Gelehrten geben, der an den Richtlinien, die dieser Papst in seinen Enzykliken „Inscruta-

bili Dei consilio" oder „Aeterni Patris" oder „Providentissimus Deus" gezogen hat, Wesentliches zu beanstanden fände.

Die Kirche verlangt von der Wissenschaft keine apologetische Arbeit, wiewohl sie die Überzeugung hegt, daß wahre Erkenntnis zu Gott führe, daß das Wissen mit dem Glauben und der richtig verstandenen Kirchenlehre nie in Widerspruch treten könne. Sie verlangt nur, daß die Wissenschaft sich innerhalb der durch ihre Methoden gezogenen Grenzen halte. Wenn sie in den das Offenbarungsgebiet berührenden Fragen von dem katholischen Forscher eine negative Orientierung am Glauben fordert, so ist das nichts anderes als eine Sache der Selbstbehauptung. Wem die Vorsicht der kirchlichen Organe und ihre Maßnahmen zur Überwachung der wissenschaftlichen Arbeit zu ängstlich erscheinen, der möge doch auch erwägen, daß für die Kirche höhere Güter als selbst die Freiheit der Wissenschaft auf dem Spiel stehen, und nicht übersehen, daß die Erfahrung zumal des letzten Jahrhunderts ein gesundes Mißtrauen gegen die schrankenlose Freiheit der Forschung in den die Weltanschauung berührenden Fragen rechtfertigt. Daß nicht die katholische Kirche allein, sondern sämtliche christlichen Bekenntnisse ihre Diener und meist sogar die Theologen an den Fakultäten auf die Kirchenlehre verpflichten, hätte in der Aufregung, die der Modernisteneid in den Kreisen der nichtkatholischen Gelehrten hervorrief, nicht außer acht gelassen werden dürfen. Zwischen dem Kirchendiener und dem katholischen Forscher und Gelehrten in bezug auf ihre Stellung zum Dogma besteht übrigens der nicht immer beachtete Unterschied, daß jener die Kirchenlehre positiv zu vertreten hat, während dieser sich an ihr nur negativ zu orientieren braucht, d. i. nichts lehren darf, was mit dem Glauben in Widerspruch steht. Der wissenschaftlichen Ehrlichkeit des katholischen Forschers, auch des Theologen, kann durch die Anwendung des methodischen Zweifels vollkommen Genüge geschehen, der, wenn in einem gegebenen Falle das Ergebnis durch die Kirchenlehre feststände, ausreicht, damit die Kenntnis des Ergebnisses den Gang der Untersuchung nicht beeinflusse. Zudem ist auch die freie Forschung, wie Hermann Schell[1]) einmal sagt, gebunden, „und zwar durch das Ziel, wohin sie nicht kommen will". Eine ganz

1) Apologie des Christentums Bd. I: Religion und Offenbarung. Paderborn. Ferd. Schöningh 1901. Vorwort VI.

voraussetzungslose Wissenschaft ist nach dem Geständnis des Freiburger Historikers v. Below[1]) niemals vorhanden, auch nicht an den anspruchsvollsten Stellen auf den Universitäten. Schrankenlose Freiheit der Forschung kann leicht zur Freiheit des Irrens werden. Wir wollen die Freiheit nicht unterschätzen, aber auch nicht den hohen Wert einer wissenschaftlichen Tradition, die Kraft einer klar umschriebenen Weltanschauung und den Segen einer Autorität in Heilsfragen. Endlich soll nicht unausgesprochen bleiben, daß im Falle eines subjektiv unlöslichen Konfliktes zwischen Glauben und wissenschaftlicher Überzeugung die letzte Instanz auch für den Katholiken nur das persönliche Gewissen ist. Glücklicherweise mehren sich die Stimmen, die unter dem wuchtigen Eindruck der neuerstandenen deutschen Einheit ein besseres gegenseitiges Verstehen der Konfessionen, unbeschadet ihrer grundsätzlichen Verschiedenheit, im beiderseitigen Interesse fordern. Wir dürfen uns der Hoffnung hingeben, daß schon der gute Wille zum Verstehen manches Vorurteil mildern und manches herbe Wort zurückdrängen wird.

Wenn die katholische Kirche und Wissenschaft die Scholastik als Methode bevorzugt, so hat sie dazu ein geschichtliches Recht, insofern sie selbst diese Methode ausgebildet und sie durch die Jahrhunderte erprobt befunden hat. Es würde zweifellos einer leichteren Verständigung auf dem Gebiete des Wissenschaftsbetriebes dienen, wenn man außerhalb unserer Kirche sich mehr bemühte, die grundlegenden Gedanken der Scholastik kennen zu lernen und sich von den falschen Auffassungen frei zu machen, die auch von solchen, denen man ein Urteil zutrauen müßte, immer noch gehegt werden. Sie ist ganz gewiß nicht das versteinerte System oder das versunkene Land, als welches sie manchem — leider nicht ohne die Schuld allzu konservativer katholischer Kreise — erscheint. Eine fortschrittliche Scholastik, wie sie z. B. von der Löwener Schule innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts, und zwar in Ausführung der Gedanken Leos XIII. in seiner Enzyklika „Aeterni Patris“ vom 4. August 1879, mit der bezeichnenden Devise „Vetera novis augere“ ausgebildet worden ist, verdiente auch in Deutschland gekannt zu sein. Die Forschungsgrundsätze einer so weitsichtig ausgebauten Methode, wie es

1) Die katholische Kirche und die preußischen Universitäten (Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik. Dezember 1912. 315).

die neuſcholaſtiſche iſt, und die wiſſenſchaftlichen Publikationen des „Institut supérieur de Philosophie“ in Löwen brauchen eine Begegnung und Auseinanderſetzung mit anderen Schulen nicht zu ſcheuen.

Der katholiſchen Literatur konnte bis vor zwei Jahrzehnten mit einem gewiſſen Recht der Vorwurf der Rückſtändigkeit gemacht werden. Auf die Gründe dieſer Erſcheinung ſoll hier nicht eingegangen werden. Es darf aber geſagt werden, daß wir uns ſeitdem in einem erfreulichen und vielverſprechenden Aufſtieg befinden, ſowohl hinſichtlich der wiſſenſchaftlichen als hinſichtlich der ſchönen Literatur, ſowohl nach der Menge als nach dem inneren Werte. Schon allein die Bibliographie der „Görres-Geſellſchaft zur Pflege der Wiſſenſchaft im katholiſchen Deutſchland[1])“, aber mehr noch die Bücherverzeichniſſe bedeutender katholiſcher Verlage weiſen auf den verſchiedenſten Gebieten achtbare Veröffentlichungen, zum Teil monumentalen Charakters auf. Freilich bleibt noch vieles nachzuholen, aber an Schaffensfreudigkeit und Forſcherfleiß fehlt es uns Katholiken von heute in Deutſchland nicht. Es ſoll uns Ehrenſache ſein, auch in dem neuen Vaterlande auf dem Felde der Wiſſenſchaft gründliche und ſaubere Arbeit zu leiſten.

2. An der Hebung der Volksſittlichkeit hat ſich die katholiſche Kirche jederzeit hervorragend beteiligt. Wo die katholiſchen Grundſätze ungeſchmälert zur Richtſchnur des Lebens gemacht werden, da entwickelt ſich ein ſittlicher Hochſtand, wie er von der ethiſchen Kultur ſicherlich nicht übertroffen werden wird. Die Unwandelbarkeit der letzthin in Gott verankerten Grundlagen der katholiſchen Sittenlehre, die oft getadelte und oft bewunderte Rückſichtsloſigkeit der kirchlichen Geſetzgebung in ſittlichen Fragen verleihen dem ſittlichen Bewußtſein einen feſten Rückhalt. Weder ethiſche Kultur noch Vaterlandsliebe und ſtaatliche Geſetze oder Prämien ſind allein imſtande, die Heiligkeit der Ehe wirkſam vor Entweihung zu ſchützen. Indem die katholiſche Kirche ohne Einſchränkung und ohne Zugeſtändniſſe an die menſchliche Schwäche den Standpunkt vertritt, daß jede Verkehrung des nächſten Zweckes der Ehe ein Attentat auf die Natur bedeutet, ſetzt ſie der phyſiſchen Ent-

1) Siehe Jahresbericht 1913, Anhang 1—16.

artung und dem die europäiſche Kultur bedrohenden Geburtenrückgang einen ſtarken Damm entgegen. Ein Vergleich mit Frankreich zeigt, wie ſehr auch der Staat an der Aufrechterhaltung dieſer ſtrengen Grundſätze intereſſiert iſt.

Öfters werden die Triebfedern der katholiſchen Sittlichkeit bemängelt, als ſeien ſie zu ſelbſtiſch, als ſei das ſittliche Handeln durch Lohnſucht ſtark entwertet. Es kann kaum die Frage ſein, ob eine Sittlichkeit auf ſelbſtiſche Motive gänzlich verzichten darf. Der Menſch kann wie in ſeinem Denken, ſo auch in ſeinem Wollen nicht ganz „aus ſeiner Haut heraus". Die auch von Kant im Namen der Gerechtigkeit erhobene Forderung, daß der höchſten Heiligkeit auch höchſte Glückswürdigkeit gegenüberſtehe, läßt ſich nicht derart aus dem ethiſchen Geſichtsfelde ausſchalten, daß das Auge nur die eine, nicht aber auch die andere ſehe und in ſeine Maximen aufnehme. Wenn die katholiſche Sittlichkeit demnach auch nicht auf die Heranziehung ſelbſtiſcher Motive verzichten will und kann, ſo verfolgt ſie doch das Ziel, den nach dem Ideal Strebenden möglichſt über den Bannkreis des Ich zu erheben. Wo dies in der Praxis nicht geſchieht, da iſt ihr Ideal, welches als höchſte Triebfeder die vollkommene uneigennützige Gottesliebe aufſtellt, nur halb verſtanden. Niemand wird beſtreiten, daß Kant mit ſeiner Lehre vom kategoriſchen Imperativ und ſeiner reinen Achtung vor dem moraliſchen Geſetz, wenn wir ſie auch mit guten Gründen ablehnen zu müſſen glauben, befruchtend auf die Sittlichkeit und anregend auch auf die katholiſche Ethik gewirkt hat. Die katholiſche Kirche iſt allerdings eine zu intime Kennerin des menſchlichen Herzens und eine zu erfahrene Pädagogin, um den Bogen zu überſpannen und ſofort und von jedem das Höchſte zu verlangen. Wenn es Kant mit Recht als eine große Tat nachgerühmt wird, daß er gegenüber der Moral des Eigennutzes und des Erfolges mit heiligem Ernſt auf die Würde der menſchlichen Natur und des ihr eingegrabenen moraliſchen Pflichtgefühls hingewieſen hat, ſo hat letzteres in der Selbſtgeſetzlichkeit der Vernunft doch nur eine ſehr unzulängliche Grundlage. Die ehrfürchtige Bewunderung, mit welcher Kant die Majeſtät des moraliſchen Geſetzes in uns gleich dem beſtirnten Himmel über uns betrachtet und den „erhabenen, großen Namen" Pflicht nennt, „vor dem alle Neigungen verſtummen", übertragen wir lieber auf die

Majestät eines in der Vernunft und im Gewissen sich offenbarenden göttlichen Gesetzgebers.

Die Kirche geht mit den Bestrebungen nach einer höheren Sittlichkeit vollkommen eins in der Wertschätzung der Persönlichkeit. Hier reicht der katholische Moralist protestantischen Ethikern und Pädagogen wie Max Wentscher und F. W. Förster gern die Hand. Nicht nur, daß sie jede monistische oder deterministische Verkümmerung des Persönlichkeitsbegriffes abwehrt, sie hat bei aller ihrer strassen Zucht Raum für individuelle Freiheit innerhalb des Guten. Auch in ihren Strafgesetzen, in ihrem Index und in ihren Geboten bezüglich Beicht- und Kirchenbesuch ist innere Freiheit der Zweck des Zwanges. In der Form wie in der Stärke der religiösen Betätigung besitzt der Katholik, wie ein neuzeitlicher Konvertit sagt, ein unermeßliches Gebiet der Freiheit, das seine Grenze nur in Gott selbst findet. Gibt es in dieser Hinsicht etwas Anziehenderes als die katholischen Heiligengestalten? Gilt doch der hl. Franz von Assisi trotz seiner unbegrenzten Ehrfurcht gegen die Kirche und ihre Diener als der Typ einer persönlichen und modernen Frömmigkeit. Der tiefste Grund für die Wertschätzung der menschlichen Persönlichkeit ist die von der katholischen Dogmatik mit besonderer Liebe ausgebildete Lehre von der Gotteskindschaft. Freilich will die Kirche keine Autonomie der Persönlichkeit, weil ihr dies als ein Eingriff in die Rechte des Schöpfers erschiene. Ihre Sittlichkeit ist theozentrisch. Die Nachfolge Christi ist für jeden, wes Alters, Geschlechtes und Bildungsgrades er sei, und in gleicher Weise für den weltlichen wie für den klösterlichen Stand, das gemeinsame Ziel. Welch ein wertvolles Erziehungsmittel besitzt die katholische Kirche für alle Stufen sittlicher Kultur in ihrer Beichte und der durch sie gegebenen individuellen Seelenführung!

3. Durch den Katholizismus der Gegenwart, und hier wieder besonders den deutschen, geht ein frischer sozialer Zug, namentlich seit Leo XIII., der „soziale Papst", in herrlichen Rundschreiben, vor allem in seiner ersten Kundgebung, der Enzyklika „Inscrutabili Dei consilio" vom 21. April 1878, die Grundlinien der wahren Zivilisation gezeichnet, die soziale Bedeutung der katholischen Kirche ins Licht gestellt und das soziale Gewissen geschärft hat. Die Rundschreiben über die Gefahren des Sozialismus, über die christliche

Ehe, über die christliche Staatsordnung, über die menschliche Freiheit, über die wichtigsten Pflichten christlicher Bürger, über die Arbeiterfrage, über die christliche Demokratie u. a. haben über den Bereich des Katholizismus hinaus Beachtung und Zustimmung gefunden.

Durch ihre übernatürliche Bestimmung und ihren internationalen (katholischen) Charakter weiß sich die Kirche von jeder politischen Gesellschaft unterschieden und will innerhalb ihrer Sphäre vom Staate grundsätzlich unabhängig sein. Weder verlangt sie ein Aufgehen des Staates in der Kirche, noch duldet sie ein Aufgehen der Kirche im Staate. Weder Kirchenstaat noch Staatskirche ist ihr Ideal. Aber auch eine völlige Trennung beider Gewalten entspricht nicht ihren Interessen und Grundsätzen. Sie will Freiheit in religiösen und freundschaftlich vertrauensvolles Zusammengehen mit dem Staat in gemeinsamen Angelegenheiten. Dabei besitzt die katholische Kirche eine fast unbegrenzte Anpassungsfähigkeit in bezug auf die möglichen Staatsformen. So lange nur die Gerechtigkeit die Grundlage der Regierungen bleibt, kann sie mit jeder Verfassung bestehen. Der mittelalterliche Glaubensstaat ist eine große Idee; aber er setzt Bedingungen voraus, die unwiederbringlich der Vergangenheit angehören. Sicher ist, daß die katholische Kirche in Deutschland sich mit beiden Füßen auf den Boden des modernen Rechtsstaates im allgemeinen und des Deutschen Reiches im besonderen gestellt hat. Die Staatstreue der Katholiken hat in dem Kulturkampf eine schwere Belastungsprobe sieghaft überstanden, und der gegenwärtige Krieg hat auch denen, die ihnen noch mit einigem Mißtrauen gegenüberstanden, den handgreiflichen Beweis ihrer politischen Zuverlässigkeit erbracht. Die deutschen Katholiken wollen ohne Hinterhalt und, ohne durch die kirchliche Autorität sich irgendwie beengt zu fühlen, Seite an Seite mit den übrigen Konfessionen, an des Reiches Macht und Größe mitarbeiten. Darum haben sie aber auch ein Recht zu fordern, daß man sie mitarbeiten läßt, und daß das Wort „ultramontan" aus dem Wortschatz der deutschen Sprache verschwinde. Wenn Papst Leo die Katholiken auffordert, „die Weisheit und Kraft der katholischen Religion wie ein heilkräftiges Lebensblut in die Adern des Staates zu leiten"[1]), so wird durch dieses höhere

1) Ausgabe Herder S. 20.

Motiv der innere Wert ihrer Mitarbeit nur erhöht. Als freigeborene Himmelstochter wird sie dem Staate schätzenswertere Dienste leisten denn als Sklavin. Die Hegelsche Staatsvergötterung ist unkatholisch und unchristlich und muß „von selbst zum Sozialismus werden, sobald sie die aristokratischen Höhen des Lebens verläßt und in die breiten Regionen des Wirtschaftslebens niedersteigt“ [1]). Das Beispiel der orthodoxen Kirche in Rußland mit ihrer religiösen und kulturellen Ohnmacht kann weder den Staat noch die Kirche zur Nachahmung reizen. Nennt doch selbst Harnack [2]) nur ungern den Staat als die Macht, welche „neben allen den verwüstenden Folgen für den Beruf und das Ansehen der Kirche“ diese zu einer Anstalt erniedrigt, „in der die Ordnung wichtiger ist als der Geist, die Form wichtiger als die Sache, der Gehorsam wertvoller als die Wahrheit“. Indem die Kirche um des Gewissens willen Unterwerfung unter die gottgesetzte Obrigkeit fordert, bildet sie ein Ferment der Ordnung auch im Gemeinschaftsleben und sollte von Staat und Gesellschaft als willkommene Bundesgenossin begrüßt werden. Indem sie zugleich als Weltkirche die nationalen Besonderheiten anerkennt und hütet, beugt sie anderseits jenem ungesunden Nationalismus vor, der so oft den Frieden der Bürger und der Völker gefährdet.

Schon die Kirche des Urchristentums hat sich als konservative Macht im Staatsleben bewährt. Sie ist nicht aus sozialen Nöten entsprungen, noch hat sie die Förderung der gesellschaftlichen Kultur als ihre erste und eigentliche Aufgabe betrachtet, sondern sie ist und bleibt zunächst eine religiöse Macht, die den Menschen, auch denen von heute, die Güter der Erlösung vermitteln will; aber indem sie dieses tut, greift sie zugleich die sozialen Übel an ihren Wurzeln an, welche da sind Egoismus und Sünde, und so wird sie indirekt auch zu einer sozialen Größe. Die altreformatorische und vom Sozialismus übernommene Deutung von 1. Kor. 7, 21 [3]), als sollten die Sklaven im Möglichkeitsfalle zur Freiheit greifen, widerspricht einer fast anderthalbtausendjährigen Exegese, und dennoch hat das Christentum indirekt durch die Hebung der religiösen

1) Kiesl, J. X., Die Theorien des modernen Sozialismus über den Ursprung des Christentums. Kempten, Kösel 1915. 8.

2) Das Wesen des Christentums. 186.

3) Kiesl a. a. O. 72 ff.

und ſittlichen Würde des Menſchtums die Abſchaffung der Sklaverei wie von ſelbſt herbeigeführt. Wer in der katholiſchen Kirche wie im Chriſtentum eine weſentlich ſoziale Inſtitution erblicken wollte, würde damit allerdings ihre eigentliche und höhere Miſſion verkennen und Vorausſetzung oder Folge mit der Subſtanz verwechſeln.

Mit dieſem Vorbehalt kann der Katholizismus eine ſoziale Religion genannt werden und iſt dann in der Tat eine ſoziale Macht erſten Ranges. Um zu ſchweigen von den zahlreichen religiöſen und kirchlichen Organiſationen, Vereinen und Bruderſchaften, die neben der ſtaatlichen und kommunalen Fürſorge den Armen mit der offenen Hand zugleich ein warmes Herz entgegenbringen, und von den blühenden Orden und Kongregationen von Männern und Frauen, die um keinen anderen als Gotteslohn ihre ganze Perſönlichkeit in den Dienſt der Armen-, Kranken-, Gefährdeten- und Waiſenpflege ſtellen, haben die deutſchen Katholiken an der ſozialen Geſetzgebung hervorragenden Anteil genommen, und nicht zuletzt der tatkräftigen Initiative ihrer parlamentariſchen Vertreter iſt es zu danken, daß dieſe Geſetzgebung eine Vollkommenheit erreicht hat, wie kein Land der Welt ſie aufzuweiſen vermag. Dem Einfluß der Kirche iſt es ferner mit zuzuſchreiben, daß der größte Teil der katholiſchen Arbeiterſchaft in den hochentwickelten Induſtriezentren des Weſtens gewerkſchaftlich und politiſch in ſtaatserhaltenden Verbänden organiſiert iſt. Das Sekretariat ſozialer Studienarbeit in M.-Gladbach hat es verſtanden, ſelbſt in der akademiſchen Jugend den ſozialen Gedanken mit ſteigendem Erfolg zu entzünden, während der Volksverein für das katholiſche Deutſchland nach Größe der Organiſation und Umfang der Wirkſamkeit ſeinesgleichen in der Welt nicht hat.

Auch der katholiſche Klerus hat die ſoziale Vereinsarbeit praktiſch und tatkräftig aufgegriffen zu einer Zeit, wo in anderen Kreiſen das Verſtändnis für die Wichtigkeit der Sache noch nicht aufgegangen war, allen voran die „ſozialen Kapläne“. Im Kriege hat er durch Aufklärung und Aufmunterung ſein Teil dazu beigetragen, daß die Maßnahmen der Regierungen bezüglich Lebensmittelverſorgung, Sammlungen, Kriegsanleihen u. dgl. beim Volke ſo weitgehendes Verſtändnis fanden. Durch ſeine Volkstümlichkeit — rekrutiert er ſich doch vornehmlich aus den Kreiſen des mittleren und nie-

deren Volkes — ist er für die Führung des Volkes auch in sozialen Dingen von Hause aus besonders befähigt. Jedenfalls kann der Staat bei der Fürsorge für die arbeitenden Stände wie auch bei der sittlichen Ertüchtigung unserer Jungmannschaft in den Jugendbünden der Mitarbeit des katholischen Klerus nicht entbehren, nach dem Kriege noch weniger als bisher. Die Zurückführung geregelter Verhältnisse im wirtschaftlichen Leben, die Beseitigung der Auswüchse auf sittlichem Gebiete, die der Krieg notwendig mit sich bringt, die Erhaltung der Volksgesundheit überhaupt, fordern gebieterisch die Mobilmachung aller staatserhaltenden Kräfte. Nur ein einhelliges Zusammenwirken von staatlichen und kirchlichen Behörden kann die schweren Wunden heilen, aus denen auch der Sieger noch lange wird bluten müssen.

Die Katholiken haben trotz noch bestehender Ausnahmegesetze sich als reichs- und königstreu erwiesen und bringen gleich den anderen Bekenntnissen unerhörte Opfer an Gut und Blut für das Vaterland. Sie sind von dem ernstlichen Willen beseelt, nach allen ihren Kräften an dem Wohle des Ganzen auch fürderhin mitzuwirken. Das unzweideutige Bekenntnis unseres Kaisers und unserer großen Heerführer zu Gottesglauben und Christentum bürgt ihnen auch dafür, daß ihre religiösen Interessen im Deutschen Reiche wohlgeborgen sein werden, und so werden sie nicht nur aus Gewissenspflicht, sondern auch aus Neigung ihrem Vaterlande von ganzem Herzen zugetan sein und bleiben. Darum aber möge auch ihnen Vertrauen entgegengebracht und die erwünschte Gelegenheit gegeben werden, ihre Kräfte auf allen Kulturgebieten den großen Aufgaben des deutschen Volkes in edlem Wettstreit mit ihren andersgläubigen Mitbürgern zu weihen. Wenn dem deutschen Geist, wie wir zu hoffen Grund haben, im Plane der Vorsehung eine Mission auch für das Christentum vorbehalten ist, so wird der Katholizismus seinen Teil zur Erfüllung dieser Mission gern beitragen. Der Katholik ist optimistisch genug zu vertrauen, daß das Christentum auch heute noch die Kraft besitzt, das gesamte Menschheitsleben wie mit einem Sauerteige zu durchdringen und so einstmals eine harmonische Einheit von christlicher und weltlicher Kultur, wie sie einem Augustinus vorschwebte, heraufzuführen.

Deutſche Kultur und Katholizismus.

Von Peter Lippert S. J.

Es hat ſich gefügt, daß eine der erſten Lebensäußerungen des neuerſtandenen Deutſchen Reiches eine Auseinanderſetzung mit dem Katholizismus geweſen iſt. Die Auseinanderſetzung hat für ein Jahrzehnt recht feindſelige Formen angenommen und auf beiden Seiten viel Erbitterung geſchaffen; glücklicherweiſe iſt ſie aber als Kulturkampf nur eine vorübergehende Epiſode geblieben. Von dem Deutſchland, das abermals erneut und verjüngt aus dem Weltkrieg hervorgehen ſoll, iſt nicht zu fürchten, daß es eine ähnlich feindſelige Auseinanderſetzung herbeiführen werde. Gerade dieſer Krieg hat doch allzu deutlich bewieſen, wie unlösbar der katholiſche Volksteil Deutſchlands in ſolidariſcher Intereſſengemeinſchaft eingefügt iſt in das Reich und ſeine Kultur. Soweit alſo dieſe Kultur auch jetzt noch, und vielleicht jetzt erſt recht ſich auseinanderzuſetzen hat mit dem Katholizismus, kann dies nicht im Sinne eines Kulturkampfes, ſondern nur einer Kulturaufgabe ſein, welche eine Reihe der dringendſten Fragen und der fruchtbarſten kulturellen und kirchlichen Arbeiten in ſich begreifen mag.

Es kann nun nicht ſchwer fallen, ſo eindeutig beſtimmte und feſtumgrenzte Erſcheinungen, wie die deutſche Kultur und der Katholizismus es ſind, einſtweilen wenigſtens theoretiſch miteinander zu vergleichen und aneinander zu meſſen. Die Kultur des deutſchen Volkes umfaßt zwar ein ungeheuer reiches und vielgeſtaltiges Leben, aber dieſer ganze Reichtum quillt und wächſt wie ein organiſches Gebilde aus Wurzeln heraus, die verhältnismäßig einfach und überſichtlich liegen; ja eigentlich nur aus einer oder vielleicht auch zwei Pfahlwurzeln, die geradewegs ſich hinabſenken in die Tiefe der deutſchen Seele. Wohl kaum eine andere Ziviliſation iſt in dieſer ſtreng ein-

heitlichen Weise hervorgewachsen aus der Art und dem Charakter des Volkes, wie die deutsche; und darum verdient sie auch vor allen eine „Kultur", nicht bloß eine „Zivilisation" zu heißen. Wenn unser staatliches, soziales, wissenschaftliches und wirtschaftliches Leben wie ein lebendiger Baum auf der deutschen Erde steht und in den deutschen Himmel hinaufwächst, dann ist unser Volkscharakter dieses Baumes Wurzel und Keim. Dieser Charakter aber ist etwas Ursprüngliches, das keiner weiteren Erklärung fähig ist, ein Grundtypus der Seele, eine feste und dauernde, durch Jahrhunderte hindurch immer wieder rein hervorbrechende Bestimmtheit des Denkens und Strebens, des Empfindens und Wirkens, wie sie eben für das deutsche Wesen eigentümlich ist; darauf ruht dann auch zuletzt die unverlierbare Einheit der deutschen Stämme: eine Kultureinheit auf seelischem Einheitsgrund, mit psychischen Einheitsmaßen.

Darum ist das äußerlich sichtbare Kulturleben des deutschen Volkes eine helle Offenbarung seines inneren Wesens. Wie dieses Volk aus seinen Augen in die Welt schaut, wie es seine Hände regt und seinen Gang geht, so ist es auch innerlich; wir können mit Sicherheit darauf rechnen. Und auch umgekehrt, aus der Eigenart unserer innersten Anlage können wir, so weit sie uns zu reflektiertem Bewußtsein kommt, auch die Äußerungen dieser Innenwelt im Leben und Schaffen der Nation deuten und schätzen. Die Frage nach dem Sinn und Wesen der deutschen Kultur ist also ebenso gut eine psychologische, wie eine geschichtliche. Und am besten wird sie lösen, wer das Leben unseres Volkes nicht nur mit offenen Sinnen und feinfühliger Beobachtung in sich aufnimmt, sondern es auch in sich selbst erlebt, und nach seinem Typus im eigenen kleinen Kreis sich bildet.

Etwas Ähnliches gilt aber auch von der Bestimmung und Deutung des Katholizismus. Sie ist ebensosehr eine Sache religionswissenschaftlicher Beobachtung wie des eigenen religiösen Lebens, und erst wo diese beiden Wege sich begegnen, da entsteht ein zutreffendes, ein klar und scharf umgrenztes Bild dieser vielseitigen und doch wieder einheitlich geprägten Religiosität.

Die beiden so gewonnenen Bilder der deutschen Kultur und des katholisch-religiösen Lebens können wir nun unmittelbar nebeneinanderhalten, ja gleichsam aufeinanderlegen, und so nach ihrem ganzen Umriß feststellen, wie weit sie sich decken, sich gegenseitig verstärken

und ergänzen, oder auch, wieſo ſie etwa einander ſtören und trüben. Es läßt ſich zeigen, wie viel die deutſche Art und Kultur dem Katholizismus an Empfänglichkeit und innerem Verſtehen entgegenbringt, und wieviel anderſeits der Katholizismus dem deutſchen Weſen zu bieten vermöchte an Hilfe und Ergänzung.

Wir können die Eigenart der deutſchen Kultur wohl erſchöpfend bezeichnen mit dem Wort „Idealismus“. Damit iſt das Formal- wie das Materialprinzip dieſer Kultur bezeichnet, ihre Methode und ihr Motiv, ihr Weg und ihr Ziel, ihre Form wie ihr Inhalt. Formal iſt ſie ſelbſtvergeſſene Hingabe an eine Sache und dieſe Sache, eben ihr Gegenſtand und Inhalt, überſchreitet nach jeder Richtung den engen Kreis des Beſonderen, des Zufälligen, des Begrenzten; ſie iſt ein „Ideal“. Ein ſolch ehrliches, ernſtes, ſelbſtloſes und ſelbſtvergeſſenes Hingegebenſein an das Ideal, das nennen wir eben Idealismus und es iſt gewiß der Beſte dieſes Namens.

I.

Die Ehrlichkeit und Ernſthaftigkeit des deutſchen Denkens und Wollens iſt geradezu ſprüchwörtlich geworden. Man mochte ſie in einzelnen Fällen mißverſtehen und auslachen, ſie als Pedanterie und Schulmeiſterei, als rückſichtsloſe Urwüchſigkeit und Ungeſchliffenheit, oder auch als verbohrtes und weltentrücktes Weſen bezeichnen. Der Kern, der mit ſo wenig ſchmeichelhaften Namen belegt wurde, war immer derſelbe: die reine Sachlichkeit, der es nicht auf eine Geſte oder eine Poſe, nicht auf den bloßen Schein ankommt, die von dem Eigenperſönlichen und Subjektiven ſich losgelöſt hat, die mit grundſätzlichem Ernſt und unverſtellter, wahrer Redlichkeit der Sache und ihrem Werte ſich hingibt und ihnen dient. Mag es ſich hierbei um eine engbegrenzte Detailfrage wiſſenſchaftlicher Forſchung oder um einen Römerzug, um eine Maßregel der Verwaltung und öffentlichen Ordnung, oder um ein Problem der Religion handeln, immer ſetzt der Deutſche die ganze Kraft und Wucht ſeines urſprünglichen und naturwüchſigen Ernſtes daran. Und weil es eben nur auf die Sache und den Zweck ankommt, nicht auf ein Scheinarbeiten oder ein Schaumſchlagen, ſo wird die Methode des deutſchen Arbeitens immer auch gründlich und beharrlich ſein. Es iſt mehr als ein frommer Zug,

es ist ein ergreifendes Symbol des deutschen Wesens, was von den alten Steinmetzen berichtet wird, daß sie auch die alleroberste, der menschlichen Beobachtung unzugängliche Kreuzblume an der Spitze ihrer Domtürme mit derselben Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit gearbeitet haben, wie die Bildwerke, die in den Torischen vor aller Augen standen. Es würde einem echt deutschen Arbeiter unerträglich zu Mute, wenn er ein Werk, mag es groß oder klein sein, nur so obenhin tun müßte, wenn er sich bewußt wäre, sogenannte Kleinigkeiten vernachlässigt oder mit der Gründlichkeit des Durchhaltens und Durcharbeitens allmählich nachgelassen zu haben, wenn sein Unternehmen in halbfertigem Zustande verblieben oder im Sande verlaufen wäre. Darum empfindet er jede Unordnung, auch wenn sie ihn persönlich nicht weiter berührt oder schädigt, doch als ein objektiv vorhandenes Übel; alles Regelwidrige und Zweckwidrige als wahrhaft widerwärtig; jede Liederlichkeit des Arbeitens, und noch mehr jedes Scheinarbeiten, das nur auf äußere Mache und rhetorischen Eindruck berechnet ist, kann ihn empören. Und niemals kommt ihm die Gegensätzlichkeit ausländischer Art schroffer zum Bewußtsein, als wenn er etwa von orientalischer Indolenz, von russischer Bestechlichkeit und französischer Günstlingswirtschaft hört. Auch die Unordnung bei den Feinden erfüllt ihn noch mit Unbehagen und selbst seine Schadenfreude hat noch einen ganzen, ehrlichen Zorn in sich.

Wie wertvoll eine so aufrichtige Sachlichkeit dem Katholizismus erscheint, braucht kaum noch gesagt zu werden. Die Religion des Katholiken ist wohl die strengste Anforderung an Objektivität, die je erhoben wurde. So daß sie gerade dadurch mit dem modernen Geist in schärfsten Widerspruch geriet. Das bloß subjektive Empfinden vermag hier nichts gegenüber den unnahbaren und unerbittlichen Schranken objektiver Wahrheitsnormen und Heilseinrichtungen. Und in der Hingabe an diese objektive Sachwelt der Glaubensgüter wird der bloße Schein, die leere Geste, ja sogar die unvollendete Durchführung als unzureichend und unwirksam zurückgewiesen. Daß auf solche Weise bei Außenstehenden der Eindruck entstehen konnte, als ob es im Katholizismus allein auf die fertige Leistung, und gar nicht auf das inwendige Meinen und Wollen ankomme, nicht auf die Glut des Empfindens und die lodernde Begeisterung, das erscheint von hier aus wenigstens als verzeihlich. Es ist das

gleiche Mißverſtändnis, das auch in deutſcher Zucht nur ſeelenloſen Drill, im deutſchen Soldaten eine gedanken- und willenloſe Drahtpuppe erblickt. Innerhalb des katholiſchen Syſtems ſteht das Objektive, die Sache und Tatſache vor jeder Subjektivität, und will mit Genauigkeit und ehrlicher Folgerichtigkeit gewahrt und durchgeführt werden, angefangen von dem vielgliedrigen Bau der dogmatiſchen Sätze bis zu dem Ritus der Sakramente und den bis ins kleinſte vorgeſchriebenen Zeremonien des liturgiſchen Gottesdienſtes. Nicht ſeelenloſer, ſtarrer, phariſäiſcher Buchſtaben- und Geſetzesdienſt freilich ſoll dieſe Durchführung ſein, ſondern eben Ehrfurcht vor Tatſachen, Hingabe an Gottes Zwecke und Wege. Als Äußerung und Bewährung der ſeeliſchen Kraft und ehrlich vollſtändigen Hingabe iſt die Genauigkeit der Leiſtung von unerſetzlichem Wert; keine noch ſo flammende Begeiſterung, kein überſchäumendes Gefühl kann ſie erſetzen. Denn nur das volle und reſtloſe Aufgehen der eigenen Perſon in der als wertvoll erkannten Sache iſt fähig zu einem feſten und ſtarken, in runder Vollendung und genauer Arbeit hingeſtellten Werk.

Wie ſehr die deutſche Folgerichtigkeit und die katholiſche Gewiſſenhaftigkeit einander verſtehen und berühren, das zeigt die peinliche Empfindung, die ein Deutſcher, mag er nun Katholik oder Proteſtant ſein, in manchen Kirchen Italiens nicht los wird. Die Unehrerbietigkeit des Betragens, die man dort ſieht, die Ungenauigkeit der Zeremonien, die Läſſigkeit der Bewegungen und der Haltung verletzen dort offenbar die kirchlichen Vorſchriften und erzeugen ſo den abſtoßenden Eindruck, daß es mit der Innerlichkeit und Redlichkeit dieſes Volkes nicht weit her ſei, daß es an einer vollen und ernſtgemeinten Hingabe an das Heilige fehle. Dieſer Eindruck mag falſch ſein, aber daß wir Deutſche ihn nicht überwinden können, beweiſt, bis zu welchem Grade wir ein Aufgehen des ganzen, auch des äußeren Menſchen in der Sache fordern. Aus dem gleichen Grunde können wir den Ekel vor der franzöſiſchen Rhetorik nicht unterdrücken; wir vermeinen hier den leeren Hohlraum zu ſpüren, der unter den geſchwollenen Phraſen gähnt.

Die ſelbſtvergeſſene Hingabe an die Sache hat ihre praktiſch wichtigſte und folgenreichſte Äußerung in der aufopfernden Zucht des Denkens und Wollens, mit der ein rechter Deutſcher in das Gemein-

ſame ſich einfügt; die deutſche Organiſationskunſt, die den Neid und die Bewunderung unſerer Feinde erzwungen hat, iſt weniger eine Errungenſchaft genialer Denker und geiſtreicher Organiſatoren. Daran fehlt es auch anderwärts nicht. Die Organiſation iſt weſentlich das Werk der Organiſierten; ſie hängt ab von dem Gemeingeiſt, von dem Ordnungsſinn, von der Selbſtaufopferung und dem Zweckwillen, womit der Einzelne ſich willig hingibt in die Feſſel des Verbandes. Was die gigantiſchen Organiſationen der deutſchen Armee, der deutſchen Beamtenſchaft, der deutſchen Lebensmittelverſorgung, der zahlreichen ſozialen und charitativen Vereinigungen ermöglicht und geſchaffen haben, das danken wir der freien, ſinnvollen und ſinnbewußten Selbſtverleugnung, mit der alle Einzelnen auf ihre Sondermeinung, ihre Einfälle, ihre Eigenheit und Eigenſucht verzichten zugunſten der gemeinſamen Sache.

Nichts anderes iſt aber auch die Kraft, die den katholiſchen Kirchengedanken mit ſeiner ganzen gewaltigen Wucht in die Seelen der Einzelnen hineinbaut, die den Katholiken in das rechte und reibungsloſe Verhältnis zu jeglicher als rechtmäßig anerkannten Autorität hineinrückt: die ſelbſtverleugnende Kraft des Sachwillens, die ehrliche und ganze Hingabe des Perſönlichen an den notwendigen und wertvollen Zweck.

Jede Eigenart, mag ſie an ſich noch ſo geſund und tüchtig ſein, birgt die Gefahr einſeitiger Übertreibung und eigentümlicher Entſtellung in ſich. Die gerade und ehrliche Hingabe des Deutſchen an die Sache, ob es nun um individuelle oder gemeinſame Zwecke, um ſtaatliche, kirchliche oder private Organiſationen ſich handelt, iſt bis aufs Mark feindſelig und unverträglich mit dem ſchrankenloſen Individualismus, der Ungebundenheit, dem willkürlichen Ausleben und Sich-gehen-laſſen. Aber gerade da liegt auch eine Gefahr nahe, die Gefahr, auch gegen das Individuum und das Individuelle feindſelig aufzutreten. Im Ausland hat man die deutſche Unfreiheit und Unteroffiziersherrſchaft, den deutſchen Beamten-Bureaukratismus, und das ſchulmeiſterliche Pedantentum bis ins Ungeheuerliche und Abenteuerliche übertrieben. Aber ſcharfſichtig, wie Feinde nun einmal ſind, haben ſie hier tatſächlich eine kritiſche Stelle herausgefunden. Der deutſche Staatsgedanke birgt in ſich die Neigung und Anlage zur Omnipotenz, wo der Staat zum Selbſtzweck wird, und der Bürger

nur mehr ein Rädchen iſt in einer Rieſenmaſchinerie, wo das Individuum ſeinen Eigenzweck und Eigenwert, ſeinen höchſten Perſönlichkeitswert verliert und zum bloßen Mittel herabgedrückt wird. Das Schema und die „Ordnung" wird dann höher geachtet als der freie Menſch und ſein Recht. Das Numerieren, Klaſſifizieren und Rubrizieren wird zu einer Art trockener Leidenſchaft, zähe wie Leder, und gerade die kleineren und engeren Geiſter können ſich dieſem ledernen Zwang des Offiziellen, des Vorgeſchriebenen, des Korrekten und Geordneten nicht mehr entziehen. Dies war es wohl auch, was Wilh. Raabe in „Alte Neſter" beklagte: „Wenn unſere großen Leute dann und wann vielleicht weitherziger als die irgendeines anderen Volkes ſind, ſo ſind dagegen unſere kleinen häufig in eben dem Grade kärglicher, kleinlicher, engherziger, mürriſcher und unzufriedener als irgendeine Menge, die eine andere Planetenſtelle bewohnt."

Nun vermag gerade der Katholizismus trotz der Unerbittlichkeit, mit der er das Individuum einordnet und unterordnet, doch einen unvergänglichen und weſentlichen Beſtand von Freiheit und Urſprünglichkeit aufrecht zu halten, und damit könnte er dem deutſchen Charakter ergänzend und bewahrend, und wo es not tut, ſogar mildernd und befreiend zur Seite treten. Im Weſen des Katholizismus liegt eine Art von Individualismus, die in der Inſchrift auf dem Preyſingſtein im Walde bei Gauting zum Ausdruck kommt: „Stehen in Gottes Gnad, macht ſtehen allzeit grad." An der entſcheidendſten Stelle, wo es um den höchſten Lebenszweck ſich handelt, wird ein Eigenwert der Einzelperſönlichkeit behauptet, der alle Gemeinſchaftszwecke überragt und in ſich ſchließt. Ja ſelbſt die Kirche iſt nur ein Mittel, das der Seele des Einzelnen zu dienen hat; auch ſie iſt für den Menſchen da, und um des Heiles auch der geringſten Seele willen. Darum beſteht in dieſer Kirche ſtets die Möglichkeit, daß gewaltige Perſönlichkeiten aufſtehen und überlebte Formen durchbrechen und niederſtürzen. Auch die ſtarrſten Formeln einer althergebrachten Bureaukratie und eines durch Jahrhunderte geſchulten und gefeſtigten Beamtentums haben es nicht zu verhindern vermocht, daß immer wieder von Zeit zu Zeit neue Quellen aufſprangen, neuartige und unerhörte Individualitätsformen, wie es die Ordensgründungen meiſt waren, ſich Bahn brachen, und die Männer der Ordnung und des Herkommens zwangen, ihre Geleiſe umzubauen, dem neuen Strom ſein Bett

und seine Stoßkraft zu lassen. Und indem sie das taten, haben sie selbst beigetragen, den Strom neuen Lebens in die alten Formen hineinzuleiten und den ganzen Organismus wieder zu verjüngen.

Es hängt gewiß mit dem Ordnungs- und Reinlichkeitssinn des deutschen Volkes zusammen, daß es bis auf den heutigen Tag eines der feudalsten Völker der Welt geblieben ist. Man liebt hier das Standfeste und Zuverlässige, also das Beharrende. Auch die Stände und Gesellschaftsklassen sollen darum an gehörigem Orte ein für allemal eingereiht sein. Das Vagabundieren durch alle Höhen und Tiefen der Gesellschaft, wie es in demokratischen Ländern selbstverständlich ist, würde im deutschen Hause als eine zweckwidrige und unzulässige Erregung von Unruhe und Wirrwarr und als eine unpassende Verschleppung von Staub und Schmutz angesehen. Die starken Familientraditionen und der ganz ähnlich wirkende Offizierskorpsgeist der einzelnen Regimenter, besonders der feudalsten unter ihnen, sind typisch und wiederholen sich in allen Kreisen; sie gehen durch das ganze Volk wie ein starres Knochengerüst, das trägt und versteift, aber auch die einzelnen Teile des Volkskörpers in gemessener und strammer Entfernung voneinander befestigt.

Auf die möglichen Gefahren und Härten, die hierin liegen, haben unsere Feinde uns bereits mehr als genügend aufmerksam gemacht. Der Klassen- und Kastengeist ist vielleicht bei uns nicht mächtiger als bei den anderen europäischen Völkern, aber wir scheuen uns weniger, ihn auch anzuerkennen und zum Grundsatz zu erheben. Das deutsche Volk erscheint als undemokratisch, als verjunkert und rückschrittlich, und dieser Eindruck regt bei unseren Nachbarn im Westen und Süden die heftigsten Abwehr-Instinkte gegen uns auf.

Trotzdem dürfen und wollen wir uns nicht französischen oder amerikanischen Demokratismus wünschen. Er würde dem deutschen Wesen ganz und gar nicht liegen. Gewiß hat unser System seine Gefahren und Übelstände; aber sie werden nicht beseitigt durch jene Sorte von Demokratie, die nur gleichmachen und vermengen, nicht aber organisch gestalten kann. Die soziale Arbeit, die seit einigen Jahrzehnten in Deutschland geleistet wird, mustergültig und fruchtbar, wie sonst nirgends, hat uns den Weg gezeigt, wie die Gefahr eines engen und rückständigen Kastenwesens, die Gefahr sozialer Entfremdung und Zerklüftung der einzelnen Volksschichten behoben werden kann,

ohne daß das Knochengerüſt des Volkskörpers erweicht und ſeine organiſche Gliederung gebrochen wird. Dieſe ſoziale Arbeit iſt nun aber unter eifrigſter Beteiligung und teilweiſe nach dem bahnbrechenden Beiſpiel des katholiſchen Volksteils begonnen und durchgeführt worden; und das iſt kein Zufall. Die hierarchiſche, nach einer unveränderlichen Verfaſſung gegliederte katholiſche Kirche könnte man in gewiſſem Sinne die feudalſte Einrichtung der Welt nennen. Aber ſie braucht ihre Feudalität nicht auf die oft genug ſinnwidrigen Zufälle der Geburt und der Grundbeſitzverteilung aufzubauen, ſondern nur auf die unſichtbaren Charismen göttlicher Weihe und Geiſtesmitteilung. Darum iſt der ſtarre, auf Jahrtauſende berechnete und gefügte Bau dieſer Kirche doch zugleich durchſtrömt von dem lebendigſten und beweglichſten Demokratismus. Alle Unterſchiede von Geburt und Vermögen ſind in ihr, wenigſtens grundſätzlich, aufgehoben. Sie iſt die Kirche, die von purpurgekleideten Fürſten regiert und von einer dreifachen Krone überragt, und zugleich von den Bauern und Frauen, vom Arbeitervolk und den Bettelmönchen geliebt und verehrt wird. Stets fand in ihr ein ungehemmtes und freies Auf- und Abſteigen ſtatt, von ihren Fürſtenthronen herab in die Tiefen des Volkes, und aus den Hütten hinauf zu den vatikaniſchen Höhen. Auf dem Grundſatz einer allumfaſſenden ſozialen Gerechtigkeit und einer wahrhaft brüderlichen Liebe hat ſie die prunkvollſte Hierarchie verwirklicht. Der junge, glühende, ſchüchterne Neuprieſter, der zum erſtenmal inmitten von Licht und Blumen das heilige Opfer darbringt, erſcheint ſeinem Heimatdorfe und ſeiner Verwandtſchaft weit hinausgehoben in die ſtrahlenden Höhen eines heiligen und hochwürdigen Amtes, und doch iſt er nun erſt recht einer der Ihrigen. Er iſt die Erfüllung des ſtolzeſten Traumes demokratiſcher Gleichheit, wo nichts mehr gilt als der göttliche Adel und der Adel der Seele, wo die Paläſte um eines ſolchen Adels willen ſich vor den Hütten neigen, und die Fürſten ſich vom Bauernſohn richten laſſen.

II.

Das Formale der deutſchen Kultur, die ehrliche, ſelbſtvergeſſene Hingabe an die Sache konnten wir mit Recht ſchon als einen Teil ihres Idealismus bezeichnen. Denn wenn es auch an ſich möglich und denkbar wäre, daß eine ſolche Hingebung und Redlichkeit verſchwendet

wird an eine Minderwertigkeit, an kleine und kleinliche Sachen, so ist doch die Menschenseele tatsächlich zu groß und vornehm angelegt, als daß sie auf die Dauer und im Leben eines ganzen Volkes sich wegwerfen könnte. Der deutsche Charakterzug strenger und ernster Sachlichkeit ist nur möglich, weil die deutsche Seele von *großen* Dingen und Zwecken, von Idealen erfüllt ist, weil die deutsche Kultur *auch inhaltlich ein Idealismus* ist.

Es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß eine nationale Eigenart des Deutschen geradezu seine Empfänglichkeit für das Übernationale, für das Weltweite und allgemein Menschliche ist. „Vergessen wir es nie, vergessen wir es auch nicht in diesen Tagen, daß eine gewisse tiefste Wurzel dessen, was man „Kosmopolitismus" nennen darf, selbst ein Wesensmerkmal des Deutschen, gerade als eines eigentümlichen nationalen Geistes ist." (Max Scheler: Der Genius des Krieges und der Deutsche Krieg, Seite 214.) Und ganz allgemein ist es ein Merkmal unseres Wesens, daß wir uns nicht beruhigen können, ehe wir eine Frage wenigstens zu Ende gedacht; daß unsere brennendsten Fragen und unsere größten Begierden erst erwachen, wenn wir uns vor Grenzen und Schranken gestellt finden; daß der deutsche Michel erst recht lebendig wird, wenn man ihn drückt und einzwängt — was auch von seinem geistigen Leben gilt. Das Besondere und Begrenzte des Einzelnen und des Zufälligen weckt in uns schmerzlichen Drang, darüber hinauszufliegen zum Allgemeinen und Notwendigen und Ewigen, zum Allumfassenden und unbeschränkt Gültigen. So entsteht der Charakter des Weltgroßen, des Kosmopolitischen, des Internationalen — all diese Ausdrücke sind sehr unzureichend — der die deutsche Literatur und Wissenschaft kennzeichnet, ja sogar auch die deutsche Kunst, besonders die Musik, die doch ihrem Wesen nach Aussprache des Eigensten und Allerpersönlichsten ist. Wenn aber gesagt würde, wir Deutsche verstünden in fremde Eigenart und ausländisches Wesen uns leicht und sicher einzuleben und einzufühlen, so wäre das nicht eigentlich genau richtig. Nicht für das Fremde und Ausländische sind wir unserem besten Geiste nach empfänglich, sondern für das Allgemeine, das Menschliche, das reine Menschentum, das nicht gebunden ist an geographische oder politische oder sonstwie zeitgeschichtliche Zufälle, oder an ethnologische und biologische Differenzierungen. Karl Muth hat in seinem Beitrage: „Das

Allgemeinmenſchliche in deutſcher Art und Kunſt" (In „Deutſche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg", herausgeg. von Gg. Pfeilſchifter) im einzelnen gezeigt, daß unter allen Literaturen der Welt keine ſo wenig national eingeſchränkt iſt wie die deutſche. „Es ſei denn, daß man gerade dies als ihren auszeichnend nationalen Charakter anſehe, daß ſie ſich nur die höchſten Angelegenheiten des Menſchenlebens zur Aufgabe ſetzt und ſie mit jener echten deutſchen Hingabe und Lebensgläubigkeit durchführt" (S. 436 f).

Es iſt alſo ein katholiſcher, d. h. allumfaſſender, weil allmenſchlicher Zug im deutſchen Weſen. Derſelbe Zug, welcher dem Chriſtentum ſchon von Anfang an einen ſo auffälligen, in der antiken, gebundenen Welt befremdenden Geſichtsausdruck gegeben hat. In der Dogmatik und Moral der katholiſchen Kirche ſind keine beſonderen Abſchnitte für die einzelnen Völker und Stämme, Raſſen und Länder zu finden. Ihre Erlöſungs- und Gnadenlehre, wie ihre Eschatologie handeln vom „Menſchen" und immer wieder nur vom Menſchen. Ecce homo! Der Menſch, nicht der Hellene oder Barbar, nicht der Jude oder der Grieche iſt der Gegenſtand göttlicher Heilstaten und der Träger des Heilswirkens. Hier, im Menſchlichen, liegt alſo der Punkt, wo Dante und Goethe einander begegnen, wo die Fauſttragödie unmittelbar an die Divina Commedia grenzt. Weil die eine deutſch iſt und die andere katholiſch, darum ſind ſie beide echt menſchlich.

Das Zuſammenwirken des katholiſchen Geiſtes in der Kirche und in der deutſchen Nation könnte uns eine höhere Gewähr der Sicherheit und des Erfolges bieten. Nicht immer haben wir Deutſche es vermocht, auf unſerem Fluge über die Grenzen der Länder ohne weiteres das Echte, Wertvolle, das menſchlich Verwandte und Bleibende herauszulöſen aus dem Wuſt des Fremden und Unpaſſenden. Wir haben Menſchen geſucht und oft nichts als Ausländer heimgebracht. Fremde Mode, fremden Schein, fremden Zynismus und fremde Laſter! Die Ausländerei des deutſchen Volkes iſt eine ſeiner traurigſten Manien geweſen. Aber auch ſie iſt nicht bis auf den Grund und Kern fehlerhaft; ſie iſt nur eine Verirrung, ein Verſehen und Vergreifen jenes wahrhaft idealiſtiſchen Triebes unſerer Seele, der uns nicht ruhig und ſelbſtzufrieden werden läßt in alltäglicher, in kleiner und gemeiner Enge, der uns immer wieder hinaustreibt, das

Weite und Ewige zu ſuchen, der uns die reine Empfänglichkeit gibt, und jegliche Perle ſchätzen läßt, die da liegen mag auf dem Grunde aller nahen und fernen Meere. In den katholiſchen Glaubens- und Sittennormen liegt nun aber eine wertvolle Hilfe gerade für ſolche empfängliche und ſuchende, weltoffene Seelen. Die katholiſche Kirche tritt von vornherein den Neuerungen und Einfällen des Zeitgeiſtes und der wechſelnden Mode mit einer Ablehnung entgegen, ſo lange, bis dieſe ſelbſt ihr Recht erwieſen und ihre Kraft bewährt haben. Vielleicht hat ſie hie und da allzu lange gewartet und allzu kritiſch geſichtet; jedenfalls hat ſie genug harte Scheltworte dafür hören müſſen. Aber gerade ihre weltkundige und vorſichtige Führung könnte einen Geiſt, der wie der deutſche auf Weltwanderung auszieht, vor manchen Täuſchungen bewahren. Die über den Völkern ſtehende und zugleich allen Völkern immanente Kirche, vor der es kein Ausland gibt, die jede Nation aus langer und mühſeliger Erziehungsarbeit kennen gelernt hat, gerade ſie und ihr geſundes Mißtrauen könnte dazu beitragen, das deutſche Volk vor ungeſunder Ausländerei bewahren zu helfen.

Auch das Menſchliche iſt nur allzu menſchlich. Auch im reinen Menſchentum müſſen wir noch Begrenzung und Schwäche finden. Es iſt nicht das Ewige, das unfehlbar und unwandelbar Gültige, nicht das Abſolute. Darum ſuchen wir auch im Menſchen nicht das Menſchliche um ſeiner ſelbſt willen, ſondern als Offenbarung und Ausdruck des Göttlichen. Unter wie vielen Namen und ſeltſamen Philoſophien dieſes Suchen auch ſich verbergen mochte, das Überweltliche und Ewige als Norm und Geſetz des Lebens, als Quelle des Sittlichen und Heiligen hat auch die deutſche Geiſteswiſſenſchaft in ihren bedeutendſten Richtungen und in dem großen Zug ihres Hauptſtromes nie verleugnet. Es hat freilich auch hier Außenſeiter gegeben. Aber dem deutſchen Volk im ganzen und in ſeinem naturwüchſigen Denken und praktiſchen Handeln iſt kein Weſen ſo fremd und unverſtändlich, wie der reine Poſitivismus und der platte Utilitarismus. Denn da iſt keine Ehrfurcht mehr möglich, und die Ehrfurcht vor ewigen und überſinnlichen Dingen, vor Gott und Pflicht, vor Treue und Gerechtigkeit, das iſt der beſte und innerſte Beſtandteil des deutſchen Idealismus. Aus dieſer Ehrfurcht fließt auch die ernſte Hingabe an jede große Sache, fließt die ſtarke, wahrhaft männliche Zucht und Wil-

lenskultur und die ſtramme Haltung des inneren und äußeren Menſchen, die von Grund aus unverträglich iſt mit ſchlappem Sich-gehenlaſſen und mit weichlicher Genußſucht. Die Erziehung zur Ehrfurcht iſt es, die das deutſche Haus ernſt und rein und ſtark gemacht hat. Darum hieß es in der Tat ans Lebendige rühren, wenn noch unmittelbar vor dem Kriege der feindliche Zeitgeiſt gerade an der Pädagogik der Ehrfurcht im deutſchen Elternhaus rüttelte. Sein Sieg würde hier den Grundton des deutſchen Idealismus und damit auch des deutſchen Charakters ausgelöſcht haben. An die Stelle der Reinheit und Ehrfurcht wäre der frivole und blaſierte Sinn der Entwurzelten und Emanzipierten getreten.

Dieſer deutſche, wahrhaft ethiſche Idealismus, dieſes Hinausſtreben über den gemeinen Nutzen, dieſe Ehrfurcht vor dem Geiſtigen und Überweltlichen, dieſes Trachten nach dem Abſoluten muß der katholiſchen Kirche wahrhaft aus dem Herzen geſprochen ſein. Sie erkennt darin Geiſt von ihrem Geiſt, und einen fruchtbaren Boden für die Übernatur, die ſie vermittein will; wie auch umgekehrt kein anderes Weſen ſo unempfänglich iſt für katholiſche Frömmigkeit, als die tieriſch triebhafte oder auch zyniſche und ſkeptiſche Idealloſigkeit, die in materiellem Behagen ſich befriedigt, oder in blaſierter Überſättigung der Genußgier verzweifelt. Man hat der katholiſchen Kirche vorgeworfen, daß ſie den Menſchen erniedrige und in Dienſtbarkeit zwinge. Daran iſt allerdings ſo viel wahr, daß ſie den Menſchen in Ehrfurcht ſich niederwerfen läßt vor Gott und Gottes Gebot und Gottes Offenbarung, daß ſie ihn zum gelehrigen und empfänglichen Kinde macht gegenüber der göttlichen Gnade. Nichts iſt ihr ſo in der innerſten Seele zuwider, wie jedes Non serviam, die Ehrfurchtsloſigkeit, die trotzige oder kindiſche Emanzipation, die ſelbſtgenügſame Unempfänglichkeit des Mephiſtogeiſtes, der „an nichts keinen Anteil nimmt“. Darin alſo weiß ſie ſich mit dem Beſten verwandt und einig, was in der deutſchen Seele lebt, und wenn das unverdorbene, kindlich heitere und fromm ehrfürchtige Gretchen ein Symbol des geſunden und echten deutſchen Volksgeiſtes iſt, dann muß es wahrhaftig ein Herzensanliegen der Kirche ſein, dieſe reine und rührend ſchöne Gretchenſeele bewahrt zu ſehen vor Mephiſto und ſeinem Schüler, vor materialiſtiſcher und idealloſer Genußſucht und Frivolität. Die unerſchöpflichen Kräfte, die der katholiſchen Kirche zu Gebote ſtehen, um

das Leben des Einzelnen und des Volkes vor ſittlicher Fäulnis und Selbſtzerſetzung zu bewahren, ſind denn auch allſeits anerkannt worden. Wir wiſſen heute, daß das katholiſche Eheleben, wo es ſich noch erhalten hat, ein Jungbrunnen des deutſchen Volkes iſt.

Dieſe innerſte Seelenverwandtſchaft in der deutſchen Kultur und im Katholizismus, dieſe gemeinſame Anbetung und Ehrfurcht vor dem Übermenſchlichen und Göttlichen, macht es nun deutlich klar, daß es durchaus kein geſchichtlicher Zufall war — ſelbſt wenn es ſolche Zufälle gäbe —, daß das deutſche Volk ſo viele Jahrhunderte hindurch die Vormacht des abendländiſchen Chriſtentums ſein durfte und der Schutzherr der Kirche. Dieſe mittelalterliche Schutzherrſchaft hatte kaum eine Ähnlichkeit mit modernen Protektoraten. Sie war ideal gedacht, echt deutſch ideal, nicht als politiſche Berechnung, wenn auch politiſche Nebenabſichten der Kaiſer mitſprachen, ſondern als eine ernſt gemeinte Berufsaufgabe, die von der Vorſehung dem deutſchen Volk übertragen war, und von dieſem und ſeinen Fürſten mit den beſten Kräften aufgenommen und ergriffen wurde; und ſo iſt ſie ein ſchimmerndes Gottesgnadentum eigenſter Art geweſen. Seitdem hat die Kirchenſpaltung viel von der ſchönen Harmonie dieſes Berufsglaubens zerſtört. Und wie der proteſtantiſche Volksteil Deutſchlands heute von einer Rückkehr zur römiſchen Mutterkirche vielleicht weiter entfernt iſt als je, ſo denkt er auch nicht einen Augenblick an ein neues, ideal erfaßtes Schützeramt gegenüber dieſer Kirche. Es iſt auch gewiß, daß in keinem Lande der Welt der Proteſtantismus mit ſolchem Ernſt und ſolcher Energie auf die Wahrung der Güter bedacht iſt, die er durch die Reformation gewonnen glaubt. Aber wir möchten annehmen, dieſe entſchiedene Stellungnahme beruhe doch, trotz ihrer Feindſeligkeit, die hie und da zutage tritt, ſchließlich auf einer Seelenverfaſſung, wie ſie die katholiſche Kirche als die beſte Vorausſetzung ihres Wirkens auch bei allen anderen ſogenannten katholiſchen Völkern wünſchen muß: auf jenem Idealismus, der das Heiligſte auch am ernſteſten nimmt, der in Fragen der Religion und des ewigen Heiles keine Halbheit und Schwächlichkeit kennt. Der religiöſe Indifferentismus, dieſer ſchlimme Feind der katholiſchen Kirche, hat in Deutſchland weniger Gefolgſchaft gefunden als anderswo, und wird ſie auch nicht finden, ſo lange das deutſche Volk deutſch bleibt, d. h. ideale Dinge mit ernſten und ungeteilten Sinnen ergreift.

Unſer Volk hat eine herrliche und große Geſchichte erlebt, in den Jahrhunderten der Glaubenseinheit. Seine Traditionen reichen in urgeſunde Tiefen; darum muß ſein Idealismus folgerichtig auch konſervativ ſein. Nicht um eine politiſche Parteibezeichnung handelt es ſich hier, ſondern um den Geiſt der Ehrfurcht gegenüber den geſchichtlich überlieferten Heiligtümern, um den Geiſt der Pietät gegen das heilige Erbe der Vorfahren. Daß in Deutſchland allein die ſchönſten Dome ausgebaut wurden, iſt nur ein Zeichen neben vielen anderen, die für die Pietät unſerer Kultur ſprechen. Solche Pietät iſt immer auch mit Gemüt verbunden, ja ſie iſt vielleicht das Weſen des deutſchen Gemütes, dieſes weltberühmten und viel verſpotteten, dieſes wahrhaft beneidenswerten deutſchen Gemütes. Es iſt ſchließlich nichts anderes als das Nachklingen und Weiterklingen, mit dem die reine und ſchöne Vergangenheit noch zur Gegenwart redet; ob es nun die Vergangenheit der Kindheit und des Elternhauſes, oder der völkiſchen Jugend iſt, immer iſt das deutſche Gemüt ein treues Bewahren und ein frommes Verklären deſſen, was dereinſtmals geweſen, eine zarte Verehrung des heiligen Mutterſchoßes, aus dem wir hervorgewachſen. Nur in wirklich tiefen und hohen Seelen können ſolche Schwingungen Platz finden, denn ſie ſind lang und ſtark wie die Grundwellen des Meeres, es ſind Schwingungen der Jahrhunderte: Wahres Gemüt iſt immer eine Tiefe.

Man kann nun auch von einem ſpezifiſch katholiſchen Gemüt ſprechen. Das heilige Rauſchen einer gotterfüllten Vergangenheit, angefangen von den erſten Geiſtesregungen im alten Bunde bis zur großen Ausgießung des Göttlichen, die in Jeſus Chriſtus erfolgte, und von da an in allen Heiligen und Heroen der chriſtlichen Geſchichte, die ihresgleichen nirgends mehr hat, dieſes Rauſchen, ernſt wie die Ewigkeit und majeſtätiſch wie die alten chriſtlichen Gotteshäuſer, erfüllt die katholiſche Seele und um ſo mächtiger entfalten ſich ſeine Schwingungen, je tiefer und geräumiger die Seele iſt. Und wo ſie gar in einer Seele anklingen, die bereits von uralten Traditionen und erblich gewordener Pietät ſo vertieft iſt, wie die deutſche Seele, da müſſen Wellen des Gemütslebens von ſeltener Kraft und Reinheit ſich ausbilden. Die Vereinigung von deutſchen und katholiſchen Traditionen, die wechſelſeitige Induktion, mit der katholiſches und deutſches Gemütsleben aufeinander wirkte, hat die alte deutſche

Kunſt geſchaffen, der gegenüber ſelbſt die italieniſche Farbenglut nur kühl und froſtig iſt, hat auch die deutſche Myſtik und zahlloſe Dichtungen gottſeliger Gemüter geſchaffen, vor denen jeder franzöſiſche „Geiſt“ noch flach und ſeicht erſcheint. Vielleicht fehlt uns in merklichem Grade die Gabe ſchneller und funkelnder Inſpirationen, gelungener und ſprühender Einfälle. Aber dafür iſt uns die Gabe der Stimmungen, der tiefen und ahnungsvollen Empfindungen gegeben, das unſchätzbare Talent eines klaren und feſten und zugleich lebenswarmen Intellektualismus. Was in unſerem Geiſte leuchtet, iſt immer auch wärmende Glut, und alle Feuerbrände unſerer Seele ſind zugleich hell und klar, ungetrübt von Qualm und Schwüle.

Aber auch das deutſche Gemüt hat ſeine Verſuchungen und Gefahren. Es iſt von jeher geneigt geweſen, unwirkliche Welten auszuſinnen und mit ſchwärmeriſcher Naivität auszuſchmücken. Der Idealismus wird dann leicht weltfremd, und entweder dichteriſch zart und kränklich, oder theoretiſch gelehrt und trocken. Der Idealismus ſelbſtvergeſſener Hingabe wird nur durch eine feine und faſt unſichtbare Linie geſchieden von ſelbſtverlorener Grübelei und Träumerei. Wenn unſere Feinde heute ſich das deutſche Volk der Dichter und Denker zurückwünſchen, dann meinen ſie das Deutſchland aus der Zeit ſeiner Erniedrigung, einen wahren Ritter von der traurigen Geſtalt, den blöden deutſchen Jungen, der ſich nicht zu helfen weiß und von böſen Kameraden genarrt und gehänſelt wird. Es iſt nicht zu leugnen, daß in der deutſchen Gemütstiefe und Gemütsnaivität eine Anlage zu dieſem „Dichter- und Denkervolk“ ſteckt. Und das deutſche Dichten wie das deutſche Denken führen beide leicht zu den gleichen Exzeſſen, die lebendige Zuſammenhänge zerreißen, auch im Volke ſelbſt; ſo daß es in die weltfremden Dichter und Denker auf der einen Seite, und in eine idealloſe Maſſe auf der anderen zerfiele.

Ob nicht gegen dieſe Einſeitigkeiten eine Vorbeugung und Heilung im katholiſchen Gemütsleben läge? Es iſt eine Eigenart des Katholizismus — was ihn von dem orientaliſchen, ruſſifizierten Chriſtentum ſcharf unterſcheidet —, daß er ſeine Ideale mitten in die Alltäglichkeit hineinträgt, daß er auch hochfliegende Ideale ernſthaft und kühn zu verwirklichen und zugleich klug, mit leiſer und weicher Hand den harten Forderungen gegebener Tatſachen anzupaſſen ſucht. Das katholiſche Gemüt, ſo zart und innig es iſt, hat darum mit

uſerloſen Träumen nichts gemein; es bewahrt eher davor. Es liebt die undeutlichen Horizonte nicht, wo Himmel und Erde, Gott und Welt, Kirche und Staat nebelhaft ineinander verſchwimmen, ſondern zieht klare Linien und ſtellt feſte Begriffe und ſcharf umriſſene Geſtalten in das Geſichtsfeld. Es gibt darum nichts in der Welt, was ſo weich und warm und zugleich ſo nüchtern und ruhig iſt, wie die Begeiſterung echt katholiſcher und zugleich echt deutſcher Herzen.

* *
*

Das deutſche Weſen iſt dem Katholizismus ſo vielfach und nahe verwandt, bietet den katholiſchen Gedanken und Idealen einen ſo empfänglichen und kräftigen Boden, daß — menſchlich geſprochen — es ein unerſetzlicher Verluſt für die katholiſche Kirche wäre, wenn ihr je dieſes Volk entfremdet und entriſſen würde. Aber auch dieſe Kirche kommt nicht mit leeren Händen zum deutſchen Volke. Man hat auch von proteſtantiſcher Seite die Kirchenſpaltung als das größte Unglück Deutſchlands bezeichnet, dann aber auch gemeint, nachdem die Spaltung einmal geſchehen war, hätte die Gegenreformation nicht die völlige Loslöſung von der Kirche Roms verhindern ſollen. Aber nicht etwa bloß von katholiſchem, ſondern auch von kulturhiſtoriſchem und kulturpſychologiſchem Standpunkt aus müſſen wir es als ein Glück bezeichnen, daß der unerſchöpfliche Vorrat von reinſtem Idealismus, über den die katholiſche Kirche verfügt, immer noch Wege findet, um den Adern des deutſchen Volkes ſich mitzuteilen. Möchte dieſe Zufuhr auch niemals unterbunden werden! Denn ſolange der Idealismus unſeres Volkes nicht erſchöpft wird, dürfen wir an unſere Zukunft glauben. Ebenſolange kann der deutſche Name nicht ausgelöſcht werden aus dem Buche des Völkerlebens. Denn der Idealismus iſt etwas Siegreiches und Unſterbliches. So oft die Menſchheit für Ideale kämpfte, hat ſie geſiegt. Ihre ſchönſten Kriege ſind von jeher Freiheitskriege geweſen, wahrhaft idealiſtiſche Kriege, wo die idealiſtiſchen Dichter an der Spitze todgeweihter Scharen ritten. Niemals aber in der Weltgeſchichte hat die Engherzigkeit, die kleinliche und kümmerliche Nützlichkeitsmoral, das „Reich der Selbſtſucht", das „den bloßen ſinnlichen Eigennutz zum Antriebe aller ſeiner lebendigen Regungen und Bewegungen hat" (Fichte, Reden an die

deutſche Nation), mit einem Wort: die bare Idealloſigkeit, die hat niemals einen rechten und wahren Erfolg errungen. Sie iſt es vielmehr geweſen, die Deutſchlands Erniedrigung ſchon einmal verſchuldet hat. Aber gerade da ſah Fichte im Geiſte den Anbruch eines „neuen Zeitalters, das der Zerſtörung des Reiches der Selbſtſucht unmittelbar folgen kann und ſoll: Die Morgenröte der neuen Welt iſt ſchon angebrochen und vergoldet ſchon die Spitzen der Berge und bildet vor den Tag, der da kommen ſoll.“ Auch wir glaubten beim Ausbruch dieſes Krieges ſolche helle und freudige Viſionen zu ſchauen. Wenn ſie in Erfüllung gehen ſollen, dann kann es nur geſchehen durch diejenigen, welche an überirdiſche Sterne glauben, an ein unſichtbares Licht und an Heiligtümer und Myſterien, und die für dieſen Glauben das Sichtbare opfern können und zu ſterben wiſſen, damit etwas Größeres werde und lebe, die alſo „das Reich der Selbſtſucht“ in ſich ſelbſt zerſtört haben, die echten Söhne des Idealismus. Solche Kinder miteinander zu zeugen in friedlichem Zuſammenwirken, ſind die deutſche Kultur und der Katholizismus berufen; denn ihre gemeinſame Lebenskraft und Fruchtbarkeit iſt eben der Idealismus.

Abſchnitt II:

Friede unter den Konfeſſionen und kirchlichen Parteien.

Protestantismus und Katholizismus im neuen Deutschland.

Von Martin Rade.

1.

Das Novemberheft 1915 der „Süddeutschen Monatshefte“ erschien unter der Überschrift „Friedensziele“. Von diesen Zielen stand voran der „Friede zwischen den Konfessionen“. Ohne Zweifel war das ein Ausdruck für die Sehnsucht vieler.

Zur Sache bot das Heft drei Predigten. Die erste von einem katholischen, die zweite von einem jüdischen, die dritte von einem evangelischen Prediger. Alle drei über denselben Text Hosea 10, 12: „Säet Gerechtigkeit und erntet Liebe; pflüget ein Neues, weil es Zeit ist . . .“

Uns interessiert hier am meisten die Rede des katholischen Priesters. Er redet im Felde zu seinen Soldaten. Und er redet von der echten wahren Toleranz. Die große Zeit hat uns Deutsche zusammengeschmiedet, auch mit unserer Religion. Ein jeder seiner eigenen Überzeugung froh geworden, haben wir zugleich gelernt, fremde Überzeugung verstehen. In jener Stunde schwerster Not, als unser Kaiser das Wort sprach: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche! „war dahingeschwunden alles religiöse Mißtrauen“. Nachdrücklich wendet sich der Prediger — Privatdozent Dr. Aufhauser aus München — an die Erfahrung der Kameraden draußen im Felde: „Du sahst deine (protestantischen) Brüder, wie sie in den seelischen Entbehrungen und Erschütterungen des Schützengrabens vor der Majestät des Todes nicht bangten, gleich dir im trostreichen Gebete und Liede Gottes Nähe fühlten . . . Du hörtest mit ihnen das entsühnende und ermunternde Wort des dankbar begrüßten (protestantischen) Feldgeistlichen . . . Auf dem Schmerzens-

lager des Lazarettes vernahmst du an der Seite deines zu Tode verwundeten oder mit schwerer Krankheit ringenden Kameraden das tröstend warme Wort des (protestantischen) Geistlichen ... Allen ohne Unterschied des Glaubens bot er euch seine Liebe, verkündete er euch mitten in den Schrecknissen des Weltkrieges die hoffnungsreichste frohe Botschaft aus einer Welt des Friedens und des Geistes: Unsterblichkeit und ewige Gottesgemeinschaft. Als er dir zum Abschiede mit warmer Liebe die Hand drückte und Gottes Segen euch erflehte, da fühltet ihr, wie wir vor dem Ewigen alle Kinder *eines* Vaters sind ..." — Was will man mehr? Anerkennung der Frömmigkeit nicht nur unter den evangelischen Kameraden, sondern auch der Predigt und Seelsorge und Segnung des evangelischen Geistlichen als christlicher Gaben und Kräfte, mit der ausdrücklichen Folgerung ad hominem: „Und hüben wie drüben schwand bei stillem Nachdenken manches Vorurteil, das vielleicht eine engbegrenzte Jugenderziehung eingeflößt hatte." „Wir, denen das unverdiente Glück, als Sieger heimzukehren, beschieden sein soll, wollen an diesem heiligen geistigen Friedenstempel innerer Eintracht mitbauen helfen zum immerwährenden Gedächtnis der großen einenden Zeit, zum ehrendsten Denkmal unsrer gefallenen Brüder" [1]).

Sind diese Worte gesprochen unter dem unmittelbaren Eindruck der Erlebnisse auf dem Kriegsschauplatze draußen, so sind die folgenden in der Studierstube eines Professors niedergeschrieben worden. Der evangelische Theologe D. *Dunkmann* in Greifswald fordert in einem Aufsatze der „Neuen kirchlichen Zeitschrift" (Die Aufgaben der Theologie infolge des Krieges) gründliche Revision unsrer Stellung zur katholischen Theologie. „Noch nie, seit Luthers Auftreten, haben beide Konfessionen derart zusammengestanden." „Der gegenwärtige Krieg, welcher die Revolutionen Europas seit der Napoleonischen Ära zu Ende bringen wird, beendet in eigentümlicher Weise auch den konfessionellen Zwist. In dem Sinne nämlich, daß wir es als Gottes Führung mit unserem Volk anerkennen müssen, daß dieser Zwist fortan nicht mehr eine entscheidende Rolle spielen kann und darf, sondern daß diese beiden Konfessionen aufeinander angewiesen sein sollen in *einem* Vaterland." Die Zeit der konfessionellen

1) Süddeutsche Monatshefte 1915, November, S. 162 ff.

Politik ist unter uns jedenfalls vorüber. „Beide Teile werden mit neuem Mut und Glauben an die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit bei sonst getrennter Methode, an die Erreichung gemeinsamer religiöser Volkserziehung bei sonst klar getrennter Anwendung der Mittel ans Werk gehen.“ Die protestantische Theologie ihrerseits (und für den konfessionellen Gegensatz werden die Theologen immer eine entscheidende Rolle spielen) wird die Abgeschlossenheit, die vornehmlich sie gegenüber der katholischen zeither behauptete, aufgeben müssen. Gott weist ihr den Weg abermaliger Befruchtung durch Auseinandersetzung mit der ursprünglichen Mutterkirche. „Was Religion ist, was die Eigenart christlicher Religion ist, kann uns der Seitenblick auf die Kirche Roms immer noch besser sagen als der Seitenblick auf die Moderne“ [1]).

2.

Es kann nicht die Rede davon sein, daß hinter diesen Äußerungen ohne weiteres die Masse der beiderseitigen Konfessionsgenossen steht. Sie erfreuen das Herz aller derer, die sich wünschen, daß der Friedensschluß zwischen den Völkern nach diesem Weltkriege uns auch einen inneren Frieden in unserm Volke bringen möge, wie wir ihn noch nicht gehabt haben. Stärkere Bejahung dieser Sehnsucht, als wir sie vernommen haben, können wir nicht verlangen. Das ist mehr als eine Verlängerung des Burgfriedens, was da geboten wird. „Burgfriede“ ist ein Waffenstillstand auf Zeit, geschlossen angesichts des gemeinsamen Feindes, mit dem Vorbehalt, wieder loszubrechen und weiterzustreiten, sobald die einigende Gefahr vorüber ist. Der konfessionelle Burgfriede von heute steht unter dem Schutz und Zwang des Staates, der es jetzt nicht dulden würde, wenn deutsche Katholiken und deutsche Protestanten sich trotz der äußeren Lage öffentlich befehden würden. Dieser Burgfriede macht, daß abweichende Stimmen, daß Widerspruch gegen Äußerungen wie die obigen, auch wo sie laut werden möchten, jetzt gar nicht oder nur mit Vorsicht hervorkommen können: es ist also aus ihrer etwaigen schweigenden Hinnahme vor der Öffentlichkeit gar nichts zu schließen. Nein, jene Männer wollen mehr als Burgfrieden; sie wollen um des ge-

1) Neue kirchliche Zeitschrift 1915, Februar, S. 87 ff.

meinſamen Erlebens, Handelns und Leidens willen, das jetzt uns beſchieden ward, eine irgendwie zu geſtaltende *poſitive* Gemeinſamkeit auch nach dem Kriege an Stelle des Zuſtandes vor dem Kriege. Aber das eben iſt die entſcheidende Frage, ob Stimmen wie die vernommenen auf die Gefolgſchaft der Maſſen, d. i. auf das Einverſtändnis der Führenden beider Parteien, rechnen dürfen. Daran hängt das Schickſal von „Katholizismus und Proteſtantismus im neuen Deutſchland".

Welches war denn der Zuſtand, den wir vor dem Kriege hatten?

Welches Maß von Friedensbereitſchaft kann man, alles Greifbare erwogen, auf jeder der beiden Seiten vorausſetzen?

Und in welchen Formen mag der Friedenszuſtand, der für die Konfeſſionen von der Zukunft erhofft wird, ſich praktiſch vollziehen?

3.

Es wäre ſehr ungeſchickt, wollte man den Zuſtand vor dem Kriege heute eingehend beſchreiben. Wir lebten als feindliche Nachbarn in Einer Stadt. Oder als feindliche Brüder in Einem Hauſe. Wer möchte es jetzt unternehmen, wenn auch noch ſo objektiv, das gegenſeitige Sündenregiſter aufzuſtellen?

Hier kann es nur gelten, anzuerkennen, daß der Zwiſt kein törichter und leichtfertiger war. Nein, es war keine Kleinigkeit für die *Eine* heilige katholiſche und römiſche Kirche, als durch die Reformation die große, nicht wieder überwundene und anſcheinend auch unüberwindliche Zertrennung über ſie kam. An dieſer *Einheit* und Einigkeit der ganzen Kirchengemeinſchaft hing und hängt das Herz des katholiſch Gläubigen. Dieſe Kirche iſt ihm das Reich Gottes auf Erden, darum kann ſie nur Eine ſein. Die gegenteilige Meinung iſt ihm ein ebenſo logiſcher wie moraliſcher Nonſens. Er kann ſich mit ſeinem Kirchengedanken gegenüber einer anderen chriſtlichen Nebenkirche nur ſo behaupten, daß er deren Glieder trotz ihrem Irrtum und Ungehorſam doch irgendwie durch Anſpruch und Hoffnung zu ſich rechnet. Der katholiſch Gläubige weiß ſehr gut, daß ſeine Kirche in ihrer irdiſchen Erſcheinung große Mängel hat, aber er hält trotzdem zu ihr, aus dankbarer Liebe. Iſt ſie es doch, die ihn zu Gott geführt hat und bei Gott erhält. Ohne die Kirche kein Heil.

Durch den Bruch mit dieser Kirche ist der Protestant hindurchgegangen. Nicht mutwilllg und nicht ohne Schmerzen. Nicht ohne Versuch, die Einheltskirche irgendwie festzuhalten.

Luther fand für seine Religion den genauen wissenschaftlichen dogmatischen Ausdruck in der Lehre von der „Rechtfertigung aus dem Glauben". Er hegte und lehrte sie jahrelang ohne die mindeste Sorge, daß er damit gegen dle Einheit der Kirche verstoße. Bei Augustin, in der Bibel, bei den Mystikern, bei seiner Erfurter Universitätstheologie fand er reichlich Anknüpfung und Bestätigung für das, was ihm auf Grund seiner Lebensführung am Christentum die Hauptsache war. Da geriet er in Konsequenz selner religiösen Überzeugung mlt der damaligen Praxis des Bußsakraments in Widerstreit. Die lebendigen Autoritäten der Kirche gaben lhm unrecht. So spitzte sich für ihn die Lage dahin zu, daß er die Wahl hatte zwischen seiner religlösen Überzeugung und der Unterwerfung unter die Autoritäten. Die Frage hieß für ihn plötzlich: Kirche o d e r Gott? Gott, und damit die Selbständigkeit selner Überzeugung, die Frelheit seines Gewissens war ihm das höhere Gut [1]). Seit Worms haben wlr nun den Protestantismus, es war der Durchbruch eines nicht mehr aus der Weltgeschichte zu tilgenden Rechtes der Persönllchkeit auf ihren Glauben allen, auch den geistlichen, kirchlichen Instanzen zum Trotz. Es war der Sieg des religiösen Individualismus. — Doch zunächst nur für ein Personleben. Für etllche. Für Fürsten und Obrigkeiten. Für Theologen. Für andere, die ebenso wie sie bereit waren, Bann und Acht deswegen zu erdulden. Cuius regio eius religio! „Glaube und Heimat". Aber die Jahrhunderte haben die Schranken von damals niedergelegt, und heute kann doch nun ein jeder seines Glaubens leben! — Doch auch innere Zurückhaltung legten sich die Protestanten von damals auf. Niemand wollte eine zweite Kirche neben die Eine stellen, die es allein geben kann. Der Gedanke der geistlichen Einigkeit wurde in dem veränderten Kirchenbegriff leidenschaftlich festgehalten. Noch die Stände zu Augsburg wollten mit lhrem Bekenntnis nichts anders, als sich zur katholischen Klrche bekennen. Und die neuen Sonderklrchen, die Landeskirchen, waren

1) Zeitschrift für Theologie und Kirche 1912, S. 273 ff: „Das Gewissen des evangelischen Theologen".

Notbauten, in denen man sich einrichtete, weil man irgendwo unter dem Himmel doch bleiben mußte, — als Bekenntniskirchen mit dem alten Ketzerrecht lauter Fragmente wenigstens der alten kirchlichen Gemeinschaft, gleichsam nur des Meisters harrend, der sie wieder zusammenfügte[1]). Dieser Zug des Festhaltens an der alten Einen Christenheit ist im Laufe der Zeit uns Protestanten freilich fast verloren gegangen. Das Gemeinschaftsgefühl hat sich ja immer wieder geregt in den mannigfaltigsten Formen, aber nirgends eine sieghafte Kraft entfaltet. So sind wir neben der römischen Kirche eine „Konfession" geworden, und die römische Kirche eine Konfession neben der unsern. Staat und Recht aber haben diesem Zustande Dauer verliehen unter dem juristisch vielleicht unentbehrlichen, im übrigen höchst zweifelhaften Schlagwort der „Parität". — Welches war nun das innere Verhältnis zwischen den beiden Konfessionen vor dem Kriege?

Läßt man alles historische, praktische Detail beiseite, so wird man sagen dürfen: vom katholischen Teil konnte der Bruch der kirchlichen Einheit nicht vergessen werden, und der protestantische mußte sich immer von neuem zur Rechtfertigung seines Daseins an die Beweggründe jenes Bruches erinnern. Der katholische Teil kannte keinen heißeren Wunsch als die Zurückführung der verlorenen Kinder in die Arme der Mutterkirche, und der protestantische wachte eifersüchtig über seinem Rechte auf Unabhängigkeit der religiösen Überzeugung. Dort Kirche, hie Gewissensfreiheit. Auf keiner der beiden Seiten die Fähigkeit oder irgendein Ansatz, den Zwiespalt zu überwinden. Seinetwegen gab es den immerwährenden Kampf um die Schule, um die Mischehen, um die Friedhöfe. Geführt wurde er von katholischer Seite mit den Mitteln einer großartigen Organisation, eben der Kirche, und einer im Zusammenhang mit ihr starken Politik. Von protestantischer Seite vornehmlich durch Schriftstellerei und Polemik.

1) Zeitschrift für Theologie und Kirche 1914, S. 258 f: „Sie schaffen die Landeskirche aus den Bausteinen der zertrümmerten alten kanonischen Kircheneinheit. Es war (die Landeskirche) ein kläglicher Rest, aber ein offenbar noch recht lebenskräftiger Rest der mittelalterlichen kanonischen Herrlichkeit." Wie Luther an der alten christlichen Gemeinbürgschaft noch festhielt, dafür vergleiche man sein Verhalten zu den Türkenkriegen.

4.

Und nun heute — wie steht es heute um die Friedensbereitschaft auf beiden Seiten?

Einen Ort, eine Instanz, wo man das ohne weiteres feststellen könnte, gibt es nicht. Die beiden Konfessionen haben in Deutschland überhaupt kein Verhältnis. Sie sind studentischen Korporationen vergleichbar, die an derselben Universität nebeneinander hinleben, vielleicht in Nachbarhäusern untergebracht, täglich und stündlich einander begegnend, auch sehr füreinander interessiert, zu gleichen Diensten an Staat und Volk berufen — aber sie verkehren nicht, sie schlagen sich nicht, sie grüßen sich nicht. Soll überhaupt irgendwelche Fühlung zwischen ihnen zustande kommen, so bedarf es eines Anstoßes von außen.

Furchtbarer als er gekommen ist, konnte er nicht kommen. Katholiken und Protestanten Deutschlands standen auf wie Ein Mann. Die Nation wußte sich ja schon vorher eins, als Nation, als Staatsvolk, trotz des konfessionellen Zwiespalts, den ja der Staat sich, wie gesagt, rechtlich eingeordnet hatte. Aber der Krieg gegen einen so ungeheuern Feind mußte die Menschen ganz anders zusammenschweißen, als ein immerhin vages Volksbewußtsein bisher getan hatte. Katholische Regimenter, die nie einen Protestanten, protestantische, die nie einen Katholiken gesehen hatten (wir übertreiben), vergossen nun für dieselbe Sache gemeinsam ihr Blut. Die Bundesgenossenschaft Österreich-Ungarns, der katholische Charakter der Kriegsschauplätze halfen unsern norddeutsch-protestantischen Männern zu einem ungeahnten Anschauungsunterricht katholischen Wesens. Von der umgekehrten Erfahrung haben wir einen katholischen Priester zu seinen Soldaten reden hören. In dem unmittelbaren Gefühl des Gemeinsamen versank der konfessionelle Unterschied. Die beiderseitigen Feldgeistlichen amtierten wiederholt nebeneinander in demselben Gottesdienst, sie vertraten einander, wenn nur einer am Platze war. Sie fanden sich in offenkundiger Achtung und Freundschaft. Wo aber die Theologen sich vertragen, warum sollten da die Laien hadern? Der gegenseitige Liebesdienst an Kranken und Verwundeten tat das übrige. Man muß diese Erfahrung und Stimmung nach dem Kriege nur festhalten, und

der konfessionelle Friede ist da. Er erstreckt sich sogar auf Griechisch-Katholische, Juden und Mohammedaner!

Aber man braucht nur den Horizont so weit zu nehmen, so weiß man, daß im engen Raume die Dinge ganz anders laufen werden. Insbesondere darf man, was auf militärischem Boden an konfessioneller Toleranz gedeiht, in seiner Bedeutung für die Konfessionen selbst nicht überschätzen. Denn schon bisher in den Friedenszeiten war die Militärseelsorge ein gemeinsamer Boden wie sonst keiner. Die Einheit des Heeres, die Unbedingtheit der militärischen Obergewalt duldete keine konfessionellen Überhebungen und Seitensprünge. Genug, daß der Staat jeder Religionsgemeinschaft ihre Geistlichen zubilligte: aber diese mußten sich schlechterdings vertragen. So ergab sich schon im Frieden hier ein Zusammenwirken, das für das kirchliche Leben hüben wie drüben ohne Folgen blieb. Höchstens wurde gelegentlich doch einmal vermöge dieser Beziehungen und bei dem Mangel an jeder sonstigen Fühlung eine bescheidne gemeinsame Aktion zuwege gebracht, wie 1908 die gemeinsame Fahrt katholischer und evangelischer Kirchenmänner nach England: Katholischerseits war damals meiner Erinnerung nach nur der Militärklerus vertreten. Dies mag man im Sinne behalten, damit man Annäherungen innerhalb der militärischen Sphäre nicht überschätzt.

Aber in der Tat handelte es sich nun freilich inmitten dieser Kriegserfahrung um etwas ganz andres als um eine Einwirkung militärischer Disziplin. Die gegenseitige Erkennung von Katholiken und Protestanten als christliche Brüder hat unter der Wucht des gemeinsamen Schicksals bei den verschiedensten Gelegenheiten und unter den verschiedensten Formen mit einer Herzlichkeit stattgefunden, daß das Ausbleiben einer Wirkung dieser rein menschlichen Erlebnisse *unmöglich* ist.

Wir verzichten hier auf Geschichten und Geschichtchen, dies zu belegen; die Literatur der Feldbriefe ist voll davon. Wichtiger ist für uns folgendes. Der Bischof von Straßburg hat ausdrücklich die katholischen Kultusstätten seines Bistums für die protestantischen Gottesdienste geöffnet. Und der ganze deutsche Katholizismus, die Bischöfe eingeschlossen, hat sich in dem Prozeß der französischen Konfessionsgenossen gegen die Deutschen, eingeleitet durch die Klageschrift

„La guerre allemande et le Catholicisme“ mit den protestantischen Deutschen für solidarisch erklärt. Auf mancherlei Weise, aber am deutlichsten durch die umfassende Abwehrschrift „Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg“ [1]). Dieses Werk, das zugleich in französischer, italienischer, spanischer, portugiesischer, englischer und holländischer Übersetzung erscheint, geht dem heiklen Thema „Katholizismus und Protestantismus im gegenwärtigen Deutschland“ angesichts der fanatischen Kritiker aus der eigenen Kirche jenseits der Grenze tapfer und ruhig zu Leibe. (Besonders Seite 262 ff., 319 ff.) Selbst ein bischöflicher Mitarbeiter schließt in sein Thema „Unsere religiöse Kultur“ das protestantische Deutschland mit ein (ohne freilich davon viel Worte zu machen). Das Werk, zunächst nur eine Verteidigung gegen unerhört unbillige Angriffe der französischen Kirchgenossen, ist unwillkürlich zu einem standard work sittlicher Einmütigkeit mit den protestantischen Volksgenossen geworden.

Aus gemeinsamer Not geboren ein Zeugnis vorhandener Gemeinschaft, das als solches nimmermehr unterschätzt werden darf. Aber sofern wir nach der Tiefe und Dauer der Friedensbereitschaft bei unsern deutschen Katholiken fragen, können wir es auch nicht überschätzen. Jede Spontaneität, jeder innere Drang, uns eine Liebeserklärung zu geben, fehlt. Und es fehlt dagegen auch während dieser Kriegszeit nicht an Zeichen, daß die alte konfessionelle Feindschaft gegen uns Protestanten seitens der katholischen Kirche aufrechterhalten bleibt. Der Kampf in den Mischehen geht weiter. Es ist nicht überall selbstverständlich, daß evangelische Soldaten auf katholischen Friedhöfen beerdigt werden. In Deutschland wohl, aber nicht — in Mitteleuropa. Besonders schwer liegt mir auf der Seele, daß noch am 23. Januar 1915 der oberste Verwaltungsgerichtshof in Wien die Beschwerde gegen ehrenrührige Bestattung eines Evangelischen in Österreich verworfen hat. Vielleicht konnten die Juristen nicht anders, ich weiß es nicht; aber dann mußten eben Priester und Bischof ihnen zuvorkommen [2]).

---

1) Herausgegeben von Professor D. Pfeilschifter in Freiburg. Herdersche Verlagshandlung. 500 Seiten.

2) Wie der Bischof von Brixen dem Husaren Johann Kosch in Bruneck zu seiner ehrlichen Ruhe verhalf. — Die protestantische Toleranz würde in dem Begreifen katholisch-dogmatischer Bedenken gegen das Zusammenliegen

Ganz bange aber ist uns um die Friedensmöglichkeit selbst für unsre friedensbereitesten Katholiken geworden, als wir die Ansprache des Papstes vom 21. November 1915 gelesen haben. Beim Empfang des „Werkes zur Erhaltung des Glaubens in Rom" (Opera della preservazione della fede in Roma) hat Benedikt XV. seinem Zorn über das Eindringen der „evangelischen Sekte" in die heilige Stadt starke Worte verliehen; mag uns auch glaubwürdig versichert werden, daß er dabei an die Propaganda methodistischer und verwandter Gemeinschaften gedacht hat, — so sind uns einmal auch die Methodisten Protestanten, und sodann hilft uns das doch über die Nennung Luthers und Calvins nicht hinweg. Mögen wir noch soviel dem althergebrachten Stil der Kurie zugute halten (Nachtmahlsbulle), auch dem Charakter der empfangenen Vereinigung (dem Gustav-Adolf-Verein oder Evangelischen Bunde vergleichbar) jedes Zugeständnis machen, so wird uns doch eben bange um die unsern deutschen Katholiken verbleibenden Friedensmöglichkeiten, wenn die höchste Autorität sich in der jetzigen Zeit mit solchen Worten wider uns zu ergehen vermag.

Welche Wirkung nun tatsächlich die Rede des Papstes auf unsere deutschen Katholiken ausübt, ahnen wir schlechterdings nicht. Uns Protestanten kam sie wie eine heilsame Warnung vor falscher Friedseligkeit. Aber waren denn wir so friedselig?

Es ist sehr schwer, über unsere konfessionelle Stimmung eine allgemeine Aussage zu machen. Ich weise zunächst auf zwei bestimmte Proben hin. Mit dem restlosen Abbau des Ausnahmegesetzes gegen den Jesuitenorden hat man in protestantischen Kreisen sich fast überall abgefunden. Und die „römische Frage" d. h. den Anspruch des Papstes auf eine Erweiterung seines heutigen minimalen Kirchenstaates, auf territoriale Sicherstellung seiner Souveränität, hat man weithin mit ganz anderen Augen ansehen gelernt. Ich habe selbst in einem Stuttgarter Vortrage „Die Kirche nach dem Kriege", die

katholischer Leichname mit akatholischen ihr Äußerstes leisten, aber sie wird niemals etwas dafür übrig haben, daß die katholische Kirche linksrheinisch ein Ärgernis pflegt, daß sie rechtsrheinisch abgestellt hat. Dieser Anstoß muß innerhalb des Deutschen Reiches fallen, wenn wir nicht am guten Willen des andern Teiles wieder irre werden sollen. Und wir denken, er ist in unserem Reiche schon gefallen.

Probe darauf gemacht. Weder der (am 16. September 1915) gehaltene, noch der seitdem gedruckte Vortrag hat in diesem Punkte ernstlichen Widerspruch erfahren [1]). Ich bezweifle nicht, daß man heute in dieser Sache wieder viel bedenklicher geworden sein mag. Die Rede des Papstkönigs vom 21. November ist daran schuld. Man sagt sich: welches sind denn die Bürgschaften für freie protestantische Kirche und Schule in dem neuen Kirchenstaat? Während bis dahin die Bedenken nur mehr politische waren, ist mit Einem Male das Interesse an freier Religionsübung selbst in Mitleidenschaft gezogen. Aber ich möchte hier dem in jenem Vortrage Gesagten nichts hinzufügen und nichts abbrechen. So wie es dort steht, ist es ein deutliches Symptom unserer Friedensbereitschaft. Und zwar einer beträchtlich gewachsenen. Denn auch ich habe früher zu denen gehört, die den regelmäßigen einschlägigen Beschluß der Katholikentage unsern deutschen Katholiken verdachten.

Alles in allem wird man sagen müssen, daß der innere Anteil an der konfessionellen Spannung in Deutschland bei den Evangelischen durchaus nicht geringer ist als bei den Katholiken. Wir sind sogar leichter erregbar als die Katholiken. Denn jene mögen wohl dem Papst und den Bischöfen, als den Wächtern ihrer Kirche, das Vertrauen schenken, daß sie ohne Unterlaß auf der Hut sind. Sie besitzen obendrein im Zentrum eine starke, oft im Reiche ausschlaggebende Partei, die das katholische Interesse unter allen Umständen

1) Vgl. Die Kirche nach dem Kriege. Tübingen, J. C. B. Mohr 1915. S. 50 f. — Gewiß begegnet die von den Katholiken und vom Papst selbst begehrte Lösung der „römischen Frage" Schwierigkeiten genug. Im Lager der Entente hat man sich, wie es scheint, um den Beitritt Italiens zum Londoner Vertrag zu gewinnen, in dieser Sache gegen den Papst festgelegt. (Vgl. Kölnische Volkszeitung vom 9. 1. 16.) Die Schwierigkeiten, die sich unter uns geltend machen, sind zunächst politische; solche gehen uns hier nichts an. Wenn Protestanten auch „religiösen" Widerspruch erheben (z. B. Wartburg vom 7. 1. 16), so liegt wohl ein Sehfehler vor. Wir Evangelischen lehnen aus religiösen Gründen das sichtbare Haupt der Kirche ab. Dabei bleibt es. Aber wenn wir nun mit unsern katholischen Brüdern uns vertragen wollen, so müssen wir doch zunächst einmal ihnen ihren Papst lassen; und nachdem wir uns dazu entschlossen haben, kann es für uns schlechterdings nicht weiter ein Gegenstand religiösen Interesses sein, ob dieser Papst — dessen Souveränität ja schon völkerrechtlich feststeht — auch noch ein Land hat oder nicht.

treu vertritt. Sie können außerdem auf die treffliche Organisation ihrer einheitlich geschlossenen Kirche mit ihren Priestern, Einrichtungen und Vereinen sich verlassen. Wir Protestanten werden im allgemeinen geneigt sein, auch dem Katholiken neben uns mit dem großen Friedrich zu konzedieren, daß er nach seiner Fasson selig werde. Aber ein historisch eingewurzeltes Mißtrauen gegen die Kirche, die auch unsrer Kirchen Mutter war, erfüllt die Gemüter vielfach auch gerade der „Laien": die Geschichte Luthers, der Gegenreformation, des Jesuitenordens, neuerer und neuester Vorgänge wirken bis in Kreise hinein, die religiös ziemlich indifferent sind; ob man kaum je einen Katholiken zu sehen bekommt oder mitten unter katholischer Mehrheit lebt, macht darin kaum einen Unterschied. Ein wenig Preß- und Vereinsagitation aus irgendwelchem sichtlichen Anlaß, und der Furor protestanticus ist entfesselt. So wird das auch nach dem Kriege bleiben. Es wird ein Mißtrauen gegen die katholische Kirche bei vielen bleiben, auch wo man die Vaterlandstreue der katholischen Deutschen willig anerkennt.

„Mitteleuropa" — die zu erwartende und zu erhoffende innigere Verbindung mit dem katholischen Österreich erfüllt schon heute nicht wenige unter uns mit Sorge vor einer von dort her drohenden antiprotestantischen Reaktion. Man sagt sich, daß die mindestens neutrale Haltung der Kurie in diesem Kriege vom Deutschen Reiche ihren Lohn heischen wird, und man fragt sich, worin dieser bestehen mag? Solchen Stimmungen auf protestantischer Seite muß ins Auge schauen, wer für die Zeit nach dem Kriege den konfessionellen Frieden in Deutschland gesichert wissen will.

In gewissem Sinne vermag ein schlichtes Tolerari potest katholisch-kirchlicher Autoritäten mehr für den konfessionellen Frieden als alle Toleranzbegeisterung der Nichtkatholiken. Es wird sich eben bei der Gestaltung des künftigen Verhältnisses zwischen den Konfessionen in Deutschland um eine Aufgabe handeln, die jeder der beiden Teile auf seine Weise ernstlich in Angriff nehmen muß. Und wenn die Katholiken schon während des Krieges ganz anders als wir Gelegenheit gehabt haben, guten Willen zu beweisen, so ist nicht einzusehen, weshalb es uns am guten Willen fehlen solite.

5.

Wie aber soll die konfessionelle Zukunft sich gestalten?

Vor allem soll man sich hüten, Unionsgedanken in die Friedensstimmung hineinzutragen. Keine Propaganda für die Una von katholischer Seite, keine Schwärmerei für eine deutsche, beiderlei Kirchenchristen zusammenfassende Reichskirche von protestantischer Seite. Aber dergleichen könnte ja nur von Leuten kommen, die von dem Wesen der beiden Konfessionen keine Ahnung haben.

Dagegen wird man ernstlich vor der Frage stehen: soll die zu erhoffende bleibende Annäherung nur nationaler oder soll sie religiöser Art sein?

Da es sich um Religionen handelt, würde die Annäherung höheren Wert ohne Zweifel dann haben, wenn sie auf der Basis gemeinsamen, verwandten religiösen Empfindens stattfände. Schließlich sind wir eben doch beide zusammen „Christenheit". Wir haben Jesus Christus, wir haben die Bibel, wir haben ein gut Teil unsrer Geschichte, wir haben Lieder, Gebete, Bekenntnisse, Gedanken, Vorstellungen, Begriffe, wir haben sittliche Grundsätze, Pflichten und Wertschätzungen, Hoffnungen, wir haben unermeßlich viel gemeinsam. Daß dieser ganze gemeinsame Besitz uns durch unsre seit vier Jahrhunderten getrennte Entwicklung doch wieder in ganz verschiedenem Lichte erscheint, hebt die Möglichkeit einer weitgehenden Verständigung nicht auf. Haben wir uns durch den Krieg praktisch vielfach anders kennen gelernt, weshalb soll nicht auch ein weiteres Zusammenarbeiten im Frieden und ein tieferes, treueres, gegenseitiges Studium uns fürderhin einander um vieles innerlich und sachlich näher bringen?

Aber es scheint, der Ort, wo wir uns treffen, wo wir weiter zusammenarbeiten, könne zunächst nur sein und bleiben so im Frieden wie im Kriege die nationale Gemeinschaft. Die Solidarität, die uns als Deutschen im Kriege geschenkt gewesen ist, kann uns auch nur als Deutschen im Frieden bewahrt bleiben. Kein Protestant wird heute wagen, die deutschen Katholiken „Ultramontane" zu schelten oder gar — wie wir indessen schon lange nicht mehr gewöhnt waren — Reichsfeinde. Aber umgekehrt wird auch der Katholik aufhören müssen uns fühlen zu lassen, daß wir Ketzer sind.

Er wird aufhören müssen, scheu und spröde für sich zu bleiben, wo es sich um gemeinsame Fürsorge für die leibliche und geistige Gesundheit unsers Volkes handelt. Seine soziale Isolierung darf so wie bisher nicht weitergehen. In anderm Sinne, als es den deutschen Katholiken einstmals aus ihrer eignen Mitte zugemutet wurde, möchte man ihnen zurufen: Heraus aus dem Turm!

Daß ihre „Kirche" dabei unserm „Staat" und unsrer „Kultur" gelegentlich als eine feste und nicht einfach einzuschmelzende Größe sich fühlbar macht, unbequem genug vielleicht, schadet gar nichts. Im Gegenteil, recht geschehen macht das nur einen Teil unsers deutschen Reichtums aus[1]).

Denn wir können keine Nivellierung der vorhandenen Größen erwarten, noch wollen wir sie anstreben. Die Subjekte mögen bleiben, ihr Handeln soll ein andres werden. Zu diesem Handeln gehört aber freilich auch ihre Gesinnung.

Wir werden keinen konfessionellen Frieden haben ohne entschlossene Eindämmung unsrer Empfindlichkeit. Katholizismus und Protestantismus in Deutschland sollen beide ihr eigentümliches Wesen behaupten. Das geht nicht ohne Reibung, und bei dieser bleibt zeitweilig eine Explosion nicht aus. Man nehme den Kirchen ihr Temperament nicht. Und das lebt mit von dem gegebenen Gegensatz. Dann aber ist eben dies der Segen der nationalen Gemeinschaft, daß man auf diesem Boden sich leichter wiederfindet und verträgt, als auf dem des Christentums, um den ja eben der Streit geht.

Ich denke bei der Empfindlichkeit, die wir ablegen müssen, nicht nur an polemische Reden und Zeitungsartikel, an Schmähungen und Lästerungen, die bis an den § 166 heranreichen. Ich denke an den inneren religiösen Widerspruch, der bei dem gläubigen Katholiken ein gut protestantisches Bekenntnis-Wort oder -Handeln, bei dem bewußten Protestanten ein gut katholischer Kultbrauch hervorruft. Unsere katholischen Volksgenossen werden unsere Schätzung Luthers vertragen müssen, ohne das geht es nicht. Und wir werden nicht gleich die Nase rümpfen dürfen, wenn der Papst Maria zur Regina pacis ernennt oder wenn wir unter dem Gebet für einen gefallenen Sol-

1) Vgl. Max Scheler über „Nation und ihre Querschichtungen" im Hochland Januar 1916, S. 1 ff: Soziologische Neuorientierung usw.

daten die Schlußbemerkung lesen: „50 Tage Ablaß, jedesmal. Pius IX. 1857. Den armen Seelen zuwendbar." Solche Anstöße kann die verschiedene religiöse Überzeugung, wenn sie will, herüber und hinüber zu Tausenden finden. In der Regel suchen wir nicht darnach; bringt sie uns ein gelegentlicher Anlaß, so müssen wir darüber hinwegkommen können. Die Preisgabe der religiösen Eigentümlichkeit voneinander zu verlangen, das darf der nationalen Einigkeit auch nach diesem Kriege nicht einfallen. Der religiöse Streit, der weitergeht, muß aber in einer Weise ausgetragen werden, wie sie der nationalen Einigkeit würdig ist.

Vielleicht ließen sich Organe schaffen, die im nationalen und christlichen Interesse drohenden Konflikten ein Ventil öffneten. Zwischen den katholischen und evangelischen Kirchenbehörden als solchen gibt es heute, wie gesagt, kein Verhältnis. Wohl verkehren sie, sofern der Staat und das Staatsrecht sie dazu zwingt. Einen freien Austausch aber zum Zweck der Förderung des Reiches Gottes gibt es zwischen ihnen nicht. Ja, sie haben nicht einmal ein jeder Teil innerhalb seines Organismus eine Instanz ausgebildet, bei der der andre Teil seine konfessionellen Beschwerden anbringen könnte. Für solche Beschwerden gibt es nur zwei Wege: einmal den Staat, der aber nur in schweren Fällen, bei eigentlichen Rechts- und Verfassungsverletzungen behelligt werden kann, und sodann die öffentliche Meinung. Diese anzuregen, das ist zum Austrag konfessioneller Verstimmungen und Zwiste der in der Regel allein gangbare Weg. Dafür hat man die Presse, die Vereine, die Versammlungen. Indem jede Konfession ihr festes Publikum hat, setzt sie zunächst bei diesem ein; es hängt von der Sache und von den Umständen ab, ob die Agitation dann weitere Kreise zieht und ob schließlich ein erwünschter Erfolg herausspringt. Mag es in einem modernen Staatsvolk so bleiben, daß dieser Weg immer offensteht: weshalb aber soll es nicht in der katholischen Kirche Deutschlands und ebenso bei den evangelischen Kirchen irgendwo eine Instanz oder eine Person geben, bei der die andere Konfession jederzeit Beschwerden und Wünsche vorzubringen in der Lage ist? Weshalb soll unsre vaterländische Gemeinsamkeit in ihrem jetzigen Hochstande nicht stark genug sein, ein solches Organ des Vertrauens hüben und drüben hervorzutreiben? Muß es so bleiben wie heut, daß jeder konfessionelle Mißstand erst tausendmal

empfunden und beklagt und breitgetreten wird, ehe irgend Abhilfe auch nur zu erhoffen ist? Daß überhaupt keine Abhilfe zu erreichen ist außer auf Kriegspfaden? Ist das würdig? Ist das christlich?

Aller Anfang ist schwer. Wer soll verhandeln? Die Katholiken sehen sich dabei nicht nur der landeskirchlichen Mannigfaltigkeit (dafür wäre der Kirchenausschuß da), sondern auch der inneren Beweglichkeit und Uneinigkeit des Protestantismus gegenüber. Mit welchen Elementen sollen sie sich einlassen? Die sogenannten Positiven unter den Evangelischen haben zwar viel mehr vom Dogma, von dem Depositum fidei mit ihnen gemeinsam. Aber indem sie gerade auf die Lehre einseitig eingestellt sind, empfinden sie auch die Abweichungen im Dogma als besonders ernst und wichtig. Die sogenannten liberalen Protestanten werden für ein Geltenlassen katholischer Frömmigkeit in ihrer Art von Rechts wegen leichter zu haben sein, aber ihnen fehlt die pupillarische Sicherheit für ihren dogmatisch christlichen Charakter. Die Katholiken, die ja unsre diesseitigen Kämpfe und Entwicklungen durch ihre Theologen äußerst aufmerksam verfolgen, können die Tatsache dieser doppelten Richtung unter uns nicht ändern, sind aber auch gar nicht genötigt, da zu wählen. Sie wären das nur, wenn es sich um einen kirchlichen Reunionsversuch handelte. Aber es handelt sich um ein Zusammengehen aus nationalem Empfinden heraus, unserm Volk und Vaterland zuliebe. Es handelt sich um eine sittliche Leistung. So wenig dafür auf seiten des Katholizismus nur irgendeine „modernistische" Gruppe in Betracht kommt, so wenig auf seiten des Protestantismus nur die eine, sei's die gebundenere oder die freiere Richtung. An einer „modernistischen" Gruppe würden wir immer gerne das uns verwandte Element begrüßen, aber das nationale Interesse gilt den Anhängern der Großkirche insgesamt, es gilt ihren — im deutschen Volke wurzelnden — Autoritäten. So muß auch die andere Seite uns nehmen wie wir sind, und es wird sich finden, daß für ein Zusammengehen von den Eigenschaften, durch welche unsre Richtungen sich unterscheiden, keine entbehrt werden kann.

Einzelvorschläge, worüber zu verhandeln sei und mit welchen Zielen, wird man vergeblich an dieser Stelle von mir erwarten. Pfannkuche hat in der Frankfurter Zeitung einen Versuch in dieser Hinsicht

gemacht [1]). Wenn erſt gemeinſamer Wille zum ſtarken Strom geworden iſt, bricht er ſich ſchon ſeine Bahn.

Ohne Opfer wird es nicht gehen. Es iſt zu vermuten, daß die vornehmlich Opfernden nach dem Frieden wir Proteſtanten ſein werden. Denn wir hatten im Deutſchen Reiche tatſächlich einen Vorſprung. Er iſt beſchrieben durch die Worte: Mehrheit, Geſchichte, Preußen, profane Kultur. Unſre Mehrheit iſt durch die verſchiedene Beteiligung der beiden Konfeſſionen am Geburtenüberſchuß ohnehin bedroht. Ihr Übergewicht zerſchmilzt aber in dem Maße, als wir mit Öſterreich-Ungarn inniger verbunden werden — eine Ausſicht, die wir nur begrüßen können. Müſſen wir von unſerm Machtbewußtſein hergeben, ſo wird der Katholizismus um ſo ernſter das unter uns vorhandene Mißtrauen ausrotten müſſen, das unſere Exiſtenz noch immer durch ſeine kirchlichen Anſprüche bedroht glaubt. Freiheit der perſönlichen Äußerung und alſo volle Öffentlichkeit bleiben für unſern religiöſen Standpunkt vornehmſte Lebensbedingungen. Der Preis, den wir zahlen für die erwünſchte Annäherung, kann nicht die konfeſſionelle Gleichgültigkeit ſein. Aber eben das können unſre katholiſchen Volksgenoſſen ja auch nicht wollen. Und ſo öffnet ſich hier die tiefſte Möglichkeit eines innerlich geſunden Gemeinſchaftsverhältniſſes. Der Boden, auf dem es ſich vollzieht, wird der ſtaatlich-nationale ſein; aber aus unſerer Religion werden wir zu beiden Teilen die Kraft nehmen, redliche und ganze Arbeit zu tun.

1) Nr. 29 und 31.

Die Wahrung und Förderung des konfessionellen Friedens.

Von Joseph Mausbach.

Wie unser nationales Bewußtsein seinen stärksten Halt gegenüber einer Welt von Feinden in dem wundervollen Einheitsgefühl aller deutschen Stämme und Stände empfindet, so gibt es für unser sittliches Innenleben angesichts der furchtbaren Entfesselung von Haß, Lüge und Leidenschaft in diesem Kriege kaum etwas Tröstlicheres, als die Milderung der konfessionellen Gegensätze in Deutschland. Aus dieser Empfindung heraus fragen sich die Besten auf beiden Seiten: Warum soll der heutige „Burgfriede" nicht zu einem dauernden „Landfrieden", die von der Not diktierte Kriegspflicht nicht zu einer freien, sittlichen Kulturpflicht werden? Warum sollen wir veraltete Vorurteile und kleinliche Leidenschaften in das neue Deutschland hinübernehmen, das wir uns nach jeder Richtung als ein größeres, einigeres Vaterland vorstellen? Eine Reihe protestantischer Theologen hat unter den Erfahrungen des Krieges die Notwendigkeit eines „Umlernens", eines Fortschreitens zu vertrauensvollerer Zusammenarbeit der Konfessionen anerkannt; diese Friedensworte haben in allen katholischen Organen — ich erwähne nur die von den deutschen Jesuiten geleiteten „Stimmen der Zeit" — ehrlichen und freudigen Widerhall gefunden. Ähnliche Stimmungen sind allerdings auch anderswo in der Not des Daseinskampfes erwacht. Vor dem Weihnachtsfeste 1914 schrieb der Erzbischof von Bordeaux: „Die Vorurteile von Gestern müssen vor den Notwendigkeiten des Heute und den Hoffnungen des Morgen eines nach dem anderen zu Boden fallen!" Aber diese Erwartung ist in Frankreich ein frommer Wunsch geblieben; dies beweisen die fortdauernden Klagen der Katholiken über den kulturkämpferischen Geist bei den Herrschenden. Und sie mußte ein frommer Wunsch bleiben, weil die Kluft zwischen

dem ungläubigen, religionsfeindlichen Radikalismus und der kirchlich-gläubigen Richtung in Frankreich zu groß und zu tief ist. Bei uns ist das Umlernen schon während des Krieges zur erfreulichen Tatsache geworden; der Friede ist nicht nur vom Regierungs- oder Generalstabstisch befohlen worden, er ist aus der blutigen Saat des Krieges als lebendige Erfahrung und heiliger Volkswille emporgewachsen: aus der gemeinsamen Todesgefahr und Todesnot, aus der vertrauten Nähe katholischer und protestantischer Krieger im Schützengraben, aus den leid- und gedankenvollen Nächten im Lazarett, aus der Berührung mit der andersgläubigen Bevölkerung im In- und Auslande, aus der wetteifernden Liebestätigkeit aller deutschen Frauen. Wie oft haben in diesen Monaten verwundete Krieger beim Abschied aus katholischen Feld- und Heimatlazaretten den Ordensschwestern ihre dankbare Rührung ausgesprochen über das, was sie an hingebender Pflege, aber auch über das, was sie an erstmaligen Einblicken in katholisches Wesen empfangen hatten; und umgekehrt sind auch Tausende katholischer Soldaten Zeugen gleicher ergreifender Liebestätigkeit auf protestantischer Seite gewesen. Bei der ungeheuren, stets noch wachsenden Zahl der Verwundeten hat sich zweifellos gerade auf diesem Wege — also wesentlich durch die „wortlose Predigt" und den „sanften und stillen Geist" der Frauen — eine Stimmung des Friedens und der Versöhnlichkeit in weitesten Volkskreisen gebildet, die für die Gestaltung unserer Zukunft von höchstem Segen werden kann, wenn sie von den kirchlichen und politischen Führern wohlwollend und unbefangen ausgenützt wird. Das Hoffnungsvolle in Deutschland ist ja — im Gegensatz zu Frankreich — die Tatsache, daß wir außer dem völkischen Einheitsbewußtsein noch einen breiten und gesunden Grundstock christlicher Überzeugungen gemeinsam haben. Bei uns hat eben das „Heute" noch im „Gestern" seine starken Wurzeln; die Notwendigkeiten des Augenblicks können auf ererbte religiöse Lebenskräfte zurückgreifen; daher sind uns die Hoffnungen eines schöneren „Morgen" kein bloßer frommer Wunsch, kein verwegener Zukunftstraum!

Man hat sich gewöhnt, die Forderungen der konfessionellen Verträglichkeit unter dem Worte „Toleranz" zusammenzufassen. Aber mit Recht hat schon die liberale Münchener Zeitung in einem Artikel, der den Ausgleich der konfessionellen Spannung als eins der wich-

tigsten Friedensziele bezeichnete, die Bemerkung gemacht, das Wort Toleranz oder Duldung klinge zu hochmütig und zu gnädig, als daß es den rechten Ausdruck des normalen Verhältnisses unter Volksgenossen abgeben könne. „Nicht Duldung, sondern Achtung muß die Grundlage dieser Beziehungen werden. Möge jeder an seinem Glauben mit aller Innigkeit festhalten, so soll er doch nie und bei keiner Gelegenheit vergessen, daß seinen Mitbürgern, die auf dem Boden eines anderen Bekenntnisses stehen, ihr Glaube so wert ist, wie ihm der seinige, und daß die allereinfachste Pflicht des Anstandes und der Rücksichtnahme alle Äußerungen und Handlungen verbietet, aus denen eine Geringschätzung ihres Glaubens hervorgehen könnte." (Münchn. Ztg. 1915, Nr. 144.)

Die christliche Moral und der christliche Klang des Wortes „Friede" gehen aber noch weiter; sie fordern nicht nur Achtung des Nächsten, sondern Liebe d. h. herzliche Anerkennung alles Guten, Einheitsgefühl in Gott und im Berufe zur Gottähnlichkeit und Gottverbindung. Wie diese Liebe der Person des Mitmenschen und Mitchristen erwiesen wird, so kommt für die bürgerlichen und kirchenpolitischen Beziehungen vor allem hinzu die Tugend der Gerechtigkeit im weitesten Sinne: die aufrichtige und konsequente Achtung der staatsbürgerlichen Rechte, die gerechte Würdigung der Kulturleistungen der sozialen und nationalen Verdienste des anderen Volksteils, die Anerkennung der fremden Konfession als einer öffentlich-rechtlichen Macht im Staate. Bei dem Versuche, die Grundlagen und Grenzen dieser Friedensgesinnung näher zu bestimmen, gehen wir am besten vom religiösen Gebiete aus, verfolgen das Problem weiter auf dem Gebiete der Bildung und Kultur im allgemeinen und behandeln schließlich seine staatliche Seite.

Das scheinbare Recht einer Kampfstellung oder geringschätzenden Haltung gegen Andersgläubige geht auf die religiöse, dogmatische Verschiedenheit der Konfessionen zurück. Das ablehnende, verwerfende Urteil über die Lehre wird leicht auf die Personen und ihre religiösen Lebensäußerungen oder gar auf ihr ganzes menschliches Tun übertragen. Der Toleranzgedanke der Aufklärung glaubte daher das Übel in der Wurzel zu bekämpfen, indem er die charakteristischen Unterschiede der Glaubenslehre abflachte, eine neue vermittelnde Vernunftreligion an die Stelle der dogmatischen Bekennt-

nisse setzte. Eine solche Überbrückung der Gegensätze ist mit dem Wesen des Katholizismus, aber ebenso mit dem eines jeden ausgeprägten Protestantismus unvereinbar, sie ist zugleich, wie alle Verständigen heute zugeben, praktisch aussichtslos. Sie ist auch nicht notwendig zur Anbahnung des konfessionellen Friedens; denn die Erfahrung zeigt, daß die innigste Anhänglichkeit an den Glauben und Gottesdienst einer bestimmten Gemeinschaft durchaus kein Hindernis ist für ein freundliches und selbst herzliches Verhältnis zu Andersdenkenden. Gewiß muß der Glaubende die objektive Wahrheit des fremden Bekenntnisses mit Bestimmtheit ablehnen; dies verbietet ihm aber nicht, beim Nebenmenschen ernste Liebe zur Wahrheit vorauszusetzen und sich der gemeinsamen Wahrheitsgüter, die geblieben sind, zu erfreuen. Bei vollkommener Ruhe und Sicherheit des eigenen Glaubens ist dieses gerechte und unbefangene Urteil über andere durchweg sogar leichter, als im Zustande des unbefriedigten Ringens nach religiöser Wahrheit.

Aus diesem Grunde darf auch das Bemühen, im nationalen oder sozialen Interesse einen „Ausgleich" herbeizuführen, nicht soweit gehen, der anderen Konfession einen theoretischen oder praktischen Verzicht auf Glaubenslehren und sittliche Grundsätze zuzumuten oder auch nur deren freie Auswirkung im Rahmen der staatlichen Verfassung zu beschneiden. Die bloße Verletzung des eigenen religiösen „Gefühls" oder „Bewußtseins" ist jedenfalls kein faßbarer und stichhaltiger Grund zu einer solchen Forderung. Tschackert sagt von dem protestantischen „Widerwillen" gegen Heiligenverehrung, Marienkult, Reliquienkult, Ablaßwesen, Fronleichnamsprozession u. ä., er müsse aus Gründen des Friedens zurückgestellt werden: „Wollen die deutschen Katholiken das alles beibehalten, so geht uns das gar nichts an; das ist alles ihre Sache[1])." Dem widerspricht dann freilich, daß er an anderer Stelle „alles, was das protestantische Bewußtsein verletzt", sogleich als eine Provokation seitens der Katholiken hinstellt[2]). Ein nach den Grundsätzen der heutigen staatlichen Glaubens- und Kultusfreiheit erzogenes „Bewußtsein" darf sich eben — auf beiden Seiten — nicht verletzt fühlen durch naturgemäße, rein

1) Tschackert, Modus vivendi 1908. S. 42.
2) Ebd. S. 47.

positive Lebenserscheinungen des anderen Glaubens, es darf jedenfalls den inneren Protest nicht zur äußeren Herabsetzung und Hemmung sich auswachsen lassen. Anderseits wird allerdings echte Frömmigkeit gern geneigt sein, alles Aufdringliche, alles unnötig Aufregende zu meiden, sowohl aus bürgerlicher Friedfertigkeit, wie aus zarter Scheu, das Heilige einer Geringschätzung auszusetzen; sie wird sich beim Gebrauch formeller Rechte stets des Apostelwortes erinnern: „Alles ist mir erlaubt, aber nicht alles frommt!" Es wäre viel gewonnen, wenn schon unsere Jugend von vornherein an diesen christlichen und vaterländischen „Anstand" gewöhnt würde, wenn sie strenge angehalten würde, im ganzen Verkehr, in Ernst und Spiel, alle verletzenden Schimpf- und Spottworte gegen das, was anderen heilig ist, zu meiden.

Die Pflicht einer solchen toleranten Zurückhaltung, sagt man wohl, bedeutet eine stärkere Zumutung an den Protestanten als an den Katholiken; darum, weil die katholische Religion mit ihrer Fülle dogmatischer, kultischer und hierarchischer Einrichtungen das reinmenschliche und moderne Denken stärker zur Kritik herausfordere, als der weniger scharfumrissene und anspruchsvolle protestantische Glaube. Zugegeben, daß diese Bemerkung Wahres enthält, fällt sie doch für die tatsächliche Lage wenig ins Gewicht; der erwähnte Unterschied wird durch eine andere Verschiedenheit praktisch aufgewogen. Der Katholik wird eben durch jenen Reichtum an religiösen Lehren, Symbolen, Gebräuchen und Gesetzen derart seelisch beschäftigt und in Anspruch genommen, daß er im kirchlichen, wie im privaten Leben weniger Anlaß findet, seinen religiösen Eifer in polemischer Stimmung und Haltung zu offenbaren, zumal jene Lehren und Einrichtungen fast alle der Zeit und dem Sinne nach älter sind, als der Protestantismus. Dagegen trägt dieser letztere nach Ursprung, Lehrgehalt und Grundstimmung weit deutlicher den Gegensatz zur katholischen Kirche in sich, wie es schon sein Name zeigt. M. Schiele erinnert auch für unsere Zeiten in diesem Zusammenhang an den noch „im Rüstzeuge alter Polemik einherschreitenden" Konfirmandenunterricht[1]).

Kein Einsichtiger wird übrigens der religiösen Wissenschaft und

1) In: Evangelische Freiheit 8 (1908), S. 491.

etwa auch dem religiösen Unterricht daraus einen Vorwurf machen, daß sie die Wahrheit und das Recht des eigenen Bekenntnisses nachzuweisen und mit geistigen Waffen zu verteidigen suchen. Nicht minder liegt es im Wesen des Christentums, daß jede Konfession eine Art Propaganda entfaltet, daß sie aus dem christlichen Glauben und Lieben heraus neue Bekenner wirbt und alte neu erweckt durch äußere und innere Mission. Aber auch hierbei wähle man zunächst die Formen nach der Sitte unserer Zeit und nach dem Gemeingefühl des Volkes, in dem wir leben; nicht nach dem kriegerischen Brauch und Instinkt derberer Zeiten![1]) Vor allem aber darf der Geist und Inhalt der Auseinandersetzung nicht gegen die geschichtliche Wahrheit, wie sie von der heutigen Wissenschaft erkannt wird, verstoßen; es ist falsche Pietät, unhaltbare Anklagen weiterzuschleppen oder bei der Schilderung und Charakteristik der Konfessionen auf der einen Seite nur das Gute, auf der anderen nur das Schlechte hervorzukehren; ganz gleich, ob dies in gelehrter Darstellung oder in volkstümlicher Rede und Dichtung geschieht. Und da das Ziel alles Kampfes der Friede, der Zweck aller christlichen Apologetik das Heil der Seelen und der Aufbau des Reiches Gottes ist, so kann der wahre Glaubenseiferer nicht von Erfolg und Sieg im Geisteskampfe reden, wenn er nur friedliche Gewissen gestört und schwankende zum Abfall gebracht hat, ohne daß er sie mit neuer religiöser Glaubenskraft und Frömmigkeit erfüllt hätte.

Als besonderes Hindernis der Verständigung wird protestantischerseits vielfach der Anspruch der katholischen Kirche als der „alleinseligmachenden" empfunden. Mit diesem, aus ehrwürdigstem Altertum stammenden Ausdrucke bezeichnet sie sich als die einzige vom Erlöser gestiftete Kirche, hiermit auch als die alleinige objektive Trägerin seiner Heilswahrheit und Heilsgnade. Sie lehrt aber nicht, daß der Geist der Wahrheit und Gnade nur innerhalb dieses „Leibes der Kirche" tätig ist; sie nimmt vielmehr an, daß er auch über den sichtbaren Organismus der Kirche hinaus die ehrlichstrebenden, heils-

1) Ich denke hierbei nicht nur an gewisse Schilderungen Luthers und der Reformation, sondern auch an katholische Werke, die durch die massive Form der Gegenpolemik oder durch unbillige Härte und Einseitigkeit im Urteil verletzt haben.

begierigen Seelen erleuchtet, rechtfertigt und beseligt [1]). Das objektiv Gültige und Notwendige wird subjektiv verpflichtend erst für den, der seinen verbindlichen Charakter im Gewissen erkennt; so nimmt die Kirche auch keinen Konvertiten in ihren Schoß auf, der sich nicht als von der Tatsache ihrer göttlichen Bevollmächtigung überzeugt erklärt. Eine solche dogmatische Ausschließlichkeit beansprucht jede religiöse Gemeinschaft, die auf göttlicher Offenbarung aufgebaut sein will. Nach der Friedensrede des Kardinals Fischer auf der Katholikenversammlung zu Essen (1906) stellte die Generalversammlung des Evangelischen Bundes zu Graudenz die Forderung, die Katholiken müßten zuerst einmal den Protestantismus als berechtigte Form des Christentums anerkennen. Daraufhin schrieb die Kreuzzeitung (14. Oktober 1906): „Diese Forderung kann doch nur aufgestellt werden, wenn auch der Evangelische Bund den Katholizismus als eine berechtigte Form des Christentums anerkennt. Daran ist aber doch nicht zu denken. Wir als evangelische Christen würden auch auf das entschiedenste dagegen protestieren. Der paritätische Staat muß die Forderung der Gleichberechtigung erfüllen; die Konfessionen selbst aber schließen einander aus, und ihr modus vivendi besteht nur darin, daß sie einander achten und anständig behandeln." Es ist ein Gebot der natürlichen und christlichen Moral, bei jedem Menschen die ehrliche Überzeugung und den guten Willen solange anzunehmen, bis das Gegenteil erwiesen ist. Der „gute Wille" ist das Unterpfand des himmlischen Friedens — nach jener Weihnachtsbotschaft, die in der bei Katholiken geläufigen Übersetzung ja die Fassung hat: „Friede den Menschen, die eines guten Willens sind!" Das Voraussetzen des guten Willens ist auch eine Grundforderung der irdischen sozialen und konfessionellen Friedensgesinnung. — Der verstorbene Kölner Kardinal dachte in seinen Friedensworten meist an den „positiven" Protestantismus; dieser teilt mit uns auch objektive kostbare Güter des Glaubens und Hoffens, die an „das gemeinsame Jugendland" des Christentums erinnern. Leo XIII. hat in einer nach Frankreich gerichteten Äußerung — den dortigen Verhältnissen entsprechend — den Kreis weiter gezogen; er gestattet und wünscht eine Zusammenarbeit der Katholiken in sittlich-sozialen Einzelfragen mit solchen An-

1) Vgl. die Thesen bei Denzinger „Enchiridion", 1647, 1677.

dersdenkenden, „die sich einen Fonds von gesundem Menschenverstande, eine Rechtschaffenheit, die man den Geist einer von Natur aus christlichen Seele nennen könnte, bewahrt haben“ und „aus diesem hohen Sinne heraus zum Guten neigen und des Guten fähig sind“. (An den Bischof von Grenoble, 1892.) Bekannt sind die rühmenden Äußerungen desselben Papstes über deutsche Zucht und Ordnung, deutsche Frömmigkeit und Achtung vor der Autorität, die er 1902 durch Generaloberst v. Loë dem Kaiser mitteilen ließ und die dieser in feierlicher Rede zu Aachen bekanntgab. Es wäre gewiß zu wünschen, daß in der protestantischen Bevölkerung auch solche Kundgebungen von Kirchenfürsten neben den scharfen Urteilen Roms über Irrlehren mehr verbreitet und beherzigt würden [1]).

Einer der für ein besseres Verhältnis zur katholischen Kirche in Deutschland eintretenden protestantischen Theologen erkennt die volle nationale Zuverlässigkeit der Katholiken an, vermißt aber in unserm Burgfrieden noch „die Anzeichen eines über das Vaterländische hinausgehenden guten Willens“ [2]). Ich glaube, die angeführten Stellen und die wirkliche Betätigung der führenden deutschen Katholiken dürfen wohl als Beweis dieses guten Willens gelten. Und hat man uns nicht bis in die letzte Zeit oft genug auch die „vaterländische“ Vollwertigkeit abgestritten? Prof. Dunkmann erkennt das Unrecht an, mit dem viele bis vor Ausbruch des Krieges „in Rom den eigentlichsten und schlimmsten Feind deutschen Wesens erblickten“, und fügt hinzu: „Hüten wir uns also, uns allein als bestellte Wächter deut-

1) Die scharfen Ausdrücke, die jüngst Papst Benedikt XV. gegen die Verbreitung der protestantischen Lehre in Rom gerichtet hat, hatten eine ausgesprochen lokale Bedeutung; sie bezogen sich — nach der authentischen Erklärung des Kardinals von Hartmann (Köln. Volksz. 1915, 1054) — auf die mit recht äußerlichen Mitteln arbeitende Propaganda gewisser Methodistenkreise, die übrigens ebenso deutschfeindlich wie antikatholisch auftrat. Die Namen Luther und Calvin kommen in der Rede nur in loser Verbindung mit jenen scharfen Wendungen vor. Die Ansprache war an „den Verein zur Erhaltung des Glaubens in Rom“ gerichtet; auch dieser Umstand erklärt die lebhafte Betonung der Pflicht, das Erbgut des Glaubens in der heiligen Stadt unversehrt zu erhalten. Daß dem Papste jede weitergreifende Absicht, insbesondere jede Verletzung des deutschen Protestantismus und seiner Pietätsgefühle, fernlag, hat er sofort unzweideutig zu erkennen gegeben.

2) M. Rade, Die Kirche nach dem Kriege 1915, S. 51.

scher Frömmigkeit aufzuwerfen, wobei wir ‚römische' Frömmigkeit verächtlich als undeutsch brandmarken. Das ist sehr oft geschehen und hat furchtbar erbittert[1])." Wenn man hinzunimmt, in welchem Umfange eine geschäftige Flugschriftenpolemik die schlimmsten Verdächtigungen gegen den Beichtstuhl, die Moral des Klerus und damit indirekt gegen das sittliche Feingefühl aller Katholiken verbreitet hat, in welchem Stil selbst anerkannte neuere Gelehrte die katholische Sittenlehre als Anleitung zur Gewissenlosigkeit, als „degeneriertes Christentum" und den kirchlichen Glauben als sittliche Selbstentwürdigung hingestellt haben, so sind dies offenbar Dinge, die über das Bedürfnis theologischer Kritik weit hinausgehen, die tatsächlich die Ehre von Millionen deutscher Landsleute peinlich berühren, daher auch nicht allein durch die Bestätigung ihrer vaterländischen Korrektheit ausgeglichen werden[2]).

Schließlich wirken tieferliegende dogmatische Verschiedenheiten, so z. B. die katholische Idee des Glaubens, der Kirche als sichtbarer Lebens- und Gnadengemeinschaft u. ä., auch in praktische Einzelfragen hinein, die der katholischen Geistlichkeit nicht selten den Vorwurf intoleranter Härte zuziehen, wo tatsächlich bei ihr das Pflichtgefühl vor Gott und ein schmerzliches Bedauern über solche Mißverständnisse obwaltet. Ist der Glaube nicht ein persönlicher, auf freier Forschung oder innerem Erleben fußender Herzensakt, sondern die lebendige Aneignung eines objektiven kirchlichen Wahrheitsgutes, über dessen treue Fortpflanzung Gott Rechenschaft fordert, so wird man von vornherein z. B. auch den Eheleuten und Eltern eine strengere Verantwortung für die Religion der Kinder auferlegen müssen. Die Ehe selbst stellt sich dem Katholiken nicht nur als natürlicher

---

1) In: Neue kirchliche Zeitschrift, 26 (1915), S. 88.

2) Vgl. hierzu Mausbach, Die katholische Moral und ihre Gegner[4] (1913), S. 1 ff. — Die derart genährten Vorurteile, vor allem das Mißtrauen gegen die katholischen Priester, haben auch in dieser Zeit des Krieges und Burgfriedens sich nachteilig geltend gemacht, hier und da direkt dem vaterländischen Interesse geschadet, — ich erinnere an manche übertriebene und falsche Anklagen gegen den belgischen Klerus. Auch literarische Gaben sind bis in die Schützengräben verschickt worden, die ihren erbaulichen Zweck nur glaubten in der oben gekennzeichneten „erbitternden" Form „deutscher Frömmigkeit" erreichen zu können und aus diesem Grunde von der Militärbehörde verboten wurden.

Liebesbund dar, sondern in der höheren Verklärung einer sakramentalen, die Kirche im kleinen abbildenden Lebensgemeinschaft. — Diese Idee wirkt hinüber selbst auf die Ruhestätte der Toten; auch diese erscheint als letzte Ausstrahlung der im Leben herrschenden Glaubensgemeinschaft; auch sie empfängt eine kirchlich-liturgische Weihung. Wer zu Lebzeiten die autoritative und sakramentale Gemeinschaft der Kirche theoretisch oder praktisch abgelehnt hat, — nicht nur der Andersgläubige, sondern auch der Katholik! — hat keinen Anspruch auf diese kirchliche Art der Beerdigung. In solcher Beleuchtung erhalten auch die leidigen „Friedhofsstreitigkeiten" ein anderes Gesicht. Überdies sind hier zivilrechtliche Schwierigkeiten mit im Spiele gewesen. Ein modus vivendi auf diesem Gebiete ist gewiß durchaus erwünscht und bei verständiger Rücksicht auf beiden Seiten leicht zu erreichen.

Wir erleben es gerade im heutigen Kriege, daß das Schwierigste und zugleich das Entscheidendste in den Beziehungen der Menschen und Völker nicht die äußere Rechtlichkeit, auch nicht das leibliche Wohltun und seibstlose Arbeiten ist, sondern die gerechte Beurteilung eines Gegners, wider den sich Leidenschaft und Interesse empören, das Freihalten des Geistes von einer halb schuldbaren, halb unschuldigen Verblendung; — diese Wolke von Verstellung und Vorurteil ist ja auch, wie jüngst der Reichskanzler sagte, das gewaltigste Hindernis eines nahen, würdigen Friedensschlusses. Lernen wir aus den furchtbaren Folgen der geistigen Entfremdung der Nationen auch für unser Verhalten gegenüber Andersgläubigen! Machen wir uns diese feinste und vornehmste Art der Liebe zu eigen, daß wir auch im Denken jede ungerechte Antipathie, jedes hartnäckige Vorurteil, jedes heuchlerische Sophisma bekämpfen: „nur die Wahrheit kann uns freimachen!" Mögen auch hier „die Masken fallen", die sonderbaren Einbildungen und Fälschungen, mit denen deutsche Brüder, Kinder desselben Volkes, oft fremd voreinander treten, statt sich ehrlich und treulich ins Auge zu schauen und so ihr natürliches Antlitz kennen zu lernen! Für diese gegenseitige Annäherung und Erschließung ist der Krieg kein Hemmnis, sondern eine einzigartige Schule, sofern er die Menschen durcheinander schüttelt, ihnen alle Hüllen und Masken nimmt, ihr innerstes Denken und Wollen, Glauben und Beten erscheinen läßt. Wir Katholiken erblicken heute mit Bewunderung an

Heldengestalten protestantischen Bekenntnisses eine Verbindung kriegerischer Kraft und Genialität mit gläubigem Frommsinn, die jedes christliche Gemüt erfreut und erbaut; unsere Soldaten lernen in Kernlanden des Protestantismus bis zu den russischen Ostseeprovinzen hin Beispiele echt deutscher und christlicher Tugend im Volke kennen; die ganze Welt rühmt heute die Selbstzucht und Energie, die organisierende und fortschrittliche Kraft, die vor allem dem preußischen Geiste innewohnt, und an der manches katholische Volk sich ein Muster nehmen könnte. Doch auch unsere katholischen Herrscher und Heer- und Flottenführer strahlen als Vorbilder militärischen und sittlichen Heldenmuts; überall im katholischen Heer und Volk treten glühende Begeisterung, Opfersinn, Tapferkeit auf dem Grunde eines kindlichen, felsenfesten Glaubens hervor; und im Ernste dieser Stunden offenbaren sich auch die spezifisch katholischen Züge der Religion, der erhabene Gottesdienst, die sichere Autorität, die geordnete Liebestätigkeit und weltumfassende Organisation vor aller Welt als Quellen innerlicher Religiosität und echter sittlicher Kraft.

Im Gebiete der allgemeinen Bildung, der geistigen und gesellschaftlichen Kultur, liegt die Gefahr schroffer Scheidung nicht so nahe, wie bei dem an absolute Wertmaßstäbe gebundenen religiösen Leben. Immerhin gibt es auch hier Hemmnisse des Friedens, Vorurteile und Vorwürfe, die störend wirken und bald zur Verschärfung der religiösen Spannung, bald zur Erschwerung des politischen Einvernehmens beitragen. Es war vorhin die Rede von den unleugbaren Vorzügen des norddeutschen, besonders im Preußentum verkörperten Geistes. Ganz Deutschland weiß, was es diesem kräftigen, nüchternen, soldatischen Typus an persönlicher und völkischer Kultur verdankt — in der Vergangenheit und zumal in seinem jetzigen Daseinskampfe. Aber diese Prägung des deutschen Charakters ist doch nicht der adäquate und erschöpfende Ausdruck unseres Volkstums; sie hat neben ihren Vorzügen auch Schärfen und Kanten, die das Verständnis der geistlich-sittlichen Schönheit deutschen Wesens erschweren und bei anderen Völkern oft mehr Abneigung als Liebe und Vertrauen hervorrufen. Im Westen und Süden Deutschlands ist die Kultur nicht nur älter, sondern auch lebendiger mit Religion und poetischer Sitte verwachsen, tiefer bewurzelt in einer Volksseele, die durch gemütvolle Wärme und Fröhlichkeit besonders geeignet ist,

dem Deutschtum im Auslande Freunde zu werben. Und ganz abgesehen von dieser Fernwirkung: auch für die innerdeutsche Kultur, für den harmonischen Vollklang des eigenen nationalen Lebens gilt das Dichterwort, daß das Strenge mit dem Zarten, das Starke mit dem Milden sich paaren muß. Nun sind aber diese west- und süddeutschen Gaue vorwiegend katholisch; sie weisen in reichen Denkmälern der Vergangenheit wie im pulsierenden Leben der Gegenwart einen starken Einschlag kirchlicher Gedanken auf. Das Anheimelnde dieser Verschmelzung deutscher und katholischer Gesittung und ihr starkes und wohltätiges Fortwirken auf die Gesundheit unseres ganzen Volkslebens ist von Männern wie Fr. Paulsen, F. W. Förster, K. Breysig u. a. mit wohltuender Offenheit anerkannt worden. Man kann aber nicht sagen, daß diese Wertschätzung bedeutsamer katholischer Kulturelemente bereits in die breite Bildungswelt, etwa in die Schul- und Jugendliteratur des Protestantismus, eingedrungen sei. Das Schlagwort von der Reformation als der ersten Schöpferin aller neueren Kultur, der ruhmvollen Befreierin deutschen Wesens, ist auch kaum erschüttert worden durch die jüngsten, das Verdienst der Renaissance ins Licht stellenden Ergebnisse der Geistes- und Wirtschaftsgeschichte (E. Troeltsch). Was oben von der Korrektur ererbter kirchengeschichtlicher Darstellungen gesagt wurde, gilt auch hier: Die pietätvolle Pflege überlieferter Vorstellungen darf nicht so weit gehen, daß sie Licht und Schatten in der Kulturgeschichte nach einem veralteten und einseitigen Schema verteilte; man darf die Kulturbefähigung des Katholizismus nicht aus bloßen Perioden des Niedergangs herauskonstruieren, man muß sie auch in den vollen und reinen Blüteperioden und nach den im heutigen Gesellschaftsleben schaffenden Triebkräften studieren und würdigen.

An dem Hochstande der profan-wissenschaftlichen, literarischen und technischen Geistesarbeit unserer Zeit sind die deutschen Katholiken nicht nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerung beteiligt; dies ist von unserer Seite in den letzten Jahrzehnten wiederholt eingestanden und beklagt worden. Die Gründe der Erscheinung können hier nicht dargelegt werden, sie sind zum größten Teile durchaus nicht unrühmlich[1]). Nur an *eine* naheliegende Ursache möchte ich

1) Vgl. Mausbach, Die Kirche und die moderne Kultur 1913, S. 45ff.

erinnern, weil sie den stolzen Namen des „Kulturkampfes" trägt; tatsächlich ist dieser Kampf eine Freiheitsbeschränkung der Katholiken gewesen, die einen Abfall von der Idee des Kulturstaates und einen Rückfall in alte polizeistaatliche Ideen bedeutete. Durch diese äußere Einschränkung des freien Mitschaffens am Bau des neuen Reiches sind erst gewisse Hemmungen, die aus älteren geschichtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen oder auch aus religiös-aszetischen Stimmungen entsprangen, so verhängnisvoll geworden. Die Schuld auf der anderen Seite lag übrigens weniger beim Protestantismus als bei allgemeinen politischen oder religionsfeindlichen Strömungen. Nach dem durch Bismarcks großzügige Wendung eingeleiteten Abbruch des Kulturkampfes sind noch geistige Nachwehen zurückgeblieben, z. B. in dem stillen Widerstande, der sich bei Besetzung akademischer Lehrstühle oft dem Vorwärtsstreben der Katholiken entgegenstellt. Im Lichte des Krieges und seiner harten Lehren wird in Zukunft gewiß die Notwendigkeit, alle fähigen Kräfte ohne Unterschied der religiösen Überzeugung zum geistigen Wettbewerb heranzuziehen, für alle wohlmeinenden Deutschen ein selbstverständlicher Grundsatz werden. Anderseits wird aber auch unser katholischer Nachwuchs den Schwierigkeiten und selbst den etwaigen unbilligen Erschwerungen der Laufbahn nicht aus dem Wege gehen dürfen, wie es bisher nicht selten geschehen ist; unsere studierende Jugend muß sich durch unanfechtbare, nötigenfalls durch verdoppelte Leistungen den Platz an der Sonne erkämpfen, auf dem sie ihr volles Können in den Dienst des Ganzen, des Vaterlandes und seiner allseitigen Entwicklung, zu stellen in der Lage ist.

Die gegenseitige Verständigung in Bildungs- und Kulturfragen wird wohl durch nichts so sehr erschwert, als durch die Unkenntnis, die aus absichtlicher oder gewohnheitsmäßiger literarischer Absperrung erwächst. Auf das spezifisch religiöse Gebiet will ich hier nicht zurückgreifen; es wird vielfach zugegeben, daß dem katholischen Index auf protestantischer Seite ein unsichtbares Verbot „Catholica non leguntur" gegenübersteht, und daß im allgemeinen der katholische Theologe weitherziger im Gebrauche gegnerischer Literatur ist, als der evangelische. Dunkmann hat aber wohl einen weiteren Kreis im Auge, wenn er die „Erhitzung" mancher Protestanten gegen eingebildete katholische Gefahren auf ihre „absolute Ignorierung jeglicher katho-

lischer Literatur" zurückführt [1]). Das weltliche Schrifttum wird im allgemeinen durch die Indexverbote nicht betroffen. Ein Fernhalten der vom Protestantismus ausgehenden oder mit ihm verwachsenen Kulturgedanken wäre für den deutschen Katholiken auch ganz unmöglich, wenn es beabsichtigt wäre; der vorgeschriebene Bildungsgang an Gymnasium und Universität, der Spielplan der Theater, die Roman- und Zeitungslektüre verschaffen ihm mit Notwendigkeit einen Einblick in das neuere protestantische Geistesleben. Ein gleicher Zwang, das Charakteristische des katholischen Glaubens und Lebens kennen zu lernen, besteht für die Majorität der protestantischen Deutschen nicht. So kommt es auch, daß der literarisch schaffende Katholik durchweg unwillkürlich sich das ganze Forum des Geistes, vor dem er spricht, vergegenwärtigt, der Protestant aber häufig nur an *seine* öffentliche Meinung denkt, daher nachher aufrichtig erstaunt ist, wenn sich katholische Leser über verletzende Wendungen beklagen. In den ersten Jahren nach dem Kulturkampfe mag das Gefühl des Mißtrauens und die Absicht, das eigene literarische Schaffen zu heben, die deutschen Katholiken zu einseitigen, allzu ängstlichen und ablehnenden Warnungen vor moderner Literatur veranlaßt haben; heute befleißigen sich die maßgebenden katholischen Bildungskreise in diesem Punkte einer maßvollen und weitblickenden Toleranz, es machen sich sogar bei der heranwachsenden Jugend schon Zeichen einer übertriebenen, leichtherzigen Sorglosigkeit bemerkbar.

Der Trieb der Selbsterhaltung, wie er den Minoritäten eigen ist, hat die Katholiken auch im Punkte des Vereins- und Genossenschaftswesens öfters zu einer Zurückhaltung veranlaßt, die man als unfreundliche Absonderung gedeutet hat. Wahrscheinlich ist es aber bei protestantischen Gemeinden, die inmitten einer katholischen Majorität leben, nicht wesentlich anders. Man bedenke überdies, daß eine Lebensanschauung, die eine Art religiöser Hochspannung einschließt und an eine Fülle objektiver Normen gebunden ist, naturgemäß darauf bedacht sein muß, sich durch korporativen Zusammenschluß auf dieser Höhe zu erhalten und ihre religiöse Energie und Eigenart vor dem Verfließen in eine breitere, weltlichere Strömung zu bewahren. Zweifellos zeigt sich dieser Zug auch bei denjenigen Kreisen im Pro-

1) A. a. O. S. 90.

teſtantismus, die nach der dogmatiſchen oder myſtiſchen Seite hin eine kernhaftere Gläubigkeit und Kirchlichkeit beanſpruchen, als die freie, moderne Richtung. Die dem deutſchen Katholizismus vorgeworfene Abſonderung erſtreckt ſich im allgemeinen, wenn man näher zuſieht, auf Vereinsgründungen zu kirchlichen, ſittlichen und erziehlichen Zwecken, alſo auf jene korporativen Aufgaben, für die das volle Aufgebot der ſeelen- und kulturbildenden Glaubenskräfte notwendig oder erwünſcht iſt. In reinweltlichen Fragen, bei Forderungen des nationalen und wirtſchaftlichen Lebens, iſt die Bereitwilligkeit der Katholiken, an gemeinſamer Arbeit teilzunehmen, meiſt nicht geringer, als die Neigung der Proteſtanten, ſie dazu einzuladen und heranzuziehen, wie die Entſtehung der „chriſtlichen Gewerkſchaften" und andere Beiſpiele beweiſen. Vor allem kann man den deutſchen Katholiken nicht vorwerfen, daß ſie in dieſer Ära der Vereinsgründungen irgendeine große Organiſation, die von vornherein als eine „Kampfesorganiſation" gedacht war, ins Leben gerufen hätten.

Die tiefe Überzeugung von der Notwendigkeit religiöſer Leitgedanken und Kräfte für die Erziehung der Jugend beeinflußt auch die Stellung zum öffentlichen Schulweſen; ſie bewirkt hier ein Zuſammengehen der Katholiken mit der konſervativen Richtung im Proteſtantismus. Beide Teile haben die ſtarke Empfindung, daß die aus dem Urchriſtentum ererbten, vom modernen Denken als „ſupranaturaliſtiſch" abgewieſenen dogmatiſchen und ſakramentalen Vorſtellungen nicht nur die Geſchichte des deutſchen Seelen- und Kulturlebens aufs ſtärkſte beeinflußt haben, ſondern auch heute allein imſtande ſind, die Herzen der Jugend mit heiliger Ehrfurcht vor allem Göttlichen zu erfüllen und zugleich gegen die verwirrenden und beſtrickenden Reize des Diesſeits zu feſtigen, während der freiere, dogmatiſch nicht gebundene Proteſtantismus auf die Dauer dem Zuge zur modern individualiſtiſchen und naturaliſtiſchen Lebensauffaſſung nicht den hinreichenden Halt entgegenſetzt. Die weitverbreitete ſchrankenloſe Lebens- und Freiheitsverherrlichung moderner Pädagogen iſt, wie wir beobachten können, auch durch den Ernſt der Kriegszeit nicht ſo wirkſam und gründlich ernüchtert worden, daß wir auf eine dauernde Bekehrung hoffen könnten. Das beweiſt insbeſondere die immer noch herrſchende Begeiſterung für Nietzſche, alſo für einen Denker, deſſen undeutſcher und unchriſtlicher Individualismus in

schroffem Gegensatz steht zu der im Kriege so mächtig erwachten Hingabe jedes einzelnen an das Ganze und Gemeinsame, zur Betonung des Rechts und der christlichen Rechtsnormen, zu der liebreichen Pflege alles verwundeten und gefährdeten Lebens. Um so deutlicher erkennt der wahre und tieferblickende Freund des Vaterlandes die Pflicht, nach dem Kriege gemeinsam mit allen gläubigen Christen dahin zu wirken, daß die Grundlagen des künftigen nationalen Lebens auf dem Felsengrunde des christlichen Glaubens und nicht auf dem Flugsande subjektiver, wechselnder Meinungen aufgebaut werden, daß die neue Jugend, die dann heranwächst, nicht nur die Heldentaten der im Kampfe gefallenen Väter feiern lernt, sondern auch ihren an christlichen Ideen und Vorbildern gereiften Heldengeist durch eine christliche Erziehung tief in sich aufnimmt.

Es gibt Schulreformer, die sich auf die herrliche Einigkeit der im Felde kämpfenden Truppen zu dem Zwecke berufen, um eine radikale Form der Einheitsschule zu empfehlen, in der alles Trennende der Bildungsziele und Bildungsmöglichkeiten hinwegfällt, in der auch die konfessionelle Scheidung unsers Volksschulunterrichts verschwindet. Aber Einheit ist nicht Einerleiheit; lebendiger Gemeinsinn schließt nicht charaktervolle Differenzierung aus. Sie sagen, in der Frömmigkeit unserer Soldaten trete das Konfessionelle und Christliche ganz zurück hinter einem allgemeinen Gottesgefühl und Gottvertrauen, das ihren Mut beseele und aufrechterhalte; nicht der Christus der geschichtlichen Bekenntnisse, sondern der allgegenwärtige, allwaltende Gottesgeist trete dem Krieger im Schlachtendonner nahe. Diese Behauptung wird durch eine Fülle von Zeugnissen widerlegt; sicher besitzt für die katholischen Truppen die Feier der hl. Messe und Kommunion die stärkste Anziehungskraft und es bleiben auch im Felde die Höhepunkte des Kirchenjahres mit ihren heilsgeschichtlichen Erinnerungen die höchsten Weihetage. Überdies stammt der Gottesglaube, der in jenen allgemeinen religiösen Gefühlen erwacht und aufflammt, im Grunde aus unserer christlichen Lehre und Erziehung, nicht aus einem reinen Vernunft- oder Gefühlserlebnis. So lange die Konfessionen bei uns eine starke, durch keine Theorie zu beseitigende Lebenswirklichkeit haben, ist der wahre und dauernde Friede auch für die Jugenderziehung nicht durch das äußerliche Mittel eines Simultanunterrichts, sondern nur dadurch herzustellen, daß jede Konfession bei

sorgfältiger Pflege ihrer Eigenart vor allem die positiven Lebenswerte ihres Bekenntnisses verständnisvoll entfaltet, auf alle öde und gehässige Polemik verzichtet und die hohen gemeinsamen Ziele des Vaterlandes und der Menschheit nie aus dem Auge verliert. Unsere heutige Pädagogik selbst verlangt, daß man das Kind nicht bloß mit Kenntnissen anfülle, sondern als lebendige, werdende Persönlichkeit anrege, entfalte und zur Reife bringe, sie fordert auch vom Lehrer, daß er das Tiefste und Beste seiner Persönlichkeit für dieses Werk hergebe; dann darf sie aber konsequent nicht auf eine Ausschaltung der Religion, der tiefsten Lebensmacht, aus dem Unterricht hinarbeiten, darf ihr auch nicht die typische Konkretheit und Lebendigkeit rauben, die sie nun einmal im konfessionellen Familien- und Volksleben besitzt.

Die erwähnte Verwandtschaft und Fühlung zwischen Katholizismus und protestantischer Orthodoxie hat übrigens ihre deutlichen Grenzen; sie wird schwerlich je zu einer solcher Innigkeit und Ausschließlichkeit führen, daß die liberale Richtung sie als „schwarzblauen Block" — wenn auch nur im allgemeinsten, kulturellen Sinne — kennzeichnen und fürchten müßte. Es ist kein Zufallsspiel, auch keine berechnete Anpassung, sondern die natürliche und schöne Folge seines „allgemeinen" Wesens, daß der Katholizismus sich nach mehreren Fronten hin als bündnisfähig erweist. Sein konservativer Grundgedanke und Grundzug, seine starke Durchsetzung mit biblischen, mystischen, autoritativen Elementen, seine innige Bindung an geschichtliche und bodenständige Kräfte und Stimmungen schlagen zweifellos eine Brücke zum älteren, landeskirchlichen Protestantismus hinüber. Auf der anderen Seite aber zeigt er eine ausgeprägte Anlage zur philosophischen Denkweise, zur Erhebung über alles Geschichtliche ins Reich der Ideen, zur Einschärfung natürlicher Gesetze in Ethik, Recht und Kultur, zur demokratischen und menschheitlichen Gesellschaftsauffassung; dies alles aber sind Charakterzüge, die ihn mehr dem Protestantismus der Aufklärung und der heutigen universalen Welt-, Wissens- und Kulturauffassung ähnlich machen. So läßt es sich auch nicht leugnen, daß gerade hervorragende Männer der fortschrittlichen Theologie es gewesen sind, die manche Vorurteile gegen die Geschichte und Kulturbedeutung des Katholizismus weggeräumt haben. Indem sie sich von der älteren Dogmatik, Exegese und Geschichtsbetrachtung der Reformation freimachten, das Wesentliche der Refi-

gion Jesu und Luthers in einem möglichst einfachen, der lebendigen Entwicklung fähigen Glauben erblickten, fanden sie im allgemeinen eine unbefangenere Stellung zu den Tatsachen der Kirchengeschichte, erkannten deutlicher wenigstens die relative Notwendigkeit und Heilsamkeit katholischer Einrichtungen und richteten auch für die Zukunft ihre Hoffnung mehr auf den ungehemmten Wettbewerb und Austausch der Kräfte.

Das politische und nationale Verhältnis der Konfessionen gewinnt eine besonders weittragende Bedeutung in einer Zeit, die alle staatspolitischen Probleme in weltpolitische Beleuchtung rückt, fast alle nationalen Fragen zu internationalen erweitert. Der Volks- und Staatsgedanke ist durch den gewaltigen Kampf, in dem wir stehen, unvergleichlich gestärkt und vertieft worden. Weil der Krieg fürs Vaterland als ein gerechter und heiliger erkannt wurde, hat er in Tausenden das religiöse Bewußtsein mächtig entfacht; weil die Religion in allen ihren Vertretern freudig den deutschen Waffen ihren Segen gab, hat sie das erstarkte nationale Einheitsgefühl in seinen Tiefen geweiht und von alten Vorurteilen und Schlacken geläutert. Niemand darf es wagen, die Tugenden der Vaterlandsliebe und des kriegerischen Heldenmuts heute als Vorzug einer Konfession, eines Stammes, einer Partei auszugeben; „die vaterländische Gesinnung, mit der unsere katholischen Volksgenossen in diesen Krieg gezogen sind, mit der sie auch durchgehalten haben bis heute, unterscheidet sich in nichts von der unsrigen. Das gilt ebenso vom Episkopat, wie vom Volk, wie von den Orden (bis in den Jesuitenorden hinein)“ [1]). Es gibt keine Probe der Vaterlandsliebe, die echter und zuverlässiger wäre, als das gewaltige Prüfungsfeuer des Krieges. Aus der glänzend bewährten nationalen Gleichwertigkeit der Bekenntnisse folgt notwendig ihre volle Gleichberechtigung im politischen Leben. Durch diesen Krieg ist allen verletzenden Ausnahmegesetzen, auch dem Jesuitengesetz, vor dem Gewissen der Nation das Todesurteil gesprochen [2]). Nach Dunkmann ist anzunehmen, „daß in

1) M. Rade a. a. O. S. 49.

2) In der Allgem. Evangel. Luth. Kirchenzeitung vom 26. Febr. 1915, Sp. 194 schreibt der bayrische Oberkonsistorialpräsident H. v. Bezzel: „Der Jesuitenorden aber ... soll in Deutschland den Dank erhalten, den er für sein kampfbereites, diensteifriges und selbstverleugnendes Wirken verdient hat.“

der Habsburger Monarchie der Protestantismus eine seiner Bedeutung würdigere Stellung erhält, wie, daß im überwiegend protestantischen Deutschland der Katholizismus zu *voller Gleichberechtigung gelangen wird*“[1]). Nichts anderes haben die deutschen Katholiken mit der in den letzten Dezennien oft wiederholten Forderung der Parität im Auge gehabt. Daß diese für alle Zweige des Staatslebens erstrebte Gleichstellung nicht als „mechanische“ Parität gedacht ist, und daß sie auch bei ehrlichstem Willen nicht im Handumdrehen zu erreichen ist, begreift jedermann; dazu sind mit dieser Frage zu viele verwickelte Voraussetzungen geschichtlicher und ständischer Art verflochten. So lassen sich z. B. die Jahrhunderte alten Leistungen märkischer Adelsfamilien für den preußischen Staat und die daraus erwachsenen Vertrauensbeziehungen unmöglich mit einem Federstrich aus- und umschalten. Aber aus Preußen und den anderen Einzelstaaten ist inzwischen Deutschland geworden, und aus dem anfänglichen Deutschen Reiche ein Staatswesen mit ausgedehnterem, weltpolitischem Horizont; diese größere, durch den Krieg noch bestärkte Aufgabe muß auch auf die Methoden der Regierung und Beamtenwahl weiterwirken, sie fordert Überwindung alles Kastenwesens und Einordnung aller Sonderinteressen in das erweiterte Gesamtziel des Reiches. Dazu ist notwendig, daß der katholischen Bevölkerung, die in Deutschland 24 Millionen, in Preußen 14 Millionen ausmacht, weitherziger als bisher der Zutritt zu den Staatsämtern, die Bahn auch zu den höchsten patriotischen Diensten und Verdiensten erschlossen wird. Die häufig angebrachte Entschuldigung, es sei bei einer Stellenbesetzung gar nicht an die Konfession gedacht worden, trifft die Beschwerde nicht; das einfache „Nichtdenken“ genügt nicht, nachdem eine so alte Tradition zur instinktmäßigen Bevorzugung der einen Konfession geführt hat; dieses Nichtdenken bedeutet eher eine beruhigende Sicherheit für die Privilegierten, daß es im allgemeinen beim alten bleiben wird. Erst müßte durch bewußtes Daranden ken die berechtigte Stimmung und Forderung der Katholiken berücksichtigt und so ein richtiges Gleichgewicht, eine normale Zusammenarbeit der Konfessionen im Staatsdienste angebahnt werden. Freilich dürfen dann auch die berufenen Katholiken sich nicht an Zahl und Zähigkeit der Bewerbung in den Hintergrund drängen lassen,

1) Dunkmann a. a. O. S. 87.

dürfen nicht ihrerseits die Zeichen der Zeit vernachlässigen durch Festhalten an älteren Überlieferungen und Sympathien oder durch demokratische Vorliebe für möglichst freie, zwanglose Berufsformen.

Der auf diesem Punkte immer wiederkehrende Vorwurf gegen die deutschen Katholiken ist die Verquickung der Religion oder Konfession mit der Politik[1]). Man meint damit schließlich die Tatsache des Zentrums. Die Zentrumspartei ist nach ihren Satzungen und ihrem öfter klar bezeugten Willen keine konfessionelle, katholische Partei; sie setzt sich aber der überwältigenden Majorität nach aus katholischen Wählern zusammen. Ein Gegenstück zu ihr ist die konservative Partei, die ganz überwiegend aus Protestanten besteht ohne sich damit als eine protestantische Partei zu bekennen. Beide Parteien lehnen grundsätzlich die völlige Ausscheidung der Religion aus der Politik ab, weil sie überzeugt sind, daß die Religion nicht nur „Privatsache", sondern einer der wichtigsten Faktoren des öffentlichen Lebens ist, überdies in den Verfassungen und Einrichtungen der deutschen Staaten ihre feste Verankerung hat. Das Zentrum hat in den ersten Jahren für die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche einen schweren Kampf geführt; es wollte und konnte ihn ehrlich und erfolgreich führen, weil es sich nicht nur als faktische Vertreterin von Millionen Katholiken, sondern grundsätzlich als paritätische Verfassungspartei fühlte, die für die Rechte und Freiheiten *aller* deutschen Bürger und anerkannten Konfessionen eintritt. Als „Verquickung" darf man nur eine *unsachliche* Durchsetzung der Politik mit konfessionellen Gesichtspunkten bezeichnen. Eine solche würde vorliegen, wenn man staatliche Machtmittel für innerkirchliche, reinkonfessionelle Zwecke oder zur Einschränkung und Schädigung eines anderen Bekenntnisses in Anspruch nehmen wollte, oder auch, wenn man Staatsnotwendigkeiten nicht nach politischen und nationalen Gründen, sondern nach fremdartigen kirchlichen Gesichtspunkten und Direktiven behandelte. Die erste Art der Verquickung ist dem Zentrum kaum einmal vorgeworfen worden; die zweite ist häufig behauptet, aber niemals bewiesen worden. Man beruft sich meist auf die ‚Septennatsvorlage'; aber ihr Verlauf beweist das Gegenteil: der Versuch einer

1) Vgl. z. B. A. Harnack, Protestantismus und Katholizismus in Deutschland. 1907, S. 27.

„Verquickung" ist vom Reichskanzler ausgegangen, das Zentrum aber hat sich als politisch unabhängig und prinzipientreu erwiesen.

Auch solche achtungswerte Männer, die die bisherige reichstreue und friedfertige Haltung der katholischen Minorität in Deutschland offen anerkennen, haben sich für Beibehaltung gewisser kirchenpolitischer Einschränkungen ausgesprochen, weil sie befürchten, der katholische Volksteil werde vielleicht bei vollkommen gleichem Wettbewerb einmal das Übergewicht erlangen, sei es durch stärkere natürliche Vermehrung oder durch territorialen Zuwachs; er werde dann in Versuchung kommen, eine ausgesprochen konfessionelle Politik zu treiben und Deutschland dem „Ultramontanismus" d. h. der Papstherrschaft auch in weltlichen Dingen dienstbar zu machen. Auf dieses Bedenken antworte ich zunächst mit Dunkmann: „Die neue politische Konstellation ... belehrt auch den Blinden, daß die Ära der konfessionellen Politik vorüber ist; wir würden gegen den weltgeschichtlichen Arm Gottes uns auflehnen, wenn wir nach wie vor uns irgendwelcher Verachtung, Geringschätzung oder politischer Verhetzung schuldig machten. Das gilt selbstverständlich von beiden Seiten oder Teilen"[1]). Was das Anwachsen der Volkskraft Deutschlands angeht, so wird der wahrhaft Fromme stets in dem, was für das nationale Denken ein zweifelloser Fortschritt und Aufstieg ist, zugleich ein *sittlich* Gebotenes und Heilsames erkennen, mag es ihm auch unter anderem Gesichtspunkt schmerzlich sein; er wird etwaige Besorgnisse, die aus gewohnter konfessioneller Anschauungsweise aufsteigen, im Vertrauen auf eine spätere bessere Einsicht, im Vertrauen auf eine höhere Weisheit und Weltlenkung zu überwinden wissen. Der Gedanke an ein politisches Übergewicht des Katholizismus in Deutschland hat übrigens kaum eine realpolitische Bedeutung; man vergesse doch nicht die ganze Diesseitsrichtung in der modernen Kultur, die auf absehbare Zeit ein solches Erstarken ihres äußersten Antipoden gewiß nicht zuläßt. Vor allem aber: Die deutschen Katholiken denken nicht an die Verwirklichung eines „kurialen Staatsideals" im genannten Sinne, — das zeigt ihre kirchenrechtliche Literatur und ihre praktische Politik. Ja, das Papsttum selbst denkt nicht an solche mittelalterliche Pläne und kann nicht im Ernste daran denken, nachdem Leo XIII. wiederholt und grundsätzlich anerkannt hat, daß die Staatsgewalt auf ihrem weit-

1) Dunkmann a. a. O. S. 88. Vgl. Fr. Naumann, Mitteleuropa, S. 66 ff.

lichen Gebiete die „höchste", die vollkommen „souveräne" Gewalt ist[1]). Der Papst müßte zu den wenigen „Blinden" unserer Zeit gehören, wenn nicht auch er einsähe, daß bei der heutigen Stellung und Gruppierung der Mächte „die Ära der konfessionellen Politik vorüber ist", — wie eigenartig verteilen sich heute die Religionen auf die beiden Kriegsparteien! — und daß ein starker moderner Staat, selbst wenn er ganz katholisch wäre, sich in seinen weltlichen Entschließungen nicht von Rom aus leiten lassen kann. Würde das Papsttum nicht die einzigartige religiöse Autorität, die es bei allen Völkern so nötig hat, selbst aufs Spiel setzen, würde es nicht den hohen moralischen Einfluß, den es in schwierigen Weltkrisen, wie in diesem Kriege, zum Segen der Menschheit entfaltet, sofort einbüßen, wenn es seine strenge Neutralität, seine erhabene Stellung über allen politischen Gegensätzen kurzsichtig preisgäbe?

Bei der großen Macht, die der Oberhirt der Kirche über die katholischen Gewissen übt, können allerdings auf Grenzgebieten des kirchlichen und staatlichen Lebens zu Zeiten Einwirkungen vorkommen, die für die Staatsgewalt und die politische Haltung nichtkatholischer Volkskreise eine Schwierigkeit bedeuten. Aber wo gäbe es solche Schwierigkeiten nicht in der heutigen Politik, ich meine gerade auch Schwierigkeiten, die nicht aus dem nächsten Gegenstande der Gesetzgebung und Verwaltung stammen, sondern durch unpolitische, geistige Machtfaktoren hervorgerufen werden, durch religiöse oder atheistische Weltanschauungen, sozialistische Zukunftsträume, starke Bewegungen in der Presse, Bildung und öffentlichen Meinung! Welch' ein grelles Licht hat die Geschichte des Krieges auf die politische Macht der Loge in den romanischen Ländern geworfen, deren Eingreifen die schönsten Friedensreden der Staatsmänner und besonnenen Politiker zunichte gemacht hat! Solchen geheimen Machenschaften gegenüber besitzt die große Tradition des Papsttums auch für den gegnerischen Betrachter das Schöne und Beruhigende, daß sich ihre Tätigkeit im vollen Lichte der Öffentlichkeit entfaltet. Und noch ein wichtiger Vorzug kommt hinzu. Das Sprichwort sagt: „Was nicht widersteht, kann auch nicht stützen." Die Autorität der Kirche gleicht die Unbequemlichkeiten, die sie in Ausnahmefällen den

1) Vgl. die Rundschreiben Diuturnum illud und Immortale Dei.

ſtaatlichen Machthabern ſchafft, doppelt und dreifach aus durch die dauernde, ſtillwirkende Stärkung des ſittlichen und ſtaatlichen Pflichtgefühls in Millionen katholiſcher Bürger, die mit gleicher Feſtigkeit für Thron und Altar einſtehen. Die kirchliche Verfaſſung ſelbſt leiſtet dafür eine wertvolle Bürgſchaft, indem ſie dem internationalen oder übernationalen Papſttum den heimiſchen Epiſkopat, der eng mit Volk und Staat verwachſen iſt, zugeſellt.

Der vertrauenerweckenden und abgeklärten Perſönlichkeit Benedikts XV. und ſeiner unbeſtechlichen Rechts- und Friedensliebe inmitten des Kriegstaumels iſt es beſonders zu danken, daß wir beim vorliegenden Gedankenaustauſch ſo unbedenklich und hoffnungsvoll von dieſen Dingen ſprechen können. Der internationale Charakter des Papſttums als ſolcher erſcheint auch den deutſchen Proteſtanten nicht mehr ſo als ein Fremdes, Gefahrdrohendes; ſehen ſie doch, wie der nationaliſtiſche Staatsgedanke ſich zu einer furchtbaren Macht der Entzweiung ausgebildet hat, wie das ehrliche „deutſche Wort" allein in der Welt nicht mehr Glauben findet, wie ſelbſt die treu gepflegte weitere Blutsverwandtſchaft mit anderen germaniſchen Völkern brüchig und unzuverläſſig geworden iſt. Wie weit ſteht heute die ſalbungsvolle und ſelbſtgefällige Friedensliebe eines Präſidenten Wilſon für das allgemeine deutſche Empfinden zurück hinter der Haltung und Bemühung des Papſtes, die ſich ſtützt auf das Bewußtſein einer göttlichen Friedensmiſſion und weitumfaſſenden Verantwortung! Doch auch in allen anderen Beziehungen wird uns das Internationale in dieſer Zeit ſtärkſter nationaler Sammlung vertrauter; deutlicher als ſonſt tritt uns der Weltberuf Deutſchlands als die notwendige Ergänzung, nicht als der Gegenſatz ſeiner inneren Lebenskraft entgegen, mögen wir dabei an die militäriſche Sicherheit oder an die wirtſchaftlichen Bedürfniſſe oder an die geiſtige Kulturarbeit unſeres Volkes denken. Und in demſelben Maße ſtellt ſich jede konfeſſionelle Engherzigkeit und Zwietracht als gefährlicher Feind unſerer Zukunft dar. Es war für nicht wenige Deutſche eine Überraſchung, daß in Spanien die Bevölkerung größeres Verſtändnis für die deutſche Sache an den Tag legte, als etwa in den Vereinigten Staaten; daß auch im iriſchen und italieniſchen Volke die Sympathien für Deutſchland um ſo kräftiger waren, je treuer die betreffenden Kreiſe zur Kirche ſtanden, und je mehr ſie an den ſozialen Schöpfungen der deutſchen

Katholiken die Macht des deutschen Organisationstalentes kennen gelernt hatten; — war es doch der Mailänder Kardinal Ferrari, der auf einer Katholikenversammlung das „Germania docet" geprägt hat! Um solche volkspsychologische Anziehungen und Annäherungen zu stärken und zu vertiefen, um nach Zerstörung mancher bisherigen Verbindungen ein möglichst weites und günstiges Neuland für unsern Unternehmungsgeist zu gewinnen, ist es wünschenswert und notwendig, daß auch das katholische Deutschland sich an jeder Art von Auslandsarbeit positiv und energisch beteiligt. Auf die wichtige Kulturtätigkeit unserer Heidenmission brauche ich hier nicht eigens hinzuweisen; ihren Wert auch für nationale Zwecke hat die Reichsregierung seit langem erkannt und praktisch gewürdigt. Wenn es wahr wird, daß durch den Friedensschluß zum Reiche selbst neue Gebietsteile mit katholischer Bevölkerung hinzutreten, so wird deren leichtere und raschere moralische Eingliederung ins Ganze wesentlich von der verständnisvollen, sowohl amtlichen als außeramtlichen Mitarbeit des katholischen Deutschtums abhängen.

Am entscheidendsten fällt für unsere künftige Weltstellung in die Wagschale unser bewährtes und inniges Bündnis mit Österreich-Ungarn. Wie es in gemeinsamem furchtbarem Ringen seine blutige Besiegelung und Weihe empfangen hat, so muß es sich demnächst nach der wirtschaftlichen und kulturellen Seite weiter ausgestalten und festigen. In ihm liegt geradezu die Achse unserer Weltmachtstellung. Bei dem katholischen Charakter der Habsburger Monarchie könnte nichts die Seele dieses Bündnisses, das gegenseitige Vertrauens- und Eintrachtsgefühl, so verhängnisvoll abschwächen als kulturkämpferische Neigungen und Reibungen im Reiche. Nichts würde auch die große gemeinsame Aufgabe, die Deutschland und Österreich im Orient zu erfüllen haben, schlimmer gefährden, als eine Politik, die mit konfessionellen Vorurteilen belastet wäre oder — in Verkennung der religiösen Natur des Orientalen — alles wirksame Interesse für Christentum und Religion vermissen ließe.

Manche werden an obiger Darstellung aussetzen, daß sie einen stark apologetischen Charakter trage; daß sie zuviel von Rechten und Forderungen rede, aber zu wenig Zugeständnisse enthalte; daß es in dieser schweren Zeit besser wäre, sich auf allgemeine, nach jeder Seite hin wohltuende Friedenswünsche und -beteuerungen zu be-

schränken. Allein, wo ich von Rechten gesprochen habe, habe ich auch die entsprechenden Pflichten hervorgehoben; und daß wir Katholiken unseren protestantischen Brüdern nicht Anerbietungen machen können, wie die Gewährung „voller Gleichberechtigung" oder die Beseitigung kränkender Ausnahmegesetze, dafür liegt der Grund nicht in der Einseitigkeit meines Standpunkts, sondern in der Einseitigkeit der Tatsachen. Eine offene, in friedfertigem Tone gehaltene Aussprache über die konkreten, der vollen Harmonie entgegenwirkenden Tatsachen scheint mir aber gerade im Augenblick und für die nächste Zukunft im patriotischen Sinne wichtiger und ersprießlicher als bloße stimmungsvolle Friedensreden. Diesen objektiven, zum Teil in öffentlichen Verhältnissen fundierten Tatsachen gegenüber spielen vereinzelte und vorübergehende Störungen des Friedens eine geringfügige Rolle; solche Erregungen lassen sich bei der Beweglichkeit des modernen Lebens, bei der Empfindlichkeit der Tagespresse und Literatur hüben wie drüben niemals ganz vermeiden. Man sollte aber auch nicht jeden kleinen Verstoß, jede unbeabsichtigte Kränkung zu einer großen Aktion aufbauschen; dafür sind wahrlich die gemeinsamen Aufgaben, die die christlichen Bekenntnisse in den brennenden Gegenwarts- und Zukunftsfragen zu lösen haben, wahrlich zu ernst und heilig! Die beste Art, solche gelegentliche Entgleisungen unschädlich zu machen, besteht darin, daß man den Hitzkopf oder Eigenbrödler aus den eigenen Reihen heraus zur Ordnung ruft und abschüttelt, statt sich aus falschem Solidaritätsgefühl in Schweigen zu hüllen und die Zurechtweisung der angegriffenen Konfession zu überlassen.

Die im April 1915 erschienene französische Schmähschrift „La guerre allemande et le catholicisme" [1]) ist lehrreich für alle gebildeten Deutschen, insofern sie zeigt, wie jede innerdeutsche Trübung der konfessionellen Atmosphäre von unsern Gegnern ausgespäht, zu einer Wolke am internationalen Himmel aufgetrieben wird. Aus der Tatsache des Kulturkampfes, aus den Schlagworten vom „evangelischen Kaisertum" und von Preußen als „Hort" des Protestantismus, aus gewissen literarischen Ausschreitungen leiten die Verfasser der Schrift die wahnwitzige These ab, daß das vom Preußentum „infizierte" Deutschland aus Haß gegen den Katholizismus diesen Krieg entfesselt habe und in dem erhofften Siege allen lateinischen Völkern den Unter-

1) Paris, Bloud und Gay. Herausgeber Mgr. A. Baudrillart.

gang drohe. Die im Dezember 1915 veröffentlichte umfangreiche Gegenschrift[1]): Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg bietet einen ebenso lehrreichen Einblick in das Wesen des deutschen Katholizismus. Jeder unbefangene Leser wird aus ihr den Eindruck gewinnen, daß diese zwanzig katholischen Gelehrten ebenso warm und begeistert für deutsche Gesittung empfinden und für deutsches Recht eintreten, wie unsere besten Patrioten, daß sie allein aus dem Grunde, weil der Angriff von einem katholischen Komitee ausgegangen war, sich unverzüglich zur Verteidigung des Vaterlandes entschlossen haben, obschon die Verdächtigungen in erster Linie gegen das protestantische Deutschland, nicht gegen sie, gerichtet waren. Aber noch ein anderer Punkt tritt hier hervor, den protestantische Gelehrte bisweilen bei uns vermissen. Nicht nur das Vaterland wird verteidigt und in seiner Größe vor dem katholischen Auslande geschildert; auch manche unbillige Anklage gegen protestantische Religion und Gesittung wird zurückgewiesen, manche für romanische Augen schwerverständliche Erscheinung wird ins rechte Licht gestellt; die christliche Frömmigkeit im protestantischen Volk und Heer, der sittliche Idealismus unserer großen Dichter und Denker, was immer in Kunst, in sozialer Arbeit und selbst im freien religiösen Ringen unserer Zeit zur Einheit und Sittlichkeit emporstrebt, dies alles kommt zu unbefangener Darstellung, ohne daß sich der katholische Standpunkt der Verfasser irgendwie verleugnete.

Von Tag zu Tag zeigt sich mehr vor den Augen der Welt, welche ungeheure Kraft Deutschland politisch und militärisch in sich faßt. Was werden wir auch innerlich und sittlich für die Menschheit bedeuten, für die Menschheit arbeiten und leisten können, wenn wir die bisher in gegenseitiger Abstoßung und Reibung verbrauchte Energie friedlich zusammenwerfen und den höchsten Zielen dienstbar machen, wenn beide Bekenntnisse in neidlosem Wettbewerb und in voller Bewegungsfreiheit die Kräfte christlichen Glaubens und deutscher Gesittung so entfalten, daß der Reichtum deutschen Wesens ungebrochen hervorstrahlt und, wie er seit alters die Weltkultur befruchtet hat, auch heute der allgemeinen Gesittung und Wohlfahrt zugute kommt!

1) Freiburg, Herder. Herausgeber Prof. Dr. G. Pfeilschifter.

Die protestantischen Parteien nach dem Kriege.

Von Karl Dunkmann.

Die Frage nach der Gestaltung des kirchlichen Parteilebens im Protestantismus nach dem Kriege, vom Standpunkt der „positiven" Partei untersucht und beantwortet, wird von vornherein zwei Bedenken begegnen: einmal dem Bedenken, daß doch die zukünftige Entwicklung der Dinge auf jeden Fall verborgen bleibt, sodann dem anderen, daß grade der „positive" Standpunkt es ausschließt, mit tiefergehenden Wandlungen seinerseits infolge des Krieges zu rechnen; von diesem Standpunkt aus würde man also der weiteren geschichtlichen Entwicklung kein anderes Interesse entgegenbringen, als das der unveränderten Selbstbehauptung. Allein beide Bedenken sind hinfällig, das erste, weil auch die Zukunft, nicht nur die momentane Gegenwart in unsere Hand gelegt ist und wir die Geschichte nicht bloß erleben, sondern auch gestalten; das zweite, weil auch das positivste Bekenntnis irgendwie den Wandlungen der Geschichte unterliegt.

Ein weiteres tieferes Bedenken aber entsteht aus einem anderen Gesichtspunkt; aus demjenigen, inwiefern und warum grade der gegenwärtige Krieg eine derartige Neugestaltung hervorrufen sollte, da doch ein Krieg, selbst in Gestalt eines Weltkrieges kein die Kirche und Religion direkt berührendes Ereignis bildet. Das Erste, was hier zunächst sich darbietet, wäre der gemeinsame Wille zur gegenseitigen Verständigung, zum inneren Friedensschluß. Nun mag zugegeben werden, daß der innerkirchliche Streit vor dem Krieg eine Temperatur angenommen hatte, die unter allen Umständen gefahrdrohend sein mußte für die Existenz schließlich der Kirche selbst. Allein wenn nun auch erfreulicherweise der Krieg diese Innentemperatur wesentlich abgekühlt hat, so fragt sich doch wahrlich, ob damit die sachliche Gruppierung und Haltung der Parteien verändert wird?

Die Logik der geschichtlichen Entwicklung, soweit sie tatsächlich vorliegt — und ganz wird sie niemand bestreiten, der nicht an aller Vernunft menschlicher Geschichte irre geworden ist — wird nicht durch die Dialektik des Friedensapostels, auch des wohlmeinendsten beeinflußt! Es fehlte doch auch vor dem Kriege gewiß nicht an dem guten und besten Willen vieler führenden Männer auf allen Seiten, ohne daß dieser entscheidend die Entwicklung zu ändern vermocht hätte. Mag nun durch den Krieg dieser Wille zum inneren Frieden noch so gestärkt und gesteigert sich geltend machen, so wird er doch die Logik, die in den Dingen selbst liegt, nicht ändern können. Er kann eher verwirrend wirken und dadurch eine Epoche noch schlimmerer Streitigkeiten vorbereiten!

Indessen auch dies Bedenken braucht nicht zu hindern, daß wir uns die Zukunftsfrage für die protestantischen Parteien dennoch stellen. Es wäre nämlich doch möglich, daß durch den Krieg auch eine neue Situation geschaffen wäre, nicht nur der neue Wille, der immer inhaltlos bleibt. In diesem Fall würden wir eine Entwicklung nicht absichtlich herbeiführen wollen, sondern wir würden eine solche lediglich zu beschreiben haben, wobei wir uns ganz der Logik in den Dingen selbst überlassen. Es müßte also nachzuweisen sein, daß der Krieg tatsächlich an sich selbst, was uns auf den ersten Blick gar nicht einleuchten will, auch in religiöser Hinsicht von einschneidender Bedeutung sein wird, so daß sich von hier aus auch eine Neugestaltung des inneren kirchlichen Lebens als eine Wahrscheinlichkeit ergibt. Um nun dies zu verstehen, werden wir genötigt sein, zuerst die Lage der Parteien vor dem Kriege historisch zu verstehen, um sodann in einem zweiten Teil die veränderte Situation ausfindig zu machen.

I.

Ein streng historisches Verständnis der kirchlichen Parteien ist vorläufig eine Unmöglichkeit, da wir noch mitten im Fluß dieser Entwicklung stehen und deshalb auch noch keine Geschichte der Bildung und weiteren Gestaltung des Parteilebens von irgendeiner Seite empfangen haben. Dennoch stehen die Grundlinien dieses Verständnisses fest; sie haben etwas von jener Vernunft an sich, die vor aller Entwicklung da ist. Worin dies besteht, sei zunächst angedeutet.

Es handelt sich im kirchlichen Parteileben um äußerst komplizierte Größen, deren einzelne Elemente nachweisbar sind. Bei dem überaus engen Verhältnis von Staat und Kirche enthält eine solche Partei, sowohl kirchliche oder religiös-theologische, als auch politische Elemente. Weiter beruht sie auf einem eigentümlichen Tatbestand, auf dem eines religiösen Gruppenbekenntnisses. Über beide Momente haben wir uns zu verständigen.

Der Bund zwischen Staat und Kirche war zwar von Anbeginn des Protestantismus da, aber kirchliche Parteien im eigentlichen modernen Sinn sind erst das Produkt des 19. Jahrhunderts. Der Protestantismus hat es zwar von Anfang an an Parteiungen und an Spaltungen nicht fehlen lassen, aber diese waren bis in das 19. Jahrhundert hinein ganz anderer, nämlich rein theologischer Natur. Da sind zuerst die konfessionellen Spaltungen innerhalb des Protestantismus zu nennen und im Anschluß daran die sogenannten sektiererischen. Dann kam die Spaltung zwischen Orthodoxie und Pietismus, der sich diejenige der Aufklärung anschloß. Doch handelt es sich bei allen dreien, besonders bei der letzten, am wenigsten freilich beim Pietismus, weniger um Parteibildungen, als um Tendenzen. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts klärt sich die theologische Lage mehr und mehr in einem einfachen Gegensatz ab, in dem des Rationalismus und des Supranaturalismus, welch letzterer sowohl die Orthodoxie, wie den Pietismus in sich aufnimmt. Diese Alternative bleibt dann im 19. Jahrhundert die theologische Grundlage, auf der sich das kirchliche Parteileben aufbaut. Aber zur eigentlichen Bildung desselben gelangt es erst, nachdem die innere Verquickung politischer und religiöser Gruppierungen sich vollzogen hat. Wie die ersten Anfänge hierzu verlaufen sind, müßte geschichtlich untersucht werden; zur vollen Ausgestaltung kommt dieselbe jedenfalls erst mit der Einführung jener Synodalordnung, die der Landeskirche eine konstitutionelle Verfassung gegeben hat.

Wenn wir nun auch nicht die geschichtliche Bildung und Entwicklung verfolgen können, so liegen doch die Motive klar vor unserem Blick. Die Motive der politischen Parteibildung und die der kirchlichen sind dabei einerseits völlig disparat, andererseits wesensverwandt. Das Beharrungsmotiv der Interessenvertretung des unbe-

weglichen Kapitals, des Landbesitzes, verband sich mit einem ähnlichen, wenn auch verschiedenen Motiv der alten supranaturalen theologischen Richtung, und das Fortschrittsmotiv in der Vertretung des beweglichen Kapitals verschmolz ebenso instinktiv mit demjenigen einer „rationalistischen" Theologie. Es ist bekannt und verständlich, wie das Interesse an der Bodenpolitik, am Grundbesitz, an der Landwirtschaft überhaupt eine ganze Weltanschauung im Gefolge hat, die auf möglichst stabile Ordnung und Regierung aus ist, und wie umgekehrt das bewegliche Prinzip des Handels und der Industrie eine entgegengesetzte Weltanschauung erzeugt, die der freien Entfaltung der individuellen Kräfte bis hin zu demokratischen Idealen ergeben ist. Nun ist aber doch nicht zu verkennen, daß die sogenannte Orthodoxie an sich keineswegs von Haus aus konservatives Interesse im politischen Sinne hat; in Luther trat sie vielmehr revolutionär auf.

Der Charakter der protestantischen Orthodoxie ist auch noch bis zur Bildung der Bekenntnisse, also der Konkordienformel, absolut indifferent gegenüber konservativer oder fortschrittlicher Gesinnung. Selbst die klassische Orthodoxie des 17. Jahrhunderts ist nicht „traditionalistisch" im modernen Sinn, als ob es ihr wesentlich auf das Festhalten des Überlieferten angekommen wäre. Wer so urteilt, kennt die Orthodoxie eben nicht! Von Haus aus also liegen keine direkten Gründe vor, daß sich die kirchliche Orthodoxie mit der politischen Partei verbände, die das Beharrungsvermögen zum Prinzip, zur Unterlage hat. Wohl aber liegt umgekehrt eine starke Wahlverwandtschaft vor zwischen der theologischen Richtung, die als „Aufklärung", als „Rationalismus" sich festsetzt und der politischen Partei, die den Fortschritt auf den Schild erhebt. Es läßt sich auch nachweisen, daß schon diese Aufklärung selbst der theologische Niederschlag jener wirtschaftlichen Strömung ist, die im Anschluß an calvinistische Regsamkeit und Betriebsamkeit wesentlich in England zuerst zur Ausbildung gelangte und hier die Freiheit des Individuums auf der Grundlage des beweglichen Kapitals zum Dogma erhob. In dem Maße aber, als im 19. Jahrhundert diese beiden Tendenzen, die politische und die religiöse, verschmolzen, verband sich nun die Orthodoxie, wohl wesentlich aus Notwehr mit der politischen Richtung, die im Gegensatz zum Fortschritt und zur Beweglichkeit das Gesetz der Beharrung geltend machte.

So ſind nun die beiden kirchlichen Parteien, der „Rechten" und der „Linken" das Reſultat einer ſehr komplizierten Verbindung durchaus nicht konformer Prinzipien. Die Beweggründe, die für die Politik entſcheidend ſind, ſind eigentlich für eine religiöſe Weltanſchauung ganz unmaßgeblich, wenigſtens auf der einen, der „orthodoxen" Seite!

Dazu kommt nun eine zweite Komplizierung, die auf dem rein theologiſchen Gebiet liegt. Wie geſagt, handelt es ſich bei kirchlichen Parteibildungen um Bekenntnisgruppen, wie ſie in der Reformation denn auch auf Seite der ſogenannten lutheriſchen und reformierten Gruppe alsbald hervortraten. Dieſelbe Tendenz zur Bekenntnisbildung behält das ganze 16. Jahrhundert bei; auch das nachfolgende arbeitet theologiſch an dem Ausbau der überlieferten Bekenntniſſe. Aber vom 17. Jahrhundert an, bereits mit dem Eindringen pietiſtiſcher Strömungen in die Kirche tritt das Bekenntnis auffällig zurück und wird ſchließlich durch die Aufklärung ganz in den Hintergrund gedrängt. Nun erlebten wir zwar im 19. Jahrhundert eine Neugeburt der alten kirchlich-orthodoxen Theologie, allein ſie beſchränkt ſich auf ganz vereinzelte Stimmen und neben dieſe treten verwandte durchaus auch „poſitive" Richtungen, die ſich in der Kirche Geltung verſchaffen, die aber doch, wie v. Hofmann ſich gern ausdrückte „auf neue Weiſe alte Wahrheit" vortrugen. Solcher „neuen Weiſen" hat das 19. Jahrhundert ungemein viele und vielſeitige produziert, und jede einzelne dieſer theologiſchen Individualitäten war ſich eines eigentümlichen Unterſchiedes, wenn nicht Gegenſatzes gegen die „Orthodoxie" bewußt. Das gilt von den poſitiven Wortführern der Erlanger, wie der Hallenſer, wie auch der Greifswalder Theologie gleichermaßen. Kurz, die poſitive Theologie des 19. Jahrhunderts trägt ausgeprägt individualiſtiſchen Zug an ſich. Zur Gruppenbildung hat ſie es nur im ſchulmäßigen Sinn gebracht und hat ſich dazu an entſcheidenden Punkten energiſch gegenſeitig bekämpft.

Trotzdem haben ſich auf dem kirchlich-praktiſchen Gebiet, alſo in den Synoden, die „poſitiven" Elemente *gruppenmäßig* zuſammengeſchloſſen. Die alte Orthodoxie des 17. Jahrhunderts iſt kaum von einem Synodalen vertreten; auf die alten Bekenntniſſe berufen ſich alle, aber auch hier naturgemäß nicht auf den Buchſtaben. Schließlich iſt es nur noch die Tendenz des „Poſitiven", die ſie vereinigt.

Daß nun, theologisch gewertet, diese Gruppenbildung der gegnerischen Partei überaus leichten Anlaß zur Kritik darbietet, um so mehr, als man auch hier zum nicht geringen Teil sich auf die Reformatoren und deren Bekenntnisse beruft — A. Ritschl! — liegt auf der Hand und ist auch hinlänglich hervorgetreten.

Gegenüber den beiden Gruppen auf der Rechten, der konfessionellen und der unierten — die sich beide immer mehr einander näherten — unterschieden sich die beiden auf der Linken, die ausgeprägt liberale und mittlere Gruppe, wesentlich dadurch, daß sie das zum Grundsatz erhoben, was nach ihrer ganz richtigen Auffassung auf der rechten Seite doch de facto auch vorlag, nämlich die Tatsache der individuellen Bewegungsfreiheit. Es waren nicht inhaltlich bestimmte Dogmen oder religiöse Programme, um die man sich sammelte, sondern es war die formale Freiheit vom Dogma, als einer zwingenden und bindenden Norm, um die man stritt. Freilich waren die einsichtsvollen Vertreter der mittleren Gruppen stets bereit, der Forderung nach gewissen Grenzen nachzugeben und also auch „positive" Inhalte zu behaupten; da sie aber durch die alten Bekenntnisse sich nicht für gebunden erachteten, und neue Bekenntnisse zu bilden ablehnten, so war ihre Position keine geklärte. Dadurch aber befanden sie sich dann wieder in überlegener Stellung, sofern auch auf der gegnerischen Seite tatsächlich ein bestimmter Inhalt nicht fixiert werden konnte, da hier alles in Fluß war. Andererseits aber wiederholte sich hier dieselbe Unsicherheit und Unbestimmtheit im Blick auf die unbegrenzte Geltendmachung der persönlichen Freiheit. So stand schließlich „Stimmung" gegen „Stimmung", die Richtung auf ein „Positives" gegenüber der Richtung auf „Freiheit". Kurz: die Gruppenbildung befand sich auf beiden Seiten in der prekären Lage, Grenzen zu benötigen, die sie nicht ziehen konnte!

Im großen und ganzen traten immer mehr drei Tendenzen stimmungsmäßig zutage: die rein individualistische Tendenz, die kirchlich-positive, die ein Gemeinsames suchte, und die kirchenregimentlich vermittelnde, die sich anstatt theologisch, mehr politisch betätigte. Die letzte hatte den Vorteil für sich, daß sie die Nachteile der beiden Extreme sich zunutze machte, aber sie hatte den schweren Nachteil, daß sie auf theologische Fixierung der Grenzbestimmung grundsätzlich verzichtete und deshalb immer dann, wenn ein theologisches Problem auf-

tauchte, dasselbe auf kirchenregimentlichem Wege zu lösen, d. h. zu umgehen suchte.

Überblickt man die Lage der drei Gruppen, so kann unmöglich bestritten werden, daß die Rechte tatsächlich allein um die religiöse Existenz der Kirche kämpfte. Denn mit dem individualistischen Prinzip läßt sich nie und nimmer eine Kirche weder bilden noch halten. Mochte die Formel, in der man das „Positive" darbot, noch so anfechtbar sein, mochte die theologische Begründung noch so auffällig „subjektiv" erscheinen, mochte die Berufung bald auf die „Schrift", bald aufs „Bekenntnis", bald auf die „christliche Erfahrung" noch so ungeklärt anmuten, die Tatsache ist unleugbar, daß man ein „Positives" wollte und behauptete, ohne welches denn auch eine Kirche schlechthin nicht bestehen kann.

Aber wie verwirrt war doch die Gesamtsituation! Einerseits durch das Bündnis mit dem politischen Prinzip der Konservierung des Überkommenen, dem „Traditionalismus", andererseits durch die Verbindung heterogener Elemente, die sich sonst lebhaft bekämpften, pietistischer und orthodoxer, konfessionelier und unierter. Von dieser Ungeklärtheit aber lebte sozusagen die Opposition zum nicht geringen Teil, denn was sie selbst „Positives" bot, das war grundsätzlich das Prinzip der individuellen Freiheit, oder es war grundsätzlich nur ein Nicht-Positives!

II.

Wird nun diese „Logik in den Dingen", die also zum großen Teil das Gegenteil der Logik ist, sich infolge des Krieges in etwas klären? Das ist die große und wichtige Frage, die uns nun bewegt. Verständlich ist jedenfalls von hier aus die Leidenschaft und Erbitterung des hinter uns liegenden Streites, die einmal immer eine Folge ungeklärter Situation zu sein pflegt. Verständlich ist nun aber auch, daß der bloße gute Wille zum Frieden nichts erreichen wird, denn das Mißtrauen und die Furcht voreinander ist die notwendige Folge der beiderseitigen Ungeklärtheit und Unbestimmtheit. Dort fürchtet man den grundlosen „Subjektivismus", der doch auch unleugbar oft genug bedrohlich sich in der Kirche bemerkbar machte; hier fürchtet man dagegen die blinde Unterwerfung unter einen Gesamtwillen, der nichts weniger als ein geklärter Wille war. Der noch so

wohlmeinende Wille auf Verständigung wird hier kein Vertrauen gegenseitig hervorrufen. Auch die bittersten Erfahrungen des Krieges werden die nicht zum Nachgeben zwingen, die einmal in der gegnerischen Position die Verleugnung der evangelischen Heilsverkündigung erblicken. Wird der Krieg die Gesamtlage verändern, verbessern?

Der Krieg hat unzweifelhaft nicht nur den guten Willen gegenseitiger Annäherung hervorgerufen, sondern er hat auch inhaltlich eine religiöse Bewegung gezeitigt, die in der Heimat und noch mehr an der Front machtvoll in Erscheinung getreten ist. Ganz besonders hofft man in christlichen Kreisen rechts und links auf starke Nachwirkungen der „Religion in den Schützengräben". Es werden in den kirchlichen Blättern auf allen Seiten andauernd Dokumente dafür gesammelt, die offenbar später verwertet werden sollen. Aber auch diese Stärkung und Neubelebung des religiösen Interesses wird in Beziehung auf das Verhältnis der kirchlichen Parteien schwerlich etwas ausmachen. Warum wohl? Weil sie ungemein vieldeutig ist, weil sie in allgemeinsten religiösen Reflexionen sich bewegt, im Vorsehungsgedanken an erster Stelle. Deshalb hat denn auch der Liberalismus sich dieser Symptome mit besonderer Vorliebe angenommen und bereits erklärt, daß er aus ihnen den Sieg der liberalen Grundanschauung entnehme. Das innerste Wesen echter Frömmigkeit lebe nicht vom Dogma, nicht von supranaturalen, kirchlich sakramentalen Vermittlungen, sondern von einfachen und einfachsten Erwägungen religiöser und sittlicher Art.

Nun, so ganz richtig ist diese Beobachtung der „Religion in den Schützengräben" doch nicht; sie zeigt uns auch eine starke Hinneigung zur Konfession der heimatlichen Kirche, eine ungemeine Empfänglichkeit für die Darreichung des Wortes und der Sakramente von seiten unserer Feldgeistlichen.

Immerhin, aus der religiösen Erweckung, die wir jetzt unzweifelhaft durchmachen, schöpfen wir für das Parteileben keine besondere Hoffnung.

Was bleibt dann noch? Ich antworte, es bleibt das Wichtigste und Entscheidendste für das Leben der Religion und ihre Neugeburt: es bleibt die ethische Erneuerung des Volkes!

Man erinnere sich aus der Religionsgeschichte, speziell innerhalb der christlichen Kirchengeschichte, daß es immer die Ethik gewesen ist,

aus der die wirksame Belebung und Erneuerung der Religion stets herausgewachsen ist. So ist das Christentum selbst nichts anderes als die Ethisierung der Religion überhaupt; so ist die Reformation eine „Erneuerung" infolge der ethischen Umwälzung durch Luther; so kennzeichnen sich fast alle einzelnen Epochen als ethische Epochen in der Kirchengeschichte. Auch die letzte Epoche, die A. Ritschl einleitete, hatte stark ausgeprägten ethischen Zug. Aber freilich, jetzt kommt alles darauf an, daß diese ethischen Grundgedanken richtig erfaßt werden. Hier nun bedeutet der Krieg für unser völkisches Leben zweifellos eine Neugeburt. Inwiefern, das kann hier leider nur angedeutet werden. Im Zusammenhang des vorhin Ausgeführten ist jedenfalls deutlich geworden, daß das 19. Jahrhundert unter dem Zeichen der Individualität stand, der Bewegungsfreiheit des Einzelnen. Hier steht die Romantik an der Schwelle der Geistesentwicklung dieses Individualismus, der selbstverständlich auch in der Ethik herrschend geworden ist und hier zum „Personalismus", zur Betonung der sittlichen Selbständigkeit des Einzelnen ausgewachsen ist. Der Anschluß an die Ethik Kants war hier für die Theologie der letzten Generation des 19. Jahrhunderts charakteristisch. Damit schuf sich die deutsche Theologie ein idealistisches Fundament für ihre idealistische Theologie, und das läßt sich tief in die Arbeit selbst der positiven Theologie hinein verfolgen.

Nun ist aber kein Zweifel, daß dieser „Personalismus" der ethischen Orientierung durch den Krieg innerlich vollständig überwunden ist und immer mehr noch in Zukunft unmöglich werden wird. Einerseits wird die wirtschaftliche Depression andauernd eine derartige sein, daß die individualistische Wirtschaftspolitik des Manchestertums nach und nach immer mehr einer staatlichen und sozial begründeten Politik des Erwerbslebens weichen wird. Damit sinkt aber der Boden unter den Füßen einer rein individuellen Weltanschauung offenkundig dahin. Andererseits hat die nationale Erhebung ein Gemeinschaftsgefühl erzeugt, ein Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein, durch welches das Ideal des Manchestertums auf Jahrzehnte hinaus überwunden erscheint. Die Betonung von dem geistigen Eigenwert des Einzelnen, auf den die Ethik des 19. Jahrhunderts hinauskam, hatte ihren Wert und ihre Wirkung in den Tagen, als der naturwissenschaftliche Materialismus um die Mitte des 19. Jahrhunderts

sich breitmachte; der „unendliche Wert der Menschenseele“ erschien als einziges Refugium gegenüber dieser naturwissenschaftlichen Anschauung, die keinen Raum hatte für den Eigenwert des Geistigen. Nun aber — wo sind diese materialistischen Konstruktionen geblieben? Sie sind in dem Strom des Weltkrieges zu Träumen und zu Schäumen worden. Jetzt beherrscht und beseelt uns alle nur die Macht und die Tatsache der menschlichen Geschichte, in der und von der wir alle, jeder einzelne für sich, leben! Diese unsere Geschichte tritt ganz von selbst aus dem Umkreis des Natürlichen hervor; sie bietet uns die höchsten ethischen Güter, das Vaterland, die Heimat, die Familie, die Freundschaft, die Kultur! Damit wendet sich die Ethik den geschichtlichen Gütern zu, sie fängt an in den Gemeinschaftsformen und Gemeinschaftsgrößen sich selbst wiederzufinden. Nicht mehr der Einzelne *im Gegensatz zur Natur*, sondern der Einzelne *im Zusammenhang mit der Gemeinschaft* ist das Subjekt der Ethik! Was kümmern uns noch die Theorien der Naturphilosophie, da wir so gewaltig es inne werden, daß wir unsere Lebensaufgabe allein in der Geschichte zu lösen haben? Das kommende Geschlecht wird sich wie nie zuvor den ethischen Problemen zuwenden, die aus dem Gemeinschaftsleben uns zahllos entgegenströmen.

Sobald aber dies ins Auge gefaßt wird, dann wird auch die Religion dadurch aufs tiefste beeinflußt werden. Sie wird die Ethik zur Basis nehmen, d. h. das Gemeinschaftsleben! Sie wird nicht mehr die Romantik des Persönlichkeitsbewußtseins gefühls- und stimmungsmäßig zu vollenden oder auch nur zu drapieren suchen, sie wird sich uns zur Ausgestaltung und Ausführung unserer ethischen Lebensaufgabe darbieten. Sie wird mit anderen Worten der Gemeinschaft an ihrem Teil dienen und sie tragen. Die Bedeutung und der Wert der Religion wird nur daran noch gemessen werden, inwieweit sie imstande ist, uns zu dem Ideal einer wahrhaften Gemeinschaft zu verhelfen.

Wer nun an diesem Punkt theologisch zu denken vermag, sieht sofort die reformatorische Grundfrage wieder lebendig werden, eben die Frage, *die mit dem Pietismus und der Aufklärung verloren* gegangen war. Denn beide hatten lediglich das Verhältnis des Einzelnen zu Gott im Sinne; jener löste es mystisch,

dieſer verſtandesgemäß. Und dabei iſt es geblieben bis auf den heutigen Tag. Für Luther aber ſtand im Vordergrund die Frage nach der ethiſchen Erneuerung des Menſchen in der Liebe, die durch den Glauben oder durch die Religion allein ermöglicht wird.

Somit wird der gegenwärtige Krieg auch für die deutſche Theologie einen Wendepunkt bedeuten, ſoweit menſchliches Auge in die Zukunft zu ſchauen vermag. Dann aber wird das Poſitive, das auf der rechten Seite kirchlichen Parteilebens geſucht wurde, feſte und deutliche Formen annehmen; es wird ſich aus der unklaren Verbindung ſowohl politiſch traditionaliſtiſcher wie pietiſtiſch-myſtiſcher Elemente herauslöſen und ſich auf klare dogmatiſche Formulierung beſinnen. Die poſitive deutſche Theologie wird in der Tat „umlernen" und doch wird ſie ſich nur auf das Beſte zu beſinnen haben, was ſie ſtets, wenn auch mehr inſtinktiv, aber doch eiferſüchtig feſtgehalten hat. Die liberale Theologie aber wird ebenfalls und in erhöhtem Grade vor der Aufgabe ſtehen, umzulernen und ihre ethiſche Grundlage zu revidieren. Insgeſamt aber wird, meine ich, das alte vergeſſene oder dogmatiſch gar zu verklauſierte lutheriſche Frömmigkeitsideal wieder zum Eigentum deutſcher Theologie und Kirche werden. Die Logik der Entwicklung drängt wieder dahin. Und das wird dann ein Gewinn ſein auch und beſonders vom völkiſchen Standpunkt, denn grade dies Ideal iſt völkiſch gedacht wie kein anderes! Wir werden wieder auf die kräftigen, wenn auch herben, ſo doch geſunden Gedanken rein ethiſch fundierter Religioſität zurückgreifen, die ſchon einmal Eigentum des Volkes geweſen ſind und damals im 17. Jahrhundert in und nach dem 30jährigen Krieg das deutſche Volk in ſeinen ſchwerſten Zeiten unendlich geſtärkt und gefeſtigt haben.

Dann wird das Parteileben vielleicht nicht ganz ſchwinden, aber es wird doch zurücktreten und ſicher ſeine unhaltbare Zuſpitzung verlieren. Nachklänge des alten Streites werden wieder kommen und uns gewiß noch oft und tief beunruhigen, aber mit der Zeit wird es ſich durchſetzen, was in der Logik der Entwicklung begründet liegt, die ethiſche Erneuerung unſerer proteſtantiſchen Theologie und Kirche. Wir bauen und vertrauen auf die jetzige kriegerprobte Jungmannſchaft, wenn ſie reifer wird, zumal auf die theologiſche Jugend!

Und der Katholizismus? Nun, wir haben uns gegenſeitig überzeugt, daß wir uns nicht niederkämpfen können, daß unſere Grenzen

geſchichtlich beſtimmt ſind. Wir mögen noch Grenzſtreitigkeiten miteinander haben, aber mehr als Grenzſtreitigkeiten können es auch nicht ſein. Vergeſſen wir es nicht; auch der Katholizismus iſt gemeinſchaftlich geartete Frömmigkeit, er hat ſich mit erſtaunlicher Zähigkeit behauptet und gehalten gegen den Individualismus der Kultur des 19. Jahrhunderts, dem der Proteſtantismus faſt ganz zu unterliegen drohte. Es iſt aber völlig falſch, wenn der Katholizismus je und je den Proteſtantismus *prinzipiell*, ſo ſchon in Luther, als Religion des Individualismus hinſtellte und deshalb in ihm die „Zerſetzung" der Religion und Theologie erblickte. Hier muß auch der Katholizismus umlernen! Möge denn ein edler Wetteifer uns beſeelen in der gemeinſamen Richtung, daß uns die chriſtliche Religion *völkiſch* zum Heil und Segen dient. Denn daß dies auch der innerſte Zug des Katholizismus iſt, iſt unbeſtreitbar; wir ſtreiten nur miteinander über die Mittel und Wege zum gemeinſamen Ziel. Wir haben aber an dieſem gemeinſamen Ziel auch eine gemeinſame große Aufgabe, die ſtets größer ſein wird, als die unausbleiblichen Differenzen praktiſchen Zuſammenſtoßes.

Gewiß, das alles iſt „Zukunftsmuſik" und doch begründet auf geſchichtlicher Erfahrung vieler Jahrhunderte. Es ſind doch nicht loſe Einfälle, die der Wunſch geboren, es ſind in der „Vernunft der Geſchichte" begründete Hoffnungen. Möge die unſichtbare Hand, die jetzt in dem gegenwärtigen Völkerdrama die Grenzen der Nationen neu reguliert, auch die Grenzen zwiſchen den Konfeſſionen und Parteien der deutſchen Chriſtenheit nach ſolchen Hoffnungen neu geſtalten. Nicht Einheit und Einerleiheit iſt das erſehnte Ziel, aber Gemeinſchaft in der Mannigfaltigkeit, Gemeinſchaft, die ſich im Glauben wiederfindet, wenn ſie im Leben immer wieder ſich verliert.

Friede unter den kirchlichen Parteien.

Von Wilhelm Kahl.

„Friede unter den kirchlichen Parteien". Er kann sein, er muß sein. Nicht als ein äußerlich aufgenötigter Zustand, vielmehr als freie Tat der Erkenntnis innerlicher Notwendigkeit, geboren aus der Erfahrung des Krieges, aus der Dankbarkeit gegen Gott und Menschen, aus der Einsicht in die Lage des Vaterlandes und der Kirche. Jenes Kann und Muß soll ich vom Standpunkte der kirchlichen „Mittelpartei" erörtern. Die Bezeichnung ist im Hausgebrauche der täglichen Kirchenpolitik üblich geworden, aber sie ist unkirchlich und mißverständlich. Sie wurde von Gegnern gelegentlich wohl mit dem vorwurfsvollen Untertone der Halbheit oder Unklarheit angewendet. Wird sie gutgläubig gebraucht, so besagt sie soviel richtig, daß ihre Anhänger bestrebt sind, in allen praktischen Fragen des kirchlichen Lebens unter Vermeidung äußerster Einseitigkeiten die mittlere Linie des Erreichbaren zu suchen und zu halten. Indessen fehlt ihr jede Beziehung zum Sachlichen, zum Religiösen. Daher meide ich den Namen. In Preußen nennen wir uns allgemein „Evangelische Vereinigung". Aber es handelt sich hier nicht um etwas eigentümlich Preußisches. Es geht aufs Ganze. Eines unserer Organe ist „Deutsch-Evangelisch". Das sind „Monatsblätter für den gesamten deutschen Protestantismus". Wir haben unsere Freunde und Gegner in allen deutschen evangelischen Landeskirchen. Auch der Parteifriede ist eine Sorge des ganzen deutschen Protestantismus. Mögen die Namen fehlen oder verschieden lauten, die Grundrichtungen des Parteiwesens sind überall dieselben. Darauf kommt es an. Welche sind diese Grundrichtungen und welchen Standpunkt haben innerhalb ihrer die deutschen Gesinnungsgenossen der Evangelischen Vereinigung gewählt? Wo liegen von diesem Standpunkte aus die Möglichkeiten und Gren-

zen des Friedens unter den kirchlichen Parteien? Wie begründet sich seine Notwendigkeit aus der Lage der Gegenwart und den Bedürfnissen der Zukunft? Das sind die Fragen, auf die ich kurze Antwort suchen will.

I.

Dem Verständnis für die heute bestehenden Grundrichtungen im kirchlichen Parteileben läßt sich nur geschichtlich näherkommen. Es waren im 19. Jahrhundert bestimmte Tatsachen, Vorgänge oder Probleme, die die Geister schieden oder zusammenführten und in diesem Sinne parteibildend gewirkt haben. Allgemeine Voraussetzung für die Entstehung kirchlicher Parteien in gegenwärtiger Gestalt war die Einführung der Synodalverfassung in den deutschen evangelischen Landeskirchen, d. h. das Vorhandensein von kirchlichen Vertretungskörpern, zusammengesetzt aus Laien und Geistlichen neben den ständigen Behörden des Kirchenregiments, berufen zur Mitwirkung bei der Kirchengesetzgebung und auf gewissen Gebieten der kirchlichen Verwaltung. So lange die Kirchenregierung in allen ihren Funktionen allein von dem Landesherrn als Träger der Kirchengewalt und den ihm untergeordneten konsistorialen Behörden geführt wurde, fehlte nicht nur die tatsächliche Unterlage, sondern auch der Zweck für Parteibildung, nämlich die Möglichkeit der maßgebenden Einwirkung auf das öffentliche kirchliche Leben. Es konnte Parteiungen geben, aber nicht Parteien. Nunmehr war auf den Synoden aller Stufen, auf den Kreis-, Provinzial- und Landes- oder Generalsynoden der Boden für eine nach sachlichen Gesichtspunkten und Zielen sich ordnende Trennung oder Verbindung von selbst bereitet. Hatte man doch ohnehin das Vorbild an der Entstehung des politischen Parteiwesens im konstitutionellen Staat. Jene Ablösung des absoluten kirchlichen Regiments durch die Synodalverfassung hat sich in der Hauptsache zwischen den dreißiger und dem Ende der siebziger Jahre vollzogen und abgeschlossen. Seitdem bestehen auch die kirchlichen Parteien. Nicht, als ob sie sich gewissermaßen als eine begriffsmäßig notwendige Folgeerscheinung der Synodalverfassung eingestellt hätten. In den beiden westlichen Provinzen Preußens, deren Kirchenordnung von 1835 zuerst einen breiten Unterbau in den Stufen der Kreis- und Provinzialsynoden gelegt

hatte, hat man noch bis in die neunziger Jahre den Einzug des kirchlichen Parteiwesens abgewehrt. Aber das unwiderstehliche Gewicht der Tatsachen hat dazu gedrängt. Denn die Mitglieder dieser repräsentativen Körperschaften sahen sich alsbald vor Probleme gestellt, die die Geister schieden und zu Gruppierungen je nach der grundsätzlich verschiedenen Stellungnahme zu jenen Problemen führen mußten. Dagegen läßt sich heute nicht mehr angehen mit der oft ausgesprochenen These: Parteiwesen widerspricht an sich dem Wesen der Kirche. Vom Standpunkt eines reinen Kirchenbegriffs und Kirchenideals sicher unanfechtbar richtig. Aber die kirchlichen Parteien sind, und man kann sie mit idealen Gründen nicht mehr aus der Welt schaffen. Das kirchlich Bedenkliche der Sache selbst hat man längst allgemein erkannt. Um ihr ein schickliches Gewand zu geben, sagt man in Preußen „Gruppen" statt Parteien. Fromme Selbsttäuschung. Der ganze Mechanismus weltlich politischen Parteibetriebs hat sich auf das Synodalwesen übertragen. Es geht einfach nach Majoritäten. Es wäre besser, über diese Wahrheit keinen Schleier zu ziehen. Es liegt sogar Vernunft und natürliche Notwendigkeit in der Sache. Es ist naturgemäß, daß diejenigen, welche gleiche Ziele verfolgen, sich absondern und zusammenschließen. Parteien in diesem Sinn sind die unentbehrlichen Gefäße des religiösen Reichtums, der geistigen und geistlichen Vielgestaltigkeit der Richtungen innerhalb der Kirche. *Nicht im Tatbestand* der kirchlichen Parteien liegt das Übel. Auf den Geist und die Methode kommt es an. Doch davon erst später.

Vorerst ist der Tatbestand selbst zu erklären. Welches waren und sind die entscheidenden Vorgänge und Probleme, die parteibildend gewirkt haben und infolgedessen noch heute die innersten Grenzlinien zwischen den kirchlichen Parteien ziehen? Es sind teils solche, welche die Synodalverfassung bereits vorfand, teils solche, die eben aus Anlaß ihrer Einführung entstanden, teils endlich solche, die später erst neu in das synodale Leben eingetreten sind. Auf das Wesentliche zurückgeführt, handelte es sich um vier kirchengeschichtliche Tatsachen des 19. Jahrhunderts: *Union, Kirchenverfassung, Verhältnis von Staat und Kirche, Eintritt der modernen Theologie.* Hier liegen noch jetzt die Brennpunkte der kirchlichen Parteiendifferenz. Daneben laufen Unterschiede zweiten und dritten Rangs, die für die Hauptsache keine Rolle spielen.

Auch die entscheidenden Trennpunkte haben nicht immer in gleicher Stärke gewirkt und sind je nach der Gesamtlage der kirchlichen Umwelt bald in der Stille weitergetragen, bald geräuschvoll ans Tageslicht gezogen worden.

1. Die Union war in Preußen, in der Pfalz, in Baden und Rheinhessen, in thüringischen Landeskirchen und anderwärts schon längere oder kürzere Zeit ins Leben getreten, ehe es zur Einführung der neuen Verfassungsform mit Gemeinde- und Synodalorganen kam. Friedrich Wilhelm III. hatte mit seinem berühmten Aufruf vom 27. September 1817 das allgemeine Zeichen gegeben. Hohe Begeisterung und tiefes Mißtrauen schufen die beiden Lager für und wider. Möglich, daß die erstere alsbald sich durchgesetzt hätte, wäre innerhalb der führenden Landeskirche die Durchführung der Union, anstatt sich staatlichen Zwangsapparats zu bedienen, auf der Höhe des Geistes von Einheit und Freiheit geblieben, in dem sie durch Königswort verheißen war. Wie es aber wirklich kam, gebar sie mit sich selbst Separationen und tausend Mißverständnisse. Diese geschichtliche Belastung ist dem evangelischen Unionsgedanken immer geblieben. Sie zitterte nach und versagte die Probe, als die neuerworbenen preußischen Provinzen es weigerten, sich der unierten evangelischen Landeskirche anzuschließen. Für die Stellung im einzelnen wurde natürlich entscheidend, welche Art und Stufe der Union in Frage kam. Die bloße Verfassungsunion, d. i. Gemeinschaft des Kirchenregiments für Lutheraner und Reformierte, verursachte vorübergehend organisatorische Schwierigkeiten, die aber zu überwinden waren und keine prinzipiellen Gegensätze zurückließen. Schwieriger schon war die Gewöhnung an Kultusunion, Gemeinschaft der Gottesdienstordnung in Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung. Hier gab es mancherlei Liturgisches zu vergleichen und an Reibungen fehlte es nicht, namentlich für Kirchenglieder, die aus einem unierten Gebiet dauernd oder vorübergehend in eine lutherische Landeskirche überwanderten und sich hier Zurückweisungen vom Abendmahl ausgesetzt sahen. Immerhin hat sich je länger je mehr die geschichtliche Kritik eines versöhnenden Tones beschieden und die Praxis gemildert. Beide Unionsformen haben das kirchliche Parteiwesen nicht weiter einschneidend berührt. Anders die dritte und höchste Stufe, die Lehr- oder Bekenntnisunion,

d. i. Preisgabe der Sonderbekenntniſſe unter Zurückgehen auf die heilige Schrift als gemeinſame Grundlage oder mit Vereinigung auf eine neue Glaubensformel. So die Unionen links des Rheins und in Baden. Nicht in Preußen. Verfaſſungs- und Kultusunion ſtellen hier ſozuſagen das geſetzliche Mindeſtmaß dar. Darüber hinaus kein Zwang. Gerade darum aber wurde auch in der Geſchichte der preußiſchen Union heiß gerungen. In den dreißiger und wiederholt in den fünfziger Jahren mußten beſchwichtigende Kabinettsordres ergehen, daß der Beitritt zur Union Sache freien Gemeindeentſchluſſes und in jedem Falle die vorherige Autorität der Sonderbekenntniſſe geſichert ſei. Aufrechterhaltung der Bekenntniſſe blieb die hauptſächliche und ängſtlich bewachte Forderung in der preußiſchen Unionsbewegung.

An dieſem Punkte hat ſie parteibildend gewirkt. Denn in dieſer Lage trafen die kirchlichen Parteien das Unionsproblem an, als ſie ſich in den ſiebziger Jahren erſtmalig konſtituierten. Die preußiſche Generalſynodalordnung von 1876 konnte ſich überhaupt nicht anders durchſetzen, als daß ſie an ihre Spitze die feierliche Zuſicherung ſtellte: wie die Union ſelbſt, ſo wird auch „der Bekenntnisſtand in den Gemeinden durch dieſes Verfaſſungsgeſetz nicht berührt“. So wurde die Erhaltung und Betonung des konfeſſionellen Bekenntnisſtandes innerhalb der Union zu kirchlichem Parteiprogramm.

2. Die Einführung der neuen Kirchenverfaſſungen in den deutſchen evangeliſchen Landeskirchen war die Frucht einer durch Jahrzehnte in tiefer geiſtiger Arbeit geleiſteten Vorbereitung. Alle führenden evangeliſchen Männer von Kanzel und Lehrſtuhl waren daran beteiligt. Der unbefangene Geiſt und der edle Ton in ihren Schriften und Reden war zumeiſt ſo erhaben, daß man heute mit Neid auf jene vorbildliche Methode kirchlicher Kampfesweiſe zurückſehen muß. Dabei gleichwohl unverdeckte Schärfe der Gegenſätze. Als Grundelemente evangeliſcher Kirchenverfaſſung beſtanden überall gleichmäßig ſchon am Ende des 16. Jahrhunderts der geiſtliche Stand, der Stand der weltlichen Obrigkeit und der Stand der Hausväter in der Gemeinde. Aber ihr Verfaſſungsgewicht wurde in der praktiſchen Darſtellung jeweilig ein ſehr verſchiedenes. Drei Syſteme löſten ſich ab. Bis weit ins 17. Jahrhundert herrſchte tatſächlich der geiſtliche Stand; der Landesherr regiert durch ſeine Theologen in den Kon-

ſiſtorien, die Gemeinde iſt Objekt. Im 18. Jahrhundert wurde die landesherrliche Kirchengewalt aus dem Beſitze der Staatsgewalt abgeleitet und folgerichtig das evangeliſche Kirchenweſen ſelbſt verſtaatlicht; die Kirchenleitung iſt eine Funktion der Staatsverwaltung, die beiden anderen Stände ſind das Objekt der Kirchengewalt. Seit Ende des 18. Jahrhunderts endlich erfolgte ein Rückſchlag zugunſten des bisher niedergehaltenen dritten Standes. Das Recht der Gemeinde wird allbeherrſchend in den Vordergrund geſtellt. Sie habe als das eigentliche Subjekt der Kirchengewalt zu gelten; was die anderen Stände an Rechten haben und ausüben, beruhe nur auf Übertragung der ſouveränen kirchlichen Geſellſchaft, der Gemeinde. Die Einſeitigkeiten dieſer drei verfaſſungsbildenden Grundanſchauungen abzuſtoßen, ſie harmoniſch zu einem praktiſch brauchbaren Kirchenbau zu verbinden und innerhalb ſeiner jedem Stande die ihm eigentümliche Stellung anzuweiſen, war nun die Aufgabe der evangeliſchen Verfaſſungsreform im 19. Jahrhundert. Ihrer Löſung diente die vorerwähnte Literatur. Nach allen Richtungen wurden jetzt die Grundlagen evangeliſcher Kirchenverfaſſung hiſtoriſch und kritiſch vom Ausgangspunkte der reformatoriſchen Bekenntnisſchriften bis zur Gegenwart immer und immer wieder geprüft: Rechtsgrund und Grenzen des landesherrlichen Kirchenregiments, Weſen und Vollmacht des geiſtlichen Amts, Recht und Selbſtverwaltung der Gemeinden, ihr Verhältnis zu Kirchenregiment und Pfarramt, ihr Auf- und Ausbau zu Synoden als den organiſchen Vertretungen der Landeskirchen und ihrer Gliederungen. Als das poſitiv rechtliche Ergebnis dieſer Bewegung ſind die neuen Kirchengemeinde- und Synodalordnungen entſtanden. Es konnte nicht ausbleiben, daß auf den konſtituierenden Kirchenverſammlungen, die über die neuen Verfaſſungen zu beſchließen hatten, die ganze Fülle und Mannigfaltigkeit der vorhandenen Gegenſätze vertreten war. So wurden dieſe vielfach ein ſozuſagen angeborener und bleibender Beſtandteil der Verfaſſungen ſelbſt.

Um ſie gruppierte ſich Parteileben. So viele grundlegende Verfaſſungsſtreitfragen, ſo viele Programmpunkte. Manche davon hat die ſpätere Entwicklung erledigt und damit abgeſtoßen. Andere ſind geblieben und haben ſich gewiſſermaßen programmatiſch verſteinert. Im Vordergrunde ſtand wenigſtens in Preußen eine Zeitlang das

Verhältnis der obersten synodalen Vertretung zum Kirchenregiment. Da in seiner Spitze eine Verbindung von Staats- und Kirchengewalt besteht, lief die Bewegung unter der Bezeichnung von „Selbständigkeitsbestrebungen der evangelischen Kirche im Verhältnis zum Staat". Im Grunde richtete sie sich, wenigstens bei den führenden Geistern, gegen jene Verbindung selbst. Davon ist es stille geworden. Geblieben ist vieles, was mit dem Gemeindeprinzip und mit der Bildung der Synodalkörper zusammenhängt. Parteigegensätze treffen und stoßen sich hier in hundert Einzelfragen. Ein praktisches Beispiel bieten die kirchlichen Wahlsysteme, von den Einen gedacht und gehandhabt als verfassungsrechtliche Schutzmittel gegen das Eindringen liberaler Richtungen in die Kirche, von den Anderen betrachtet und gefordert als die rechtliche Einrichtung, durch deren Gebrauch ermöglicht werden soll, daß alle unter den Kirchengliedern vertretene Auffassungen sich verfassungsmäßig geltend machen und möglichst vielseitige Kräfte zum Dienst am Ganzen herangezogen werden können. Zwischen den Extremen eines, wie man die bestehende Ordnung in Preußen genannt hat, engherzigen „Filtriersystems" und eines rein demokratischen Wahlrechts bestehen natürlich mittlere Formen, die Schutz genug gegen eindringendes unkirchliches Wesen und Freiheit genug für die Betätigung des berechtigten Individuellen in der Kirche verbürgen. Aber eine Verständigung selbst nur über diese Einzelfrage aus vielen ist bisher unter den kirchlichen Parteien nicht gewonnen.

3. Es fragt sich weiter um den Einfluß der staatlichen Kirchenpolitik auf kirchliche Parteistellung. Die Grund- und Eckpfeiler des bestehenden interkonfessionellen Gesamtrechtsverhältnisses von Staat und Kirche sind, soweit die Einzelnen in Betracht kommen: vollkommene Gewissensfreiheit und Unabhängigkeit der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Bekenntnis; soweit es sich um die gesellschaftlichen Organisationen handelt: Selbständigkeit der Kirchen im Gebiete ihrer inneren Angelegenheiten auf der einen Seite, auf der anderen: gesetzgebende, richtende und verwaltende Oberaufsicht des Staates im Gebiete der äußeren Kirchenangelegenheiten, dafür aber auch Gewährung eines besonderen Staatsschutzes durch Einräumung eines weitgehenden Einflusses des Kirchenwesens auf das öffent-

liche Leben und Ausstattung der Kirchen mit bedeutsamen Privilegien. Oberaufsichts- wie Schutzrecht werden vom Staat kraft seiner Kirchenhoheit als Ausfluß seiner allgemeinen Staatshoheit ausgeübt. Daher wird *das herrschende System selbst als das der Kirchenhoheit* bezeichnet. Es versteht sich von selbst, daß diese rechtlich bestehende Verhältnisordnung von Staat und Kirche an und für sich nicht Gegenstand von Programmfestsetzungen kirchlicher Parteien bilden kann. Denn sie ist der Zuständigkeit der Synoden entrückt. Die Parteien fanden sie als eine längst vor ihnen selbst in allen Grundzügen entwickelte, schon im Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 vorgebildete, durch die Staatsverfassungen des 19. Jahrhunderts bestätigte, daher zwingende Rechtsordnung vor. So konnten sie wohl über Art und Maß der Ausübung staatlicher Kirchenhoheit in einem Einzelfall, nicht aber programmatisch über das System selbst miteinander rechten.

Gleichwohl hat auf anderem Wege auch die staatskirchliche Frage parteibildend sehr erkennbar eingewirkt. Neben und in teilweise ausgesprochenem Gegensatze zu dem herrschenden System der Kirchenhoheit haben sich als *gesetzgeberische Probleme* weitere *Gedankenreihen* über das grundsätzliche Verhältnis von Staat und Kirche entwickelt, an denen auch die kirchlichen Parteien als solche nicht ohne Stellungnahme vorübergehen konnten, um so weniger, als es durchaus möglich war, einzelne Folgerungen jener Gedankenreihen schon jetzt innerhalb der durch das bestehende System gegebenen Freiheit praktisch zu verwirklichen. Es gehörten dahin die Theorie vom christlichen Staat und die Forderung der Trennung von Staat und Kirche. Beide in Deutschland überwiegend parlamentarisch eingeführt, jene eine Erbschaft aus den Kämpfen über die Judenemanzipation 1847, diese aus der Nationalversammlung von 1848.

Die *Theorie vom christlichen Staat* hat ihrerseits sehr verschiedene Gewandungen getragen. Auf manche ihrer Folgerungen mußte als undurchführbar wenigstens tatsächlich verzichtet werden, so etwa auf die ausschließliche Verknüpfung der staatsbürgerlichen Rechte mit dem Bekenntnis zum Christentum und die reine christliche Obrigkeit, namentlich im Richtertum. Andere haben die Vertreter der christlichen Staatsidee erst nach aussichtslosem Widerstand preis-

gegeben, ſo die bürgerliche Geltung des konfeſſionellen Eherechts, insbeſondere den Anſpruch auf kirchliche Eheſchließungsform. Wieder andere ſind noch nicht bis zum letzten Ende ausgetragen und beſtehen inſoweit als Beſtandteile kirchlicher Parteiprogramme fort. Dies gilt vor allem von den Anſprüchen des chriſtlichen Staats auf die Volksſchule. Konfeſſionsſchule, Schulaufſicht und verwandtes ſind Streitpunkte geblieben, wobei ſich keineswegs liberale und konſervative Anſchauungen im landläufig ſtaatlich politiſchen Sinn mit den kirchlichen Parteigruppierungen überall decken. Der Horizont des chriſtlichen Staatsgedankens reicht aber noch weiter, er erſtreckt ſich auf Fragen der Rechtspflege, auf die Stellung der Kirche zum geſellſchaftlichen Organismus und zu Entwicklungsformen der modernen Kultur. So zeigt die Geſchichte der preußiſchen Synodalverhandlungen, daß unter dieſem grundlegenden Geſichtspunkte ſehr verſchiedene Parteianſchauungen über die ſtaatliche Behandlung des Eides, über den ſtrafrechtlichen Schutz der Kirche, über die Methoden in Behandlung des kirchlich ſozialen Problems, in Fragen der Erdbeſtattung und Einäſcherung und in vielem anderen hervorgetreten ſind.

Die Forderung der Trennung von Staat und Kirche andererſeits geht unmittelbar auf Beſeitigung des geſchichtlich überlieferten Kirchentums. Die Freikirche tritt vom Boden des öffentlichen Rechts auf den des Privatvereinsrechts über, ſie verliert die Privilegien des Staatsſchutzes, gewinnt aber dafür den Wegfall der beſonderen Staatsaufſicht und die uneingeſchränkte Selbſtändigkeit ihrer Verfaſſung und Verwaltung. „Entkirchlichung des Staats und Entſtaatlichung der Kirche" hat es 1911 Erich Foerſter genannt, als der einzige, der bis jetzt für Deutſchland ein ſcharf umriſſenes und konkretes Bild von der Sache aufgeſtellt hat. Die Kirche als Bekenntnisgemeinſchaft hört zu beſtehen auf. Ordnung der Lehre und des Gottesdienſtes wird ausſchließliche Sache der Einzelgemeinden. Dem bisherigen Kirchenregiment ſteht als Verbandsdirektorium lediglich die Erhaltung einer äußerlichen wirtſchaftlichen und Verwaltungseinheit zu. Das landesherrliche Kirchenregiment fällt weg, der König erhält einige Vorrechte. Rechte und Pflichten des Pfarrers werden vertragsmäßig zwiſchen ihm und der Gemeinde feſtgelegt. Im Streitfalle entſcheidet ein Verbands-

gericht. Staatsleiſtungen an die Kirche finden nicht mehr ſtatt. Das Programm der Trennung in dieſer oder einer anderen Darſtellungsform wird vorwiegend, aber keineswegs ausſchließlich vom kirchlichen Linksliberalismus vertreten. Die Stimmung dafür reicht weit in die Kreiſe der Stillen im Lande, die, kirchlich unbefriedigt, ihre religiöſen Bedürfniſſe in kleineren Gemeinſchaften innerlicher verſorgt fühlen. Die Beweggründe ſind daher durchaus nicht bloß kirchlicher Indifferentismus oder gar Kirchenfeindſchaft, fließen vielmehr ebenſo reichlich aus der Quelle eines ſtarken religiöſen Individualismus. Das Programm rief aber notwendig als *Gegner* alle auf den Plan, die in der *Erhaltung der Volkskirche* Aufgabe und Stärke des Proteſtantismus und als unentbehrliches Mittel hierzu den *Fortbeſtand des Landeskirchentums* erkennen. Auch die Anhänger dieſes verkennen nicht, daß das Landeskirchentum nur eine geſchichtlich bedingte und darum veränderliche Erſcheinungsform der rechtlichen Kirche iſt. Sie beſtreiten ebenſowenig ſeine Schwächen und ſeine Verbeſſerungsbedürftigkeit. Aber ſie halten die Zeit für eine ſo radikale Änderung nicht erfüllt, ſie halten unter der Einheit der Landeskirche die Einwirkung des Evangeliums auf das Volkstum für ungleich geſicherter, ſie ſchätzen in eben dieſer Einheit auch eine unentbehrliche Sicherungsbürgſchaft gegenüber der Zentraliſation des Katholizismus, die ihrerſeits durch die Trennung der Kirche vom Staat kaum geſtreift werden würde. In den *gegenwärtig* auf den Synoden vertretenen Parteien überwiegen allerdings die Anhänger von Volkskirche und Landeskirchentum dergeſtalt, daß das Trennungsproblem *als ganzes* noch nicht ernſthaft zur Erörterung geſtellt worden iſt.

4. Nach Tiefe und Umfang von nachhaltigſter Einwirkung auf die kirchlichen Parteien wurde endlich der *Eintritt der modernen Theologie*. Der Reichtum der wiſſenſchaftlichen Geiſtesrichtungen und Errungenſchaften, den die Hülle dieſes Sammelbegriffs in ſich birgt, wird freilich durch die Bezeichnung nur kümmerlich, für viele irreführend ausgedrückt. Aber ich muß dem eingebürgerten Sprachgebrauch folgen. Auf Inhalt, Richtungen und Evolutionen dieſer Theologie ſelbſt einzugehen, ſteht mir nicht zu. In ihrer Einheit iſt ſie nichts anderes als eine Entwicklungsſtufe in dem weitgeſchichtlichen Ringen um die Geſamtauffaſſung des Chriſtentums,

eine Mehrheit von neuen Antworten auf die alte Frage: was dünkt Euch von Christus? Jesu Person und Werk stehen im Mittelpunkt. Aber an das Suchen nach Wahrheit wurden neue Erkenntnisquellen und Methoden herangebracht, ein bereicherter Apparat historischer, sprachlicher, logischer Kritik, in den letzten Ausläufern der religionsgeschichtlichen Theologie auch eine stärkere Verknüpfung des Religiösen mit dem allgemein kulturellen Geistesleben der Zeit. Daher mußten auch die Ergebnisse abweichen und an entscheidenden Punkten in Widersprüchen mit der wesentlich auf der alten Inspirationslehre beruhenden konservativen Theologie und mit der kirchlichen Tradition endigen.

So entstanden die besonders starken, bald nach der Reichsgründung und eben in der Zeit der neuen Kirchenverfassung einsetzenden Spannungen zwischen Theologie und Kirche. Unvermeidlich wurden sie alsbald vom kirchlichen Parteiwesen aufgegriffen, ja sie wirkten selbst schon parteibildend und parteitrennend mit. Die Verlegung dieses Streites in die jungen Synoden wurde zum schweren Verhängnis. Probleme, wie die, um die es sich hier handelte, lassen sich ohne Schaden nicht programmatisch verdichten und nicht in politische Schlagwörter fassen. Die Laienformel „hie positiv, hie liberal" wurde der Höhe und Tiefe der Sache bei weitem nicht gerecht. Zuerst ging es etwa zwei Jahrzehnte lang unmittelbar um das Recht der modernen Theologie selbst. Ihre Vertreter auf den Universitäten wurden zur Verantwortung gezogen. Das formale Recht hierzu war nicht zu bestreiten. Denn den theologischen Fakultäten ist ein wesentlicher Dienst an der Kirche, die Vorbildung der Geistlichen anvertraut. Auch allerlei Mittel zur Abhilfe wurden vorgeschlagen, namentlich die Mitwirkung synodaler Organe bei Besetzung der theologischen Professuren. Aber mit organisatorischen Mitteln war nichts zu helfen. Der Kampf endigte notwendig mit Anerkennung der Freiheit der theologischen Wissenschaft. Den Gewinn aus dem Streite zog der Staat. Der Unterrichtsverwaltung übertrug man Recht, Vertrauen und Verantwortung, in „distributiver Gerechtigkeit" positive und liberale Professoren auf die Lehrstühle der theologischen Fakultäten zu verteilen.

Der Professorenstreit war aber nur der Anfang der aus dem Eintritt der modernen Theologie geborenen Kämpfe der kirchlichen

Parteien. Noch unmittelbarer den Herzschlag der Kirche berührend wurde die nun auftauchende Frage der Lehrfreiheit und Bekenntnisgebundenheit der Diener am Wort, der Geistlichen im Amt, der Pfarrer. Daß Schranken überhaupt bestehen müssen, wurde von allen kirchlichen Parteien anerkannt, auch von dem auf den Synoden vertretenen Liberalismus. Andererseits wurde von der gesamten Rechten nicht verkannt, daß die Bekenntnisse nicht rechtlich bindende Lehrgesetze sind und daß es nicht möglich ist, ein gemeingültiges materielles Grenzprinzip zu formulieren. Zwischen beiden Anerkenntnissen blieb aber ein großes Raumgebiet für Streitfragen im einzelnen. Angeregt durch bekannte „Fälle" wurden sie in den kirchlichen Zeitschriften und Versammlungen seit Anfang des neuen Jahrhunderts leidenschaftlich erörtert. Den Versuch einer wenigstens formal gesetzgeberischen Lösung machten Kirchenregiment und Generalsynode in Preußen durch das einstimmig beschlossene Gesetz vom 16. März 1910 über das Verfahren bei Beanstandung der Lehre von Geistlichen. Die Irrlehre wurde als Disziplinartatbestand beseitigt und die Entscheidung, ob „eine weitere Wirksamkeit des Geistlichen innerhalb der Landeskirche mit der Stellung, die er in seiner Lehre zum Bekenntnisse der Kirche einnimmt, unvereinbar" sei, einem aus Vertretern von Kirchenregiment, Synoden und theologischer Wissenschaft gebildeten „Spruchkollegium" überwiesen. Bei Feststellung der Unvereinbarlichkeit tritt nicht Strafe, sondern Erledigung des Amtes von Rechts wegen ein, mit Gewährung eines Jahrgeldes im Betrage des gesetzlichen Ruhegehalts. Die erstmalige Anwendung des Gesetzes enthüllte freilich den Fortbestand des materiellen Streites in seiner ganzen Tiefe wenigstens insoweit, als der kirchliche Liberalismus außerhalb der Synoden sich vernehmen ließ. Immerhin bleibt es in seinem rein evangelischen Grundgedanken der Ausstoßung der Irrlehre aus dem Disziplinarrecht ein unverlierbarer Vereinigungspunkt weiterer Verständigung und hat mindestens unter den gegenwärtigen synodalen Parteien das Gebiet des Bekenntnisstreites an einer empfindlichen Stelle des kirchlichen Lebens eingeschränkt.

An anderer Stelle und auf anderem Wege steht dagegen sein Einzug von neuem bevor. Es ist im Zusammenhange mit der Agendenreform, d. i. der Verbesserung der landeskirchlichen Gottes-

dienſtordnung. An ſich hat natürlich dieſe Sache nichts mit der modernen Theologie zu tun. Es handelt ſich hier um die Befriedigung eines von Zeit zu Zeit regelmäßig wiederkehrenden religiöſen Lebensbedürfniſſes der Gemeinden; ſo wurde die letzte Agende für die preußiſche Landeskirche 1895 feſtgeſtellt. Unmöglich aber bleibt ein ſolches Unternehmen, falls es ſich nicht auf ſprachliche und redaktionelle Kleinigkeiten beſchränkt, von dem breiten Strome des innerkirchlichen Lebens, von den Erſchütterungen der religiöſen Erfahrung und den Bewegungen der theologiſchen Wiſſenſchaft unberührt. So tritt auch heute wieder in den Vordergrund die Stellung des Apoſtolikum im Hauptgottesdienſt, bei der Ordination und Konfirmation. Wäre Friede geblieben, ſo würden die preußiſchen Synoden von 1914 und 1915 mit der Agendenfrage befaßt worden ſein. Kirchenregiment und kirchliche Parteien hatten bereits Stellung genommen. Vereinzelte Beſchlüſſe ließen einen ſcharfen Zuſammenſtoß befürchten. Der Krieg hat auch dieſer Auseinanderſetzung ein vorläufiges Ende bereitet.

II.

Dies in gedrängter Überſicht die Quellen und der Tatbeſtand der weſentlichen Streitpunkte unter den kirchlichen Parteien.

Die Evangeliſche Vereinigung hat, teils in programmatiſchen Kundgebungen zwiſchen 1873 und 1905, teils in praktiſcher Betätigung ihrer Grundſätze zu allen eine klare und feſte Stellung genommen. Die preußiſche Union verteidigt ſie als dem Geiſte der Reformation entſprechend; innerhalb ihrer das konfeſſionell Trennende beſonders zu betonen, hält ſie nicht für ihre Aufgabe. Sie erachtet das Landeskirchentum unter den zur Zeit gegebenen Bedingungen als die beſte Bürgſchaft für Erhaltung der evangeliſchen Volkskirche und bekämpft daher freikirchliche Propaganda wie ſeparatiſtiſche Beſtrebungen. Im Verfaſſungsleben iſt ihr Hauptziel, die kirchlichen Gemeinden zu einer größeren Selbſtändigkeit im Gebrauch ihrer Rechte wie in der Erfüllung ihrer Pflichten zu erziehen und die Synoden ſo zu geſtalten, daß ſie wahrhaftig das in den Gemeinden lebendige Bewußtſein zum Ausdruck bringen; daher fordert ſie Schutz des Wahlrechts der Gemeinden und Schutz der Minoritäten auf allen Stufen des ſynodalen Le-

bens, ſie hält die beſtehenden kirchlichen Wahlſyſteme in dieſer Beziehung für verbeſſerungsfähig. Im Verhältnis zum Staat ſtellt ſie ſich vollſtändig auf den Boden des geſchichtlich gewordenen Syſtems, vertritt überall für Geſetzgebung und Verwaltung das paritätiſche Recht der evangeliſchen Kirche und hat in Einzelfragen des kulturellen Lebens ihre Stellung von dem Grundſatze aus gewählt, daß die evangeliſche Kirche Kulturentwicklungen, die dem Worte Gottes nicht zuwider ſind, auch in ihrer Rechtsordnung Rechnung tragen kann und muß. Die ſoziale Arbeit der Kirche kann nach unſerer Auffaſſung niemals in der Durchführung politiſcher Programme oder der Bekämpfung politiſcher Parteien als ſolcher beſtehen, ſondern iſt weſentlich nichts anderes als ein Beſtandteil der kirchlichen Gemeindearbeit überhaupt, für die um ihrer allgemeinen Bedeutung willen die Fürſorgepflicht des Kirchenregiments begründet iſt. Die Evangeliſche Vereinigung identifiziert ſich nicht mit irgendeiner einzelnen Richtung der theologiſchen Wiſſenſchaft. Jede Einführung einer rechtlichen Bindung und Einſchränkung der Freiheit der theologiſchen Lehre wird abgelehnt. Die Beſeitigung der Diſziplinar-Lehrprozeſſe gegen Geiſtliche und ihr Erſatz durch ein evangeliſches Feſtſtellungsverfahren nach Art der neueren preußiſchen Ordnung war ſeit langem ihr geſetzgeberiſches Ziel.

Zur Bekenntnisfrage endlich hat ſie ihre Stellung wörtlich folgendermaßen kundgegeben: „Die Offenbarung Gottes in Chriſto bleibt uns allezeit der Grund unſeres Heils, die Heilige Schrift die maßgebende Urkunde der Offenbarung. Unſere Stellung zu allen Einzelfragen iſt darin begründet, daß wir das durch die Reformation gewonnene Verſtändnis des Heils und des Heilsweges als für die evangeliſche Kirche nach wie vor maßgebend anerkennen, aber deſſen innere Aneignung und Entwicklung für jede Zeit und mit den jeder Zeit beſonders gegebenen Mitteln nur auf dem Boden der Freiheit für erreichbar anſehen. Hierin iſt unſere Abgrenzung nach rechts und links ſicher und klar gegeben. Wir ſcheiden uns auf der einen Seite von denen, welche den Inhalt des evangeliſchen Glaubens an einmal gegebene Formen und Formeln gebunden erachten und die Bekenntnisſchriften als rechtlich geartete Lehrgeſetze handhaben wollen. Vielmehr bemißt ſich uns die innere Zugehörigkeit zur evangeliſchen Kirche an der Gemeinſchaft des religiöſen Beſitzes, vor allem

dem innerſten Verhältnis der Seele zu Gott in Chriſto. Wir vermögen daher Gemeinſchaft des Glaubens auch da anzuerkennen, wo die chriſtliche Erkenntnis nach ihrem Maß und ihren Formen verſchieden iſt. Wir ſcheiden uns auf der andern Seite ebenſo von denen, welche, das Walten des Heiligen Geiſtes in der Kirche verkennend, in den Glaubensausſagen früherer Jahrhunderte nur ein belaſtendes Erbe der Vergangenheit ſehen; wiſſen uns vielmehr mit dem Glauben unſerer Kirche, wie er in den reformatoriſchen Bekenntniſſen einen Ausdruck gefunden hat, dem Weſen nach auch da eins, wo wir ihren Buchſtaben nicht als den zutreffenden Ausdruck für den darin beſchloſſenen Glaubensgehalt anſehen können."

Iſt *Friede* mit den andern kirchlichen Parteien von dieſem Standpunkte aus möglich? Die Evangeliſche Vereinigung hat dies ſchon bisher mit warmer Überzeugung *bejaht*. Zuletzt vor dem Kriege hat ſie am 24. Oktober 1912 einen Aufruf in dieſem Sinne ergehen laſſen und zur Überwindung des inneren Bruderkriegs alle eingeladen, die des kirchlichen Haders müde ſind, die das kirchliche Parteitreiben als unwürdig empfinden, die dem Hineintragen politiſcher Gegenſätze in das kirchliche Leben entgegentreten, die im Beſitz des Evangeliums das Gemeinſame des Proteſtantismus erkennen, die die Stärkung des evangeliſchen Gemeindelebens für die wichtigſte Aufgabe der Gegenwart halten. „Die Kirche und der Friede gehören zuſammen". „Was wir fordern, iſt *der Wille zum Frieden*." Er iſt möglich, wenn als Vorausſetzungen anerkannt werden: Einheit der Landeskirche, Sicherung evangeliſcher Predigt gegenüber perſönlicher Willkür, Anerkennung des Rechts der verſchiedenen Richtungen in der Kirche, Freiheit der theologiſchen Wiſſenſchaft, Schutz der Minoritäten auf allen Stufen des kirchlichen Verfaſſungslebens, endlich Geiſt und Wille einer Kirchenleitung, „die der Wahrhaftigkeit und Gewiſſensfreiheit der Geiſtlichen volle Gerechtigkeit widerfahren läßt, die liturgiſchen Vorſchriften weitherzig regelt und dem verdächtigenden Argwohn, der die Urſache ſovieler kirchlicher Fälle iſt, jede Berechtigung verſagt."

Dieſer Aufruf hat viele Beachtung, von einigen verſtändnisvolle Würdigung, von ſeiten derer, auf die er eigentlich berechnet war, kühle Ablehnung erfahren. Ein Frieden, den die „Mittelpartei" anbot, erſchien ihnen von vornherein verdächtig oder falſch. Soweit die Kri-

tiker wenigstens die Reinheit unserer Absicht anerkannten und nur über die Gangbarkeit des Weges bedenklich waren, hat sich mit ihnen der Herausgeber unserer „Preußischen Kirchenzeitung", Pfarrer Eugen Burggaller, in einer vornehmen Schrift „Der Weg zum Frieden" (Hinrichs, Leipzig 1913) auseinandergesetzt. An Versuchen zur Verständigung hat es also nicht gefehlt. *Der Weltkrieg hat neue Voraussetzungen und Notwendigkeiten dafür geschaffen.* Auf diese kommt es jetzt und hier an.

III.

Was ist und soll der „Friede" unter den kirchlichen Parteien? Man kann die Ziele nicht nüchtern und bescheiden genug stecken. Allerdings muß er auf der einen Seite mehr bedeuten, als „Burgfrieden" im landläufigen Sinn, mehr als eine nur zeitliche Selbstbeschränkung in der alten Befehdung des Gegners, mehr als eine Nothütte, die man je eher je lieber wieder abbricht, mehr als eine Kampfpause mit verborgenen Waffen in der Hand und mit der Absicht, die kirchliche Streitaxt alsbald wieder zu schwingen, sobald der Staatenfrieden unter Dach ist. Der Parteienfriede muß als ein Verhältnis gedacht und gewollt sein, das einigermaßen die Möglichkeiten und Bedingungen eines gewissen Dauerzustandes in sich trägt. Es würde sich sonst nicht verlohnen, Herz und Zeit an das Problem verschwendet zu haben. Der erhoffte Friede kann andererseits nicht bedeuten Auflösung der Parteien, Einstellung des Kampfes, Verzicht auf Grundsätze. Kein Ernsthafter denkt daran. Ich habe zu zeigen versucht, welche öffentlichen Tatsachen und Vorgänge für die Trennung in kirchliche Parteien hauptsächlich entscheidend geworden sind. Soweit jene sich nicht durch die geschichtliche Entwicklung gewissermaßen selbst verzehrt haben, wirken sie notwendig parteitrennend fort, neue werden hinzutreten. Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß, je länger die gegenwärtig bestehende Gliederung der kirchlichen Parteien sich von dem Zeitpunkte ihres Ursprungs entfernt hat, sie um so mehr Züge aufweist, die der *innerlichen Begründung* entbehren. Manches ist zufällig, anderes ist unklar geworden. So kommt es wohl, daß auf Synoden Parteistellungen nicht selten aus ganz anderer Motivierung gewählt werden, als aus klarer Erkenntnis der Parteiunterschiede. Das ist niemandem zum

Vorwurf gesagt, sondern erklärt sich geschichtlich und natürlich. Wie in die Kirche, so werden manche auch in die kirchliche Partei hineingeboren, durch Tradition, durch Landschaft, durch persönliche Beziehungen, durch sanfte Gewalt. Haben sie sich dann orientiert, so finden sie, daß ihre Stellung ebensogut oder richtiger anderswo sein könnte. Ich würde das nicht aussprechen, wenn ich es nicht von solchen wüßte, die diese Erfahrung selbst an sich gemacht haben. Die Schuld liegt nicht an Persönlichkeiten, sondern an dem Dunkel der Firma, an fortschreitender Inkongruenz zwischen den Anläffen des Ursprungs und den Bedürfnissen der Gegenwart. Aus eben dieser Erkenntnis heraus hat die Evangelische Vereinigung 1905 in Halle ihre Satzungen einer Nachprüfung unterzogen und ihre Stellung zu den lebendigen kirchlichen Fragen bestimmter gefaßt. Wieder andere wollten überhaupt lieber sich keiner kirchlichen Partei anschließen. Um der Freiheit ihrer Überzeugung und, soweit Geistliche in Betracht kommen, um ihrer Gemeinde willen, wollen sie keine „Parteileute" sein. An sich echt kirchlich und ideal gedacht. Sie wollen der Kirche unmittelbar dienen, von Parteibeschlüssen unabhängig, keinem „Fraktionszwang" unterworfen sein. Mit letzterem haben sie unbedingt und schlechthin recht. Eine kirchliche Partei, welche ihre Mitglieder für irgendeinen Fall verpflichtete, sich Mehrheitsbeschlüssen zu fügen, würde mit der Wahrhaftigkeit, mit dem Wesen der religiösen Gewissensfreiheit sich in Widerspruch setzen, also unkirchlich handeln. Mir ist nicht bekannt, daß irgendwo im Parteiwesen deutscher Landeskirchen etwas Derartiges gehandhabt wird, der Evangelischen Vereinigung ist es grundsätzlich fremd. Aber auch wo keine Besorgnis dieser Art besteht, wirken die vorgenannten Empfindungen stark genug, um eine weitverbreitete Abneigung gegen Anschluß an kirchliche Parteien zu begründen. Kirchliche Parteilosigkeit gilt vielen als vornehmer. Daran zu glauben, kann man sich gestatten, so lange man nicht den Beruf hat, Mitglied einer Synode zu sein. Wer als Synodale berufen ist, wird bald gewahr, daß er ohne Anlehnung an eine Partei ein wenig befriedigendes, mehr nur passives Dasein führen müßte. Gewiß kann er zu jeder Sache in der Vollversammlung das Wort nehmen. Aber an den Stellen, in denen die eigentliche Arbeit verrichtet wird, ist er ohne Einfluß. Er wird also seine Parteischeu überwinden und sich mindestens irgendwo als „Gast" anschließen

müſſen, um in einem Arbeitsausſchuß ſeine Sachkunde verwerten und ſein kirchliches Intereſſe betätigen zu können. Er hat dann von ſeinem Standpunkte aus „das kleinere Übel“ gewählt und ſeine Abneigung gegen kirchliches Parteiweſen wenigſtens formell verwahrt.

Indeſſen muß man verſuchen, dieſer und verwandter Stimmungen Herr zu werden. Es iſt nur zu wünſchen, daß jeder im kirchlichen Leben eine klare Stellung nimmt. An der Form und am Namen „Partei“ darf er keinen Anſtoß nehmen. Weder außerhalb der Synoden, noch auf dieſen ſelbſt. Falſche Zurückhaltung dort hat zur Folge, daß der eigene Anteil an der Bildung der öffentlichen Meinung in der Kirche und ihr Gewicht für den Dienſt an der Kirche verloren geht. Auf den Synoden ſelbſt aber hat ſich die kirchliche Parteiorganiſation trotz aller Schäden und Mängel doch immer zugleich als wertvoll und förderlich erwieſen. Sie kommt der Arbeitsteilung zugute und der Zuſammenſtoß der grundſätzlichen Anſchauungen verbürgt die Allſeitigkeit der Prüfung. Ohne Ringen kein Gelingen.

Nach alledem kann keine Rede davon ſein, den Weg zum Frieden durch ein Angehen gegen den Tatbeſtand der kirchlichen Parteien ſelbſt zu ſuchen. Nicht in ihm liegt, wie ich wiederhole, das Übel. Auf den Geiſt und die Methode kommt es an. Jetzt iſt der Ort, der Sache von dieſer Seite näher zu treten. Ich muß mir natürlich verſagen, das kirchliche Parteiweſen unter dem Geſichtspunkte allgemeiner Reformbedürfniſſe zu erörtern. Es kann ſich hier nur um das handeln, was unter der unmittelbar aus dem Krieg erwachſenen Lage jetzt und in nächſter Zeit für den Parteifrieden geſchehen kann. Unter dieſer nächſten Zeit verſtehe ich aber einen Zeitraum, für den wir, die den Krieg miterlebt haben, noch verantwortlich ſind. Was mir da erforderlich und ausreichend, bei gutem Willen auch überall erreichbar ſcheint, betrifft Sachliches und Taktiſches, Prinzipielles und Formelles. Ich ſchreibe darüber nicht in Vollmacht der Evangeliſchen Vereinigung, wohl aber in ihrem vermutlichen Sinn.

1. Grundlegende Vorausſetzung iſt, daß man ſich auf einem gemeinſamen Boden der kirchlichen Arbeit zuſammengefunden habe. Das iſt in dieſem Falle das gemeinſame Anerkenntnis des Beſitzſtandes des Landeskirchentums. Hier handelt es

ſich von unſerem Standpunkte um eine Forderung nach links. Noch 1913 hat uns der Wortführer der Freunde chriſtlicher Freiheit vorgehalten: „Das Ideal der Mittelpartei iſt Aufrechterhaltung der Landeskirche unter allen Umſtänden, unter dem Schein eines einheitlichen Bekenntniſſes. Ich ſage abſichtlich Schein, denn jeder Gebildete weiß, daß jede dogmatiſche Formulierung vieldeutig ſein muß. Würde die Mittelpartei entſchloſſen die Bekenntniseinheit fahren laſſen, den Tatſachen Rechnung tragen und ſich nur auf einen äußeren Kirchenverband zu Verwaltungszwecken einlaſſen, ſo würden wir in dieſem kirchenpolitiſchen Punkt gemeinſame Politik treiben können. So aber erſcheint uns gerade die mittelparteiliche Haltung ſchuld an der Verwirrung der Lage, weil ſie die Meinung einer Bekenntniskirche nicht los werden will." (Ev. Gem.-Bl. f. Rheinl. u. Weſtf. 1913 Nr. 7.) Die hier uns auferlegte Schuld tragen wir nicht. Selbſt wenn *wir* die Bekenntniseinheit fahren laſſen wollten, wären wir auch im Bunde mit der Linken nicht ſtark und einflußreich genug, den geſchloſſenen Widerſtand von Kirchenregiment und allen anderen kirchlichen Parteien zu brechen. Wir würden, wollten wir uns dafür einſetzen, die Verwirrung der Lage nur noch unermeßlich ſteigern. Wir können uns aber allerdings aus Gründen innerſter Überzeugung *nicht* dafür einſetzen. Ohne Bekenntniseinheit kann begriffs- und ſinngemäß überhaupt keine Kirche ſein. Dieſe Einheit wird durch Bekenntnisfreiheit, die eine Mannigfaltigkeit menſchlicher Deutungen und Auffaſſungen zuläßt, nicht aufgehoben. Sie iſt kein Schein, ſondern bleibt trotzdem ein realer Beſitz von Grundwahrheiten, an den das Daſein eben dieſer Kirche gebunden iſt. Indeſſen wäre hier ein Eingehen in die Tiefen des Problems, über das ich mich anderweit oft ausgeſprochen habe, ausſichtslos. Eine ſachliche Einigung iſt unmöglich.

Daher ſollte man auf anderem Wege zu einer Verſtändigung gelangen. Die Linke ſollte aus der *Kriegserfahrung* mindeſtens einräumen, daß das Landeskirchentum ſich tatſächlich bewährt hat, und daß unter den gegebenen Umſtänden ihr Verfaſſungsplan in abſehbaren Zeiten nicht durchführbar iſt. Gewiß iſt und bleibt das Landeskirchentum nur geſchichtliche und darum wandelbare Erſcheinungsform einer Darſtellung der Kirche Chriſti auf Erden. Aber es hat im Kriege mehr als ſein geſchichtliches Recht erwieſen. Es hat neue

ſtarke Beweismomente ſeiner Lebens- und Anziehungskraft hinzugefügt. In ſeinen weit geöffneten Hallen hat es Getrennte vereint, Fremdlinge wieder eingebürgert, dem evangeliſchen Volksleben neue mächtige Impulſe gegeben. Es hat, wie gegenüber der territorialen Zerſplitterung, ſo gegenüber rein individualiſtiſchen und ſeparatiſtiſchen Strebungen einen im Weſen doch univerſellen Charakter offenbart. Dieſen Dienſt hätte ein „äußerer Kirchenverband zu Verwaltungszwecken" nie und nimmer leiſten können. Nach dem Kriege iſt ferner die Staatsgeſetzgebung auf viele Jahre durch wirtſchaftliche, finanzielle, militäriſche und allgemein kulturelle Aufgaben belegt. Es gilt, einen ſchwer verwundeten Volkskörper zu heilen und ihn doch ſogleich wieder in kraftvoller Leiſtungsfähigkeit wirken zu laſſen. In dieſes Programm kann nicht auch noch eine grundſätzliche Neuordnung des Verhältniſſes von Staat und Kirche aufgenommen werden. Denn die Sache liegt nicht einfach. Sie muß, wie Foerſter richtig dargelegt hat, interkonfeſſionell gemacht werden und hätte nicht bloß die katholiſche Kirche, ſondern auch alle anderen Religionsgeſellſchaften mit zu umfaſſen. Jede vereinzelte oder teilweiſe Regelung würde die verfaſſungsmäßige Parität im Weſen vernichten. Das evangeliſche Kirchenweſen ſeinerſeits iſt aber an unzähligen Punkten mit der Staatsgeſetzgebung verflochten. Es würde eine Reviſion der Staatskirchengeſetzgebung vor 1914, das preußiſche allgemeine Landrecht mit eingeſchloſſen, notwendig ſein. Schwieriger als alles andere würde endlich die Ablöſung und Neugrundlegung der vermögensrechtlichen Verhältniſſe ſich geſtalten. Jeder Realpolitiker wird ſich beſcheiden müſſen, daß man damit die Zukunft eines Menſchenalters nicht belaſten kann. Kann man ſich prinzipiell nicht näher kommen, ſo ſoll man ſich wenigſtens auf dem Boden der Tatſachen zuſammenfinden. Die Linke vergibt ihren Grundſätzen nichts, wenn ſie dieſen anerkennt.

2. Das eiſerne Gebot, das für den Staat nach dem Kriege gilt, gilt in entſprechender Weiſe auch für die Kirche: harte Arbeit in Selbſtbeſchränkung und Konzentration auf die unmittelbar praktiſch gewordenen Aufgaben. Alle Kriegsſynoden in den deutſchen Landeskirchen haben von ihrem Reichtum ein Bild abgegeben. Vieles muß wieder aufgebaut oder neu angebaut werden. Man denke nur eben beiſpielsweiſe an die erweiterte

Gemeindetätigkeit in Fürsorge für Kriegsverletzte und Jugendpflege, an die neuen Aufgaben, an die Arbeiterwelt heranzukommen, an die allgemeinen Angelegenheiten des Nachwuchses im geistlichen Stande, der Nachprüfung der Militärseelsorge und der militärdienstlichen Verhältnisse der evangelischen Geistlichen überhaupt, ferner neben den weiten Gebieten der inneren an die äußere Mission, an die Wiederaufnahme der kirchlichen Auslandsarbeit und zuletzt auch in der Kirche an die Ordnung großer finanzieller Pflichten und Lasten. Wie vieles wäre noch zuzufügen und wie manches wird neu auftauchen, was man jetzt nicht sieht! Ich meine nun: die unmittelbar durch den Krieg gestellten Aufgaben haben den *ersten* Anspruch auf Lösung. In ihren *Zielen* besteht schon grundsätzliche Einigkeit unter den Parteien. Hier müssen sie sich zu *praktischer Arbeit* vereinigen. Das verbindet. Überlebtes, Minderwichtiges, Trennendes muß man zurückstellen. Es darf nicht für selbstverständlich oder gar notwendig erachtet werden, alle vor Kriegsausbruch schwebenden Fragen, alle unausgetragenen Entwürfe und Pläne in die nächste Zukunft hinüberzuschieppen und auf ihrer sofortigen Erledigung zu bestehen. Ich denke z. B. an die in unseren Kreisen in den letzten Jahren viel erörterten und als reformbedürftig bezeichneten Gebiete des kirchlichen Wahl- und Disziplinarrechts. Andere Parteien werden anderes auf Lager haben. Der Zeitpunkt wird kommen, wo man die Dinge wieder aufgreift. Aber es ist nicht nötig, gerade an die in den Streit der Vergangenheit zurückführenden Fäden wieder anzuknüpfen. Der Krieg hat neue Augenmaße geschaffen, manches, was uns groß erschien, verkleinert, manches in den Vordergrund gerückt, was wir für aufschiebbich hielten. Lebendiger *Gegenwartssinn* muß auch die Marschrichtung und den Arbeitswillen der kirchlichen Parteien beherrschen. Nur so wird es möglich sein, ihren Dienst an der Kirche in lebendiger Verbindung mit der großen Zeit zu erhalten, der sie den gegenwärtigen Geist ihrer Einheit verdanken. Streitquellen, die ohne Schaden für das Ganze einstweilen geschlossen bleiben können, lasse man verschlossen. Bis man sie wieder öffnen muß, hat man vielleicht einiges vergessen und einiges dazu gelernt.

3. Zu jenen Streitquellen gehören insbesondere *Bekenntnisfragen*. Ich betrete damit ein sehr verantwortungsreiches Gebiet und spreche darüber in guter Absicht mit aller Offenheit. Synodale

Bekenntnisstreitigkeiten könnten die Landeskirchen jetzt einfach nicht ertragen, ohne schweren Schaden davon zu haben.

Von der Forderung neuer Bekenntnisse ist es ohnehin stille geworden, seitdem ihre Hauptträger die Bekenntniseinheit überhaupt preisgeben. Und das ist gut so. Unserer Zeit fehlt die bekenntnisbildende Kraft. Bekenntnisse werden nicht gemacht. Sie entstehen. Freilich haben menschliche Weisheit und sprachliche Kunst einen Anteil daran. Aber deren Leistung kann nur fließen aus abgeklärt vorliegenden Ergebnissen theologischer Arbeit und aus der Tiefe eines in einmütiger religiöser Begeisterung ergriffenen Volkes, dem Gott zu gegebener Zeit einen Propheten schenkt.

Bekenntnisstreitigkeiten drohen gegenwärtig viel mehr aus der vorzeitigen Einnahme einer Verteidigungsstellung gegen vermeintliche Angriffe auf den Bekenntnisstand. In den Verdacht eines solchen vermeintlichen Angreifers ist die Evangelische Vereinigung schon öfters bei den rechts von ihr stehenden Parteien geraten. So erst vor noch gar nicht langer Zeit, als sie im Herbst 1913 eine Denkschrift zur Revision der Preußischen Agende verbreitete. Ich habe schon oben darauf hingewiesen, wie leicht entzündlich für Parteienstreit an und für sich der Stoff einer Agendenreform ist. Im vorliegenden Falle war nun schon gar kein Grund zu einer Kampfansage zum Schutz des Bekenntnisses gegeben. Die materielle Bekenntnisfrage sollte und wollte von uns überhaupt nicht aufgerollt, nicht einmal angerührt werden. Wir gingen von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß, wie einst im Jahre 1873 von Einführung der Kirchenverfassung, so jetzt von einer Agendenreform Bekenntnisstand und Union der Landeskirche unberührt bleiben. Mit dem Maß unserer Forderungen blieben wir ganz und gar in den Grenzen des Art. X der Konkordienformel. Wir erstrebten „mehr Heimatsgefühl in Kirche und Gottesdienst". Der Gottesdienstfreudigkeit der Gemeindeglieder sollten durch Verbesserung und Bereicherung der liturgischen Mittel, durch größere Freiheit in ihrem Gebrauche neue Lebensquellen erschlossen werden. Noch heute, und nach dem Kriege erst recht, bin ich der Meinung, daß es keine schönere, lohnendere, versöhnendere und, soweit die innerlichsten religiösen Gemeindebedürfnisse in Frage kommen, keine dringlichere Aufgabe geben könne, als eben diese. Noch immer kann ich die Hoffnung nicht auf-

geben, daß es doch noch gelingen werde, die Bedenken gegen eine Agendenreform in dieſem maßvollen Sinne zu überwinden. Einen Kernpunkt dieſer Bedenken bildet unſer Wunſch, daß allgemein im Hauptgottesdienſt an Stelle der Verleſung des apoſtoliſchen Glaubensbekenntniſſes der Gemeindegeſang eines Glaubensliedes wahlweiſe geſtattet werde. Allgemein. Die geltende Agende hat nämlich den Gebrauch des Glaubensliedes auf ſolche Gemeinden beſchränkt, in denen er ſchon vor 1895 herkömmlich war. Wir ſind der Meinung, daß ſolcher Beſchränkung die innere und äußere Berechtigung fehlt, daß dafür kein Normaljahr feſtgeſetzt werden kann, daß die Gemeinden in gleichem Maße mündig ſind, daß das Begehren einer gottesdienſtlichen Praxis, die grundſätzlich in der Agende anerkannt iſt, keinen Angriff gegen den Bekenntnisſtand enthalten kann. Auf die Gerechtigkeit der Sache darf ſich alſo unſere Erwartung gründen, daß um dieſer Urſache willen nicht die im übrigen von allen Seiten, auch von Generalſynode und Kirchenregiment als notwendig erkannte Agendenreinigung verzögert oder gar unterlaſſen werde. Denn die Lage der Dinge iſt einfach die, daß, wenn ſie auf der ungefähren Linie ſolcher maßvollen Vorſchläge nicht gelingt, die Quelle der Beunruhigung bei Geiſtlichen und Gemeinden weiterfließen und das Problem unter ſchwierigeren Bedingungen ſich wieder und immer wieder ankündigen wird.

Gleichwohl bleibe ich auf dem Ausgangspunkte beſtehen: jetzt keine ſynodalen Bekenntnisſtreitigkeiten. Wäre alſo wider Erwarten eine friedliche Vorbereitung der Agendenreform unter den kirchlichen Parteien für die nächſte Generalſynode ausſichtslos, ſo würde ich meinen Freunden ſelbſt raten, ſie auf einige Jahre zu vertagen. Ein ſolcher Verzicht würde ihnen, namentlich denen vom Rhein, wie ich weiß, außerordentlich ſchwer fallen. Aber die noch fortbeſtehende Spannung erſchiene mir als das kleinere Übel im Vergleich zu einem Apoſtolikumsſtreit in der Gegenwart. Unſerem noch kämpfenden oder zurückkehrenden Volksheer wäre er ein unverſtändlicher Widerſpruch zu ſeinem eigenen religiöſen Erleben. Ich weiß wohl, daß es Trübſeher gibt, die behaupten, ein religiöſer Kriegsgewinn ſei überhaupt nicht zu verzeichnen. Wer aus perſönlicher Anſchauung das religiöſe Leben an der Front und in den Lazaretten kennen gelernt hat, hat andere Hoffnung. Man darf ſeine Dauer-

wirkung nicht überschätzen, aber noch weniger gering achten. Die draußen haben an sich und in ihrer Umgebung Gottesoffenbarungen erlebt, deren Äußerungen sich nicht überall mit den Maßen dessen decken, was wir unter Kirchlichkeit verstehen. Ein ganz undogmatisches Christentum; aber für sie und die Kirche doch ein Besitz von Ewigkeitswerten, der wohl zu respektieren und zu hüten ist. Das Bild einer Kirchenvertretung, die sich über Liturgisches zankte, darf man ihnen nicht sogleich bieten. Der Geist der Einheit muß sie anwehen und tragen. Eine Enttäuschung darüber wäre eine schwere Gefahr für die Volkskirche. Ich empfehle lieber ein Opfer der Geduld, als an der Verantwortlichkeit dafür beteiligt zu sein. Wie viel größer und verheißungsvoller wäre es freilich, dem evangelischen Teile des heimkehrenden Heeres eine bereicherte Gottesdienstordnung *als Morgengabe des Friedens* darzubringen.

4. Um den Frieden unter den kirchlichen Parteien zu sichern, wäre endlich noch eines, das wichtigste vielleicht, in Ordnung zu bringen. Es ist der *Maßstab für die dauernde gegenseitige Anerkennung und Achtung* festzulegen. Es kann freilich nur gelingen, wenn der Wille besteht, ihn zu finden und anzuwenden und wenn die Fähigkeit vorhanden ist, über manche Enge der Überlieferung hinauszutreten. Um den letzten Grund der Einheit der Kirche und damit auch aller kirchlichen Parteigänger handelt es sich nicht. Er steht ewig fest. Einen anderen Grund kann niemand legen. Vom Standpunkte der Evangelischen Vereinigung, die eine positive Partei ist, besteht hierüber kein Zweifel. Es handelt sich vielmehr um das *Wahrzeichen* für die Anerkennung dieser Einheit. Ratschläge wie, den Frieden dadurch zu finden, daß sich die Parteien selbst nach Kirchen trennen, lehnen wir grundsätzlich ab. Der Plan, zwei evangelische Parallelkirchen nebeneinander zu stellen, eine orthodoxe und eine liberale, wäre, seine gänzliche Unausführbarkeit abgerechnet, freilich sehr einfach. Er ist das Rezept, den Frieden unter Eheleuten durch Ehescheidung herzustellen. Aber was Gott in der Reformation zusammengefügt hat, soll die Berechnung der Kirchenpolitik nicht trennen. Man kann nicht zum Frieden kommen, wenn man einer Partei das Heimatrecht in der Kirche bestreitet. Auch nicht, wenn man die kleinere und schwächere zwar duldet, ihr aber nicht ein grundsätzlich, d. h. relativ gleiches Maß von Recht einräumen

will. Schutz der Minoritäten ist nicht nur elementare Forderung der Gerechtigkeit, sondern auch eine Grundregel kirchenpolitischer Weisheit und in jedem Falle Lebensbedingung kirchlichen Friedens. Mit erweitertem Inhalt hat man der Grundforderung der Gerechtigkeit die Prägung gegeben: „Gleichberechtigung der Richtungen" in der Kirche. Diese Formel ist mißverständlich, indem sie auszudrücken scheint, daß *objektiv* der Wahrheitsgehalt der verschiedenen Bekenntnisauffassungen als ein gleichwertiger anerkannt werden müsse, während in Wirklichkeit doch damit nur beansprucht wird, daß um dieser Verschiedenheit willen keine Richtung der anderen die Anerkennung in der Kirche versagen darf. Jene objektive Gleichwertigkeit kann selbstverständlich keine Partei der anderen zugestehen, ohne sich selbst aufzugeben. Denn darum geht eben der Kampf. Die Formel hat daher nach allen synodalen Erfahrungen nicht dem Frieden gedient, vielmehr den Streit angeregt oder verschärft. Mit ihr ist nicht weiterzukommen.

Der Friedensweg in die Zukunft ist auf anderem Wege zu suchen. Ich kann nur wiederholen, was ich wenige Wochen vor der Preußischen Generalsynode 1915 in „Deutsch-Evangelisch" ausgesprochen habe: der Friede der Parteien liegt in der endlichen Einschätzung und Anerkennung der *evangelisch christlichen Persönlichkeit*. In ihr liegt der Maßstab und das Wahrzeichen für die wechselseitige Anerkennung. Sie gibt das Bürgerrecht in der Kirche. Alle Bewertung und Verwendung ihrer Glieder muß unter diesen einzig entscheidenden Gesichtspunkt treten. Einzig entscheidend, weil es der einzige Beruf der Kirche ist, christliche Persönlichkeiten zu schaffen. Der gemeinschaftliche Dienst an der Kirche hat in ihr seinen verbindenden Grund. Sehr mit Recht fragt H. Scholz in seinen vortrefflichen Bemerkungen zum Burgfrieden in der Preußischen Kirchenzeitung vom 12. Dez. 1915: „Muß man wirklich bei jedem guten Werk erst die ‚Richtung' dessen erkunden, der neben und mit uns arbeitet?" Alle Rechts- und Kultusordnungen sind nur Mittel für den höchsten Zweck, die Menschen zu Christus zu führen und bei ihm zu erhalten. Ihrer sind aber unendliche Gestaltungsformen und Verschiedenheiten möglich und gerechtfertigt, wenn immer nur die Menschen, die sie handhaben und beleben, jeder nach seiner Gabe und in seinem Kreise, evangelisch christliche Persönlichkeiten sind. *Das* ist, ich wiederhole, Wahrzeichen und Maßstab.

Mit dieſer neuen Anerkennung des chriſtlichen Perſönlichkeitswertes kann vieles unter den kirchlichen Parteien zum Austrag gebracht werden, was bisher für unüberwindlich gehalten wurde, und viele können in der Kirche getragen werden, die bisher nicht erträglich erſchienen. Viele, die draußen blieben, werden einkehren, viele, die ſich als Fremdlinge anſehen laſſen mußten, werden ſich heimiſch fühlen, ungeahnte Kräfte werden ſich regen. Es wird Leben ſein. Soll man die Kirchengänger und Abendmahlsgäſte aus der Kriegszeit wieder verlieren, weil ſie einem Parteiprogramm nicht genügen? Die Gleichachtung der chriſtlichen Perſönlichkeit an Stelle der Gleichberechtigung der Richtungen iſt die wahre evangeliſche Freiheit in der Kirche.

Von ihr aus fallen die Lichtſtrahlen auch auf das neue Verhältnis der kirchlichen Parteien. Ihr Streit *muß* wieder entbrennen, weil das Ringen um die Wahrheit kein Ende hat. Aber er würde ſich *nicht in der alten Methode* fortſetzen. Er wird ein anderer ſein, wenn er das Recht der chriſtlichen Perſönlichkeit in der Kirche zur Vorausſetzung nimmt. Gerade herausgeſagt, *der Ton der Parteipolemik* wird ein anderer ſein. Damit iſt keine Anklage gegen die Parteivertretungen auf den Synoden erhoben. Zwar ereignen ſich auch hier bei Gelegenheit taktiſch mehr oder weniger fein in Szene gebrachte Offenſiven. Aber ſie dekorieren ſich mit der Würde des Ganzen, und es wacht eine Geſchäftsordnung. Eine ſolche wacht nicht über der kirchlichen Parteipreſſe. Hier ſind die eigentlichen Herde des unkirchlichen Parteienſtreits, von hier quellen Überfälle und Entſtellungen der Abſicht des Gegners. Hier gilt es, zu heilen und zu reinigen. Wenn einer das ſagt, wird ihm gewöhnlich unterſtellt, er denke nur an das Beſſerungsbedürfnis bei der anderen Partei. Ich gebe die Verſicherung, daß ich's nicht ſo meine. Die Sache iſt zu ernſt und zu groß und zu offenbar, um irgendwelche Heuchelei zuzulaſſen. Alle tragen Schuld. Die Beſſerung kann aber freilich nicht ſo gelingen, daß jede Partei nun erſt noch einmal haltmacht, nach rückwärts blickt, wegen der Vergangenheit mit der anderen eine Abrechnung pflegt und ſich ſelbſt dabei die Quittung der geringeren Schuld ausſtellt. Es müſſen Einſicht und Wille vorhanden ſein, in der Gegenwart neu anzufangen, und jeder muß die Verantwortlichkeit für die Zukunft als eigene tragen. Es handelt ſich bei alledem im

Weſen der Sache nicht um Äußerliches. Das Äußerliche daran kann nur Wert und Beſtand haben, wenn es der Ausdruck einer innerlich neu gewonnenen Stellung iſt. In dieſem Sinne iſt es ſogar die Hauptſache. Wenn dieſes gelingt, iſt die Hälfte aller Friedensarbeit ſchon getan.

IV.

Ich ſchließe zuſammenfaſſend. Der „Friede unter den kirchlichen Parteien" kann nicht bedeuten Aufhören des Ringens um die Wahrheit, Preisgabe von Grundſätzen, Verzicht auf ſelbſtändigen Beſtand. *Er iſt der Zuſtand des auf gegenſeitiger Achtung beruhenden einmütigen Gemeinſchaftsdienſtes an der Kirche.* Seine Vorausſetzungen können nicht als immerwährend gültige, ſondern nur aus der Zeitlage heraus auf Zeit feſtzuſtellen ſein, ſeine Anforderungen ſind auf das unmittelbar Erreichbare zu beſchränken. Erforderlich und ausreichend würden ſein: Sammlung aller Parteien auf dem geſchichtlich gegebenen Boden des Landeskirchentums, Konzentration der Gemeinde- und Synodalarbeit auf die aus dem Kriege erwachſenen praktiſchen Aufgaben des kirchlichen Lebens, Zurückſtellung der grundſätzlich trennenden Streitpunkte, inſonderheit Vermeidung von Bekenntnisſtreitigkeiten, Anerkennung des Wertes und Rechtes der evangeliſch-chriſtlichen Perſönlichkeit in der Kirche an Stelle des verbitternden und ausſichtsloſen Kampfes der kirchlichen Richtungen, Entfernung des Perſönlichen und Gehäſſigen aus dem Parteienſtreit. Es iſt wenig und wäre doch ſo viel. Es iſt möglich, wenn man eingedenk der Dankbarkeit für Gottes gnädige Führung zurückkehrt zu den Quellen der Einheit und heiligen Begeiſterung am Anfang des Krieges. Es iſt notwendig, wenn dem deutſchen Volke ein religiöſer Gewinn aus dem Kriege geſichert werden ſoll. Daß es geſchehe, dafür tragen neben und mit dem Kirchenregiment alle kirchlichen Parteien die Verantwortlichkeit. Jene Quellen ſind durch Sondergeiſt und Streitſucht teilweiſe ſchon wieder verſchüttet. Es muß alles daran geſetzt werden, ſie nicht verſanden zu laſſen, ſondern ſie zu faſſen und in ihrer urſprünglichen Stärke und Reinheit offen zu halten. Geſchehen kann es nur durch fortdauerndes Einigkeitsbewußtſein im letzten und höchſten Sinn und, ſoweit der Anteil der Parteien in Betracht kommt, ſo, daß nicht durch Parteigezänke

der religiöſe Sinn, der Zug zu Gott, enttäuſcht, abgeſtoßen, vernichtet wird.

Die Aufgabe iſt leicht und ſchwer. Leicht, weil ihre Löſung einen empfänglichen Boden in der Gemeinde, ein allgemeines Friedensbedürfnis vorfindet. Schwer, weil das demnächſt zu erwartende öffentliche Leben in Staat und Kirche auf ganz neue Vorausſetzungen geſtellt ſein wird. Alle werden ſich in ungleich lebendigerer Aktivität am Ganzen beteiligen. Jeder wird ſeine perſönlichen Erfahrungen, Anſprüche, Hoffnungen und Ideale mitbringen. Es wird zuerſt ein verwirrendes Ringen eines auf eine höhere Stufe ſich emporarbeitenden Volkes werden. Der kümmerliche Schutz eines polizeilich befohlenen Burgfriedens wird wieder fehlen. Die Freiheit muß ſich ſelbſt ihre Gebundenheit ſchaffen, auch in der Kirche und im Verhältnis der kirchlichen Parteien. Der Friede muß durch die innere freie Erkenntnis ſeiner Notwendigkeit geſichert ſein. *Die Parteien haben es in der Hand.* Eine allein kann's nicht machen. Es wäre an der Zeit, daß Männer aus allen kirchlichen Parteien zuſammenträten, um ſich dieſe Dinge ernſthaft und ehrlich zu überlegen.

Burgfrieden unter den kirchlichen Parteien.

Von Otto Baumgarten.

Aus vielen Zuschriften aus Feld und Lazarett geht unzweifelhaft hervor, daß die Mehrzahl derer, die ihr Leben für das Vaterland eingesetzt und dem Tod ins Angesicht geschaut haben, die kirchenpolitischen Kämpfe und die ihnen zugrunde liegenden Unterschiede in der Auffassung des Christentums gegenüber dem gemeinsamen Kern desselben, den sie in ihrer Not erprobt haben, für so nebensächlich erachten, daß sie von der Kirche das Schweigen dieser oft gehässigen und die Einheit der Nation gefährdenden Streitereien nach dem Ende des Krieges aufs bestimmteste erwarten. Sie haben sich sogar mit Katholiken und Bekennern anderer Religionsansichten zu gemeinsamer Andacht, zum Singen des Trutzliedes: „Ein' feste Burg ist unser Gott" oder des Lobliedes: „Großer Gott, wir loben dich", zur Bitte um gnädige Durchhilfe in tausendfacher Not, um Verzeihung der vielfachen Schuld und Versäumnis, um Darreichung von Mut und Kraft im Gottvertrauen verbunden; sie haben die Unerheblichkeit der Unterschiede in der Auffassung gegenüber der Einmütigkeit in der Demütigung und Erhebung vor der ewigen Güte und Weisheit persönlich erfahren. Nicht der hat ihnen Lebensbrot und Wegzehrung für den Todesgang geboten, der ihnen ganz bestimmte und fest umrissene Anschauungen entgegengebracht, sondern der, welcher seine vielleicht fehlsamen und unbestimmten Gottes- und Heilandsgedanken mit dem ganzen Nachdruck eigenen Erlebens und Ringens nach Gewißheit vorgetragen hat. Wie oft lesen wir es in Feldbriefen, daß die Kirche den Heimkehrenden nicht wieder an Stelle des lebendigen Brotes einmütigen Zusammenwirkens die Steine des öden Parteikampfes um das bieten dürfe, was den tiefen Grund des Seelenfriedens bilden soll; sonst habe sie die große Stunde versäumt und müsse die unaufhaltsame

Entfremdung des Volkes als Lohn ihrer Verkennung der Zeichen der Zeit erwarten.

Es mag sich in diesen Stimmen allzu einseitig ein rein praktisches Bedürfnis, mit der Lebensnot fertig zu werden mit Hilfe der Religion, aussprechen. Aber sie erinnern an Erfahrungen, die wir schon in Friedenszeiten des öfteren zu machen hatten: daß nämlich die große Masse nicht bloß des Volkes, auch der kirchlichen Leute oben und unten den kirchenpolitischen Kämpfen, den von ihnen erfüllten Synodalverhandlungen, den vielen Erklärungen und Protesten von rechts und links bezüglich Festhalten am Bekenntnis oder Anerkennung der evangelischen Freiheit teilnahmlos gegenüber steht. Man kann wohl einmal angesichts der Absetzung von Jatho oder Traub oder der Bestreitung der Geschichtlichkeit Jesu größere Versammlungen und stärkere Bewegungen veranlassen; aber sie machen bald wieder der Annahme Platz, daß dergleichen Probleme sich unter den zu ihrer Lösung berufenen Theologen ohne Zutun der Laien lösen und im übrigen die Interessen der einzelnen Gläubigen dadurch wenig berührt werden. Man muß nun nicht annehmen, daß an solcher Teilnahmlosigkeit für die kirchlichen Streitigkeiten die allgemeine religiöse Gleichgültigkeit die Hauptschuld trage. Es dürfte zum mindesten berechtigt sein, von einer erheblichen Neubelebung des Interesses an dem Sinn und der Bedeutung des Lebens, an der göttlichen Vorsehung, an der Erlösung von Ohnmacht und Schuld, an der Fortdauer des Seelenlebens usf. zu sprechen. Mag vieles von der Kriegsfrömmigkeit aus der Furcht vor dem ungewissen, vielfach auch beinahe gewissen Todesgeschick und aus dem selbstsüchtigen Trieb der Lebenserhaltung stammen; anderes ist nur als die verstärkte Fortsetzung eines ernsteren, edleren Verlangens zu beurteilen, das bereits in den letzten Jahren vor dem Kriege erwachte. Aber dieselben Leute, die im stillen die Reihen der Gottsucher verstärkten, die hinter dem starken Absatz der religiösen Literatur, auch größerer, ernsterer Werke stehen, scheuen vor dem öffentlichen Kampf um diese zarten Dinge des Innenlebens zurück. Und insbesondere die mehr nordischen Naturen verraten eine Keuschheit und Verschlossenheit des inneren Lebens, die sich, ganz abgesehen von der Form, in der diese Dinge verhandelt werden, von der öffentlichen Verhandlung selbst verletzt fühlen. Man wird wohl der Wahrheit gemäß behaupten dürfen, daß die kirchlichen

Kämpfe in letzter Zeit, ganz besonders auch von freierer Seite, weit gemäßigter, schonender für den entgegengesetzten Standpunkt, positiver für den eigenen, geführt sind. Und doch versagen sich weite Kreise zumal der Gebildeten und zarter Organisierten den Redekämpfen der „Freunde evangelischer Freiheit" oder der „Freunde des kirchlichen Bekenntnisses", und kann weder die eine noch die andere Seite, etwa von den beweglichen Rheinländern abgesehen, ein Wachstum ihrer öffentlichen Anhänger feststellen.

Es soll hier nicht versucht werden, die Entstehung und historische Berechtigung der kirchlichen Parteien zu schildern, wie es in diesen Blättern von anderer Seite genugsam geschehen ist. Es sei nur festgestellt, daß die Anhänger der freieren Theologie, der Erweiterung der Bekenntnisschranken, der Gleichberechtigung einer modernen mit der überlieferten Form evangelischen Christentums nicht etwa deshalb sich zu festen Organisationen zusammengeschlossen und Einfluß auf die öffentliche Meinung, auf die Synoden und Kirchenregierungen zu gewinnen gesucht haben, um ihre freie Auffassung von dem Recht der Weiterentwicklung des Christentums unter dem Einfluß der Zeitbildung innerhalb der Kirche zum Siege zu bringen, sondern nur, um sich und ihrer auch christlichen Überzeugung die offene Anerkennung ihres Daseinsrechtes innerhalb der Kirche zu erstreiten. Es liegt in dem ganzen Unternehmen sowohl des Protestantenvereins als auch der „Freunde der evangelischen Freiheit" nicht einmal die Anmaßung, als ob sie die überlegene, zukunftsvolle Auffassung des Evangeliums vertreten und darum auch maßgebenden Einfluß auf die Entwicklung des kirchlichen Lebens zu beanspruchen hätten. Es ist doch bezeichnend, daß einst Michael Baumgarten, selbst durchaus auf dem alten Boden des Wunder- und Versöhnungsglaubens stehend, den Protestantenverein mit begründete, nur um einer freieren Auffassung freie Bahn innerhalb der Kirche zu schaffen. Und auch mein vielbeachtetes Eintreten für das gute Recht Pfarrer Jathos auf eine Kanzel der evangelischen Kirche war keineswegs von der Überzeugung getragen, daß seine Christentumsauffassung mit der geschichtlichen Erscheinung des Christentums vereinbar sei, sondern nur von dem Grundgedanken, daß die evangelische Kirche verpflichtet sei, allen denen eine offene Tür zu bieten, die selbst mit Ernst zu ihr gehören wollen. Kurz vor dem Kriege hat der Frankfurter Pfarrer

Foerſter den Entwurf eines Geſetzes zur Durchführung der Toleranz innerhalb Preußens vorgelegt, deſſen Zielgedanke der war, in der verfaßten Kirche einen möglichſt weiten und elaſtiſchen Rahmen für alle verſchiedenen Chriſtentumsauffaſſungen zu ſchaffen, die ſich innerhalb der Kirchen und Gemeinden zu Bünden zuſammenſchließen und ihre eigentümlichen Andachts- und Lehrweiſen vertreten können. Was von dieſer Seite erſtrebt wird, iſt alſo nicht mehr als die Verzichtleiſtung der evangeliſchen Kirche auf ein bis ins einzelne bindendes Geſetz der Lehre, des Bekenntniſſes, der Gottesdienſtform.

Darin liegt nun an ſich gar nicht ein ärgerlicher Angriff gegen den Standpunkt der ſogenannten poſitiven, d. h. am überlieferten Lehr- und Bekenntnis- und Feiergehalt des Chriſtentums feſthaltenden Mitchriſten. Es darf wahrheitsgemäß behauptet werden, daß unduldſame Äußerungen über „Rückſtändigkeit", „Borniertheit", „Kulturwidrigkeit", „abergläubiſche Buchſtabengläubigkeit" uſf. der altgläubigen Kreiſe mehr und mehr aus den Äußerungen der freieren Richtung verſchwunden ſind. Freilich dürfte noch manch einem jungen oder auch älteren Heißſporn, der gar ſo erfüllt iſt von dem allein chriſtlichen, lutheriſchen, proteſtantiſchen oder gebildeten Charakter des freieren Standpunktes und aus dem Tone redet, „wie herrlich weit wir es gebracht", ein heilſamer Zaum angelegt werden. Sollte nicht die religionsgeſchichtliche und religionspſychologiſche Forſchung unſerer Tage ſolchen von ſich ſelbſt überzeugten Sturmgeiſtern zum Bewußtſein bringen, daß in den großen Grundrichtungen katholiſch-inſtitutionellen, evangeliſch-konſervativen und proteſtantiſch-beweglichen religiöſen Denkens und Empfindens bleibende Typen religiöſer Veranlagung und geſchichtlicher Erziehung liegen? Aber freilich, auch das muß auf freierer Seite mehr als bisher anerkannt werden, daß es ein ärgerliches, anſtößiges Verlangen an den altgläubigen Standpunkt iſt, eben dieſe weite und freie neben der gebundenen und feſten Stellung zu den Glaubenswahrheiten als gleichberechtigt anzuerkennen.

Soll alſo auch nach dem Ende des Krieges der Burgfriede innerhalb der evangeliſchen Kirche behauptet werden, ſo müſſen in erſter Linie die auf der Linken ſtehenden Kreiſe ſich mit Mitgefühl und Verſtändnis erfüllen für das Nichtkönnen der rechts Stehenden. Kein Vernünftiger beanſprucht von der katholiſchen Kirche Duldung von

den Papſt und die Konzilien, die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papſtes und von der alleinſeligmachenden Kraft der Kirche verwerfenden Männern. Sollten wir nicht auch auf evangeliſcher Seite die Erwartung aufgeben, daß die am alten Evangelium, an der Gottheit Chriſti, an der Wunderallmacht Gottes, an der alleinigen Erlöſung durch Chriſti Blut und ſtellvertretendes Leiden, an der Erhörbarkeit des Gebets um einzelne Segnungen und Bewahrungen, an der Unentbehrlichkeit der Sakramente für das Seelenheil uſſ. feſthaltenden bibel- und bekenntnistreuen Kreiſe innerlich duldſamer werden können gegen ſolche, die in allen berührten Punkten anders denken und Gottes Vaterliebe, des Heilands Gnadenkraft, des Gebetes und der Sakramente Wirkung gebunden erachten an die gegebenen Ordnungen des natürlichen und geſchichtlichen Lebens? Daß jene ihre engere Auffaſſung vom Weſen des Chriſtentums der freieren an Treue gegen die Urkunden des Glaubens weſentlich überlegen, die freieren für den Kern und Grund gefährdend erachten und weder für ſich ſelbſt noch für ihre Kinder eine Verkündigung des Evangeliums auf dieſer gar zu weiten und ſchwankenden Grundlage dulden mögen, das dürften auch die freier Gerichteten ihnen nachfühlen. Kurz geſagt: man ſollte mehr den Gehorſam des Glaubens und die Glut der Jeſusliebe achten, die in den engen Schranken der Bekenntnistreue ſich auswirken. Und man ſollte mehr erkennen, daß das Bedürfnis der Verſöhnung des Glaubens mit dem Wiſſen, des bibliſchen mit dem modernen Weltbild, das Bedürfnis einheitlichen, klaren Durchdenkens der Weltanſchauung gar nicht ſo weit verbreitet iſt, auch nicht im Volke der Denker und Dichter, ſchon weil man nicht Zeit und Muße, aber auch, weil man keine innere Nötigung dazu hat.

Soll denn nun der kirchliche Liberalismus das Feld ohne Abwehr und Anſpruch räumen? Das kann er offenbar ſolange nicht, als es keine andere Organiſation und öffentliche Vertretung der evangeliſchen Frömmigkeit gibt als die eine Landeskirche. Wer davon überzeugt iſt, daß es, wenn auch nicht eine Mehrzahl, aber immerhin eine große Zahl ſolcher Chriſten gibt, bei denen die gleichen Bedürfniſſe ähnliche Befriedigung heiſchen, der kann um des Gewiſſens, um der Liebe zu dem Volk und zu dem Evangelium willen nicht anders, als ſeiner Richtung das Daſeinsrecht in dieſer Landeskirche zu erkämpfen. Man weiſt uns gern den anderen Weg: Tretet doch aus

aus einem Kirchenweſen, deſſen Grundgeſetze und Überlieferungen ihr nicht anerkennen könnt, und gründet eine neue Kirche! Dagegen ſpricht aber Vieles: einmal die Tatſache, daß Glaube und Lehre und Liturgie in dieſer Kirche keineswegs ſtets die gleichen geblieben, ſondern mit den Geiſtesſtrömungen in den Jahrhunderten mannigfach gewandelt ſind; ſodann die Erfahrung, daß die Übergänge von der einen zur anderen Richtung und Glaubensauffaſſung fließend ſind, viele vermittelnde Standpunkte ſich finden, oft dieſelbe Perſönlichkeit zu verſchiedenen Lebenszeiten mehr der einen oder anderen Richtung zuneigt; weiter die ſehr begründete Beſorgnis, daß die Ablöſung des neuen von dem alten Stamm ſowohl bezüglich des Kirchenvermögens als bezüglich der Heranbildung der Kirchendiener ſehr ſchwierig, die Entſcheidung für die eine und andere Kirche dem Einzelnen viel zu viel zumuten würde; endlich die Überzeugung, daß das evangeliſche Volk gerade aus dem Beiſammenſein verſchiedener Auffaſſungen des Evangeliums reichen Segen gewinnen, vor extremen Einſeitigkeiten bewahrt werden, Fortſchritt und Reform, Freiheit und Pietät, Mannigfaltigkeit und Stetigkeit vereinen kann nach dem alten Wort: im Weſentlichen Einheit, im Zweifelhaften Freiheit, in Allem Liebe. Es gibt doch auch Landeskirchen wie die württembergiſche, wo dies friedliche Zuſammenleben der Richtungen ohne Gewiſſensnot für die Gebundenen und für die Freien gedeihen kann.

Wir wollen alſo die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch die auf der rechten Seite noch einmal zu zwei Einſichten gelangen werden. Einmal, daß eine große, ein ganzes Land umfaſſende Kirche nicht wohl eine geſchloſſene Einheit von Lehre, Bekenntnis und Andacht bilden kann, weil denn, wie die Geſchichte und Erfahrung zeigt, die Weiterbildung der religiöſen Denkformen und Andachtsbedürfniſſe nicht fern zu halten, wohl aber zum Segen des Ganzen in das Geſamtleben der Kirche hineinzuziehen iſt. Luther hat einmal geſagt, daß wir Gottes Willen aus den Tatſachen des Lebens zu erkennen haben. Zu den unleugbaren Tatſachen gehört nun aber die ſtete Fortentwicklung der Glaubensgedanken und -gefühle in Wechſelwirkung mit der allgemeinen Geiſteskultur. Zu den unleugbaren Tatſachen gehört aber auch das, daß viele einzelne Menſchen, die in ganz altgläubigen Familien unter beſten Einflüſſen aufgewachſen ſind, nachher doch zu der freieren Auffaſſung übergegangen und darin zum Frieden ge-

kommen sind. Mit dieser Tatsache sollten die Altgläubigen viel bewußter rechnen.

Und dann dürfte man doch auch das von ihnen auf Grund der Erfahrungen in diesem Kriege erwarten, daß sie eine etwas vollere Achtung vor dem religiösen Gehalt, vor der Widerstands- und Tragkraft gewonnen haben, den die modernen Leute im Volk aus ihrem Glauben für ihr Leben beziehen. Es mag ja schwer für sie sein, zuzugeben, daß ein, wie sie es beurteilen, „naturgebundener" Gott, ein ganz menschlicher Jesus, eine so anders begründete Zuversicht zur Sünderliebe Gottes, zur Erlöserkraft Christi, eine so viel unbestimmtere Hoffnung ewigen Lebens den Menschen, die darin fest werden, einen wirklichen Ersatz bieten für das, was sie nicht mehr mitmachen können, ihnen Halt und Trost, Mut und Demut, Antrieb und Ergebung, Sündenernst und Gnadengewißheit vermitteln können. Aber warum wollen sie nicht gelten lassen, daß solche Überzeugungen für jene subjektiv solchen Wert haben und jedenfalls sehr viel mehr sein können als die völlige Glaubenslosigkeit oder die Anpassung an die alten Formen, bei denen sie kein gutes Gewissen des Verstandes und Gefühls haben können? Die Feldgrauen, die im Angesicht des Feindes sich nicht als alt- und neugläubige Christen geschieden, sondern in wesentlich demselben Gottvertrauen verbunden fühlten, werden jedenfalls sich nicht bestreiten lassen, daß sie an ihrem Glauben Halt und Trost gefunden haben.

Wenn aber auch dies Gefühl weitgehender Gemeinschaft in der gehorsamen Liebe Gottes des Vaters, in der willigen Nachfolge Christi, in dem heiligen Geiste der Begeisterung für das Heilige und der Hingabe an das Ganze sich nicht behaupten kann gegenüber dem Sich-nicht-verstehen in so vielen wichtigen Glaubensfragen, ist es dann ausgeschlossen, daß die Bekenntnistreuen den Glauben und das sittliche Verhalten der Freieren und die religiöse und sittliche Verkündigung der Modernen als einen Weg in den Vorhof des Heiligtums betrachten, von dem aus sie die Seelen, die tieferes Verlangen haben, erst ins wahre Heiligtum führen könnten? Oder muß es jedesmal durch einen vollen Bruch hindurchgehen, an dessen Zustandekommen eben jene bloße Annäherung an den ganzen Glauben sie verhindert? Ich will gerne auch in diese Auffassung mich hineindenken; aber ich hoffe, daß manchem Bruder auf der Rechten das Bedürfnis in dieser

harten Zeit gemeinsamer Not gewachsen ist, zu verstehen und gelten zu lassen, was unsere meinetwegen gebrochene, halbe Gläubigkeit sehr vielen braven, opferbereiten Volksgenossen im Feld und zu Hause gewesen ist. Dann aber werden sie die Konsequenzen zu bedenken haben und einen Begriff von der Kirche sich bilden müssen, der ein friedlich-schiedliches Nebeneinander verschiedener Glaubensauffassungen möglich macht.

Man wird mich freilich daran erinnern, daß man nicht zulassen könne, daß der Glaube der Bekenntnistreuen durch halb- oder ungläubig erzogene Theologen erschüttert werde, durch solche, die das Wesentliche, die große Heilstatsache, die Wunder der Heilsgeschichte, die Gebetserhörung, das ewige Gericht usf. wenn auch nicht bestreiten, so doch unter den Tisch fallen lassen, daß man deshalb verlangen müsse, daß die zukünftigen Kirchendiener auf dem festen Grund der Schrift erbaut, auf diesen Grund verpflichtet und die Gemeinden vor der Gefahr der Irrlehre behütet werden. Aber wäre es nicht wohl denkbar, daß sich innerhalb der Kirche als bloßer Verwaltungs- und Ordnungseinheit, als bloßen äußeren Rahmens der aus dem gemeinsamen Geschichtsleben der evangelischen Kirche erwachsenen Gemeinschaft wiederum innigere, einheitlichere Gruppen gleichgearteter und gleichbedürftiger Kirchengenossen zusammenschließen, die dann unter sich eine festere Disziplin der Lehre und Feier entwickelten? Wir kennen Landeskirchen, wo schon ein weises Kirchenregiment darauf hält, daß die verschieden gerichteten Gemeinden auch diejenigen Geistlichen erhalten, die ihnen kein Ärgernis und keine Glaubenszumutung bereiten, sondern geeignet sind diejenigen Kräfte zu erhalten, die in ihnen entfaltet sind. Aber da hat sich denn auch gezeigt, daß der sehr elastische Rahmen der kirchlichen Organisation doch vermöge der sittlichen und Liebes-Gemeinschaft, die in der Freilassung sich bildet, lange nicht so äußerlich und oberflächlich ist, wie die an die Kirche anspruchsvolleren Geister befürchten.

Wie diese ganzen Erörterungen wohl erkennen lassen, hat ein jahrzehntelanges Nachsinnen über die Not der evangelischen Kirche uns von der fast unlösbaren Schwierigkeit des Problems überzeugt. Vor dem Krieg wollte uns schließlich eine friedliche Lösung aussichtslos erscheinen und schien uns ein Ende der unerquicklichen, auf diesem stillen, innerlichen Gebiet besonders unerträglichen lauten Streitig-

keiten nur noch in der völligen Trennung des widerwillig ertragenen Bandes, in der Aufhebung der einheitlichen Landes- und Staatskirche und in einer der englischen analogen Entwickelung des religiösen Gemeinschaftslebens zu erwarten zu sein. Dieser Krieg mit seiner laut vernehmlichen Mahnung an das, was uns gemeinsam ist, und mit seiner reichen Gelegenheit, die Kraft des Ringes zu erproben, der anderer Glaubensform gegeben ist, scheint uns den evangelischen Kirchen eine letzte Gelegenheit zu bieten, um zum inneren Frieden und zur Eintracht zu kommen. Man möge doch auf beiden Seiten gewissenhaft bedenken, wieviel auf dem Spiele steht, daß eine solche Gelegenheit zum Sichfinden nie wiederkehrt und daß es sich bei ihrer Versäumnis möglicherweise um eine so weitgehende Schädigung des religiösen und sittlichen Gemeinschaftsgefühls in unserem Volk handelt, wie sie nie wieder gut gemacht werden kann.

Es will uns zwar als übertrieben erscheinen, wenn man geradezu von einer Frage des Seins oder Nichtseins des Christentums in unserem Volk oder doch der evangelischen Kirche redet. Das Christentum ist am Ende unabhängig von diesen Fragen der Organisation und Ordnung, und auch die Kirche hat ein viel zäheres Leben, als die Ungeduld der Ideologen ihr oft zutraut. Aber das kann wohl gesagt werden, daß es sich um die Segenskraft des Evangeliums für unser so schwer geschlagenes deutsches Volk handelt. Die heimkehrenden Feldgrauen werden sicherlich keine Geduld haben mit einem Kirchenwesen, das über den Streit um, wie sie nun einmal empfinden, Nebenpunkte das Wesentliche, den Frieden in dem ewigen Gott und Heiland, und die Stärkung des Gewissens zu Gott zu kurz kommen lassen und das Gefühl des gemeinsam Durchlittenen und mit Gottes Hilfe Überwundenem untergehen lassen in dem alten gehässigen Streit über das Trennende.

Sollte es darum nicht gelingen, den kirchlichen Parteistreit aus der Welt zu schaffen durch wechselseitige Duldung und Verständnis des verschiedenartigen Müssens und durch neue Fassung des Kirchenbegriffs, dann muß wenigstens das als gebietende Forderung der Stunde bezeichnet werden, daß dieser unvermeidliche Kampf der gewissenhaften Überzeugungen, dieser Kampf, der uns durch die geschichtliche Entwicklung verordnet ist, mit völlig unvergifteten, vornehmen, brüderlichen Waffen geführt werde. Das muß nach beiden

Seiten gesagt werden: Nicht bloß den gebundeneren Geistern eignet der unfreundliche, rechthaberische, ausschließende Sinn, der alles nur nach dem eigenen Maße mißt; auch die freieren Geister haben nur zu oft in ihrer Kampfesart den Verständnis und Gerechtigkeit suchenden Sinn vermissen lassen, den sie für sich selbst in Anspruch nehmen. Ist es wirklich zu viel verlangt, daß inskünftige bei all diesen Kämpfen um die christliche Lebens- und Weltanschauung nie vergessen werde, daß man sich solche gegenüber hat, die für dasselbe Volk und Vaterland, für dieselbe, im Grunde deutsch-protestantische Kultur ihr Leben und das Leben ihrer Liebsten in die Schanze geschlagen haben und in diesem großen Opfergang den Segen desselben himmlischen Vaters, desselben gekreuzigten Heilands lebendig verspürt haben? Auch über die künftigen kirchlichen Parteikämpfe, wenn sie denn unvermeidlich sind, sollte geschrieben sein das Mahnwort: Denkt an die Schützengräben! Das walte Gott!

Die Kirche und ihre Friedensaufgabe im Volksleben.

Von Friedrich Mahling.

Ihrem Weſen nach iſt die Kirche eine Gemeinſchaft von Bekennern. Ich ſage nicht „Bekenntnisgemeinſchaft“, um das Mißverſtändnis zu vermeiden, als handle es ſich hier um eine Gemeinſchaft von ſolchen, welche beſtimmte Glaubensausſagen äußerlich gemeinſam unterſchreiben. Vielmehr faſſe ich das Wort „bekennen“ im Sinne der Ausführung Jeſu, Matth. 10, 32, und verſtehe unter einer Gemeinſchaft von Bekennern eine Gemeinſchaft von ſolchen Menſchen, welche ſich zu Jeſus als dem erlöſenden und gebietenden Herrn der ganzen Gemeinde mit Wort und Wandel bekennen. Daraus folgt, daß der unſichtbare Mittelpunkt aller derer, welche in der Kirche geeint ſind, ihr Herr Jeſus Chriſtus iſt.

Daraus folgt aber weiter, daß dieſe Gemeinſchaft von Bekennern untereinander ſich zu einer Gemeinſchaft der Liebe verbunden weiß und ſich nach außen darſtellt wie eine Familie, deren Glieder durch das Band brüderlicher und ſchweſterlicher Liebe geeint ſind.

In dritter Linie iſt die Kirche eine Kultusgemeinſchaft. Aber der Begriff des chriſtlichen Gottesdienſtes iſt ein anderer als der des heidniſchen Colere deum. Es handelt ſich hier vielmehr um ein Anbeten Gottes im Geiſt und in der Wahrheit, d. h. der wahre Kultus iſt der, welcher die innere ehrfurchtsvolle Anbetung Gottes in einem Leben voll ſittlicher Lauterkeit und Tatkraft zum Ausdruck bringt. Die Gemeinſchaft hat daneben das Verlangen, ſich ſelbſt in die Wurzeln ihres Daſeins zu vertiefen, die Geſchichte Jeſu immer wieder neu zu hören und neu zu erleben, Gott dafür zu danken, und ſich aus dem Evangelium Jeſu Anweiſung und Kraft geben zu laſſen, um das Ziel einer wahren Chriſtengemeinde zu erreichen. So iſt der Kultus Mittel zum Zweck. Er bedeutet im Gemeindeleben dasſelbe,

was die Tischgemeinschaft in der Familie bedeutet. Man sammelt neue Kraft, um den Aufgaben des Lebens gerecht werden zu können und man freut sich der Gemeinsamkeit des Glaubens, der Liebe, des Gebets, um so über die Schwierigkeiten und Nöte des alltäglichen Lebens hinausgehoben zu werden.

Weiter ist die Kirche Rechtsgemeinschaft, d. h. diejenigen, welche innerlich so miteinander verbunden sind, daß ein Geist und eine Liebe sie beseelt, schließen sich auch äußerlich zusammen zu einer Organisation, welche imstande ist, die erkannte und erlebte Wahrheit auch der künftigen Generation zu übermitteln, um auf diese Weise dafür Sorge zu tragen, daß immer neue Vertreter dieser Wahrheit von einer Generation zur anderen vorhanden sind. Auch hier gilt, daß der Gedanke der Rechtsgemeinschaft nicht Selbstzweck ist, sondern nur Mittel zum Zweck. Die Rechtsorganisation einer Kirche ist immer nur ein untergeordnetes, dienendes Hilfsmoment zur Verwirklichung des geistigen Zieles der Kirchengemeinschaft. Sie hat darum in der Kirche auch nicht letztlich ausschlaggebende Bedeutung. Sie ist die geschichtlich gewordene Verfassungsform, das Kleid, in welches die Gemeinschaft des Geistes sich kleidet. Das Kleid kann wechseln, die Hauptsache ist, daß das geistige Leben eine solche Form findet, in welcher es am vollkommensten, klarsten und wirkungskräftigsten zum Ausdruck kommt.

Die geschichtliche Erscheinung der Kirche ist die Gestalt derselben als Volkskirche. Hierin liegt im Grunde ein Widerspruch gegen das Wesen der Kirche. Ist die Kirche in erster Linie Bekennergemeinschaft, dann kann der Zutritt zu ihr nur immer wieder durch solche erfolgen, welche sich persönlich zu Jesu als ihrem Herrn und Heiland bekennen. Das Eigentümliche der Volkskirche besteht aber neben anderen Merkmalen vor allem darin, daß man in sie hineingeboren wird, und darum bereits als Kind durch die Kindertaufe in sie aufgenommen wird. Die nötige Unterweisung findet in dem Religionsunterricht der Kirche und der Schule statt. Aber die getauften Glieder werden als vollberechtigte Glieder der Kirche gezählt. So entsteht, ich möchte sagen das doppelte Gesicht der Kirche: ihrem Wesen nach ist sie Bekennergemeinschaft, ihrer Erscheinung nach eine Gemeinschaft von solchen, welche durch die Kindertaufe in sie aufgenommen worden sind.

Aus diesem Nichtübereinstimmen der Kirche mit ihrem Wesen schreiben sich alle die Schwierigkeiten her, welche wir in dem kirchlichen Leben auch der Gegenwart beobachten, und alle Reformversuche laufen daraus hinaus, diesen Widerspruch entweder ganz zu beseitigen oder doch so zu mildern, daß die beiderseitige Schärfe sich dabei verliert.

Die Volkskirche ist geschichtlich geworden. Besonders in unserem deutschen Volk ist sie von Anfang an diejenige Form, in welcher die christliche Religion bei uns heimisch geworden ist. Das hängt damit zusammen, daß bereits bei den heidnischen Germanen die Religion als Stammesangelegenheit, als Volkssache betrachtet wurde, über welche nicht der einzelne, sondern die Gemeinschaft die Entscheidung zu treffen hatte. Darum sind die deutschen Stämme jedesmal als Stamm zum Christentum übergetreten, zuerst ihre Fürsten und Oberen, und dann die gesamten Mannschaften, welche durch das Band der Treue mit ihren Fürsten und Führern verbunden waren. Auch in der Reformation ist die Gestalt der Volkskirche beibehalten worden. Wir bemerken Schwankungen bei Luther, vor allem in der Vorrede zur deutschen Messe 1526 den Versuch, eine Bekennerkirche besonders herauszuarbeiten, aber es ist nur eine theoretische Andeutung geblieben, ohne eine praktische Verwertung zu finden. Grade weil die Volkskirche als solche eine geschichtlich gewordene Größe darstellt, müssen wir mit ihr rechnen. Man kann sie wegwünschen, im Prinzip sie sich wegdenken, aber es ist unmöglich, an ihrer Tatsächlichkeit vorübergehen zu wollen. Die geschichtlich gewordene Form der Volkskirche ist da, und kein einzelner ist imstande, diese Form zu zerschlagen. Jeder der praktisch arbeiten will und praktische Ziele verfolgt, muß mit ihr rechnen. Er muß deshalb auch alle die Mängel in Kauf nehmen, die aus dieser unvollkommenen Gestaltung erwachsen.

Diese Mängel sind das Ineinandergreifen von Geistesgemeinschaft und Rechtsgemeinschaft, von inneren und äußeren Gesichtspunkten, von Glaubens- und Verwaltungsfragen, von Unklarheit darüber, wo die Grenze der Kirche zu ziehen ist, ob da, wo sich die einzelnen Bekenner zur Kultusgemeinde halten, oder da, bis wohin die Reihe der Getauften sich erstreckt, auch wenn diese nicht mehr mit der Kultusgemeinde zusammengewachsen sind.

Digitized by Google

Dieſe Schwierigkeiten muß man vor Augen haben, und ſie nicht als willkürlich, ſondern als in der Sache gegeben erkennen, wenn man die rechte Stellung zur Beantwortung der Frage gewinnen will, wie die Kirche die große, ihr im Volksleben geſtellte Aufgabe, beſonders in der Zeit nach dem Krieg, erfüllen ſoll. Wir fragen in erſter Linie: was erwartet unſer Volk von der Kirche für dieſe Zeit nach dem Krieg? Was erwarten die heimkehrenden Krieger? Welche Dienſte werden von der Kirche begehrt werden?

Hier erſcheint es mir zweifellos, daß die Kirche eine dreifache Aufgabe zu erfüllen haben wird: 1. ſie ſoll die Frömmigkeit im Volke pflegen; 2. ſie ſoll die Helferin des Volkes ſein in ſeinen ſittlichen Nöten; und 3. ſie ſoll dem Volke dienen in allen ſozialen Schwierigkeiten. Wenn die Kirche dieſe drei Aufgaben erfüllen will, dann muß ſie alle ihre Kräfte einheitlich zuſammenfaſſen. Wird es möglich ſein, daß ſie dies tut? Oder werden die Differenzen, die in ihrem eigenen Leben zu finden ſind, der Unterſchied zwiſchen Weſen und Erſcheinung, zwiſchen dem Prinzip und dem geſchichtlich Gewordenen, ſo ſtark ſein, daß es zu keinem einheitlichen Auftreten der Kirche kommen kann? Dann wäre unendlich viel für die Kirche verloren. Sie hätte ihren großen Beruf in der großen Zeit nicht erkannt und nicht durchgeführt; ſie würde es erleben, daß man über ſie zur Tagesordnung übergeht, und eine ſolche Erfahrung träfe ſie nicht unverſchuldet. Es muß unſer ernſtliches Anliegen ſein, dieſe Gefahr zu vermeiden. Wie iſt es möglich, daß die Kirche ihre Friedensaufgabe im Volksleben erfüllt? Wir machen uns den Ernſt der Sache am beſten klar, wenn wir uns die einzelnen genannten Aufgaben deutlich vergegenwärtigen.

In erſter Linie ſteht die Frömmigkeitspflege. Der Krieg hat ein Erwachen des nationalen Lebens gebracht und zweifellos auch des religiöſen Lebens. Das religiöſe Leben hat einen nationalen Zug, eine volksmäßige Färbung bekommen. Faſt möchte man ſagen, das ganze deutſche Volk hat durch die ſchwere Erfahrung ein gemeinſames Erleben gehabt, welches durchaus religiös geſtimmt war. Draußen wurden viele in ihrem inneren perſönlichen Seelenleben erſchüttert, erhoben, vertieft, von ganz neuen Eindrücken heimgeſucht; daheim ſind viele durch das furchtbare ſchwere Leid, die Sorge, die Angſt, auch durch das Bewußtſein in einer unendlich großen Zeit zu leben,

Digitized by Google

in welcher Altes in Stücke zerbricht und Neues ſich zur Geſtaltung emporringt, in ihrem Innern geradezu überwältigt worden. Fragen ſind wachgerufen, die nach Antwort verlangen, Wahrheiten ſind lebendig geworden, an denen man früher vorübergegangen war. Das Innere iſt für das Religiöſe aufgeſchloſſen worden. Man hat die gewaltige Sprache Gottes gehört, man ging ihr nicht aus dem Wege, weil man nicht dazu imſtande war. Mit einem Worte: es iſt eine allgemeine Frömmigkeit in der Seele unſeres Volkes neu wachgerufen worden. Und welche andere Gemeinſchaft wäre imſtande, die Pflege dieſer Frömmigkeit zu übernehmen, als die Kirche? Man kann einfach ſagen, es iſt der Beruf der Kirche, frommes Leben zu pflegen; dasſelbe zu wecken, iſt Gottes Sache. Und das iſt das Große, daß Gott in dieſer Zeit frommes Leben tauſendfach geweckt hat.

Dieſes fromme Leben iſt gewiß oft inhaltlich noch unbeſtimmt, es iſt alſo noch im Fluß; das ſpezielle chriſtliche Heilsmoment der Erlöſungsbedürftigkeit und der Erlöſungstatſache iſt vielfach dabei noch nicht in den Vordergrund getreten. Aber grade dieſes keimartige, im erſten Entſtehen und Aufblühen begriffene Leben muß von beſonders zarten Händen gepflegt werden. Hier hat die Kirche die Aufgabe, die Perſönlichkeit Jeſu Chriſti und ihre Verkündigung den Gliedern des Volkes ſo nahe zu bringen, ſie ihnen ſo vertraut und lieb zu machen, daß das neu erwachte religiöſe Leben es lernt, ſich an der Geſtalt Jeſu Chriſti empor zu ranken und dadurch zu einem inhaltlich beſtimmten zu werden. Auch das Aufzeigen der Verbindung des deutſchen Geiſtes mit dem Geiſte Jeſu Chriſti, wie ſie im Laufe der Jahrhunderte geſchichtlich geworden und gewachſen iſt, kann hier weſentliche Dienſte tun. Wenn die Kirche dies aber erreichen will, dann muß ſie ſelbſt, ſoweit ſie ſich in der Rechtsorganiſation darſtellt, d. h. ſoweit ſich die Gemeinden in den Kirchengebäuden und den Gemeindehäuſern und der Verwaltung um ihre Pfarrer ſammeln, und ſoweit ſie Kultusgemeinſchaft iſt, d. h. ſoweit die Gemeinden zum gottesdienſtlichen Leben zuſammenkommen, einen ſo anziehenden und gewinnenden Eindruck machen, daß alle, die ſeither der Kirche in dieſer Geſtalt noch ferne ſtanden, *mit Freuden* zu ihr herzutreten. Das aber kann nur der Fall ſein, wenn der ganze kirchliche Verkehr und das ganze gemeindliche Leben von dem Geiſte der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Treue, der herzgewinnenden brüderlichen

Liebe, und der einheitlichen Willigkeit zum Betätigen solcher Liebe so durchzogen sind, daß jeder die Empfindung hat, in der Kirchengemeinde ist die Idee der Gemeinschaft in so herrlicher und schöner Weise verwirklicht, wie es sonst auf der ganzen Welt nicht der Fall ist. Weder Zank noch Streit, weder soziale Zerklüftung noch wirtschaftliche Gegensätze dürfen hier zu finden sein. *Die Volkskirchengemeinde muß danach ringen, daß sie das Wesen der Kirche zur Darstellung bringt*, soweit es nur irgend in ihren Kräften liegt, d. h. eine Gemeinschaft von Bekennern zu sein, die sich untereinander brüderlich lieb haben und in sittlicher Zucht ihr Leben führen. Nur wenn die Kirche so auftritt, kann sie Frömmigkeit pflegen, und darum sollte es das Bestreben jedes einzelnen Kirchengliedes sein, alle Energie und Kraft darauf zu verwenden, dies Ziel zu erreichen.

Wenn es uns ernstlich darum zu tun ist, dann wollen wir die Erörterung der prinzipiellen Fragen wenigstens für eine Zeitlang *aus dem praktischen kirchlichen Leben ausschalten*, also die Fragen wegen des Bekenntnisses, wegen der Richtungen, wegen der Verfassung, wegen der Gottesdienstordnung u. a. Ich meine dabei nicht, daß irgend etwas vom Wesen der Kirche als solcher aufgegeben werden soll, sondern ich meine nur, daß wir die Schwierigkeiten der genannten Fragen aus dem geschichtlich gewordenen Sein begreifen, und daß wir erkennen, solange wir die Volkskirche haben, werden wir sie nicht restlos lösen können. Da wir aber nun die Volkskirche haben und da uns nun in ihr die Aufgabe der Frömmigkeitspflege dem ganzen Volk gegenüber gestellt ist, so wollen wir versuchen, religiös und praktisch, so weit wir nur können dem Ideal der Gemeinschaft zu entsprechen, wie es uns im Neuen Testament entgegentritt, um auf diese Weise durch Wort und Beispiel ein Anziehungspunkt für das fromme Leben des gesamten Volkes zu werden. Wir wollen versuchen, so die Kraft und Liebe Jesu zur Darstellung zu bringen. Vielleicht gelingt es uns, auf diese Weise auch die Lösung der prinzipiellen Fragen späterhin leichter zu finden, als es uns vorher gelungen ist.

Die zweite der vorliegenden Aufgaben ging dahin, daß *die Kirche eine Helferin des Volks in seinen sittlichen Nöten* sein solle. Wir brauchen hier nur an das Gebiet der Volksvermehrung zu denken, und an die Hemmungen, welche der Gesundheit

des Volkes erwachsen aus den Alkoholschäden und den Geschlechtskrankheiten. Jeder, der das Volksleben kennt, befürchtet aufs ernsteste, daß nach dem Kriege ein Anschwellen der Prostitution stattfinden wird. Das ist begründet zum großen Teil durch die Erwägung der ernsten sozialen Schwierigkeiten, in welche Zehntausende von Frauen und Tausende von Männern hineingeraten werden. Jedenfalls wird auch die wirtschaftliche Lage unseres Volkes Schwankungen ausgesetzt sein. Großer Reichtum bringt ebenso Gefahr, wie allgemeiner wirtschaftlicher Niedergang. So lasten die Sorgen um die sittliche Gesundheit unseres Volkes schwer auf dem Herzen. Hier muß die Kirche dazu helfen, den ganzen Geist des Volkes so zu stärken, daß das Volk die ihm drohende sittliche Gefahr überwindet, daß es ihrer Herr wird, daß es in sich die Kraft hat, die Alkoholschäden niederzukämpfen und die öffentliche Sittlichkeit so zu gestalten, daß der Grundsatz: das Wohl des ganzen Volkes muß das oberste und ausschlaggebende Gesetz sein, zur Durchführung gebracht wird. Auch das kann nur geschehen, wenn die Kirche in ihrer Gestalt als Volkskirche einheitlich diesen Dienst dem Volke tut. Wenn wir unsere Kräfte zersplittern im inneren kirchlichen Kampf, dann verlieren wir die Stoßkraft gegenüber den genannten ungeheuren Schäden. Wollen wir es nicht versuchen, hier zunächst einmal die ganze Stoßkraft einzusetzen, diesen furchtbaren Volksschäden zu begegnen, in dem Bewußtsein, daß wir auf diesem praktischen Gebiet auch über den Rahmen der seitherigen Gegensätzlichkeit hinaus einen gemeinsamen Boden der Betätigung haben? Wir wollen den innerkirchlichen Kampf solange zurückstellen, bis es uns gelungen ist, den Sieg über diese, das Volk in seiner Lebenskraft bedrängenden Mächte zu erreichen.

Auf dem sozialen Gebiet liegt die dritte große Aufgabe der Kirche. Wir haben ein Erwachen des nationalen Bewußtseins erlebt, wie seit langem nicht. Unser ganzes deutsches Volk hat sich auf sein Deutschtum besonnen, es hat die Heimat lieben gelernt, in dem Augenblick, als ihm die Heimat entrissen werden sollte. Aber diese Heimatliebe und Heimatfreude muß gepflegt werden, und das kann nur dadurch geschehen, daß jeder im deutschen Volk ein Plätzchen sein eigen nennen kann, von dem er sagen kann: es ist mein Heim, mein liebes, schönes, trautes Heim, an welchem ich mich freue von ganzem Herzen, in welchem ich glücklich und zufrieden mit den

lieben Meinigen lebe. Vor dem Kriege war das eine der größten Sorgen und Nöte unſeres Volkslebens: die Heimatloſigkeit von ſo vielen unſerer deutſchen Brüder. Die auf dem Lande ſeßhaft Geweſenen zogen in die große Rieſenſtadt und wurden hier wie Flugſand zerſtreut. Sie gewannen keine Bodenſtändigkeit in ihr, keine Heimatfreude, kein Heimatgefühl. Und die Wohnungen, ſonderlich in den großen Städten, aber auch auf dem Lande, waren oft ſo beſchaffen, daß ſie keine Freude am eigenen Heim aufkommen ließen. Es waren oft menſchenunwürdige Behauſungen, dazu geeignet, die Erbitterung und Verbitterung großzuziehen, nicht aber dem Menſchen das Bewußtſein zu geben, im freundlichen Heim ausruhen und neue Kraft ſammeln zu können.

Nun haben unſere Krieger monatelang draußen in der Natur gelebt, ſie haben dort ihre Tage und ihre Nächte im Freien zugebracht. Sie ſind dadurch wieder naturwüchſiger und bodenſtändiger geworden. Sie werden ſich ſchwerlich wieder innerhalb der engen Mauern unſerer großen Städte heimiſch fühlen. Wir müſſen ſehen, daß ſie in weiteſtem Maße auf dem Lande angeſiedelt werden, daß wir darum auch das nötige Land bekommen, um Kriegeranſiedlungen möglich zu machen. Wir müſſen denen, die auf dem Lande wohnen, das Leben ſo freundlich geſtalten, daß ſie dort auch Erquickung für ihr Gemüt, Erholung und Freude in reichem Maße finden. Wir müſſen eintreten für die Verbeſſerung der Wohnungen und darum für die Reform des Bodens. Eins hängt an dem anderen. Kriegerheimſtätten, Anſiedlungen, Kleingartenſtadt-Unternehmungen ſind Mittel, um auf dieſem Wege vorwärts zu kommen. Jedenfalls iſt das ſoziale Gebiet ein ſolches, deſſen Bebauung und Pflege unſer Volk mit Recht von der Kirche erwartet, d. h. von der Kirche, welche ihm in der Form der Rechtsorganiſation und der Kultusgemeinde erſcheint. Auf dieſem Gebiet haben wir alle gründliche Studien zu machen, wir müſſen lernen, wir müſſen die ungeheuer ſchwere Aufgabe zu bewältigen ſuchen, und dürfen das Vertrauen unſerer Volksgenoſſen nicht täuſchen. Auch hier gilt es, alle Kräfte einzuſetzen, um einheitlich auf dem ſozialen Gebiet mitzuarbeiten. Es darf nicht mehr heißen: das ſind kleine Gruppen in der Kirche, die ſich aus Liebhaberei für die ſozialen Probleme intereſſieren, ſondern es muß der Eindruck entſtehen: hier arbeitet und handelt die

ganze Kirche, hier stehen alle Kirchgenossen zusammen wie Ein Mann, um den Armen und Bedrängten beizustehen und jedem deutschen Volksgenossen zur Freude an einem würdigen Heim zu verhelfen.

Auch hier können wir keine Zersplitterung der Kräfte brauchen, sondern stehen gewaltigen praktischen Aufgaben gegenüber, für deren Bewältigung wir jeden einzelnen mit seiner Erfahrung und seinem Rate brauchen.

Fassen wir zusammen: das Volk erwartet und verlangt auf dem sozialen Gebiet von der Kirche die persönliche Verwirklichung sittlicher Kräfte, und die Darstellung und Darbietung einer Liebe, die ohnegleichen ist. Um die Hoffnungen des Volkes erfüllen zu können und damit ihre Aufgabe lösen zu können, muß die Kirche alle ihre Kräfte zusammennehmen.

Der Mittelpunkt der Kirche ist und bleibt Jesus Christus, um ihn herum wollen wir uns in konzentrischen Kreisen sammeln, aber dergestalt, daß aus der Liebe der Volkskirchengemeinschaft keiner mehr austreten kann, er trete denn damit aus dem deutschen Volke selber aus. Wir wollen vollen Ernst damit machen, daß die Gestalt der Volkskirche eine geschichtlich gegebene ist und wollen sehen, daß wir sie praktisch dem Ideal der Gemeinde Jesu Christi so nahe als möglich bringen. Die prinzipiellen Schwierigkeiten liegen in der Differenz zwischen Wesen und Erscheinung. Wir wollen sie nicht wegwischen, wir wollen sie anerkennen und um ihre Aufhebung ringen. Aber für den Augenblick wollen wir den Weg einschlagen, in praktischer einheitlicher Arbeit dem gesamten deutschen Volke als Kirche zu dienen, in der Hoffnung, daß dadurch auch eine Erleichterung der prinzipiellen Lösung der Schwierigkeiten gefunden wird.

Der Ernst der Stunde verlangt eine dazu entschlossene Kirche. Und der Weg der Erfüllung der genannten praktischen und so unendlich wichtigen Aufgaben wird für uns auch der Weg werden zu einem wahrhaftigen und heiligen Frieden im Inneren der Kirche.

Die Schule, ein Mittel des inneren Friedens.

Von Wilhelm Rein.

Während unsere tapferen Heere an den Fronten in Ost und West, in Nord und Süd herrliche Taten verrichten, um den heimischen Boden zu sichern, haben die Daheimgebliebenen ihre Hände nicht müßig in den Schoß gelegt. In rüstiger Arbeit sind sie den Werken des Friedens nachgegangen, damit kein Stillstand in der Weiterentwicklung des Volkes eintrete. Ihre Augen richten sich nicht nur auf die Forderungen der Gegenwart, denen sie in mannigfachen Organisationen gerecht zu werden suchen, sondern sie schauen auch in die Zukunft und legen Bausteine für kommende Zeiten und Geschlechter, um den Volksorganismus gesund und arbeitskräftig zu erhalten, geeignet, die großen Aufgaben, die unserem Volke bestimmt sind, erfüllen zu helfen. Die starke Bewegung, die auf die Schaffung von Kriegerheimstätten gerichtet ist, legt z. B. beredtes Zeugnis davon ab. Nicht weniger tun es alle die Bestrebungen, die sich mit der Weiterbildung unseres Schulwesens beschäftigen. Ihre Zahl ist Legion. Zeitschriften und Broschüren beweisen es. Merkwürdig, wie der gewaltigste aller Kriege auf uns Deutsche gewirkt hat und noch wirkt. Es war wohl anzunehmen, daß dieses überwältigende Erlebnis die Gemüter packen würde, daß es aber eine so tiefgehende Erschütterung der Volksseele mit sich führen sollte, ist eine Überraschung auch für die, die an der Hand Fichtes in das Wesen der deutschen Natur tief eingedrungen zu sein glaubten. Denn weder Religion noch Sittlichkeit, weder Wissenschaft noch Wirtschaft, weder Kunst noch Handwerk, weder Industrie noch Ackerbau — kein Gebiet des reichen vielgestaltigen Volkslebens ist von dem deutschen Geistesleben unberührt geblieben, das der große Krieg mit sich führte. Im Anblick der gewaltigen Erregung der Geister ist man versucht mit Ulrich v. Hutten

zu rufen: Es ist eine Lust zu leben, trotz allen Jammers und Elends, das im Gefolge des Völkerringens schreitet.

Herrlich und erhebend war vor allem der Geist der Einmütigkeit, der durch unser Volk ging, ein wahrer Pfingstgeist. Es bedarf keiner Worte mehr, um dieses Erlebnis zu schildern. Jeder ist sich dessen bewußt. Vor aller Augen stand und steht die Gemeinschaft der Volksgenossen, ein wundervoller Anblick. Er zeigte, daß dieses Volk in Wahrheit ein Organismus ist, ein wachstumfähiges Gebilde, aus Familien und Gemeinden bestehend, das sich in der Not der Zeiten sofort Organisationen schaffte, um den Bestand des Volkes zu sichern.

Der gewaltige Krieg bestätigte die Wahrheit des Lagardeschen Wortes: „Ein Volk sein, heißt eine gemeinsame Not empfinden." Aber es wäre traurig und gefährlich zugleich, wenn nur die Not es wäre, welche uns zusammenbindet. Auch die kommende Friedenszeit soll ein einiges geschlossenes Gemeinwesen darstellen, weil es die Gewähr für eine aufwärts strebende Zukunft bietet. 1871 sind wir wieder ein Reich geworden; nun gilt es, daß wir ein Volk werden! Das alte römische Reich deutscher Nation ist daran zugrunde gegangen, weil ihm die Volkseinheit fehlte. Sie immer mehr zu schaffen, ist unsere Aufgabe.

Dabei soll die Schule in zielbewußter Weise mitwirken. Sie ist ein wichtiges Instrument der Volkserziehung. Ihre Bedeutung im geistigen Haushalt des Volkes ist uns Deutschen weit früher zum Bewußtsein gekommen als anderen Völkern, die sich mit ihrer Zivilisation brüsten. Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht in den Thüringer Staaten vor nunmehr 300 Jahren beweist es, während Frankreich und England erst nach 1871 sich zu diesem gesetzgeberischen Akt des Staates entschlossen. Auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ist eine deutsche Tat, der andere Völker nachhinkten. Wehrpflicht und Schulpflicht hängen innerlich eng zusammen, weil sie beide der Volkserziehung dienen, wenn sie auch verschiedene Ziele verfolgen. Sie sind echt volkstümliche Einrichtungen, weil sie keine Unterschiede der Geburt, des Standes, des Besitzes kennen. Die deutschen Familien geben ihre Kinder der Schule willigen Herzens hin und schicken ihre Jünglinge zum Heeresdienst mit berechtigtem Stolz.

So besaß unsere innere Einheit schon feste Grundlagen. Es gilt, auf ihnen weiter zu bauen, um den inneren Frieden immer mehr zu be-

feſtigen. Auf welche Weiſe die Schule dies tun kann, ſei hier kurz gekennzeichnet.

Auf doppelte Weiſe kann es geſchehen. Einmal durch den äußeren Aufbau des geſamten Bildungsweſens, das andre Mal durch einen gut eingerichteten Innenbetrieb. Wie bei dem Heer die äußere Einteilung in die verſchiedenen Waffengattungen mit ihrer Gruppierung die Grundlage für die Erziehung in den einzelnen Abteilungen bildet, ſo iſt auch im Schulweſen die Anordnung der Schulgattungen die Vorausſetzung für die erzieheriſche Arbeit, die innerhalb dieſer Gruppen geleiſtet werden ſoll.

Wenden wir uns deshalb zunächſt der Betrachtung des äußeren Rahmens zu, wie er auf deutſchem Boden im Laufe der Zeiten ſich herausgebildet hat. Ein glücklicher Stern hat in dieſer Entwicklung inſofern gewaltet, als hierbei die Unterſcheidung zwiſchen Erziehungs- und Fachſchulen herausgearbeitet wurde, und zwar in der Weiſe, daß erſtere den Unterbau, letztere den Oberbau zu bilden haben. Dies entſpricht der Forderung: Erſt Menſchen und dann Spezialiſten! Durch die Erziehungsſchulen ſollen die Köpfe geweckt, die Blicke geweitet, die geiſtigen und die körperlichen Fähigkeiten erkannt und gefördert werden. In den Fachſchulen tritt dann auf dieſer Grundlage eine Vertiefung und Zuſpitzung zu dem Arbeitskreis ein, in dem der Beruf ſich ausſpricht. Jeder im Volke hat eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: die eine geht auf die charaktervolle Durchbildung ſeines Innern, die andere iſt auf die fruchtbare Erfüllung eines Berufes als Lebensaufgabe inmitten der nationalen Arbeits-Gemeinſchaft gerichtet. Die erſte Aufgabe iſt die grundlegende; ſie bildet die unverſiegbare Kraftquelle für die Durchführung der zweiten. Der ſittliche Wert der erſteren ruht in der Übereinſtimmung zwiſchen Tat und Geſinnung; der ſittliche Wert der zweiten in der Harmonie des einzelnen mit der Kulturarbeit der Gemeinſchaft. Es iſt keine Frage, daß ein geſundes Wachstum der Kulturarbeit des Volkes erſt das Hinarbeiten auf einen freien offenen Blick für die verſchiedenen Seiten menſchlicher Betätigung fordert, ehe die Verengerung auf ein beſtimmtes Arbeitsgebiet erfolgt. Die in den Erziehungsſchulen gewonnene Bildung geht in die Fachſchulen über, das hier erworbene Wiſſen und Können in den Beruf, und von hier in die Kulturarbeit des Volkes. Das wahrhaft Wertvolle der all-

gemeinen Bildung gewährt die Grundlage, die im weiteren Leben und Arbeiten ſtandhalten ſoll.

Dies iſt aber deshalb von ſo großem Wert, weil die Fachſchulen ihrem Weſen nach die Trennung der Volksgenoſſen in verſchiedene Gruppen herbeiführen. Die weit fortgeſchrittene Arbeitsteilung hat zu einer großen Zahl von Fachſchulen geführt, welche für die einzelnen Gebiete tüchtige Arbeiter vorbereiten. Das iſt ihre große und ſchöne Aufgabe, auf welche nur durch den Gedanken ein Schatten fällt, daß die Geſpaltenheit der Schulen die Spaltung der Volksgenoſſen in viele einzelne Lager, die verſtändnislos einander gegenüberſtehen und ſich deshalb nicht ſelten bekämpfen, begünſtigt. Dieſer Gefahr kann nur dadurch vorgebeugt werden, daß den Fachſchulen eine Vorbereitungszeit vorausgeſchickt wird, in denen das Bewußtſein der nationalen Zuſammengehörigkeit aller Volksgenoſſen, ſo verſchieden ſie an Geburt, Vermögen und Berufsarbeit ſein mögen, aufs ſchärfſte feſtgelegt wird. Dieſes Bewußtſein, das im Gemeinſinn gipfelt, bildet die Grundlage des inneren Friedens.

Nun haben die Erziehungsſchulen bisher ſchon gewiß ſich bemüht, das Nationalgefühl in der Jugend zu ſtärken. Aber es kann und muß nach dieſer Seite hin mehr geſchehen. Und zwar ſchon durch den äußeren Aufbau unſerer Erziehungsſchulen, den wir in der vaterländiſchen Einheitsſchule erblicken. Noch haben wir ſie nicht, aber wir wollen ſie ſchaffen.

Unſer Erziehungsſchulweſen iſt nicht ſo reich gegliedert, wie das Fachſchulweſen. Dabei fehlt ihm die innere Einheit, die es zu einem Syſtem ſtempeln könnte. Was für das Fachſchulweſen eine Tugend, iſt für die Erziehungsſchulen ein großer Fehler. Sie haben ſich nebeneinander hergehend entwickelt, ohne in engere Verbindung zueinander zu treten. Da das Schulweſen nicht nach einheitlichem Plan entworfen werden konnte, ſondern den jeweils hervortretenden Bedürfniſſen des Volkslebens folgte, erſt der Kirche, dann der bürgerlichen Gemeinde und dem Staate diente, wird es erklärlich, wie dieſe Schöpfungen, die nacheinander ins Leben traten, von Anfang an einen ſelbſtändigen Gang verfolgten, getrennt nebeneinander arbeiteten und einzeln emporwuchſen wie die Bäume in einer Pflanzſchule. So blieben die Erziehungsſchulen vielfach einander fremd, ja ſtanden ſich feindlich gegenüber. Man erinnere ſich nur der Kämpfe,

die ſich jahrelang zwiſchen den Vertretern des Gymnaſiums und der Realſchule abgeſpielt haben. Deshalb iſt auch der Übergang von einer Schule zu andern vielfach mit großen Schwierigkeiten verknüpft, weil eine engere Fühlung zwiſchen den verſchiedenen Schulgattungen fehlt. So hat die bisherige Entwicklung der Herſtellung eines einheitlich geordneten nationalen Bildungsweſens Schwierigkeiten bereitet, deren Beſeitigung eine Aufgabe der Zukunft iſt. Denn es iſt keine Frage, daß unſer Schulweſen mit den ſelbſtändig nebeneinander ſtehenden Schulorganismen der ſozialen Trennung der Volksgenoſſen nach Geburt und Beſitz nur zu ſehr Vorſchub leiſtet und den von unten aufſtrebenden Talenten ſchon durch die Abgeſchloſſenheit der einzelnen Schulgattungen ſchwere Steine in den Weg legt. Eine ſolche Organiſation kann nicht dem inneren Frieden dienen, ſondern muß ihn ſchon durch ihr bloßes Daſein ſchädigen.

Ihr ſetzen wir die nationale Einheitsſchule entgegen. Vielen iſt ſie ein Ärgernis, weil ſie ſich eine falſche Vorſtellung von ihr machen. Man kämpft gegen ſie, weil man ſie nicht verſteht. Darum ſei folgendes eingehender Erwägung anheimgeſtellt:

1. Die nationale Einheitsſchule bedeutet keinen Neubau von Grund aus, ſondern eine Fortentwicklung unſeres Schulweſens von den hiſtoriſch gegebenen Grundlagen aus.

2. Die nationale Einheitsſchule bedeutet nicht eine einzige, alle Kinder des Volks umfaſſende Schule, wie aus dem Namen geſchloſſen werden könnte, ſondern ein Schulſyſtem, in dem die Volksſchule, die Realſchule, das Gymnaſium, die Mädchenſchulen nach wie vor beſtehen; nur müſſen ſie ſich einer gewiſſen Änderung unterwerfen.

3. Dieſe Änderung wird durch die Forderung begründet, die beſtehenden Schularten in eine enge Verbindung zueinander zu bringen, um aus dem bisherigen Aggregat ein Syſtem zu ſchaffen.

4. Dieſes Syſtem ſoll durch ſeinen Aufbau zeigen, daß es ſich auf die Zuſammengehörigkeit aller Glieder unſeres Volkes gründet und dem inneren Frieden dienen ſoll.

Es iſt gewiß ein anziehender Gedanke, ein ſolches Schulſyſtem auf unſerem Boden zu ſchaffen. Er iſt auch keineswegs neu. Man erinnere ſich der Vorſchläge, die Comenius in ſeiner Didactica magna gemacht hat mitten aus den Greuein des 30jährigen Krieges heraus. Vor allem aber denke man an den Entwurf des Staatsrats

Süvern, der dem Preußischen Ministerium eine groß gedachte Schulorganisation im Jahre 1813 vorgelegt hat, doch wohl in der Überzeugung, daß sie durchführbar sei, während man heute den Gedanken eines einheitlichen Schulsystems zwar für anziehend hält, aber als utopistisch abweist. Die Warnung Kants scheint ganz vergessen zu sein: „Man muß nicht gleich die Idee für chimärisch halten und als einen schönen Traum verwerfen, wenn auch Hindernisse bei ihrer Ausführung auftreten. Erst muß die Idee richtig sein, dann kommt die Ausführung."

Die Idee der nationalen Einheitsschule ist ohne Zweifel richtig. Oder glaubt jemand, daß das Gewordene ohne weiteres auch das Vernünftige sei? Die große Zeit, in der wir leben, deckt die Größe der Idee auf und regt die Hoffnung an, daß unser Volk sich stark genug zeigt, um sie zu verstehen und sie zur Durchführung zu bringen.

Es sind verschiedene Wege denkbar, um die Lösung herbeizuführen. Sie dürfte am ehesten Zustimmung finden, wenn man an das Gewordene anknüpft und von hier die Fortbildung vornimmt. So kann allgemein die Grundschule sich auf die Einrichtungen in Bayern und in der Provinz Westfalen berufen, wo staatliche oder städtische „Vorschulen" fehlen. Letztere sind Standesschulen und leisten als solche der Trennung der Kinder vom ersten Schuljahr ab Vorschub. Durch ihr bloßes Dasein drücken sie die Volksschule herab und nehmen ihr den Sinn. Denn die Volksschule verdient erst dann ihren Namen, wenn sie alle Kinder des Volkes, ob reich oder arm, ob hoch oder niedrig, in sich aufnimmt, unterrichtet und erzieht bis dahin, wo sich die Aufteilung der Kinder mit Beziehung auf den künftigen Beruf auf Grund ihrer Begabung nötig macht. Eine sechsjährige allgemeine Volksschule dürfte einigermaßen sichere Ergebnisse für die Beurteilung der Kinder liefern, um sie dann den oberen Stufen der Bürger- und Fortbildungsschule, sowie den mittleren Gattungen, Realschule und Lyzeum, oder den höheren Erziehungsschulen, Gymnasium, Studienanstalt, Oberrealschule zuzuführen. Dieser dreifachen Gliederung der Erziehungsschulen als Oberbau, der sich auf die allgemeine Grundschule aufsetzt, entspricht eine dreifache Gruppierung des Fachschulwesen in ein unteres, mittleres oder höheres, und dieses wieder ist der dreifachen Schichtung unseres sozialen Körpers angemessen,

der aus einem unteren, mittleren und höheren Arbeitskreis mit fließenden Grenzen besteht.

Dies ist das Bild, das wir in Kürze von unserem nationalen Bildungswesen entwerfen. Es entspringt aus einer gemeinsamen Wurzel, der allgemeinen Volksschule. Hier ist der Gedanke: ein Volk, eine Schule verkörpert. In ihr besitzt das Interesse aller Volksgenossen einen allen gleich wertvollen Beziehungspunkt. Der Gemeinschaftsgeist, das Gefühl der Zusammengehörigkeit hat damit einen sichtbaren Mittelpunkt gewonnen, der zwar die sozialen Gegensätze nicht aufzulösen, wohl aber in einer Weise soweit abzuschwächen imstande ist, daß der innere Friede gefördert wird. Ein preußischer Kultusminister, Dr. Bosse, hat in zutreffenden Worten die Beseitigung der „Vorschulen" gefordert und die Einführung der allgemeinen Volksschule empfohlen: „Es hat seine großen Vorzüge, die Kinder zunächst in die allgemeine Volksschule zu schicken und seine sehr großen Nachteile, durch die Vorschule schon die Kinder nach Ständen und in ihren Anschauungsweisen zu trennen, in Zeiten, wo dieselben dafür noch nicht reif sind und wo dafür ein spezielles Bedürfnis noch nicht besteht." Dem Einwand aber, daß die sechsjährigen Kinder so ungleichmäßig erzogen und vorgebildet aus den Familien in die Schule eintreten, daß der gemeinsame Unterricht daran scheitern müßte, kann dadurch begegnet werden, daß für die Kinder der untersten Schichten die Volkskindergärten an Stelle der Mütter, die auf Arbeit gehen müssen, eintreten, und daß nach dem Mannheimer Schulsystem eine Gruppierung der Kinder nach ihrer Begabung innerhalb der Volksschule sobald als möglich vorgenommen wird.

Die nationale Einheitsschule ist eine soziale Einrichtung, gerichtet auf die Bekämpfung des Kastengeistes, der ein Feind des inneren Friedens ist, und bestimmt zur Förderung des Bewußtseins der Zugehörigkeit zu einem Volksganzen. Die künstlichen Schranken, welche die geschichtliche Entwicklung geschaffen, müssen fallen und einem Schulsystem Platz machen, das auch einem in sich einheitlich gesinnten Lehrstand entspricht.

Dieser äußeren Einheit im Aufbau des Schulsystems muß nun die Erziehungsarbeit Ausdruck geben, die an unserer Jugend geleistet wird. Die große Zeit, in der wir stehen, hat ein unverlierbares Erlebnis gezeitigt. Wir fühlen, daß die Einheit der Deutschen in der

ſeeliſchen Übereinſtimmung eines jeden mit jedem der Volksgenoſſen, woher er auch ſei, beſteht; wir freuen uns der Hingabe, die den Einzelnen für deutſche Art, deutſche Sprache und Kunſt, deutſche Heimat und deutſche Freiheit überall beſeelt. Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutſche Vaterland — das könnte als Loſungswort über jeder Schultüre geſchrieben ſtehn. Die geſamte Erziehungsarbeit der Schule muß im Unterricht die Einſicht in die Ordnung des Staates herbeiführen und damit dem Willen die gewünſchte Richtung geben; das Schulleben aber ſoll durch die Gewöhnung an die geordnete Gemeinſchaft in der Schulgemeinde die Kraft zu williger Einordnung und zur Hingabe erwecken. Auf dieſe Geſinnung und den Willen jedes Einzelnen kommt es an. Hier ſetzt die Arbeit der Erziehungsſchulen ein.

Sie ſind nicht auf Vermittlung von Wiſſen und Fertigkeiten in erſter Linie angelegt, ſondern auf ein höheres Ziel: feſte Grundlagen für den werdenden Charakter zu legen. Das Wiſſen tritt in den Dienſt dieſer Aufgabe. Zu dieſen Grundlagen gehört die Pflege des Gemeinſinns, der den Frieden gewährleiſtet. Zu ſeiner Entſtehung und Feſtigung gehört die Einſicht in die Notwendigkeit friedlichen Zuſammenlebens und die Gewöhnung an die geſellſchaftliche Einordnung. Letztere wächſt in dem Geiſte, der die geſamte Schulgemeinde durchzieht und belebt, heran; erſtere wird durch einige Unterrichtsfächer in beſonderer Weiſe herbeigeführt: Religion, Geſchichte, Literatur. Sie bilden den Grundſtock des Lehrplans in jeder Erziehungsſchule, das Haupt- und Kernſtück der jugendlichen Unterweiſung in jeder Schule. Der Inhalt, der in dieſen Fächern der Jugend nahe gebracht wird, füllt die Seele des heranwachſenden Geſchlechts mit einem Reichtum von Vorſtellungen und Gefühlen, die in einem lebendigen Gedankenkreis zuſammenwachſen, der Einfluß auf Geſinnung und Handlung gewinnt. So ſehr ſich unſere Schule den jeweiligen wirtſchaftlichen, geſellſchaftlichen und ſtaatlichen Verhältniſſen anpaſſen muß, in einem wird ſie feſt und unwandelbar ſtehen, in der Pflege der Menſchenliebe, in der Anhänglichkeit an die Gemeinſchaft, in der Stärkung der ſozialen Gefühle und Pflichten. Die Grundideen des Sittlichen können und dürfen nicht Gegenſtand der Umwertung ſein, denn ſie ſind zeitlos. Die Ewigkeit iſt der Prüfſtein ihrer Echtheit. Sie ſind die Grundpfeiler des Gemeinſchaftslebens. Ohne ſie zerfällt die Geſellſchaft in ein Chaos widerſtreitender Intereſſen, löſt ſich auf in

einen Krieg aller gegen alle. Darum ist es von höchstem Wert, in der Jugend diese Grundpfeiler der sittlichen Ordnung so fest als nur möglich zu legen. Ertüchtigung des einzelnen für die Gemeinschaft ist die Hauptaufgabe der Schule. Sie erweckt die Einsicht in die Gesetze, welche diese Gemeinschaft regeln. Denn sie ist ein Organismus, der wächst und wird, und keine Organisation, die vorübergeht, wenn sie ihren Zweck erfüllt hat.

Echte Sittlichkeit ist in der religiösen Überzeugung verankert, daß unser menschliches Streben nach Vervollkommnung der Einzel- wie der Gesamtpersönlichkeit des Volkes sich eins fühlt mit einer moralischen Weltordnung, die den Sieg des Guten will. Ohne diese religiöse Grundlage entbehrt das sittliche Leben des Haltes und des tieferen Sinnes. Denn wozu das Ringen und Arbeiten nach höheren Entwicklungsstufen hin, wenn das geschichtliche Geschehen nichts weiter ist als ein Spiel zufällig wirkender Kräfte? Deshalb hat die deutsche Erziehungsweisheit immer darauf gehalten, in der Jugendentwicklung die Pflege des religiösen Interesses mit der Entfaltung der sittlichen Gefühle und Maßstäbe zu verbinden. Sie hat es vermieden, einer mechanischen Trennung der beiden Mächte, die Menschen- und Völkerleben regieren, anheimzufallen, wie dies in Frankreich geschehen ist. Allerdings lag für die Schulerziehung insofern eine Schwierigkeit vor, als unser Volk durch die Reformation in zwei große Lager gespalten wurde, die sich feindlich gegenüberstanden und erst im Laufe der Jahrhunderte nach heftigen Religionskriegen zu gegenseitiger Achtung und Duldung sich durchrangen. Diese Spaltung mußte naturgemäß auch im Schulwesen hervortreten. Die Schulen erhielten ein streng konfessionelles Gepräge, wodurch die innere Einheit des gesamten Bildungswesens einen Stoß erlitt und der innere Friede fortwährend gefährdet erschien. Deshalb traten schon vor hundert Jahren auf deutschem Boden Stimmen hervor, die die Ansicht vertraten, daß die konfessionellen Unterschiede in der Schule keine Rolle spielen sollten, da die Jugend weder Sinn noch Verständnis für die Tiefe der kirchlichen Metaphysik besäße. Man solle ihr religiöses Interesse an der Vermittlung der biblischen Grundlagen entwickeln, die beiden Konfessionen gemeinsam sind. Diese Auffassung war eine Folge der Aufklärungszeit, welche der Dogmatik gegenüber sich kritisch verhielt und ihrer Herrschaft entgegenwirkte. So ist es er-

klärlich, daß in dem Herzogtum Naſſau 1817 echte Simultanſchulen mit gemeinſamem bibliſchen Unterricht für Kinder beider Konfeſſionen eingerichtet wurden. Sie haben dort bis 1845 beſtanden, wurden dann aber in der unechten Form der Simultanſchule weitergeführt, d. h. die Kinder wurden im Religionsunterricht getrennt, während ſie in den übrigen Fächern vereint blieben. Dieſe Art der Simultanſchulen iſt dann auch im übrigen Deutſchland vielfach beliebt worden, ohne daß der religiöſe Friede zwiſchen den Konfeſſionen dadurch gefördert worden wäre. Im Gegenteil. Die unechte Simultanſchule wurde vielfach ein Kampfplatz der feindlichen Brüder. Natürlich. Solange in der Welt der Erwachſenen die konfeſſionellen Unterſchiede ſtärker betont werden, als das Gemeinſame, ſolange kann man nicht auf einen Schulfrieden in der religiöſen Unterweiſung rechnen. So wenig die Schule die ſozialen Gegenſätze zu beſeitigen vermag, ſo wenig iſt ſie in der Lage, die konfeſſionellen Unterſchiede aufzulöſen. Wohl aber iſt die Frage berechtigt, ob unſere Jugenderziehung darauf angelegt werden müßte, dieſe Gegenſätze und Unterſchiede zu verſchärfen. Das muß mit aller Beſtimmtheit verneint werden mit Rückſicht auf das Weſen der Kindesnatur und im Hinblick auf den Frieden unter den Volksgenoſſen. Und ſobald in der Welt der Erwachſenen die Gefühle gegenſeitiger Duldung unter den Konfeſſionen erſtarken, das Bewußtſein der Gemeinſamkeit der Glaubensgrundlagen lebendiger wird und der Gedanke an die trennenden Unterſchiede in Dogmatik und Kultus zurücktritt, dann iſt für die Schule die Zeit gekommen, die echte Simultanſchule wieder aufleben zu laſſen und unſern Kindern einen gemeinſamen Religionsunterricht auf bibliſcher Grundlage in der Schule zu erteilen mit Ausſchluß der Dogmatik, die der kirchlichen Unterweiſung vorbehalten bleibt. Die Stimmung unſerer Tage iſt ſolchem Streben günſtig. Das gewaltige Einigungsſtreben des deutſchen Volkes ergießt ſich auch in die religiöſen Überzeugungen und bricht den konfeſſionellen Gegenſätzen die Spitze ab. So iſt es draußen im Feld, ſo iſt es daheim. Das verſtärkte Staatsgefühl gliedert ſich in die Erforderniſſe des Staatslebens ein und kommt einer religiös-idealiſtiſchen Durchbildung des Volkes leichter als früher entgegen, damit auch einer Neugeſtaltung des Religionsunterrichts unſerer Schulen. Für dieſe iſt ſeit langem in pädagogiſchen und kirchlichen Kreiſen gekämpft worden, ohne bis jetzt durchgedrungen zu ſein. Eine

herrliche Aufgabe, abermals eine schöne Frucht des männermordenden Krieges tut sich heute vor unseren Blicken auf. Sorgen wir dafür, daß die günstige Stunde nicht ungenützt vorübergehe und die religiöse Unterweisung unserer Jugend endlich auf gesunde Grundlagen gestellt werde, die dem Wesen der Kindesnatur und den Überzeugungen der Erwachsenen gerecht werden. Die Vorarbeiten liegen in dem Bund für Reform des Religionsunterrichts gesammelt vor. Es gilt, sie in zweckmäßiger Weise zur Überführung in die Wirklichkeit zu benutzen.

Aber so großer Wert auf die rechte Gestaltung des Unterrichts in unseren Schulen zu legen ist, so wäre es doch verkehrt, alle Besserung hiervon zu erwarten. Der Geist, der die planvolle Unterweisung beherrscht, soll das gesamte Schulleben durchdringen und beleben, sowie die Träger desselben, die Lehrerschaft. Wie auf allen Gebieten, so gibt auch hier die Persönlichkeit den Ausschlag.

Der Geist der Eintracht, der gegenseitigen Schätzung und Anerkennung soll die führende Rolle innehaben. Wie aber steht es mit diesem einträchtigen Geiste in unseren Lehrerkollegien und in unserem Lehrstand? Vor dem Krieg war nicht Eintracht, sondern Zerklüftung das Herrschende. So scharf die Schulgattungen sich voneinander absonderten, so scharf stellten sich die Lehrer der verschiedenen Schularten gegeneinander. Volksschullehrer, Seminarlehrer, Realschullehrer, Gymnasiallehrer, Lyzeallehrer und Lehrerinnen — soviel Namen, soviel getrennte Gruppen, die sich, wenn nicht feindlich, doch oft gleichgültig, hie und da mit Mißtrauen betrachteten und in besonderen Organisationen sich scharf voneinander absonderten. Daß dies ein Ideal sei, wird wohl kaum jemand vertreten wollen. Wer in der nationalen Einheitsschule ein erstrebenswertes Ziel sieht, wird auch einen national-einheitlichen Lehrstand wünschen und alle kleinlichen Reibungen, Streitigkeiten und Herabsetzungen zwischen den Lehrern verurteilen. Das soll nicht heißen, daß sich nicht innerhalb des nationalen Bildungswesens Arbeitsgruppen mit besonderen Zwecken zusammenschließen sollen, sondern nur dies, daß allen Sonderungen der Geist der Eintracht, des Friedens, der gegenseitigen Achtung und Duldung nicht fehlen darf. Wie der Krieg einerseits eine tiefere Besinnung auf die höchsten Menschheitswerte herbeigeführt hat, so hat er andererseits unsere Augen für mancherlei Schwächen und Schäden

geöffnet, die es nun zu beseitigen gilt. Im Feld, wo Tausende von Volksschullehrern als tüchtige Offiziere Hervorragendes leisten, würde es sonderbar anmuten, wenn Oberlehrer in gleicher Stellung geringschätzig auf ihre Mitstreiter herabsehen wollten, weil sie einen anderen Bildungsgang durchlaufen und andere Prüfungen bestanden haben. Was im Felde selbstverständlich erscheint, friedliches Zusammenwirken und gegenseitige Unterstützung, sollte das im Frieden wieder der alten Spaltung Platz machen? Man schätze doch den Mann ein nicht danach, wo er mit seiner erzieherischen Arbeit an unserer Jugend steht, sondern wie er seinen Platz ausfüllt und was er für die Volkserziehung an seiner Stelle leistet, dann wird Friede und Eintracht unter denen herrschen, die unsere Jugend zwar auf verschiedenen Wegen, aber doch zu dem gleichen Ziel hinführen wollen: zur Schmiedung tüchtiger Charaktere für das Vaterland.

Dieser erhabene Gedanke muß vor allem in unsere Hochschulen, voran in die Universitäten eindringen. Wieviel sie für die Pflege der Wissenschaften geleistet haben, ist aller Welt bekannt; wie wenig für die Grundlagen der Volkserziehung, abgesehen von Fichte und Herbart, das ist noch nicht in das Bewußtsein der Allgemeinheit gedrungen. Es wird aber geschehen, wenn die Tatsache, daß an vielen Universitäten Lehrstühle für die Wissenschaft der Volkserziehung, die Pädagogik, fehlen, den führenden Kreisen ins Bewußtsein gerückt wird. Hier liegt auch eine Aufgabe für die Zukunft, die dem inneren Frieden dient. In der Pädagogik der Hochschulen laufen all die Fäden zusammen, die einzeln auf den weiten Feldern der Erziehung und des Unterrichts gesponnen, hier zu einem kunstvollen Gewebe zusammengeschlossen werden. Hier muß die innere Einheit des gesamten Lehrerstandes begründet werden! Es genügt nicht, die Verbindung der Hochschulen mit der Klasse der Oberlehrer im Interesse der Wissenschaftlichkeit zu pflegen; so notwendig es ist, höher steht die Verbreitung und Durchdringung des Geistes in der gesamten Lehrerschaft, der das Wertvollste jeder Persönlichkeit in sich faßt: Charakterstärke, verbunden mit der Liebe und der Hingabe an das Vaterland. Dann strahlt von den Höhen des Bildungswesens das Licht aus, das bis in die Niederungen des Volkslebens dringen, überall Klarheit und Wärme verbreiten und so die Bedingungen des inneren Friedens schaffen kann, dessen wir bedürfen. —

Abschnitt III:

Friede unter den Klassen und Berufsständen.

Deutſchlands weltwirtſchaftliche Zukunft und der innere Ausgleich.

Von Bernhard Dernburg.

Deutſchland mit ſeinen Verbündeten ſteht in einem gewaltigen Daſeinskampf mit fünf Großmächten, in einem Krieg, wie ihn die Welt — vor allem unſer Vaterland — noch nicht geſehen hat. Sein gefährlichſter Gegner iſt das engliſche Weltreich mit ſeinen weißen und ſchwarzen Kolonien, die erſte Seemacht der Welt; und da ein Seekrieg von alters her mit anderen Mitteln geführt wird und anderen Grundſätzen unterliegt als ein Krieg zu Lande, nämlich ein Wirtſchaftskrieg iſt, ſo mußte dieſer Krieg auch ein *Wirtſchaftskrieg* werden. Unſere Gegner führen alſo nicht einen Krieg allein gegen die bewaffnete Macht und die Geldmittel unſeres Landes, ſondern einen Krieg gegen das *ganze* Land, gegen die wirtſchaftliche Betätigung und ihre Grundlagen, gegen die wirtſchaftliche Exiſtenz auch der Daheimgebliebenen, der Frauen, der Kinder, gegen die Mittel für ihren Lebensunterhalt und für die Notwendigkeiten des Tages. Dieſer Krieg wird unſeren Gegnern *erleichtert* durch die geographiſche Lage unſeres Landes an zwei Binnenmeeren, deren Zugänge unſere Feinde beherrſchen, und durch die Schwäche der Neutralen, die an uns grenzen und unter dem Druck der Feinde deren Abſperrungspolitik dienſtbar gemacht werden; *erſchwert* wird er dagegen durch die Feſtigkeit und Geſchloſſenheit des deutſchen Volks, durch die Zielbewußtheit und den Opfermut aller ſeiner Glieder, durch den Reichtum an Schätzen des Bodens, wie an Vorräten für die Induſtrie und durch die eigenartige Begabung für Organiſation und techniſche Entwicklung, beides das Ergebnis eines jahrhundertelangen Strebens nach einer alle Volksteile umfaſſenden *allgemeinen*, ebenſo wie einer wiſſenſchaftlichen und techniſchen Erziehung. So wird das Beſtreben unſerer Feinde, uns wie eine belagerte Feſtung auszuhungern und dadurch zur Übergabe zu zwingen, zunichte werden.

Als am 4. Auguſt 1914 der Deutſche Kaiſer bei der Reichstagseröffnung jenes Wort ſprach, „daß er in Zukunft keinerlei Parteien kennen werde, ſondern nur noch Deutſche", und als er in ſchöner Wallung von den Stufen des Thrones herunter mitten unter die Reichsboten trat und von ihren Führern das gleiche Gelöbnis in die Hand verlangte, da brach, das fühlen wir alle, die wir das Glück hatten dabei zu ſein, ein gewaltiger Lichtſtrahl durch das gewitterſchwere Dunkel, das den politiſchen Horizont Deutſchlands umzog. Wir dürfen wohl ſagen, daß dieſes Gelübde gehalten worden iſt, und daß der Wille ihm weiter treu zu ſein im ganzen Volk als eine unerſchütterliche Notwendigkeit feſtſteht. Alle die Blutopfer, die draußen gebracht ſind, alle die Tränen, die Kummer, Verwaiſtheit und Mangel zu Hauſe vergoſſen haben, alle die Unſicherheit, mit der viele von uns den kommenden Tag anſehen müſſen, haben jene eiſerne Front des Muts, des Charakters, der Selbſtaufopferung und des Siegeswillens, Hand in Hand miteinander, nur noch ſtärker geſchmiedet, noch feſter verkittet. Aber wenn eine hohe Zeit, der Kampf um unſer Daſein als Volk und als freie Einzelweſen, die gewaltige Anſpannung des Gefechts das Bewußtſein der zwingenden Notwendigkeit gemeinſamen Zuſammenſtehens geſchaffen hat, wird dieſes Bewußtſein, kann es halten, wenn ein glücklich geſchloſſener Frieden, eine Rückkehr alltäglicher Verhältniſſe, eine Abſpannung der überſpannten Nerven, wiedererwachte Lebensfreude und wiedererwachter Lebensgenuß an die Stelle treten? wird das Verſtändnis zwiſchen den Parteien über das, was notwendig iſt für des Landes Gedeihen und Ehre, wird das Verſtändnis zwiſchen den Konfeſſionen, was not tut um den inneren Frieden, den Frieden der Seele, wird das Verſtändnis zwiſchen Unternehmer und Arbeiter, was not iſt zum Wiederaufbau des deutſchen Volksvermögens, wird das Verſtändnis zwiſchen Regierern und Regierten, was not iſt um die bürgerliche Freiheit, zwiſchen Mann und Frau, Haus und Schule, was not iſt um die Erziehung eines ſtarken Geſchlechts, dem man mit Ruhe das Erbe der Väter anvertrauen kann, wird auch das bleiben und halten? Das ſind die Fragen, die dieſes Buch ſtellt und die ich, ſo weit ſie die deutſche Wirtſchaft angehen, zu beantworten unternommen habe, und die Antwort iſt: dieſe Übereinſtimmung der Nation in allen großen Dingen und in vielen kleinen wird bleiben, weil ſie es muß.

Denn wenn das Kampfgeschrei verstummt und der Rauch der Schlachten verzogen sein und Friede auf Erden einmal wieder eingekehrt sein wird, dann werden alle die kämpfenden Nationen ein Trümmerfeld überblicken von einem Umfang, den keiner geahnt hat. Wenn unzählige tapfere Krieger nach zweijähriger und längerer Entwöhnung von geregelter Arbeit in ihr Heim zurückkehren und ihre frühere Betätigung wieder aufnehmen wollen, dann werden sie manches anders finden, als sie es verlassen haben. Wenn die Kriegsaufträge, die die Schlote der deutschen Industrie rauchen machen, aufgehört haben werden, wird man eine gewaltige Erschlaffung des Erwerbslebens unvermeidlich erkennen. Wenn die Häfen geöffnet und die deutsche Flagge wieder auf dem Weltmeer flattert, werden mancherlei Güter fehlen und mancherlei Kunden verschwunden sein, denen sie früher gedient hat. Wenn die Lager nachgesehen werden, wird man finden, daß der unerhörte Kampf doch zum großen Teil nur gelungen ist, weil man zu dem flüssigen Volksvermögen das gesamte industrielle Betriebskapital in Vorräten und Rohstoffen dem Vaterland teils in natura, teils seinen Erlös durch Zeichnung von Anleihen zur Verfügung gestellt hat. Wenn jene straffe Kriegsordnung, welche die Beschaffung und Verwertung von Rohstoffen und Gebrauchsgütern in die Hände besonderer diktatorisch ausgestatteter Gesellschaften gelegt hat, aufhört und der Verkehr seine natürlichen Flußläufe aufsuchen wird, werden deren mehr als einer versandet sein, und wenn es an die Ordnung unseres Staatshaushaltes geht, wird man sehen, daß vielleicht ein Fünftel und mehr unserer nationalen Ersparnis in Kredit des Deutschen Reiches verwendet ist, den aufrecht zu erhalten durch die Verzinsung und die Tilgung unserer Kriegsanleihen das ganze Volk schwere Opfer wird bringen müssen. Unsere Importe werden unter dem Niedergang unserer Währung, unsere Exporte unter der Verteuerung von Arbeit, Rohmaterial und Lebenshaltung leiden. So werden denn „normale" Zeiten auch nach Friedensschluß noch lange nicht kommen, und unsere Gegner bereiten sich heute schon vor, diese normalen Zeiten für Deutschland auf die Dauer zu vereiteln. Schon beginnt man in englischen offiziellen Kreisen den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland und seine Verbündeten auch nach geschlossenem Frieden zu organisieren.

Freilich, dieses Bestreben sollte uns die mindeste Angst machen,

ja die Krampfhaftigkeit, mit der es jetzt im Krieg betrieben wird, ist für uns die Ursache zu einer mehrfachen Genugtuung. Denn einmal liegt darin das Zugeständnis, daß es mit allen den hochfahrenden großsprecherischen Plänen von der Vernichtung Deutschlands durch den Krieg nichts ist, denn ein Land, das man im Kriege erschöpft und vernichtet hat, braucht man hinterher im Frieden nicht mehr zu ruinieren. Dann aber zeigt sich in dieser hastigen Art, mit der unsere Gegner ihre Alliierten zu einer Liga gegen Deutschland und Österreich zusammenschweißen wollen, noch viel stärker die Besorgnis, daß die sogenannte „Entente" wie alle Haß- und Neidvereinigungen auseinanderfallen werde, sobald das gemeinsame Band, die gemeinsame Gefahr, entfällt. Und dies zu fürchten hat England den allergrößten Grund. Man glaube ja nicht, daß Rußland und Frankreich die finanzielle Knechtschaft und die Abhängigkeit in bezug auf Handel und Zufuhr von England so schnell vergessen werden, daß Japan darauf verzichten werde, in Ostasien seine eigenen Wege zu gehen, auch wenn sie gegen Englands Interessen sind, oder daß Italien trotz aller Leichtfertigkeit nicht daran denken werde, wie der englische Seedruck es in den Krieg gezwungen und die englische Flottenübermacht es in diesem Kriege ausgesaugt hat. Und wenn also irgendein Entschluß, der sich gegen Deutschland und Österreich richtet, bei unseren nicht englischen Gegnern durchdringen wird, so wird und muß es der sein, sich selbst wirtschaftlich und industriell so unabhängig zu machen, wie das Deutsche Reich es am Beispiel gezeigt hat. Nicht in der Form eines Wirtschaftskriegs, von dem sie nichts haben als eine kostspielige Fortsetzung ihres Hasses gegen Deutschland, sondern in einer Nachahmung deutscher Art und Methoden werden die Konsequenzen gezogen werden, und die Befreiung von englischer wirtschaftlicher und industrieller Erdrückung und die Freiheit der Meere wird die Politik sowohl von Englands Freunden als die der Neutralen sein. Denn selbst das große Amerika hat die Wirkung englischen Übermuts gekostet, und wenn es auch Gelegenheit gefunden hat, sich seine Dienste in der englischen Gefolgschaft mit vielem britischen Golde aufwiegen zu lassen, ist es doch klug genug, um zu empfinden, daß jede Anlehnung an England im buchstäblichen Sinne eine „Gesellschaft mit dem Löwen", eine Societas Leonina ist. Holland und die Schweiz, Norwegen und Schweden haben genug am eigenen Leibe erfahren und

zugleich zu viel von dem Schickſal Griechenlands mitgefühlt, um auf das Pfeifchen des engliſchen Rattenfängers zu horchen. Wenn alſo um Deutſchland, Öſterreich und ſeine Verbündeten eine chineſiſche Mauer errichtet wird, wird es niemand anders tun können als vielleicht wir ſelber, und ich hoffe, daß wir dazu zu klug ſein werden. Aber ſelbſt wenn dieſer Verſuch Englands im gewiſſen Umfang gelänge, ſo würde der Erfolg mit Sicherheit der ſein, den das engliſche Neidwort „Made in Germany“ gehabt hat, und der Zentralpunkt des Welthandels und des Weltkredits würde mit Sicherheit nach Berlin, Hamburg oder nach Amſterdam bzw. New York wandern, weil ein freier Weltverkehr in einem geſchloſſenen Handelsgebiet nicht beſtehen kann.

Der wirtſchaftliche Fortſchritt der Welt aber, auf den ſie auch nach dieſem Kriege nicht wird verzichten wollen, beſteht in den techniſchen Errungenſchaften, mit denen wohlfeil hergeſtellte, in ihrer Beſchaffenheit einwandfreie, zweckmäßig entworfene Güter auf dem ſchnellſten Wege mit der größten Sicherheit von allen Produktionsorten nach allen Verbrauchsorten geworfen werden können, und in der Leichtigkeit und Schnelligkeit, in der alle Rohſtoffe an die Orte gebracht werden können, an denen ſie jene zweckmäßige Verarbeitung erfahren. Dazu gehören große und allen freie Flotten, offene Häfen, Werften und Lagerhäuſer, Börſen und Verſicherungsorganiſationen, geſunde Währung und gute Kreditinſtitute, Kabel und drahtloſe Verbindung und vor allem Menſchen mit guter kaufmänniſcher und ſprachlicher Vorbildung, fleißig und anpaſſungsfähig, die ſich Vertrauen erwerben und Urteil beſitzen. Wie bei jeder anderen Maſchinerie iſt auch der internationale Handel, auf dem die Verwertung der Arbeitskraft der kühlen und der Rohprodukte der heißen Zone beruht, genötigt, möglichſt ohne Reibung und gut geölt zu arbeiten. Zerſchlägt man aber das Wirtſchaftsgebiet in zwei oder mehrere Teile, zwingt man die Welt, ſtatt einer Organiſation deren zwei aufzuſtellen, die Kundſchaft, ſtatt von einem oder zwei Lieferern von vielen zu beziehen, ſo iſt die Wirkſamkeit vermindert, weil die Reibung vermehrt iſt.

Auch wird keineswegs irgendeiner unſerer Gegner etwa weniger erſchöpft ſein am Ende dieſes Kampfes als Deutſchland, gleichgültig wie lange er dauert. Wenn auch England bisher weniger Menſchen verloren hat, ſo hat es doch beſonders ſolche verloren, deren Er-

ſatz ſehr ſchwer in die Wage fällt, nämlich die Männer aus ſeinen dünn beſiedelten Kolonien, mit denen es, um ſeine Landeskinder zu ſchonen, einen furchtbaren Raubbau getrieben hat, und wenn ihm auch vielleicht größere Hilfsquellen zur Verfügung ſtehen, ſo muß es auch von den materiellen Koſten und Laſten dieſes Feldzuges außerordentlich viel mehr tragen. Jeder der kriegführenden Staaten wird ſich daher in einer ziemlich ähnlichen Lage befinden, alle werden zurückgeworfen ſein um eine lange Reihe von Jahren in der Bildung nationalen Vermögens, bei allen wird ein ſchwer zu erſetzender Abgang beſonders von hochwertigen Intelligenzen ſtattfinden, bei allen eine ſchmerzhafte Verſchiebung im Familien- und Erwerbsleben, ſo daß alle unter der gleichen Verteuerung der Produktionskoſten, der gleichen Verſchiebung der Abſatzgebiete, der gleichen phyſiſchen Erſchöpfung zu leiden haben werden, und ſo wäre für eine beſondere deutſche Anſtrengung auf dem Gebiet der Weltwirtſchaft aus dem angedrohten Handelskrieg unſerer Gegner an ſich keine rechte Urſache herzuleiten. Aber anders ſteht es mit den Neutralen. Als Sir Edward Grey dem ſich verabſchiedenden deutſchen Botſchafter gegenüber ausſprach, daß England nicht *mehr* leiden würde, wenn es in dieſen Krieg *einträte*, *als wenn es ihm* fern bliebe, hat er, das kann man wohl nun ohne Übertreibung und ohne ihm unrecht zu tun, ſagen, *das Unbedachteſte* geſagt, was ſich unter dieſen Umſtänden ſagen ließ. Denn diejenigen, die dieſer Krieg über alles Erwarten hinaus geſtärkt hat, diejenigen, mit denen Europa einſchließlich England den induſtriellen Kampf um die Abſatzgebiete der minder entwickelten Welt und um den wohlfeilen Einkauf der Rohſtoffe zu führen haben wird, ſind die Neutralen, und zwar die großen wie die kleinen, vor allem Nordamerika und Japan, zu deren Gunſten eigentlich der ganze Krieg geführt iſt, und dann, beſonders auf dem Gebiet der Schiffahrt Holland, Schweden, Dänemark und Norwegen. Dieſer wirtſchaftliche Kampf wird gehen um den eigenen Bedarf dieſer Länder und um den Bedarf derjenigen, die die beiden Größten als eine Art Vaſallenſtaaten behandeln möchten: Amerika den Reſt dieſes Kontinents, Japan die Länder des gelben Mannes. Dabei ſind dieſe beiden Staaten namenlos reich geworden. Nicht weniger wie zehn Milliarden Mark iſt der Überſchuß, den Amerika von der Entente über die Waren hinaus, die ſie ihm geſchickt hat, bisher zu verlangen hatte, und Japan,

bisher ein Schuldnerland wie die Vereinigten Staaten, hat gleich dieſem gegen gute Pfänder zum erſtenmal einem europäiſchen Großſtaat eine Anleihe bewilligt. Freilich an ihren Kriegslieferungen werden beide keinen ſehr großen dauernden Vorteil haben, denn viel des Goldes muß abgeſchrieben werden auf Anlagen, die am Ende des Krieges wenig oder nichts wert ſein werden, und auch die amerikaniſche Induſtrie wird eine unerfreuliche Verſchiebung durchmachen, die ohne Zuckungen nicht wieder zurecht kommen kann, und wo der Farmer des Weſtens gewonnen, hat der Farmer des Südens verloren. Aber es bleibt, daß dieſe Länder in der Vollkraft ſind, daß ſie die Schwächungen, die ſich die europäiſchen ziviliſierten Mächte einander zugefügt haben, vermieden haben, und daß ſie den Willen beſitzen, energiſche Auslandshandelspolitik zu treiben, ferner daß ſie beide dazu in gewiſſem Umfange befähigt ſind, und daß die Zeit, in der ſich Europa zerfleiſcht hat und europäiſche Waren gefehlt haben, von ihnen voll genutzt worden iſt.

Wo liegt nun alſo hier unſere Aufgabe? Sie beſteht darin, durch gute und billige Waren die Märkte wieder zu erobern, ſoweit wir ſie verloren haben, und hier liegt die Schwierigkeit. *Gute* Ware können wir herſtellen, aber die Frage iſt, *wie weit kann ſie billig ſein*? Denn die Kaufkraft des Geldes hat abgenommen, es iſt alles teurer geworden, insbeſondere die Arbeit. Wenn das Gleichgewicht des Reichshaushaltes wieder hergeſtellt wird, muß natürlich alles noch viel teurer werden, denn die Zinſen müſſen bezahlt werden, und im Intereſſe unſerer Stoßkraft muß neues Kapital gebildet, vor allen Dingen aber müſſen alte Schulden bezahlt werden, und das heißt: unter gleichen Verhältniſſen wie früher werden alle Selbſtkoſten außerordentlich geſtiegen ſein und dauernd hoch bleiben müſſen, und es wird deshalb die Frage auftauchen: werden wir bei ſo verteuerten Produktionskoſten noch in der Lage ſein, auf den Abſatzmärkten der Welt mit anderen zu konkurrieren, und werden wir dabei noch ſo viel Nutzen machen können, daß wir die notwendige Kapitalsbildung vornehmen können, um eine Verminderung unſerer Schulden und eine Ausdehnung unſerer Anlagen zu ermöglichen? Und dieſe Frage iſt mit *Ja zu beantworten ohne Einſchränkung*, wenn wir weiter in allen Klaſſen und Berufsſtänden feſt zuſammenhalten, die Augen gerichtet auf das eine große Wort „*Sparen*“.

Sparen in der Wirtſchaft des Einzelnen, ſparen in der Wirtſchaft der Geſamtheit, ſparen in unſeren Bezügen aus dem Ausland. Nun aber nicht etwa ſparen, in dem Sinn, daß wir uns zu gering ernähren, das ſchwächt unſere körperliche Arbeits- und geiſtige Spannkraft, oder etwa in dem Sinn, daß wir ſparen an Kindern, indem wir kleine Familien bilden, das ſchwächt unſere Volkskraft und unſere Wehrfähigkeit, oder aber, daß wir uns mit kümmerlichen gedrängten und übermäßig engen Wohnungen begnügen, das ſchädigt unſere Geſundheit und unſeren Frohmut, oder ſchließlich, daß wir dem Vergnügen abſchwören, einem edlen und belebenden, entlaſtenden und erheiternden, das brauchen wir als Abwechſlung gegen das ermüdende Gleichmaß der Tage. Auch müſſen wir zweckmäßig und feſt bekleidet ſein, wie könnten wir ſonſt unſer wechſelndes und manchmal hartes Klima gut überwinden. Ein feſtes, zahlreiches, arbeitſames und fröhliches Volk müſſen wir ſchon ſein, ſonſt können wir unſere Aufgabe in dieſer Welt nicht erfüllen, das Leben muß des Lebens wert ſein! Man kann aber auf verſchiedene Art ſparen, und die wichtigſte Art zu ſparen iſt die, daß man die Dinge, die man beſitzt, voll ausnutzt und alle Dinge ausnutzt und ſie nicht halb benutzt und halb unbenutzt dahin gehen läßt. Das gilt von dem Einzelnen, wie von dem ganzen Volke. Ich kann dieſen Gegenſtand hier nicht erſchöpfen, ſondern muß mich auf Beiſpiele beſchränken. Niemand wird der deutſchen Frau das Zeugnis verweigern, daß ſie nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und deſſen was ſie gelernt hat, in der prächtigſten Weiſe ihre Aufgabe als Erſatz des Mannes und als Mutter erfüllt hat, aber in einem bin ich doch mit allen nachdenklichen Frauen einig, nämlich, daß ſie in wichtigen Dingen nicht genug gelernt hatten. Der Begriff des Wirtſchaftens war doch den meiſten, ſowohl den Armen wie den Reichen, nicht recht geläufig, ja die Reichen haben es zum Teil erſt gelernt, als ſie ſahen, daß die Wirtſchaft nicht mit Geld, ſondern mit Nahrungsmitteln ſtattfindet. So wird der größte Teil unſeres deutſchen Volkes teuer und unwirtſchaftlich ernährt, weil ein großer Teil der Frauen es nicht beſſer gelernt hat, und was von der Einzelwirtſchaft gilt, ſetzt ſich in die Nationalwirtſchaft um. Obwohl niemand in Deutſchland wegen zu geringer Brotration an Arbeitskraft und Geſundheit leidet, verbraucht das deutſche Volk trotz der Herabſetzung des Fleiſchgenuſſes heute nur zwei Drittel des Getreides

für Brot, das es in normalen Zeiten gebraucht hat. Dasſelbe iſt der Fall mit Fleiſch und anderen Nahrungsmitteln. Viele Hunderte von Millionen kann das deutſche Volk ſparen, wenn man es lehrt mit der Gottesgabe richtig umzugehen. Wie in dem Haushalt, ſo in der Technik. Viele Hunderte von Millionen werden jahraus jahrein nutzlos durch die Schornſteine unſerer Privathäuſer und Fabriken gejagt, eine entſetzliche Verwüſtung; Hunderttauſende von Pferdekräften fließen in unſeren Strömen und Flüſſen unbenutzt dem Meere zu; Hunderte von Millionen ſchicken wir in das Ausland, ſtatt ſie unſerem Ödland, unſeren Mooren abzugewinnen; Hunderte von Millionen in Rohſtoffen führen wir ein, welche wir im eigenen Land durch ein geeignetes und zweckmäßiges Erſatzmittel uns beſchaffen können. Heute ſorgt dafür die ſogenannte engliſche Blockade und die Kontrolle, die die Reichsbank über unſere Auslandszahlmittel ſeit kurzem ausübt. Späterhin aber müſſen wir das ſelber tun, und hier komme ich zu dem Punkte, an dem das deutſche Volk am meiſten ſparen kann, das iſt nämlich, in der zweckmäßigen Ausnutzung des deutſchen Menſchen. Schon an dem Beiſpiel der deutſchen Frau habe ich gezeigt, wo ich hinaus will. Die klaſſenmäßige Einteilung unſeres Volkes und die ſchulmäßige Erziehung, die die klaſſenmäßige Einteilung vorbereitet, iſt nicht geeignet die größte Menſchenerſparnis herbeizuführen. Bedürfen wir der Erſparnis an Menſchenkraft, das heißt der Wirkſamkeit des Einzelnen, ſo müſſen wir dafür ſorgen, daß allüberall der Beſtgeeignete ohne Rückſicht auf Herkunft die beſte Möglichkeit für ſeine Entwicklung findet, und daß unter allen Umſtänden der Entwickelte an ſeinem richtigen Platz, der rechte Mann an ſeine rechte Stelle komme. Hier iſt zu viel Reibung und hier iſt zu ſparen. Aber auch für uns alle mittelmäßigen Söhne dieſer Erde iſt die Weiterentwicklung einer guten gründlichen Bildung in der Schule und womöglich im Hauſe ein Hauptmittel für die Stärkung der Wirkſamkeit, denn die Wirkſamkeit der Menſchen vollzieht ſich nicht nach Einheiten, ſondern nach Vielheiten im Zuſammenwirken, in Überordnung und Unterordnung. Das wird aber um ſo reibungsloſer, um ſo vollkommener gelingen, wenn alle an dem Bildungsſchatz unſeres Volkes den gleichen Anteil, oder einen annähernd gleichen Anteil erlangen können. Solches ſchafft eine menſchliche Gleichheit, die der ſozialen Ungleichheit, die jede Or-

ganiſation mit ſich bringt, die Wage halten kann. Weshalb iſt es uns gelungen, dieſem kriegeriſchen Unwetter ſo gut zu trotzen? Zum großen Teil, weil wir vorgebildete, geiſtig regſame und deshalb auch leicht begreifende Arbeiter beſaßen, die ſich in die neuen Dinge ſchicken konnten. Welcher Vorteil das war, zeigt ein Vergleich mit den engliſchen Arbeiterzuſtänden! — Aber zum anderen Teil, weil wir Führer in der Induſtrie hatten, welche ohne zeitraubendes Verſuchen und Experimentieren auf Grund einer vollkommenen Kenntnis techniſcher Verfahren und Möglichkeiten richtig anpackten und auf den richtigen Punkt hinlenkten. Dieſe Bildung der Arbeiter und Unternehmer, der techniſchen und kaufmänniſchen Beamten zu vertiefen und zu bereichern, ſchafft eine große Anzahl von Reibungen aus der Welt und bringt ein Teil der nötigen Erſparnis bei. Wieviel Reibung lag doch bisher zwiſchen Unternehmertum und Arbeitern. Wie ſchloſſen ſich die einen zuſammen und arbeiteten nach einem Plan, und wie mußten die anderen kämpfen, um nicht als einzelne Menſchen, ſondern als koalierte Klaſſe behandelt zu werden. Wieviel Reibungsverluſt durch Streiks, Ausſperrungen, Lohnkämpfe! Und doch wiſſen wir ſeit langem durch die vielen Tarifverträge, die geſchloſſene Gewerkſchaften mit geſchloſſenen Arbeitgebervereinigungen getätigt haben, daß es auch ohne dem geht. Welche Erſparnis wird eine beſſere Verſtändigung auch auf dieſem Gebiete zeitigen! All das läßt ſich aber ohne ein dauerndes Verſtändnis, ohne den heißen und harten Willen, in Frieden zu leben, jedem das Seine zukommen zu laſſen, nicht erreichen. Auch in Zukunft werden Kämpfe natürlich nicht ausgeſchloſſen ſein, es iſt das ſogar ein Prinzip des menſchlichen Fortſchritts, daß die Menſchen hart und ſtark gemacht werden müſſen im Kampf und um ſich durchzuſetzen. Aber es iſt nötig, daß dieſer Kampf ſich auf das Unvermeidbare beſchränkt, und daß das Vermeidbare, die unnötige Reibung, der unnötige Kraftverluſt aufhöre, und auch der Staat wird in ſeinem Verſtändnis für die Bedürfniſſe der Allgemeinheit nicht nachlaſſen dürfen. Wir ſorgen heute für alles, was des Leibes Notdurft und Nahrung angeht, und in gewiſſem Umfang ſogar auch für die Bedürfniſſe des Geiſtes. Aber der asketiſche Zug, den Preußen nicht zu ſeinem Nachteil lange getragen hat, hat uns vergeſſen machen, daß einer der ſchönſten Ausſprüche des großen Friedrich geweſen iſt: „Ich will, daß mein Volk

vergnügt ſei." Hier kann ungeheuer angeregt, geholfen, geſpart werden. Je edler das Vergnügen iſt, deſto ſparſamer iſt es, denn um ſo länger hält der Eindruck vor, und um ſo weniger iſt es verknüpft mit allerlei Ausartungen, die darauf angelegt ſind den Menſchen zur Unſparſamkeit zu veranlaſſen. Die beſte Muſik, das Drama großen Stils, natürlich ohne beſondere Tendenzen dargeboten, aber auch die Erzeugniſſe der leichteren Muſe, die Gewöhnung an den Gebrauch der unzähligen Bildungsanſtalten, die Erregung von Verſtändnis für ihren Inhalt und eine Anleitung zu ihrem Gebrauch werden ſicherlich die mit Alkoholmißbrauch und Tabaksrauch verbundenen ſogenannten volkstümlichen Vergnügungen außer Kurs ſetzen. Aber auch hier gehört guter Wille, Verſtändnis und Verſtändigung dazu. Die Zukunft der deutſchen Wiederherſtellung auf wirtſchaftlichem Gebiet kann nur erfolgen durch zielbewußte, zuſammenfaſſende und jedem Einzelnen in Mark und Knochen gehende Überzeugung von der Notwendigkeit des Sparens, in dem Sinn, wie ich es auseinandergeſetzt habe. Sparen an Reibungen durch Entwicklung der Fähigkeit des Einzelnen, durch ſachgemäße Verwertung unſerer Naturſchätze und Produkte und durch Veredelung der unerläßlichen Quoten an Genuß und Vergnügen, die jedem ſeine Pflicht tuenden deutſchen Bürger von Rechts wegen zukommen.

Man ſoll nun nicht etwa meinen, daß hier der Notwendigkeit der Weiterentwicklung des deutſchen Handels zu hoher Wert beigelegt wird. Es wird ja oft geſagt, die Zeit beweiſe, wie Deutſchland unabhängig vom überſeeiſchen Handel zu exiſtieren vermöge. Ich glaube, daß die, die etwas derartiges ſagen, ſich in einem ſehr großen und verhängnisvollen Irrtum befinden, und eine ſehr kurze Überlegung, ja nur ein Blick in das Einkaufsbuch der Frau und ein Nachdenken darüber, wo denn die Dinge alle herkommen, die jeden Tag in den bürgerlichſten aller Haushalte gebraucht werden, wird ſie anderen Sinnes machen. Allerdings iſt, wie ſchon oben wiederholt bemerkt, die Einſchränkung des Verbrauchs aus dem Ausland nach Maßgabe der Möglichkeit mindeſtens zunächſt erwünſcht, und beſonders auf dem Gebiet der Landwirtſchaft, das heißt auf einem Gebiet, welches für die Selbſtändigkeit Deutſchlands in ſchweren Zeiten unentbehrlich iſt, wird mit der Vermehrung der Produktion wacker fortgeſchritten werden müſſen, und jede verſtändige Staats-

wirtſchaft wird das im Auge behalten. Im allgemeinen aber darf man nicht vergeſſen, daß was heute die Engländer uns anzutun verſuchen, nämlich die Handelsſperre, auch bei einer Übertreibung der Selbſterzeugung eintreten würde, wenn wir nämlich in reiner Betonung unſeres Eigennutzens und beſonders mit einer zweckloſen Verkündung des Grundſatzes zwar den anderen Nationen alle unſere Waren verkaufen, aber ſo wenig wie möglich von ihnen einkaufen wollten. Dieſer weniger von uns betriebene als unnütz verkündete Grundſatz iſt nicht zum wenigſten ſchuld an der großen Unbeliebtheit, die ſich Deutſchland zugezogen hat, und die ſich in der Haltung der Neutralen vielfach gezeigt hat. Sympathien und Antipathien ſpielen auch in der Welt des Handels eine erhebliche Rolle, und ein übermäßiges Betonen des nationalen Standpunktes gegenüber fremden Völkern löſt eben Antipathien aus. Kein Menſch hat uns Deutſchen die Tüchtigkeit beſtritten, aber die Freundlichkeit, die wir von den anderen in unſerer Not verlangt haben, hat man bei uns vorher viel vermißt. Wir müſſen in allen Ständen und Berufen untereinander feſt zuſammenhalten, damit wir *den* Teil an den Gütern der Welt und an deren Austauſch wieder erringen, den wir als ein wachſendes Volk auf einer ſchmalen natürlichen Baſis in einem Lande, welches keineswegs überreich an Naturſchätzen iſt, notwendig haben müſſen, um unſere Volkskraft und unſere ganze Kultur aufrecht zu halten und vorwärts zu tragen. Aber wir müſſen dieſes Ziel auch verfolgen mit einer gerechten Rückſicht auf andere Völker, die mit uns und neben uns ſchreiten, denn ſchließlich in dem großen Urteil der Geſchichte wird ſich immer das Gleichnis von den drei Ringen wiederholen, und der wirklich große Erfolg einer *Nation, die wir doch ſind und bleiben wollen*, wird nicht gemeſſen werden an den irdiſchen Gütern, die wir geſammelt, ſondern an den geiſtigen Werten, die wir geſchaffen und dem Reſt der Welt vererbt haben.

Soziale Verſtändigung.

Von Auguſt Pieper.

Die ſozialen Kämpfe unſerer Zeit als das Ringen der verſchiedenen geſellſchaftlichen Lebensintereſſen um das Gleichgewicht im Gemeinſchaftsleben weiſen, als ſeeliſches Problem aufgefaßt, zwei Stadien auf, die in den geſellſchaftlichen Auseinanderſetzungen immer wiederkehren. Im erſten herrſcht bei den Kampfgruppen, vor allem aber bei den Angreifenden die Überzeugung vor, das Ziel könne nur ſein die Niederringung des im Wege ſtehenden Gegners. Damit weckt man beim Angegriffenen alle Inſtinkte der Selbſterhaltung zum trotzigen Entſchluß, um jeden Preis ſich zu behaupten, und die Geiſtesſtimmung, jedes Nachgeben ſei als Preisgabe der eigenen Stellung zu betrachten und deshalb ſchroff abzulehnen. Ein zweites Stadium tritt, hier früher dort ſpäter, als Reaktion ein, weil man die Schwäche der eigenen Stellung, wie die ſtarken Seiten des Gegners innerlich herausfühlt und äußerlich erfahren mußte; vor allem weil man hinter den Intereſſengegenſätzen immer wieder auf gemeinſchaftliche Lebensintereſſen ſtieß, mit denen jede Partnerſeite organiſch verwachſen und auf Gedeih und Verderb verknüpft iſt. Man erkennt, daß die Sonderart des einen die naturgemäße Ergänzung der Sonderart des anderen in einem gemeinſamen Ganzen iſt, von dem man ſich nun einmal nicht losreißen kann und im Grunde auch nicht mag. Damit beginnt ein ſtarkes Moment der Verſöhnung und Verſtändigung zu wirken. Die Richtung des Kampfes und des Ringens wechſelt. Nicht mehr will man, ſo geſteht man ſchon ein, ohne zu glauben damit der eigenen Sache etwas zu vergeben, den anderen in ſeinen berechtigten Intereſſen bekämpfen, ſondern nur neben deſſen Recht ſein eigenes gebührend zur Geltung bringen. Damit iſt dem Streite kein Ende gemacht; er kann ſogar tiefer gehen und breiter greifen. Aber das

Verbitternde ist ihm genommen, das darin lag, daß man, immer etwas mit zuckendem Gewissen, den anderen niederhalten wollte um dessentwillen, weil man keinen anderen Weg sah, um mit seinen Lebensinteressen neben ihm zur Geltung zu kommen. Damals gab es für den Gegner nur Abneigung, Haß. Sieht man jetzt in ihm mehr und mehr einen Volksgenossen, neben dem man seinen Platz zu erobern sucht, dem man noch auf absehbare Zeit sanfte Gewalt antun muß, weil er nur schrittweise nachgibt, mit dem man aber grundsätzlich darüber einig ist, daß auch dem anderen das Recht seiner Entfaltung zugestanden wird, wobei man sich über Einzelheiten verständigen kann, dann reicht man sich von Fall zu Fall die Hand zum ehrlichen Wettbewerb und gewinnt wieder Sinn und Neigung zur Pflege freundnachbarlicher Gefühle; dann findet die Wertschätzung der vielerlei gemeinschaftlichen Interessen, zu deren Förderung man zusammengehen und zusammenarbeiten muß, wieder Raum. Der Heilungsprozeß beginnt dort, wo man sich bisher Wunden schlug. Das Neue, gegen das als Eindringling man sich gewehrt hatte, verwächst mit dem Alten, wobei beide sich umbilden. Die festen Bahnen einer zwar stets bewegten, oft noch ungestümen, aber organischen Entwicklung im Gesellschaftsleben sind gefunden; das Neue wird bodenständig, wirkt die strotzenden Kräfte nicht mehr aus im Vernichtungskampf gegen andere, sondern in Entfaltung der Eigenart im Gesamtorganismus der Gesellschaft, ihres Staats-, Wirtschafts- und Kulturlebens. Das jeweilige Endziel der sozialen Kämpfe, die Erringung des organischen, nicht eines bloß mechanischen Gleichgewichts durch Geltung des einen neben oder richtiger mit dem anderen in einem lebendigen Ganzen und der Zusammenschluß zur Gemeinschaftsarbeit, die dem Wohle der Einzelinteressen gleichmäßig gewidmet ist, hat sich durchgesetzt, über alle Wirren und Irrungen hinweg, die nun einmal alles irdische Streben des Menschen begleiten.

Heute, in einem wieder angehobenen Ringen, das die gesellschaftliche Konsolidierung der durch die kapitalistische Entwicklung herbeigeführten Umwandlungen sucht, sind die Vortruppen der verschiedenen sozialen Fähnlein auf den Boden der zweiten Entwicklungsstufe übergetreten und haben bald hier, bald dort Fühlung genommen zwecks Anbahnung einer Verständigung. Eine wachsende Zahl außerhalb des Interessenstreits Stehender sucht den Umfang und Wert des Gemein-

samen, Bindenden klarzustellen, in Einzelheiten einen Ausgleich der Kampfforderungen herbeizuführen. Es mehren sich die Fälle, da mit moralischer Zwangsgewalt die Nöte und Bedürfnisse gemeinsamer Interessen oder des Gemeinwesens zum Waffenstillstand unter den Kämpfenden oder gar zum Zusammenwirken drängen. Der Erhaltungsbetrieb der Volksgemeinschaft gewinnt Oberhand über die auseinanderstrebenden Glieder; er gibt sich heute einen hinreißenden Ausdruck im nationalen Willen zur Verteidigung des Vaterlandes, den wir alle naturgewaltig erleben. Zwar sehen wir auf beiden Seiten noch viele Nachzüglergruppen, die hartnäckig die alte Kampfstellung aus diesen oder jenen inneren oder äußeren Beweggründen zu behaupten suchen. Aber deren Aussichten sind die weniger günstigen. Um das zu beweisen, vor allem aber um zu zeigen, wie so dem weiteren Fortschritt der Verständigung die Wege zu bahnen und Kräfte zuzuführen sind, gilt es in einem Rückblicke darzustellen, warum die sozialen Kämpfe so stürmisch anhoben und durch viele Irrungen sich so mühsam, langwierig und noch unbefriedigend zur Klärung und Verständigung durcharbeiteten. Die Vergangenheit wird damit Lehrerin und Wegweiserin für die Zukunft. Wir heben dabei hervor die sozialen Gegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer, zwischen Land und Stadt, nebenbei erwähnend das Ringen zwischen Groß- und Kleinbetrieb. Denn die kapitalistische Umwälzung hat den wirtschaftlichen Untergrund unserer Gesellschaft in allen diesen Gruppen durch gewaltige Neubildungen und Umlagerungen umgewandelt, schnell, in der ganzen Breite und Tiefe; wie durch eine tellurische Verschiebung unvermittelt Neues zwischen das Alte oder an Stelle dessen gedrängt, ihm die Aufgabe zuweisend sich mit eigener Kraft durchzusetzen trotz der Widerstände, die das Alte naturgemäß dem Neuen entgegensetzt. Erst in diesem Ringen miteinander erstarken die Kräfte und Anlagen des Werdenden, paßt sich das erhaltenswerte Alte der neuen Umwelt an, wird der neue Zustand der Ruhe das eigene Werk der miteinander Kämpfenden. Welch reicher Stoff aber auch für die Auswirkung der Tragik alles menschlichen Strebens! Durch Überwindung der Mißverständnisse und Vorurteile führt der Weg zur Verständigung.

Der erste Irrtum der Vertreter des Alten — und dazu rechnen auch manche Emporkömmlinge der neuen Zeit, die aus der Masse

plötzlich emporgehoben, alsbald sich absperren und Anschluß an die Träger hochkonservativer Überlieferungen suchen — lag in der Verkennung der sozialen Kämpfe als einer naturnotwendigen Folge der durch die kapitalistische Umwälzung verursachten Verschiebungen in der Gesellschaft. Sie sahen zumeist in dem Empordrängen der Arbeiterschaft eine von Agitatoren künstlich, ja freventlich herbeigeführte Unzufriedenheit, der man von vornherein kraftvoll entgegentreten müsse, während die Arbeiterbewegung doch im wesentlichen nur eine organische Weiterbildung des Gesellschaftskörpers zu verwirklichen strebte, dieser ihrer geschichtlichen Sendung instinktiv sich bewußt, über deren Tragweite noch nicht klar, nach den Mitteln und Wegen noch tastend und suchend. Was man dort nur als Folge der Verbreitung philosophischer Irrlehren und gesellschaftlicher Utopien betrachtete — und die Wortführer der Arbeiterklasse machten den Fehler, in solchem Gewande zuerst ihre Bestrebungen einzuführen — war eine durch die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft gebotene Notwendigkeit. Konnte man sich ärger mißverstehen? Ist dies grundlegende Vorurteil nicht aber auch begreiflich bei der großen Macht, welche die Überlieferung im Menschenleben hat? Ähnlich mißverstanden die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes das stürmische Vordringen des Großbetriebes, die Landwirte das schnelle Vorschreiten von Industrie, Handel und Verkehr als willkürliche Ausschreitungen einer falschen, liberalen Gesellschaftsauffassung. Und die Begleitumstände und Auswirkungen der Anfänge des Kapitalismus konnten wahrlich die nicht weiter Blickenden abschrecken. So glaubten die Verfechter der hergebrachten Ordnung gegen geistige Verirrungen, gegen unbotmäßiges Aufbegehren, gegen freventliche Störungen der durch die Überlieferung geheiligten Gesellschaftsordnung ankämpfen zu müssen. Man übertrug die Auseinandersetzung auf ein falsches Kampffeld und den Mißverständnissen und Bitterkeiten waren keine Grenzen gesetzt. Daran waren die Vorkämpfer des Werdenden, Neuen nicht unschuldig. Denn auch sie standen zum Teil noch im Bann der alten Gedankenwelt und waren sich über die Tragweite dessen, was in ihren Köpfen sich durchrang, nicht klar. So folgten sie auf jenes falsche Kampffeld und suchten anfangs mit neuen Theorien vom gesellschaftlich Wünschenswerten und Zweckmäßigen die sich wehrenden alten Anschauungen zu schlagen. Man verfiel auf beiden Seiten dem Doktrinarismus und

nichts treibt mehr als er auseinander und führt hier zum Radikalismus, dort zur Reaktion. Die revolutionären Ideen und utopiſchen Geſellſchaftskonſtruktionen griffen unter der Arbeiterſchaft Platz, boten den Gegnern billige Gelegenheit zur Entrüſtung und reaktionären Abwehr. Die Lobredner des gewerblichen Großbetriebes ſprachen aus Doktrinarismus dem Mittel- und Kleinbetrieb die Exiſtenzberechtigung ab, brandmarkten die Reformbeſtrebungen der Gegenſeite als rückſchrittliche. Die raſch ſich mehrende, in Wohlſtand und Kulturförderung ſchnell fortſchreitende ſtädtiſch-induſtrielle Bevölkerung glaubte, geblendet von der üppigen Reichtumsvermehrung durch Induſtrie, Handel und Verkehr, die Landwirtſchaft als minder wertvolles Glied des nationalen Wirtſchaftslebens einſchätzen und ihre Erhaltung und Pflege hintanſetzen oder vernachläſſigen zu können. Auch dafür hatte man Theorien bereit, die auf der anderen Seite entgegengeſetzte Theorien auf den Plan riefen; man ſtritt ſich über den notwendigen Vorrang der freiheitlichen oder konſervativen Tendenzen in Staat, Wirtſchaft und Kultur, über das, was den Idealen der Moral, des Chriſtentums mehr oder allein entſpreche. Dieſe ſchroffen Gegenſätze, in denen die eine Seite den Idealen der anderen die Exiſtenzberechtigung abſprach, wurden aber nicht bloß unter den Gelehrten und den führenden Köpfen der Parteien, ſondern immer mehr unter Anteilnahme der intereſſierten Maſſen ausgetragen unter Anrufung der Machtmittel, auch jener des Staates. Es kam bald dahin, daß man auf beiden Seiten glaubte mit dem Gegner nur durch ſeine Niederringung oder Niederhaltung fertig zu werden; eine Verſtändigung ſei unmöglich, da er die elementaren Grundrechte des andern in Frage ſtelle. Die Arbeitgeber in ihrer Mehrheit, die Staatsgewalt glaubte die Grundlagen der beſtehenden Ordnung, vor allem das Eigentum an Produktionsmitteln, gegenüber dem Sozialismus zu verteidigen; die Arbeiter in ihren politiſchen und gewerkſchaftlichen Organiſationen klagten Unternehmer, Staat und Geſellſchaft an, daß ſie jede Möglichkeit zur Geltendmachung ihres berechtigten Anſpruches auf angemeſſene Anteilnahme am Produktionsertrage, auf freiheitliche Betätigung der Arbeiterklaſſe ſchnöde verſagten; deshalb ſei die Herbeiführung einer auf ganz neuen Grundlagen aufgebauten ſozialiſtiſchen Geſellſchaft durch die Macht des Proletariats einfache Lebensforderung. So drängte die bürgerliche Geſellſchaft durch ſchroffe

Ablehnung auch berechtigter Forderungen der Arbeiter dieſe in eine Verzweiflung an der Erfüllung ihrer Hoffnungen durch den herrſchenden Staat, die überkommene Geſellſchaft, gar durch die mit jenen angeblich verbündete Kirche; dieſe Verzweiflung ließ ſie ſich anklammern am Sozialismus. Ähnliche Verzweiflungsſtimmungen gewannen im gewerblichen Mittelſtand, unter der Landwirtſchaft zeitweilig Platz und führten zu erbitterten radikalen Bewegungen.

Die deutſche Volkskraft war geſund genug, die wirtſchaftliche Entwicklung hinreichend günſtig, das ſittliche Gewiſſen ſo ſtark, um dieſe Kriſe zu überwinden und trotz aller Entzweiung die Heilkräfte einer Sozialreform in wirtſchaftlichen, rechtlichen, kulturellen Maßnahmen des Staates, in gemeinnützigen Volkswohlfahrtsbeſtrebungen der Gemeinden und Privater, insbeſondere in der Selbſthilfeorganiſation unter allen Erwerbsgruppen auszulöſen. Damit kam man auf allen Seiten zur Selbſtbeſinnung. Jene doktrinäre Auffaſſung wich der Einſicht, daß nicht freventliche Willkür, ſondern die Wandlungen des Wirtſchaftslebens die treibende Kraft der ſozialen Verſchiebungen waren, ſie ſogar notwendig machten. Der Kapitalismus ſetzte ſich mit ſeinen unabſtreitbaren Vorteilen durch, man mußte ſich mit den Umwälzungen, die er im Wirtſchafts-, Geſellſchafts-, Rechts- und Kulturleben mit ſich brachte, abfinden, ihnen ſich anpaſſen, indem man ihnen die gute Seite abgewinne und die Mißbräuche und Mißſtände zurückdränge. Was zuerſt Philanthropen, Vertreter der Humanitätsideale und des Chriſtentums in Wohlfahrtseinrichtungen ſchufen, ſah der Staat ſich genötigt, im Intereſſe der Erhaltung der körperlichen und ſittlichen Volkskraft, wie zum Schutze des ſozialen Friedens in Geſetzgebung und Verwaltung durch ſoziale Reformen zu leiſten.

Aber — und darin lag ein zweiter Fehler — alles das trug im großen ganzen auf lange Zeit hin viel zu ſehr den Charakter des Erzwungenen, Abgenötigten, des widerwillig und vielleicht nur auf Zeit Zugeſtandenen an ſich. Es waren keine mutigen, großzügigen, inneren Zugeſtändniſſe. Die Reformen machten deshalb lange Zeit keine großen ſeeliſchen Eroberungen und verfehlten darum das weſentliche Ziel, eine entſcheidende Annäherung der Anſchauungen und Strebungen unter den feindlichen Gruppen, eine Verſtändigung. Die ſozialiſtiſchen Arbeiter vermißten in dem nur langſam Abge-

rungenen die Anerkennung ihrer Klasse als einer gleichberechtigten neben den anderen und beharrten deshalb mißtrauisch auf ihrem Klassenkampfstandpunkt, der die Antwort sei auf die rücksichtslosen Herrschaftsansprüche der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber den Arbeitern. Weil die ehrliche Anerkennung der Gleichberechtigung versagt werde, am deutlichsten in der Niederhaltung oder gar grundsätzlichen Ablehnung der Arbeiterorganisationen, verfielen die Wohlfahrtseinrichtungen und andere Zugeständnisse der Arbeitgeber, die Arbeitergesetzgebung, selbst die gemeinnützige Volkswohlfahrtspflege, weithin dem Verdikte, sie seien Palliativmittel, Versuche, die Emanzipation der Aufstrebenden zu verwirren und zu vereiteln, ein Arbeitertrutz, gleichsam ein Haltgebot: Bis hierher und nicht weiter! Die Antwort der Angegriffenen war nicht minder bitter: das, was der Sozialismus als gleiches Recht für alle fordere, stelle sich heraus als brutale Vergewaltigung aller übrigen durch die Arbeiterklasse, als Klassenherrschaft und führe zur Zerstörung der Gesellschaft, so wie sie geschichtlich nach inneren Gesetzen sich durch alle Irrungen und Schwankungen im Laufe langer Zeiten entwickelt habe. Solche Auslegung der geforderten Gleichberechtigung mache auf die Dauer jede Verständigung mit den Bestrebungen der Arbeiterklasse unmöglich. Ähnliche Mißverständnisse und Vorurteile türmten sich unter den alten Erwerbsständen auf, deren Größen- und Gewichtsverhältnisse sich ins Gegenteil umlagerten. Der neuerstehende Großbetrieb nahm im Gewerbe, Handel und Verkehr dem Mittel- und Kleinbetrieb das bisherige Monopol und sicherte sich die Führung so rücksichtslos, daß die Zurückgedrängten darin einen Angriff auf ihre Existenzberechtigung sahen. Die nach langen Kämpfen errungenen gesetzlichen Reformen zum Schutze und zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes begegneten immer wieder dem Vorbehalte, man könne Überlebtes, durch die Entwicklung Überholtes und damit unwirtschaftlich Gewordenes nicht künstlich erhalten. Daß dadurch die gewerbliche Mittelstandsbewegung von einer Anpassung an die neue Umwelt zeitweilig abgestoßen wurde, und man sie zu Versuchen der krampfhaften Anklammerung an die Formen einer früheren Entwicklungsstufe drängte, war erklärlich. Gleiche Vorgänge in den Jahrzehnte hindurch in lärmender Agitation geführten Kämpfen um Existenzberechtigung und Maß des Schutzes der nationalen Landwirtschaft

entfremdeten den an Zahl, Wohlstand und Einfluß rasch wachsenden industriell tätigen Bevölkerungsteil und seine verwandten Gruppen den Angehörigen der Landwirtschaft. Das schuf nicht bloß wachsende Entfremdung zwischen Stadt und Land, sondern spaltete mit dem Vordringen des Großgewerbes auf das Land auch die Bewohner in kleinen Städten und Dörfern. In oft schweren Kämpfen, die in ihrer grundsätzlichen Zuspitzung die Verbitterung steigerten, kamen so zwar Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen zur Hebung der Leistungsfähigkeit des gewerblichen Mittelstandes und der Landwirtschaft zustande, denen aber vielfach das die Geister versöhnende, offene Zugeständnis der berechtigten Geltung jener durch die neuzeitliche Entwicklung gefährdeten Erwerbsstände mangelte.

Aber alle jene Reformen waren doch auch lebensfähig und wurzelkräftig, sie wurden bodenständig und da sie immer mehr zu ihrer Durchführung die Mitarbeit derer, für die sie geschaffen waren, in Anspruch nahmen, übten die sozial verbindenden und versöhnenden Gedanken, die in ihnen, wenn auch oft verkümmerte, Gestalt gewonnen hatten, ihren Einfluß auf die Geister aus. Das Gesunde siegte langsam über das Krankhafte, die Naturnotwendigkeiten im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben korrigierten ständig die Übertreibungen der durch den Interessenstreit erhitzten Köpfe. Die Nebel doktrinärer Auffassung und ihrer Kampfparolen schwanden mehr und mehr, als man durch die Gegenwartsarbeit mit den wirklichen Verhältnissen des Lebens bekannt und genötigt wurde, ihnen Rechnung zu tragen. Die alten gesellschaftlichen Verknüpfungen wandelten sich doch nicht so leicht, wie die Gedanken und Theorien darüber; man kam nicht voneinander los, sah sich immer wieder aufeinander angewiesen. Doch das hätte man mit verbissenem Trotz als leidige Notwendigkeit hinnehmen können, wenn man nicht auch zugleich beiderseits menschlich sich näher getreten wäre, äußerlich und dann auch innerlich, und dabei nicht bald hier bald dort die Erfahrung gemacht hätte, daß trotz der schroffen Kampfesstellung immer wieder das rein menschliche, natürliche Bedürfnis durchbrach, innere Annäherung an die zu finden, auf die man sich in der Verfolgung seiner Lebensinteressen angewiesen sah. Zumal man fühlte, daß auch dem anderen es in seiner Abschließung nicht innerlich wohl sei, daß er in seinem Wollen nicht so schlimm sei, wie er scheine, daß auch in ihm menschliche Güte und Wohlwollen

gegen den anderen immer wieder ſich rege. Das entwaffnete langſam den Trotz des einen vor dem andern. Man ließ auf beiden Seiten von Fall zu Fall mit ſich reden. Das waren die erlöſenden Schritte. Nun war man auch mehr geneigt die äußerlich zueinander hinzwingenden Verhältniſſe gelten zu laſſen. Als ſo der Boden vorbereitet war, wurde es möglich, daß die Not des Vaterlandes ganze Berge von Vorurteilen zu Boden ſchlug, wir dürfen ſagen, bei der großen Mehrheit der vielfach noch entfremdeten Gruppen. Daß die freien Gewerkſchaften insgeſamt und die Mehrheit der politiſch organiſierten Sozialiſten in jener Stunde dem Zwange der Tatſachen Rechnung trugen, iſt bezeichnend für die allmählich fortgeſchrittene Entwurzelung des rückſichtsloſen Radikalismus, eine Beſtätigung unſerer Deutung der Wandlungen. Die neuerliche Stellungnahme der deutſchen Regierungen zu den Gewerkſchaften und zur ſozialdemokratiſchen Partei räumte anderſeits den bisherigen Vorwand aus, mit dem dieſe bislang ſich noch abſeits ſtellten, daß ihnen nämlich die Gleichberechtigung tatſächlich verſagt werde. Mit deren Zugeſtändnis an die politiſche Partei und die wirtſchaftlichen Organiſationen der Sozialdemokratie iſt die Kluft an einer gefährlichen Stelle überbrückt. Denn wenn jene weithin zur Gegenwartsarbeit mit dem Staate und mit den anderen Erwerbsſtänden grundſätzlich ſich bereit finden, verliert das Feſthalten an dem durchaus nicht einheitlich gedeuteten ſozialiſtiſchen Ideal ſeine entſcheidende Bedeutung, zumal der Weg zum ferngerückten, wenig faßbaren Endziel zugeſtandenermaßen durch lange Etappen ſozialiſtiſcher Gegenwartsforderungen führt, die im Grunde nur andere Einkleidungen radikal bürgerlicher Forderungen und eben doch nur parteipolitiſche Poſtulate ſind. Es iſt dieſe Gegenwartsarbeit doch mehr oder weniger ein Bekenntnis zu dem Satz: „Das Endziel iſt nichts, die Bewegung iſt alles"; dieſe aber muß die Füße auf den Boden der Gegenwart ſtellen und ſich der beſtehenden Geſellſchaft anpaſſen, wenn auch mehr oder weniger mit inneren Vorbehalten, die in ihrer Weiſe auch die bürgerlichen Gruppen bei allen Kompromiſſen machen. Stellt ſich die ſozialiſtiſche Arbeiterbewegung hinfür in einer wachſenden Zahl von Einzelfällen auf den Boden des Gegenwartsſtaates und kommt man ihr von der anderen Seite loyal entgegen, ſo bekommen die realen Kräfte des Geſellſchaftsorganismus, die zu einer inneren Eingliederung zwingen und zum Ausgleich der

Sonderbestrebungen in einer Verständigung miteinander drängen, anderseits die Gesamtheit immer mehr als Förderin der Einzelinteressen bewähren, immer wieder die Oberhand über ideologische Forderungen. Und erweist sich zum anderen Mal, wie lebensfähig in weitem Maße der den neuzeitlichen Forderungen sich anpassende gewerbliche Mittelstand ist, wie notwendig aus den mannigfachsten nationalen Lebensbedürfnissen eine starke, in ihrer Entwicklung geschützte Landwirtschaft dem deutschen Volke ist, neben ihr aber auch die auf den Weltmarkt übergreifenden neuen Erwerbsgruppen der Industrie, des Handels und Verkehrs, so ist auch hier der grundsätzlichen Abneigung der einen Gruppe gegen die andere der Boden entzogen und die Bahn frei für ein vorurteilsloses Miteinandergehen und Füreinanderarbeiten. Die immerhin bleibenden Rivalitäten äußern sich dann mehr und mehr als loyaler Wettbewerb, nicht mehr als Kampf gegeneinander. Man bleibt geneigt und gewillt, kleine Härten untereinander zu dulden und zu ertragen, größere Interessengegensätze auf einer mittleren Linie gütlich, nach Billigkeit auszutragen, sofern auch der andere Teil mit sich reden lassen will. All das, weil man sich gegenseitig bedingt, der eine auf den anderen angewiesen weiß, vor allem aber weil man seine Rechte und Wünsche, kurz seine Geltung neben den anderen von diesen respektiert sieht. Nun, wo man selbst als Mitglied im Ganzen anerkannt wird und sich vom Ganzen gepflegt und gefördert fühlt, findet man, daß, indem man den anderen gibt, man letztlich doch auch sich selbst oder vielmehr dem organischen Ganzen dient, in dem man sich nicht als in einer äußerlichen Zwangsgemeinschaft den anderen unterworfen fühlt, sondern in dem man als Glied der Lebensgemeinschaft des gesellschaftlichen Organismus sich wiederfindet, der aller seiner Glieder bedarf, von denen jedes nur in seiner Eigenart gedeihen kann, eines das andere in Wechselwirkung ergänzt, eines daher auf Gedeih und Verderb mit allen anderen und mit dem Ganzen verwachsen ist, in ihm seinen starken natürlichen Wurzelboden hat. Den Schutz der Landwirtschaft erfaßt man unter dieser organischen Auffassung des reichgegliederten Wirtschafts- und Gesellschaftslebens als einer Lebensgemeinschaft auf Gegenseitigkeit nicht mehr als Geschenk an die Großgrundbesitzer und Bauern, sondern in erster Linie als Sicherung der Volksernährung aus dem Heimatboden. Die Förderung der Industrie ist den alten Erwerbsständen willkommen als gewaltige Berei-

cherung der heimiſchen Volkswirtſchaft, als eine Verdoppelung der nationalen Produktion und Vervielfältigung der Kaufkraft des Innenmarktes. Die Stärkung der Induſtrie und des Handels gilt der Arbeiterſchaft als Vorausſetzung zu ihrer eigenen Hebung, alſo auch als ihr eigenſtes Intereſſe. Eine geſunde, geiſtig ſtrebſame und ſtandesbewußte Arbeiterbewegung ſtellt ſich heraus als unentbehrliche Vorbedingung wachſender Ergiebigkeit der Unternehmungen und alſo auch dem Intereſſe der Unternehmer dienlich. Nach immer neuen Seiten ſtellt ſich dieſe Solidarität der Intereſſen, und nicht bloß der wirtſchaftlichen, ſondern aller Lebensintereſſen dar über allen den Gegenſätzlichkeiten, die ſich an den Ecken und Kanten in Reibungen fühlbar machen. Man bleibt in belebendem Wettbewerb, drückt und erfährt Gegendruck, iſt ſtolz auf ſeine Eigenart und ſucht ſie vor allen anderen zur Geltung zu bringen, läßt ſich aber auch gleiches Streben von den anderen gefallen nach dem Grundſatze: Leben und leben laſſen! Dieſe organiſche und ſoziale Auffaſſung der Geſellſchaft, in der die Einzelperſonen, Gruppen und Stände das erleben, was der geſellſchaftliche Organismus in Wirklichkeit iſt, ringt ſich ſeit Jahren in den ſozialen Kämpfen des deutſchen Volkes allmählich durch und bringt in fühlbarem Maße das ſeeliſche Gleichgewicht in die Geſellſchaft zurück, zwar kein ſtarres, ſondern ein elaſtiſches. Es gibt dem einzelnen Stande das Hochgefühl, daß er durch ſeine Sonderart, ihre Pflege und Betätigung das Ganze bereichert, dadurch ſich aber auch Anſpruch auf volle Geltung im ganzen und neben den anderen ſichert. Er fühlt ſich mit den anderen als Zweck des Gemeinſchaftslebens, nicht aber als bloßes Mittel zum Zwecke eines anderen. Er ordnet ſich dem Ganzen ein, aber als ebenbürtiges organiſches Glied neben den anderen. Er wollte im Grunde eben doch nur in ſeiner Sonderart zur angemeſſenen Geltung kommen, oder wie das Schlagwort lautet, die geſellſchaftliche Anerkennung und tatſächliche Durchführung der Gleichberechtigung erringen. Was in ſeinen Forderungen darüber hinausſchoß, waren eben nur Kampfforderungen aus der Zeit, da man glaubte brechen zu müſſen, was ſich nicht biegen wollte.

Dieſes Sichwiederfinden in der organiſchen Verbundenheit ebenbürtiger Glieder einer Lebensgemeinſchaft, das naturgemäße Verhältnis der Stände zueinander, iſt zwar noch nicht gegeben mit dem bloßen formalen und tatſächlichen Zugeſtändnis der Gleichberechtigung und

Gleichwertung, ſei es in der Geſetzgebung, oder ſei es durch das Verhandeln von Organiſation zu Organiſation. Das iſt zu ſehr negativ, aber noch keine poſitive, organiſch verbindende Lebenskraft. Erſt dieſe löſt das ſeeliſche Problem der neuen Verbundenheit in einer ſozialen Lebensgemeinſchaft. Organiſch verwachſen mit der Geſellſchaft kann nun der Einzelne wie der Stand nur durch ſeine Eigenart. Kann er dieſe mit allen ihren Kräften und Neigungen vollauf entfalten und in der Geſellſchaft zur Geltung bringen, ſieht er ſich in ihr gefördert und gepflegt, dann erſt findet er als dauernde, tiefe und feſte Seelenſtimmung trotz allen Stößen und Gegenſtößen des alltäglichen Miteinanderringens das beruhigende, befriedigende Glück als Glied des Ganzen. Dann bettet er ſich im Grunde behaglich in die Geſellſchaft ein, fühlt ſich in ihr wohl. Es war daher ein dritter Mangel in der bisherigen ſozialen Entwicklung, daß man hauptſächlich auf die gleiche Ausmeſſung der ſozialen, wirtſchaftlichen und ſtaatsbürgerlichen Rechte im gegenſeitigen Abhängigkeitsverhältniſſe gleichſam iſoliert nebeneinanderſtehender Kräfte ſah, nicht aber auch ebenſo eifrig nach Schaffung von lebendigen Arbeitsgemeinſchaften trachtete. Erſt dieſe binden ſeeliſch, führen aus der geiſtigen Abſperrung heraus, in die ſich die Stände, vor allem der neue Arbeiterſtand, trotzig zurückgezogen hatten. Letztes Ziel und die menſchenwürdige Auswirkung aller wirtſchaftlichen, ſozialen und ſtaatsbürgerlichen Errungenſchaften iſt doch deren Umſetzung in perſönliches Glück des Einzelnen. Zwar nicht ein Glück im hedoniſchen Sinne des ungeſtörten, leichten Genuſſes materieller oder geiſtiger Güter, ſondern das Glücksgefühl über vollbrachte Leiſtungen und erfüllte Pflicht. Dieſes Glück findet er in der eigenartigen Entfaltung aller Kräfte und Neigungen zur Bereicherung ſeiner Perſönlichkeit, die verwächſt mit der Familie, dem Stande, der Heimat und dem Vaterlande als der ſtaatlich organiſierten Volksgemeinſchaft. Denn in ſeiner Eigenart kann er etwas ſchaffen, in deſſen Schauen er Genuß findet. Nur in ihr iſt er fruchtbar, ſtark und kann er etwas für die Gemeinſchaft leiſten, was die anderen Stände nicht können, deſſentwegen ſie ihn alſo nötig haben. Seine Eigenart macht ihn ſomit wertvoll für die Geſamtheit, iſt ſein Rechtstitel für ſeine Anſprüche auf Geltung in dieſer. Nur in ſeiner Haut und an ſeinem Platze wie in ungehemmter Entfaltung ſeiner eigenartigen Lebenskräfte wird jedem Lebeweſen wohl. Dem

muß auch die Gesellschaft gerecht werden, soll der einzelne in ihr sein Gleichgewicht, seine seelische Ruhe und eine befriedigende Auswirkung finden. Der Eigenart seines Standes muß sie Achtung, Förderung und Pflege bieten, sonst fühlt er sich von ihr abgestoßen, strebt aus ihrem Zwange hinaus und kehrt sich in Selbstverteidigung wider die anderen Gruppen. Darum rangen die Arbeiter von Anfang ihrer Bewegung an so hartnäckig um die Anerkennung des Rechtes der Selbstverwaltung ihrer Standesangelegenheiten, um das Koalitionsrecht, um die Mitbeteiligung an der Regelung aller Angelegenheiten, die auch ihr Wohl angehen. Es war das der urwüchsige Drang ihrer gesunden Menschennatur. Darum auch lehnten sie es instinktiv ab, daß nur der einzelne Arbeiter, nicht aber die Standesvertretung mit dem Arbeitergeber verhandeln dürfe. Darum sahen sie sich nicht vertreten, wenn man zu Werken der Wohlfahrtspflege, zu Einrichtungen der Staats- und Gemeindeverwaltung Arbeiter heranzog, die nicht vom Vertrauen der Standesgenossen getragen und nicht von ihnen bestellt waren. Mochten diese auch tüchtig sein, noch so gewissenhaft von den anderen Gesellschaftsgruppen ausgewählt werden, sie galten den Arbeitern doch nur als Konzessionsschulzen und waren ihnen ein Affront. Sie fühlten eben, daß man hier ein ebenbürtiges Organ der Gesellschaft abschnürte, ihm keine Selbstbetätigung in der Gesamtheit gönnte, von seiner Eigenart nichts wissen wollte. Man vergewaltigte sie in ihrem innersten Fühlen und Denken, meist ohne das zu beabsichtigen. Alle übrigen Zugeständnisse verfehlten dann ihre Wirkung zur Gewinnung der Seele der Arbeiter. Nun, da man sie zurückstieß, niederhielt, wurden sie ungebärdig, wehrten sich in ungestümer Weise, suchten ein neues Gesellschaftsideal zu verwirklichen. So rächte sich in der sozialen Entwicklung unserer Tage ein in der Menschheitsgeschichte immer wiederkehrender Erziehungsfehler. So entfremdete sich auch Land und Stadt und in jedem von beiden hoch und niedrig, auch in der Lebenskultur, der ureigensten Lebensentfaltung. Die kräftige, lebensfrische bäuerliche Kultur ist auf diesem Wege vielfach verdorrt und verwüstet. Die Arbeiter und anderen kleinen Leute ahmten trotzig die Kultur der oberen Stände nach: „Was ihr könnt und habt, können auch wir uns leisten." Statt daß sie sich sagten: „Auch wir können in unserer Art uns wohlig und schön gehaben, und trotz allem was die anderen aufbieten, lobe ich mir meine

Art mich zu kleiden, zu wohnen, mich zu erholen und zu vergnügen, und um nichts in der Welt ließe ich davon ab.“ Und fürwahr, warum sollten sie auf ihre Eigenart nicht stolz sein, wenn sie eben etwas Eigenes, dabei voll Entfaltetes, Ganzes, Glückbringendes aufzuweisen haben, was die anderen nicht aufbringen können? Ist es doch ihr persönliches Werk, dazu für die Gesamtheit unentbehrlich. Oder weiß denn ein tüchtiger Arbeiter in dem Vorstande einer Kleinwohnungsbaugesellschaft, einer Jugendpflegekommission, im Elternbeirat der Volksschule nicht besser, wie die anderen zu sagen, was dem Arbeiter und seinen Kindern frommt und zusagt und wie das Nötige zu machen ist? Wird er, wo es Arbeitern etwas verständlich zu machen gilt, wo man sie für etwas gewinnen will, das nicht erfolgreicher in die Hand nehmen als ein Draußenstehender? Werden die Arbeiter nicht ganz anderes Vertrauen zu den wohlmeinenden Absichten der Höherstehenden haben, wenn man sie aus eigenem Antriebe zur Mitarbeit heranzieht? Dasselbe gilt von den Bauern, vom Mittelstand. Denn gerade alle diese kleinen und großen Lebensangelegenheiten sind es, in denen entweder die Stände, ähnlich wie die Glieder des Körpers im Blutumlauf und in der Zirkulation der Nervenkraft, durch Gemeinschaftsarbeit zur geistigen Lebensgemeinschaft des Gesellschaftsorganismus verwachsen, oder wo sie durch Entfremdung vom Gesellschaftsleben abgeschnürt und zur Rebellion gedrängt werden. Läßt man aber ihre Eigenart in der Gesellschaft und in ihrem Werte für diese vollauf und willig zur Geltung kommen, fördert die Gesamtheit gar freudig deren Entwicklung zum lebensfrohen Standesbewußtsein, gibt sie ihr Spielraum im Ganzen bei Einordnung unter das Ganze, so werden sie nicht mehr gewaltsamen Reiz zur Opposition gegen die Eigenart der anderen empfinden, sondern statt dessen in ihrer gesunden Mehrheit erfahren, daß sie genug zu tun haben und auch volles Genügen finden im eigenen Lebenskreise ihres Standes. Sie werden dann auch als ihren Hort die Gesellschaft, den Staat, das gesamte Kulturleben verteidigen und fördern, weil in diesen ihre Standeskultur den Wurzelboden hat. Dann versteht man einander im Ganzen, weil man sich in ihm verstanden fühlt. Mehr will der gesunde Mensch letzten Endes doch nicht, wenn er im Suchen darnach auch mal über die Grenzen des eigenen Rechtes hinausgreift. Dann verliert die Gesellschaft in allen den Wellenschlägen des Wettbewerbes

der vielfältigen miteinander ringenden Intereſſen ihrer Glieder nie das ſoziale Gleichgewicht.

Vor einem vierten Fehler müſſen ſich zwar die höheren Kreiſe hüten, die ihre geſellſchaftlichen Pflichten gegen die unteren auch als Führer und Helfer bei der Pflege der Volkskultur zu erfüllen haben. Sie ſind die ſtetig tätigen Erneuerer und Hüter der Kultur in der Geſellſchaft. Aber nicht ſollen ſie ihre eigene Standeskultur den anderen in einer Verkleinerung oder in einem Surrogate geben, ſondern ſie müſſen ſich in die Seele des Arbeiters, Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden einfühlen, ſeine Eigenart und deren Entwicklungsmöglichkeiten liebevoll verſtehen und zur lebensfriſchen Entfaltung bringen derart, daß dieſe kleinen Leute dadurch lernen, ſich ſelbſt zu verſtehen und ihre angeborenen Kräfte und Neigungen, vor allem das Gemüt harmoniſch auszubauen. Die Standeskultur muß den Einzelnen und der Standesgeſamtheit anwachſen wie dem Vogel ſein Kleid, der Schnecke ihr Gehäuſe. Sonſt verfallen die Arbeiter und ſelbſt die aus ihren Reihen hervorgegangenen Führer dem Nachahmungstrieb und wollen, wie in der Mode, ſo in der ganzen Lebenshaltung und in ihrer geiſtigen Betätigung lebensfremde Ideale bei ſich verwirklichen. Das aber verſöhnt ſie nicht nur nicht innerlich mit der Geſellſchaft, ſondern radikaliſiert ſie vielmehr. Solch einen Fehler machten die liberalen Arbeiterbildungsbeſtrebungen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts; es war löblich, daß ſie die Bildungsgegenſätze als eine ſozial am tiefſten trennende Kluft überbrücken wollten. Sie gaben aber dem Arbeiter Bildungselemente, mit denen bloß ſtudierte Leute ſich zurecht finden können, nicht aber ſchloſſen ſie in dem Geiſte und Gemüte der Arbeiter die Quellen eigener Kultur auf. Wie hat man demgegenüber in unſeren Tagen die Bemühungen von F. W. Förſter gleichſam als eine Offenbarung begrüßt, der die Wege wies, auf denen man ſich in die Volksſeele einfühlen und Eigenartiges, Naturwüchſiges, Bodenſtändiges in ihr herausbilden könne.

Faſſen wir zuſammen. Die ſozialen Kämpfe entwickeln ſich als das Ringen um die Geltung der Gruppen mit- und nebeneinander; ſie ſuchen das organiſche Gleichgewicht. Sie wiſſen ſich aufeinander angewieſen, keiner will aber nur Mittel zum Zwecke des anderen ſein, ſondern im Ganzen ein ebenbürtiges Eigenleben führen und pflegen. Dieſer Ausgleich muß aber in ſittlicher, organiſcher Verbundenheit ge-

funden werden; in nicht bloß äußerlicher, nur egoistischer Kooperation, sondern in einer Lebensgemeinschaft, in der alle sich verwurzelt fühlen, in der jedes Glied von Natur aus, nicht aus freier Willkür, eine gesellschaftliche Funktion hat, in der aber auch jedes Glied in seinem Eigenleben von der Gesellschaft aus derem eigensten Interesse sich gefördert sieht. Ob die Verwirklichung dieses Zieles im Solidarismus auf dem Boden des Gegenwartsstaates zu suchen ist oder erst vom Sozialismus erreicht werden kann, diese Frage entscheiden die in der Gegenwartsarbeit sich Geltung verschaffenden realen psychologischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Gemeinschaftslebens. Inzwischen sind die nötigen Garantien als allgemein gültige und anerkannte Sicherheiten solcher organischen Verbundenheit ebenbürtiger Glieder im Ganzen — wir denken durchaus nicht an das alte verknöcherte Ständewesen — zu gewähren in gesetzlichen Rechten, denen bei anderen Pflichten gegenüberstehen, in Schranken wie sie der Arbeiterschutz, in Leistungen wie sie die Arbeiterversicherung, in Freiheiten wie sie das Koalitionsrecht bietet. Ferner in öffentlich-rechtlichen oder von der gesellschaftlichen Autorität geförderten freien Organen der Gemeinschaftsarbeit, in gemeinnütziger Volkswohlfahrtspflege, die vorzüglich Gemeinschaftsarbeit sein soll, in Pflege jenes Gemeinschaftsgeistes auch durch Literatur und Kunst, durch alle Bildungs- und Erziehungseinrichtungen in der Volksschule, Fortbildungs-, höheren und Hochschule, durch freie Volksbildungsarbeit, daneben in den Standesvereinen, die im Gegensatze zu den Berufs- und Wirtschaftsorganisationen Bildungs- und Erziehungsaufgaben religiös-sittlicher, allgemein bildender, staatsbürgerlicher, sozialer und kultureller Art sich zum Ziele gesetzt haben. Wenn alle diese Arbeit vom deutschen Idealismus, insbesondere von seiner starken Gemütskraft, die in allem das tief Menschliche herausfühlt und zu gestalten strebt, getragen ist, kann das deutsche Volk auch in seiner neuen sozialen Gruppierung zu einem gesunden Gemeinschaftsleben verwachsen.

Das sind die Ziele und Wege der sozialen Verständigung, wie sie eine aufmerksame Betrachtung unserer bisherigen sozialen Entwicklung aufweist.

Die Theorie des Klassenkampfes und die praktische Arbeitsgemeinschaft der Klassen.

Von Hugo Heinemann.

Unzählige Male konnte man in den vergangenen Monaten hören und in der bürgerlichen Presse lesen, und zwar selbst aus dem Munde durchaus wohlwollender und verständiger Beurteiler: So erhebend in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 sich auch der reife Staatswille in der deutschen Sozialdemokratie offenbart habe, als sie der Welt das bisher ungewohnte Bild eines einigen deutschen Volkes bot, so bewundernswert die Kraft gewesen sei, mit der sie die dem Historiker verständlichen Widerstände in den eigenen Reihen überwand und aus der geschichtlichen Tat des 4. August rückhaltlos die politischen Konsequenzen zog, und vor allem so grandios sich die in der wirtschaftlichen Organisation der deutschen Arbeiterklasse, in den Gewerkschaften, verkörperte Intelligenz gezeigt habe, als diese unter Betonung ihres Interesses an der ökonomischen Blüte Deutschlands ihr Handeln ausschließlich nach dem einen Gesichtspunkte orientierten, der tatkräftigen Mitarbeit an dem größtmöglichen Siege Deutschlands, so sei es trotzdem verfehlt, aus diesen Momenten einen Schluß auf die innerpolitische Zukunft unseres Vaterlandes zu ziehen. Die außerordentliche Gefahr feindlichen Einbruchs in deutsche Erde habe naturgemäß alle Streitigkeiten um den Besitz dieser Erde und deren Ausbau zu vorübergehendem Schweigen gebracht. Daraus allein aber folge noch nichts für die Zeit, in der die uns bedrohende, rohe äußere Gewalt beseitigt sei. Dann erst werde sich zeigen, ob die Sozialdemokratie bereit sei, die Fahne des Klassenkampfes, unter der sie bisher gekämpft habe, einzurollen und damit aus einer politisch intransigenten Partei zu einem am Staatsganzen positiv mit-

arbeitenden Faktor zu werden. Und in noch höherem Maße gelte dies von der Gewerkschaftsbewegung. Sie stehe am Scheideweg und müsse wählen zwischen dem Klassenkampf und dem Berufskampf, wie ihn etwa der Bund der Industriellen oder der Bund der Landwirte führen, um auf diese Weise den eigentlichen Kern der gewerkschaftlichen Bestrebungen rein und klar hervortreten zu lassen. Dies sei die Voraussetzung für die Änderung der bisher von Gesetzgebung und Verwaltung eingehaltenen Richtlinien. Die Theorie des Klassenkampfes begreife eine Negation des Staates in sich. Wer sich aber selbst außerhalb des staatlichen Ganzen stelle, der könne sich nicht beklagen, wenn dem Eindringen seiner Anschauungen in das öffentliche Wesen von der Staatsgewalt mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln entschlossener Widerstand entgegengesetzt werde.

Eine solche Auffassung fordert Unmögliches, sie ist unbillig und auch vom Standpunkt der nationalen Notwendigkeiten in keiner Weise gerechtfertigt. Sie verlangt Unmögliches, da von keinem aufrechten Mann die Aufgabe seiner wissenschaftlichen Überzeugung erwartet werden kann, sie ist unbillig, weil es nicht angeht, in demselben Atemzug, in dem man die geistige Existenz eines Menschen anerkennt, von ihm deren Preisgabe zu fordern. Die Überzeugung aber, daß alle bisherige Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen sei, daß die einander bekämpfenden Klassen jedesmal Erzeugnisse der ökonomischen Verhältnisse ihrer Zeit seien und daß das, was für die anderen Klassen gegolten hat, ebenso für das Proletariat Gesetz ist, daß also auch für dieses der Kampf unerläßliche Vorbedingung seiner geistigen, sittlichen und kulturellen Höherentwicklung bleibe behufs Erreichung seiner politischen und ökonomischen Ideale — diese Betrachtungsweise der Geschichte bildet nun einmal die theoretische Grundlage der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Allerdings kann aber auch diese Theorie ebensowenig wie irgendeine andere den Anspruch darauf erheben, als ein keinerlei Einschränkung zulassendes, ewiges Dogma zu gelten. Schon die Tatsache, daß große Arbeiterkategorien und große, keineswegs die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigende Arbeiterorganisationen — es sei nur an die christlichen Gewerkschaften erinnert — gerade in der Frage des Klassenkampfes sich von der Mehrzahl ihrer Klassengenossen mit aller Schärfe scheiden, gibt zum Nachdenken Anlaß. Die Behaup-

tung, daß es sich hier um zurückgebliebene, ihre Klassenlage nicht verstehende Menschen handele, wäre eine Beschimpfung, aber keine Erklärung dieser Erscheinung. Und hinzu tritt nun die ungeheure Tatsache dieses Völkerringens, die neben der Theorie des Klassenkampfes die andere von der Solidarität aller Volksgenossen ohne Unterschied der Klassen mit vollster Kraft in die Erscheinung treten ließ. Wer hätte noch den Mut zu behaupten, daß er der einzige sein werde, der aus der größten Erschütterung, die die Menschheit je erlebt hat, wie ein Phönix aus der Asche hervortauchen und sagen könne: Zwar ist die Welt aus den Fugen gegangen, aber meine Theorie ist unversehrt geblieben? Niemand vermag die psychologischen Wirkungen des Krieges auf den inneren Menschen und auf das äußere staatliche und gesellschaftliche Leben vorauszusagen. Heute schon inmitten des Weltkrieges befindet sich die Sozialdemokratie in einer Krise, die sie in ihren tiefsten Tiefen erzittern macht. Die Krise hat — darüber kann man sich keiner Täuschung hingeben — ihren wesentlichsten Grund in rein ideologischen Faktoren, der Stärke der Liebe zum Vaterland, des nationalen Empfindens und nicht in dem größeren oder geringeren Grade von Selbstgefälligkeit und Selbstsicherheit, mit dem man sich zu einigen alten Formeln bekennt.

Ich will jedoch an dieser Stelle nicht auf die Bedeutung der durch den Krieg zwar nicht geschaffenen, aber im schnellsten Tempo und mit stärkster Wucht durch ihn ans Tageslicht gebrachten Ideologien und auf die Wirkung eingehen, die diese notwendigerweise auf alle theoretischen Grundsätze und Erkenntnislehren ausüben müssen. Man lege selbst den Begriff des Klassenkampfes in seiner ganzen Starrheit und Orthodoxie, wie eine solche nie den großen Bahnbrechern des Sozialismus eigen war, zugrunde. Keinesfalls geht es an, worauf jüngst Winnig in seiner gedankenreichen kleinen Schrift: „Der Burgfrieden und die Arbeiterschaft" mit Recht hingewiesen hat, diesen streng wissenschaftlichen Begriff als eine Form zu behandeln, in die man hineinfüllen kann, was man gerade braucht, und aus dem sozialgeschichtlichen Prinzip eine taktische Vorschrift und eine Methode des Handelns zu machen, der man in jedem Einzelfalle trotz aller Änderung der historischen Verhältnisse wie einem Geßlerhut die unbedingte Reverenz zu erweisen habe. Der Weltkrieg hat zu ganz neuen Erkenntnissen geführt, aus denen der denkende Mensch die Folgerung

ziehen wird, daß er sein politisches Wollen und Handeln den historischen Ergebnissen anpassen und Anschauungen aufgeben oder wenigstens modifizieren müsse, die die Geschichte gewogen und als romantische Täuschungen für zu leicht befunden hat. Welche Politik den Interessen der Arbeiterklasse dient, darüber kann man streiten. Aus dem Begriffe des Klassenkampfes aber kann keine, wie immer geartete Antwort gefunden werden. Eine solche ist, um es noch einmal zu sagen, allein aus den jeweiligen historischen Verhältnissen zu gewinnen. Diese aber führen uns heute inmitten des Weltkrieges und aus den Ergebnissen des Weltkrieges heraus zu der klaren und unabweislichen Erkenntnis, daß der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse bedingt ist durch die Abkehr von der revolutionären Phrase und durch die Bereitwilligkeit der Zusammenarbeit mit allen anderen Klassen des Volkes in den Lebensfragen der Nation, da die Interessen des Proletariats hier mit denjenigen der übrigen Volksgenossen zusammenfallen.

Fassen wir die wichtigsten dieser Lebensfragen ins Auge:

Niemand von uns war sich vor dem Kriege in vollem Umfange darüber klar, in wie erschreckender Abhängigkeit von Englands Gnade wir als Nation lebten. Allerdings lächelten längst auch viele von uns Sozialdemokraten über die Ansicht Kautskys und legten sie zu den übrigen fast nie eingetroffenen Weissagungen dieses von seltenem Mißgeschick verfolgten Propheten, wenn er vor einigen Jahren schrieb: „Deutschland müßte gleichzeitig im Kriege mit England und allen seinen Nachbarn sein, sollte seine Lebensmittelzufuhr ernstlich bedroht sein. Eine derartige Voraussetzung ist aber ein Unding.“ Um uns jedoch eine der Wirklichkeit ganz entsprechende Vorstellung von der Größe der uns von England aus drohenden Gefahr zu machen, dazu bedurfte es erst dieses Weltkrieges. Ist aber erst einmal diese Klarheit gewonnen, haben wir uns vollends davon überzeugt, daß England — die englischen Minister sprechen es ja mit allem Zynismus aus — auch im künftigen Frieden nicht davon ablassen will und wird, uns politisch und wirtschaftlich zu ruinieren, dann müßte das deutsche Volk Fischblut in seinen Adern haben oder bereit sein, die ihm eigene starke Lebenskraft gegen den Formelkram mißvergnügter Theoretiker einzutauschen, wenn es einer fremden Nation, da sie mit Deutschlands wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Arbeitskraft und Organisationskunst nicht konkurrieren kann, weiter ruhig

gestatten sollte, Deutschland das Gebot der Hemmung seiner Fähigkeiten entgegenzusetzen und ihm die Grenzen der Betätigung seines Unternehmungsgeistes über Land und Meer vorzuschreiben.

Gerade die deutsche Sozialdemokratie, die die breiten Massen des Volkes vertritt, kann am wenigsten wollen, daß dem deutschen Volke von der englischen Nation die Lebensmöglichkeit nach irgendeiner Richtung hin beschränkt wird. Die Kapitalbesitzer könnten, worauf gerade von gewerkschaftlicher Seite zutreffend hingewiesen ist, gute Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital in der ganzen Welt finden und skrupellose Profitmacherei ist im Auslande an manchen Stellen viel geringeren Beschränkungen unterworfen als in dem Deutschland des allgemeinen Wahlrechts und der sozialen Reform. Für den deutschen Arbeiter aber bedeutet Verwirklichung des Kriegszwecks Englands die Verschlechterung seiner Lebenshaltung, bedeutet das Fortbestehenlassen der Situation, wie sie vor dem Kriege war, dauernde Beunruhigung. Arbeiterschaft und Industrie vereinigen sich also in dem Interesse, der englischen Seemacht eine gleichwertige Kraft entgegenzusetzen und alles zur Erreichung dieses Effektes Erforderliche aufzubieten. Damit aber ist auf einem der wichtigsten Gebiete des künftigen staatlichen Lebens die Grundlage für ein Zusammenhalten und Zusammenarbeiten der Klassen geschaffen, das spottend aller parteipolitischen Schlagworte von Imperialismus und Flottenpolitik für das deutsche Wirtschaftsleben von größter Bedeutung werden wird. Wenn der Kaiser in seinem Aufruf an das deutsche Volk vom 31. Juli 1915 von einem Frieden sprach, „der uns die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bietet und die Bedingungen erfüllt zur ungehemmten Entfaltung unserer schaffenden Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meere", und wenn dieses Kaiserwort in der Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses von Mitte August desselben Jahres sein Echo dahin fand: „Zwecks Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit des deutschen Volkes fordern wir offene Tür, d. h. gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung auf allen kolonialen Gebieten", so bedarf es wahrlich nicht der Gabe besonderer politischer Feinhörigkeit, um hier die Annäherung in Ansichten zu entdecken, die in der Erreichung sehr realer nationaler Ziele ihren Niederschlag

finden können. Und keine dröhnende, lungenkräftige Deklamation wird die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die in ihrer Kraft, Klarheit und Lauterkeit schon jetzt aus diesem Weltkrieg sich heraushebende Idealgestalt, die auch in der Walhalla der deutschen Arbeiterschaft einen Ehrenplatz finden wird, Paul von Hindenburg, der Interpret der dem ganzen deutschen Volk gemeinsamen Anschauungen geworden ist, wenn er von unserem staatlichen Realismus wiederholt und mit Nachdruck gefordert hat, den Blick fest auf das eine Ziel gerichtet zu halten, aus eigenen Mitteln England gegenüber die Freiheit der Meere behaupten zu können.

Hiermit hängt etwas Weiteres zusammen, in dem sich alle Klassen des deutschen Volkes treffen: Das Interesse unserer nationalen Verteidigung und Selbständigkeit überhaupt. Wir sollten heute alle so ehrlich sein und uns nicht scheuen, es in diesen Tagen gesteigerter nationaler Empfindlichkeit offen auszusprechen, daß wir in der Zeit des Friedens mit ihren kleinen täglichen Sorgen und Kämpfen uns der nationalen Grundlage unserer Kultur nicht immer bewußt waren, daß wir vergessen hatten, uns stets daran zu erinnern, daß die restlose, leidenschaftliche Hingabe an die Volksgemeinschaft und die Sache des Vaterlandes Voraussetzung des Dienstes für die Kulturinteressen der Menschheit ist. Daß wir diese uns heute selbstverständlich erscheinende Tatsache zuweilen übersehen konnten, hatte einmal darin seinen Grund, daß wir uns des kostbaren Besitzes nationaler Selbständigkeit zu sicher fühlten. Wir dachten deshalb nur immer daran, das Gebäude in seinem Innern schön und wohnlich auszugestalten, ohne zu ahnen, wie starke Kräfte damit beschäftigt waren, die Fundamente zu unterhöhlen. Hinzutrat: Die Gesetzgebung und die Verwaltung legten der Aufwärtsentwicklung des Proletariats so viele Steine in den Weg, errichteten so starke Schranken gegen die Erhaltung und weitere Ausgestaltung seines einzigen, aber darum mit verdoppelter Eifersucht überwachten Besitzes, der organisierten Macht der gemeinsamen Aktion der Massen, ersannen so zahlreiche Erschwerungen für die Selbsthilfe in Koalitionen und Krankenkassen, daß die Entstehung einer feindseligen Stimmung gegen die zurzeit befolgte Richtung der Ausübung der Staatsgewalt unvermeidlich war. Erst als eine Weltgegnerschaft, wie sie noch niemals in der Geschichte ein Volk zu bestehen hatte,

Vernichtung alles Deutschtums proklamierte, kam es uns zum Bewußtsein, daß wir zugleich mit diesem unserem Staate trotz aller seiner Unvollkommenheiten eine Arbeiterkultur zu verteidigen hatten, wie sie keine fremde Nation uns an die Seite zu stellen vermag, und daß an der Ausbildung dieser Arbeiterkultur der Staat nicht unbeteiligt ist, der klar über das Ziel seines Weges als erster das Neuland der sozialen Gesetzgebung beschritten hat, nicht etwa aus der kapitalistischen Tendenz heraus, dem, der den Nutzen aus eines anderen Arbeitskraft zieht, das Risiko für deren Beschädigung abzunehmen, sondern mit dem Ziel, da in dem Menschen der Mensch zu achten sei, gegen die aus der modernen Wirtschaftsweise sich ergebenden Gefahren vorbeugend zu wirken.

Und endlich ist in diesem Zusammenhang ein Drittes zu erwähnen, das uns allesamt angeht: Die grandiose Durchführung des Prinzips des Volksheeres. Als die Sozialdemokratie am 4. August 1914 gemeinsam mit allen anderen Parteien sich schützend vor das bedrohte Vaterland stellte, da konnte sie mit berechtigtem Stolze auf ihre Geschichte verweisen. Es war nicht länger als ein Jahr vor dem Ausbruche des Krieges, als der Parteivorstand in einem Flugblatt mit Rücksicht auf die Deutschland bedrohende Gefahr die volle Entfaltung seiner ganzen Verteidigungskraft bis auf den letzten Mann forderte und hinzufügte: „Die Sozialdemokratie war die erste große Partei, die das klar erkannt und daher in ihr Programm den Satz aufgenommen hat, der die Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit ausspricht.“ Nur gegen Mängel des Systems richtete sich die Kritik. Aber wer hätte heute angesichts der Ehrfurcht gebietenden Taten unseres Heeres den Mut, zu bestreiten, daß diese Kritik oft über das Ziel hinausgeschossen ist und daß wir keine Vorstellung von der intensiven Arbeit hatten, die von unserer militärischen Verwaltung im Frieden geleistet war? Umgekehrt wird man sich auf der entgegengesetzten Seite fragen müssen, ob man es nicht aus einem gewissen Eigensinn heraus in der Zeit des Friedens abgelehnt hat, über die von der Demokratie gestellten Forderungen auch nur zu diskutieren nud so ohne Not Gegensätze von höchster Schärfe zu erzeugen, während doch über die Sache selbst, die Notwendigkeit der nationalen Verteidigung, keinerlei Meinungsverschiedenheit bestand, die Differenzen vielmehr nur die Ausgestal-

tung des Prinzips betrafen. Ausgleichbar, da infolge gegenseitiger Mißverständnisse übertrieben, erscheinen uns heute alle diese Gegensätze, nachdem der in seiner Dauer und Intensität gleich furchtbare Krieg Heer und Volk zu einer untrennbaren Einheit zusammengeschmiedet hat und die allgemeine Wehrhaftigkeit restlos durchgeführt ist. Friedrich Meinecke hat auch hier das erlösende Wort gefunden, als er sagte: „Jeder Nationalkrieg verwandelt bei uns mit einem elektrischen Schlage das blankgeputzte Berufsheer in das feldgraue, grimmig entschlossene Volksheer. Im Winter 1913/14 zankten wir uns über Zabern, im August 1914 aber rühmte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Frank „die glänzende und straffe Organisation des Heeres" und ging dann opfermutig dem Schlachtentode entgegen." Das durch die eiserne Kriegsnot vollzogene Ineinanderaufgehen von Berufs- und Volksheer hat einen Boden für das Zusammenarbeiten der Klassen geschaffen, der reiche Früchte tragen wird. Soviel jedenfalls erscheint schon heute sicher: Keine Partei wird künftighin ihre positive Mitarbeit an irgendeinem Punkte verweigern dürfen, der die Interessen der nationalen Verteidigung berührt, will sie nicht sich selbst das politische Todesurteil sprechen.

Wie auf dem Felde der nationalen Selbstbehauptung, so springt auch auf innerpolitischem Gebiete in die Augen, daß die Theorie des Klassenkampfes, das Ziel der Umwandlung der Gesellschaftsform in die sozialistische in keiner Weise den Bekenner dieser Weltanschauung daran hindert, in vollem Bewußtsein der Verantwortlichkeit des Einzelnen gegenüber dem Staatswohl sich diesem zu positiv schaffender Mitarbeit und zur Zusammenfassung aller Volkskräfte zu einem Ganzen zur Verfügung zu stellen.

Heute, wo der Krieg in stärkster Weise bewiesen hat, daß die große Masse des Volkes nicht Objekt, sondern in eminentestem Maße Subjekt der nationalen Verteidigung ist, geht es nicht mehr an, diese Masse als Objekt der Gesetzgebung anzusehen. Es gilt — selbst ein konservativer Mann wird dies anerkennen müssen — die Masse, entsprechend ihrer Bedeutung für das gesamte Staatsleben, an Gesetzgebung, Selbstverwaltung im Staat und Kommune teilnehmen zu lassen. Es harrt ja aller unserer staatlichen und wirtschaftlichen Organe eine solche überwältigende Zahl unabweisbarer Aufgaben, daß die ungeheuere Fülle geistig produktiver Kräfte, die in

der deutschen Arbeiterschaft ruht, nicht mehr wie bisher beiseite geschoben werden darf. Ob sich jemand zur Theorie des Klassenkampfes bekennt oder nicht, was verschlägt es, wenn die Arbeit so außerordentlich drängt und die Kräfte zu freudiger, positiver Mitarbeit bereit sind. Die Arbeiter dürsten und verlangen danach, mitzuschaffen und zu arbeiten an dem neuen Deutschland, an der versprochenen Reform des Klassenwahlrechts, die ihnen endlich auch einen gerechten Anteil an der Volksvertretung bringen soll, an der notwendigen Neuschaffung des Arbeiter- und Koalitionsrechts und an allem, was das deutsche Volk angeht.

Zumal auf dem die Arbeiterschaft am allerdringendsten berührenden, dem gewerkschaftlichen Gebiete ist es doch mit Händen zu greifen, daß die positiv schaffende Mitarbeit die Voraussetzung für den Erfolg der gewerkschaftlichen Betätigung ist. Wie oft ist in den Tagen des Krieges von gewerkschaftlicher Seite betont worden, daß der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Wirtschaftslebens unlöslich miteinander verbunden sind, daß die politische und ökonomische Blüte Deutschlands die Bedingung für die Entwicklung unserer Arbeiterschaft zu ihrer heute bewunderten Höhe war. Zu dieser aber konnte das Proletariat nicht gelangen, indem es in beschaulicher Demut seine Hände in den Schoß legte und die Freimachung der in ihm schlummernden, nach Selbsthilfe drängenden gewaltigen Kräfte unterließ, aus Besorgnis sich der Auflehnung gegen Obrigkeit und Autorität schuldig zu machen. Es mußte vielmehr leidenschaftlich nach Anteilnahme an allen Gütern der modernen Zivilisation streben und sich deshalb Schritt für Schritt einen immer größeren Anteil an dem Ertrage der Arbeit erkämpfen. Das war und ist Klassenkampf, und zwar in seiner reinsten Form. Eine politische Partei, die stets auf möglichste Erweiterung ihrer Anhängerschaft bedacht sein muß und einen immer breiteren Boden in der Bevölkerung gewinnen will, kann Klassenpartei stets nur in dem Sinn sein, daß sie die Interessen derjenigen Klasse, aus der sich der überwiegende Teil ihrer Mitglieder zusammensetzt, mit besonderem Nachdruck in der politischen Arena vertritt. Im übrigen liegt es, wie Cunow in seinem Buche über die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs während der Jahre 1789—94 mit vollem Recht hervorgehoben hat, im Wesen jeder die bestehende Staats-

ordnung bekämpfenden Partei, „möglichst alle mit dieser Ordnung unzufriedenen Elemente um sich zu scharen und für diese, ohne Rücksicht auf ihre Klassenzugehörigkeit einen gemeinsamen Kampfboden zu suchen. Die Folge ist stets, daß von einer solchen Partei die gemeinsamen politischen Forderungen ihrer Gefolgschaft in den Vordergrund gerückt und daß die sozialen Forderungen, die in den einzelnen Teilen der Anhängerschaft innere Zwistigkeiten auslösen könnten, zurückgeschoben werden." Im gewerkschaftlichen Kampfe dagegen sehen wir ausschließlich die durch die gleichartige wirtschaftlich-soziale Lage miteinander Verbundenen um die Erhöhung ihrer Lebenshaltung ringen, also den wirklichen Klassenkampf im reinsten Sinne des Wortes führen. Aber gerade diese Stelle, die den niemals ruhenden Kampf ausgefochten hat und, solange die heutige Wirtschaftsordnung besteht, immer von neuem aufnehmen wird und muß, hat klar erkannt, daß jeder, auch der kleinste Fortschritt auf dem steinigen Weg oder gar die Erreichung des Kampfzieles abhängig ist von dem Gedeihen des Gesamtorganismus, daß die fünfundzwanzigjährige stolze Gewerkschaftsarbeit, die seit Aufhebung des Sozialistengesetzes hinter uns liegt, nur deshalb so erfolggekrönt sein konnte, weil sie mit dem beispiellosen Aufstieg des deutschen Wirtschaftslebens zusammenfiel und daß, je glanzvoller sich dieses entwickelt, umso stärker sich die in der deutschen Arbeiterbewegung ruhenden Kulturkräfte entfalten werden, während diese gefesselt wären, wenn ein für den nationalen Körper wesentliches Organ seine Funktionen einstellen würde. Verfehlt und kaum noch für die Erzielung billiger Volksversammlungseffekte ausreichend ist die Behauptung, daß diese scharfe Betonung der Notwendigkeit verantwortungsvoller Gemeinschaftsarbeit die Gefahr erschlaffender Harmonieduselei, Zurückstellung kraftvollen Wollens und damit den Verlust des Höchsten, das es im menschlichen Leben gibt, des zielbewußten Vorwärtsstrebens, im Gefolge haben muß. Daß dieser Erfolg nicht eintritt, dafür bürgen die ökonomische Entwicklung und das in der deutschen Arbeiterschaft lebendige Bewußtsein der historischen Grundlage und des besonderen Charakters ihrer Klasse.

Mit vollem Recht haben die Gewerkschaften und die sie vertretenden Organe es unter ihrer Würde gehalten, sich gegen den von radikaler Seite wider sie erhobenen Vorwurf zu verteidigen, als ob die

von ihnen während des Krieges eingehaltenen Richtlinien die proletarische Klassenpolitik verrieten. Die Taten dieser Arbeiterstandsorganisationen während fünfundzwanzig langer Jahre reden eine zu deutliche Sprache. Aber, um es noch einmal zu sagen, eben aus diesen Taten folgte gradlinig die von dem offiziellen Organ der Gewerkschaften sofort nach Kriegsausbruch ausgegebene Parole: „Sozialistisch zu denken und zu handeln." „Sozialistisch denken aber heißt: sich bewußt sein, daß nicht die privaten Interessen und Vorteile der einzelnen den Sieg der Nation gewährleisten, sondern daß nur das Aufgehen des einzelnen im Gesamtwohl dem Volke die Riesenkräfte verleiht, mit seinen Feinden fertig zu werden."

Mit einer gewissen Wehmut finden wir heute in manchen Publikationen der geistigen Führer unseres Volkes festgestellt, daß die in den Augusttagen 1914 Deutschland erfüllende, durch den Schmerz geläuterte, gleichsam dem zeitlichen Wesen entrückte, überindividuelle Stimmung langsam, aber merklich dem Alltäglichen zu weichen beginne. Und in der Tat drängt sich uns die Frage auf, ob das, was wir für Größe der Empfindung hielten, nicht zum guten Teil bange Furcht war, weil Hannibal vor den Toren stand, und ob die in der Heimat Zurückgebliebenen sich wirklich der für sie von unserem besten Nachwuchs gebrachten Opfer würdig gezeigt haben? Wir sahen eine weitverbreitete abgrundtiefe Geschäftsmoral, die verständnislos, zum Teil bewußt gleichgültig den nationalen Notwendigkeiten gegenüberstand. Wir mußten hören, wie sich die einzelnen Stände mit den üblichen stereotypen Redewendungen gegenseitig beschimpften und den blutigen Hohn ertragen, mit dem auf den Doktrinarismus und die internationale Würdelosigkeit vereinzelter Stimmen im deutschen Reichstag jenseits der Vogesen geantwortet wurde. Mußte es nicht jeden Vaterlandsfreund tief verletzen, wenn er, um nur zwei Beispiele aus den entgegengesetzten Polen anzuführen, einen solchen Mangel an Scham selbst im Anblick tausendfachen Todes wahrnahm, wie ihn die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" jüngst bekundete, als sie die von den höchsten Reichs- und Staatsbehörden wegen ihres wahrhaft patriotischen Verhaltens gerühmten Gewerkschaftsvertreter als „von der Agitation und dem Gelde, das sie den Arbeitern aus der Tasche ziehen", lebende Menschen bezeichnete, mit denen die Arbeitgeberschaft nie gemeinschaftlich beraten könne, oder wenn der „Vor-

wärts" angesichts der vorbildlichen Verwendung der Kriegsgewinne seitens der Firma Krupp von neuem an dem mageren Knochen des Krupp-Prozesses nagen zu müssen glaubte. Und doch wäre es falsch, in einen trüben Pessimismus zu verfallen und die Wiederkehr des alten Unrats, des Krieges aller gegen alle auf Grund solcher beklagenswerten Sondererscheinungen vorauszusagen. Diese sind so wenig das deutsche Volk, wie die Versammlungsschwadroneure die Repräsentanten ihrer Partei. Daß im deutschen Volk das Bewußtsein staatlicher Zusammengehörigkeit und nationaler Solidarität lebt und zu den gewaltigsten Leistungen befähigt, hat dieser Krieg bewiesen. Insbesondere hat er gezeigt, wie klar die größte Klasse des Volkes, die Arbeiterschaft, ihr Interesse am Staat erkennt und wie sie keinen Augenblick mit dem Anerkenntnis gezögert hat, daß sie sich nur deshalb für befugt erachte, den vollen Anteil an allen staatsbürgerlichen Rechten zu fordern, weil sie die Übernahme der korrespondierenden Pflichten als eine Selbstverständlichkeit ansehe.

Das durch diese Tatsache erzeugte gegenseitige Vertrauen und Verständnis, das ist, wenn man von den äußeren Erfolgen des Krieges absieht, für das deutsche Volk das gewaltige Erlebnis und Ergebnis des Weltkriegs. Wir wissen jetzt alle voneinander, wes Standes, welcher Partei, welcher religiösen und wissenschaftlichen Überzeugung wir sind: Wir sind Deutsche, wir lieben unser Vaterland, wir verteidigen es bis zum letzten Blutstropfen. Und weil wir das wissen, sollten wir Deutsche einander in unserer Eigenart achten und gewähren lassen. Wenn die sozialdemokratische Arbeiterschaft ihre wissenschaftliche Überzeugung von der Klassenkampftheorie nicht aufzugeben vermag, wenn sie in ihren politischen Forderungen der Sozialisierung und der Demokratisierung der Gesellschaft verharrt, so darf das für die übrigen Stände und Parteien niemals ein Anlaß sein, ihr die Gleichberechtigung und die gemeinsame Arbeit am Staatsganzen zu versagen. Soweit es sich um die Forderungen auf freiheitliche Ausgestaltung unseres politischen Lebens handelt, um all die großen Fragen, die mit Wahlen, Presse, Vereinsleben, Koalitionen usw. zusammenhängen, nimmt die Sozialdemokrate keine Ausnahmestellung ein. Mögen hier auch noch so starke, praktisch bedeutungsvolle Differenzen zwischen der Sozialdemokratie und dem Liberalismus, vollends mit der Rechten über das

von der Gesetzgebung einzuschlagende Tempo und über den Grad der zu gewährenden Rechte vorhanden sein, einen qualitativen Unterschied begründet dies nicht. Die Sozialdemokratie setzt hier nur die Erbschaft jener Männer fort, die gewiß nicht abseits standen, als es galt, das ganze deutsche Volk zum tatkräftigen Kampf für die deutsche Einheit aufzurufen. Aber die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, tut sich nicht hier eine Kluft auf, die keine wie immer geartete Verständigung ermöglicht? Will man auf diese Frage eine zutreffende Antwort finden, so gibt es kein besseres Mittel, als auf den sofort nach Kriegsausbruch gefaßten Beschluß der Gewerkschaften zurückzugreifen, während der Kriegsnot auch den kleinsten partiellen Streik einzustellen. Als die Gewerkschaften aber diese ihre die Katastrophenpolitiker jeder Spielart persiflierenden Beschlüsse faßten, gaben sie damit wirklich die Grundsätze des Klassenkampfes auf, bekehrten sich die nüchternen Männer zäher, praktischer Arbeit mit einem Male zu der phantastischen Annahme, daß das wirtschaftliche Leben seinen Charakter von Grund aus verändert habe, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der Klassen in Zukunft weniger notwendig seien und weniger energisch geführt werden würden? Diese Fragen aufwerfen heißt sie verneinen. Nein, diese Beschlüsse bedeuten etwas anderes, sie erhärten und unterstreichen noch, daß die deutsche Arbeiterschaft zu der Höhe und Reife der Erkenntnis gelangt ist, daß es etwas gibt, was über den Klassen steht und für sie alle gleich notwendig und wertvoll ist: Die Existenz des Vaterlandes und sein Aufstieg, und daß, wo immer für unsere nationale Sicherung gestritten wird, auch für den Proletarier der Satz gilt: Tua res agitur. Man mache sich nur endlich von dem Irrtum los, die heutige Arbeiterschaft mit ihrem auf praktische Erfolge gerichteten Sinn mit jenen Theoretikern zu identifizieren, die mittels versteinerter Dogmen die Arbeiterbewegung zu den den Staat regierenden Anschauungen zurückführen möchten, die in der Jugendzeit der Arbeiterbewegung galten und heute gründlichst überwunden sind. In seinem Aufsatz: „Über die Schlagworte vom Klassenkampf und Klassenstaat" (Sozialistische Monatshefte 3. Heft 1916) sagt Peus mit vollem Recht: Die heutigen Arbeiter „wollen vorwärts, sie wollen los von der Versilzung, frei werden von der Herrschaft leerer Begriffe ohne Realität. Sie wollen nicht Prinzipien reiten, sondern ihr Leben verbessern. Und dazu gehören klares Den-

ken, Freiheit von der Herrschaft tyrannischer Schlagworte, und zuletzt, aber nicht am wenigsten, der Wille, aus dem bloßen Räsonieren zum Schaffen, zum wirklich umwälzenden Tun zu kommen. Der Krieg hat uns die Einheit der Nation als lebendige Anschauung erstehen lassen. Was in der drängenden Not des Kampfes um unsere Zukunft geboren wurde, darf bei deren Aufbau in der kommenden Friedenszeit uns nicht wieder verloren gehen."

Wer angesichts dieser Tatsachen und angesichts der unsäglichen Blut- und Geldopfer, die der sozialdemokratische Arbeiter so gut wie jeder andere Deutsche gebracht hat, ihm trotzdem noch Bedingungen stellt für die Zulassung seiner Mitarbeit an der Gestaltung des öffentlichen Lebens, der handelt unsagbar kleinlich, handelt, als ob ihn nicht ein Hauch des wunderbaren Geistes von 1914 berührt habe. Nein, man fasse doch den Mut, dem deutschen Arbeiter vorbehaltlos die Hand zu gemeinsamer Arbeit zu reichen. Er hat wahrlich Vertrauen verdient, und die drängende Not der Zeit, die noch weit über den Krieg hinaus andauern wird, fordert ein solches Vertrauen auf das Gebieterischste. Die deutsche Arbeiterschaft, vaterlandsliebend, wie nur ein Stand im Deutschen Reich, Hand in Hand arbeitend mit den übrigen Ständen an der Größe und Wohlfahrt des Deutschen Reiches, — das ist nicht nur das Ideal, es ist die einzige Möglichkeit für eine große Zukunft unseres Volkes.

Ausgleich zwischen Stadt und Land.

Von Hugo Thiel.

Das Land muß die Stadt ernähren und gleicherweise die Stadt das Land. Das ist ein alter Spruch, der es aber nicht hindert, daß immer wieder Mißhelligkeiten entstehen und bald die eine bald die andere Partei sich benachteiligt glaubt. Besonders dann, wenn die Preise der Lebensmittel über das gewöhnliche Maß steigen, stellt sich auf seiten des verzehrenden Teils der Bevölkerung sehr rasch eine Gereiztheit ein, die dem Frieden unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen durchaus abträglich ist. Wer alt genug ist, um noch eine persönliche Erinnerung an den Krimkrieg zu haben, der weiß, wie damals durch die Behinderung der russischen Ausfuhr die Preise der Brotfrüchte stiegen, und mit welchem Ingrimm von den Kornwölfen gesprochen wurde, die sich an der Not der Bevölkerung bereicherten. In weit stärkerem Maße haben sich ähnliche Strömungen in dieser Kriegszeit geltend gemacht und beinahe die patriotische Einmütigkeit der Nation zerstört. Unbekannt mit den Produktionsbedingungen der Landwirtschaft verlangte man von ihr, daß sie die Preise der Lebensmittel auf der gewohnten Höhe halte, und sah jede höhere Forderung als eine Auswucherung an. Wie bedauerlich solche Erscheinungen gerade in einer Zeit sind, in welcher an die nationale Kraft die höchsten Anforderungen gestellt werden müssen, braucht hier nicht bewiesen zu werden, das ist ja selbstverständlich. Viel dringlicher ist die Aufgabe, den streitenden Parteien zum Bewußtsein zu bringen, daß nur auf dem Wege gegenseitigen Verstehens und Nachgebens ein gedeihlicher Zustand erreicht werden kann, aber auch erreicht werden muß, wenn nicht große völkische Schäden entstehen sollen. Ganz aus der Welt schaffen kann man allerdings den Widerstreit der Interessen nicht, aber man kann ihm doch seine Schärfe nehmen, wenn sich die Überzeugung allseitig durchbricht, daß jede einseitige Berücksichtigung

des einen oder des anderen Standes zu schädlichen Folgen führen muß.

Gegenüber den großartigen Erfolgen der Industrie und den durch sie geschaffenen Reichtümern kann sich nur zu leicht die Ansicht herausbilden, daß die Hauptsorge des Staates sein müßte, ihre Entwicklung in jeder Weise zu fördern und dementsprechend die Landwirtschaft beiseite liegen zu lassen. Diese Ansicht ist in der Tat im vorigen Jahrhundert lange Zeit die herrschende gewesen. Sie hatte auch eine gewisse Berechtigung, solange Deutschland vorzugsweise ein Getreide exportierender Agrarstaat war, und es sich vor allem darum handeln mußte, Beschäftigung und Verdienst für die schnell wachsende Bevölkerung zu finden und die finanzielle Kraft des Staates zu stärken. Ist man doch soweit gegangen ein Ideal aufzustellen, wonach der ganze Landbesitz in Kleinbauerstellen aufgeteilt werden sollte, deren Besitzer von den Erzeugnissen ihrer kleinen Wirtschaft lebten, daher an der Preisgestaltung der Nahrungsmittel kein Interesse hätten, die aber für die Industrie und das städtische Gewerbe als Lieferanten von Arbeitskräften zum Ersatz der in der Industrie rasch verbrauchten und in immer größerer Zahl verlangten Arbeiterbevölkerung von ungemeiner Wichtigkeit wären. Die Ernährung des nicht landwirtschaftlichen Teils der Bevölkerung würde dann durch die Einfuhr von Getreide und Vieh aus dem Ausland ebensogut und dazu noch billiger erfolgen. Waren wir in Deutschland auch von der Verwirklichung solchen Ideals noch weit entfernt, so zeigt uns doch das Beispiel Englands gerade in dem gegenwärtigen Weltkriege, wie gefährlich es für das Bestehen eines Staates ist, wenn die Landwirtschaft vernachlässigt und alles auf die Karte des Handels und der Industrie gesetzt wird. Trotz seiner großen Kolonien, trotz seiner Beherrschung der Meere ist England doch in der Ernährung seiner Bevölkerung in nicht geringe Schwierigkeiten geraten; es würde in kürzester Zeit dem Untergange nahe sein, wenn seine Seemacht so weit geschädigt würde, daß es eine genügende Getreidezufuhr nicht mehr aufrecht erhalten könnte. Wir haben uns zum Glück nicht darauf verlassen, daß wir nie vom Weltverkehr ganz abgeschnitten werden könnten. So wenig man auch voraussehen konnte, welchem Bündnis sovieler Mächte wir gegenüberstehen würden, hat man doch immer versucht, unsere Verhältnisse so zu ordnen, daß wir vom Ausland möglichst unabhängig blieben.

Um zu diesem Zweck nicht nur die Landwirtschaft im allgemeinen, sondern auch den Getreidebau im besonderen zu fördern, hat der Staat sich nicht gescheut, nicht unbeträchtliche Eingangszölle auf Getreide einzuführen. Da wir früher die Grundsätze des Freihandels beinahe restlos durchgeführt hatten, konnte das nur gegen einen großen Widerstand geschehen und wäre auch wohl nie durchzusetzen gewesen, wenn nicht gleichzeitig der Industrie ein besonderer Zollschutz gewährt worden wäre. Die damals herrschende Freihandelslehre war sozusagen ein Produkt unserer wenig entwickelten nationalen Empfindung, sie entsprach einer Betrachtung aller hier einschlagenden Fragen ausschließlich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. Von diesem Standpunkt aus hatte die Lehre viel Verführerisches: der Menschheit sei am besten gedient, wenn ein jeder nur das produziere, wozu er nach Lage der sachlichen und persönlichen Verhältnisse am besten geeignet sei, und wenn dann ein vollständig freier Austausch jeden in die Möglichkeit versetze, die von ihm am besten und billigsten erzeugten Waren an die für die betreffende Produktion weniger Begünstigten abzusetzen und dafür andere Waren einzutauschen, die wiederum von anderen besser und billiger erzeugt seien. Dieser Traum wäre aber nur zu verwirklichen, wenn es eine einheitliche Menschheit gäbe und wenn keine gesonderten Staaten mit besonderen Interessen und besonderen Bevölkerungen beständen. In dem Maße aber, wie solche verschiedene Staaten sich entwickelt haben, und wie die besonderen nationalen Interessen betont und gewürdigt wurden, mußten alle wirtschaftlichen Maßnahmen auch unter dem Gesichtspunkte betrachtet werden, wie sie auf die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit einwirken; und da kann für ein so von anderen Staaten umschlossenes Land wie unser Vaterland die Entscheidung nur für einen solchen Schutzzoll ausfallen, der, ohne jeglichen Austausch absolut zu verhindern, doch die Hauptgebiete menschlicher Tätigkeit so entwickelt, daß wir vom Auslande möglichst unabhängig sind. Seitdem sich unsere Transportmittel und speziell die Seeschiffahrt so verbessert und verbilligt haben, daß der früher in den hohen Frachten liegende indirekte Schutzzoll in seiner Wirksamkeit sehr abgeschwächt worden ist, kommt für den Schutzzoll auf landwirtschaftliche Produkte besonders Getreide, noch ein Moment ausschlaggebend in Betracht, welches auf dem Wesen der landwirtschaftlichen Produk-

tion beruht. Die Industrie erzeugt, abgesehen von Verbesserungen ihrer Methoden, aus bestimmten Rohstoffen immer eine feststehende begrenzte Menge von Produkten, sie ist daher stets in der Lage, diese Mengen vorher zu bestimmen und die Produktionskosten zu berechnen. Die Landwirtschaft dagegen kann nie mit Bestimmtheit voraussehen, ob die Naturkräfte von denen sie abhängig ist, im einzelnen Erntejahr mehr oder minder günstig oder ungünstig einwirken werden, welche Menge von Produkten sie mithin erzeugen wird. Sie muß sich daher auf einen Ertrag einrichten, der auf jeden Fall ihre Selbstkosten deckt und das zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse Nötige liefert. Kommt nun ein besonders günstiges Erntejahr, so entsteht ein Überfluß, für den es eigentlich keine Produktionskosten gibt, da diese ja schon durch den angenommenen Ertrag gedeckt sind. Diese Betrachtung gilt besonders für im übrigen wenig entwickelte agrarische Exportländer, und es liegt auf der Hand, daß die betreffenden Landwirte einen solchen Überschuß lieber zu jedem Preise losschlagen, als ihn unverwertet lassen. Gegen eine solche nicht dauernde, sondern nur gelegentliche Überschwemmung mit preisloser ausländischer Ware muß die einheimische Produktion ebenso geschützt werden, wie wir uns gegen die Überschwemmungen unserer Flüsse durch kostspielige Deiche zu sichern suchen. Würden wir dies nicht getan haben, so würde schon eine kurze rasch vorübergehende Flut genügen, um langjährige wertvolle Kulturarbeiten zu zerstören und große Verluste herbeizuführen. Vor derartigen Verlusten muß unsere Landwirtschaft um so mehr geschützt werden, je hochentwickelter sie ist und je mehr Kapital in sie verwandt wurde. Und man darf auch nicht sagen, daß nicht die Wirtschaft als solche hierbei bei diesen Verlusten leiden würde, sondern nur ihre Vertreter, die Landwirte, deren geschäftlicher Verdienst hierbei geschmälert wird; denn es ist überhaupt nicht möglich, einen modernen intensiven Betrieb aufrecht zu erhalten, wenn der finanzielle Erfolg für die Unternehmer ausbleibt.

Ist aber nicht die durch den Schutzzoll auf landwirtschaftliche Erzeugnisse herbeigeführte Verteuerung der Lebensmittel in dem Maße wie sie dem Landwirt Vorteil bietet, eine Bedrückung der Industrie und der ganzen städtischen Bevölkerung? Es soll hier nicht untersucht werden, in welchem Umfang eine solche Verteuerung immer eintritt. In manchen Fällen trägt sicherlich zu einem mehr oder minder großen

Teil das importierende Ausland den Eingangszoll. Aber der nichtlandwirtſchaftliche Teil der Bevölkerung kann den im Zoll liegenden Tribut an die Landwirtſchaft ruhig tragen als Gegendienſt für alles, was die Landwirtſchaft für ihn zu leiſten hat. Hierzu gehört in erſter Linie die fortwährende Lieferung geſunder und leiſtungsfähiger Arbeitskräfte, deren Zahl man an der ſtändigen Abwanderung in die Städte und an dem Stillſtand der landwirtſchaftlichen Bevölkerung ermeſſen kann. Für die Induſtrie iſt dieſer fortwährende Erſatz der von ihr verbrauchten Kräfte ſo notwendig, daß ſie eine etwaige Steigerung der Arbeitslöhne infolge erhöhter Lebensmittelpreiſe ruhig in den Kauf nehmen kann. Selbſt wenn man der Anſicht iſt, daß Schutzzölle an und für ſich keine wirtſchaftliche Wertſteigerung hervorrufen, ſo muß man doch zugeben, daß ſie eine genügende Berechtigung haben durch den von ihnen bewirkten, für die gleichmäßige Entwicklung der Volkswirtſchaft eines Landes ſo hochwichtigen Ausgleich der Intereſſen zwiſchen Stadt und Land. Wäre dies nicht zum Bewußtſein aller maßgebenden Kreiſe geworden, ſo beſtände immer die Gefahr, daß, zumal bei dem wachſenden numeriſchen Übergewicht der ſtädtiſchen über die ländliche Bevölkerung, das Beſtreben, die landwirtſchaftlichen Zölle abzuſchaffen, ſchließlich ſiegreich werden könnte. Dies Beſtreben würde um ſo mächtiger werden, je mehr eine ins ungemeſſene wachſende Induſtrie auf den Export angewieſen ſein würde, und dieſer Export den Kampf mit den Induſtrien anderer Länder aufnehmen müßte, welche unter günſtigeren Bedingungen in Bezug auf die Lebensmittelpreiſe und daher auch auf die Höhe der Löhne und in Bezug auf die ſozialen unſerer Induſtrie auferlegten Laſten arbeiten.

Es iſt daher von der größten Wichtigkeit, der heimiſchen Induſtrie den heimiſchen Markt ſo weit wie irgend möglich zu ſichern und damit das Exportbedürfnis abzuſchwächen. Gerade der gegenwärtige Krieg mit ſeiner faſt völligen Unterdrückung der Ausfuhr Deutſchlands zeigt uns, in welchem Maße der innere Markt dafür eintreten kann, und gibt uns die Zuverſicht, daß wir auch in Zukunft durchhalten können, ſelbſt wenn es unſeren Feinden nach einem für uns ſiegreichen Kriege gelingen ſollte, uns einen früheren Teil unſerer Ausfuhr dauernd zu rauben. Dieſe Gefahr wird um ſo geringer, je mehr unſere Ausfuhr auf Qualitätswaren beruht,

bei welcher die Güte der Waren eine größere Rolle spielt als die Erzeugungskosten. Der industrielle Schutzzoll dürfte außerdem in vielen Fällen genügen, um gestützt auf den inländischen Absatz im Ausland mit billigeren Preisen konkurrieren zu können. Besteht demgemäß die Aussicht, daß in der Zollfrage eine dauernde Verständigung zwischen Stadt und Land möglich ist, so kann dies doch nur unter der Voraussetzung geschehen, daß hier auf beiden Seiten Rücksichten genommen werden und daß mit einer gewissen Mäßigung vorgegangen wird.

Eine ebensolche Mäßigung muß sich auch betätigen bei all den anderen Fragen, die nach dem Kriege bei dem Aufbau des neuen Deutschland in Angriff genommen werden müssen. Der durch die Kriegsverluste und den wahrscheinlichen Fortfall eines größeren Teils der fremden Arbeitskräfte entstehende Mangel an Arbeitern, der bei der hoffentlich ganz energisch einsetzenden inneren Kolonisation so rasch nicht zu beheben sein wird, könnte leicht zu dem schon früher aufgetauchten Vorschlag einer Beschränkung der Freizügigkeit auf dem Lande führen. Die Durchführung einer solchen Maßregel würde freilich bald zu einer bei der Entwicklung unseres Verkehrswesens kaum zu verhindernden massenhaften Auswanderung führen, wie wir sie früher hatten, und damit unserer Volkswohlfahrt mehr schaden als nützen; auch würde sie den größten Widerspruch bei der Industrie finden. Was man aber fördern sollte, wäre die möglichste Entwicklung aller Existenzmöglichkeiten und Annehmlichkeiten auf dem Lande, um auf diese Weise die Landbevölkerung mehr an das Land zu fesseln. Da der Mensch nicht vom Brot allein lebt, so sind hierunter nicht bloß materielle Vorteile zu verstehen, sondern auch ideelle Vorzüge: erscheint doch die größere Ungebundenheit des Lebens und die Möglichkeit des Weiterkommens in der Stadt dem Landsohn vielfach so verlockend, daß er trotz aller Erschwernisse des Unterhaltes das Stadtleben dem Landleben vorzieht. Daneben müßte, um den Zudrang in die Städte aufzuhalten, eine energische Inangriffnahme schon längst geplanter Maßregeln zur Durchführung besserer Wohnungsverhältnisse in den großen Städten und Fabrikzentren stattfinden. Die Wohnungsfrage ist ohnehin der wichtigste Teil der ganzen sozialen Frage, und auf diesem Gebiete herrschen vielfach Zustände, die in hygienischer, wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht geradezu himmelschreiend sind.

Bis jetzt ſind alle durchgreifenden Maßregeln auf dieſem Gebiet an den Koſten und an den Widerſtänden der Intereſſenten geſcheitert. Es iſt ja eine Kulturnotwendigkeit, daß große Städte exiſtieren, allein, daß ſie über ein gewiſſes Maß immer weiter anwachſen und alle Übelſtände der Zuſammendrängung dichter Bevölkerungsmaſſen in immer größerem Maßſtab zeigen, iſt gewiß nicht wünſchenswert. Eine ſtrenge Wohnungspolizei, die naturgemäß auch die Wohnungen in dem Maße teurer macht als ſie beſſer werden, und die Bindung jeder Einwanderung in die Stadt an die vorherige Sicherung einer entſprechenden Wohnung, wären das beſte Mittel, den ungerechtfertigten Zudrang in die Städte zu verhindern. Dann würden zahlreiche Induſtrien, die nicht abſolut an die Großſtadt gebunden ſind, ihren Sitz auf das Land verlegen, wo geeignete Wohnungen leichter gebaut und wenn wünſchenswert mit kleinen Gärten und Feldſtücken ausgeſtattet werden könnten. Die Verpflanzung auf das Land würde nicht nur die ſanitären Verhältniſſe für die Arbeiter und ihre Familien verbeſſern, ſondern auch die Landbewohner mit der induſtriellen Bevölkerung näher zuſammenbringen und manche Urſachen des mangelnden gegenſeitigen Verſtändniſſes beſeitigen, was beſonders für die jetzt noch induſtriearmen Teile Deutſchlands von den beſten Folgen ſein würde. Andererſeits würde eine Beſchaffung von Schrebergärten, Laubenkolonien und ähnlichen Einrichtungen weſentlich dazu beitragen, das Leben in der Stadt geſünder zu geſtalten und auch für den Städter einen beſſeren Einblick in die Bedingungen der landwirtſchaftlichen Produktion zu vermitteln.

Außerdem könnten noch manche Maßregeln getroffen werden, um für die Zukunft, auch wenn nicht mehr Krieg herrſcht, die Wiederkehr ſolcher Spannungen zwiſchen Stadt und Land, wie wir ſie jetzt erlebt haben, zu verhindern. Wenn in der Tat unſere Entwicklung dahin geht, daß wir auf einen möglichſt geſchloſſenen Handelsſtaat hinſteuern, ſo würde auch der Schritt zu dem Getreidehandelsſyſtem Friedrichs des Großen nicht weit ſein, der durch ſeine großen nach Bedarf einkaufenden oder verkaufenden Getreidemagazine verſuchte, den Getreidepreis auf einer mittleren Höhe zu erhalten. Ganz iſt dies ihm allerdings nicht gelungen, und in wirklichen Notzeiten haben ſolche Magazine ebenſo wie unſer jetziges Syſtem der Höchſtpreiſe den Nachteil, daß ſie den Handel mehr oder minder ausſchalten und

ihm durch das Abschneiden der Möglichkeit, besondere Gewinne zu machen, den Antrieb nehmen, alles aufzubieten, um Vorräte des gerade fehlenden Lebensmittels herbeizuschaffen. Solche Anstrengungen müssen ja lahmgelegt werden, wenn man nicht sicher vor Beschlagnahme der herbeigeschafften Ware oder davor ist, daß ein inzwischen auferlegter Zwangspreis allen Nutzen an dem Geschäft aufhebt. Höchstpreise, wenn sie nicht richtig berechnet sind und mehr darauf ausgehen, den Verzehrer vor Überteuerung zu bewahren als den Verzehr zu beschränken, können zudem den nicht wünschenswerten Erfolg haben, daß die Bevölkerung in gewohnter Weise weiterlebt und dadurch die vorhandenen Vorräte vorzeitig erschöpft, was zu den bedenklichsten Folgen führen muß.

Die Erkenntnis, daß an dem Mangel von Nahrungsmitteln und den infolgedessen eingetretenen hohen Preisen viel weniger die Landwirte und ihre angebliche wucherische Zurückhaltung ihrer Ernteprodukte als sonstige Mißstände Schuld tragen, verbreitet sich glücklicherweise immer mehr und hilft den Frieden zwischen Stadt und Land, soweit er ernstlich gestört war, wiederherzustellen. Mangel an Futtermitteln, fehlende Arbeitskräfte, die das Ausdreschen der Getreideernte verzögerten, oder das Aussortieren der Kartoffeln zu marktgängiger Ware verhinderten, desgleichen Mangel an Transportkräften auf dem Lande oder Transportmitteln auf den Eisenbahnen sind gewiß vielfach Schuld an der mangelhaften Zufuhr von Lebensmitteln zur Stadt gewesen. Speziell bei Kartoffeln und gärtnerischen Produkten, Obst und Gemüse wird der Landwirt kaum geneigt sein, eine wucherische Aufspeicherungspolitik zu betreiben, da diese Waren an und für sich leicht verderblich sind und durch die nächste Ernte ganz wesentlich an Wert verlieren, wenn nicht ganz wertlos werden. Für die Aufspeicherung größerer Mengen ausgedroschenen Getreides fehlen allermeist auch den Landwirten die nötigen Speicher. Am meisten dürfte doch die mangelhafte Organisation des Zwischenhandels die Ursache sein, daß auf dem Wege zwischen dem Erzeuger und dem Verzehrer die Ware mit zu hohen Spesen belegt wird. Zunächst macht sich da der alte Übelstand geltend, daß von diesem Zwischenhandel bzw. dieser Zwischenbearbeitung zu viele Menschen leben wollen, und daß dadurch die fertige Ware unnötig verteuert wird. In einen größeren Umsatz, mit dem selbst bei kleinem Nutzen *ein* Geschäft sehr gut bestehen

könnte, teilen ſich meiſt eine Reihe von Geſchäften, die nun einen hohen Aufſchlag nehmen oder geringere Qualitäten liefern müſſen. Es liegt gewiß im allgemeinen Intereſſe, einen geſunden Mittelſtand zu erhalten, allein an einer zu großen Anzahl wenig leiſtungsfähiger Geſchäfte, die die Waren unnötig verteuern und doch kaum eine geſicherte Exiſtenz für ihre Inhaber bieten, hat weder der Staat noch die Geſellſchaft ein wirkliches Intereſſe. Daß hier ſich Mißſtände entwickelt haben, wird ſeit langem gefühlt, und die ganze Bewegung zur Gründung von Konſumvereinen iſt ein Beweis dafür, wie man den Übelſtänden abzuhelfen verſucht hat. Leider hat dieſe Bewegung bis jetzt nicht den gewünſchten Umfang und Erfolg gehabt, ſie hat daher weder den Zwiſchenhandel ganz verdrängen, noch das viel beſcheidenere Ziel erreichen können, auf die Preiſe und die Güte der Waren im Zwiſchenhandel maßgebend einzuwirken. Wie ganz anders würden ſich die Verhältniſſe für die ſtädtiſche Verſorgung geſtaltet haben, wenn überall große Konſumvereine beſtanden hätten, die direkt von den einzelnen Landwirten oder von landwirtſchaftlichen Körperſchaften gekauft, das Angekaufte ſo weit wie nötig für den Gebrauch zurecht gemacht und dann ohne unmäßigen Aufſchlag an die Bevölkerung abgegeben hätten. Die Landwirte und die Verzehrer hätten ſich jedenfalls beſſer dabei geſtanden.

Auf demſelben Wege bewegen ſich mannigfache Veranſtaltungen, die von ſtaatlichen und ſtädtiſchen Behörden getroffen worden ſind, um durch Maſſenankäufe und Verkauf im einzelnen oder durch vertragsmäßige Abmachungen über Lieferungen zu vorher beſtimmten Preiſen den Bezug von Lebensmitteln zu ſichern und zu verbilligen. Handelt es ſich um Viehlieferungen, ſo iſt mehrfach ein genügendes Maſtreſultat durch Beſchaffung geeigneten Kraftfutters für die Mäſtung ſeitens der ſpäteren Abnehmer ſicher geſtellt. Nicht immer haben dieſe Maßnahmen den gehofften Erwartungen entſprochen, ſolche Einrichtungen laſſen ſich nicht ſo ſchnell improviſieren; und nicht immer ſind auch ſolche geſchäftskundige Perſonen zu finden, die für eine zweckmäßige Ausführung Gewähr leiſten. Zumal bei der ſchwierigen Aufbewahrung von größeren Kartoffelvorräten ſind mannigfache verluſtbringende Mißgriffe vorgekommen; überall aber da, wo man z. B. den ſtädtiſchen Fleiſchverkauf zu einer dauernden Einrichtung gemacht und den Betrieb ſachkundigen Leuten

anvertraut hat, ist die Sache gut gegangen und hat den Städten keine wesentlichen Opfer, den städtischen Verbrauchern aber großen Nutzen gebracht.

Wenn auf diesen Wegen weiter gearbeitet wird, wenn insbesondere auch die großen Fabriken in ähnlicher Weise ihren Arbeitern den preiswerten Bezug guter Nahrungsmittel erleichtern, dann wird die gegenwärtig vielfach in den Städten sich äußernde Mißstimmung gegen die Landwirte bald verschwinden und dem Gefühl weichen, daß Stadt und Land aufeinander angewiesen sind und nur in gemeinsamer Arbeit gedeihen und die Wohlfahrt des Staates sichern können. Man wird dann um so mehr allseitig geneigt sein, der Landwirtschaft Sondereinrichtungen in bezug auf Besitzordnung, Erbrecht, Kreditorganisationen und ähnliches zu gewähren, je mehr die Landwirte zeigen, daß sie ihren Besitz nicht wie jede andere beliebig vertauschbare Ware ansehen, sondern sich des Monopolcharakters des Landbesitzes bewußt sind, welcher nicht nur Rechte verleiht, sondern auch Pflichten auferlegt, Pflichten, die wesentlich darin bestehen, den Grund und Boden nach Kräften auszunützen, daß er in seinen Erträgen nicht nur dem einzelnen Landwirt, sondern auch der Allgemeinheit zugute kommt. Wird diese Überzeugung zum Allgemeingut, so wird sie eine wesentliche Stärkung der Einigkeit und des Kraftgefühles herbeiführen, mit welchen wir den uns aufgedrungenen Krieg ganz sicher zu einem glücklichen Ende führen werden.

Durch Kenntnis zum Verständnis unserer Landbevölkerung.

Von Martin Faßbender.

Riehl bezeichnet in seinen „Land und Leute" überschriebenen kulturhistorischen Studien als eine der traurigsten Folgen des Dreißigjährigen Krieges die Verschiebung des richtigen Verhältnisses zwischen Stadt und Land in so vielen deutschen Gauen: Ermöglichung des einseitigen Vorwiegens zuerst der kleinstädtischen, dann der großstädtischen Interessen über den Interessen des Landvolkes, Schaffung einer in sich hohlen, aller Naturkraft baren Blüte des städtischen Lebens neben einer im Kern zwar gesunden, aber in ihrem materiellen Bestand zurückgeschobenen, sozial und politisch vereinsamten Landbevölkerung. Ohne Zweifel ist ein solches tatsächliches Mißverhältnis zwischen Stadt und Land höchst bedenklich und traurig, traurig aber auch eine zwischen Stadt und Land herrschende seelische Mißstimmung, wie sie sich in dem gegenwärtigen Kriege zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung auszugestalten droht. Als zu Beginn des Krieges die ersten Verlautbarungen über den englischen Aushungerungsplan in die Öffentlichkeit drangen, wurden manche Leute, die bis dahin sich in einer mehr oder minder gereizten Stimmung gegenüber dem „Agrarier" befanden, anderen Sinnes. Früher hörte man wohl sagen: wir würden uns besser stehen, wenn Deutschland sich zum reinen Industriestaat entwickeln könnte, da mit der Industrie doch mehr zu verdienen. Es sei das einzig richtige Rechenexempel: unsere hochwertigen Industrieerzeugnisse teuer an das Ausland zu verkaufen und dafür billige Lebensmittel uns liefern zu lassen. Und jetzt mußten wir herzlich froh sein, in Deutschland eine kräftige Landwirtschaft zu besitzen, zu der wir das Vertrauen haben durften, daß sie unsere deutsche Bevölkerung selbst bei gänzlichem Abschluß von aller Zufuhr mit Nahrungsmitteln genügend zu versorgen imstande sei. Da rang sich denn auch aus manchem Munde das Bekenntnis, daß man sein Urteil

über die Bedeutung der Agrarzölle einer Prüfung unterzogen habe. Inzwischen ist aber die Stimmung schon wieder umgeschlagen. Es regnet Vorwürfe gegen die Landwirtschaft, daß sie ihre Stellung als Erzeugerin von Nahrungsmitteln im Kriege mißbrauche, indem sie die Zwangslage der Verbraucher zu unberechtigter Bereicherung durch Forderung unverhältnismäßig hoher Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausnutze. Was man im Verkehr mit dem Bewohner der Großstadt vor dem Kriege seit Jahren so häufig zu hören Gelegenheit hatte, dringt auch jetzt wieder an unser Ohr, nämlich eine große Entrüstung über „agrarische Begehrlichkeit", deren Signatur sich stetig kennzeichne durch eine rücksichtslose Teuerungspolitik, und die geringe Bereitwilligkeit, durch entsprechende Steuern an der Tragung der allgemeinen Lasten sich pflichtmäßig zu beteiligen.

Die besonders aus der Presse der Arbeiterschaft heraus gegenwärtig gegen die Landwirtschaft erhobenen Vorwürfe lassen sich in der Hauptsache in drei Punkte zusammenfassen. Es wird bemängelt, daß bei Kriegsbeginn in einflußreichen landwirtschaftlichen Kreisen die Meinung vertreten worden sei, daß auch im Kriege das Verhältnis von Angebot und Nachfrage den Preis zu bestimmen habe. Man behauptet, daß sich nicht vereinzelte, sondern breite landwirtschaftliche Kreise von dem Nurgewinngeist anstecken ließen, der sogleich bei Kriegsbeginn weite Schichten des Handels ergriffen habe und auch heute noch vielfach beherrsche. Nicht dem einzelnen Bauer nimmt man es übel, daß er für seine Produkte nimmt, was er bekommen kann, vielmehr klagt man große bäuerliche Organisationen an, daß sie die Entwicklung selbstsüchtiger Gesinnung in der Bauernschaft lange Zeit ruhig mit angesehen hätten, anstatt von vornherein mit allem Nachdruck der Schädlichkeit und Verkehrtheit dieser Gesinnung mit Hinweis auf die vaterländischen Pflichten warnend entgegenzutreten. Solche Vorwürfe wenigstens auf das tatsächlich begründete Maß zurückzuführen, ist schon deshalb Pflicht, weil zu besorgen steht, daß im Krieg entstandene Mißstimmungen gegenüber einzelnen Volksklassen zu einer dauernden Gefahr für den inneren Frieden nach dem Kriege werden könnten. Noch mehr aber deshalb, weil gegen die Wahrheit verstoßende Übertreibungen während des Krieges nur den Feinden dienen und sie in ihrem Widerstande gegen Deutschland bestärken müssen. Diejenigen Kreise freilich, gegen die sich obige Vorwürfe als

gerechtfertigt erweisen sollten, können und dürfen nicht in Schutz genommen werden. Sie entbehren offensichtlich der hochherzigen und hochgemuten Sinnesart, wie sie rechte staatsbürgerliche Erziehung im Gefolge haben muß.

Die Möglichkeit gegenseitigen Mißverstehens und wechselseitig unberechtigt erhobener Vorwürfe zwischen Stadt und Land ist dadurch gegeben, daß sich Städter und Landleute gegenseitig zu wenig kennen, weil tatsächlich die Verhältnisse in Stadt und Land so außerordentlich verschieden sind. Da außerdem ein großer Teil der Tagespresse nach eigener Tendenz und gemäß dem Lebenslauf ihrer Mitarbeiter den ländlichen Verhältnissen ohne innere Anteilnahme gegenübersteht, so findet hier die Individualität des Landmannes keine Würdigung. Bei einem großen Teil der Stadtbevölkerung herrschen als Vertreter der Landbevölkerung im Unterbewußtsein nur Typen der Phantasie, die die Herausbildung sachlicher Anschauungen über das Land verhindern. Diese Typen sind: der anmaßende Landadel, der selbstsüchtige Großbauer, der stumpfsinnige Landarbeiter. Gedankenlos dehnt man das häßliche Wort von der „agrarischen Begehrlichkeit" gar nicht selten auch auf die nach Millionen zählenden Mittel- und Kleinbauern aus. Wieviel saure und schwere Arbeit der Landmann zu leisten hat, wieviel Geschick und Überlegung und technische Kenntnisse der landwirtschaftliche Betrieb erfordert, davon hat man in der Stadt vielfach keine Ahnung. Während ebenso, wie der landwirtschaftlich benutzte Grund und Boden an Flächenraum nicht beliebig vermehrbar ist, auch der Ertrag der Landwirtschaft an die durch die Gesetze der Natur gezogenen Grenzen gebunden, durch keine Wissenschaft, keine Technik, keine Wirtschaftlichkeit über diese Grenze hinausgehoben werden kann, ist man in der Stadt leicht geneigt, diese natürlichen Ursachen beschränkter Wirksamkeit außer acht zu lassen und die letztere nur auf Mängel der Intelligenz und Betriebsamkeit zurückzuführen.

Man hat sich daran bereits gewöhnt, es als selbstverständlich hinzunehmen und hat bereits vergessen, welchen Dank wir der Landwirtschaft dafür schulden, daß sie die wirtschaftliche Selbständigkeit Deutschlands in der Erzeugung der für unsere Bevölkerung notwendigen Lebensmittel gewährleistet. Und doch ist es für Deutschlands Kriegsbereitschaft eine bedeutungsvolle Tatsache, daß die Landwirtschaft es verstanden hat, die Ernteerträge an Getreide und Kartoffeln

auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet in den letzten Jahrzehnten schneller zu steigern, als das Anwachsen der Bevölkerung es notwendig machte. Gerade in Deutschland ist die Gewinnungsmöglichkeit landwirtschaftlicher Erzeugnisse bis zu einer solchen Höhe tatsächlicher Leistung gestiegen, wie in keinem anderen Lande. Ein Blick in die Statistik lehrt uns ja, daß der Ernteertrag im Durchschnitt der Jahre auf den Hektar nach Doppelzentnern berechnet bei Roggen und Kartoffeln doppelt soviel und bei Weizen sogar dreieinhalbmal soviel wie in Rußland beträgt. Und ziehen wir zum Vergleich Frankreich heran, so stehen in Deutschland bei Roggen 18,5, bei Weizen 22,6, und bei Kartoffeln 150,3 Doppelzentner auf dem Hektar, gegenüber 14,3 bei Roggen und 13,8 bei Weizen, sowie 74,2 bei Kartoffeln in Frankreich. Unbegreiflich ist endlich, daß man den wirtschaftlichen Zusammenhang nach zwei Richtungen bezüglich der Einkommensverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft so wenig beachtet. Einmal ist das Einkommen von zahlreichen Handwerkern, Arbeitern und Kaufleuten von der Landwirtschaft mittelbar abhängig, da sie bei der Herstellung von Mitteln der Lebenshaltung der Landbevölkerung oder von Produktionsmitteln des landwirtschaftlichen Betriebes beschäftigt sind. Sodann muß sich vor allem auch die Steigerung der Arbeitslöhne in der Industrie in der Preissteigerung der von der Landwirtschaft erzeugten Lebensmittel bemerkbar machen, weil der Landwirt gezwungen ist, in der Erhöhung der Landarbeiterlöhne derjenigen der Industrielöhne zu folgen, wenn anders er überhaupt Arbeitskräfte behalten will, was aber natürlich auf die Herstellungskosten und den Preisstand der Lebensmittel einwirken muß.

Wenn man sich andererseits aber die Kargheit und Knappheit eines städtischen Haushaltes der minderbemittelten Bevölkerung, den Mangel an Vorräten, das Leben von der Hand in den Mund, die nie aussetzende Sorge der Hausfrau, von dem abgemessenen Wirtschaftsgelde das zur Ernährung der Familie unbedingt Notwendige zu beschaffen, vor Augen führt und damit vergleicht, wie die Ernährungsfrage im ländlichen Haushalt, dem die meisten Lebensmittel zuwachsen, auch in dieser schweren Zeit noch mit einer gewissen Sorglosigkeit gelöst werden kann, obschon auch hier die Verwendung der eigenen Erzeugnisse bedeutend eingeschränkt ist und öfters Zukäufe notwendig sind, wenn man sieht, wie die Hausfrau auf dem Lande

wenig an die Höhe der Lebensmittelpreise erinnert wird, während der Hausfrau in der Stadt stündlich beim Einkauf auch der kleinsten Menge die gewaltige Preissteigerung bitter zum Bewußtsein kommt, so wird der in der Stadt sich anhäufende Groll über „Lebensmittelwucher" psychologisch begreiflich. Auch, daß sich dieser Groll immer wieder gegen den Landwirt wendet, da die meisten Menschen sich nicht die Mühe nehmen, die Möglichkeiten zu erwägen, die auf dem weiten Wege vom Erzeuger bis zum Verbraucher der Lebensmittel eine Preissteigerung herbeizuführen imstande sind. Aber nicht allein verständlich, auch berechtigt wäre der Groll, wenn die Landwirte tatsächlich durch Zurückhaltung oder andere Beeinflussung des Marktes ihren Besitz an Dingen, die jedermann unentbehrlich zum Leben bedarf, selbstsüchtig ausnützen würden. Wenn es sich aber um Urteile über einen ganzen Berufsstand handelt, muß man sich sorgfältig vor Verallgemeinerung hüten. Das wird immer vorkommen und davor ist auch kein Stand geschützt, daß ebensowohl einzelne Menschen, wie auch Vereinigungen Fehler machen und es an ethischer Gesinnung mangeln lassen. Ebenso aber, wie man die Fehler einzelner nicht verallgemeinern darf, muß man sich auch hüten, von einem einzelnen Wirtschaftsbetrieb Schlüsse zu ziehen, die als gültig zu erachten wären für die ganze Landwirtschaft; sind doch die Bedingungen, unter denen die deutschen Landwirte in den verschiedenen Gegenden arbeiten, in bezug auf Klima, Bodenbeschaffenheit, Verkehrslage, Bezugs- und Absatzmöglichkeiten so außerordentlich verschieden, daß infolge von schlechten Witterungsverhältnissen auch außer der Kriegszeit die Rentabilität nicht allein einzelner Wirtschaften, sondern sämtlicher Wirtschaften ganzer Gegenden in Frage gestellt wird. Es sollte ja nicht vergessen werden, daß gerade in dem Kriegsjahre 1915, das der Landwirtschaft gleich dem vorigen schon so schwere Opfer auferlegt hat, eine lange Dürre für weite Bezirke eine völlige Mißernte im Gefolge geführt hat.

Wie die Preisgestaltung bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen zustande kommt, wie vielfältig und vielgestaltig die Momente sind, die auf die ursprünglichen Erzeugungskosten nach rein wirtschaftlichen Gesetzen einwirken müssen, wie mannigfach außerdem die Einflüsse sind, die die Preishöhe anwachsen lassen bis zu dem Zeitpunkte, wo die Erzeugnisse in den Besitz der Verbraucher gelangen, daran denkt

man sehr selten in der Stadt. Man wünscht einfach möglichst billige Lebensmittel; für die Beschaffung, und zwar für die billige Beschaffung macht man den Landwirt verantwortlich; ob dieselbe aber im Bereich seiner Macht liegt, danach wird nicht gefragt. Bei manchen Leuten hört alles kaufmännische Denken auf, wenn es sich um ein Urteil über die Landwirtschaft handelt. Bei jedem andern Gewerbe hält man die Forderungen bezüglich der Leistungsfähigkeit innerhalb der Grenzen der Rentabilität. Von dem Landwirte aber verlangt man nicht selten eine Festsetzung der Preise für seine Erzeugnisse ohne Kenntnis der Erzeugungsbedingungen, einseitig nach eignen Wünschen.

Daß die Landwirtschaft ihren Sinn nach Kriegsbeginn nicht auf Auswucherung der Verbraucher ihrer Erzeugnisse eingestellt hat, erhellt schon mit vieler Klarheit aus der Tatsache, daß die Landwirte sehr frühzeitig selbst die obrigkeitliche Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide gefordert haben. Wenn aber die Höchstpreispolitik auf die Gestaltung der Preise, wie sie für den Verbraucher in Betracht kommen, nicht die gewünschte durchgreifende Wirkung hatte, so lag dieses zumeist an Mängeln der grundsätzlichen Ausgestaltung der einschlägigen Bestimmungen, wofür die Landwirte nicht verantwortlich zu machen sind. Heute dürfte wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß nur dann die Höchstpreispolitik auf Preisbewegung und Preisgestaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse den richtigen Einfluß zu gewinnen vermag, wenn die Preise auf der einen Seite für den Verbraucher auf erträglicher Höhe gehalten werden, und auf der anderen für den Erzeuger infolge auskömmlicher Höhe den Anreiz und die Möglichkeit zu unverminderter Erzeugung bieten. Soweit es sich um Nährstoffe handelt, die gleichzeitig zu menschlicher und tierischer Ernährung geeignet sind, darf die Preisfestsetzung keine Veranlassung bieten, für den unmittelbaren Verzehr der Menschen erforderliche Stoffe diesen zu entziehen und einer Verwertung als Viehfutter zuzuführen. Es muß die Festsetzung der Höchstpreise stets gepaart mit der richtigen Verteilung der Vorräte und unter Beachtung gleicher Grundsätze für Bedarfsdeckung und Preisnormierung bei Heeresverpflegung und Bedürfnisbefriedigung der Zivilbevölkerung erfolgen, und zwar frühzeitig für den ganzen Zeitraum einer jeden Verbrauchsperiode mit besonderen, im Voraus aus der Erfahrung abzumessenden Preisab-

stufungen (für Schwund, Aufbewahrung, Zins usw.). Jede Preisfestsetzung muß in ein richtiges Verhältnis zu derjenigen für andere ähnliche Stoffe (z. B. Proportion zwischen den vier Getreidearten) gebracht werden und darf nicht auf die Normalstoffe beschränkt bleiben, sondern muß Ausdehnung auf Ersatzstoffe in angemessener Weise erfahren. Es müssen Höchstpreise festgesetzt werden nicht allein für diejenigen Dinge, welche die Landwirtschaft zu verkaufen hat, sondern auch für diejenigen, welche sie ihrerseits zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes benötigt (Düngemittel, Futtermittel). Es muß ferner Festsetzung erfolgen bezüglich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht allein für die Rohstoffe, sondern auch für die verschiedenen Formen, in denen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in die Hände des Verbrauchers übergehen (also nicht allein für Getreide, sondern auch für Mehl und Brot, nicht allein für Vieh, sondern auch für Fleisch und Fleischwaren). Schließlich bedarf es bei diesen einzelnen Formen auch besonderer Preise für den Großhandel, wie für den Kleinhandel. Daß die Höchstpreispolitik nicht von Anfang an so allumfassend in Angriff genommen wurde, hat die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ungünstig beeinflußt, und auf diese solchermaßen erfolgte Preisgegestaltung bezieht sich eine Reihe von Vorwürfen, die gegen die Landwirtschaft erhoben werden.

Wenn man aus dem Zufluß der aus landwirtschaftlichen Kreisen stammenden Sparkasseneinlagen den Schluß gezogen hat, hier trete die Rentabilität des Landwirtschaftsbetriebes in der Kriegszeit klar hervor, so ist dies nicht richtig. Man vergißt, daß die in den Spareinlagen in die Erscheinung tretenden Gelder zum weitaus größten Teil Betriebsmittel darstellen, die gegenwärtig nicht zur Verwendung gelangen können, die aber bei der nach dem Kriege notwendig werdenden Ergänzung des Betriebes wieder voll verausgabt werden müssen. Außerdem sind dringend notwendige Ausbesserungsarbeiten, Umbauten und Neubauten zum Schaden der Betriebe gänzlich unterblieben. Ebenso mußte mit der Anwendung künstlicher Düngemittel, sehr zum Nachteil der Ertragsfähigkeit der Böden, gespart werden. Und so wird man kaum etwas dagegen einwenden können, wenn die Landwirte selbst mit aller Bestimmtheit behaupten, daß „die im Kriege für requirierte Gespanne und Vieh erzielten und durch das Unterlassen der Reparaturen sowie verminderte Düngung ersparten Gel-

der später kaum hinreichen dürften, um Ersatz für das Vieh zu schaffen, den Ausfall in der Düngung nachzuholen und die dringend erforderlichen baulichen Ausbesserungen vornehmen zu lassen, zumal bei der fortgesetzten Steigerung der Preise". Es wird jetzt auf den Feldern eine Art Raubbau betrieben. Die Wiederinstandsetzung der Felder auf die vor dem Kriege bestehende Ertragshöhe, die Wiederaufstellung des Viehstandes erfordert nach dem Kriege größere Kapitalien und zu höherem Zinsfuße, als man sie jetzt durch Veräußerung von Vermögensteilen und Einsparung von notwendigen Betriebsarbeiten und Verbesserungen bei den Sparkassen anlegen konnte oder vielmehr mußte.

Eine einfache, von jedermann auch ohne genauere Fachkenntnisse anzustellende Erwägung wird es uns bestätigen, daß die Landwirte in der Kriegszeit keine unverhältnismäßigen Gewinne erzielen konnten. Es gilt nur die für einzelne Erzeugnisse maßgebenden Verhältnisse einer kurzen Betrachtung zu unterziehen. Dadurch, daß nicht von Anfang an in der umfassenden und folgerichtigen Weise, wie oben geschildert, die Höchstpreise festgesetzt wurden, sind die Preise für Kunstdünger ganz erheblich stärker gestiegen als die Getreidepreise, die Preise für Futtermittel aber sogar auf das Vier- bis Fünffache emporgeschnellt. Das Getreide wurde so den Landwirten zu einem Höchstpreise abgenommen, ohne daß sie dafür einen Ersatz an Futtermitteln in gleicher Preislage erhielten. Sie mußten, um der pflichtmäßigen Fleisch- und Milchversorgung der Bevölkerung Genüge zu leisten, Futtermittel geringeren Wertes zum doppelten und dreifachen Preise wiedererwerben. Die Viehpreise sind bei weitem nicht so stark gestiegen als die Futtermittelpreise, so daß die Rentabilität der Mast in Frage gestellt wurde.

In engem Zusammenhang mit der Steigerung der Preise für Kraftfuttermittel steht auch die Frage der Kartoffelversorgung der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung. Bedenkt man, daß die Landwirte auf der einen Seite im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Milch, Butter, Fett und Fleisch ihre Viehbestände durchhalten sollen, daß aber Kraftfuttermittel in dem erforderlichen Maße überhaupt nicht vorhanden, oder nur zu den vorerwähnten unverhältnismäßig hohen Preisen zu beziehen waren, daß andererseits aber die städtische Bevölkerung nicht allein Kartoffeln

überhaupt, sondern auch möglichst zu denselben Preisen wie in Friedenszeiten zu erhalten wünschte, so kamen die Landwirte von neuem in die schwierige Lage, die für die Ernährung des Viehes notwendigen Kartoffeln zu Preisen abgeben zu müssen, für deren Ersatz an Kraftfuttermitteln das Vielfache aufzuwenden war. Dieses Ineinandergreifen ganz widerstreitender Momente muß man sich klarmachen, um die Preisfrage bezüglich der Kartoffeln richtig beurteilen zu können, ohne dem Landwirt vorschnell den Vorwurf des Lebensmittelwuchers zu machen. Bei dem eben geschilderten Widerstreit der Pflichten würde an sich eine gewisse Zurückhaltung der Kartoffeln seitens der Landwirte schon verständlich sein. Bedenkt man aber weiter, wie der Mangel an Arbeitskräften, an Gespannen und die wiederholten starken Störungen im Eisenbahnverkehr, sowie der zeitweise überaus empfindliche Mangel an Eisenbahnwagen auf den Versand landwirtschaftlicher Erzeugnisse außerordentlich erschwerend eingewirkt haben, so liegt kein Grund vor, bei der langsameren Zufuhr von Kartoffeln auf die städtischen Märkte immer sofort an absichtliche Zurückhaltung der Ware durch die Landwirte zu denken.

Besonders bitter empfinden viele Städter die große Knappheit und Preissteuerung bei Fleisch und Butter. Man sollte aber bedenken, daß bei uns in Deutschland im Jahre 1880 nur 30 Kilogramm Fleischgenuß jährlich auf den Kopf der Bevölkerung kamen, bis 1895 dieser Bedarf auf 40 Kilogramm stieg und in der Zeit vor dem Kriege auf 52 Kilogramm angewachsen war. So ist es denn gekommen, daß der Fleischverbrauch nach der Kopfzahl der Bevölkerung berechnet in Deutschland 52,3 — in England 47,6 — in Frankreich 33,6 — in Österreich 29,9 — in Rußland 21,6 — in Italien 10,4 Kilogramm betrug (nach Rubner). Im Interesse der Volksgesundheit ist es nur zu begrüßen, daß dieser außerordentlich starke Fleischgenuß durch den Krieg hat eingeschränkt werden müssen. Die deutsche Landwirtschaft ist aber imstande gewesen, bis auf 4—6 Prozent die in keinem Lande in ganz Europa erreichte Konsummenge zu erzeugen — wohlbemerkt im Frieden. Wenn jetzt in der Kriegszeit die Fleischerzeugung trotz der hohen Preise eingeschränkt ist, so kann man das wohl unmittelbar als einen Beweis dafür ansehen, daß die Landwirte eben nicht dazu imstande sind, das Fleisch zu beschaffen, weil es an Futter fehlt. Was dann das

Jammern über Butternot angeht, so wäre daran zu denken, daß in Norddeutschland die dreifache Menge von Butter genossen wird, wie in Süddeutschland. Es haben sicherlich vor dem Kriege weite Kreise der deutschen Bevölkerung viel mehr Fleisch und Butter genossen, als ihrer Gesundheit zuträglich war. Für alle diese Kreise ist die Einschränkung dieser Genüsse nur heilsam. Der Landwirtschaft aber Vorwürfe über die verringerte Erzeugung der genannten Nährstoffe zu machen, ist töricht, da es ihr an dem erforderlichen Viehfutter fehlt.

Die hohen Preise für Gemüse und Hülsenfrüchte erklären sich zum großen Teil dadurch, daß wir in Friedenszeit viele Gemüse und besonders den weitaus größten Teil der Hülsenfrüchte aus dem Auslande bezogen haben. Hierzu kommt, daß es große Schwierigkeiten bereitet, die Betriebe, da wo vorher kein Gemüsebau gepflegt wurde, umzugestalten, um so mehr als infolge der starken Einziehung von Landwirten und Gärtnern zum Heeresdienst ein großer Mangel an geschulten Arbeitskräften überhaupt und in besonderer Weise, wie sie für den Gemüsebau in Betracht kommen, entstand. So konnte es nicht ausbleiben, daß der Anbau der erwähnten Erzeugnisse, der heute in vielen Fällen allein der Hausfrau und ihren Kindern überlassen ist, in seinem Ertrage stark beeinträchtigt werden mußte. Erwägt man dies alles und nimmt hinzu, daß auch in der Landwirtschaft, wie bei jedem wirtschaftlichen Betriebe die erhöhten Erzeugungskosten unter allen Umständen durch die Preise gedeckt werden müssen, so muß es ohne weiteres einleuchten, daß die von den Landwirten selbst erzielten Preise gegenüber den gesteigerten Erzeugungskosten nicht so hoch sind, daß sie einen besonderen wirtschaftlichen Anreiz auszuüben vermöchten.

Zu diesem letzteren Schlusse wird man aber noch besonders gedrängt, wenn man weiter in Erwägung zieht, daß die vom Verbraucher gezahlten Preise keineswegs dem Landwirt allein zugute kommen. Der Weg, den die landwirtschaftlichen Erzeugnisse vom Landwirt bis zum Verbraucher durchlaufen müssen, ist ein weiter. Je größer die Zahl der Hände ist, in die sie auf dem Zwischenwege gelangen, desto mehr müssen sie verteuert werden. Und nun hat sich die Zahl der selbständigen Berufsangehörigen vom Jahre 1895 bis zum Jahre 1907 in Land- und Forstwirtschaft um 2,6 Proz., in der Industrie um etwa 4 Proz. und in Handel und Gewerbe um etwa 20 Proz. vermehrt. Von sachverständiger Seite wird die Ursache dieser Ausdehnung des Handels in dem

Umstande gefunden, daß in den Großstädten und Industriezentren sich so viele selbständige, aber nicht aus dem eigentlichen Handel hervorgegangene Existenzen eingeschoben haben. So sehr auch jeder vernünftige Sozialpolitiker von der Bedeutung eines gesunden und kräftigen Mittelstandes überzeugt ist, eine solche Ausdehnung des Zwischenhandels ist vom Bösen und hat mit einem gesunden Mittelstande nichts zu tun. Das ist ungesundes Parasitentum! Wandelt man durch die Straßen der Großstadt und sieht dort die außerordentlich große Anzahl der sogenannten „Grünkramläden", dann wird unmittelbar klar, daß, wenn alle diese Leute vom Zwischenhandel ihren auskömmlichen Lebensunterhalt gewinnen wollen, dies ungemein verteuernd auf die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einwirken muß.

In der Tat sollte zu denken geben, wenn wir die vom Kgl. Preuß. Statistischen Landesamt veröffentlichten Preise der wichtigsten Nahrungsmittel in den verschiedenen Bezirken zu einem bestimmten Zeitpunkte uns ansehen und dabei Unterschiede zwischen den Kleinhandelspreisen von 100 und 150 Proz. finden. So wurden für das Kilo bei Erbsen und Speisebohnen die größten Unterschiede zwischen 0,96 und 1,60 Mk., für Kartoffeln alle Preisstufen von 0,07 bis 0,14 Mk., für Weizenmehl von 0,42 bis 0,64 Mk., für Roggenmehl von 0,36 bis 0,52 Mk., für Butter von 4 Mk. bis 5,35 Mk. und für Reis sogar von 0,90 bis 2,20 Mk. in den verschiedensten Gegenden an ein und demselben Tage im Kleinhandel bezahlt. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß an der ungesunden Ausdehnung des großstädtischen Zwischenhandels in Lebensmitteln die Hausfrauen zweifellos nicht schuldlos sind, weil viele die Unbequemlichkeit scheuen, eine weiter abgelegene Markthalle aufzusuchen und statt dessen lieber in einem möglichst nahe gelegenem Kramladen ihren Bedarf decken. Allerdings liegt eine Entschuldigung für die Hausfrauen wieder in den großstädtischen Wohnungsverhältnissen mit ihrem völligen Mangel an ausreichenden und geeigneten Aufbewahrungsräumen für Lebensmittelvorräte irgendwelcher Art. Ohne aber auf eine weitere Untersuchung über die Ursachen von Preishöhe und Preisunterschieden einzugehen, so steht unzweifelhaft fest, daß sehr starke Preiserhöhungen bei Lebensmitteln eintreten, für welche die Landwirtschaft nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Und so meine ich denn, der Städter soll sich von der Vorstellung

freimachen, daß der Landwirt ganz unbekümmert um die Notlage weiter Volkskreise nur seinen eigenen Vorteil in schwerer Zeit des Krieges erstrebt hat. Wie auch der Landwirt sich davor hüten muß den klagenden und wirklich in schwieriger Lage sich befindenden Städter für seinen geborenen Widersacher und Feind zu halten. Der Krieg hat gezeigt, was die Eintracht des deutschen Volkes vermag. Vergessen wir nicht die Mahnungen des großen Lehrmeisters! Hätte die Landwirtschaft uns nicht ernähren können, wäre die Industrie nicht imstande gewesen, den geradezu unermeßlichen Bedarf an Munition und Kriegsmaterial herzustellen und zu liefern, und wäre nicht die breite Schicht der Arbeiter verständnisvoll mit allen anderen Ständen in Deutschland zusammen für die nationale Sache eingetreten, Deutschlands Schicksal wäre bei dem fürchterlichen Ansturm der zahllosen Feinde besiegelt gewesen. Stellen wir das durch den Krieg so schwer errungene Gut der Eintracht aller Volkskreise nicht auf die Probe dadurch, daß wir einen Sündenbock suchen für die Teuerung, die jeder größere Krieg mit Naturnotwendigkeit im Gefolge hat! Wir können den inneren Frieden unseres Volkes nur wahren auf der Grundlage bedingungsloser gegenseitiger Anerkennung der Daseinsberechtigung und Daseinsnotwendigkeit der verschiedenen Teile des Volkes. Nur wenn wir bei dem Gedanken an die einzelnen Volksteile immer diese Daseinsberechtigung und Daseinsnotwendigkeit aller als ersten Gesichtspunkt scharf im Auge behalten, kann der soziale Friede gewahrt bleiben. Und mehr Gerechtigkeit! Lassen wir uns doch nicht immer wieder durch Schlagworte irreführen! Zur staatsbürgerlichen Erziehung, die uns so außerordentlich nottut, gehört vor allem auch gegenseitige Kenntnis der einzelnen Stände untereinander nach ihrer Eigenart, Lage, Psychologie und Anschauung, nicht zuletzt auch eine Kenntnis der Schwierigkeiten ihres Betriebes. Durch Kenntnis allein zum Verständnis!

Und dann bedenke man es wohl, daß das Leben auf dem Lande ein schweres ist, der Landmann manche Entbehrungen im Vergleich zu dem Städter zu erdulden hat. Oder ist die „Landflucht" nicht zum großen Teil eine natürliche Folge der reizlosen und eintönigen Lebensführung auf dem Lande? Man vergleiche einmal die Lebensweise eines wohlhabenden Bauern mit den Lebensansprüchen eines gänzlich vermögenslosen Angestellten in der Stadt! Der Genuß fast

aller Kulturerrungenschaften der Gegenwart auf dem Gebiete der Volksbildung, der Hygiene, des Verkehrswesens, der Kunst ist beinahe ausschließlich den Stadtbewohnern vorbehalten. Fast nichts von den für vorstehende Zwecke aufgewandten öffentlichen Mitteln kommt den Landbewohnern zugute. Wer die Eigenart des Landlebens und die Psychologie des Bauerntums verstehen lernen will, der lese das Buch von Joseph Weigert „Das Dorfentlang" (Verlag von Herder in Freiburg i. Breisgau). Hier sind die Licht- und Schattenseiten im Wesen der Landbevölkerung sehr anschaulich geschildert. Die vier Abschnitte des Buches — Bauernleben, Bauernarbeit, Bauerncharakter, Bauernfamilie — sind ebensowohl als eine treffliche Bauernpädagogik, wie auch als eine lehrreiche Einführung in die Kenntnis des Landlebens zu betrachten. Wie absolut notwendig unsere Landbevölkerung aber für das Wohl, das Gedeihen, ja für die Existenz der Gesamtbevölkerung ist, dafür noch einige Urteile von Männern, die gewiß nicht in dem Verdacht stehen, die Dinge einseitig durch die agrarische Brille zu schauen. Schmolier sagt in seiner Volkswirtschaftslehre: „Eine nüchterne Beobachtung kann nicht in jene dithyrambischen Lobpreisungen einstimmen, als habe die Maschine und die Technik uns seit hundert Jahren so mit wirtschaftlichen Gütern überschüttet, daß wir bei richtiger Einrichtung der Volkswirtschaft alle herrlich und in Freuden, ohne große Anstrengung etwa täglich nur zwei bis vier Stunden arbeitend, leben könnten. . . . Und mögen wir uns noch so sehr rühmen, daß die Handarbeit der 1560 Millionen lebender Menschen nicht ausreichte, um je zu spinnen, zu drucken und zu schieppen, was heute die Maschine spinnt, druckt und schleppt: Von Gespinst, von gedruckten Nachrichten und vom gesteigerten Verkehr lebt der Mensch nicht allein. . . . Könnten wir mit atmosphärischer Luft heizen und Mehl und Fleisch, statt durch die pflanzen- und tierphysiologischen Prozesse, durch die chemische Retorte herstellen, dann erst wäre der ideale Zustand geschaffen, den die technischen Optimisten oft heute schon gekommen glauben."

Oppenheimer führt in seiner Theorie der reinen und politischen Ökonomie aus: „Aller ökonomischer Fortschritt, d. h. alle Entwicklung der Wirtschaftsgesellschaft zu höherer Leistungsfähigkeit kann nur in dem Maße Platz greifen, wie die Urproduktion Nahrungsüberschüsse erzielt. Die Urproduktion ist nach dem Gleichnis des gro-

ßen Quesnay, des Begründers der wissenschaftlichen Ökonomik, der Stamm des Baumes samt den Wurzeln. Handel und Gewerbe aber sind die Äste, Zweige und Blätter. Sie können nur gedeihen, wenn Wurzel und Stamm gesund sind. Sprechen wir nicht in Gleichnissen, sondern nüchtern in Zahlen und Begriffen: In einer beliebigen Wirtschaftsgesellschaft können unter keinen Umständen mehr Städter existieren, als die Landwirtschaft mittels ihrer Nahrungsüberschüsse ernähren kann. Das ist das geozentrische Grundgesetz der Wirtschaftsgesellschaft. Es erscheint als eine Binsenwahrheit und ist es auch. Und trotzdem sehen wir, daß ein volles Jahrhundert hindurch die Ökonomik wie ein Tier auf dürrer Heide von einem bösen Geist im Kreis umhergeführt wurde, weil sie dieses einzig mögliche Fundament der wissenschaftlichen Erklärung verließ und sich an die sogenannte industriezentrische Auffassung verlor, das ganz aussichtslose Bemühen, die Bewegung der städtischen Gewerbe und des Handels, ihr Blühen, Welken und Vergehen zu begreifen, als wären sie autarkisch und nicht an die Veränderungen ihres Mutterbodens, der Landwirtschaft, wie mit Prometheusketten geschmiedet. Von Adam Smith an, der noch schwankte, ist alle Theoretik der Klassiker und ihres größten Schülers Karl Marx durch den unglückseligen Industriezentrismus in die Irre geführt worden."

Und nun lauschen wir Friedrich Naumann und beachten es wohl, was er spricht: „Höret zu, ihr Stadtbewohner, denn ich will zu euch von den Mühen und Arbeiten der Landleute reden! Fast ihr alle stammt vom Lande. Irgendwann sind eure Väter oder Mütter von draußen hereingekommen. Auch wenn ihr aus der kleinen Stadt stammt, so waret ihr vielleicht in noch früheren Zeiten einmal auf dem Dorfe. Noch vor hundert Jahren waren ja vier Fünftel der Bevölkerung ländlich. Es verbinden euch darum mit dem Lande die verwandtschaftlichsten Beziehungen. Wenn vom Dorfe geredet wird, so wachen älteste Erinnerungen in euch auf. Fast eure ganze Sprache hat ländlichen Ursprung in allen ihren Wendungen und Benennungen. Und sobald ihr könnt, geht ihr ganz aufs Land, beseht den Acker und die Gärten und das Vieh. Und dabei wird euch wohl, denn es weht Heimatluft. Deshalb ist es völlig verdreht, wenn jemand nur Städter sein will mit Verachtung des ländlichen Untergrundes. Das ist falsch durch und durch.... Es gibt keine Stadtkultur ohne ländlichen Unter-

grund. Auch gibt es nicht einmal eine gute Stadtkultur, wenn draußen auf den Dörfern Armut, Unsauberkeit oder Krankheit waltet, denn vom Dorfe kommt die Milch eurer Kinder und der tägliche Aufbau eures eignen Körpers. Ihr müßt wünschen, daß die Dörfer so gesund, tüchtig und leistungsfähig sind. Deshalb hat auch der alte Liberalismus so viel Gewicht auf Bauernbefreiung gelegt.... Nicht sollt ihr vergessen, daß die Landwirtschaft unentbehrlich ist für Volk und Vaterland."

Und wer sich von diesen beredten Zeugen noch nicht eines Besseren belehren lassen will, der möge jetzt einmal selbst auf das Land hinausgehen und die Verhältnisse prüfen. Wer mit klaren und unbefangenen Augen um sich schaut, wird es nicht verkennen können, mit wie viel Mühen und Sorgen unser Landvolk in dieser Kriegszeit, und zwar mehr als jeder andere Stand zu kämpfen gehabt hat. Es hat seine ganze Jungmannschaft bis zum letzten Sohne des Hofes und dem jüngsten Knecht dem Vaterlande geweiht. Es hat seine Gespanne zum Kriegsdienst hergegeben, hat seinen Viehstand verringern, nicht selten aufgeben müssen. Oft schien bei dem Mangel an Arbeitskräften, bei den tausendfältig aufsteigenden Schwierigkeiten des Betriebes die Möglichkeit zu schwinden, die heimatliche Scholle, die über alles geliebte zu behaupten. Nur dem Heroismus unserer Landfrauen ist es in unzähligen Fällen zu danken, daß der Betrieb aufrecht erhalten wurde. Ob wohl eine im städtischen Berufsleben tätige Frau sich auch nur eine annähernde Vorstellung davon machen kann, welche Sorgen, welche Lasten, welche schwere Anspannung aller körperlichen Kraft von ihrer Mitschwester auf dem Lande verlangt wird, wenn diese neben der Versorgung ihrer meist zahlreichen Kinderschar Haus und Hof, Viehstall und Acker instand halten muß und zu der ermüdenden körperlichen Arbeit auch noch die organisatorische Leitung des Ganzen an Stelle des Mannes zu übernehmen gezwungen ist?

Und wer seine Blicke wandern läßt in die Zukunft unseres deutschen Volkes nach dem Kriege, dem wird nicht verborgen bleiben können, welche gewaltige Bedeutung dem Lande in dieser Zukunft zukommt. Nicht soll sich der Großstädter beikommen lassen, geringschätzig auf das Land herabzusehen. Karl Jentsch hat recht, wenn er sagt: „Die Bildung der Großstadt bietet viel herrliche, edle Bildungselemente, aber daneben auch manches Zerrbild der Bildung, viel

Scheinbildung und Überschätzung des bloßen Wissens. Eines aber vergesse man nicht, daß auch Sonne und Acker, Wald und Wiese, die keimende Saat und das wechselnde Jahr „Bildungselemente" bieten, wie sie keine Schulstube, kein wissenschaftlicher Verein zu geben vermag." Mehr wie je ist es heute klar, daß unsere gesamte Kultur, wenn sie gesunden soll, einen ländlich-bäuerlichen Einschlag bekommen muß in Ernährung, Lebensweise, Einfachheit und Abhärtung, Freude an körperlicher Arbeit. Niemand hat so fesselnd das Land als Bildungsstätte für die Jugend geschildert, wie der bekannte Berliner Philosophieprofessor Paulsen, der selbst vom Lande stammend, in seinen Lebenserinnerungen auf das anschaulichste zu schildern vermag, wie die Jugenderziehung auf dem Lande diejenige in der Stadt so weit übertrifft. Wie also unsere gesamte Kultur, so bedarf besonders auch unsere Jugendpflege des bäuerlichen Einschlags, wobei es sich darum handelt, daß „der Mensch ebenso der Natur, wie auch dem Menschen näher kommt, als in dem Häuserpferch und dem Gedränge der Stadt, und daß er es lernt, genügsam zu sein, auch die kleinsten Freuden zu schätzen, ein sympathisches Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Armen und Niedrigen im Volke lebendig zu erhalten, ohne im Streben nach höheren Zielen entmutigt zu werden."

Eines aber präge man sich vor allem ein: wie sehr die Erneuerung unserer Volkskraft selbst von dem Lande abhängt. Von je hat sich die ländliche Bevölkerung vor der städtischen durch eine größere Geburtenziffer ausgezeichnet; sicherlich wird nach dem Krieg das Land der Stadt erst recht das Beispiel einer erhöhten Geburtenfreudigkeit geben, von der geradezu unsere völkische Zukunft abhängt. Auf dem Lande endlich hoffen wir nach dem Kriege die große Masse unserer Kriegsinvaliden mit ihren Angehörigen wie die Hinterbliebenen unserer gefallenen Brüder anzusiedeln. Als die Heimat unserer Helden, denen wir so unendlichen Dank schulden, wird das Land, so hoffen wir, auch dem Städter, der ihm ferne stand, teuer werden. Und so taucht vor unseren Augen eine Zukunft auf, wo Stadt und Land, des alten Haders vergessend, der nur durch Mangel an Verständnis so um sich greifen konnte, der gegenseitigen Bedeutung voll bewußt, durch neue herzliche Bande noch enger geeint in Eintracht zusammenstehen, um unser aller tiefsten Wunsch, das Glück und die Größe unseres Vaterlandes, wahrzumachen.

Unternehmertum und Arbeiterschaft.

Von Walther Waldschmidt.

Die Anzeichen dafür, daß sich dem militärischen Ringen der europäischen Großmächte ein hartnäckiger wirtschaftlicher Kampf unter den Formen des Friedens anschließen wird, mehren sich von Tag zu Tag. Was England und seine Verbündeten durch Waffengewalt nicht erreicht haben werden, wollen sie versuchen, durch Zölle, Handelsverträge, Verwaltungsschikanen, gesetzliche Bevorzugungen zu erzwingen. Die Politik bleibt dieselbe: gelang sie nicht durch das Mittel des Krieges, so setzt sich der Kampf mit anderen Mitteln fort. Die wirksamste Waffe unserer Feinde wird auch dann wieder die sein, welche vor und während des Krieges ihnen so wertvolle Dienste zur Aufpeitschung der eigenen Völker wie zur Abwendung der neutralen Staaten geleistet hat: die Verleumdung der gekauften Presse. Trotzdem werden wir auch in dem kommenden Kampfe Sieger bleiben, wenn wir einig bleiben. Das gilt ganz besonders von den wirtschaftlichen Ständen; denn wie sie schon während des Krieges ihre volle Leistungsfähigkeit zeigen mußten und müssen, um dem ungeheuren Bedarf der Millionenheere neben dem der Zivilbevölkerung mit halber Arbeiterschaft und verkürzten Rohstoffen zu genügen, so bleiben sie die eigentlichen Kämpfer in dem kommenden Ringen zweier großer Gruppen von offen oder heimlich verbündeten Volkswirtschaften.

Die wirtschaftlichen Stände, die vor dem Kriege nicht in wünschenswertem Einvernehmen gestanden haben, sind Landwirtschaft und Industrie, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Daß das im Kriege in so erfreulicher Weise hergestellte gute Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft nach dem Kriege wieder zerschellen sollte, ist unwahrscheinlich und kaum zu befürchten. Der Wert einer Landwirtschaft,

die imstande ist, das eigene Volk, wenn auch nur knapp, zu ernähren, ist in diesem Kriege jedem Manne und jeder Frau so klar zum Bewußtsein gekommen, daß auch über die Mittel, wie dieser Zustand nicht nur zu erhalten, sondern zu bessern sei, Verständigung zu erzielen sein wird. Mit dem Trost auf die Kornkammern anderer, zumal überseeischer Staaten, wird sich nach der Koalition, die wir erlebt haben, niemand mehr zufrieden geben.

Wie aber steht es mit dem anderen Gegensatz, der vor dem Kriege, zumal innerhalb der Industrie, oft so bedrohlich aufgetreten war? Bald Kampf zwischen Kapital und Arbeit genannt, in letzter Zeit öfter Kampf zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer. In industriellen Kreisen wird von vielen Arbeitgebern angenommen, daß dieser Streit mit gleicher Schärfe wie vordem leider wieder entstehen werde. Als Gründe für diese Annahme werden verschiedene angegeben. Die einen glauben, die Arbeiterschaft würde versuchen, die hohen Löhne aufrecht zu erhalten, die teils im Mangel an Arbeitskräften, teils in der Teuerung der Lebensmittel während des Krieges ihren Grund hatten, andere meinen, die Arbeiter würden in anderer Form einen größeren Anteil an dem Gewinn der wirtschaftlichen Unternehmungen, weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Anerkennung mancher anderen Forderung ihres politischen Programms als Lohn für ihre treue Mitwirkung im Kriege verlangen.

Wenn ich mich nicht scheue, meine eigene, durchaus persönliche Ansicht über diese für die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft und damit für die Zukunft unseres ganzen Volkes so wichtige Frage auszusprechen, auf die Gefahr hin, der einen Seite nicht genug zu tun, der anderen zu mißfallen, so geschieht es in der Hoffnung, daß jede Ansicht, die friedliches Einvernehmen für möglich hält, willkommen ist.

Eine Verständigung ist immer da zu erreichen, wo gemeinsame Gefahr und gegenseitige Achtung besteht.

Darüber, daß die gemeinsame Gefahr nach dem Kriege weiter bestehen wird, ist wohl kaum ein Zweifel. Eines der erfreulichen Ergebnisse des Krieges ist auch das allgemeine Interesse und bessere Verständnis für volks- und weltwirtschaftliche Fragen. Wir lesen heute in unseren Zeitungen alle dasselbe, Unternehmer und Arbeiter;

Digitized by Google

nie haben sich die Tagesblätter so stark mit wirtschaftlichen Fragen befaßt wie jetzt. In geistreicher Weise zeigen die Statistischen Tabelien Hübners von 1916 unter der Überschrift „Grund des Weltkrieges" weiter nichts als die zahlenmäßige Entwicklung der deutschen und der englischen Roheisen- und Stahlerzeugung in den letzten 20 Jahren. Die Fortsetzung dieser Zahlen nach dem Kriege wird zeigen, wer der endgültige Sieger in dem uns bevorstehenden Weithandelskampfe sein wird. Natürlich sind Roheisen und Stahl nur typische, wenn schon sehr wichtige Beispiele aus der Industrie, als Grundrohstoffe so vieler maschinelien und baulichen Anlagen, in denen Deutschland führend geworden ist.

Auch nach dem Kriege werden uns Kapital, Wissenschaft, Handkraft zur Verfügung stehen; aber sie vermögen nicht getrennt zu schlagen, nur vereint. Das verbindende Element ist das Unternehmertum. Sollte die Erkenntnis, daß der Unternehmer doch etwas mehr ist als ein skrupelioser Schmarotzer, der sein Kapital dazu anwendet, um Unbemittelter Muskeln und Nerven gegen schlechten Lohn über Gebühr auszunutzen, alien Gewinn aber für sich allein zu nehmen, nicht durch den tobenden Krieg in weite Kreise gedrungen sein? Woher kommt es, daß der deutsche Boden, gewiß von Natur nicht so fruchtbar wie die schwarze Erde Rußlands oder die kaum berührte Erde Kanadas, pro ha 24 dz Weizen gegen 9 und 14 dz trägt? Weder England noch Frankreich fehlt es an Kapital und Arbeitern; auch ihre Erfinderkraft — abgesehen von deren Organisation — hat sich stark bewiesen; trotzdem hat Deutschland sie auf nahezu alien industrieilen Gebieten geschlagen. Noch heute spielt der Munitionsmangel bei unseren Feinden eine große Rolle trotz der Fülie alier Metalle und Mineralien, die Englands Koionien bieten, trotz der ungeheuren industrielien Hilfe der neutraien Vereinigten Staaten. Deutschland hat die Munitionsversorgung fast spieiend geiöst. Die Finanzen unserer Feinde verbluten sich an der Munitionseinfuhr; in Deutschland ist die Munitionserzeugung eine Einkommensquelle, die auch den Arbeitern, männlichen und weiblichen, gelernten und ungeiernten, hohe Löhne gebracht hat.

Ich glaube, auch das deutsche Unternehmertum zieht Vorteii aus dem Kriege, nicht bloß finanzielien, sondern moraliſchen: Die An-

erkennung der Arbeiterschaft, daß geistige Energien in ihm verkörpert sind, die erst die Kapitalisten dazu vermögen, ihr Geld in Bergwerken und Fabriken anzulegen statt in festverzinslichen Darlehen, wie Frankreich dies vorzieht, Energien, die die Gelehrten heranziehen, um ihre wissenschaftlichen Theorien praktisch zu verwerten, die die Handarbeiter lehren, mit modernen Maschinen umzugehen, die verstehen, die gewonnenen Fabrikate in der ganzen Welt zu verkaufen trotz Schutzzöllen, trotz Zollschikanen, trotz ausländischer Konkurrenz. Daß andererseits das Verhalten der Arbeiter in diesem Kriege, zu Hause wie im Felde, volle Anerkennung der Unternehmer findet, bedarf keines Wortes der Versicherung. Überstunden, Doppelschichten, Tag- und Nachtarbeit, teuere Lebensmittel haben die Arbeiter und die Arbeiterfrauen willig auf sich genommen; Werkmeister und Betriebsbeamte sind ihnen hierbei mit gutem Beispiel vorangegangen. Der Mangel an Arbeitskräften, zumal der gelernten Arbeiter, hat den Wert und die Unersetzlichkeit intelligenter Handarbeit erst wieder voll schätzen gelehrt. Der Zusammenhang zwischen Unternehmern und ihren ins Feld gezogenen Arbeitern hat sich durch Briefe und Gaben als fester erwiesen, als der vor dem Kriege zur lebhaften Sorge gewordene, oft ganz unmotivierte Wechsel der Arbeitsstellen irgend vermuten ließ.

Soll die im Kriege gewonnene gegenseitige Wertschätzung nicht den Krieg überdauern? Soll sie nicht imstande sein, über wirkliche oder scheinbare Interessengegensätze hinwegzukommen? Haben nicht die unermeßlichen Verluste dieses Krieges wieder und, man sollte meinen, als Lehre für ewige Zeiten gezeigt, daß es so viel vorteilhafter und also klüger ist, sich zu vertragen, als sich zu schlagen? Sollte jemand glauben, diese Lehre gelte nur zwischen Staaten und nicht auch innerhalb des Staates selbst? Hat nicht ohne Katastrophe, ohne blutigen Zusammenstoß die deutsche Arbeiterschaft durch die Bismarckschen sozialpolitischen Gesetze und durch die Arbeiterschutzgesetze mehr erreicht als die Arbeiterschaft irgendeines anderen Staates? Besitzt nicht die deutsche Arbeiterschaft durch das gleiche allgemeine Wahlrecht mehr politische Macht als die industriellen Unternehmer? Alle 109 sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags sind überzeugte und energische Vertreter der Arbeiterinteressen; wie viele der übrigen Reichstagsabgeordneten zeigen Verständnis für die Sorgen

der industriellen Arbeitgeber außer den 28 Kaufleuten und 4 (schreibe vier) Industriellen, die im Reichstage sitzen?

Trotzdem sind die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter solidarisch: beiden tut not, daß das Unternehmen gedeiht; beide leben von demselben. Freilich der Arbeiter kann seine Arbeitsstelle leicht und schnell wechseln, und er hat es vor dem Kriege überraschend oft leichtherzig getan. Weshalb? In der Regel doch nur, weil es einem anderen Unternehmer etwas besser ging und dieser deshalb etwas höheren Lohn zahlen konnte. Also gerade ein Beweis, daß nur das prosperierende Unternehmen hohe Löhne zahlen kann; denn ein privates, auf sich selbst angewiesenes Unternehmen, das nicht prosperiert, geht zugrunde. Stillstand gibt es da nicht, entweder ein Geschäft geht vorwärts oder es geht zurück, bis es einschläft. Vorwärtsgehen heißt, guten Gewinn abwerfen und damit die Kapitalisten ermutigen, dem Geschäft weitere Mittel zu seiner Erweiterung zur Verfügung zu stellen. Soll nun ein Unternehmen nur darauf bedacht sein, sich oder seinen Gesellschaftern, heute in so überwältigender Zahl Aktienbesitzern, hohe Gewinne zu erarbeiten, den Arbeitern aber immer nur dürftigen Lohn zu zahlen? Hier ist der Punkt, wo ich wünsche, daß den Arbeitern geholfen wird, aber nicht in der Weise, wie diese und die Gewerkschaftsführer alle oder zumeist wünschen. Hohe Löhne können und sollten gar nicht das wichtigste Ziel sein. Sie können es nicht sein, weil ein gewisser Gewinn, und zwar ein wesentlich über den normalen Zinsfuß (heute 5%) hinausgehender Gewinn Voraussetzung für die dauernde Beteiligung des Kapitals ist, und weil eine selbst erhebliche Kürzung des Gewinns, auf zahlreiche Arbeiter verteilt, eine nur schwache Erhöhung der Löhne ermöglicht. Nehmen wir ein typisches Beispiel aus dem Maschinenbau: Investiertes Kapital[1]) und Umsatz 1 Million Mk.; Löhne an 250 Arbeiter 440 000 Mk.; Gewinn 8% = 80 000 Mk. Ermäßigt man den Gewinn um 2% = 20 000 Mk., so bedeutet das 460 000 Mk. Löhne statt 440 000 Mk. auf 250 Arbeiter verteilt, d. h. auf jeden Arbeiter 80 Mk. jährlich oder werktäglich 0,27 Mk. mehr. — Dieses Plus, welches die Arbeiter nicht glücklich macht, ist erkauft mit der Unmög-

1) Nicht zu verwechseln mit dem meist viel geringeren nominellen Aktienkapital.

lichkeit, weitere Kapitalien für das Unternehmen zu gewinnen, da eine sichere 5%ige Verzinsung einer schwankenden, vielleicht 6%igen, mit dem Risiko des Kapitalverlustes verknüpften Dividende vorgezogen wird. Das Unternehmen ist zum Stillstand verurteilt, während eine Kapitalvermehrung um eine halbe Million Mk. erlaubt hätte, weitere 125 Arbeiter zu beschäftigen. Andrerseits ist mit einer geringfügigen Lohnerhöhung den Arbeitern nicht gedient. Was sie sich an Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten des Lebens dafür beschaffen könnten, ist nahezu wertlos. Die erhöhten Löhne verkrümeln sich ohne sichtbaren und bleibenden Nutzen in den Händen vieler. Ganz anders vermag der Unternehmer für die Arbeiter zu sorgen, indem er mit dem Geld Anlagen schafft, die den Arbeitern dauernden Nutzen und wahre Wohltat bieten.

Da der regelmäßige Arbeitstag in Deutschland heute noch 9—10 Stunden beträgt, so bringt der Arbeiter den größten Teil seines bewußten Daseins an der Arbeitsstelle zu. Ihre Beschaffenheit und Ausstattung ist also von der größten Bedeutung für den Arbeiter. Wenn der Unternehmer dafür sorgt, daß alle Bedürfnisse, die während der Arbeitszeit bei den Arbeitern auftreten, auf die gesündeste, bequemste und angenehmste Weise Befriedigung finden, so hat der Unternehmer viel mehr für den Arbeiter getan, als dieser mit höherem Lohn für sich tun könnte. Der Unternehmer aber hat den Vorteil, daß er durch einmalige, wenn auch erhebliche Ausgaben Einrichtungen und Anlagen schafft, die allen im Laufe der Jahre bei ihm beschäftigten Arbeitern auf die Dauer zur Wohltat werden, die ihnen die Fabrik nicht mehr als eine minderwertige Zwangsanstalt erscheinen läßt, die man des Morgens mit Widerstreben aufsucht und des Abends zu verlassen kaum erwarten kann, sondern als einen Ort, wo sie alles finden, was sie zur Arbeit und zum Wohlbefinden brauchen, und wo sie überdies Geld genug verdienen, um auch den Bedürfnissen der Zeit, die sie nicht in der Fabrik zubringen, abhelfen zu können.

Es ist sicher kein Zufall, daß in den Ländern, die industriell am fortgeschrittensten sind, den Vereinigten Staaten und Deutschland, am häufigsten die Arbeitgeber zu finden sind, welche in der angedeuteten Weise für ihre Arbeiter gesorgt haben. Diese Tatsache scheint mir einmal zu beweisen, daß nur prosperierende Unternehmungen Geld genug

erübrigen können, um kostspielige Anlagen dieser Art zu schaffen, sodann, daß die ersten Unternehmer, die, sei es aus sozialem Empfinden, sei es aus Erwägungen der Klugheit, in dieser Weise Vorbilder geschaffen haben, hiermit auch geschäftlich Erfolg genug hatten, um schon so viele Nachfolger zu finden.

Merkwürdig bleibt jedenfalls, daß Werke, die mustergültige Anlagen für ihre Arbeiter geschaffen haben, weit mehr Anerkennung bei anderen Unternehmern, teilweise auch bei Behörden gefunden haben als bei den Arbeitern, für welche die Anlagen bestimmt sind und die den größten persönlichen Nutzen davon haben. Daß die Arbeiter für reine Luft, gleichmäßige Wärme, peinliche Ordnung und Reinlichkeit, reichliche Waschtische mit kaltem und warmem Wasser, Brausebäder, reingehaltene bequem gelegene Bedürfnisanstalten, verschließbare Schränke und Tische, für die besten Werkzeuge und Hebevorrichtungen, geräumige Speisesäle, heiße Getränke, gutes und billiges Mittagessen, für Büchereien und manche ähnliche Wohlfahrtseinrichtungen kein Empfinden haben sollten, hieße das Kulturbedürfnis der Arbeiter gering einschätzen; man kann also diese scheinbare Gleichgültigkeit nur als einen Ausfluß der grundsätzlichen Gegnerschaft erklären, die vor dem Kriege leider eine Eigenschaft der Arbeiter geworden war. Diese Erfahrung darf uns nicht entmutigen; keine Frage, daß der Krieg den Individualismus, der im vorigen Jahrhundert noch die mächtigste, fast die einzige Triebfeder im Geschäftsleben war, zurückgedrängt, hingegen das soziale Empfinden in einem Jahre stärker gefördert hat, als es im Frieden ein Menschenalter vermocht hätte. Die Überzeugung, daß es erstrebenswerter ist, Millionen Menschen in leidlich guten Verhältnissen zu wissen als einige Hundert in glänzender Lage, ist schon zu sehr durchgedrungen, als daß die Aufgabe, auf das Wohlergehen der Arbeiter ebenso bedacht zu sein wie auf den Gewinn der Unternehmungen, vergessen werden könnte.

* * *

Firmen, welche erheblich über das Durchschnittsmaß hinausgehende Gewinne zu erzielen vermochten, haben denn auch wohl ausnahmslos alljährlich oder bei besonderen Veranlassungen, wie Jubiläen, ganz beträchtliche Summen für Pensionszwecke zur Verfügung

gestellt, meist um in Form von Zuschußrenten die gesetzlichen Invaliditäts- und Altersrenten zu erhöhen. Von irgendeiner Beitragspflicht der Arbeiter ist hierbei in der Regel abgesehen worden.

Dieser Weg, den Arbeitern zu höheren Renten zu verhelfen, ist jedenfalls demjenigen vorzuziehen, irgendwelche Zuwendungen für Pensionszwecke von der Höhe der Dividende abhängig zu machen. Es ist ein weit verbreiteter, aber darum nicht weniger vollständiger Irrtum, zu glauben, daß sich der Reingewinn, den ein Unternehmen abwirft, aus der Höhe der Dividende beurteilen ließe; dies wäre nur dann richtig, wenn das nominelle Aktienkapital und das wirklich in dem Unternehmen benutzte Anlage- und Betriebskapital dieselbe Summe darstellte. Das ist in der Regel nur im ersten Jahre des Bestehens einer Gesellschaft der Fall. Sowie die Gesellschaft anfängt, Erträgnisse abzuwerfen, muß ein Reservefonds gebildet werden; von da ab also erhöht sich das wirklich arbeitende Kapital um den gesetzlichen Reservefonds. Hierzu aber kommen im Laufe der Jahre die vielfach gestellten Spezial-Reserven und die so viel erwähnten sogenannten stillen Reserven, d. h. über das handelsgesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehende Minderbewertungen der Anlagewerte, wie sie in solide verwalteten Gesellschaften vielfach gestellt werden, teils um ein übermäßiges Schwanken der Dividende zu vermeiden, teils um das Unternehmen innerlich immer kräftiger zu machen und auf diese Weise gegen wirtschaftliche Stürme, wie wir sie z. B. in dem jetzigen Kriege wieder erleben, zu schützen.

Zu diesen offenen und stillen Reserven kommen dann noch die mit einem festen Satze von $4\,^1/_2$—5% verzinslichen Obligationen und die vorübergehend in Anspruch genommenen Bankkredite, deren Verzinsung ebenfalls in der Regel hinter der erzielten Reingewinnquote zurückbleibt. Mir sind Gesellschaften genug bekannt, in denen das auf diese Weise arbeitende Kapital das Doppelte, ja das Vierfache des nominellen Aktienkapitals beträgt, so daß die stets nur auf das Aktienkapital bezogene Dividende von beispielsweise 20% in Wirklichkeit wenig mehr als 10 oder 5% Nutzen des arbeitenden Kapitals bedeutet.

Abgesehen von diesem Irrtum über die Höhe der Dividende als Maßstab des wirklich erzielten Gewinns kommt aber ein anderes,

weit durchschlagenderes Bedenken. Würde man irgendwelche Beiträge, die der Arbeiter oder der Unternehmer zu einem Pensionsfonds zahlen soll, von der Dividende abhängig machen, so würde der Unternehmer gezwungen sein, in einem gerichtlichen Verfahren, in welchem die Angemessenheit der Dividende wegen übertriebener Abschreibungen oder stiller Reserven beanstandet wird, sein ganzes Geschäftsgebaren offenzulegen und auf diese Weise in öffentlichen Gerichtsverhandlungen seine Geschäftsgeheimnisse preiszugeben, seine Zeit und Arbeitskraft also unproduktiven Aufgaben zu widmen, während er sie weit besser anwenden könnte und müßte.

Die Erfahrung zeigt, daß die Arbeiter bei gut gehendem Geschäfte ohnehin ihren Vorteil daraus ziehen. Sind große Aufträge zu lohnenden Preisen zu erledigen, — Voraussetzung für einen hohen Reingewinn — so erhöhen sich ganz von selbst die Löhne, teils deshalb, weil man tüchtige, eingearbeitete Leute um der Forderung etwas höherer Löhne wegen nicht gehen läßt, teils dadurch, daß die Maschine des im Stücklohn stehenden Arbeiters nie zum Stillstand kommt, weil neue Arbeitstücke schon darauf warten, daß die noch in Arbeit befindlichen fertig werden.

* * *

Im deutschen Volke wurzelt von jeher ein tiefes soziales Empfinden; seine Verdichtung zu Rechtssätzen ist zurückgedrängt worden durch das seiner scharfen logischen Begriffsbildung wegen so stark überschätzte, über die Alpen geholte römische Recht; indes so gut romanische Logik sein mag, deutsche Ethik ist besser. Die Befangenheit in römisch-rechtlichen Vorstellungen ist die Ursache, daß sich ein unseren eigenen Bedürfnissen entsprechendes Arbeiterrecht nicht rechtzeitig entwickelt hat.

Unsere Gesetzgebung hat sich in den letzten Jahrzehnten viele Mühe gegeben, diese Lücke auszufüllen. An der weiteren Ausbildung und Vervollkommnung unseres Arbeiterrechtes mitzuwirken und dabei auch die Bedürfnisse und Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen, soweit sie die gebotene Selbständigkeit des Unternehmertums nicht einengen und die weitere gedeihliche Entwicklung der nach dem Kriege in eine doppelt schwierige Lage kommenden Industrie

nicht gefährden, wird sicherlich auch das Unternehmertum bereit sein. Wohin es führt, wenn die Autorität des Unternehmers in seinem Betriebe gefährdet wird, lehren zur Genüge die Erfahrungen der mit so großen Hoffnungen gegründeten Produktiv-Genossenschaften. Neben dem Mangel an Kapital und an Absatz war es nicht am wenigsten der Mangel an Disziplin, der diese Gründungen nicht zu einem Gedeihen kommen ließ.

Die wichtigste Aufgabe jedoch, die vor dem deutschen Volke liegt, zu deren Lösung die industriellen Unternehmer allein aber außerstande sind, wenn auch Ansätze zu ihrer Lösung von einzelnen in mustergültiger Weise gemacht sind, ist die Aufgabe, den Industriearbeitern zu Wohnungen zu verhelfen, die das Leben nicht nur erträglich, sondern freudig machen. Die gartenlosen Hinterhäuser unserer fünfstöckigen Mietkasernen sind Wohnstätten, die das Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr kennen sollte. Was den Arbeitern und ihren Familien nottut, was sie wünschen und heiß begehren, das kann man erkennen, wenn man sich die bescheidenen Laubenkolonien ansieht. Die Arbeiter wollen gar nicht während ihrer freien Zeit untätig sein und im Wirtshause sitzen, sie betätigen sich gerne noch in ungezwungener Weise ein paar Stunden im Freien mit Gartenarbeit. Es ist rührend zu sehen, mit welcher Liebe und Sorgfalt sie die armseligen Winkel herrichten und ausputzen, die ihnen für kurze Zeit noch die Bautätigkeit zwischen Eisenbahnen, Fabrikschloten und kahlen Brandmauern fünfstöckiger Häuser läßt. Solange aber nicht andere Bebauungspläne und andere Bauordnungen dem Grund und Boden erschwingliche Preise belassen oder beschaffen und ihn vor neuer Umklammerung mit lungenerdrückenden und gemütverdorrenden Bauungetümen bewahren, ist es wenigstens in den Mittel- und Großstädten, den Hauptsitzen der Industrie von Fertigfabrikaten, unmöglich, Arbeiterwohnungen mit kleinen Gärten in hübscher Umgebung zu schaffen.

Mehr kann ich an diesem Orte über diese Frage nicht sagen, als daß es die Frage ist, von deren glücklicher Lösung das Wohlergehen, die Bevölkerungszunahme und damit vielleicht die Zukunft des deutschen Volkes abhängt. Seltsam ist, daß die Gewerkschaften der Wohnungsfrage, wenigstens soweit ihre Lösung von Unternehmern in die Hand genommen worden ist, nicht nur keine Sympathie, sondern eher

das Gegenteil entgegengebracht haben. Man befürchtet von Wohnhäusern im Eigentum der Arbeitgeber eine zu große Abhängigkeit der Arbeiter. Sollten künftig die Gemeinden oder die Gewerkschaften für eine bessere Behausung der Arbeiter sorgen wollen, so werden die Unternehmer gern diese kostspielige und mühsame Aufgabe von ihrem Programm streichen; irgendwie aber muß sie gelöst werden, — vielleicht im Einvernehmen zwischen Gemeinden, Gewerkschaften und Unternehmern. Für letztere ist hierbei alleiniges Ziel eine gesunde, zufriedene, tüchtige Arbeiterschaft, übrigens die Volksschicht, aus der so viel hervorragende Unternehmer hervorgegangen sind und auch künftig hervorgehen werden.

Die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland.

Von Adam Stegerwald.

Wohl die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes war vor dem Kriege der Überzeugung, daß damals das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Volksschichten im Innern Deutschlands bei dem gemeinsamen staatlichen Zusammenwirken vielfach nicht vorhanden war. Dieses wird hergestellt werden müssen. Nicht etwa aus Dankbarkeit gegen die eine oder andere Volksschicht für treue Pflichterfüllung im Kriege, sondern aus Erwägungen staatspolitischer Notwendigkeit. Es kann nicht geleugnet werden, daß insbesondere die Arbeiterschaft vor dem Kriege im deutschen Volks- und Staatsleben nicht die Stellung einnahm, die ihr, dem Stande der deutschen Wirtschafts- und Kulturentwicklung entsprechend, auch im Interesse des Staatsganzen zukommen müßte. Wie es nach dieser Richtung hin in Deutschland bestellt war, hat Herr Staatsminister Freiherr von Berlepsch auf dem VII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften (Juli 1909) dahin zusammengefaßt: „Der Kampf, den die Arbeiterklasse führt und den sie noch lange zu führen haben wird, ist der alte geschichtliche soziale Konflikt, der alle Jahrhunderte durchzieht, der sich ständig wiederholt in dem Kampfe der Geschlechter und der Zünfte im Mittelalter, in dem Kampfe des Bürgerstandes um die politische Gleichberechtigung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der Geschichte der Emanzipation des Bauernstandes, der alte, soziale Konflikt, der immer eingetreten ist, wenn eine bisher untergeordnete, dienende Gesellschaftsklasse verlangt hat, in die volle Gleichberechtigung einzutreten mit den im Besitz der politischen und der wirtschaftlichen Macht befindlichen Klassen, und wenn diese sich geweigert haben, ihre bevorrechtigte Stellung, die sie immer und überall als eine Staatsnotwendigkeit angesehen haben, aufzugeben. Glück-

lich ist die Zeit zu preisen, in der solche Konflikte ohne Anwendung von Gewalt gelöst werden." Von der Beobachtung ausgehend, daß in Deutschland die alten wirtschaftlichen Stände in revolutionärer Weise ins Staatsganze eingedrungen sind, hatte sich bei einem großen Teil der deutschen Arbeiterschaft die Auffassung festgesetzt, daß auch für die Arbeiterklasse ein anderer Weg nicht zum Ziele führen könne. Die fortgeschrittene Gesittung und die mit ihr zunehmende und sich vertiefende staatliche Einsicht, sowie die in der Gegenwart veränderte Zusammensetzung der Gesellschaft im Vergleich zu früher haben indes immer mehr die Aussicht bestärkt, daß auch ein anderer Weg, nämlich die Durchführung staatlicher Sozialreform und eine zielbewußte Verbreitung sozialer Gesinnung, die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterklasse in den Staatsorganismus herbeizuführen geeignet ist. Dieser letztere Weg hat den Vorteil, daß er einerseits für die Arbeiterschaft nicht alles auf eine Karte setzt und daß andererseits, wenn er eingeschlagen wird, viele kulturelle, politische und ethische Werte, auch für das Staatsganze, erhalten bleiben, die durch revolutionäre Bewegungen vernichtet würden. An dem friedlichen Hineinwachsen der Arbeiter in den Staatsorganismus sind diese und die Volksgesamtheit gleichmäßig interessiert. Dafür bestehen jedoch eine Anzahl Voraussetzungen auf beiden Seiten, an denen schon jetzt im Kriege trotz aller entgegenstehenden Interessen mit Nachdruck gearbeitet werden sollte. Die Arbeiterschaft wird allseitig die Volksgemeinschaft, die Wirtschaftsgemeinschaft und die Schicksalsgemeinschaft mit den übrigen Volksgenossen anerkennen müssen. Den Staat verneinen, ihm die Mittel zu seiner Existenz grundsätzlich verweigern und trotzdem in ihm eine gleichberechtigte und maßgebende Rolle spielen zu wollen, ist ein Unding. Aber auch Staat und Gesellschaft haben dahin Vorkehrungen zu treffen, daß es den Arbeitern ermöglicht wird, ähnlich wie das bei anderen Ständen der Fall ist, in dem Staat sich als gleichberechtigten Bestandteil zu fühlen. Alles, was dem seither entgegenstand, wird beseitigt werden müssen.

Die Einräumung der Gleichberechtigung besteht zunächst in der Anerkennung der Gleichwertigkeit, d. h. in der Anerkennung dessen, daß die Erhaltung und Förderung dieses Standes in ganz gleicher Weise im Interesse des Ganzen und aller anderen Einzelteile liegt, wie das den anderen Ständen längst zuerkannt ist.

Weiterhin muß ſich dieſe Anerkennung ausprägen in der Einräumung gleichartigen Rechts und gleichartiger Verbindungen mit dem Staat und allen ſtaatlichen Verwaltungseinrichtungen, wie das bezüglich anderer Stände bereits geſchehen iſt.

Die Anerkennung, die anderen Ständen zuteil wird, bezieht ſich im allgemeinen auf drei Punkte: auf die Produktivität, auf die Konſumkraft und auf die ſtaatliche und Kulturbedeutung. Die Bedeutung der landwirtſchaftlichen Produktion und ihrer Fortſchritte, die ſie in den letzten Jahrzehnten errungen hat, wird z. B. von allen Kreiſen rückhaltlos betont. Desgleichen hat ſich die Förderung der landwirtſchaftlichen Intereſſen ſeit langem aufgebaut auf der Erkenntnis, daß auch die Kaufkraft dieſes Teiles der deutſchen Berufsbevölkerung ſich für die anderen Gebiete des Volkswirtſchaftslebens als eine ſehr wertvolle Stütze gezeigt hat. Endlich iſt die Tragweite der ländlichen Bevölkerung als eines Unterbaues ſittlicher und geſundheitlicher Kräfte des Volkes ebenfalls allgemein zugegeben.

In ähnlicher Weiſe iſt das der Fall hinſichtlich des induſtriellen Unternehmerſtandes, wie neuerdings beſonders auch des ſelbſtändigen gewerblichen und kaufmänniſchen Mittelſtandes.

Umſo auffälliger iſt, daß bezüglich des Handarbeiterſtandes, der doch eine viel größere Zahl umfaßt als die eben genannten, dieſe Anerkennung bisher noch nicht zugeſtanden wurde. Dabei iſt die Produktionskraft der Arbeitermaſſen heute ſicherlich von nicht geringerer Wichtigkeit auf die Entwicklung unſerer Induſtrien und Gewerbe als das bei irgendeinem anderen Stande der Fall iſt. Der Arbeiter iſt in der deutſchen Volkswirtſchaft längſt nicht mehr in dem Sinne, wie er es in den erſten Zeiten der Induſtrieentwicklung geweſen iſt, bloße rohe körperliche Arbeitskraft, ſo daß die einzelnen Individuen leicht und wahllos durch andere erſetzt werden könnten. Bei der Differenzierung unſeres Wirtſchaftslebens in ein immer feinmaſchigeres Gewebe vielgeſtaltiger Erwerbszweige und vollends bei dem Aufſteigen zu immer bedeutſamerer Qualitätsentwicklung unſerer Induſtrie iſt die körperliche Geſchicklichkeit, geiſtige Faſſungskraft, Anpaſſungsfähigkeit des Willens, techniſche Kenntnis und ſchließlich nicht zuletzt auch die Willfährigkeit des deutſchen Arbeiters ein geradezu ausſchlaggebendes Element des Fortſchrittes der deutſchen Induſtrie und vor allem ihrer Konkurrenzkraft im Welthandel geworden.

Ebenſo beſteht der viel gerühmte deutſche Inlandsmarkt doch nicht nur, wie es nach den Erörterungen eines großen Teiles der deutſchen Preſſe ſcheinen könnte, auf der Kaufkraft des landwirtſchaftlichen Berufsſtandes. Auch die Aufnahmefähigkeit der Arbeiterkäufer iſt längſt nicht mehr allein eine Stütze des deutſchen Innenmarktes etwa nur nach der Maſſe der von dieſer Bevölkerungsſchicht gekauften Warenmengen, ſondern ebenſo auch für den Aufſtieg der deutſchen Induſtrie-Qualität. Iſt es doch anerkannt, daß ein hervorragender Zug des deutſchen Wirtſchaftslebens der Aufſtieg zur Produktion von Maſſenqualität geworden iſt. Es hat einmal eine Zeit gegeben, in der die deutſchen Waren von deutſchen Beurteilern ſelbſt als „billig und ſchlecht“ gekennzeichnet wurden. (Weltausſtellung zu Philadelphia 1876). Es war das die Zeit, in der die breiten Maſſen der gewerblichen Bevölkerung für andere als ganz billige Waren nicht kaufkräftig waren. Andererſeits iſt anerkannt, daß ſich ein ſtarker Abſatz beſtimmter Warengruppen und -Qualitäten auf ausländiſchen Märkten zumeiſt nur entwickelt, wenn die Herſtellung dieſer Waren durch den Inlandsmarkt zunächſt angeregt wird und in ihm eine ziemlich ausgiebige und vor allem verläßliche Stütze findet. Das gilt durchaus für die Höherentwicklung der Qualität der deutſchen Maſſenwaren. Mit der Höherentwicklung der Kaufkraft der ſtädtiſchen induſtriellen Maſſen war ſie auch befähigt, beſſere Qualitäten aufzunehmen. Der wachſende und durch den Zolliſchutz geſicherte Inlandsabſatz ſolcher Waren verbeſſerte ihre Stoßkraft auf den Auslandsmärkten und ſo wuchs auch dort die Qualität der deutſchen Induſtrie zu einer früher ungeahnten Anerkennung. Dabei handelt es ſich, es ſei nochmals betont, ſpeziell um Waren, die in allererſter Linie wieder von der ſtädtiſchen induſtriellen Bevölkerung gekauft werden.

Was nun die Bedeutung des Arbeiterſtandes für das ſtaatliche, wirtſchaftliche und kulturelle Ganze des deutſchen Zuſammenlebens anlangt, ſo kann auf die Dauer unmöglich verborgen bleiben, daß ſich die Vernachläſſigung dieſes Standes ungemein ſchwer rächen müßte. Schon tritt das klar in die Erſcheinung in der Bedeutung, die die ſanitäre Kraft des deutſchen Volkes im Kriege gezeigt hat. Mit den aus der Landwirtſchaft ſtammenden Truppen wäre der Krieg allein in keiner Weiſe durchzufechten. Es zeigt ſich, von welch grund-

legender Tragweite es ist, daß auch die industrielle Bevölkerung noch einen starken Kern sittlicher und körperlicher Festigkeit und Gesundheit in sich trägt. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Ziffern, die heute noch eine starke Abstammung der industriellen nun im Heere dienenden Arbeiter „vom Lande" zeigen, nicht zu falschen Schlüssen benutzt werden dürfen. Wenn heute noch ein so starker Prozentsatz der Heeresangehörigen als „vom Lande stammend" in der Statistik ausgewiesen wird, so beruht das darauf, daß die heute im Heere Stehenden in einer Übergangszeit geboren wurden, d. h. also in der Zeit, in der Deutschland sich erst in der Entwicklung vom Agrarstaat zum überwiegenden Industriestaat befand. Diese Leute sind dann in ihrem späteren Leben vom Lande in die Stadt gewandert und erscheinen darum in der Heeresstatistik als vom Lande stammend. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß nunmehr, wo wir bereits den überwiegenden Industriestaat stark ausgeprägt haben, in Zukunft das Reich in viel höherem Grade auf diejenigen auch in seiner Heereskraft angewiesen sein wird, die direkt von in der Industrie beschäftigten Eltern stammen. Die gesundheitliche Kraft dieser breiten Massen wird demnach für Deutschlands politisches Ringen mit anderen Mächten und für seine militärische Kraft späterhin in ungleich höherem Grade, als das bis heute der Fall gewesen ist, ausschlaggebend sein.

Bisher ist die Sache in der Weise vor sich gegangen, daß alle Zugeständnisse an die Arbeiterschaft entweder dem Staate selbst oder den in der Gesetzgebung, vor allem in der Volksvertretung mitbestimmenden Ständen und Parteien mühsam abgerungen werden mußten. Dabei hat man noch erwartet, daß das, was dann auf Grund dieses mühsamen Ringens seitens der Arbeiterschaft oder ihrer Freunde erreicht worden ist, von der Arbeiterschaft als eine Wohltat vom Staat und von den anderen Ständen ihr geschenkt, angesehen werde, und daß sie auf Grund dessen sich als ein gleich freudiges Glied der Staats- und Wirtschaftsgemeinde fühlen solle. Das war falsch. Immerhin hat schon die bisherige Entwicklung gezeigt, daß auf diesem Wege, d. h. also durch die Sozialgesetzgebung und durch die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen, die deutsche Arbeiterschaft in ein viel größeres Zusammengehörigkeitsgefühl zum Ganzen hineinwuchs, als das früher der Fall gewesen ist. Es ist darüber kein Zweifel möglich, daß erst die klare Anerkennung und Durchführung der Gleich-

berechtigung auch dieses Standes in Staat, Verwaltung, Wirtschaft und Kulturgemeinschaft Deutschlands die völlige „Einordnung" des Gefühls und des Willens der Angehörigen dieses Standes in die Staatsgemeinschaft herbeiführen kann und diese Folge aber auch haben wird. Wenn darauf hingewiesen worden ist, daß der Bürgerstand (Mittelstand und Fabrikanten) und der frühere gutsuntertänige Bauernstand sich durch Revolution die Anerkennung ihrer Rechte in Staat und Gesellschaft erkämpft haben, so ist andererseits gerade bei ihnen ganz klar zu ersehen, wie ihre Aufnahme und Einbeziehung in die Staats- und Verwaltungsmaschinerie ihnen im Laufe des letzten halben Jahrhunderts volles Einfühlen und starke aktive Mitarbeit am Staat gebracht hat. Dasselbe wird der Fall sein, wenn man in gleicher Weise auch den „vierten Stand" als völlig gleichberechtigten anerkennt und ihn einbezieht.

Dies ist auch notwendig, und zwar:

1. Aus politischen Gründen. Die Fernhaltung der breiten Massen der Arbeiterschaft von einer den anderen Ständen gleichartigen aktiven Teilnahme und Einbeziehung im Staatsleben würde sonst nach dem Kriege unzweifelhaft zu unaufhörlichen und scharfen Verfassungskämpfen in Deutschland führen. Insbesondere ist dabei auf folgenden Zusammenhang zu achten. Es läßt sich schon für die Zeit vor dem Kriege beobachten, daß die Widerstände, die die Mitbeteiligung der breiten Arbeitermassen am Staats- und Verwaltungsleben in Preußen fand, stark mit hingewirkt hat zur Ausprägung der „radikalen Krise im Reich". Die große Schwierigkeit, berechtigte Wünsche innerhalb des preußischen Staates bei der heutigen Zusammensetzung seiner Vertretungskörper in Parlament, Verwaltungsbezirken und Kommunen durchzusetzen, mußte in steigendem Maße zu dem Wunsche führen, diese Forderungen auf dem Wege über die Reichsgesetzgebung zu erzwingen. Andererseits ist klar in die Erscheinung getreten, in Friedenszeiten und selbst noch im Kriege, daß von preußischen politischen Instanzen aus neuerdings ein ungewöhnlich starker Druck auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches auszuüben versucht worden ist in der Richtung der Hintanhaltung sozialpolitischer Fortschritte auch im Reich. Die Weiterführung solcher Entwicklungen müßte zu unerhörten Zuspitzungen und Schwierigkeiten im ganzen innerpolitischen Leben führen.

Dadurch aber würden ohne Zweifel die großen Aufgaben, die dem Reich, wie den Bundesstaaten nach dem Kriege obliegen werden, in ihrer sachlichen Erledigung schwer gestört werden. Und dem gesamten deutschen Leben könnte daraus schwerer Schaden erwachsen. Die preußische Thronrede hat darum auch ganz klar die Situation erkannt, indem sie auf die Notwendigkeit einer erweiterten Anteilnahme aller Staatsangehörigen bei der Erledigung der staatlichen und Verwaltungs-Aufgaben hindeutet. Es ist das in ähnlichem Sinne zu begrüßen, wie seinerzeit die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung die Grundlage für die gesetzliche Einordnung des „Bürgerstandes" in den Staat und in die Volksgemeinschaft geworden ist.

2. Die Herbeiführung einer klaren gleichberechtigten Anteilnahme der Arbeiterwelt ist auch volkswirtschaftlich eine Notwendigkeit. Bliebe es bei den bisherigen Widerständen, bliebe es besonders bei der rechtlich wie moralisch ganz und gar unverständlichen Ablehnung der Organisationstätigkeit auch der Arbeiter, während den Organisationen der anderen Stände nicht bloß freier Lauf gelassen wird, sondern sie sogar begrüßt und von den staatlichen Instanzen gefördert werden, so müßte daraus weiterhin wieder eine ständige und schwer wachsende Unruhe im deutschen Gewerbeleben entstehen. Bei den gewaltigen Aufgaben der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaftskraft könnte das von sehr schwerwiegender Bedeutung sein.

Insbesondere ist die Erkenntnis und Anerkennung der Bedeutung der Kaufkraft der breiten Massen für die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftslebens von ausschlaggebender Bedeutung. Je mehr befürchtet wird, daß auch nach dem Kriege der Wirtschaftskampf der Mächte nicht ganz erloschen sein wird, je mehr insbesondere nach dem Kriege wieder mit einem starken Konkurrenzkampfe, insbesondere auch seitens der nicht am Kriege beteiligten Mächte (Nordamerika, Japan), gerechnet werden muß, desto größere Bedeutung erlangt die Kaufkraft der breiten Massen im Innern des Reiches. Bleibt deren Lebenshaltung aber gedrückt, so bedeutet das eine gewaltige Einschränkung der bisherigen Kaufkraft des deutschen Innenmarktes. Und es hat ja schon vor dem Krieg nicht an Stimmen gemangelt, die die rasch steigenden Ausfuhrziffern Deutschlands nicht als ein Zeichen von Stärke, sondern in den letzten Jahren als ein Zei-

chen innerer Schwäche betrachteten. Das starke Wachsen der deutschen Ausfuhr sei verursacht gewesen durch die mangelhafte Kaufkraft, ja durch deren Einschränkung infolge der Teuerungserscheinungen der letzten Jahre. Die Folge davon sei gewesen, daß die deutsche Industrie sich veranlaßt gesehen hätte, einen steigenden Teil ihrer Produktion auf dem Auslandsmarkte unterzubringen. Infolge der dadurch sich verschärfenden Konkurrenz hat sie das nur mit großen Schwierigkeiten und zu unzulänglichen Preisen durchführen können und so war die Konsumkrisis vor allem der städtischen und industriellen Bevölkerung nahe daran gewesen, zu einer Absatzkrise der deutschen Industrie zu werden. Stellen wir uns das vor Augen und betrachten wir die großen Schwierigkeiten, mit denen die Wiedergewinnung der Weltmärkte für uns ohne Zweifel verbunden sein wird, so leuchten ohne weiteres die schweren Gefahren hervor, die aus der Nichtberücksichtigung der Konsumkraft der breiten Massen unserer späteren Wirtschaftsentwicklung erwachsen könnten. Der seinerzeit richtige Satz: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt", ist, wörtlich genommen, längst nicht mehr Wirklichkeit, was schon aus der Tatsache und ihren weiteren Folgerungen hervorgeht, daß bei der Berufs- und Gewerbezählung 1907 in der Land- und Forstwirtschaft nur noch 17,6 Millionen oder 28,6 % der Bevölkerung tätig waren. Mit den Ergebnissen der Tätigkeit dieses Bevölkerungsanteiles kann eine Volkswirtschaft für 70 Millionen Menschen nicht ausreichend befruchtet werden. Reichstagsabgeordneter Dr. Böttger berechnet den Gesamtkonsum der deutschen Arbeiter jährlich auf rund 20 Milliarden Mark, wovon die Hälfte auf Nahrungs- und Genußmittel fallen soll. Nach solchen Feststellungen ist es denn auch eine schwer verständliche Einseitigkeit, die Arbeiter in volkswirtschaftlicher Hinsicht lediglich als Lohnempfänger hinstellen zu wollen. Der allein der gewerblichen Produktion aus Arbeitslöhnen wieder zufließende Betrag ist mindestens so hoch wie die jährliche Gesamtausfuhr Deutschlands an Fertigfabrikaten vor dem Kriege. Die an die Arbeiter gezahlte Lohnsumme dient ebenso wieder zum großen Teil der Steigerung der Produktion, wie die für die Kriegsanleihen gezeichneten Beträge nach wenigen Monaten wieder zu neuen Kriegsanleihen Verwendung finden. Auch die meist aus Arbeitgeberkreisen herrührende einseitige Auffassung, daß eine

möglichſt geringe Lohnquote die notwendige Vorausſetzung für die Förderung der Produktion ſei, iſt weiter verbreitet, als es im ſtaatlichen Intereſſe liegt.

Ohne die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterſchaft und des Wertes ihrer Organiſationstätigkeit müſſen aber auch noch weitere notwendige Entwicklungen Mangel leiden. So iſt die Heranbildung einer genügend großen Anzahl und Auswahl techniſch vorgebildeter und eingeſchulter Qualitätsarbeiter von Jahr zu Jahr eine dringendere Frage geworden. Die handwerksmäßigen Berufe, auf denen in der Zeit des Überganges vom kleingewerblichen zum großgewerblichen Induſtriebetrieb der Nachwuchs der techniſch geſchulten Arbeitskräfte zumeiſt beruhte, reichen nicht mehr aus. Das Handwerk klagte ſeit Jahren mit einem gewiſſen Rechte, daß es in ſtets ſteigendem Maße für die Induſtrie die benötigten gelernten Arbeitskräfte auszubilden habe. Der Bedarf an ſolchen Kräften ſteigt in dem gleichen Maße, wie die deutſche Qualitätsarbeit an Boden gewinnt. Eine Möglichkeit, dieſe Frage wirklich weitſchauend zu regeln, ergibt ſich nur durch ein Zuſammenarbeiten öffentlich-rechtlicher Einrichtungen mit den Unternehmer- und den Arbeiterorganiſationen. Vorausſetzung dafür iſt aber die gleichwertige Anerkennung der letzteren.

3. Ebenſo iſt dieſe gleichberechtigte Einordnung in Staat, Wirtſchaft und Geſellſchaft notwendig aus kulturellen Gründen. Ein Staat und Volk iſt hinſichtlich des Weiterlebens ſeiner kulturellen Kräfte immer als ein Ganzes aufzufaſſen. Hochwertige Kräfte kommen und gehen. Es iſt ein durch die Geſchichte der Völker gehender gleichartiger Zug, daß die zeitweiſe an der Leitung der Geſchicke befindlichen Schichten und Familien im Dienſte der Geſamtheit ihre Kräfte verbrauchen und durch neue friſche aus dem Untergrund des Volkslebens aufſteigende erſetzt werden müſſen. Es iſt gar kein Zweifel und gerade der Krieg hat es tauſendfach bewieſen, daß in den breiten Maſſen der ſtädtiſchen induſtriellen Bevölkerung noch ein ungemein ſtarker Fond von geiſtiger Beweglichkeit, Kraft und Friſche zu Hauſe iſt. Dem muß die Möglichkeit gegeben werden, ſich zu entwickeln, aufzuſteigen und allmählich für Staat, Geſellſchaft und Kulturentwicklung die Kräfte zu liefern, die der Geſamtheit notwendig ſind. Es iſt wiederum eine Erſcheinung der Geſchichte aller

Völker, daß das Festhalten einer kastenmäßigen Abgeschlossenheit der oberen Schichten und die Entnahme der leitenden Kräfte nur aus ihnen zum Stillstand und zur Verknöcherung und damit zur Schwächung und zum Untergang der Staats- und Kulturkraft führt. Beispiele hierfür bilden China, Indien und nicht zuletzt auch die Schicksale des preußischen Heeres im Jahre 1806. Diese Spuren schrecken. Mehr als je sieht sich das deutsche Volk in seinem Existenzkampfe gegen alle Mächte rundum darauf angewiesen, alle Kräfte seines Volkstums zu hegen, zu pflegen und zu nutzen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, wo die Anerkennung der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Arbeitermassen praktisch einzusetzen hat.

Zunächst im Staat. Es sei hierbei noch auf eins verwiesen: Die Landwirtschaft hat im Laufe des letzten halben Jahrhunderts in engster Weise ihre Fühlung und Zusammenarbeit mit dem ganzen staatlichen Organismus in all seinen Teilen gefunden. An den einzelnen Ortsgruppen der landwirtschaftlichen Vereine arbeiten staatliche Funktionäre mit. Der Vorsitzende der sogenannten Lokalabteilungen der landwirtschaftlichen Vereine pflegt der Landrat zu sein. Bei den offiziellen Körperschaften, die der Landwirtschaft zur Vertretung ihrer Interessen geschaffen worden sind, bei den Landwirtschaftskammern arbeiten die staatlichen Beamten (Oberpräsident, Regierungspräsident) in engster Fühlung. Ein großer Teil der von der Landwirtschaft gewählten Vertreter sind übrigens staatliche Beamte. In den Sitzungen landwirtschaftlicher Organisationen sind regelmäßig die in dem betreffenden Bezirk amtierenden Behörden vertreten. Mit den Zentralinstanzen der öffentlichen landwirtschaftlichen Organisationen, wie der landwirtschaftlichen Vereine ist es ebenso. Die Spitze der landwirtschaftlichen Vertretung im Staat und auch im Reich bildet der Landwirtschaftsminister, der mit all den technischen, wirtschaftlichen und politischen, auch den genossenschaftlichen Organisationen dieses Berufsstandes in engster sachlicher und persönlicher Fühlung sich befindet. Wie denn die Landwirtschaft als einziger Stand ein ausgeprägtes Berufsinteressenministerium hat. Die Wirkung ist, daß infolge dieser sachlichen und persönlichen engen Verbindungen der gesamten Staatsorganisation in all ihren Teilen die Verhältnisse dieses Berufsstandes im allgemeinen und auch die Sondervorgänge

der einzelnen Bezirke erkannt, überschaut, die Anträge und Wünsche in ihrer Berechtigung und Tragweite abgemessen werden können. Die Staatsorganisation sieht sozusagen von oben in das ganze Leben und Treiben dieses Berufsstandes hinein, ist an ihm interessiert, geht auf seine Wünsche bereitwillig ein. Der Vergleich mit der Arbeiterwelt ist ohne weiteres zwingend. Es fehlt hier sozusagen in allen Instanzen an der Verbindung, Kenntnis, Übersicht und infolgedessen auch am Interesse des staatlichen Organismus an dem Leben, der Entwicklung, den Wünschen und Sorgen der arbeitenden Klassen. Das Reichsamt des Innern mit seinen weit auseinanderliegenden und durcheinanderlaufenden Aufgaben vermag, da es überdies in den Einzelstaaten eine gleichartige Zentralisation sozialer Aufgaben als Unterbau nicht findet, in keiner Weise die Organisation der Landwirtschaft für die Arbeiterwelt zu ersetzen, sieht sich überdies durch den steigenden Druck der vereinigten Besitzinteressen in seinem eigenen Ressort an der Ausprägung sozialer Forderungen stark gehindert und heute ist jedenfalls der Charakter des Reichsamtes des Innern als eines „Ministeriums für Sozialpolitik", gelinde gesagt, stark verwischt.

Weite Kreise werden also in der Bewertung der Arbeiter im Staats- und Gesellschaftsorganismus umlernen müssen. Sie sahen seither in dem Lohnarbeiter lediglich den besitzlosen Proletarier, bei dem es gar nicht möglich sei, ihm ein gleiches Maß von Interesse am Staat zu vermitteln, wie es bei den besitzenden Schichten von selbst gegeben sei. Die Arbeiter stellten, so glaubte man, nur Anforderungen an Staat und Gemeinden ohne entsprechende Gegenleistungen. Diese Anschauungen sind irrig und dringen nicht bis zu den Wurzeln des staatlichen Gemeinschaftslebens. Das Interesse des einzelnen Staatsbürgers oder bestimmter Gruppen am Staate und umgekehrt, des Staates an ihnen, läßt sich heute nicht mehr auf die einfache Formel bringen, daß der Besitz der wesentlichste, staatssichernde Faktor sei. Die, wie man meinte, im Arbeiterelement verkörperte Ruhelosigkeit und stete Revolutionsgefahr ist in Deutschland in den letzten Jahrzehnten schon stark eingedämmt worden und läßt sich weiter eindämmen. Die Arbeiter müssen nur in etwas anderen Formen und mit etwas anderen Mitteln am Staatswesen interessiert werden, als das bei den besitzenden Schichten der Fall ist. Die Staatsge-

sinnung kann bei ihnen in mindestens demselben Maße und Umfang herbeigeführt werden, als sie in der Vergangenheit bei den besitzenden Schichten gemeinhin anzutreffen war.

Bei der Forderung der Arbeiter nach Gleichberechtigung im Staatsleben handelt es sich auch nicht um etwas Neues. Es braucht nur wieder herzhaft auf die in den Kaiserlichen Februarerlassen von 1890 niedergelegten Gedanken zurückgegriffen zu werden. In der Sitzung des Reichstages vom 20. Januar 1903 äußerte sich Reichskanzler Fürst Bülow u. a.: „Se. Majestät der Kaiser ist davon durchdrungen, daß der Arbeiter gleichberechtigt sein soll mit den anderen Ständen und Klassen und daß diese Gleichberechtigung ihren gesetzgeberischen Ausdruck finden muß." Die der Verwirklichung des Kaiserlichen Willens entgegenstehenden Hemmungen werden ausgeräumt werden müssen, und zwar zunächst bei den staatlichen Organen selbst. Die Staatsverwaltung kann nicht mit den rund 11 Millionen Arbeitern, die in Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr beschäftigt sind, einzeln verkehren. Dazu bedarf es vielmehr geeigneter, vom Vertrauen der Arbeiter getragener Zwischenglieder. Die Staatsbetriebe werden hinsichtlich der Behandlung der Arbeiterorganisationen der Privatindustrie mit gutem Beispiel vorangehen müssen. Daran werden sie um so weniger vorbeikommen, als Herr Staatssekretär Dr. Delbrück in der Sitzung des Reichstages vom 20. März 1915 über die gewerkschaftlichen Arbeiterverbände u. a. ausführte: „Es gibt oder hat bis vor kurzem wenige gegeben, die außerhalb der unmittelbar beteiligten Kreise in der Lage waren, die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften zu übersehen. Es war fable convenue, daß die Gewerkschaften vorzugsweise politische Agitationsinstrumente bestimmter Parteien seien, während tatsächlich nach meiner Überzeugung, nach einer Überzeugung, die nach meiner Ansicht der Krieg sehr viel weiter verbreiten wird, die Gewerkschaften in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben — das hat der Krieg gezeigt, nicht mehr denkbar ist." Die Reichs-, Bundesstaats- und Gemeindebetriebe werden die Arbeiterverbände als verhandlungsberechtigte Vertretungen der Arbeiter anerkennen müssen; demzufolge wären die vorgesetzten Behörden zu verpflichten, die Vorstände und Angestellten der Arbeiterverbände über Wünsche und Be-

ſchwerden der Arbeiter zu hören und mit ihnen darüber zu verhandeln. Auch werden die Betriebsverwaltungen des Reiches und der Bundesſtaaten nicht mehr umhin können, mit den organiſierten Arbeitern, ſoweit ſie in ſtaatlichen Betrieben tätig ſind, die nach privatwirtſchaftlichen Grundſätzen arbeiten, bzw. mit den zuſtändigen Gewerkſchaften Lohn- und Arbeitstarife abzuſchließen. Man behandle 10 Jahre lang durch die Staatsorgane die Arbeiter und ihre ſelbſtgeſchaffenen Organiſationen ebenſo, wie man ſeit 50 Jahren Landwirtſchaft und Induſtrie behandelt hat, und den radikalen Phraſeuren iſt in der Hauptſache in den Verſammlungen und in der Preſſe das Konzept verdorben.

Für die Gemeinde gilt in allgemeiner und in grundſätzlicher Hinſicht dasjenige, was für den Staat ausgeführt wurde. In den Stadtvertretungen, in der Armenverwaltung, in den Schuldeputationen uſw., insbeſondere Norddeutſchlands, iſt das Arbeiterelement verhältnismäßig nur ſpärlich vertreten, ſo daß ſich zwiſchen den Organen der Stadtverwaltung und der Mehrheit der Bürger ein arbeitsfreudiges Gegenſeitigkeits- und Vertrauensverhältnis nicht herausbilden konnte. Die Beziehungen zwiſchen den Organiſationen des Hausbeſitzes, des Handels, des Handwerks uſw. zur Stadtverwaltung ſind jedenfalls viel enger und intimer, als ſie zwiſchen ihr und den Organiſationen der Arbeiter gemeinhin vorhanden ſind. Auch die Behandlung von Arbeiterwünſchen in den kommunalen Unternehmungen iſt vielfach abhängig von der Zuſammenſetzung der Stadtvertretungen. Hier werden in dem gleichen Maße wie im Staatsleben zeitgemäße Reformen durchgeſetzt werden müſſen.

Auch im Geſellſchafts-, Wirtſchafts- und Betriebsleben wird der gegenſeitigen Klaſſenentfremdung mit ſtarken Kräften entgegengewirkt werden müſſen. Auf faſt allen Gebieten hat Deutſchland in den letzten Jahrzehnten große Fortſchritte aufzuweiſen; auf einem Gebiete dagegen iſt ein großes Manko zurückgeblieben: Die Menſchen ſind einander nicht näher gebracht worden. Wohl nirgends iſt der Kaſten- und Klaſſengeiſt ſo ſcharf ausgeprägt als in Deutſchland. Schreiber dieſes hatte durch mancherlei Reiſen in einer Reihe von europäiſchen Ländern Gelegenheit, mit führenden Vertretern aus allen Geſellſchaftsklaſſen ſich über ſoziale Probleme zu unterhalten und er hat dabei immer den Eindruck

gewonnen: in der gegenseitigen Klassenentfremdung steht Deutschland mit an erster Stelle. Auf Kongressen des Auslandes, die von führenden Volksschichten (nicht von Arbeitern) veranstaltet waren, wurden deutsche Arbeiterführer jedenfalls ganz anders behandelt und beachtet, als es ausländischen Arbeiterführern etwa auf ähnlichen deutschen Veranstaltungen widerfahren dürfte. Das persönliche Mitgefühl des Unternehmers und breiter besitzender Schichten gegenüber Schicksalsschlägen in der Familie des Arbeiters ist in den weitaus meisten europäischen Staaten nach meinen Beobachtungen stärker ausgeprägt als in Deutschland. Das ist anscheinend eine Schattenseite der deutschen Arbeiterversicherung; sie kommt eben in den betreffenden Fällen für den Arbeiter auf. Dadurch hat sich mit der Zeit auch von Mensch zu Mensch ein mehr geschäftsmäßiges Verhältnis herausgebildet. Man verstehe mich nicht falsch: Nach der wirtschaftlichen Seite treten solche Kontraste, wie sie zwischen der City und dem Osten von London oder in den belgischen und nordfranzösischen Kohlendistrikten anzutreffen sind, in Deutschland kaum hervor. Und dabei doch der größere Gegensatz von Mensch zu Mensch in Deutschland! Soll dieser gegenseitigen Entfremdung entgegengewirkt werden, dann ist der Anfang zu machen in den Beziehungen zwischen der jüngeren heranwachsenden Bildungsschicht und der Intelligenz aus der Arbeiterschaft. Dieses allmähliche Zusammenwachsen seither sich völlig fremder Schichten darf nicht dem Zufall überlassen werden. Es muß vielmehr von hervorragenden Pädagogen gepflegt und gefördert werden. Auch die älteren Semester aus den akademischen Berufen müßten sich darauf besinnen, daß sie nicht bloß Berufs-, Familien- und Gesellschaftspflichten gegenüber Gleichgestellten haben, sondern auch Pflichten gegen das Volk im ganzen. Werden diese Pflichten verstärkt anerkannt, dann erhöht sich bald der Kreis derjenigen aus den führenden Volksschichten, die die Arbeiterpsyche und die Arbeiterbewegung auch in Wirklichkeit verstehen. Dieser Kreis war seither in Deutschland sehr klein.

In dem Betriebsleben kommt es nicht bloß darauf an, der Handarbeit eine gesicherte Grundlage zur Geltendmachung ihrer Wünsche einzuräumen, sondern auch darauf, wie das Verhältnis zwischen Unternehmer und Einzelarbeiter, zwischen Vorgesetzten und Arbeiter aufgefaßt wird und sich in der Praxis auswirkt. Daß eine an-

gemeſſene Betriebsautorität vonnöten iſt, wird von einſichtigen Arbeitern, wird insbeſondere von den gewerkſchaftlichen Arbeiterorganiſationen als ſelbſtverſtändlich anerkannt. Ohne dieſe kommt nicht einmal ein Konſumvereinsbetrieb zurecht. Die Betriebsautorität hat ſich aber von einſeitiger Willkür freizuhalten. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird die Betriebsautorität vielfach anders praktiziert als in Deutſchland, ohne daß dadurch der materielle Effekt der Arbeitsleiſtung beeinträchtigt wird. Mit techniſchem und kaufmänniſchem Können allein läßt ſich jedenfalls ein Betrieb nicht für alle Zeiten in Deutſchland verwalten. „Dazu gehört die Kunſt, Seelen zu behandeln, die Kunſt, ſich in die anderen hineinzuverſetzen, die pſychologiſchen Bedingungen ihrer Lebens- und Schaffensfreudigkeit zu erkennen, ihr Ehrgefühl zu ſchonen und ſie auch ſelber zur rechten Genoſſenſchaft mit ihresgleichen zu erziehen [1])." Wird die Pädagogik in deutſchen Unternehmerkreiſen weiter gepflegt und findet man ſich verſtärkt mit dem Gedanken ab, daß der Arbeiter das Recht hat, zur Wahrnehmung ſeiner Intereſſen ſich mit ſeinesgleichen zu verbinden, dann kommen wir ein gutes Stück Weg weiter. Sobald man ſich dann in Unternehmerkreiſen allſeitig auf Verhandlungen mit den Arbeiterorganiſationen einläßt, in dem Arbeiter den Menſchen ſieht, der das Recht und die Pflicht hat, ſeine Arbeitsbedingungen ſo erträglich als möglich zu geſtalten, wird ſich herausſtellen, daß die Arbeiterorganiſationen weder von dem einzelnen Unternehmer noch von einer Induſtrie, noch von der Geſetzgebung Unmögliches fordern. Es wird, insbeſondere nach dem Kriege, in den breiteſten Arbeiterkreiſen auch für die nicht immer leichte Stellung der deutſchen Induſtrie im internationalen Wettbewerb und für die bedeutenden Funktionen des Unternehmers im Produktionsprozeß Verſtändnis anzutreffen ſein. Damit ſoll natürlich nicht ausgeſprochen werden, daß alle differierenden Fragen zwiſchen Unternehmern und Arbeitern durch bloße Ausſprachen behoben werden könnten. Zeitweiſe werden größere Differenzpunkte nach wie vor durch Anwendung von Machtmitteln zum Austrag gebracht werden müſſen. Das hat aber keineswegs zur notwendigen Konſequenz, daß ſich Unternehmer und Arbeiter unausgeſetzt und dauernd als zwei feindliche Heerlager gegenüberſtehen.

1) F. W. Förſter: „Staatsbürgerliche Erziehung", Teubner-Leipzig.

Schließlich ist die Gleichwertigkeit und die Gleichberechtigung der Arbeiter auch durchzuführen auf dem Gebiete des Rechts und der Rechtsbehandlung. Insbesondere erweist sich als notwendig die soziale Ausgestaltung des Rechts.

Dem heutigen deutschen Rechte merkt man noch allzu stark an, daß es dem alten römischen Rechte nachgebildet ist und nicht ausreichend mit der sozialen Entwicklung Schritt gehalten hat. Als das römische Recht geschaffen wurde, war der Typus des arbeitenden Menschen der Sklave. Damals mag dieses Recht den Verhältnissen und dem Stand der Dinge angepaßt gewesen sein. Heute leben in Deutschland 40 Millionen an sich freie Menschen, die trotz dieser theoretischen Freiheit von anderen in ihren ganzen Daseinsbedingungen abhängig sind, ohne daß das soziale Recht diesem Umschichtungsprozeß der Gesellschaft ausreichend gefolgt ist. Hier wird im Sinne der Herstellung eines angemessenen Gleichgewichtes einzusetzen sein. Vor allem erweist sich die Regelung einer Anzahl arbeitsrechtlicher Fragen als notwendig.

An die Spitze aller arbeitsrechtlichen Fragen ist der Satz zu stellen, daß die Interessen der einheimischen Arbeiter einen besonderen Schutz und eine wirksame Förderung gegenüber der Konkurrenz durch ausländische Arbeitskräfte erfahren sollen. Das muß als eine der Grundlagen durch unser Recht gehen. Deutschland betreibt seit mehr als 35 Jahren einen staatlichen Schutz der einheimischen Produktion gegenüber der des Auslandes. Dieser Schutz muß auch verstärkt auf die einheimische menschliche Arbeitskraft ausgedehnt werden. In einem Augenblick, wo die grundlegende Bedeutung der einheimischen Arbeiterschaft für unser ganzes Gemeinschaftsleben in Krieg und Frieden sich förmlich aufdrängt, scheint uns diese Forderung einer eingehenden Begründung nicht zu bedürfen. Weiter wird aus dem Recht alles entfernt werden müssen, was an Ausnahmebehandlung von Arbeitern und Angestellten erinnert. Das trifft vor allem den viel behandelten § 153 der Gewerbeordnung, der seither in doppeltem Sinne als Ausnahmegesetz gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anwendung gefunden hat. Einmal wurde die betreffende Gesetzesbestimmung sehr häufig gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, nicht aber gegen organisierte Unternehmer angewendet. In der Praxis war so vielfach den Unternehmern erlaubt,

was den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern bei Gefängnisstrafe verboten war. Dann kam es nicht selten vor, daß gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Unorganisierte wegen eines und desselben Deliktes vor Gericht standen. Der gewerkschaftlich Organisierte wurde verurteilt auf Grund des § 153 der G.-O., der nur Gefängnisstrafen kennt, während der Unorganisierte auf Grund der Bestimmungen des Strafgesetzbuches abgeurteilt wurde und nur mit einer geringen Geld- oder Haftstrafe davon kam.

Daneben ist eine Vereinheitlichung des Arbeitsrechtes ins Auge zu fassen. Dabei kommt es zunächst darauf an, alles das, was in der einzelstaatlichen Gesetzgebung an arbeitsrechtlichen Bestimmungen enthalten ist, herauszuheben und in Reichsrecht zu verwandeln. Dazu gehört das nicht nur von Staat zu Staat, sondern fast von Provinz zu Provinz verschiedene Gesinderecht; dann das Landarbeiter- und Bergarbeiterrecht.

Die Regelung des Arbeitsrechtes, wie sie hier gedacht wird, muß schließlich darin gipfeln, daß den Dienstleistenden Behörden mit amtlichem Charakter zur Verfügung gestellt werden, die sich ihrer Interessen anzunehmen haben. Im Spiel und Gegenspiel der Interessen von Ständen und Klassen, wie es sich vor Staat und Regierungen vollzieht kam bisher die Arbeiterschaft, obwohl sie gewissermaßen das Erwerbsleben trägt, nicht zur Geltung. Sie muß unbedingt ihre öffentlich rechtliche Vertretung bekommen. Ob in der Gestalt von Arbeitskammern im Sinne der Reichstagsbeschlüsse von 1908 oder dadurch, daß man den Gewerkschaftsverbänden einen anderen Platz in unserem Rechtssystem anweist, ist eine Sache für sich. Ferner wird das gewerbliche Einigungswesen auszubauen sein, mit einem Reichseinigungsamt an der Spitze.

Endlich wird auch das Schulwesen einen sozialen Ausbau erfahren müssen. Die aufstrebende Arbeiterschaft und das Gemeinschaftsleben haben ein starkes Interesse daran, daß Mittel und Wege gefunden werden, um jene geistig hervorragenden Kräfte, die aus der Arbeiterschaft hervorgehen, vor Verkümmerung zu bewahren und ihre Intelligenz der gesamten Volksentwicklung dienstbar zu machen. Damit soll natürlich nicht das Ziel verfolgt werden, das „Gelehrtenproletariat" zu vermehren. Das deutsche Volksleben braucht weniger eine Vermehrung der „abgestempelten Wissenschaft", als eine Erwei-

terung des Kreises der für das Wirtschaftsleben erforderlichen Intelligenzen. Der Kreis der produktiven Kräfte mit einer verbesserten Allgemein- und Fachbildung erweist sich umso umfangreicher, je mehr Deutschland die Qualitätsarbeit pflegen und damit seine Stellung in der Weltwirtschaft festigen will. Für Handwerker, Werkmeister, Vorarbeiter, Kolonnenführer usw. mit einer verbesserten Allgemein- und Fachbildung hat das deutsche Volks- und Wirtschaftsleben nie Überfluß an Kräften, insbesondere nicht nach dem Kriege, in dem leider die Intelligenz aus allen Schichten starke Einbuße erlitten hat. Es wird erforderlich werden, daß zwischen der Volksschule einerseits und den Mittel- und Hochschulen andererseits ein organisches Verhältnis herausgebildet und eine bessere Pflege und Verbindung mit der Fachschule in der Art der Baugewerks- und Maschinenbauschulen mittels eines einheitlichen Schulsystems hergestellt wird. Mittel und Wege sind so zu gestalten, daß auch die Minderbemittelten verstärkt an dieser erhöhten Bildungsmöglichkeit sich beteiligen können. Dann wächst auch von selbst die Wertschätzung der Handarbeit, an der es in Deutschland seit langem sehr gefehlt hat.

* * *

Große Teile der Arbeiterschaft haben von jeher mit den übrigen deutschen Volksgenossen sich auf den Boden der Volksgemeinschaft, Wirtschaftsgemeinschaft und Schicksalsgemeinschaft gestellt [1]). Auf dem dritten christlich-nationalen Arbeiterkongreß in Berlin (Ende 1913), der diese Grundlagen von jeher anerkannte, waren bereits $^5/_4$ Millionen Arbeiter und Angestellte vertreten. In Kreisen, denen die Verantwortung für die staatliche Zukunft Deutschlands großenteils und hauptsächlich obliegt, ist man anscheinend geneigt, ehrlich mitzuwirken an der Überbrückung des tiefen Grabens, der seither zwischen großen Arbeiterschichten und der Volksgesamtheit bestand. Auch auf breite Arbeiterschichten, die seither in der Erwartung einer überspannten internationalen Klassensolidarität befangen waren, hat der Krieg und seine Begleiterscheinungen ernüchternd gewirkt. Von dem erträumten Weltideal, in dem Klassen- und stärkere

1) Vergleiche „Deutsche Arbeit", Monatsschrift für die Bestrebungen der christlich nationalen Arbeiterschaft, Cöln, Januarheft 1916.

ſtaatliche Gegenſätze nicht mehr hervortreten ſollten, und das in der Geſchichte nie Wirklichkeit war, ſind wir nach Beendigung des Krieges weiter denn je entfernt. Die Advokatenregierungen in England, Belgien, Frankreich und Italien bieten für Deutſchland weniger denn je den Reiz zur Nachahmung. Der monarchiſche Gedanke hat durch den Krieg in den deutſchen Arbeiterſchichten bedeutend an Anhang gewonnen. Ungeheure Aufgaben auf den vielſeitigen Gebieten verlangen nach dem Kriege ihre Erledigung: Neuordnung des Wirtſchaftslebens, Überführung der Kriegsteilnehmer in ein möglichſt angemeſſenes Arbeitsverhältnis, Neugeſtaltung des ſtaatlichen Finanzweſens, größere Stabilität auf dem Gebiete der Lebensmittelverſorgung, Fürſorge für die Kriegsbeſchädigten und die Hinterbliebenen Gefallener uſw. Dieſe Aufgaben laſſen ſich umſo befriedigender und vollkommener zur Löſung bringen, je mehr mit rein ſachlichem Bemühen an ſie herangetreten wird und je beſſer es gelingt, alle Volksſchichten angemeſſen zur Mitarbeit heranzuziehen. Deutſchlands Schickſalsſtunde zur Geſtaltung ſeiner ſtaatlichen Verhältniſſe und ſeines künftigen inneren Gemeinſchaftslebens hat geſchlagen. Nutze man ſie!

Die Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Von Fritz Roeßler.

Die ersten Jahre nach dem Kriege werden für die deutsche Industrie eine Zeit stärkster Anspannung aller Kräfte werden. Der erneut einsetzende Inlandsbedarf und die Wiederauffüllung der während des Krieges geräumten Lager werden intensive Fabrikation, die Wiedereroberung der verloren gegangenen Auslandsmärkte energischste kaufmännische Tätigkeit verlangen. Dabei wird die Industrie unter sehr erschwerten Verhältnissen arbeiten. Die Beschaffung der Rohstoffe aus dem Auslande wird erst allmählich wieder in Gang kommen. Die Umstellung auf die Friedensarbeit wird nicht ohne Reibungen sich vollziehen, namentlich was die Wiedereinstellung der aus dem Felde heimkehrenden Arbeiter und das Ablegen der während des Krieges eingestellten Hilfskräfte betrifft. Erhöhte Steuern und Abgaben werden die Industrie belasten. Vor allem aber werden weitgehende Lohnbewegungen nicht ausbleiben.

Während in einzelnen Betrieben, namentlich soweit sie Kriegsbedarf liefern, allerdings schon jetzt erhöhte Löhne gezahlt werden, sind in vielen anderen Industrien die Löhne nicht gestiegen, oder es mußten gar wegen mangelnder Beschäftigung Lohnkürzungen und Entlassungen eintreten. Unbestreitbar ist aber gleichmäßig für alle Teile unserer arbeitenden Bevölkerung die Lebenshaltung enorm verteuert worden, und es ist wenig Hoffnung, daß nach dem Kriege eine baldige Verbilligung eintreten wird. Die Preise der inländischen landwirtschaftlichen Produkte werden nur langsam zurückgehen, die Einfuhr ausländischer Rohstoffe, Lebens- und Futtermittel wird nur allmählich wieder in Gang kommen. Die Wohnungen werden infolge des hohen Zinssatzes teurer werden und schließlich müssen die ungeheuren für Verzinsung und Amortisation der Kriegslasten erforderlichen Summen in einer allgemeinen Verteuerung aller Lebensbe-

dürfnisse zum Ausdruck kommen. Der Arbeiter wird nach dem Kriege mit dem Lohne nicht mehr auskommen, der ihm vorher zum Unterhalte seiner Familie ausreichte. Die in der Zeit des wirtschaftlichen Burgfriedens zurückgehaltenen Forderungen nach Erhöhung der Löhne werden also beim Wiedereinsetzen der industriellen Tätigkeit mit elementarer Macht zum Ausdruck kommen, gerade in einem Augenblicke, wo die Industrie sich erst selbst wieder in die neuen Verhältnisse einarbeiten und das im Kriege verlorene Gebiet unter erschwerten Umständen wieder erkämpfen muß. Wird die Arbeiterschaft dabei der schwierigen Lage der Industrie Rechnung tragen, indem sie ihre Forderungen auf das Notwendigste beschränkt, und wird auf allen Seiten, nicht zum wenigsten auch bei den Behörden, der gute Wille vorhanden sein, jedem das Seine zukommen zu lassen, um unsere wirtschaftliche Entwicklung vor schweren Kämpfen zu bewahren? Werden die künftigen Lohnbewegungen wieder von all dem Haß und Mißtrauen begleitet sein, die vor dem Kriege eine unvermeidliche Beigabe unserer wirtschaftlichen Kämpfe waren, oder wird der Krieg seine reinigende Wirkung auch hier ausüben, wird das Bewußtsein, ein einiges deutsches Volk zu sein, sich auch auf die wirtschaftliche Bewegung erstrecken und ihr einen ruhigeren und versöhnlicheren Geist einatmen? Und wenn wir der Hoffnung leben dürfen, daß der Krieg uns auch auf dem Wege zum inneren Frieden ein gutes Stück vorwärts gebracht hat, was können diejenigen, welche als Unternehmer oder Arbeiter im wirtschaftlichen Leben stehen, an ihrem Teile tun, um das gegenseitige Vertrauen und Verstehen zu fördern und so dem doch wohl von Allen erstrebten Ziele des dauernden Burgfriedens auch nach dem Kriege näher zu kommen?

Ein großer, vielleicht für die Zukunft der wichtigste Schritt nach vorwärts ist bereits getan. Als bei Ausbruch des Krieges sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft entschlossen auf die Seite des nationalen Staates stellte, da ging ein Aufatmen durch die Reihen all derer, welche den dumpfen Druck empfunden hatten, unter welchem bis dahin unser ganzes innerpolitisches Leben gestanden hatte. Gab es doch vor dem Kriege kaum eine Gesetzesvorlage oder Verwaltungsmaßnahme auf sozialem Gebiete, die nicht nach dem Gesichtspunkte orientiert war, die Sozialdemokratie niederzuhalten, oder wenigstens nicht ihre Entwicklung zu erleichtern. Und diese Angst vor der inter-

nationalen, revolutionären Sozialdemokratie hat auch viele einsichtige und wohlwollende Arbeitgeber in ihrem Urteil und ihrem Verhalten der Arbeiterschaft gegenüber beeinflußt. Es ist an sich begreiflich, daß der Industrielle, welcher im starken nationalen Staate die Grundlage und den Beschützer seines Unternehmens sieht, Verhandlungen mit den Arbeitern ablehnte, die nach seiner Überzeugung diesen nationalen Staat verneinten. Er glaubte, mit jedem Eingehen auf Forderungen, wie Arbeiterausschüsse oder Tarifverträge dieser internationalen, staatszerstörenden Bewegung Vorschub zu leisten, und schlug sie daher ab. „Erst sollen die Leute mit mir zusammen: Mit Gott für König und Vaterland rufen", so hat mir einmal ein Fabrikdirektor diesen seinen Standpunkt mit kurzen Worten ausgedrückt, als ich ihm gegenüber die Berechtigung mancher Arbeiterforderungen vertrat.

Dieser Wunsch ist ja jetzt erfüllt. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben, wie jeder andere Bürger, ihr Leben für das deutsche Vaterland in die Schanze geschlagen. Wenn es auch heute noch Nörgler gibt, welche behaupten, das sei nicht aus einer inneren Überzeugung, sondern unter dem Drucke der Verhältnisse geschehen, so können sie doch die Tatsache nicht wegleugnen. Sie besteht und muß nachwirken. Niemand kann heute noch im Ernst den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gegen unsere organisierte Arbeiterschaft erheben, und damit ist die erste Brücke geschlagen über die tiefe Kluft, die jahrzehntelang unser arbeitendes Volk in zwei Teile zerriß.

Erfreulicherweise hat die Reichsregierung bereits die erste Folgerung aus dieser veränderten Sachlage gezogen, indem sie sich für die Anerkennung der Gewerkschaften als nichtpolitische Vereine ausgesprochen hat. Wenn sie auch fernerhin den Grundsatz der Ausschaltung aller parteipolitischen Momente aus wirtschaftlichen Fragen konsequent durchführt, dann wird das unendlich viel zur Förderung des inneren Friedens beitragen. Von der segensreichsten Wirkung für die kommenden Lohnbewegungen aber würde es sein, wenn der Krieg, der uns so manche, jahrelang erstrebte Einrichtung unerwartet rasch gebracht hat, uns auch ein Reichseinigungsamt bringen würde, das als oberste unparteiische Instanz in allen Lohnstreitigkeiten angerufen werden kann.

Gibt das Verhalten der Sozialdemokratie und die veränderte Stellungnahme der Regierung zu ihr der Hoffnung Raum, daß bei

den kommenden wirtschaftlichen Auseinandersetzungen wenigstens dieses politische, die früheren Kämpfe so sehr verschärfende Moment nicht mehr so stark hervortreten wird, so bleibt doch zunächst das Verhältnis zwischen dem Unternehmertum und dem größten Teile der Arbeiterschaft bestimmt durch die verschiedene wirtschaftliche Anschauung, durch den vermeintlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Da muß man sich nun bei ruhiger Überlegung immer wieder fragen, ob dieser Gegensatz wirklich durch unser heutiges Wirtschaftssystem bedingt ist, ob es die natürliche Folge desselben sein muß, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer wie zwei feindliche Parteien gegenüberstehen. Wäre es nicht viel natürlicher, sie würden zusammen stehen zur Abwehr industriefeindlicher Bestrebungen im Innern, zum Schutz und zur Förderung unserer Industrie nach außen, und in jedem einzelnen Falle zum Wohle des besonderen industriellen Unternehmens, an dessen Wachstum und Gedeihen doch alle an und in ihm Arbeitenden das gleiche Interesse haben sollten?

Einen solchen Zustand der Gemeinsamkeit der Interessen an die Stelle des seitherigen Kampfzustandes zu setzen, muß unser Ziel sein, und alle sozialen Reformen müssen den Zweck haben, uns diesem Ziele schrittweise näherzubringen. Die erste Vorbedingung aber ist ein Verschwinden des gegenseitigen Mißtrauens, der gute Wille auf beiden Seiten, sich gegenseitig zu verstehen und zu begreifen.

Ohne Zweifel wird auch nach dieser Richtung der Krieg sich förderlich erweisen, indem er beiden Seiten Gelegenheit gibt, sich und ihre Leistungen besser kennen und richtiger einschätzen zu lernen. Daß unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung im Kriege ihre Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit aufs glänzendste bewiesen hat, das müssen auch ihre Gegner zugeben. Zwar sind wir zur gleichen Zeit ein ganzes Stück in den Staatssozialismus hineingeraten. Und manche dieser staatssozialistischen Einrichtungen, an welche ein staatstreuer Beamter vor dem Kriege nicht zu denken gewagt hätte, hat sich ganz gut bewährt und wird vielleicht den Krieg überdauern. Im großen und ganzen aber werden die Prediger und die Gläubigen des Zukunftsstaates doch damit rechnen müssen, daß sein Erscheinen jetzt in wesentlich weiterer Ferne liegt, als sie vor dem Kriege glaubten. Sie werden sich also in der Praxis noch einige Zeit mit unserer jetzigen Wirtschaftsweise abfinden müssen. Das wird ihnen auch gar nicht

so schwer fallen. Denn sie haben es in Wirklichkeit auch bisher schon bewußt oder unbewußt mit großem Geschick und Erfolg getan bei all den Einrichtungen auf genossenschaftlicher Basis, wie Baugenossenschaften und Konsumvereinen, in denen das Vermögen der Genossen von Vorstand und Aufsichtsrat nicht anders wie in kapitalistischen Gesellschaften verwaltet wird.

Diese genossenschaftlichen Organisationen haben sich während des Krieges außerordentlich bewährt. Gerade weil sie schließlich nach denselben Methoden arbeiten müssen, wie kapitalistisch konstruierte Unternehmen, und auch jetzt die gleichen durch den Krieg hervorgerufenen Hindernisse zu überwinden haben, bilden sie ein ausgezeichnetes Vermittlungsglied zwischen Kapital und Arbeit. Einsichtige Arbeitgeber sollten daher solche von Arbeitern gegründete Genossenschaften nach Möglichkeit unterstützen und womöglich in ihrer Verwaltung mitarbeiten. Sie werden dort die Arbeiterschaft und ihre Führer besser und gründlicher kennen und vorurteilsloser beurteilen lernen, wie in Volksversammlungen und aus der Parteipresse. Sie werden dabei die Überzeugung gewinnen, daß der vernünftige Teil der Arbeiterschaft nicht in phantastischen Zukunftshoffnungen lebt, sondern auf dem Boden der Wirklichkeit steht und mit den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen rechnet. Aber auch die Arbeiter, welche in diesen Verwaltungen tätig sind, werden in den Baugenossenschaften die Sorgen des Hausbesitzers, in den Konsumvereinen die Beschwerlichkeiten des Arbeitgebers in Handel und Fabrikation kennen lernen und Erfahrungen sammeln, welche unbemerkt auch ihr Urteil über die Stellung des Unternehmers im Wirtschaftsleben beeinflussen müssen. Dazu kommt nun ja noch das persönliche Erleben im Kriege, der die Menschen so bunt durcheinander würfelt. Wo Leute aus den verschiedensten Volks- und Gesellschaftskreisen zu monatelanger Lebensgemeinschaft gezwungen werden, da muß das gemeinsame Erleben auch das gegenseitige Verstehen fördern, neue Gedanken bringen und alte Vorurteile zerstören.

Von großer Bedeutung wird es sein, wieweit die Arbeitgeber in der Anerkennung der Gewerkschaften dem Beispiele der Regierung folgen werden. Wenn sie die großen finanziellen Leistungen der Gewerkschaften während des Krieges für Arbeitslosen- und Kriegsunterstützung sich vor Augen halten, dann werden sie die Charakteri-

sierung als reine Streikorganisationen nicht mehr aufrecht erhalten können. Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitglieder wird naturgemäß auch in Zukunft die erste Aufgabe der Gewerkschaften bleiben. Das ist aber doch an sich kein ausreichender Grund, um sie grundsätzlich zu bekämpfen. Man kann im Gegenteil die Ansicht vertreten, daß die Industrie eine ruhig fortschreitende Entwicklung der Gewerkschaften nur begrüßen sollte, aus der Überzeugung heraus, in der Größe der Gewerkschaften die beste Sicherung gegen leichtsinnige Arbeitseinstellungen zu haben. Denn mit der Anzahl der Mitglieder und der Größe des Vermögens wächst die Verantwortung der Führer für jeden unüberlegten Schritt. Zudem ist ja die Erfahrung schon bei manchen Lohnbewegungen gemacht worden, daß nicht die eigentlichen Führer der Organisationen, sondern andere, unverantwortliche Elemente die Treibenden waren. In dem Maße aber, wie auch in der Beurteilung und der Behandlung durch die Unternehmer der wirtschaftliche Charakter der Gewerkschaften gegenüber dem parteipolitischen überwiegt, wird auch der Einfluß der Parteipolitiker auf die Gewerkschaften zurücktreten, und die ruhigeren Elemente werden in den Vordergrund kommen, mit welchen in wirtschaftlichen Fragen eine sachliche Aussprache möglich ist. Dazu muß allerdings auch auf der Gegenseite der gute Wille zum Verhandeln und Vertragen mehr zum Vorschein kommen, als das heute bei den Arbeitgeberverbänden der Fall ist, deren leider sehr viele die Bekämpfung der Arbeiterorganisationen auf ihre Fahne geschrieben haben. Wenn bis jetzt bei den Unternehmerverbänden gerade in sozialpolitischen Fragen die schärfere Richtung vorherrscht, so hat auch das seinen Grund. Wer mit seinen Arbeitern im Frieden lebt, hat kein großes Interesse an Streikbekämpfungsvereinen. Die Leute aber, die nur aus Gemeinsinn sich an Vereinsarbeiten beteiligen, sind leider auch bei uns noch nicht so überaus zahlreich, daß sie großen Einfluß ausüben, und sie laufen daher Gefahr, in den Vereinen als unpraktische Idealisten beiseite geschoben zu werden. So kommt im Vorstand und in Versammlungen häufiger die minder versöhnliche Richtung zum Wort, und der Geschäftsführer geht dann leicht noch um einige Nuancen über den Ton des Vorstandes hinaus. Daher kann man auch in den Vereinsschriften beider Parteien ein Wort der Anerkennung der Gegenseite lange suchen. Und doch wären gerade die

großen Verbände, ihre Vorſtände und ihre Zeitungen die gegebenen Organe, um auf Verſtändigung und Verſöhnung hinzuarbeiten, anſtatt ſich mit Wort und Schrift zu bekämpfen.

In ausgeſprochenem Gegenſatz zu den Gewerkſchaften, insbeſondere den freien ſozialdemokratiſchen Gewerkſchaften, ſind in den letzten Jahren in einer großen Anzahl induſtrieller Unternehmen ſogenannte Werkvereine gegründet worden. Das Gefühl des Unternehmers, über die Arbeitsbedingungen in ſeiner Fabrik ſtatt mit den werksfremden Beamten einer ihm fernſtehenden Gewerkſchaft, lieber mit den eigenen Leuten verhandeln zu wollen, iſt ſehr begreiflich, und der Gedanke, zu dieſem Zwecke die Arbeiter des Werkes in einen Verein zuſammenzuſchließen, entſpricht durchaus der Forderung eines größeren Gemeinſamkeitsgefühls zwiſchen Arbeiterſchaft und Unternehmern. Die beſondere Betonung des nationalen Charakters der Werkvereine gegenüber der Internationalität der ſozialdemokratiſchen Gewerkſchaften wird ja nach dem Kriege keine große Rolle mehr ſpielen können. Ausſchlaggebend für die Beurteilung der ſog. gelben Gewerkſchaften bleibt die Frage des Streikrechts. Es iſt zwar nur ein Teil der Werkvereine, welche durch ihre Statuten ihre Mitglieder ausdrücklich verpflichten, auf das Streikrecht zu verzichten. Es bleibt aber mehr oder minder klar ausgeſprochen doch der Zweck der Werkvereine, den Streik als Waffe im wirtſchaftlichen Kampfe auszuſchalten. Zum mindeſten müßte indeſſen, wie es auch in einzelnen Vereinen der Fall iſt, dem Streikverbot die Zuſicherung des Unternehmers gegenüberſtehen, die Mitglieder des Vereins unter keinen Umſtänden, auch nicht auf Geheiß der Arbeiterorganiſation, auszuſperren. Vom ethiſchen Standpunkte iſt jede Beſchränkung der politiſchen und perſönlichen Freiheit beim Arbeitsvertrag verwerflich, und man ſollte deshalb auch den Mitgliedern der Werkvereine das Recht nicht verkürzen, ihnen nicht genehme Arbeitsbedingungen durch die Arbeitseinſtellung als letztes Mittel abzulehnen. Die Gefahr des Mißbrauches des Streikrechtes wird ja umſo geringer, je mehr zwiſchen Arbeiterſchaft und Unternehmen das Gefühl der Zuſammengehörigkeit ſich entwickelt. Und dieſes Gefühl iſt meiner feſten Überzeugung nach bei unſeren großen induſtriellen Unternehmen auch ohne Werkvereine ſchon in viel größerem Umfange vorhanden, als man gemeiniglich annimmt. So gut wie heute unſere geſamte Arbeiterſchaft in der Stunde

der Gefahr zum Deutschen Reiche gestanden hat, so gut werden auch in den meisten größeren Werken die verheirateten Arbeiter, welche jahrelang dort gearbeitet haben, sich auf Gedeih und Verderb mit dem Werk verbunden fühlen und entsprechend handeln, wenn sie nur das Gefühl haben, als freie Arbeiter anerkannt und gerecht behandelt zu werden. Mit Recht geklagt wird von den Fabriken über das Verhalten der jüngeren Arbeiterschichten. Sie sind das unruhige Element. Sie bilden fast ausschließlich den stark wechselnden Teil der Belegschaft, wie sie auch die Volksversammlungen füllen und bei Arbeitseinstellungen am lautesten auftreten. Auf diese Schicht einen erziehenden Einfluß zu üben, wird, wie überhaupt die ganze Behandlung der heranwachsenden Jugend, eine der schwierigsten Aufgaben nach dem Kriege sein.

Von der Arbeiterseite wird auch häufig der Vorwurf erhoben, die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen hätten nur den Zweck, die Arbeiter an die Fabrik zu fesseln. Selbstverständlich sollen die Wohlfahrtseinrichtungen auch dazu dienen, dem Unternehmen einen festen Stamm zuverlässiger und zufriedener Arbeiter zu erhalten. Das liegt durchaus im wohlverstandenen Interesse des Gesamtunternehmens und ist an sich kein Grund zu einem Vorwurf. Verwerflich ist es nur, wenn irgendwelche, die persönliche Freiheit beschränkende Bedingungen an die Benutzung der Einrichtungen geknüpft sind, wenn z. B. bei sozialdemokratischer Stimmabgabe die Kündigung von Werkswohnungen erfolgt. Je liberaler und zwangloser man die Organisation der Wohlfahrtseinrichtungen gestaltet und je mehr man die Arbeiterschaft zu ihrer Verwaltung heranzieht, um so eher wird man den Zweck der innerlichen Angliederung der Arbeiter an das Unternehmen erreichen können. Aber auch die Arbeiter und ihre Presse sollten endlich offen das viele Gute anerkennen, was deutsche Unternehmer, für die ganze Welt vorbildlich, auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrtspflege geschaffen haben, statt immer wieder die wenigen Schattenseiten hervorzuheben und durch ihre ungerechte Kritik den Arbeitgebern die Freude an dieser Tätigkeit zu verderben. Sie sollten auch vor allem das nicht unterschätzen, was die Industrie jetzt in der schweren Zeit des Krieges durch Unterstützung von Kriegsteilnehmern und ihrer Familien, durch Versorgung von Witwen und Waisen der im Kriege gefallenen Arbeiter leistet.

Für die Anbahnung eines verständnisvolleren Zusammenarbeitens erscheinen von ganz besonderer Bedeutung alle Einrichtungen für die bessere, allgemeine und sachliche Ausbildung und Fortbildung der Arbeiter, von den gewerblichen Fortbildungsschulen bis zu den Volksbildungskursen allgemein belehrenden Inhaltes. Bildung und Erziehung und die darauf gegründete Fähigkeit, sich ein eigenes Urteil zu bilden, sind doch in letzter Linie der beste Schutz gegen demagogische Beeinflussung. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn große industrielle Unternehmungen eigene Bildungs- und Unterhaltungseinrichtungen ins Leben rufen. Wo dies aber nicht möglich ist, da sollten die Industriellen sich mehr wie seither die Förderung der Volksbildung, sei es durch staatliche Einrichtungen, sei es durch gemeinnützige oder paritätisch geleitete Vereine am Herzen liegen lassen.

Diese Bildungsinstitute können aber nur ihren Zweck erfüllen, wenn der Arbeiter nach des Tages Arbeit noch geistig aufnahmefähig ist und ihm neben seinem Berufe noch Zeit bleibt, für seine eigene und seiner Familie Erziehung und Fortbildung zu sorgen. Von diesem Gesichtspunkte ist die Forderung einer angemessenen Verkürzung der Arbeitszeit nicht von der Hand zu weisen. Die Gefahr, daß die Arbeiter die freie Zeit im Wirtshaus oder sonst nutzlos oder gar schädlich verbringen, wird m. E. ganz außerordentlich überschätzt. Wenigstens habe ich in mehreren Fabriken, in welchen seit vielen Jahren die achtstündige Arbeitsschicht besteht, keinerlei schlechte Erfahrungen nach dieser Richtung gemacht. Der Gesundheit und dem wirtschaftlichen Wohle der Arbeiterfamilie besonders förderlich wird die verkürzte Arbeitszeit auch da wirken, wo der Arbeiter auf dem Lande oder wenigstens in ländlichen Vororten angesiedelt ist und ihm so Gelegenheit zur Bearbeitung eines kleinen Grundstückes gegeben wird. In ihrer Wirkung für den Fabrikanten kommt die Verkürzung der Arbeitszeit, wenn auch erfahrungsgemäß in der kurzen Zeit mehr geleistet wird, auf eine Erhöhung der Lohnsumme heraus, welche je nach der Art des Betriebes die Kalkulation beeinflußt. Eine Lohnerhöhung, die bei wertvollen chemischen Präparaten nur einen verschwindenden Bruchteil der Herstellungskosten ausmacht, kann bei Produkten, bei welchen die Löhne die Hauptkosten darstellen, die ganze Rentabilität in Frage stellen. Deshalb ist hier ein maßvolles

Vorgehen unter Berücksichtigung der Eigenart der Industrien durchaus am Platze.

Wenn man den Gedanken der Interessensolidarität von Arbeiter und Unternehmer ganz zu Ende denkt, dann muß man theoretisch zur gemeinsam verwalteten, zur sog. konstitutionellen Fabrik kommen. In der Tat ist auch dieser Versuch, wie bekannt, von mehreren besonders sozial veranlagten Unternehmern gemacht worden. Man kann nicht sagen mit großem Erfolge. In einzelnen Fällen mit besonders einfachen Produktions- und Absatzverhältnissen oder besonders qualifizierter Arbeiterschaft, wie z. B. den Zeiß-Werken in Jena, mag der Weg gangbar sein. In anderen Fällen wird man bei näherem Zusehen finden, daß der tatkräftige Geist des Gründers auch nach der Einführung der Verfassung noch dem Unternehmen seinen Stempel aufdrückt und in Wahrheit die Führung hat. Die Probe aufs Exempel wird dort erst nach seinem Ausscheiden gemacht werden. Für große, weit verzweigte Unternehmen, wie sie in unserer Industrie von Tag zu Tag zahlreicher werden, ist die konstitutionelle Verwaltung undurchführbar, ebenso undurchführbar, wie bei der Leitung eines Heeres. Die Entschließungen, die hier verlangt werden, können nicht von der Zustimmung von Ausschüssen abhängig sein, welche die wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenhänge nicht übersehen; sie müssen von wenigen leitenden, aber ihrer Verantwortlichkeit voll bewußten Personen getroffen werden. Die Schlagfertigkeit und der Wagemut der Unternehmer haben unsere Industrie groß gemacht, sie haben sich jetzt im Kriege glänzend bewährt, und deshalb müssen wir sie auch in Zukunft ungeschmälert erhalten, nicht zum geringsten zum Wohle der Arbeiterschaft selbst.

Etwas ganz anderes ist es jedoch, wenn lediglich die Mitbestimmung der Arbeiter bei den sie direkt berührenden Fragen des Arbeitsverhältnisses gefordert wird. Zu diesem Zwecke frei gewählte Arbeiterausschüsse sollten in allen Betrieben vorhanden sein. Auch sollten sich die Arbeitgeber einer den Arbeitsvertrag unter gerechter Abwägung der beiderseitigen Interessen schützenden Gesetzgebung nicht weiter widersetzen. Sie wird namentlich die Frage der Tarifverträge zu regeln haben.

Die Zahl dieser Tarifverträge nimmt in Deutschland von Jahr zu Jahr zu. Von der Großindustrie wird der Tarifvertrag noch ab-

gelehnt mit dem Hinweis, daß sein Abschluß nur zwischen Organisationen zweckmäßig und durchführbar sei, welche, wie im Buchdruck- oder Baugewerbe, auf der einen Seite in der Hauptsache kleinere handwerksmäßige Betriebe und auf der anderen Seite gelernte Arbeiter umfassen. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß sich auch hier nicht eines für alle schickt. Aber weil dasselbe Schema nicht überall paßt, ist doch der grundlegende Gedanke noch nicht zu verwerfen, der darin besteht, das Arbeitsverhältnis als rechtlichen Vertrag und die gesamte Arbeiterschaft oder ihre geordnete Vertretung als vertragschließende Partei anzuerkennen. Ob der Vertrag zwischen Organisation und Organisation, oder bei einem Werke mit großer Belegschaft, zwischen der Werksleitung und einem die Arbeiterschaft vertretenden Arbeiterausschuß geschlossen wird, ist schließlich nur ein gradweiser, nicht ein grundsätzlicher Unterschied. Hoffentlich wird es in absehbarer Zeit möglich sein, eine gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrages zu erreichen und damit auch dieser Seite des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine festere Grundlage zu geben.

Ein schwieriges und von den meisten Unternehmern heute noch für unlösbar gehaltenes Problem ist auch das Verlangen, Angestellte und Arbeiter an dem Gewinne des Unternehmens in irgendeiner Form zu beteiligen. In allen Fällen, in welchen die Gewinnbeteiligung schon in die Praxis übersetzt worden ist, — und zwar in England häufiger wie bei uns — handelt es sich um einfache, leicht übersehbare Verhältnisse mit einheitlicher Fabrikation und verhältnismäßig geringer Arbeiterzahl. Bei Unternehmen mit vielen verschiedenartigen Geschäftszweigen und Tausenden von Arbeitern, oder gar mit angegliederten Tochtergesellschaften wird sich ein Schlüssel für eine wirkliche Gewinnbeteiligung kaum finden lassen. Es mehren sich aber doch auch schon bei uns die Fälle, daß große Gesellschaften ihren Angestellten neben dem festen Gehalt Vergütungen zahlen, deren Höhe nach dem ausgeschütteten Geschäftsgewinn schwankt. Ja auch an Arbeiter werden in einzelnen Fabriken schon von dem Jahresgewinn abhängige Gratifikationen gezahlt, wenn denselben auch kein vertragliches Recht darauf eingeräumt ist. Gegen die Gewinnbeteiligung der Arbeiter wird in erster Linie eingewendet, daß der Kapitalist, welchem als Eigentümer oder Aktionär der Gewinn des Unternehmens zufließt, ja auch auf der anderen Seite das ganze finanzielle

Wagnis zu tragen hat. Das ist nicht zu bestreiten. Aber gerade, wenn man durch Wohlfahrtseinrichtungen und Werkvereine auch in dem Arbeiter das Gefühl der Zugehörigkeit zu dem Unternehmen zu erwecken bestrebt ist, kann man auch dem Verlangen, an den günstigen Ergebnissen der gemeinsamen Arbeit teilzunehmen, die Berechtigung nicht ganz versagen. Allerdings bestehen in Arbeiterkreisen oft recht übertriebene Anschauungen über die Gewinne und die Gewinnmöglichkeiten der Industrie. Sie werden genährt von einem Teil der Presse, welcher mit Vorliebe den Arbeitgeber als Profitjäger und Ausbeuter der Arbeiter schildert. Daß einzelne Besitzer und Leiter industrieller Unternehmen außerordentlich große Einnahmen aus denselben erzielen, kann ebensowenig bestritten werden, wie die Bedenken, welche die Ansammlung großer Vermögen in wenigen Händen für unsere Kulturentwicklung mit sich bringt. Auch hier wird der Krieg, namentlich in seinen wirtschaftlichen Folgen, ausgleichend wirken. Aber der Arbeiter erhält doch ein ganz falsches Bild, wenn ihm immer nur die hohen Dividenden einzelner, besonders erfolgreicher Gesellschaften vorgeführt werden, — und zwar nur in der absoluten Prozentzahl und niemals in der richtigen Beziehung zu dem wirklich arbeitenden Kapital — und wenn er nichts erfährt von den vielen Unternehmen, die schwer um ihre Existenz kämpfen und froh sind, wenn sie die normale Verzinsung ihres Kapitals aufbringen. Und wenn die Arbeiter mit Recht stolz sind auf den Geist der Solidarität in ihren Reihen, so werden sie auch verstehen können, wenn aus diesem selben Geiste heraus auch die Arbeitgeber Rücksicht auf schwächere Mitglieder nehmen und prüfen, ob Zugeständnisse, welche mit gutem Gewinn arbeitende Werke ohne weiteres machen können, nicht von verderblichem Einfluß auf andere, weniger begünstigte Industriezweige sein werden.

Nun noch einige Worte über die Angestellten, die kaufmännischen und technischen Beamten. Die Verhandlungen gelegentlich der Vorbereitung der Angestelltenversicherung und über den Schutz der Angestelltenerfindung haben erkennen lassen, daß große Teile der Privatbeamtenschaft auf dem besten Wege waren, in das den Unternehmern feindliche Lager abzuwandern. Das muß unter allen Umständen vermieden werden. Dank seiner höheren Bildung und seiner Stellung im Betriebe ist gerade der Privatbeamte der gegebene Mitt-

ler zwischen Arbeiter und Unternehmer. In jeder Fabrik steigen Arbeiter zu Beamtenstellen mit besserem Einkommen auf. Der sich in wachsendem Maße vollziehende Übergang von Privatunternehmen in die Gesellschaftsform erleichtert es, daß tüchtige Leute auch aus einfachen Verhältnissen zu leitenden Stellungen gelangen, Männer, welche die Not und Sorge der unbemittelten Familien aus eigenem Erleben kennen und daher auch im Verkehr mit den Arbeitern den richtigen Ton zu treffen wissen. Sie können auf die Arbeiterschaft einen bedeutenden Einfluß ausüben und deshalb müssen wir gerade bei den Beamten das Bewußtsein wachhalten und stärken, daß ihr Wohlergehen, ebenso wie das der Arbeiter, auf das engste mit dem Gedeihen des einzelnen Werkes wie der ganzen Industrie verknüpft ist.

Blicken wir zum Schlusse noch einmal zurück auf die lange Reihe glücklicher Friedensjahre, welche der deutschen Industrie zu ihrer beispiellosen Blüte verhalfen, so leuchtet auf dem weiten Gebiete der sozialen Gesetzgebung das große Werk der Arbeiter- und Angestelltenversicherung hervor, dessen segensreiche Wirkungen uns jetzt im Kriege erst recht zum Bewußtsein kommen. Aber auch alle die anderen, vielgestaltigen Probleme des Arbeitsverhältnisses, wie sie in diesem Aufsatze kurz zu schildern versucht wurden, zeigen schon in der Zeit vor dem Kriege, trotz heftiger Kämpfe, eine fortschreitende Entwicklung, die eine allmähliche friedliche Lösung auf dem Wege sozialer Reformen erhoffen läßt. Noch sind in beiden Lagern starke Widerstände zu überwinden. Eine vorurteilslose Prüfung derselben muß uns aber zur Überzeugung führen, daß sie nur zum Teil auf die Verschiedenheit der wirtschaftspolitischen Anschauung, zum großen Teil auf politische Gegensätze, auf Vorurteile und gegenseitiges Mißtrauen zurückzuführen sind. Das gewaltige Erlebnis des Weltkrieges hat uns die Notwendigkeit des Zusammenstehens aller Teile unseres Volkes so zwingend vor Augen geführt, daß wir heute den guten Willen, sich zu verstehen und zu vertragen und so diese Widerstände zu beseitigen, überall voraussetzen dürfen und uns der Hoffnung hingeben können, daß der Verkehr zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich immer mehr mit dem Geiste gegenseitigen Vertrauens erfülle, zum Segen für unsere deutsche Industrie und für unser einiges, deutsches Vaterland.

Arbeiterorganisation und Unternehmertum.

Von Max Schippel.

Auch jede lebensvollere bürgerliche Bewegung, in England, auf dem Kontinent und selbst in den älteren überseeischen Gemeinwesen, hat regelmäßig mit utopistischen Verallgemeinerungen gewisser Grundanschauungen und Kernforderungen begonnen: mit ausschweifenden Hoffnungen auf das neuentfesselte hemmungslose Spiel der kapitalistischen Wirtschaftskräfte, mit demokratisch-republikanischen Kampfansagen gegen alle überkommenen, dem jüngeren Gesellschafts„stand" nicht angepaßten Verfassungseinrichtungen. Erst die Zeit und die Erfahrung, die immer engere Verbindung mit dem wirklichen wirtschaftlichen und politischen Leben hat hier die Spreu vom Weizen, die leere verstiegene Systemmacherei von dem entwicklungsgeschichtlich Berechtigten und Notwendigen geschieden: unaufhaltsam und doch in so allmählicher Umbildung, daß nur bei einem weitgespannten Rückblick die Größe der inneren Umwandlung den Beteiligten selber zum Bewußtsein kommt.

Warum sollte es bei der modernen Lohnarbeiterklasse anders sein, dieser allerjüngsten Gesellschaftsschicht, die sich in immer ausgedehnteren Massen neben und über den bäuerlichen und handwerkerlichen Mittelständen ausbreitet, die gerade in den Zentren des wirtschaftlichen und geistigen Lebens, in Industriebezirken und Großstädten, die rascheste Verbreitung und unbestrittenste Bedeutung erlangte und für die doch im Rahmen des altüberlieferten Staats- und Wirtschaftssystems am allerwenigsten schützende und fördernde Vorsorge getroffen war? War es nicht vielmehr ganz naturgemäß, daß der größeren Unvertrautheit dieser Massen mit dem öffentlichen Leben ihre um so zügellosere Neigung zum bergeversetzenden Wunderglauben

und zu herausfordernden Kraftproben entsprach, und daß ihre langjährige Vernachlässigung, mitunter sogar ihre Mißhandlung durch Gesetzgebung, Verwaltung und Arbeitgebertum sich in der Maßlosigkeit ihrer Klagen und Anschuldigungen gegen die bestehende Wirtschaftsordnung rächte? Daß sie anfangs nur mit erlösenden Katastrophen rechnete und für die ersten Regungen der staatlichen Reformtätigkeit und des freiwilligen Entgegenkommens keine Gegenregung von Versöhnlichkeit und kein Wort der Anerkennung übrig hatte? Wenn es selbst nach 1866 und 1870 weiter noch schroff unversöhnliche Achtundvierziger gab, warum verlangt man, daß es bereits nach der Bismarckschen Arbeiterversicherung, nach den Wilhelminischen Arbeiterschutzerrungenschaften, nach der Überwindung des schroffsten Unternehmer-Herrenstandpunktes nur noch Arbeiter geben soll, die in der ruhigen Fortbildung des Bestehenden und Erreichten, ohne zielbewußtes Hinarbeiten auf Zusammenstoß und Zusammenbruch, die sicherste Förderung ihrer, nach wie vor unmöglich zu verleugnenden Klasseninteressen erblicken?

Dennoch läßt sich beim weit überwiegenden Teile der deutschen Arbeiterschaft Stufe um Stufe das geistige Hinauswachsen über die alte intransigente Vorstellungswelt verfolgen, und es ist kein Zufall, daß die vollständige Umbildung des Denkens und Handelns am raschesten und umfassendsten nicht in der politischen Partei, sondern in den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, in den Genossenschaften und Gewerkschaften sich vollzog, bei denen die hohle Agitation zur „Aufklärung der Köpfe" und die lärmende Demonstration zur Selbstermutigung und zur Einschüchterung der Gegner von Anbeginn an zurücktreten mußte hinter dem Streben nach tatsächlichen Ergebnissen, nach Befriedigung der kleinen und doch unendlich wichtigen Alltagsbedürfnisse, nach Milderung der lästigsten beruflichen und sozialen Mißstände. Die unbestimmte nebelhafte Ferne hat bei diesem praktischen Wirken mehr und mehr ihre Anziehungskraft eingebüßt und das Naheliegende, das Selbstgeschaffene und mühsam gegen Widerstände Errungene gewann unaufhörlich an Wertschätzung: nicht nur als die lichtere Gegenwart gegenüber einer trostlosen Vergangenheit, sondern zugleich als die keimende Saat, aus der allein reichere Zukunftsernten emporsprießen können. Zugleich lernte man in diesem, immer vielseitiger sich gestaltenden Tagesschaffen die Widerstands-

kraft des geschichtlich Gewordenen und Bestehenden nicht nur besser abmessen, man erkannte sie zugleich als die Wirkung tieferer wirtschaftlich-sozialer Zusammenhänge und Notwendigkeiten, deren Lebenskraft offenbar noch auf lange hinaus nicht erschöpft war. Man lernte mit Realitäten rechnen und baute keine Luftschlösser mehr in das Blaue hinein. Nicht minder jedoch wurde man sich der eigenen Erfolge bewußt, und je mehr diese sich zu stattlichem Ergebnis steigerten, desto weniger sah man innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung ausschließlich die niederdrückende, zermalmende Macht oben und die verelendete und weiter verelendende Masse unten. Man gewöhnte sich, der eigenen Kraft und den allgemeinen Ursachen der Klassenemporhebung zu vertrauen. Und zuletzt verschloß man sich so wenig wie andere der Erkenntnis, daß in der modernen Wirtschaftsorganisation eine bisher unerreichte Leistungsfähigkeit sich verkörpere und daß auch nach dieser Seite, unter Preisgabe aller schablonenhaft einseitigen Umwälzungsträume, Umbildungen und Fortentwicklungen den Kraftproben und Gewaltkuren vorzuziehen seien.

Keinem der Beteiligten selber und keinem außenstehenden und darum oft genug zu einem noch unbefangeneren Urteil befähigten Beobachter konnte diese stetige innere Umgestaltung der Arbeiterbewegung, vor allem der in erster Linie von ihren wirtschaftlichen Organisationen geistig beeinflußten Arbeiterkreise, noch in Frage stehen. Der Krieg, der auch hier für viele zur Offenbarung wurde, brachte nur die letzten und größten Entscheidungen, die im regelmäßigen Verlauf der Dinge gleichfalls nicht ausgeblieben wären, schneller und klarer zur Reife.

Die ganze Gewerkschaftspraxis mit ihrer Pflege der Gegenwarts-Kleinarbeit vertrug sich seit jeher schlecht mit dem Glauben an die allerlösende, allbefreiende Katastrophe von morgen. Sollte der eigene Wirkungskreis, den man mit jedem tatsächlichen Erfolg höher schätzte, nicht allzu sehr entwertet erscheinen, so mußte man den Zusammenbruch des Gesamtkapitalismus zum mindesten immer weiter hinausrücken lassen, so daß er als eigentlicher Rechenfaktor immer weniger in Betracht kam. Ein offenes Zugeständnis, das Friedrich Engels, der Mitverfasser des Kommunistischen Manifestes von 1847/48, gelegentlich über die Irrtümer der alten Götterdämmerungserwartung

machte, weckte deshalb in der ſozialdemokratiſchen Partei wohl allerlei zweideutige Auslegungen und Abſchwächungen, bei den Gewerkſchaften jedoch meiſt ungeteilte Zuſtimmung:

„Wir teilten nach den Niederlagen von 1849 keineswegs die Illuſionen der um die proviſoriſchen Zukunftsregierungen in partibus gruppierten Vulgärdemokratie. Dieſe rechnete auf einen baldigen, ein für allemal entſcheidenden Sieg des „Volkes“ über die „Dränger“; wir auf einen langen Kampf, nach Beſeitigung der „Dränger“, unter den in eben dieſem „Volk“ ſich verbergenden gegenſätzlichen Elementen. Die Vulgärdemokratie erwartete den erneuten Losbruch von heute auf morgen; wir erklärten ſchon Herbſt 1850, daß wenigſtens der erſte Abſchnitt der revolutionären Periode abgeſchloſſen und nichts zu erwarten ſei bis zum Ausbruch einer neuen ökonomiſchen Weltkriſe . . . Die Geſchichte hat aber auch uns unrecht gegeben, hat unſere damalige Anſicht als eine Illuſion enthüllt. . . . Sie hat klar gemacht, daß der Stand der ökonomiſchen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beſeitigung der kapitaliſtiſchen Produktion; ſie hat dies bewieſen durch die ökonomiſche Revolution, die ſeit 1848 den ganzen Kontinent ergriffen und die große Induſtrie in Frankreich, Öſterreich, Ungarn, Polen und neuerdings Rußland erſt wirklich eingebürgert, aus Deutſchland aber geradezu ein Induſtrieland erſten Ranges gemacht hat — alles auf kapitaliſtiſcher, im Jahre 1848 alſo noch ſehr ausdehnungsfähiger Grundlage.“

Das war im Jahre 1895, während im Kommuniſtiſchen Manifeſt, alſo ein halbes Jahrhundert zuvor, der damalige kindlich unreife Kapitalismus bereits dem Hexenmeiſter verglichen wurde, der „ſo gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, daß er die unterirdiſchen Gewalten nicht zu beherrſchen vermag, die er heraufbeſchwor“: die „bürgerlichen Verhältniſſe ſind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu faſſen“, immer „allſeitigere und gewaltigere Kriſen ſtellen immer drohender die Exiſtenz der ganzen bürgerlichen Geſellſchaft in Frage“. So ſtand in der Geburtszeit der erſten kümmerlichen Arbeiterbewegung ſcheinbar der Umſchwung zu einer vollkommen anderen Wirtſchaftsordnung bereits dicht vor der Tür. Aber mit jedem folgenden Jahrzehnt erblickte man die große Weltenwende ſtets in noch weiterem Abſtand von der Gegenwart. Nur beim Eintritt eines ganz außerordentlichen Geſchehniſſes ließ ſich allenfalls noch an eine weſentliche Abkürzung der peinlich langen Übergangsperiode denken: ein Krieg, der kaum noch anders als ein allgemeiner Weltkrieg vorzuſtellen war, mußte mit ſeinen tiefen Erſchütterungen aller Produktionsgrundlagen die Morſchheit

und Fäulnis des ganzen gesellschaftlichen und staatlichen Oberbaues rettungslos offenbaren.

Statt dessen entwickelte die so oft totgesagte kapitalistische Wirtschaft gerade im Kriege eine so verblüffende Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit, einen solchen Reichtum an aufgespeicherten Kraftreserven und neuen Hilfsmitteln, daß auch die letzte Einbildung von der wunderwirkenden Schicksalsstunde und damit der letzte falsche Einschlag in der folgerichtigen Gewerkschaftsauffassung sich noch rascher verlor, als es nach allen früheren Erfahrungen ohne den Krieg geschehen wäre. Die Friedenszeit wird hier (wenn nicht eine überlange Dauer und schließliche Versumpfung des Krieges unberechenbare Gegenströmungen erzeugt) einen ungeheuren Fortschritt vorfinden, durchaus in der alten Entwicklungsrichtung, aber in beispiellos abgekürztem Verfahren.

Die Friedenszeit wird auch eine andere Schätzung dessen vorfinden, was die deutschen Arbeiter bereits erringen und erkämpfen konnten, was für sie also auf dem Spiele stehen würde bei einem Zusammenbruch der deutschen Produktion, obwohl diese auf absehbare Zeit in den Grundzügen eine kapitalistische bleibt, und des deutschen Staatswesens, obwohl es den lohnarbeitenden Massen mit ihren eigenartigen Lebensverhältnissen, Schutz- und Förderungsbedürfnissen noch immer so vieles Erstrebenswerte und Notwendige versagt. Die großen Interessengegensätze werden natürlich immer von neuem ihre Kräfte zu messen haben, aber ein Hinarbeiten auf Konflikte, weil „der Lohnsklave nichts als seine Ketten zu verlieren" habe und weil in der Konfliktsluft die Keime des endgültig entscheidenden Zusammenbruches jederzeit am üppigsten gedeihen, wird es in Zukunft noch weniger geben als sonst bei normalem Verlauf der Dinge. Was früher schon bei den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, bei Gewerkschaften und Genossenschaften, in ihrem wachsenden Verantwortlichkeitsgefühl sich ausprägte, wurde im Feuer des Krieges weiter geläutert und gehärtet. August Winnig, einer der Führer des Deutschen Bauarbeiterverbands, der zweitgrößten deutschen Gewerkschaft, hat diese Erkenntnis überaus klar und treffend in folgenden Worten zum Ausdruck gebracht:

„Die Arbeiterklasse von heute lebt unter anderen, für sie günstigeren Bedingungen als ihr Vorgeschlecht. Ihre wirtschaftlichen Verbände, Gewerk-

schaften und Genossenschaften haben, begünstigt durch den industriellen Aufschwung Deutschlands, die materiellen Lebensbedingungen breiter Schichten verbessern können. Die gewerbliche Diktatur hat zurückweichen und verheißungsvollen Elementen eines neuen Arbeitsrechtes Raum gewähren müssen. Die Organisationen sind trotz heftiger Befehdung allmählich in das öffentliche Wesen eingedrungen. Verwaltungs- und Regierungsbehörden sehen sich genötigt, mit ihnen zu rechnen, zu verhandeln, zu arbeiten. In den Kassen der Organisationen häufen sich große Kapitalien an, es erstehen Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude, die greifbar den Unterschied zwischen jetzt und einst darstellen. Daneben flutet der starke Strom des politischen Lebens der Klasse . . . Die Klassenbewegung der Arbeiter kämpft sich tief und tiefer in das wirtschaftliche und politische Leben des Volkes hinein. Man betrachte diesen Vorgang und seine Ergebnisse mit geschichtlichem Sinne: ist es überhaupt möglich, daß das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Staatsganzen hiervon unberührt bleibt? Muß nicht vielmehr dieser tiefgreifende Wandel in der Stellung im Volksganzen auch die Stellung zum Volksganzen wandeln? Es ist nicht anders denkbar."

Oder wie Umbreit, der kluge und verdienstvolle Leiter des Zentralwochenblattes der deutschen Gewerkschaften, Ende 1915 in den Sozialistischen Monatsheften schrieb:

„Am Ausgang des Ausnahmegesetzes, als die Arbeiterklasse nichts als ihre Ketten zu verlieren hatte und ihre Hoffnung auf den baldigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft setzte, damals wäre es vielleicht denkbar gewesen, daß die sozialdemokratische Partei einer bürgerlichen Regierung die Kriegskredite zur Verteidigung des Reiches verweigert hätte; denn das Proletariat hat an diesem Reich nur geringen Anteil. Seither hat sich die Arbeiterklasse durch ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen im Deutschen Reich Raum und Recht erkämpft und einen wachsenden Anteil an den Kulturgütern errungen; sie hat dieses Reich für Millionen erst zu einem Vaterland gemacht, das der Gründung einer neuen Heimat, irgendwo in der Welt, vorzuziehen ist. Dieses Land den Feinden preisgeben, hieße die eigene Kulturarbeit einer ganzen Generation der Vernichtung opfern, hieße sich selbst verneinen. Das konnte die deutsche Arbeiterbewegung nicht mehr fertigbringen, und wenn „radikale" Kreise der Partei verblendet genug gewesen wären dies zu tun, so hätten sie an den Gewerkschaften unüberwindlichen Widerstand gefunden. Denn gerade die Gewerkschaften dürfen sich ein gutes Teil der heimischen Errungenschaften zuschreiben, und sie bedürfen dieser Errungenschaften als Etappen weiterer Erfolge zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse."

In ihrer regen Beteiligung, nicht nur an der militärischen und finanziellen Verteidigung der Nation, sondern noch mehr an allen rasch aufgeworfenen inneren Schutzwehren: an der staatlichen, ge-

meindlichen und freiwillig-gemeinsamen Fürsorge für Arbeitslose und Bedrängte, der Regelung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsbedingungen, der Forterhaltung und Umbildung der Produktion, am Schutze der Konsumenten haben die Gewerkschaften alsdann den schlüssigen Beweis für den unwankbaren Ernst ihrer Überzeugung erbracht, und zwar nicht nur für ihren guten Willen, sondern zugleich für ihre Opferbereitschaft, ihre vielseitige Sachkunde und ihre überraschende Leistungsfähigkeit.

Auf der anderen Seite sind die Kreise der Unternehmer und der Behörden gleichfalls von den eindrucksvollen sozialen Neuerfahrungen und Umwertungen nicht unberührt geblieben, und der Krieg, indem er schnellstes Zugreifen und Handeln zum Zwang erhob, brach hier gleichfalls oft nur den letzten hemmenden Eiswall.

Die wirtschaftliche Bedeutung einer geistig aufgeweckten und beweglichen Arbeiterschaft hatten weiterschauende Industrielle, trotz mancher unausbleiblichen zeitweiligen Verdrießlichkeiten, schon längst recht gut herausgefühlt. Im Krieg hat sich jeden Tag und bei jedem Anlaß schlagend erwiesen, daß eine ganze Reihe der wichtigsten Aufgaben nur durch vorbereitende Aussprache und maßgebende Verständigung mit den Arbeitern vorwärts zu bringen ist, daß aber jede ausreichende Verständigung unmöglich ist ohne ein gewisses Mindestmaß von allgemeinem Wissen und besonderer Vorschulung auf der Gegenseite, und daß es keine anfeuerndere, belebendere Trieb- und Schaffenskraft gibt, wie den geistigen Wetteifer tüchtiger Menschen, die in voller Gleichberechtigung, ohne einschüchternde und abschreckende Zurücksetzung und ohne abstumpfende Bevorzugung, zu gemeinsamem Wirken für das gleiche Strebeziel zusammengebracht sind. Was die Gemeindeverwaltungen, die Staats- und Reichsbehörden auf den Gebieten der Lebensmittelversorgung und -kontrolle, der Familienunterstützungen, der Arbeitslosenfürsorge, was diese Stellen und dazu das Unternehmertum für die Heranziehung und Andersverteilung der Arbeitskräfte, für die notwendige Wahrung und Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, zur geordneten Durchführung der staatlichen Arbeiten und militärischen Lieferungen geleistet haben, das soll in keiner Weise verkleinert werden. Aber es setzte, schon um bis in die entlegeneren Wirtschafts- und Gesellschaftsbeziehungen hinein zu wirken, die unabläs-

sige Mitarbeit eines vielgliedrigen, verständnisvollen Hilfsapparates voraus, wie er niemals zur Verfügung stehen kann, falls etwa wie in Rußland die Volksmasse sich zusammensetzt aus kulturlos gleichgültigen Muschiks und aus stumpfsinnigen, vom wirtschaftlichen und politischen Leben streng abgeschiedenen Lohnsklaven. Lediglich aus sich selbst heraus haben die Gewerkschaften trotz ihren durch die militärischen Einberufungen verminderten Einnahmen und Mitgliederzahlen im ersten Kriegsjahre 1914 nicht weniger denn 21,5 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützungen aufgewendet, dazu für Unterstützung ihrer Kriegerfamilien nochmals 10,4 Millionen Mark. Haben die Arbeiter die schier unerschöpfliche Organisations- und Anpassungsfähigkeit des Kapitals erkannt, so sollte auch das Unternehmertum sich mehr und mehr davon überzeugen, welche unvergleichliche Stärkung und Beflügelung alle öffentliche, wirtschaftliche und politische Entwicklung durch die lebendige Teilnahme der breitesten Volksschicht gewinnt.

Massenteilnahme ist jedoch stets durch Organisation und Organisationsvertretung vermittelt. Man denke sich bei den Beratungen, Fürsorgemitwirkungen und Neuschöpfungen der letzten Monate und Jahre die Arbeiterverbände und ihre, nach oben wie nach unten die Verbindungsbrücken schlagenden Wortführer hinweg und man würde gleichsam allem Erstrebten und Erreichten wiederum die Sehnen durchschneiden. Gerade in den Spitzen der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen hat sich zudem die oben geschilderte Loslösung von den Katastrophenvorstellungen und dem ihnen entsprechenden Verhalten am unverkennbarsten vollzogen: innerlich noch viel mehr, als es, wegen fehlender Gelegenheit, nach außen hin auffällig hervortrat. So konnte die halbamtliche Korrespondenz „Ernährungsfragen" im Dezember 1915 mit Recht schreiben:

„Die Gewerkschaften, deren Stellung und Bedeutung noch unmittelbar vor dem Kriege scharf umstritten waren, haben sich in dem Kampfjahr, das hinter uns liegt, als nützliche und wertvolle, ja in gewissem Sinne unentbehrliche Organe des nationalen Wirtschafts- und Gemeinschaftslebens bewährt. Sie haben das Vertrauen in die vaterländische Zuverlässigkeit und Opferbereitschaft des deutschen Arbeiters vollauf gerechtfertigt, die Politik des 4. August, die Politik der vorbehalts- und bedingungslosen Hingabe an das kämpfende Vaterland auch gegen vereinzelte Widerstände aus ihnen nahestehenden Kreisen entschlossen vertreten, in ihrer Versammlungstätigkeit und in ihrer Presse

den nationalen Geist, den Willen zum Durchhalten gepflegt. Sie haben auf den Gebieten der Kriegswirtschafts- und Kriegssozialpolitik zahlreiche Anregungen gegeben, von denen ein Teil verwirklicht werden konnte, haben Militär- und Zivilbehörden ihre — meist gern angenommene — beratende und vermittelnde Mitarbeit zur Verfügung gestellt. In diesem wahrhaft vaterländischen Sinne sind nicht bloß die freien, sondern im gleichen Maße die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften tätig gewesen — ebenso die verschiedenen Richtungen der deutschen Angestelltenbewegung. Die Anerkennung der Nation für die patriotische Leistung der organisierten Arbeiterschaft ist wiederholt vom Regierungstisch ausgesprochen worden."

Welch eine Verblendung also, um kleiner Unbequemlichkeiten und engherziger Vorurteile willen sich dieser wirkungsvollen Hebel der deutschen Gesamtentwicklung nicht bedienen zu wollen. Aber auch wenn man es nicht wollte, so werden es noch auf lange Zeit hinaus die Verhältnisse erzwingen. Denn nach dem Kriege wird die Wiederumschaltung der Produktion auf den Friedensfuß, die damit und mit den Menschenverlusten zusammenhängende Neugruppierung der Arbeitskräfte, die Eingliederung der Kriegsbeschädigten aber nicht Arbeitsunfähigen in den Arbeitsorganismus, die Fürsorge für die nicht sofort Unterzubringenden, für die vorübergehend und länger Arbeitslosen, die allgemeine Lohnneuregelung und die Regelung für die halbinvaliden, teilweise Erwerbsfähigen zahllose, vordem ungekannte Anlässe zu gemeinsamem Wirken bieten. Viele dieser schwerwiegenden Fragen werden sich bei gegenseitigem Entgegenkommen und gegenseitigem Verständnis unschwer in Angriff nehmen lassen, während sie von oben herab und g e g e n eine widerstrebende Arbeiterschaft überhaupt nicht zu lösen sind, oder doch nur unter endlosen Reibungen, stetig wiederkehrenden verbitternden Verstimmungen und unter kräfteverzehrenden heftigen Konfliktsausbrüchen.

Und wenn der Krieg vollends nur in seiner gewalttätigen Form enden, sich jedoch auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiet, nur mit anderen Waffen, aber kaum mit viel geringeren Gefahren für Deutschlands Zukunftsstellung fortsetzen sollte: wer dürfte dann noch ohne eine versöhnliche Gewinnung und eine Mitheranziehung der arbeitenden Massen und ihrer wirtschaftlichen Vertretungen die drohenden internationalen Zukunftskämpfe siegreich zu überstehen hoffen? Zahlreiche Führer großer Gewerkschaftsverbände haben sich neuerdings, wegen der ihnen anvertrauten Arbeiterinteressen, in sehr

bemerkenswerter Weise mit dem Schicksal der deutschen Produktion solidarisch erklärt, während früher der bequem kurzsichtige Konsumentenstandpunkt alle Produktionsrücksichten überwucherte und dadurch, ganz nach dem alten, sonst überall bereits preisgegebenen Verfahren, die „Anklage" und die „Agitation" an die Stelle des wirklichen Verstehens und darum des wirklichen Mitschaffens setzte. So ist neuerdings auch in handelspolitischen Meinungskundgebungen die Sprache bereits eine wesentlich andere geworden:

„Die besten Theoretiker des Sozialismus haben anerkannt, daß Erziehungszölle notwendig werden können, und niemand hat eindrucksvoller als Marx in seiner Brüsseler Rede die Nurfreihändler verhöhnt. In Australien setzt die Arbeiterpartei eine Zollpolitik durch, die sich gegen Waren aus Ländern mit niedrigen Arbeitslöhnen richtet. Auch der Gedanke hat einen gesunden Kern. . . . Gewiß hat die deutsche Agrarproduktion in diesem Kriege sich als leistungsfähig erwiesen und man wird auch in Arbeiterkreisen erneut die Frage prüfen müssen, ob die Ablehnung jeden Zollschutzes für die Landwirtschaft eine leistungsfähige Agrarproduktion gewährleistet oder nicht. Zu einem Prinzip der Arbeiterbewegung kann weder das eine oder andere System, Freihandel oder Protektionismus, werden." (W. Jansson, in dem gewerkschaftlichen Sammelwerk: Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, Berlin 1915.)

Diese vielversprechenden Ansätze nicht wieder durch verrostete Vorurteile und hemmende Entschlußlosigkeit verkümmern zu lassen, wäre eine der ersten Friedensaufgaben.

Das Volk, das für die schwierige Zeit nach dem Kriege die gemeinsame wirtschaftliche Reformarbeit am besten zu organisieren und am höchsten zu entwickeln versteht, wird nicht nur die Wunden der erschütternden letzten Jahre am raschesten heilen, sondern auch, ähnlich wie im Kriege selber, seine Gegner am erfolgreichsten überholen. Diese Lehre aus dem Sturm und Drang einer außergewöhnlichen Zeit sollten die Unternehmer auch in den kommenden ruhigeren, aber trotzdem für unser nationales Dasein unendlich wichtigen Zeitraum mit hinüberretten.

Die Frauenfrage im künftigen Deutschland.

Von Gertrud Bäumer.

So wenig heute schon ein deutliches Bild der deutschen Zukunft gewonnen werden kann, so klar ist eines: daß sie auf dem deutschen Menschen beruht. Ein Land, das den Weltmarkt braucht und dem keine Bodenschätze ein ausschlaggebendes Vorrecht, irgendeine entscheidende Unentbehrlichkeit für andere Länder sichern, ist angewiesen auf den Sieg seiner Leistungen. Ein Land, das dem militärischen Daseinskampf dieses Krieges einen wirtschaftlichen folgen lassen muß, in dem es auf kein Entgegenkommen rechnen darf, muß die Seltenheitswerte seiner Menschen entwickeln und einsetzen. Ein Land, das außerdem durch seine Lage gezwungen ist, auf Selbstversorgung, soweit irgend möglich, bedacht zu sein, braucht Menschen zur intensiven Ausnutzung seiner eingeschränkten Bodenkräfte.

Der Wert des Menschen — nicht nur in allgemeinem ethischen Sinn, sondern in dem konkreten besonderen, daß das kulturell-wirtschaftliche Machtmittel Deutschlands seine kultivierten Menschenkräfte sind — das wird der Mittelpunkt für die Orientierung aller künftigen Politik.

Auf die Grundlage dieser Tatsachen muß sich auch die künftige Betrachtung der Frauenfrage stellen.

Dabei wird sofort eines klar: die Frauenfrage hat sich durch den Krieg und die Verschärfung des Problems der Menschenausnutzung nicht vereinfacht, sondern sie ist schwieriger geworden. Denn der Widerstreit zwischen der Einbeziehung der Frauen in die volkswirtschaftliche Produktion und ihrer Mutterschaftsleistung — jener eigentliche Inbegriff der Frauenfrage — muß sich verschärfen in dem Maße, als die Tendenzen zur Heranziehung der weiblichen Arbeitskraft sich verstärken und gleichzeitig der nationale Wert ihrer Familienaufgaben steigt.

Beides aber wird nach dem Kriege unzweifelhaft der Fall sein.

Zur Verstärkung der weiblichen Erwerbstätigkeit werden folgende Ursachen beitragen: Vor allem das Bedürfnis der Volkswirtschaft, die sich erweiterten und gesteigerten Aufgaben gegenübersieht mit verminderten und geschwächten Arbeitskräften. Zu der Todesernte des Krieges und der Herabsetzung ungezählter Arbeitskräfte durch Verwundung und Krankheit kommt der mit Sicherheit zu erwartende Wegfall der ausländischen Arbeiter in Landwirtschaft und Industrie. Schon also, um das alte Leistungsquantum der deutschen Volkswirtschaft zu erreichen, muß an Ersatz gedacht werden: wer soll ihn stellen, wenn nicht die Frauen? Und wie erst, wenn ein „größeres Deutschland" gesteigerte Ansprüche stellt?

Das Einrücken dieser weiblichen Ersatzheere wird sich um so glatter vollziehen, als die Kriegsvertretung auf vielen Gebieten in Industrie, Handel, Verkehr, Unterricht, Verwaltung Frauen auf männliche Posten berief und eine Unzahl von praktischen Experimenten zustande kommen ließ, von denen nach Fachurteilen viele als geglückt betrachtet werden dürfen. Daß im nationalen Interesse diese Kriegsvertretung aufhören müßte, sobald und soweit die Männer an ihre Posten zurückkehren, braucht kaum ausdrücklich gesagt zu werden. Daß sie aber Friedensdauer gewinnen wird in dem Maße, als keine männlichen Anwärter erscheinen, ist ganz unvermeidlich. Ja, es wird der größten Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bedürfen, um zu verhindern, daß man Frauen aus Ersparnisgründen auch dort weiter behält, wo arbeitsuchende Männer da sind. In der Arbeitgeberzeitung erschien kürzlich ein Aufsatz, in dem darauf hingewiesen wurde, daß mit Rücksicht auf die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt Verbilligung der Produktionskosten dringend erwünscht sei, und daß die Beibehaltung der Frauenarbeit diesem Ziel sehr dienen würde. Solche Äußerungen zeigen, wie stark die bloße Tatsache der weitgehenden Beschäftigung von Frauen im Kriege die Versuchung zur dauernden Steigerung der Frauenarbeit in sich schließt.

Zu dem volkswirtschaftlichen kommt ein privatwirtschaftliches Bedürfnis. Die Kriegerwitwen, die größeren Scharen der jungen Mädchen, deren Aussicht auf ein normales Frauenschicksal draußen auf den Schlachtfeldern begraben ist, die Frauen der Kriegsinvaliden, die zum Familienunterhalt beitragen müssen — sie verstärken zweifel-

los das Angebot weiblicher Arbeitskräfte; und wenn auch anzunehmen ist, daß von den $1^1/_3$ Millionen Junggesellen über 30 Jahren, die Deutschland nach der letzten Berufszählung aufwies, künftig einige mehr heiraten werden, so wird doch ein stärkeres Angebot unversorgter Frauen auf dem Arbeitsmarkt bleiben.

Das sind Tatsachen, an denen „weder Hoffnung weder Furcht" etwas ändert. Sie wollen objektiv anerkannt werden, wie auch man sie bewerten möge. Ja, sie dürften um so weniger mit frommen Wünschen verschleiert werden, je bedenklicher man ihren Wirkungen gegenübersteht.

Ein Wort aus dem Wilhelm Meister sagt: „Das Saatkorn darf nicht vermahlen werden." Ein solches Vermahlen des Saatkorns nun droht die Verwendung der Frauenkraft in der Güterproduktion zu werden angesichts der Bestimmung der Frau zur Mutterschaft.

Wir brauchen in Deutschland Menschen, viele Menschen und gepflegte, gebildete Menschen. Von dem militärischen Standpunkt aus, unter dem die Bevölkerungsfrage uns heute erscheint, legt man das Gewicht auf die Zahl. Vom wirtschaftlichen, der den Ausblick auf Deutschlands künftige Friedensgüter eröffnet, fällt ein größeres Gewicht noch auf die Qualität. In jedem Fall sind die Mütter Trägerinnen bedeutsamster nationaler Aufgaben. Dem Geburtenrückgang gegenüber erscheint die Stärkung aller generativen Kräfte und Leistungen Zukunftsbedingung, die Konzentration der Frauen auf die Mutterschaft ein Ziel aufs innigste zu wünschen, alles was diese Einschränkung fördert, zu erstreben, was sie stört und ablenkt, zu bekämpfen. Schroffer als jemals stehen sich die beiden Seiten des Frauenlebens, Beruf und Mutterschaft, gegenüber. Schwerer als jemals erscheinen die nationalen Folgen dieses Konflikts.

Eben darum aber müßten sich alle Kräfte vereinigen, um Lösungen zu suchen, und mit der gesteigerten Tragweite dieser Frage müßte der Wille zur Objektivität ihr gegenüber wachsen.

Erstes Erfordernis wäre die Überwindung jener naiven moralisierenden Betrachtung, die in der wachsenden weiblichen Erwerbstätigkeit einen Erfolg der „Frauenbewegung" sieht und meint, durch ein Aufgebot sittlicher Entrüstung gegen sie die wirtschaftliche Frauenfrage aus der Welt schaffen zu können. Davon ist nicht einmal soviel richtig, daß die Frauenbewegung die Steigerung der weiblichen Er-

werbstätigkeit gewollt oder begrüßt habe — geſchweige denn, daß ſie die Macht hätte haben können, jene gewaltige, wirtſchaftlich-ſoziale Veränderung willkürlich herbeizuführen, von der die Frauenfrage nur Symptom iſt.

Die Frauenbewegung konnte angeſichts dieſer vor ihren Augen ſich vollziehenden von ganz anderen Mächten getriebenen wirtſchaftlichen Frauenfrage nur die Aufgabe haben, die entſtehenden *Tatſachen* allgemein ins Bewußtſein zu heben und dafür zu ſorgen — ſoweit es möglich war —, daß die Gefahren und Schädigungen, die dieſe Veränderung ihres ſozialen Lebensuntergrundes den Frauen brachte oder zu bringen drohte, überwunden würden. Die Frauenbewegung iſt — um dieſen ganz allgemein gefaßten Satz durch ein konkretes Beiſpiel zu belegen — geradeſo für Erſchließung höherer Frauenberufe eingetreten (damit die Frauen auf allen unterſten Stufen des Erwerbslebens nicht unter dem Niveau ihrer Fähigkeiten vernutzt würden), wie für Wöchnerinnenſchutz und Arbeitszeitbeſchränkung.

Ein grundſätzlicher, unüberbrückbarer Gegenſatz zwiſchen Frauenbewegung und einem wie umfaſſend auch immer gedachten Ideal nationaler Blüte iſt nicht vorhanden und nicht denkbar.

Denn die Frauenbewegung kann ja — das mache man ſich nur einmal ganz klar — nicht Intereſſenbewegung in jenem engen Sinn einer Partei oder einer Klaſſe ſein. Schon die Größe des Menſchenkreiſes, den ſie umfaßt und mehr noch ſeine Vielgeſtaltigkeit, und wiederum noch mehr das Eingewurzeltſein des Frauenlebens in alle geſunden oder verderblichen Verhältniſſe des Volkslebens überhaupt, machen jede einſeitige Enge unmöglich. Die Frauenbewegung muß der Mutter gedenken und der berufstätigen Frau, der geiſtig ſtrebenden und der praktiſch arbeitenden, aller, derer Leben durch die modernen Veränderungen berührt wird, weil ſie alle in ihr ihre Vertretung geſucht haben und ſuchen.

Es muß alſo eine Verſtändigung geben zwiſchen Frauenbewegung und allen auf Größe, Blüte und Geſundheit des nationalen Lebens gerichteten Wünſchen und Beſtrebungen, denn nur auf dem Untergrunde dieſes blühenden nationalen Lebens kann auch die Frau zur Höhe ihrer Leiſtung und ihrer Befriedigung kommen.

Dabei wird zunächst eine Einigung über die weibliche Erwerbstätigkeit vom Gesichtspunkt der nationalen Wohlfahrt erreicht werden müssen.

Die Tatsache des volkswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Bedürfnisses, das der Frauenarbeit zugrunde liegt, wird jeder anerkennen. Der Kampf geht aber gar nicht so sehr um das „Ob" als um das „Wo" und „Wie" der weiblichen Erwerbsarbeit. Und dabei ist es charakteristisch, daß im ganzen viel weniger Einwände erhoben werden gegen alle untergeordneten, ungelernten, körperlich anstrengenden oder in Eintönigkeit ermüdenden Frauentätigkeiten, als gegen die höheren Formen der weiblichen Berufsarbeit. Wir haben z. B. einen wohlorganisierten Kampf gegen die Frauenarbeit im Handelsgewerbe, von dem die Öffentlichkeit Notiz und an dem sie so oder so teilnimmt. Aber wir erleben nicht annähernd ein ähnliches Aufgebot gegen die Frauen im Bergwerksbetrieb, wo auch die Arbeit über der Erde, das Verladen von Kohlen und dgl., immer noch eine nicht gerade Mutterschaft fördernde und familienerhaltende Beschäftigung ist, oder gegen die schon vor dem Kriege sich ausbreitende Mitarbeit der Frauen an der Maschinenindustrie, — es gäbe noch viele Beispiele.

Von einem jenseits der männlichen oder weiblichen Geschlechtsinteressen liegenden sachlichen Standpunkt aus werden dagegen folgende Grundsätze für die Bewertung der weiblichen Erwerbstätigkeit aufzustellen sein (wobei natürlich eine andere Frage ist, ob und wie weit es möglich ist, sie praktisch zur Geltung zu bringen): Muß die Frau als Arbeitskraft mit eingestellt werden, so liegt ihre bestmögliche Verwertung im allgemeinen Interesse. Deshalb muß durch Berufsrekrutierung und Ausbildung sowohl die individuelle Fähigkeit der einzelnen wie die körperliche und geistige Sonderanlage des Geschlechts der Gütererzeugung dienstbar gemacht werden. Mit dieser Förderung steht die grundsätzliche Einschränkung der Frauen auf untere Stufen des Erwerbslebens im Widerspruch. Vielmehr muß versucht werden, die Frauen überall da einzustellen, wo sie durch individuell menschliche oder allgemein weibliche Sonderanlagen Wertvolles leisten können. Es ist eine Verschwendung von geistiger Volkskraft, eine begabte Frau an eine untergeordnete Arbeit zu schmieden. Und es gibt Berufe, die in besonderem Maße der weiblichen Natur entsprechen und denen man deshalb Frauen in erster Linie zuführen sollte: z. B.

jede Art von pflegeriſcher, erziehlicher, heilender Fürſorge für den Menſchen. Dieſe Berufe liegen aber keineswegs innerhalb der unteren Stufen des Erwerbslebens. Im Gegenteil: die Möglichkeiten der Differenzierung nach weiblicher Sonderanlage ſteigen in dem Maße des Qualitätscharakters eines Berufs.

Wenn dieſe Grundſätze rein vom Standpunkt der Qualitätsausleſe für die Volkswirtſchaft keinen Widerſpruch begegnen können, ſo werden ſie doch gekreuzt durch eine andere Gruppe von Rückſichten, die bei der Geſtaltung des Erwerbslebens mitſprachen: die Bedeutung des Berufs als Grundlage für die Familienerhaltung. Unter dieſem Geſichtspunkt wird die weibliche Erwerbstätigkeit zwei einſchränkenden Bedingungen unterſtellt: die familienloſe unverheiratete Frau darf als Konkurrentin des Mannes die wirtſchaftlichen Bedingungen der Familienerhaltung nicht ſchädigen, und die Erwerbstätigkeit darf die Mutterſchaftsleiſtung der Frau nicht beeinträchtigen.

Wiederum wird über dieſe beiden Forderungen an ſich volles Einverſtändnis herrſchen. Auch die Frauenbewegung erkennt ſie in ganzem Umfange an. Meinungsverſchiedenheiten dürften nur in der Beurteilung der Frage entſtehen, in welchem Grade dieſe Schädigung wirklich ſtattfindet und auf welcher Linie bei einer tatſächlichen Unvereinbarkeit von Qualitäts- und bevölkerungspolitiſchen Rückſichten der Mittelweg geſucht werden ſoll. Dieſe Frage birgt um ſo mehr Konflikte, je geringer die Zahl der Arbeitsplätze in der Volkswirtſchaft und je größer die der Bewerber iſt. Die deutſche Volkswirtſchaft iſt nicht in dieſer Lage. So hat denn auch eine ſehr wertvolle Studie über die „Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit" von Silbermann, die während des Krieges erſchienen, aber nach amtlichem Material vor dem Kriege gearbeitet iſt, gezeigt, in wie geringem Maße von einer tatſächlichen „Verdrängung" der Männer durch Frauen die Rede iſt und daß in der Tat die Frauen in weit überwiegendem Maße leere, neugeſchaffene Gebiete beſetzt haben. Nach dem Kriege iſt noch mehr Platz in der deutſchen Volkswirtſchaft.

Aber es iſt — wie ſchon geſagt — auch nicht ſo ſehr die Einſtellung der Frauen an ſich, als ihr Aufrücken in die höheren und beſſer bezahlten Poſten, dem die Sorge gilt. Nicht dem Einſtrömen an ſich, ſondern der *Verteilung* der weiblichen Arbeitskräfte. Von dieſem Standpunkt aus heißt es einfach: die weibliche Berufsbildung

niedrig halten, damit die Frauenkräfte unten bleiben. Nicht allein vom Boden weiblicher „Menschenrechte" aus, sondern von dem allgemeinen, objektiv nationalen, auf dem die Verständigung über diese Fragen gesucht werden muß, ist diese Lösung des Problems zu beanstanden. Es ist im Interesse der Nation nicht schlimmer, daß einem Lehrer, als daß einem Metallarbeiter ein Arbeitsplatz weggenommen wird. Eine die Männer gefährdende weibliche Konkurrenz in der Sphäre der ungelernten Arbeit wäre grundsätzlich mindestens ebenso verhängnisvoll wie in einem anderen Gebiet. Ja in gewisser Hinsicht schlimmer, weil hier der Lohndruck auf einen an der Grenze des Existenzminimums sich bewegenden Arbeitsertrag ausgeübt wird, und weil das Gegengewicht der Qualitätsleistung fehlt. Die Forderung, die weibliche Berufsbildung hintanzuhalten, ist eine Interessenforderung bestimmter Berufsgruppen, die sich selbst den Mitbewerb der Frauen fern halten möchten. Die richtige Lösung aller Konkurrenzfragen ist auch unter bevölkerungspolitischen Rücksichten die Ausbildung der Frauen für solche Arbeiten, die ihrer Natur entsprechen — ohne Rücksicht darauf, innerhalb welcher sozialen Rangstufe diese Arbeiten liegen.

Um so mehr, als auch die andere an die Frauenarbeit zu stellende Forderung: daß sie die Mutterschaft nicht schädige, in der Sphäre ganz ungelernter Arbeit *weit schwerer* zu erfüllen ist. Die ungelernte und halbgelernte Frau, die auf den Arbeitsmarkt nichts als ihre ungeschulte körperliche Kraft mitbringt, ist in viel größerer Gefahr, in eine die Mutterschaft schädigende Arbeitsfron hineinzugeraten als die für angemessene Berufe geschulte. Keine Frage, daß die Möglichkeiten, in der jungen Arbeiterin die künftige Mutter zu schädigen, viel zahlreicher sind auf den ungelernten untersten als auf den höher qualifizierten Berufsstufen, und daß die zur Arbeit gezwungene verheiratete Frau schädlicher Überbürdung viel stärker ausgesetzt ist, wenn sie nur ihre Hände, aber keine Schulungswerte anzubieten hat. Vereinigung von Beruf und Mutterschaft ist leichter in vielen qualifizierten als in den meisten unqualifizierten Berufen.

Der Schutz der Mutter gegen die Gefahren der Berufsarbeit vor und in der Ehe — das wird eine zentrale sozialpolitische Aufgabe des künftigen Deutschlands sein, eine Aufgabe, die ganz anders grundsätzlich, ganz anders durchgreifend in die Hand genommen werden

muß als bisher. Darum ist nicht nur aus allgemeinen Gründen der inneren Einigkeit, sondern um der gemeinsamen praktischen Lösung entscheidender nationaler Fragen willen die vorurteilslose, aufrichtige gemeinsame Arbeit dringend notwendig, die Überwindung des Geschlechtsegoismus, die Stärkung des Wirklichkeitssinns und die Befreiung des Frauenproblems aus den Schranken einer so oder so orientierten Interessenpolitik.

* * *

Das ist nicht denkbar ohne eine andere Voraussetzung: die Anerkennung der Notwendigkeit, daß die Frauen selbst an der Lösung dieser Fragen verantwortlich mitarbeiten. Das bedeutet, wenn man so will, eine „Politisierung" der Frau, d. h. das Zugeständnis, daß es nicht genügt, wenn die einzelne Frau die Frauenfrage als individuelles Lebensproblem so gut sie kann löst, sondern daß die große gemeinsame nationale Frauenfrage den Frauen der Nation als Gemeinschaft zum Bewußtsein kommen und von ihnen als eine soziale und nationale Angelegenheit verstanden und bearbeitet werden muß. So lange die Frau nur Objekt irgendwelcher von anderen erdachten Regelungen ihres Lebens ist, entbindet man in ihr selbst nicht das letzte Verantwortungsgefühl der Gesamtheit gegenüber, das sie das eigene Schicksal in Beziehung setzen lehrt zum Staat, verzichtet man überdies auf die Mitarbeit des Lebens selbst an seiner Verwaltung und gesetzlichen Ordnung. In dem Maße, als aus der Summe von Millionen Frauenschicksalen eine soziale Frage von größter Tragweite wird, muß die Frau, als Geschlecht und Gemeinschaft, mitgestaltend in die Gesellschaft eintreten.

Um so mehr, je mehr die aus dieser Frage erwachsenden Aufgaben nicht nur gesetzgeberische, sondern sozialpflegerische sind. Man denke an alles, was heute Staat und Gesellschaft zum Schutz der Familie tun: an Säuglingspflege, Jugendschutz, Gesundheitspflege usw. Dies alles bedarf der von Staat und Gemeinde ehrenamtlich und beruflich beauftragten ausübenden Kräfte, dies alles sind nicht Regelungen, sondern Leistungen, die nach ihren Trägern verlangen. Neue Leistungen nach neuen Menschen, die sie gestalten und beseelen. Neben der Frauenaufgabe in der Familie tut sich mit der riesigen Ausbreitung des ganzen Gebietes der gesellschaftlich organisierten Fürsorge

eine Frauensphäre im sozialen Leben auf: ein ganz Neues, geschichtlich nie Dagewesenes, eine ganz neue Synthese von Mutterschaft und Bürgerpflicht.

Von diesem Gesichtspunkt aus muß der Eintritt der Frau in die Welt kommunaler und staatlicher Verwaltung verstanden werden. In diesem Zusammenhang hat er sich vollzogen, und zwar in steigender Progression. Dafür ein Beispiel: in 45 Großstädten betrug die Zahl der in kommunalen Ehrenämtern arbeitenden Frauen im Jahre 1910 = 6520, 1913 = 9216, 1915 = 10560. (Jenny Apolant, die Mitwirkung der Frau in der kommunalen Wohlfahrtspflege. „Die Frau", März 1916, S. 330 ff.)

Der Krieg wird einen starken Anstoß zur Erweiterung der kommunalen Frauentätigkeit geben. Hat er doch in allen Gebieten der Kriegsfürsorge — die in die eben genannten Zahlen nicht aufgenommen sind — Tausende von Frauen mit einem Schlage in die Verwaltungssphäre der Kommunen hineingestellt und in der praktischen gemeinsamen Beratung und Arbeit den grundsätzlichen Streit um die gefährdete Weiblichkeit und die bedrohten männlichen Vorrechte gegenstandslos gemacht. Das einfache Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung und die Forderungen der Sache, der jeder dient, haben alles kleinliche Rechten um die Macht selbstverständlich in den Hintergrund geschoben.

Und im Zeichen dieses gemeinsamen Dienstes wird auch die künftige Entwicklung stehen. Der Zwang großer sozialer Aufgaben, die nach dem Kriege allen Verwaltungskörpern obliegen, wird ganz von selbst an den geeigneten Stellen die Entlastung durch die weibliche Hilfe fordern. Hier wird sich allmählich immer deutlicher eine Sphäre weiblichen Bürgertums herausstellen, dessen Betätigung späteren Geschlechtern genau so selbstverständlich erscheinen wird, wie das alte „domum servavit, lanam fecit". Selbstverständlich nicht in dem Sinne, als ob jede Frau Armenpflegerin oder Vormund werden muß, aber doch in dem, daß grundsätzlich diese und viele andere soziale Pflichten mit dem ganzen Kreis der damit gegebenen sozialen und politischen Fragen in die weibliche „Bestimmung" hineingerechnet werden.

Dieser grundsätzlichen Erweiterung der weiblichen Aufgaben im Horizont des Staatslebens gibt der Gedanke der „weiblichen Dienst-

pflicht" Ausdruck — jener in seiner kurzen Lebenszeit schon so viel mißhandelte Gedanke, der, wie er auch auftritt, immer eins sagen will: daß dem Frauenleben der Untergrund eines staatlichen Verantwortungsbewußtseins gegeben werden soll. Ob es sich um die einfache Ausfüllung der Familienpflicht, um Ernährung und Kinderpflege handelt, oder um die Schaffung einer höheren Form häuslicher Kultur, oder um die unmittelbare Mitarbeit im Sinne einer sozialen Mütterlichkeit, alles soll herausgehoben werden aus der Sphäre rein privaten Tuns in die der nationalen Pflicht. Und dieses Element soll jeder Frauenbildung durch ein „Dienstjahr" — ein staatsbürgerlich-praktisches Ausbildungsjahr — zugesetzt werden.

* * *

Damit sind wir von einem Besonderen wieder zum Allgemeinen zurückgekehrt: von der äußeren Erweiterung des weiblichen Pflichtenkreises zu einem Vorgang der inneren Entwicklung, der alle Frauen — das Geschlecht als Ganzes — der äußeren Veränderung ihrer Verwertung im nationalen Leben gewachsen macht. Diese Veränderung ist ein Auseinanderrücken eines ursprünglich einheitlichen Lebensinhaltes in drei getrennte Pflichtenkreise: Familie, Beruf, bürgerliche Pflicht. Durch Jahrhunderte hindurch hat das alles im Frauenleben ungeschieden ineinander gelegen; ihre Familienleistung war Beruf und bürgerliche Pflicht. Dem sich gleich bleibenden Lebensinhalt genügte die einfache Überlieferung als Richtschnur und Norm. Jetzt heißt auch für die Frau die sittliche Aufgabe: „unterscheidet, wählet und richtet". Sie hat die drei selbständig gewordenen Seiten ihrer Frauenaufgabe nun erst wieder gegeneinander abzuwägen, im Einzelschicksal eine weise Verbindung der Pflichten zu suchen, und an einer Gestaltung des sozialen Gesamtschicksals der Frau zu arbeiten, die jedes der drei Gebiete zu dem ihm gebührenden Recht, oder zu der im Interesse des Ganzen notwendigen Begrenzung führt.

Man muß sich die fundamentale Bedeutung dieses Vorganges deutlich machen — diese Vertreibung aus dem Paradiese der einfachen Selbstverständlichkeit, dieses Zerschlagen einer urait gegebenen Einheit zu einem höchst schwierigen Entweder—Oder, und einem noch schwierigeren Sowohl—alsauch. Es fehlt in der Betrachtung der

Frauenfrage bisher vielfach an der Weite dieſer ſoziologiſchen Erfaſſung, ſonſt könnte nicht ſo viel kleinliches Moraliſieren, ſo viel enge Zänkerei und oberflächliches Aburteilen die Erörterung eines allerſchwierigſten und allerbedeutſamſten Problems der Volkskraft entſtellen. Sonſt müßte auch verſtanden werden, daß ſo veränderte Lebensbedingungen nur gemeiſtert werden könnten von der zu innerer Selbſtändigkeit gereiften Frau, ja, daß ſie an ſich ſchon einen anderen Frauentypus erzwingen: eine Frau, die nicht die Form ihres Lebens kritik- und wahllos vom Schickſal empfängt, ſondern die um die verſchiedenen Möglichkeiten weiß, die im Strom der wirtſchaftlich-techniſchen Entwicklung ſich nicht einfach treiben läßt, wohin ſie nicht will, ſondern die zu eigener Verteidigung ihres Menſchentums, ihres Frauentums gegen dieſe mechaniſchen Gewalten fähig iſt.

Ohne eine Entwicklung der Frauen ſelbſt zu dieſer inneren, verantwortungsvollen Freiheit — im Horizont des für ſie ſo entſcheidend veränderten Staates — wird man die Fragen nicht löſen, die das zukünftige Schickſal unſeres Volkes gerade im Hinblick auf die innere Kraftſteigerung ſtellen wird. Darum iſt die Einbeziehung der Frau zu den bewußt mitgeſtaltenden Kräften der Zukunft ſo unerläßlich: nicht damit ſie alten wichtigſten Aufgaben untreu wird, ſondern damit ſie ihre neuen Formen ſelbſt findet.

Abſchnitt IV:

Friede unter den politiſchen Parteien.

Die konservative Partei und der soziale Staat.

Von Dietrich von Oertzen.

Der große Weltkrieg, in dem wir stehen, hat uns des Furchtbaren und Schrecklichen viel gebracht. Aber auch an Segen mancherlei Art hat es nicht gefehlt. Und nicht die geringste unter diesen Segnungen ist die Entstehung jenes inneren Friedens, den man nach der Analogie eines mittelalterlichen Begriffes den Burgfrieden genannt hat.

Hiergegen wird nun vielleicht eingewandt, daß wir diesen Frieden nicht so sehr einer inneren Besserung der Lage, als einem Druck von außen und oben verdanken. Sobald der Druck aufhöre, werde auch der Friede aufhören. Das mag zur Hälfte stimmen. Es wird richtig sein, daß die mit äußerer Gewalt unterdrückten Parteizänkereien der heimischen Presse sehr bald wieder ausbrechen, wenn der heilsame Einfluß der Militärgewalt nachläßt. Aber ohne Zweifel hat uns der Krieg auch ein Stück inneren Friedens gebracht, das weit mehr bedeutet, als nur einen Waffenstillstand auf Zeit, weit mehr als eine nur erzwungene Ruhe. Die Tatsache, daß draußen im Felde alle Deutschen ohne Unterschied des Standes und der Partei sich einmütig um das nationale Banner geschart haben, die Tatsache, daß viele Tausende ihr Leben dahingegeben haben für das Vaterland, das sie vormals schmähten, diese gewaltigen Taten können unmöglich nach Herstellung des Friedens folgenlos verschwinden, vielmehr werden und müssen sie sich geltend machen als Grund- und Ecksteine im Aufbau des neuen zukünftigen Deutschlands.

Wohl gibt es ja nun Zaghafte und Zweifler, die immer wieder nur schwarze Voraussagen machen. Es wird nie gelingen, sagen sie, nach hergestelltem Frieden die streitsüchtigen Deutschen um den nationalen Gedanken zu vereinigen. Es wird unmöglich sein, den aus

der Not der Zeit geborenen Burgfrieden in einen Dauerfrieden zu verwandeln. Umgekehrt können solche Zukunftsfragen je nach Temperament und Stimmung nicht nur sehr hoffnungslos, sondern auch sehr hoffnungsvoll beantwortet werden. Aber wie dem auch sei — weder Optimisten noch Pessimisten dürfen sich darüber täuschen, daß die Gunst oder Ungunst der Entwicklung sehr wesentlich abhängen wird von dem Verhalten der am sozialen Leben direkt beteiligten und im Interessenkampf sich gegenüberstehenden Schichten, von ihrer Bereitschaft einerseits, veraltete Ideale ohne Eigensinn aufzugeben, oder andererseits notwendige materielle Opfer ohne Selbstsucht zu bringen. Vollends wird viel darauf ankommen, ob die Regierung mit kräftiger Initiative die Führung der aufstrebenden Klassen in die Hand nimmt, oder ob sie, wie bisher, die Dinge gehen läßt und sich darauf beschränkt, die Auswüchse zu beschneiden.

Ein Abgeordneter der russischen Duma hat kürzlich der Regierung des Zaren den Vorwurf gemacht, daß seit Jahren alle ihre Maßnahmen ausschließlich diktiert gewesen seien durch die „Angst vor dem Volk". Das war in Rußland, und dort gewiß richtig. Aber wir Deutschen haben alle Ursache zu überlegen, ob und wieviel von „Angst vor dem Volk" auch in unseren leitenden Kreisen noch vorhanden und noch zu überwinden ist, oder wenigstens in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege noch vorhanden war. Gewiß verbietet die geschichtliche Entstehung der ganzen Lage, daß man im Hinblick auf die Kämpfe der Vergangenheit nach einer Seite alle Schuld, nach der anderen Seite alles Recht hinüberschiebt. Eine große elementare Umwälzung, für die man niemanden persönlich haftbar machen kann, hat den sozialen Kriegszustand hervorgerufen. Aber wenn es schon lange die Überzeugung der Besseren war, daß die „sozialen Kämpfe" in einem großen Frieden enden sollten, so wird nach Abschluß des Weltkrieges diese Überzeugung eine allgemeine werden müssen. Es darf dann kein utopisches Ansinnen mehr sein, wenn man an beide soziale Gruppen die Forderung stellt, sich nicht mehr mit dem alten historischen Mißtrauen, sondern mit einem großen neuen, aus den gewaltigen Ereignissen der Kriegszeit herausgeborenen Vertrauen zu begegnen.

Auf solches Vertrauen sollten vor allem auch die Regierung und die konservative Partei mit vereinten Kräften hinwirken.

Was zunächſt die Regierung betrifft, ſo laſſen ihre Kundgebungen ſeit dem Beginn des Weltkrieges erhoffen, daß ſie die noch ausſtehenden ſozialen Aufgaben mit Wärme und Entſchloſſenheit in die Hand nehmen wird, wenn die Stunde da iſt. Aber auch im Hinblick auf die Parteien darf es doch wohl als günſtiges Vorzeichen angeſehen werden, daß der Reichstag ſo einmütig, wie geſchehen, die Altersgrenze der Alters- und Invaliden-Verſicherung von 70 auf 65 Jahre herabgeſetzt hat. Am allerwenigſten wird aber bei der Löſung der ferneren, eines Staatsmannes wartenden ſozialpolitiſchen Aufgaben die konſervative Partei zurückſtehen wollen, die ſeit Anfang der Sozialreform allen jenen großen Wohlfahrtsgeſetzen zugeſtimmt hat, um welche uns das Ausland beneidet. Iſt ſie doch überhaupt in der Lage, weit weniger eine „Neuorientierung" vornehmen zu müſſen, als alle anderen Parteien, weil die Grundſätze, von denen ſie ſich von alters her hat tragen laſſen, die gewaltige Generalprobe des Weltkrieges ſo über alles Erwarten glänzend beſtanden haben, daß ein Wechſel der Richtung nicht Gewinn, ſondern nur Verluſt bedeuten könnte. Noch niemals in der deutſchen Geſchichte iſt das monarchiſche Prinzip, noch niemals die Notwendigkeit eines machtvoll führenden, die Kräfte des deutſchen Volkes einheitlich zuſammenfaſſenden Kaiſertums ſo überwältigend zutage getreten, wie heute. Noch niemals iſt die Bedeutung der Religion und ihres Wertes auch für das nationale Leben, ſelbſt Gleichgültigen und Spöttern ſo eindringlich gemacht worden, als in dieſen Tagen der vaterländiſchen und geiſtlichen Erweckung. Woher nähme auch ein Volk die Siegeszuverſicht, die Ausdauer, die immer neue Bereitſchaft zu den täglich neu geforderten Opfern, wenn nicht aus dem Gottvertrauen, das die zeitlichen Dinge im Lichte der Ewigkeit anſieht? Weiter: keine Partei kann mit ſolchem Recht darauf hinweiſen, daß ſie ſtets die Förderung der Landwirtſchaft als eine Lebensfrage des Deutſchen Reiches angeſehen hat, wie die konſervative. Was wäre in den Tagen der britiſchen „Aushungerung" aus uns geworden ohne die voraufgegangene verſtändnisvolle und nachdrückliche Agrarpolitik der Konſervativen, für die noch kommende Geſchlechter ihr Dank wiſſen werden.

Und endlich: Auch in der ſozialen Frage bedarf es für die Konſervativen nicht ſo ſehr einer Neuorientierung, als vielmehr eines Rückblicks in die eigene Vergangenheit. Als die Sozialreform be-

gann, war die konservative Partei die erste begeisterte Trägerin der christlich-sozialen Gedanken, „Kreuzzeitung" und „Reichsbote" die Vorkämpfer. Wenn dann später eine rückläufige Bewegung eintrat, wenn es zeitweilig den Schein hatte, als wolle die Geburtsaristokratie einer nichts als kapitalistischen Geldaristokratie Gefolgschaft leisten, so war diese Wandlung immerhin verständlich, da die Sozialdemokratie die höchsten konservativen Ideale — Thron und Altar — vielfach mit Füßen trat, und alle Reformarbeit nur zu schmähen und zu verkleinern suchte. Gegenwärtig aber, wo das kriegerische Einstehen des Arbeiterstandes für das Vaterland eine unbestrittene Tatsache ist, gegenwärtig wo eine ganze Anzahl der vormaligen sozialdemokratischen Parteiideale zertrümmert am Boden liegen — jetzt sollte die rückläufige Bewegung nicht weiter fortgesetzt werden. Heute gilt mehr als je das schöne Wort von Rodbertus: „Wenn konservativ die Konservierung des verrottetsten Plunders bedeutet — nenne er sich nun liberal, oder werde er illiberal genannt — so gibt es nichts Antikonservativeres, als die soziale Frage. Wenn aber konservativ bedeutet die Stärkung monarchischer Staatsgewalt, friedliche Reformarbeit, Aussöhnung der sozialen Gewalten unter der Ägide und nach der Norm des strahlenden suum cuique — so gibt es nichts Konservativeres, als die soziale Frage".

Freilich ist ja nun der große Gegensatz, der die soziale Frage ausmacht, nicht so sehr ein Gegensatz der politischen Parteien, als vielmehr der in der Natur des wirtschaftlichen Lebens liegende Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Gemildert und bis zu einem gewissen Grade beigelegt kann er nur werden durch ein neues Recht, das moderne Arbeitsrecht. Dieses Recht zu finden, ist das Ziel. Und den Weg zum Ziel zeigen Nächstenliebe und Gerechtigkeit.

Nach allem menschlichen Ermessen ist für die Zeit nach dem Kriege eine Periode des größten wirtschaftlichen Aufschwungs zu erwarten. Unsere Grenzen werden sich, wie wir hoffen, weiten; unserer Tatkraft warten bedeutende neue Aufgaben. Handel und Wandel werden emporblühen, wie nie zuvor. Was liegt da näher, als die Forderung, daß nicht Einzelne, sondern Alle, die mitgekämpft und mitgesiegt haben, nun auch ausnahmslos Teil bekommen sollen an der Siegesbeute, wenn man den kommenden Segen eines günstigen Friedens so nennen darf und so nennen will.

Zu allem günstigen wirtschaftlichen Erfolg gehören Kapital und Arbeit. Es ist eine Pflicht der Dankbarkeit, die der von allen errungene Sieg den führenden Klassen unseres Volkes und seinen leitenden Staatsmännern auflegt, ernstlich dafür zu sorgen, daß an den zu erhoffenden wirtschaftlichen Gewinnen Kapital und Arbeit mit ausgleichender Gerechtigkeit beteiligt werden. Es ist Ehrensache, daß auch die Arbeiter, die mit Einsetzung ihres Lebens das größere Deutschland haben schaffen helfen, nun auch mit offener Hand an allen den Vorteilen beteiligt werden, welche die neue politische Lage möglich macht. Sind wir im Krieg, in Not und Gefahr ein einig Volk von Brüdern gewesen, so sollen wir uns nun auch im Frieden als ein solches bewähren, und nicht die Brüderlichkeit da haltmachen lassen, wo der persönliche Vorteil in Frage kommt.

Im Prinzip ist ja vielleicht mancher Konservative bereit, die Brüderlichkeit, die im Kriege alle Stände umschloß, auch im Frieden auf die Arbeiter auszudehnen und denen, die mitgekämpft haben, nunmehr Vertrauen entgegenzubringen, statt alter Feindschaft. Aber die Bereitschaft wird beeinträchtigt durch den Zweifel, ob es sich bei diesen Wünschen um sogenannte fromme Wünsche handelt, die nicht in Erfüllung gehen, um Ziele, zu denen kein Weg führt.

Nun freilich — wer den Weg sich so vorstellen wollte, daß er von der Freigebigkeit des Kapitals erwartet, es werde die Lebenshaltung der Arbeiter aus Gründen der Dankbarkeit und Gerechtigkeit nennenswert aufbessern, der würde in der Tat Trugbildern nachjagen. Der Gegensatz der Interessen wird bleiben, und wird immer nur sogenannte Kompromisse zulassen, d. h. die Ergebnisse der Verhandlung von Partei zu Partei. Dabei muß stets den Verhandelnden ein gewisses Maß von Eigennutz leiten. Auch bei gegenseitigem Wohlwollen ist restloser Friede nicht erreichbar. Was aber erreichbar bleibt, ist die gegenseitige offene und rückhaltlose Anerkennung der Standesverbündungen, die beiderseits geschlossen worden sind, um die Standesinteressen zu vertreten. Und zwar muß der Arbeiter fordern dürfen, daß die von ihm bevollmächtigte Gewerkschaft seine ganze Vertretung in Standessachen fest in die Hand nimmt, vor allen Dingen, daß sie den Arbeitsvertrag (als Tarifvertrag) abschließt, nachdem sie seine Bedingungen vereinbarte. Es muß endlich aufhören, daß denjenigen, die 5 oder 10 Tau-

ſend Mark Einkommen haben, die Wahrung ihrer Intereſſen im öffentlichen Leben als berechtigt zugeſtanden wird, daß aber diejenigen, die höchſtens ein einziges Tauſend zu verzehren haben, ſofort der Begehrlichkeit geziehen werden, wenn ſie zuſammentreten, um ihre Lage zu beſſern.

Vielleicht entgegnet man, daß es nicht ſo ſehr die Intereſſenvertretung als ſolche geweſen, welche Mißſtimmung gegen den Arbeiterſtand erweckt habe, ſondern teils die maßloſe Übertreibung an ſich berechtigter Ziele, teils der Umſtand, daß man ſie nicht innerhalb, ſondern außerhalb der Volksgemeinſchaft zu verwirklichen ſtrebte, oder ſie mit Forderungen verquickte, die von dieſer Vertretung ganz abſeits lagen, und das patriotiſche und religiöſe Empfinden verletzten.

Mag ſein! Aber ebenſo verhängnisvoll, wie die unvollziehbaren Ziele und Programme der Sozialiſten, hat der Herſtellung des inneren Friedens die unzutreffende Kritik der „Bürgerlichen“ im Wege geſtanden, die Tendenz, gewiſſe Forderungen, die vielleicht volkswirtſchaftlich anfechtbar ſein mochten, mit Gründen einer kapitaliſtiſchen Ethik zu bekämpfen, die doch weit mehr kapitaliſtiſch, als ethiſch war.

Was zum Beiſpiel das große grundſätzliche Ziel der Sozialdemokratie betrifft, die Vergeſellſchaftung der Produktionsmittel, ſo kann niemand behaupten, weder daß ſie unſittlich, noch daß ſie unmöglich ſei. Die Verwirklichung des Gedankens iſt durchaus erörterungsfähig. Der Krieg hat uns die Brotkarte und die Fettkarte gezeigt. Warum ſollten nicht zu anderen Zeiten auch noch andere Karten möglich ſein? Andererſeits hat uns der Krieg auch die großen Schwierigkeiten enthüllt und die großen Mißſtände, die mit dieſen ſtaatsſozialiſtiſchen Verſuchen verknüpft waren. Man kann alſo gewiß das Syſtem für verkehrt und für unpraktiſch, und allein die Freiheit der Lebensmittelbeſchaffung für richtig halten. Aber die Frage liegt nur auf dem techniſchen, nicht auf dem ſittlichen Gebiet. Es gibt auch Gebiete, auf denen ſich der Sozialismus bewährt hat. In einigen Ländern ſind es die Verkehrsmittel, in anderen der Tabak, in anderen der Branntwein, die vergeſellſchaftet ſind. Kann man und ſoll man weitergehen? Darum handelt ſich's. Soll man die Gemeinwirtſchaft auf Koſten der Einzelwirtſchaft ausdehnen? Jedenfalls hat man keinen Widerſpruch zu fürchten mit

der Behauptung, daß kein Mensch in Deutschland die Zeit der Privateisenbahnen zurückwünscht.

Hier und auch auf anderen Gebieten liegen offene Fragen, die vielleicht eine Ablehnung, keinesfalls aber einen sittlichen Vorwurf rechtfertigen. Es würde schon ein guter Schritt vorwärts zum inneren Frieden getan sein, wenn sittliche Entrüstung sich nur gegen Gottlosigkeit und Vaterlandslosigkeit, gegen Nihilismus und Materialismus richtete und gegen die eng damit zusammenhängende Auflehnung wider das geltende Recht, nicht aber gegen kollektivistische Theorien, die jenseits von gut und böse liegen.

Wenn nun aber der Arbeiter, der als einzelner dem Kapital gegenüber hilflos und wehrlos ist, durchaus den Rückhalt einer Standesvertretung, einer Gewerkschaft, für die unausbleiblichen sozialen Kämpfe bedarf — wie soll sich die Regierung zu dieser Notwendigkeit stellen? Wie die bürgerlichen Parteien?

Der bisherige Zustand war der, daß sogenannte freie, d. h. sozialdemokratische Gewerkschaften vorhanden waren, und daß diese eine starke Mehrheit bildeten. Dann war eine kleine freisinnige Gruppe da. Und endlich die christlichen (interkonfessionellen) Gewerkschaften mit nennenswerter Mitgliederzahl und großem Vermögen. Der Kapitalismus stand diesen Vereinigungen (mit wenigen Ausnahmen) feindselig gegenüber, die Regierung ohne klare Entscheidung dafür oder dawider. Die Feindschaft des Kapitals zeigte sich vor allem in der stets wiederholten Weigerung, die Gewerkschaften als Bevollmächtigte der einzelnen Arbeiter anzuerkennen.

Hier sollte nun eine Neuorientierung stattfinden: die gegenseitige rückhaltlose Anerkennung der Standesverbündungen. Der Vorteil liegt auf beiden Seiten. Für den Unternehmer liegt eine ganz andere Stabilität im Geschäftsleben, wenn der Vertrag mit seinen Arbeitern ein auf bestimmte Zeitdauer geschlossener Standesvertrag ist, als wenn es sich um lauter ungarantierte Einzelverträge handelt, die nur zu leicht gebrochen werden. Für den Arbeiter ist es eine Forderung der Gerechtigkeit, daß nicht der Unternehmer Lohnhöhe und Arbeitsdauer diktiert, sondern daß über diese Grund- und Lebensfragen ein von Stand zu Stand geschlossener Vertrag entscheidet.

Natürlich muß nun das Unternehmertum, wenn es verhandelt,

auch sicher sein, daß die Delegierten der Arbeiterverbündung legitimiert sind, im Namen der Gesamtheit zu verhandeln, und daß sie später imstande sind, den gefaßten Beschlüssen Geltung und Nachdruck zu verschaffen, wie umgekehrt auch die Arbeiter dieselbe Gewißheit verlangen dürfen. Diese Sicherheit der gegenseitigen Beziehungen ist aber niemals zu erreichen, so lange die Gewerkschaften freie Vereine sind, die heute zusammentreten und morgen auseinanderlaufen. Darum ist es Sache der Regierungsgewalt, die freien Gilden in öffentlich-rechtliche umzuwandeln, die Formen ihrer Entstehung zu regeln, ihnen einerseits Rechte zu verleihen, die sie ausüben dürfen, und andererseits Grenzen zu ziehen hinsichtlich solcher Gebiete, von denen ihre Tätigkeit ausgeschlossen ist. Natürlich muß den Arbeitergilden das volle Recht des Arbeitskampfes zugestanden werden, auch mit seinen unvermeidlichen Begleiterscheinungen, wie Streik und Boykott und Streikpostenstehen u. a. m. Umgekehrt müssen den Arbeitgebern das Aussperren und andere Mittel der Abwehr freistehen. Trotz alledem darf man gewiß sein, daß die Notwendigkeit der Arbeit und die Notwendigkeit der Stetigkeit im Geschäftsleben immer wieder die beiden Parteien dahin führen wird, nicht den Krieg, sondern den Frieden zu suchen.

Wenn hier bisher von Arbeitern im allgemeinen die Rede war, so sollte es sich, wie betont werden mag, im wesentlichen um Industriearbeiter handeln. Wohl gibt es ja auch Anfänge von Gewerkschaften der Land- und Forstarbeiter. Aber bewährt haben sich diese Neubildungen noch nicht. Und eine Zukunft kann ihnen wohl nur dann in Aussicht gestellt werden, wenn sie von vornherein auf die Kampfmittel der gewerblichen Arbeiter verzichten. Ein Landarbeiter, der vom Arbeitgeber Wohnung, Garten, Kartoffelacker und den Lohn nur zum Teil in Geld, zum Teil aber in Naturerzeugnissen bekommt, kann unmöglich streiken, d. h. einen Kontrakt brechen oder kurzer Hand kündigen, der seinem Wesen nach, durch Beteiligung an der Ernte, nur Jahreskontrakt sein kann. Ohne die Kampfmittel fällt aber der Wert einer freien Gewerkschaft hin. Sehr wohl denkbar ist aber auch *die öffentlich-rechtliche* Gilde der Landarbeiter. Und gerade die Staatsaufsicht wird für den Arbeiter so wertvoll sein, wie für den Arbeitgeber; sie wird nicht nur vom wirtschaftlich Schwachen die gewissenhafte Innehaltung des Arbeitsver-

trages fordern, sondern ihm auch Gewähr geben, daß der Unternehmer in jeder Hinsicht seinen Verpflichtungen nachkommt.

Auch der Arbeitsnachweis muß für Gewerbe und Landwirtschaft geregelt werden, und zwar ist es Sache der Regierung, ihn fest und unparteiisch in die Hand zu nehmen. Kein Interessierter darf hier Einfluß haben, da von solchem Einfluß nur Mißbräuche zu fürchten sind.

Weiter notwendig ist ein eigenes Arbeitsrecht für alle Staatsarbeiter und solche Arbeiter, die beschäftigt sind in Betrieben, die große öffentliche Interessen befriedigen, wie Eisenbahn, Verkehr, Elektrizität, Gas, Wasser usw. Diese Arbeiter müssen auf das Kampfmittel der Arbeitseinstellung verzichten, dafür aber eine beschränkte Beamtenqualität mit behördlich festgesetzten, vom Reichstag kontrollierten Löhnen bekommen.

Desgleichen sind zu revidieren die Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungsrecht, insoweit noch Verschiedenheiten für verschiedene Volksklassen vorhanden sind. Diese Unterschiede müssen verschwinden und einer einheitlichen Gleichheit für alle Stände Platz machen.

Alles in allem: es muß ein großes einheitliches Arbeitsrecht herausgebildet werden.

Wird denn nun aber dies Wagnis nicht zu groß sein? Wird die bisher radikal-ablehnende Sozialdemokratie nach dem Kriege eine andere sein, als vorher? Wird man nicht nur den Radikalismus organisieren, wenn man den Arbeiterstand organisiert?

In die Zukunft blicken kann kein sterbliches Auge, und prophezeien ist überall mißlich, besonders aber in der Politik. Wer aber kann die Verantwortung dafür auf sich nehmen, daß man den Faden der alten Zwistigkeiten einfach wieder da anknüpft, wo der Krieg ihn abriß? Es ist sittliche Pflicht, den Arbeitern nicht erst Vertrauen zu zeigen, wenn sie ihrerseits entgegenkommen, sondern vor dem ersten Schritt nicht zurückzuscheuen, und zu vertrauen, daß die Gewalt der geschichtlichen Tatsachen auch an den unwilligsten Ohren nicht ohne Eindruck vorüberdröhnen konnte. Die vormals von einem gewissen Idealismus umflossenen Gedanken und Hoffnungen des Internationalismus haben sich doch im brutalen Gang der Ereignisse so klar als Torheiten erwiesen, daß auch der Blödeste von ihnen

abrückt. Von den mit dem asiatischen Rußland verbündeten Weststaaten kann doch kein halbwegs vernünftiger Mensch auch nur den geringsten sozialpolitischen Fortschritt erwarten. Wenn irgendwie und irgendwo der Menschheit ein Weg zum sozialen Frieden beschieden sein sollte, so kann der neue Zustand nur so und nur dadurch erhofft werden, daß deutsches Wohlwollen und deutscher Sozialsinn die bessere Zukunft gestalten. Was vom Zukunftstaat realisierbar ist, kann nur so zur Wirklichkeit werden, daß es zunächst im nationalen Deutschland Gestalt gewinnt, und daß dann das Errungene aus der Enge in die Weite hinausgeht, deutsches Wesen, an dem dann in späterer Zeit auch andere Völker genesen können. Wir Deutschen können der Welt nicht besser dienen, als daß wir zunächst unser eigenes Reich gestalten. Jeder Gedanke und Glaube an die Nützlichkeit internationaler Vereinigungen hat sich in den Wirren des Weltkrieges als derart hoffnungslos und aussichtslos erwiesen, daß man nicht zweifeln kann, es werde diese Erkenntnis auch bei den Sozialdemokraten Schule gemacht haben.

Jetzt also, wenn jemals, ist die Schicksalsstunde da, ein neues Arbeitsrecht zu gestalten, und die alte unfruchtbare revolutionäre Arbeiterbewegung in eine fruchtbare Reformpartei zu verwandeln. Unausgenutzte Schicksalsstunden kehren nie zurück. Was jetzt die Minute versäumt, wird keine Ewigkeit uns jemals wiederbringen. An der Ausnutzung der Minute hängt unsere Zukunft.

Nicht Geschütze und Bajonette können das Fundament unserer Weltstellung sein, sondern nur eine geistige und sittliche, und darum auch politische Überlegenheit über die anderen Völker. Und diese Überlegenheit muß getragen werden von starkem Nationalgefühl, das wir freilich nicht in kleinen Äußerlichkeiten erkennen wollen, sondern in dem Glauben an eine große völkische Aufgabe, der jeder Deutsche zu dienen, die unsere Regierung durchzuführen hat.

Wir haben vor nicht langer Zeit die Hundertjahrfeier der Befreiungskriege begangen. Der politische Ertrag jener Kriege ist eine ernste Warnung an alle Führer des Volkes in der Gegenwart, sich nicht wieder der Unterlassungssünden schuldig zu machen, die damals soviel Unheil heraufbeschworen.

Nicht die Regierungen waren es gewesen, die zuerst den Anstoß der Erhebung gegen Napoleon gegeben hatten, sondern das Volk. „Das

Volk ſteht auf, der Sturm bricht los" — konnte mit Recht der Dichter ſingen. Das Volk riß die Regierungen mit ſich in hingebender Vaterlandsliebe und brachte willig Gut und Blut zur Befreiung von der Willkürherrſchaft des tyranniſchen Eroberers. Zunächſt gewiß nur dazu, den Bedränger zu vertreiben. Aber ohne Zweifel war es auch ſtillſchweigende Vorausſetzung der Erhebung, daß die Regierungen nach erfolgtem Friedensſchluß das Volk aus dem Zuſtand der Unmündigkeit heraus und der Freiheit und dem Selbſtbeſtimmungsrecht zuführen würden. Man denke nur an die Männer, in denen ſich der Freiheitsgedanke verkörperte, wie etwa Ernſt Moritz Arndt, Stein und andere!

Aber die Hoffnung endete in furchtbarer Enttäuſchung. Kleinliche Ängſtlichkeit und Engherzigkeit hinderten jede geſunde Entwicklung. An die Stelle des Fortſchritts trat die krankhafte Reaktion. Es kam die Zeit der ſogenannten Demagogenverfolgungen, der ſelbſt Männer, wie Arndt und Stein verdächtig ſchienen. Und der Aufruhr von 1848 quittierte dann mit Blut und Wirren über verſäumte Schickſalsſtunden.

Die Stunde von 1916 ſtellt andere Forderungen, als die von 1816. Nicht um politiſche Freiheit handelt ſich's heute, ſondern um ſoziale Organiſation. Was aber damals ſo nötig war, wie es heute unentbehrlich iſt, iſt kein kleinliches und engherziges, ſondern ein großes Geſchlecht. Unſere perſönliche und unſere nationale Zukunft hängt davon ab, ob wir nach der Herſtellung des äußeren Friedens imſtande ſein werden, auch den inneren Frieden zu ſchaffen, zu gewinnen und zu erhalten. Zeit iſt es. Gott will es. Alſo vorwärts mit Gott!

Der innere Friede nach dem Kriege und seine Bedingungen.

Von Otto von Dewitz.

Wenn ich als Freikonservativer die Frage des inneren Friedens nach dem Kriege vom konservativen Standpunkte aus erörtere, so geschieht das einmal in dem Bewußtsein der eigenen konservativen Weltanschauung und zum anderen in der Meinung, daß für den inneren Frieden im wesentlichen nur eine wirklich große Gefahr in nächster Zeit zu befürchten wäre, welche darauf hinausläuft, das Verfassungsleben zu demokratisieren und die Volkssouveränität zur Herrschaft zu bringen. Jedoch findet in dieser Frage eine Unterscheidung zwischen Freikonservativen und Deutschkonservativen in keiner Weise statt; nur einmütig werden sie hier ablehnen. Meine übrigen Ausführungen beruhen auf persönlichen Anschauungen, von denen ich nicht immer weiß, ob sie von sämtlichen Mitgliedern meiner Partei geteilt werden.

Es wird nicht bestritten, ja es wird von dem Linksliberalismus der mehr oder weniger heftige Vorwurf erhoben, daß das Deutsche Reich und namentlich Preußen konservativ regierte Staaten seien, in denen das Volk in seinem Mehrheitswillen nicht zur Geltung komme. Wie nehmen sich in diesem Staate die militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Leistungen aus? Jeder betrachtet sie mit einem beinahe ehrfürchtigen Staunen, und ist in seinen Erwartungen über die Lebenskraft, die aus allen Poren des staatlichen Körpers in schier unversiegbarer Fülle hervorquillt, weit übertroffen. Soll und kann behauptet werden, daß in anderen Staaten, in denen die Volkssouveränität in der Gestalt des Parlamentarismus zum Ausdruck kommt, der Zustand der Kriegsverhältnisse mit unseren vergleichbar sei, oder gar ihn überhole? Während bei uns Stetigkeit, Ordnung

und Disziplin von Anfang bis zu Ende herrscht, jeder sich einfügt und sich dem großen Gesichtspunkt der vaterländischen Gefahr anpaßt, zeigt sich in dem gepriesenen England nur ein künstliches Zusammenhalten auseinanderströmender Elemente, deren Freiheitsgefühl durch einen äußeren Zwang nicht angetastet werden darf und innerlich von den Nöten des Staates unberührt bleibt. Muß doch der Minister Lloyd George ohne Erfolg um die Erlaubnis der organisierten Arbeiter betteln, daß auch andere Arbeiter und Frauen in den Munitionsfabriken zur Verwendung gelangen. Muß doch dieser oder jener Minister immer wieder in die Streikreviere fahren, um durch Bitten und Bewilligung von Lohnforderungen die Förderung der für den Staat notwendigen Kohlen aufrecht zu erhalten. Dabei Ministerwechsel in Frankreich und England, Unruhe in militärischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Volksvertretungen, in fortdauernder Unsicherheit über die Strömungen im Volk, heisen sich mit der Einsetzung von Kontrollkommissionen, die nach den Kriegsschauplätzen fahren, um die Generäle und ihre Tätigkeit zu überwachen.

Wenn sich bei uns dagegen dauernde Einmütigkeit zwischen Kaiser, Bundesrat und Reichstag zeigt, die vor dem Krieg keineswegs in dieser Form vorhanden war, so ist das nur daraus zu erklären, daß im Grunde des Herzens doch jede Partei mit allen Fasern am Deutschen Reich hängt, in dessen Schoß das Glück des Volkes und des Einzelnen ruht.

Das sind aber die Ergebnisse einer monarchischen und nicht einer parlamentarischen Regierungsform. Von ihr wird kein konservativ gerichteter Mann lassen, weil er in ihr, wie es kürzlich in der Deutschen Tageszeitung richtig bezeichnet wurde, die Achse sieht, um die sich der Staat dreht.

Wenn in Deutschland der Parlamentarismus ausschließend zur Geltung käme, so würde das eine völlige Umwälzung unseres staatlichen Verhältnisses bedeuten, die zudem auf dem Wege gewöhnlicher Entwicklung nicht möglich wäre. Heer und Marine müßten dann die Kommandogewalt des Kaisers einbüßen. Denn mit ihr wäre die Volkssouveränität eine Fiktion. Bei dem Radikalismus unseres Reichstagswahlrechts, an den selbst das englische Wahlrecht nicht heranreicht, könnte hier nur noch von einer größeren Scheinmonarchie die Rede sein als dort. Nach außen und nach innen wäre

dann allerdings dem Militarismus, der Preußen und Deutschland erzogen und groß gemacht hat, den aber die Demokratie trotzdem von jeher systematisch verunglimpfte, das Grab geschaufelt. Der Volkstribun wäre dann mächtiger und stärker im Ansehen als der kommandierende General. Endlich wäre die Zeit gekommen, wo Leute nach dem Muster eines Clémenceau, eines Delcassé oder Poincaré, um keine deutschen Namen zu nennen, ihre Rolle spielen könnten. Würden sie dann auch in gleichem Maße für die Tüchtigkeit der Heeresverwaltung einstehen, insbesondere, würden sie sich eine genügend lange Zeit am Ruder halten? Wäre dies bei der bekannten Stetigkeit der Volksgunst zu erwarten? Dann, ja dann wäre auch das gefeierte Ausland sicher geneigt, das Deutsche Reich anders zu bewerten, als jetzt mit seinem Militarismus, der ihm nur als das Erkennungszeichen einer minderwertigen Kultur gilt. Ist das aber nicht Grund genug zu seiner Beseitigung, so hätte doch sicher das Inland das Recht, daß die Demokratie ihre besten Leute an die Spitze brächte. Die wenigen großen Männer, die unter der Monarchie das Schicksal Deutschlands und seiner Bundesstaaten gestalteten, würden sicher nicht den Auserwählten des Volkes an die Schulter reichen. Denn hier würde ja, wenn auch auf mehr oder weniger kurze Zeit, eine Koryphäe die andere ablösen. Was der Unverstand des Kaisers und Königs nicht vermochte, würde dem Volksinstinkt mit seiner bewährten Treffsicherheit unfehlbar gelingen.

Im Zusammenhange mit dem geschichtlichen Werden Preußens und Deutschlands liegt es nahe, die Bestrebungen der Demokratie so zu ironisieren. Dabei soll jedoch in keiner Weise verkannt werden, daß ein Schatz sittlicher Kräfte des Volkes in diesem Krieg an das Tageslicht gefördert worden ist, den zu verwerten staatsmännische Aufgabe und Pflicht sein muß. Auf diese Wahrnehmung beruft man sich auch wohl in erster Linie, wenn es heißt, das Volk habe die Reife gezeigt, über sich selbst zu bestimmen. Es wird sich nur fragen, ob eine solche Schlußfolgerung zulässig ist, oder ob nicht vielmehr dieser Gedankensprung wichtige Realitäten unberücksichtigt läßt. Er verstößt sicher gegen den Wirklichkeitssinn. Zwischen der Anerkennung von treuen und verständigen Gefährten und Geführten und der Befähigung zur verantwortlichen Leitung liegt noch ein weiter Raum. Denn abgesehen davon, daß der Mehrheitswille eines Volkes, wie

Professor Hans Delbrück nachgewiesen hat, überhaupt in keiner Regierungsform zum vollendeten Ausdruck gelangt, haben sich die Massen geschichtlich zu keiner Zeit als geeignet erwiesen, das Geschick eines Staates nachhaltig zu leiten. Wo die Demokratie herrschte, gelangte der Staat an den Rand des Verderbens oder in das Verderben direkt hinein. Wo demokratische Herrschaft sich anscheinend bewährt, da ist sie gar nicht der bestimmende Teil, sondern die leitenden Personen sind es, die sich entweder den Anschein geben, den Volkswillen zum Ausdruck zu bringen oder dies noch nicht einmal nötig haben. Der Präsident von Amerika hat beinahe königliche Rechte. In England ist alles stark auf den Schein eingestellt. Wenn man glaubt, daß es hier besser stehe als in Frankreich, so dürfte das ein Irrtum sein. Aber die eine Regel besteht in England, bei Gefahr gesellschaftlicher Verfemung, als unverbrüchlich: man spricht nicht über eine Verfehlung und gibt sich den Anschein tadelloſen Verhaltens. Der leitende Staatsmann herrscht; die Mehrheitspartei, aus der er hervorgegangen ist, muß ihm folgen und nicht er folgt der Partei. In Österreich gibt der Paragraph 14 der Verfassung dem Kaiser das Recht auch ohne Parlament zu regieren. In dem parlamentarisch regierten Griechenland mußte der König die Verfassung beiseite setzen, um das Land zu retten. Frankreich aber, für die Demokratie wohl der Musterstaat des Parlamentarismus, hat in 43 Jahren einige 60 Ministerien gehabt. Dieses Land mit seinen zahllosen Parteien könnte Deutschland wirklich als Beispiel dienen. „Die demokratischen Führer erlangen ihre Macht nicht, indem sie das Volk leiten und erziehen, sondern indem sie es umschmeicheln." Dieses Wort ist wohl für Frankreich restlos zutreffend. Ein Volk mit einem impulsiven Volkscharakter, das leicht jeder Fahne mit auffallender Farbe folgt, wird am wenigsten zur Herrschaft geeignet sein. Aber auch für das deutsche Volk wäre die Nutzanwendung dieses Wortes wohl zu bedenken. Denn die Demokratie kommt nicht ohne Demagogentum aus, sie kann vielleicht sogar nur durch dieses bestehen.

Das Charakteristische eines Volkes ist sein Innentrieb, seine Naturanlage, die mit Boden und Klima eng verknüpft sind. Nur aus ihnen läßt sich sein geschichtliches Werden verstehen, aber die Entwicklung dieser Naturanlage wird andererseits auch das geschichtliche Werden bedingen. Kein Politiker kann seinem Volk ein ihm fremdes

Gepräge aufdrücken, ohne ſein Weſen zu zerſtören. Nun iſt das deutſche Volk an ſich äußerſt konſervativ. Sitte und Gewohnheit gehen ihm über alles. Mit jedem Stück Volksſitte geht ein Stück Volksſeele verloren. Auf dem platten Lande gehören die Neuerer daher zu den beſtgehaßten Leuten. Aber auch in den Städten iſt noch reichlich Anhänglichkeit an Traditionen vorhanden. Das konſervative Empfinden zeigt ſich in Denkweiſe und Willensrichtung. Der Weltverbeſſerer, der ſie zu ſtören ſucht und ſie nicht auf Pflicht und Leiſtung, ſondern auf Erwerb und Aneignung möglichſt zu Laſten anderer zu lenken ſtrebt, weiß gar nicht, daß er damit ein Stück Eigenart raubt, die für das Volk als Ganzes bedeutungsvoll iſt. Gerade dieſe Sünde der Demokratie an dem Volkskörper iſt eine Geißel für das Land. Denn ſie erzieht nicht, ſondern ſie verzieht. Aber das iſt noch nicht einmal ihr ſchlimmſter Fehler. Sie zerſtört vor allem das Einzelbewußtſein des Mannes aus dem Volk. Sie begräbt das Individuum in der Maſſe und läßt es in ihr bewußt untergehen, obgleich doch gerade die Steigerung der Individualität das Ziel fortſchreitender Volkserziehung iſt. Wenn der gewöhnliche Mann immer und immer wieder von dem Glück hört, das er nicht hat, das aber andere in Hülle und Fülle unverdientermaßen beſitzen, ſo geht die eigene Pſyche verloren und die Pſychoſe des anderen tritt an ihre Stelle. So ein Gewaltiger vor dem Volk, der ihm Freiheit und Gleichheit verkündet, weiß ganz genau, daß der Maurer, dem die Akkordarbeit verboten wird, ſeinen Mitarbeitern zwar gleichgemacht, aber dann nicht frei iſt, und daß er im anderen Falle, wenn ſie ihm geſtattet wird, zwar frei iſt, aber nur auf Koſten der Gleichheit. Ganze Generationen der Völker ſind mit dieſem Spuk aus der franzöſiſchen Revolutionszeit in ihrem Wirklichkeitsſinn verdorben worden, und wenn auch die Bildung unſeres Volkes gewaltig geſtiegen iſt, zu der Erkenntnis, daß auf der Welt keiner dem anderen völlig gleich und kein Menſch völlig frei iſt, iſt es noch nicht gelangt und wird es auch durch die Lehren der Demokratie nicht gelangen. Der Grad von Gleichheit und Freiheit, den jeder im Rechts- und bürgerlichen Leben im gleichen Maß beanſpruchen kann, iſt ihm im kulturellen, wirtſchaftlichen und politiſchen Leben vom Standpunkt einer natürlichen Ordnung der Dinge aus verſagt.

Daß das Gleichheitsprinzip unter den Menſchen jede Differen-

zierung der Wertschaffung ausschließt, verschweigt die Demokratie. Sie entgeht dabei nicht einer gewissen Tragik, wenn sie sich bemüht, den Kulturzustand des Volkes zu heben und andererseits doch logischerweise gezwungen ist, als praktischen Wertmesser der Gleichheit diejenigen heranzuziehen, welche den gewollten Kulturzustand nicht erreichen.

Seit 50 Jahren tobt der Kampf der Demokratie in unserem Vaterlande. Der Ansturm gegen die Monarchie und die Heeresverwaltung, diese Grundmauer des Reiches, ist ohne Erfolg geblieben. Im Gegenteil, der Einfluß des Kaisers und die Bedeutung seiner Kommandogewalt sind mehr gewachsen, als nach dem Wortlaut der Verfassung zu erwarten war. Aber Spuren von der Demokratie sind überall hinterlassen worden. Haben sie auch in mancher Beziehung den Fortschritt gefördert und wohltätige Einrichtungen veranlaßt, so ist doch im großen und ganzen die Nachwirkung so gewesen, wie sie Sombart vor dem Krieg mit dem Wort bezeichnete: „Nichts hat die moderne Kultur für unser inneres Leben, für unser Glück, unsere Zufriedenheit, unsere Tiefe geleistet."

Herrschte tatsächlich diese Grundstimmung, so bleibt es beinahe wunderbar, daß zu gleicher Zeit der Einheits- und Staatsgedanke mit einer ungeheuren Werbekraft in alle Gemüter Einzug gehalten hat. „Ans Vaterland, ans teure schließ' dich an," das ist nicht mehr nur ein Ausdruck dichterischer Sehnsucht, sondern das ist für jede politische Partei der Imperativ, der als selbstverständlich gilt. Wenn dennoch Unzufriedenheit herrschte, wo war der Grund dafür zu suchen? Hatten die Parteien vielleicht zuviel von dem Staat erwartet? Hatten sie ihm vielleicht auch zuviel geopfert und büßten sie nun an der Erkenntnis, daß es des Opfers nicht wert war? Solche Erwägungen mögen wohl rege sein, aber ändern werden sie an der Tatsache nichts, daß weder der Konservativismus noch die Demokratie jemals von diesem Staat lassen werden. Er birgt Gott sei Dank in seinen Falten die eiserne Kraft des Bestehens und das offene Geheimnis des Werdens. Das ist Anziehungskraft genug für beide politische Richtungen, nur erstrebt die Demokratie fast ausschließlich das Werden, der Konservativismus das Erhalten und das Werden. Man wirft letzterem vor, daß er die Entwicklung vernachlässige. Daß er diesen Fehler zu Zeiten begangen haben mag, soll nicht be-

ſtritten werden. Die konſervative Staatsidee hat eine lange Geſchichte im eigenen Lande hinter ſich und iſt erſt allmählich zur Klarheit herangewachſen. Die Demokratie nimmt ihre Lehre meiſt aus fremdem Land und fußt nicht auf Erfahrung an eigenem Fleiſch und Blut, ſondern auf Spekulation. Sie iſt in gutem Sinne von einem gewiſſen Idealismus getragen, während ſich mit dem konſervativen Staatsgedanken ein reichliches Maß von Peſſimismus verbindet. So war es gegenüber der Stein-Hardenbergſchen Geſetzgebung und dem allmählichen Erſtarken des Bürgerſtandes als Folgewirkung der Städteordnung. So war es auch gegenüber dem Gedanken der konſtitutionellen Monarchie und ſpäter dem der Selbſtverwaltung. Ja ſelbſt die Schutzzollpolitik fand nur mit Mühe Eingang in vielen konſervativen Kreiſen. Warnte doch noch in demſelben Jahre 1875, als von Kardorff ſeine Broſchüre „Wider den Strom" veröffentlichte, die Kreuzzeitung vor Schutzzöllen. Es wäre jedoch unrichtig, wenn man annehmen wollte, daß dieſer Peſſimismus der Konſervativen ohne realen Hintergrund geweſen ſei. Das was ſich im vorigen Jahrhundert Liberalismus nannte und was ſich in dieſem Jahrhundert mehr und mehr in Demokratie umgewandelt hat, ſuchte das Individuum von allen Schranken loszulöſen. Geiſtige, wirtſchaftliche und politiſche Ungebundenheit des Einzelnen war ſein Ziel. Ein ſolches Individuum mußte mehr ablenken von dem Staate als dem Vertreter der Allgemeinheit, als zu ihm hinführen. Der konſervative Staatsgedanke aber hat ſeine Wurzel in der entgegengeſetzten Anſchauung, daß das Individuum ſich dem Staate unterzuordnen habe, ohne dabei die freie Wirkungsmöglichkeit der einzelnen Perſönlichkeit, namentlich der Führerperſönlichkeit auszuſchließen. Ging er auch zur Zeit ſeines Entſtehens zu einſeitig vom Standpunkte der Autorität und der obrigkeitlichen Gewalt aus, ſo reihte er doch bald kulturelle und wirtſchaftliche Aufgaben in ſeinen Kreis ein. Noch der hochkonſervative Ludwig von Gerlach konnte ſagen: Die Konſervativen ſtänden mit der Front nach dem Miſt und mit dem Rücken gegen den Staat! Es wäre geſchichtlich unwahr, wenn man nicht zugeben wollte, daß ſie die Front völlig nach dem Staat genommen haben, ohne daß ich dabei behaupten will, daß ſie dem Miſt nunmehr den Rücken gekehrt hätten. Immerhin könnte man vielleicht den Konſervativen den Vorwurf machen, daß ſie den elementaren Bewegungen

unserer politischen Geschichte zu skeptisch gegenübergestanden und sich ihrer, insbesondere in ihren Anfangsstadien, nicht rechtzeitig bemächtigt haben, um sie im eigenen Sinne zu beeinflussen. In einem Falle würde dieser Vorwurf aber nicht zutreffen. Denn der sozialen Gesetzgebung gegenüber haben sie sich von vornherein durchaus entgegenkommend gezeigt. Schon in den 60er Jahren unterstützten sie energisch die Bestrebungen der Arbeiter, die auf staatlichen Schutz gegen Ausbeutung durch Kapital und Industrie gerichtet waren. Die Idee des sozialen Staates hat in der konservativen Weltanschauung stets einen dankbaren Boden gehabt. Wenn sie seinerzeit zu den christlichen Forderungen Stöckers in einen Gegensatz trat, so war dafür u. a. die damalige Haltung der Sozialdemokratie entscheidend. Denn diese war zu jener Zeit rein revolutionär und konnte daher nicht zur Übernahme weiterer Opfer anreizen, die vergeblich zu sein schienen und Aussicht auf Frieden in keiner Weise verbürgten.

Das große Problem des sozialen Friedens ist nunmehr unter gänzlich veränderten Verhältnissen neu entstanden und wird die Zukunft Deutschlands in ausschlaggebender Weise beherrschen. Noch nach 100 Jahren wird man auf die nächste Zeit unserer Entwicklung zurücksehen. Nicht als ob ein Verschwinden oder allmähliches Versickern der sozialdemokratischen Bewegung in Aussicht stände, wie einzelne Optimisten zu Anfang des Krieges vermeinten. Davon kann nicht die Rede sein. Die Sozialdemokratie besteht weiter. Den Grundsatz von Marx: Der Proletarier hat kein Vaterland, haben aber Tausende von Arbeitern über Bord geworfen. Mit jedem Beschluß, mit welchem die radikale Sozialdemokratie dem Staat die Mittel zur Fortsetzung des Krieges verweigert, erweitert sich daher die Kluft zwischen ihr und einem großen Teil der eigenen Partei. Die Tatsache, daß sich bereits eine Mehrheit abgezweigt hat und in einen von Tag zu Tag schärferen Gegensatz zu ihr tritt, ist ein Ereignis von einer Tragweite, deren Bedeutung vielleicht in konservativen Kreisen noch nicht genügend gewürdigt wird. Diese würde sie auch behalten, selbst wenn aus der jetzigen Minderheit im Reichstage eine Mehrheit werden sollte. Die Träger der neuen Richtung, die sich an den Staat mit Leib und Leben und mit der Fülle vielseitigen Wollens für das Gemeinwohl anschließen, sind die freien Gewerkschaften. Man darf dabei nicht vergessen, daß diese von der Sozialdemokratie als Kampforganisationen auf wirt-

ſchaftlichem Gebiet geſchaffen wurden, und daß durch ſie erſt die Sozialdemokratie zu ihrer heutigen Machtſtellung gelangt iſt. Fällt dieſer Teil künftig aus und marſchiert er, wie der Führer der Gewerkſchaften in Bremen es ausgeſprochen hat, nicht mehr unter der Parole „Politik", ſondern der ökonomiſchen und kulturellen Verbeſſerung der Lage der Arbeiter, ſo iſt die politiſche Ohnmacht der Sozialdemokratie durch die eigenen Genoſſen von geſtern bis zu einem gewiſſen Grade beſiegelt.

Wenn aber die freien Gewerkſchaften ſich an den Gegenwartsſtaat anlehnen und, für ihn wie mit ihm, Deutſchlands Größe und Entwicklung unter dem gleichzeitigen Streben der ſozialen Förderung arbeitenden Klaſſen anſtreben, ſo verſtößt ihr Streben grundſätzlich in keiner Weiſe mehr gegen nie verleugnete konſervative Strömungen. Die Frage wird jedoch ſein, welche politiſchen Wege die Gewerkſchaften gehen wollen, und welches Maß ſie für ihre Forderungen aufſtellen. In ihrem Verhältnis zum Staat haben ſie ſich ſchon vor dem Krieg gegen den Generalſtreik als Mittel für ihre Zwecke erklärt. Sie lehnen ſolche wirtſchaftlichen Revolutionsbeſtrebungen im Intereſſe der Allgemeinheit ab. Würden ſie auch den Klaſſenkampf mit ſeiner Tendenz zur Abſonderung der Arbeiter von der bürgerlichen Geſellſchaft, dieſen Kampf, der Volks-, Gemüts- und Sinnesart verleugnet und ethiſch unhaltbar iſt, aufgeben und ſich von der Idee der Volksſouveränität im Staat losſagen, ſo wäre dieſe politiſche Haltung vorausſichtlich nicht ohne Einfluß auf die Beachtung ihrer wirtſchaftlichen und kulturellen Wünſche. Bei ruhiger Erwägung werden ſie ſich ſagen müſſen, daß die ſozialpolitiſche Geſetzgebung von Kaiſer und Bundesrat eingeleitet worden und daß eine wirkſame Beihilfe dieſer Faktoren des Reiches für die ſoziale Entwicklung des Staates in erſter Linie erforderlich iſt. Sie werden ſich auch ſagen müſſen, daß die Kaiſeridee nicht nur auf unſere nationalen, ſondern auch auf unſere ſozialen Bedürfniſſe zugeſchnitten iſt. Von ihr wird das deutſche Volk in ſeiner der innerſten Grundſtimmung nach konſervativen Richtung und in wehmütiger Erinnerung an die kaiſerloſe Zeit niemals laſſen. Die Machtſphäre des Trägers der Kaiſeridee muß dieſelbe bleiben, wenn auch die Koeffizienten zum Teil andere geworden ſind. Dazu ſcheint ein Verzicht der freien Gewerkſchaften auf jeden Radikalismus in der Sache und in der

Form natürliche Voraussetzung. Daß man auch auf anderem Wege, als die Sozialdemokratie es will, dieselben wirtschaftlichen Ziele verfolgen kann, zeigen die christlich-nationalen Gewerkschaften. Das Nationale an diesen haben die freien Gewerkschaften ohne weiteres angenommen; wenn sie behaupten, sie hätten es nie verleugnet, so ist das nicht richtig. Denn die politische Sozialdemokratie, in deren Gefolgschaft sie bisher waren, beweist das Gegenteil. Gleich den christlichen müßten auch die freien Gewerkschaften nunmehr die Autorität des Staates voll anerkennen. Jedenfalls scheint mir für den inneren Frieden nach dem Krieg klar vor den Augen zu liegen, daß die hocherfreuliche Bewegung der freien Gewerkschaften politisch nur eine Knospe war, die nicht zur Blüte gelangen würde, wenn dem ersten Schritt nicht ein zweiter folgt, mit dem sie sich voll und ganz in das Gefüge des Staates einordnen.

Daß ihnen in dieser Beziehung auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine ungeheuer starke Belastungsprobe bevorsteht, liegt auf der Hand. Denn wenn man auch geneigt wäre, alle gesetzlichen Bestimmungen, die den Schein eines Ausnahmecharakters tragen, soweit zu beseitigen, als nicht besondere Interessen des Staates entgegenstehen, so gehen wir doch sicher Zeiten entgegen, in denen das Maß ökonomischer Forderungen an die Arbeitgeber durch den Zwang äußerer Verhältnisse ein so beschränktes sein wird, wie es Deutschland seit Jahrzehnten nicht gekannt hat. Wenn bei der Wiederkehr friedlicher Verhältnisse unsere Industrie aus Mangel an Rohstoffen und an Zufuhrmöglichkeiten zum Teil zunächst kaum reichliche Arbeitsgelegenheit bieten kann, und wenn sicher doch im ersten Friedensjahr die Preisrichtung der Arbeitsstoffe einen ungewöhnlich hohen Stand aufweisen wird, so wird die Rückkehr zu den Lohnverhältnissen vor dem Krieg manche Enttäuschung in den Arbeiterkreisen auslösen und dem Anreiz zum Radikalismus Tür und Tor öffnen. Die radikale Sozialdemokratie wird sich zunächst der wenig erfreulichen Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse sicherlich bemächtigen und es den freien Gewerkschaften sehr erschweren, das Maß von Besonnenheit zu zeigen, welches erforderlich ist, um über die Klippen der nächsten Jahre hinweg zu führen. Das gleiche Bild tut sich auf, wenn man an die künftige Steuergesetzgebung im Deutschen Reich denkt. Es ist hier mit einer jährlichen Mehrbelastung des Etats von 4—5 Milliarden Mark zu rechnen,

wenn nicht erhebliche Kriegsentschädigungen diese gewaltige Summe herabdrücken. Bei jeder Berücksichtigung der unmittelbaren Lebens- und Bedarfsmittel läßt es sich sicher nicht umgehen, Konsumartikel, wie Tabak, Bier, Wein usw. mit Steuern zu belegen. Denn es ist ein Ding der Unmöglichkeit, dem Besitz allein solche Steuersummen aufzuerlegen, wenn man nicht der Wiederaufnahme der geldbedürftigen industriellen Betriebe den Weg verschließen will. Daß damit die Arbeit und Arbeitsgelegenheit am schwersten betroffen werden würde, diese Einsicht ist von dem Radikalismus nicht zu erwarten. Da wird es Sache der Gewerkschaftsführer sein, die Arbeiter aufzuklären und damit die Probe davon abzuliegen, daß wirtschaftliche Vorbildung und der Wille vorhanden ist, den Staat über seine ökonomische Leidenszeit, die erst nach dem Krieg beginnt, hinwegzuhelfen.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß der nationalen Bewegung der Arbeiter zurzeit jede positive Nachwirkung zu versagen wäre. Soweit dies auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen kann, habe ich bereits den Rahmen angedeutet. Aber auch andere Möglichkeiten liegen vor. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß die Bestrebungen der Arbeiter sich nur auf Schutzmaßregeln und Lohnverbesserungen richten. In mindestens gleichem Maß haben sie auch kulturelle Ziele im Auge. Sie verlangen Bildungsmöglichkeit wenigstens für die Befähigten unter ihnen und sie fordern eine gewisse gesellschaftliche Anerkennung. Beides mit Recht. Wer die unter ihnen hervorragenden Männer kennen gelernt hat, der kann diesen oft eine gewisse Bewunderung nicht versagen. Nicht nur darüber, daß sie sich als Selbstlerner ein Wissen und Können angeeignet haben, um das sie mancher Akademiker zu beneiden Grund hätte, sondern namentlich auch um den sittlichen Ernst, mit dem sie davon ganz im Gegensatz zu der unleidlichen Halbbildung im Bewußtsein eines starken Verantwortlichkeitsgefühls Gebrauch machen. Man ist somit berechtigt zu der Annahme, daß in den Arbeiterkreisen ein Vorrat von Fähigkeiten schlummert, den es sich lohnt und den es Pflicht ist, an das Tageslicht zu ziehen. Denn es wäre ein schweres Unrecht, wenn man den gebildeteren Arbeitern, von denen es mehr gibt, als bekannt ist, nicht das volle Maß der Gleichberechtigung in Vereinen, Versammlungen und in der öffentlichen Tätigkeit einräumen wollte. Der Arbeiter ist in erster Linie Staatsbürger wie jeder andere und darf nicht zu der Emp-

findung einer Minderbewertung kommen, weil er Arbeiter ist. Lassen wir doch die Kräfte, die den Willen dazu haben, nach Maßgabe ihrer individuellen Fähigkeiten möglichst mit raten und taten. Man sieht ja, wie das Unbrauchbare verschwindet und das Rohe sich abschleift. Unsere parlamentarischen Arbeitervertreter und die Gewerkschaftsführer geben dafür zum Teil einen berechtigten Beweis. Wo das Gegenteil der Fall ist, wird man höchstens behaupten können, daß die wünschenswerte Kulturstufe noch nicht erreicht ist, aber der Bessere darf darunter nicht leiden.

Die schwerste Aufgabe bleibt, wie die Forderung der Arbeiter auf Teilnahme an höherem Konjunkturgewinn zu befriedigen ist. Sie ist auch deshalb so wichtig, weil die Masse der Arbeiter vorzugsweise unter der Fuchtel dieses Problems steht. Die freien Gewerkschaften suchen die Lösung in der Arbeitsgemeinschaft. Das bedeutet den Tarifvertrag. Abgesehen davon, daß dieser nicht überall zu erreichen ist und auch nicht überall angebracht erscheint, glättet er in keiner Weise das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Eine Interessensolidarität kann ich darin nicht sehen, wie die freien Gewerkschaften es tun. Von ihr ließe sich doch nur sprechen, wenn ein Verhältnis zwischen Leistung und Lohn nach Maßgabe des Gewinnes bestände. Es ist bekannt, daß Regelungsversuche dieser Art gescheitert sind und scheitern mußten, weil der Vorforderung eines Existenzminimums seitens der Arbeiter selbst durch Zubußen des Arbeitgebers auch eine uneinschätzbare Vorforderung der letzteren an dem Gewinn gegenübergestellt werden müßte, um etwaige Zubußen zu decken.

Vielleicht gelangt man zu einer Lösung der Frage, wie ich schon im „Neuen Deutschland“ [1]) vorgeschlagen habe, wenn man nach Möglichkeit auf dem Wege der Wohlfahrt und unter Mitwirkung der Arbeiter die Renten der Sozialgesetzgebung allmählich zu erhöhen strebt, wie dies von der preußischen Eisenbahnverwaltung durchgeführt ist. Geht man davon aus, daß der Arbeiterbeitrag dazu mit der Höhe des Gewinnes eines industriellen Betriebes sinken soll, so ist tatsächlich eine Interessengemeinschaft geschaffen. Es kommt Stetigkeit

1) Das „Neue Deutschland“. Neunzehnte Kriegsnummer vom 16. Oktober 1915.

in die Betriebe, weil der Arbeiter seinen erhöhten Rentenanspruch nicht freiwillig aufgeben wird, und es wird andererseits die Arbeitsleistung gefördert, woran der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ein gleiches Interesse haben.

Wenn daher nach dem Krieg ein Frieden im Innern einkehren soll, so bleibt dieser wünschenswerte Zustand an bestimmte Bedingungen geknüpft. Sie bestehen vor allem in der Anerkennung nicht so des historisch Gewordenen, wie des durch Erfahrung Erprobten. Ein selbst starres Festhalten an den fundamentalen Einrichtungen des Reiches ist die Voraussetzung jeden Paktes mit einer konservativen Weltanschauung. In diesem Rahmen ist aber andererseits auch dem Fortschrittsgedanken auf allen Gebieten der politischen und kulturellen Entwicklung ein Recht zur Dehnung und bessernden Gestaltung einzuräumen. Eine Erscheinung neuer Lebensformen ist nicht ausschließlich als ein Zeichen der Umsturzgefahr für das Bestehende anzusehen, diese sind vielmehr rechtzeitig zu fassen und in den Organismus staatlicher Einrichtungen einzufügen. Nur darf der Einbau nicht die Fundamente des Reiches berühren. Seine Grundmauern zeigen keine Spuren der Abnutzung. Wird dies anerkannt, so mag man Zwischenwände getrost versetzen, um hier und da bessere Raumentwicklung und leichteren Lichteinfall zu ermöglichen. Es ist das ein Vorgehen, welches ich zusammenfassen möchte in den Begriff des konservativen Fortschritts.

Das Zentrum und die andern Parteien.

Von Julius Bachem.

In den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts entstand im Preußischen Abgeordnetenhause die „Katholische Fraktion", welche gegenüber der in den ersten Anfängen des preußischen Verfassungslebens von der einflußreichsten Partei des Landtags aufgestellten und von der Regierung im Widerspruch mit dem neuen Staatsgrundgesetz in die Praxis übertragenen Lehre vom „evangelischen Staat Preußen" die Wahrung der kirchlichen Rechte und der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung des katholischen Volksteils sich zur besonderen Aufgabe gestellt hatte. Die Fraktion zerfiel schon im folgenden Jahrzehnt, weil die politisch verschieden gearteten Elemente sich nicht zusammenhalten ließen. Als dann zu Anfang der 70er Jahre im neugegründeten Deutschen Reich bedrohliche Anzeichen einer der katholischen Kirche feindseligen Stimmung in weiten Volkskreisen sich bemerkbar machten (in Preußen besonders durch die gegen das Klosterwesen gerichteten Petitionen im Abgeordnetenhause und den sogen. Moabiter Klostersturm), wurde das Zentrum gegründet — „naturgemäß und legitim", wie der frühere Führer der konservativen Partei in Preußen und spätere Hospitant des Zentrums, Appellationsgerichtspräsident a. D. Ludwig v. Gerlach in seiner Schrift „Die Zivilehe und der Reichskanzler" sich ausdrückt.

Die zuerst ins Leben getretene Zentrumsfraktion im Preußischen Abgeordnetenhause stellte sich zur besonderen Aufgabe, „für Aufrechterhaltung und organische Fortbildung verfassungsmäßigen Rechtes im allgemeinen und insbesondere für die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche und ihrer Institutionen einzutreten". Achtundvierzig Mitglieder des Abgeordnetenhauses traten sofort der neugebildeten Fraktion durch Namensunterschrift bei; schon im Laufe

der Legislaturperiode wuchs diese Zahl durch Nachwahlen und Übertritt aus anderen Parteigruppen auf 54.

Dieselben Erwägungen, welchen die Zentrumsfraktion des Landtages ihre Entstehung verdankte, führten bei den zu Anfang März 1871 stattfindenden Wahlen zum ersten Deutschen Reichstage zur Bildung einer auf den gleichen Grundsätzen beruhenden Zentrumsfraktion des Reichstages. Die Begründer der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses gaben dazu den Anstoß, indem sie in einem Aufruf vom 11. Januar 1871 an die Gesinnungsgenossen im Lande die Aufforderung richteten: Männer zu wählen, „welchen das moralische und das materielle Wohl aller Volksklassen, wie aller das Deutsche Reich bildenden Stämme am Herzen liegt, welche die bestehenden Besonderheiten nur insoweit der Einheit geopfert sehen wollen, als dieselben nachweislich dem Ganzen zum Schaden gereichen, welche endlich — wie die politische, so auch die kirchliche Freiheit und das Recht der Religionsgesellschaften gegen mögliche Eingriffe der Gesetzgebung sowohl als gegen feindliche Parteibestrebungen entschieden gewahrt wissen wollen".

Obwohl ausschließlich von Katholiken, und zwar fest auf dem Boden ihres Bekenntnisses stehenden Katholiken, zur Verteidigung der Rechtsstellung und der Freiheit der katholischen Kirche gegründet, ist das Zentrum doch nicht als katholisch-konfessionelles Gebilde ins Leben gerufen, sondern es ist von vornherein sorgfältig auch der Schein vermieden worden, daß es ein solches sein solle. Darum auch gab man der Fraktion einen rein parlamentarischen Namen. Allerdings fehlte es, als es sich um die Gründung des Zentrums handelte, nicht an katholischen Politikern, welche an die Überlieferung der katholischen Fraktion anknüpfend, auch deren Namen wieder aufnehmen wollten. Aber gerade die ehemaligen Führer dieser Fraktion, insbesondere die beiden Reichensperger, widerrieten das Zurückgreifen auf den Namen „Katholische Fraktion", weil sie die Erfahrung gemacht hatten, daß schon dieser Name als eine Herausforderung auf die protestantische Mehrheit des deutschen Volkes wirkte und die Betätigung selbst auf dem kirchenpolitischen Gebiete zu erschweren geeignet war. Als der bedeutendste nachmalige Führer des Zentrums, Ludwig Windthorst, dem Zentrum beitrat, war dessen politischer nichtkonfessioneller Charakter bereits außer Zweifel gestellt. Auf Grund

ihres Programms ſind den Zentrumsfraktionen auch alsbald nach deren Gründung eine Anzahl nichtkatholiſcher Abgeordneten als Mitglieder oder Hoſpitanten beigetreten. Im Deutſchen Reichstage waren es zeitweiſe zehn, im Preußiſchen Abgeordnetenhauſe vier, darunter ſo hervorragende Perſönlichkeiten, wie der oben ſchon genannte Appellationsgerichtspräſident a. D. v. Gerlach und der frühere Unterſtaatsſekretär im hannoverſchen Unterrichtsminiſterium Dr. Brüel.

Trotzalledem iſt von den verſchiedenartigen Gegnern des Zentrums immer wieder behauptet worden, daß das Zentrum eine katholiſch-konfeſſionelle Fraktion ſei, welche nur ein politiſches Mäntelchen ſich umgehangen habe, im letzten Grunde aber lediglich katholiſch-kirchliche Ziele verfolge, ſo daß es ſich als ein Fremdkörper im deutſchen politiſchen Leben darſtelle. Noch heute halten manche Kreiſe zähe daran feſt, daß das Zentrum ein konfeſſionelles Gebilde ſei, weil ſie wiſſen, daß nach Lage der Verhältniſſe in Deutſchland die Behauptung von einem konfeſſionell-katholiſchen Charakter des Zentrums die wirkſamſte Waffe gegen die Fraktion und das beſte Mittel iſt, derſelben die Wahrung der berechtigten Intereſſen der katholiſchen Minderheit des deutſchen Volkes, welche nach wie vor eine Hauptaufgabe des Zentrums iſt, zu erſchweren und unmöglich zu machen. Darum ſind die Führer des Zentrums immer wieder in die Lage gekommen, den politiſchen nichtkonfeſſionellen Charakter der Fraktion zu betonen. Gegenüber dem Fürſten Bismarck, welcher auch ſeinerſeits in den erſten Stadien des kirchenpolitiſchen Konfliktes der 70er Jahre das Zentrum als konfeſſionelle Fraktion bezeichnete, erklärte ſchon am 31. Januar 1872 der Abgeordnete *Windthorſt*: „Die Fraktion, der ich angehöre, iſt keine konfeſſionelle, das Programm derſelben iſt öffentlich bekannt gemacht, und wir haben auf Grund desſelben jeden eingeladen, der dieſe Grundſätze annehmen will. Und wer darauf akzeptierend eintritt, iſt uns willkommen, welcher Konfeſſion er angehöre."

Im kirchenpolitiſchen Konflikte hat das Zentrum ſchwere Kämpfe um die Anerkennung ſeiner *gleichberechtigten Stellung* im öffentlichen, namentlich im parlamentariſchen Leben zu führen gehabt. Lange ſah es ſich von allen Ehrenſtellen in den parlamentariſchen Körperſchaften ausgeſchloſſen. Nicht nur wurde die Fraktion bei der Beſetzung des Präſidiums und ſtellvertretenden Prä-

ſidiums im Deutſchen Reichstage und im Preußiſchen Abgeordnetenhauſe regelmäßig übergangen; auch von der Leitung der Kommiſſionen blieben ſeine Mitglieder ausgeſchloſſen. Es erregte Aufſehen, als in den 80er Jahren zum erſtenmal ein Mitglied des Zentrums (Abgeordneter Hüffer) ſtellvertretender Vorſitzender der Petitions-Kommiſſion des Preußiſchen Abgeordnetenhauſes wurde. Auf der Höhe des ſog. Kulturkampfes war der Vorwurf der „Reichs- und Staatsfeindſchaft", der mangelnden nationalen Geſinnung gegen das Zentrum und ſeine Mitglieder an der Tagesordnung.

Das ganze innerpolitiſche Leben des erſten Abſchnittes des neuen Deutſchen Reiches war beherrſcht durch den Kulturkampf. Zur Abwehr des ſtaatlichen Verſuchs, die katholiſche Kirche in Deutſchland unbedingt der ſog. Staatsräſon dienſtbar zu machen, fanden ſich in der Zentrumspartei von vornherein politiſch, wirtſchaftlich und ſozial ſehr verſchieden geſchichtete und gerichtete Kreiſe zuſammen. Naturgemäß brachte der Kulturkampf eine ſtarke Abſonderung der Katholiken auch auf den nicht kirchlich-religiöſen Gebieten mit ſich. Die der katholiſchen Kirche abgeneigte Stellungnahme des Reiches und des Staates, der großen Mehrheit der nichtkatholiſchen Bevölkerung und der parlamentariſchen Parteien zwang die Katholiken und zwang das Zentrum geradezu, alle Fragen des öffentlichen, ſozialen, wirtſchaftlichen und kulturellen Lebens unter dem kirchenpolitiſchen Geſichtswinkel zu betrachten; der Standpunkt des Staatsbürgers, die Rückſicht auf die Allgemeinheit trat dabei manchmal von ſelbſt zurück. Fragen nicht religiös-kirchlicher Natur fanden unter dem Druck der Notwendigkeit, die ganze Kraft auf kirchenpolitiſchem Gebiet einzuſetzen, nicht immer hinreichendes Verſtändnis und Intereſſe. Auch nahm die Fraktion zuweilen in nicht kirchenpolitiſchen Fragen (wie der Militärfrage und der Kolonialfrage) eine oppoſitionelle Stellung ein, wo ſie unter anderen Verhältniſſen vielleicht mehr Entgegenkommen gezeigt hätte.

Eine Wendung der Dinge erfolgte erſt im Jahre 1879, mit der neuen Orientierung der Wirtſchaftspolitik wie der Sozialpolitik Deutſchlands. Fürſt Bismarck wandte ſich der Schutzzollpolitik zu und bedurfte zu deren Durchführung beim Widerſtreben der liberalen Parteien der Unterſtützung der ſtarken Zentrumspartei, welche ihrerſeits dieſe Unterſtützung gemäß ihren Grundſätzen ge-

währen konnte, ja gewähren mußte. Dasselbe galt von der Neugestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Alle diese Bestrebungen gingen aus von dem im religiösen Boden wurzelnden Grundgedanken des Schutzes der wirtschaftlich und sozial Schwachen. Die in dieser Periode einsetzende Neuorganisation der Erwerbsstände entsprach gleichfalls durchaus dem Programm des Zentrums; ihre Führer, wie v. Ketteler und Hitze, hatten auf diesem Gebiete die Initiative ergriffen. So fiel dem Zentrum in der zweiten Periode seiner parlamentarischen Geschichte in entscheidenden Fragen die Führung zu und brachte der Fraktion einen großen Zuwachs ihres Einflusses im öffentlichen Leben Deutschlands.

Fürst Bismarck hatte die Unmöglichkeit erkannt, die mit dem Wesen und der Verfassung der katholischen Kirche unvereinbare kirchenpolitische Gesetzgebung durchzuführen — er verglich sie drastisch im Herrenhause mit einer Jagd zu Pferde hinter Gänsen — und verhehlte sich den schweren Schaden nicht, welcher dem Gemeinwohl durch die scharfe Zuspitzung der kirchenpolitischen und konfessionellen Gegensätze erwuchs. Bei dem Abflauen des Kulturkampfes konnte sich das Zentrum dann auch mit größerer Kraft den allgemeinen vaterländischen Aufgaben zuwenden; von Bedeutung war insbesondere seine Mitarbeit bei der Verstärkung des Heeres und der Flotte, dem Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuches, bei der Reichsfinanzreform, alles unter Wahrung seiner Selbständigkeit und unter fortgesetztem Bemühen, die noch verbliebenen Reste der Kulturkampfgesetzgebung zu beseitigen bzw. ihre Härten zu mildern.

In den Parlamenten gelangte die Gleichberechtigung des Zentrums zur vollen Anerkennung. Im Deutschen Reichstage wie im Preußischen Abgeordnetenhause waren Mitglieder der Fraktion in einer Reihe von Tagungen stellvertretende Vorsitzende oder Vorsitzende (im Reichstage Frhr. zu Franckenstein, Frhr. v. Buol, Graf Balleſtrem, Dr. Spahn; im Landtage Frhr. v. Heeremann und Dr. Porsch). Unzweideutige Zeugnisse früherer Gegner des Zentrums ließen erkennen, wie sehr sich das Urteil über die Fraktion geändert hatte. Fürst Bismarck, der zuerst den Versuch gemacht hatte, den konfessionellen, mit den Interessen des Deutschen Reiches unvereinbaren Charakter des Zentrums nachzuweisen, erklärte nun das Zentrum als staatserhaltende Partei. Der Abgeordnete v. Kardorff, der Führer

derjenigen Partei, in welcher während des kirchenpolitischen Konfliktes die Instinkte des Staatskirchentums vielleicht am lebendigsten waren, bezeugte auf Grund der reichen Erfahrungen seines langen parlamentarischen Lebens, daß nach seinen Wahrnehmungen das Zentrum keine kirchliche, sondern nationale Politik treibe. Die Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung, in welcher s. Zt. der kirchenpolitische Konflikt publizistisch angesagt worden war, schrieb im Jahre 1905: „Man kann in Wahrheit nicht behaupten, daß das Zentrum seine Machtstellung in staatsgefährlicher Weise mißbrauche. Es beteiligt sich ganz loyal an der Gesetzgebung und wahrt die Ehre und das Ansehen des Staates nach innen wie nach außen. Es zeigt Verständnis für die sozialen Aufgaben der Zeit und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gegenwart; es hat bei der Reform des bürgerlichen Rechtes, bei der Zollgesetzgebung und der Börsenreform usw. fleißig und gern mitgearbeitet. Den Vorwurf der Reichsfeindschaft und antinationalen Gesinnung kann man ihm also nicht machen, ohne mit der Wahrheit in Konflikt zu kommen."

Zeitweise hat es allerdings an Rückschlägen in der Stellung des Zentrums zur Regierung wie zu den Parteien nicht gefehlt; insbesondere hat der Konflikt des Zentrums mit dem Fürsten Bülow im letzten Abschnitte von dessen Kanzlerschaft die parteipolitischen Gegensätze verschärft. Auch die Erörterungen über den Charakter des Zentrums sind vorübergehend wieder aufgelebt, und zwar aus Anlaß des aus deutschen katholischen Kreisen gemachten Versuchs, der Fraktion des Zentrums wenigstens tatsächlich ein katholisch-konfessionelles Gepräge aufzudrücken.

Verschiedenartige Gegnerschaften des Zentrums haben diesen Versuch bereitwillig aufgegriffen und ausgenützt. Es hat aber nur die Wirkung gehabt, daß der politische nichtkonfessionelle Charakter der Zentrumspartei wie ein rocher de bronze stabiliert worden ist. Alle maßgebenden Organisationen der Zentrumspartei haben sich für das Festhalten an der Windthorstschen Überlieferung ausgesprochen, namentlich in wiederholten Tagungen der Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei in Verbindung mit dem Vorstande der Reichstagsfraktion des Zentrums. In einer Erklärung vom 28. November 1909 betonte er: „Die Zentrumspartei hat die Zugehörigkeit zur Partei niemals von der Angehörigkeit zum katho-

lischen Glaubensbekenntnis abhängig gemacht, und die Zentrumsfraktion des Reichstages hat auch tatsächlich bis heute stets Angehörige eines nichtkatholischen Glaubensbekenntnisses zu ihren Mitgliedern gezählt, welche allen, auch ihren intimsten Verhandlungen beigewohnt haben. Dabei ist nur als selbstverständlich zu betrachten, daß in denjenigen Fragen, welche das religiöse Gebiet berühren, sich jeder Abgeordnete nach den Grundsätzen seines Glaubensbekenntnisses richtet. Ein solches Zusammenwirken katholischer und nichtkatholischer Männer innerhalb der Zentrumspartei ist ein wertvolles Unterpfand für die Förderung des Friedens unter den christlichen Konfessionen und erleichtert es, auch dasjenige wirksam zu schützen, was denselben gemeinsam ist. Und daß es ein weites Gebiet solcher gemeinsamen Grundsätze und gemeinsamen Interessen gibt, lehrt das öffentliche, insbesondere auch das politische Leben alle Tage". An der Beschlußfassung des Preußischen Landesausschusses nahmen nahezu alle führenden Persönlichkeiten des Deutschen Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses teil, u. a. die Abgeordneten Dr. Frhr. v. Hertling (damals Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages), Dr. Porsch (Vorsitzender des Landesausschusses der preußischen Zentrumspartei und Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses), Fehrenbach, Fritzen (Düsseldorf), Groeber, Herold, Hitze, Graf Praschma, Dr. Pichler, Dr. Schaedler, Trimborn.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges begann ein neuer Abschnitt auch im innerpolitischen und parteipolitischen Leben des deutschen Volkes. Mit elementarer Gewalt brach sich die Erkenntnis Bahn, daß nur die vollste Einmütigkeit und Geschlossenheit gegenüber einer Welt von Feinden Deutschland den Sieg verbürgen könne, und daß daher vor allem die bis dahin oft so scharf zugespitzten Gegensätze zwischen den politischen Parteien zurücktreten müßten. Das kam in allen politischen Lagern zum Ausdruck, nicht am wenigsten entschieden im Lager der Zentrumspartei. So wurde der „Burgfrieden" ausgerufen.

Der Deutsche Kaiser selbst hatte den Ton angegeben, indem er in der weltgeschichtlichen Sitzung des Deutschen Reichstages vom 4. August 1914 nach erfolgtem Ausbruch des Krieges erklärte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche". Am 2. Dezember

1914, nachdem schon zahlreiche blutige Schlachten im Westen und Osten geschlagen waren, wiederholte der deutsche Reichskanzler im Reichstage dieses Wort und fügte hinzu: „Dieser wunderbare Geist, der die Herzen des deutschen Volkes durchglüht in nie gesehener Einigkeit, in der unbedingtesten Hingabe des einen an den anderen: er muß und wird siegreich bleiben! Und wenn ein ruhmvoller, wenn ein glücklicher Friede erkämpft sein wird, dann wollen wir diesen Geist hochhalten, wie das heiligste Vermächtnis dieser furchtbaren, ernsten und großen Zeit. Wie von einer Zaubergewalt sind die Schranken gefallen, die eine öde und stumpfe Zeitlang die Glieder des Volkes trennten, die wir gegeneinander aufgerichtet hatten in Mißverstand, in Mißtrauen und Mißgunst. Eine Befreiung, eine Beglückung, daß nun einmal dieser ganze Wust und Unrat weggefegt ist und daß nur der Mann gilt, einer gleich dem anderen, einer dem andern die Hand reichend, für ein einiges und gleiches Ziel."

Das Wort des Reichskanzlers von dem Mißverstand, dem Mißtrauen und der Mißgunst ist in der innerpolitischen Geschichte, namentlich der Parteigeschichte Deutschlands wohl begründet. Unser Parteiwesen war vielfach vergiftet. Das zeigt ein Blick auf die Versammlungen der deutschen Parlamente, wie auf die Spalten der Tagespresse. Man war weithin nur zu sehr geneigt, jeden politischen Gegner als „schlechten Kerl" zu betrachten und zu behandeln, ihm den guten Glauben abzusprechen, ihn anstatt mit sachlichen Gründen, mit oft gehässigen, persönlichen Angriffen zu bekämpfen. Keine Partei war in dieser Beziehung völlig von Schuld freizusprechen, wenn auch die eine Partei schuldiger war, als die andere. Das Maß der Verantwortlichkeit festzustellen und gegeneinander abzuwägen, ist hier nicht der Ort.

Darin ist seit Ausbruch des Krieges ein erfreulicher Wandel eingetreten. Manchem Kampfhahn, namentlich in der Tagespresse, wird's sauer genug geworden sein. Ganz ohne Nachhilfe würde es wohl auch kaum in dem Maße gelungen sein, wie es tatsächlich gelungen ist. Was die Presse anlangt, so hat hier insbesondere die militärische Zensur nachdrücklich nachgeholfen, indem sie über die Beobachtung des „Burgfriedens" wachte, gegen den Bruch desselben aus eigener Initiative oder auf Anrufung sich verletzt fühlender Kreise

und Richtungen mit Warnungen oder auch mit einschneidenderen Maßnahmen einschritt.

Als genauer Beobachter der innerpolitischen Erscheinungen darf ich sagen, daß die Zentrumspartei das Ihrige getan hat, um den Frieden unter den Parteien zu wahren. Herausfordernde Kundgebungen in der Presse sind kaum zu verzeichnen gewesen; gegenüber nicht ganz seltenen Entgleisungen von anderer Seite auf dem nach Lage der deutschen Verhältnisse heikelsten Gebiete, dem kirchenpolitischen, hat man sich im allgemeinen auf eine notgedrungene Abwehr beschränkt und sich dabei zumeist eine große Zurückhaltung auferlegt. Das gilt insbesondere gegenüber den zeitweisen Versuchen, eine in dem Verhalten der Gesamtheit nicht begründete Mißstimmung gegen den belgischen katholischen Klerus zu erzeugen, welche auf den deutschen katholischen Klerus überzuspringen drohte.

Von bedauerlichen Einzelerscheinungen abgesehen, ist aber der Zwiespalt der Konfessionen in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes weniger hervorgetreten, wie vielleicht in irgendeiner anderen Periode deutscher Geschichte seit der Kirchenspaltung des 16. Jahrhunderts. Nicht als ob das konfessionelle Bewußtsein an sich nicht auf beiden Seiten lebendig geblieben wäre; es ist voll wirksam, aber es macht sich bei der Gesamtbetätigung aller Deutschen nicht hemmend bemerkbar. Höchstens wirkt es als ein ausgesprochener Wetteifer. Alle religiösen Gemeinschaften wollen der Sache des Vaterlandes in gleicher Weise dienen und beteiligen sich gleich opferwillig an der freiwilligen Hingabe von Gut und Blut.

Die Wahrung des konfessionellen Friedens wirkte in der günstigsten Weise auf die Gestaltung des parteipolitischen Lebens zurück, indem es aus demselben den erfahrungsmäßig bedenklichsten Gärungsstoff ausschied, Reibungen verhinderte, welche den Kampf unter den parlamentarischen Parteien des öfteren in geradezu gemeingefährlicher Weise vergiftet haben.

Gegenüber einzelnen Versuchen von sozialdemokratischer Seite, schon jetzt in den Volksvertretungen Fragen zur Erörterung zu bringen, in welchen die parteipolitischen Gegensätze naturgemäß scharf aufeinanderplatzen müssen, haben alle anderen politischen Parteien die Behandlung solcher Fragen aus Parlament und Presse ausgeschieden und immer nur die Notwendigkeit betont, alle anderen Interessen

dem einen Notwendigen unterzuordnen: den Kampf um des Vaterlandes Ehre und Bestehen in lückenloser Front bis zum guten Ende durchzuführen. Immer wieder wird aber auch der Wunsch laut, daß die Burgfriedenstimmung, welche unser öffentliches Leben gegenwärtig beherrscht, auch nach dem siegreichen Abschluß des Weltkrieges sich wirksam erweisen möge. „Parteikämpfe", so erklärte der deutsche Reichskanzler am 2. Dezember 1914 im Reichstage, „sind an sich nichts Verwerfliches. Wenn es ohne Kampf im öffentlichen Leben herginge, so würde bald ungesunde Versumpfung sich bemerkbar machen. Aber an der Art, wie diese Kämpfe vielfach geführt werden, kann manches geändert werden und wird hoffentlich unter der Einwirkung des großen Krieges manches geändert werden."

Wenngleich die parteipolitische Betätigung zurzeit fast vollständig ruht, so schlummert deshalb doch das Parteibewußtsein nicht. Es macht sich auch in der Weise geltend, daß einzelne Volkskreise, welche politisch in bestimmten Parteien sich zusammengeschlossen haben, Verdienste ihrer Angehörigen im Kampfe fürs Vaterland besonders unterstreichen. Dagegen läßt sich nichts erinnern. Man lasse den verschiedenen Volks- und Parteikreisen diesen edlen Wettbewerb, der niemandem zu nahe tritt. Nur darf nicht darüber hinausgegangen und der Anschein erweckt werden, als begründe das pflichttreue Verhalten einzelner oder auch zahlreicher Parteigenossen den Anspruch auf eine besondere politische Belohnung der betreffenden Partei, als dürfe diese nach dem Kriege dem Reiche und dem Staate eine Rechnung präsentieren und politische Barzahlung verlangen. Das wäre Prämienpolitik, welche nicht früh genug zurückgewiesen werden kann. Wer in diesem gewaltigen Ringen seine Schuldigkeit tut, tut eben nichts anderes als seine Schuldigkeit. Er erfüllt eine Pflicht gegen das große Ganze, von dem er ein Teil ist. Niemand kann genug tun für das in seinem Bestehen bedrohte Vaterland.

Nach dem Kriege wird die Wertung der politischen Parteien sich nach dem bemessen, was diese Parteien für das Gemeinwohl zu leisten imstande sind. Nicht entscheidend können dabei lediglich die Programme ins Gewicht fallen. Die Programme erhalten ihren eigentlichen Inhalt durch die Art ihrer praktischen Ausführung; es kommt vor allem auf das an, was tatsächlich in die Erscheinung tritt.

Alle Parteien werden nach dem Kriege umlernen müssen,

vor allem dahin, daß sie die Lebensinteressen von Volk und Reich bei ihrem Ringen untereinander nicht in den Hintergrund drängen lassen; mehr nebeneinander als untereinander sollen sie ihren Wettkampf führen. Wie die Konfessionen, so müssen sich die Parteien besser verstehen lernen. Eine Partei, welche glauben sollte, einfach in den alten Gleisen weiterfahren zu können, würde bald in das Hintertreffen geraten, weil sie es an Verständnis für die Volkspsyche hatte fehlen lassen.

Man könnte nun meinen: mit der Reorganisation des deutschen Parteiwesens sich zu beschäftigen, sei nach dem Kriege noch früh genug. Besser läßt man solche Gedanken schon jetzt sich durch den Kopf gehen. Die Frage: „Was erwartet das deutsche Volk von den politischen Parteien nach Beendigung des Weltkrieges?" läßt sich auch heute schon mit Sicherheit beantworten, und die Antwort kann nur lauten: „Das deutsche Volk wünscht und erwartet eine Abschwächung der Parteikämpfe, insbesondere in den Volksvertretungen." Die Gründe dafür drängen sich geradezu auf.

Die Aufgaben, welche an das Deutsche Reich nach dem Kriege herantreten werden — möge der Ausgang noch so günstig sich gestalten — werden, wie ich schon an anderer Stelle ausgeführt habe, auf allen Gebieten so große und schwere sein, daß es der ungeteilten Kraft des ganzen Volkes bedarf, um sie zu bewältigen. Das braucht im einzelnen kaum näher dargelegt zu werden. Die alten Aufgaben bleiben bestehen, aber es treten neue von solcher Bedeutung und Schwierigkeit hinzu, daß bei der Lösung die vorurteilsfreie, ja freudige Mitwirkung aller unbedingt erforderlich ist. Es handelt sich vielfach um einen Wiederaufbau, für einzelne Gebiete um einen völligen Neubau. Man denke nur an die schwerwiegenden wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Probleme: die Ausgestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zu den Bundesgenossen im Weltkrieg, besonders zu Österreich-Ungarn; den vermehrten Schutz der verbrauchenden Volksschichten gegen wucherische Ausbeutung aller Art; die Neuordnung der Steuerverhältnisse in Reich, Staat und Gemeinde. Wenn ein Teil der lebendigen Kräfte des deutschen Volkes sich alsbald wieder in Parteikämpfen verzehren wollte, so würde der Rest für die Bewältigung der schon jetzt erkennbaren Aufgaben nicht ausreichen.

Es kann also gar nicht zweifelhaft sein, was die Parteien nach dem Kriege tun sollen: Sie sollen möglichst wenig Parteipolitik treiben, sie sollen den Burgfrieden im Sinne eines Parteifriedens, wie er während des Krieges obgewaltet hat, zu erstrecken suchen, indem sie die, die Parteigegensätze und Parteileidenschaften am heftigsten erregenden grundsätzlichen Streitfragen möglichst beiseite lassen. Ein Verzicht auf wesentliche Programmpunkte, soweit der Krieg sie nicht als unnötig oder unhaltbar erwiesen haben sollte, kann keiner Partei zugemutet werden, aber man kann die Geltendmachung zurückstellen, um zunächst mit vereinten Kräften zu fördern, was allen gemeinsam ist, allen gemeinsam sein soll.

Das schließt nicht aus, daß innerpolitische Fragen, welche durch den Krieg spruchreif geworden sind, alsbald nach dem Kriege erledigt werden; so die Verminderung oder Ausschließung mancher herkömmlichen Bevorzugungen, die strengere Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, insbesondere die Beseitigung aller Ausnahmegesetze. Die gelegentlichen Erklärungen aus der Mitte der Parteien, wie vom Regierungstisch berechtigen zu der Hoffnung, daß sich hier unüberwindliche Schwierigkeiten nicht ergeben können.

Im übrigen: quieta non movere. Schalte man die parteipolitischen Streitfragen nach Möglichkeit wenigstens solange aus, bis die andrängenden großen Aufgaben auf wirtschaftlichem, sozialem und finanziellem Gebiet eine befriedigende Lösung gefunden haben. Unter allen Umständen müssen die Parteikämpfe, soweit sie unvermeidlich sind, nach dem Kriege derart geführt werden, daß das gemeinsame vaterländische Interesse dadurch nicht zu Schaden kommt.

Die Erfüllung dieser Forderung wird dadurch erleichtert, daß wir in Deutschland keine Parteiregierung haben — ein Element unserer Stärke. Unsere Regierung will über den Parteien stehen; der leitende Staatsmann hat das mehr als einmal mit dem ihm eigenen Ernste betont. Nicht alle Parteien sind jederzeit mit diesem Grundsatz einverstanden gewesen; und andere nicht mit der Art seiner Handhabung; aber es kann doch keine behaupten, daß sie unter der gegenwärtigen Staatsleitung mit bewußt ungerechter Parteilichkeit behandelt worden, und in Zukunft wird das, nachdem alle Parteien das Vaterland grundsätzlich über die Partei gestellt haben, sicher noch weniger der Fall sein, als zuvor.

Voraussetzung für die Milderung der Parteikämpfe nach dem Kriege ist, daß alle Parteien so handeln. Eine Partei, welche sich lediglich und rücksichtslos von den Instinkten der Parteiselbstsucht leiten ließe, würde schwere Verantwortung auf sich laden und hoffentlich in vollständiger Vereinsamung ihre Strafe finden. Die Partei aber, welche sich vor allem angelegen sein läßt, dem Gemeinwohl selbstlos zu dienen, wird dadurch auf die Dauer auch das eigene Parteiinteresse am besten fördern; die Dienste, welche sie der Allgemeinheit leistet, werden ihr auch selbst zugute kommen. Dafür bürgt die Stimmung, welche dieser Krieg in den weitesten Volkskreisen erzeugt hat; das ist insbesondere die Stimmung, welche Millionen aus dem Schützengraben mit nach Hause bringen werden.

Ich sollte meinen, daß solche Gedankengänge namentlich innerhalb der großen Zentrumspartei vollem Verständnis begegnen werden. Aus Angehörigen aller deutschen Stämme, aller Gesellschaftsschichten und Berufe zusammengesetzt, ist die Partei mehr als jede andere darauf angewiesen, in zahlreichen Fragen, welche Gegensätze verschiedener Art hervorzurufen geeignet sind, den Ausgleich im eigenen Lager zu suchen und zu finden; da wird sie auch leichter geneigt sein, dem Zusammenhalt und dem Gedeihen des großen Ganzen Opfer zu bringen, soweit es ohne Verleugnung unverletzlicher Grundsätze geschehen kann. In der Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 17. Januar dieses Jahres hat denn auch der Wortführer des Zentrums, Abg. Herold, erklärt: „Auch wir haben den dringenden Wunsch, daß der Geist der Gemeinsamkeit, den uns der Krieg geschenkt hat, lange im Frieden weiter wirken möge."

Möge ein Zug ins Große am Ausgange des gegenwärtigen bedeutungsvollen Abschnittes der Weltgeschichte und vor allem der deutschen Geschichte auch durch das deutsche Parteiwesen gehen! Mögen die deutschen politischen Parteien das Ihrige dazu beitragen, daß „das heiligste Vermächtnis dieser ernsten großen Zeit" dem deutschen Volke dauernd bewahrt bleibe, und möge der in der Thronrede zur Eröffnung des Preußischen Landtages am 13. Januar dieses Jahres feierlich ausgesprochene Wunsch in Erfüllung gehen, daß „der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens auch im Frieden fortwirke in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate"!

Das Vaterland über der Partei.

Von Heinrich Prinz zu Schoenaich-Carolath.

Der innere Friede und das gegenseitige Verständnis untereinander scheint mir Vorbedingung der zukünftigen Machtstellung Deutschlands zu sein. Aus allen Lagern muß das Wort erschallen, das einer der großen Werkmeister und Begründer des neuen Deutschen Reiches, der Feldmarschall Graf v. Moltke, als Wahlspruch niederzuschreiben pflegte:

„Allezeit treu bereit
Für des Reiches Herrlichkeit!"

Nicht, als ob der Kampf aufhören könnte oder sollte, Kampf soll und wird sein, aber das Gehässige, Erbitterte desselben, wie wir dessen vor Ausbruch des Krieges Zeugen waren, das soll eingeschränkt werden. Derjenige, der eine abweichende politische und soziale Auffassung hat, darf nicht von einem anderen als Todfeind betrachtet werden, es darf nicht mehr statthaft sein, daß jede politische Ansicht, die nicht die eigene ist, als verfemt gilt. Jeder soll seine politische Ansicht frei und offen bekennen, ohne befürchten zu müssen, vom Gegner unlauterer Motive oder mangelnder Vaterlandsliebe geziehen zu werden. Keiner braucht dem anderen nachzulaufen, aber jeder soll die Meinung des anderen neben der seinigen dulden und sich bemühen, dem Standpunkte des Gegners gerecht zu werden.

Unsere herrlichen Truppen, unsere Millionenheere, die jetzt so Unvergleichliches, man möchte ohne Übertreibung sagen, in der Weltgeschichte nicht Dagewesenes, in diesem Weltkriege geleistet haben, sollen nicht in ein von Parteihaß entzweites Vaterland zurückkehren und wiederum das Auflodern des alten Haders, wie er vor dem Weltkriege unser öffentliches Leben vergiftete, erleben; dafür haben sie

nicht so lange bange Monate, Hand in Hand allen Gefahren getrotzt, Not, Entbehrungen und Leid auf sich genommen, das Höchste, was sie besaßen, ihr Leben und ihre Gesundheit freudig geopfert im Hinblick auf das Vaterland.

Die einzelnen Berufsstände, die einzelnen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft sind sich auf den Schlachtfeldern in todesmutigem Ringen und in den Schützengräben nähergetreten, sie haben einer den anderen kennen und verstehen gelernt. Neben dem jugendlichen Edelmann, der sein frisches Leben opferte und sein Blut für das Vaterland verspritzte, hat der rote Genosse gestanden, beide geeint durch dasselbe Empfinden, durch dasselbe Pflichtgefühl, durch dieselben Gedanken. Sie haben beide Treue gehalten bis in den Tod. — Die Zerrbilder, die sich der Arbeiter oftmals von dem Junker und dessen Ansprüchen und Anforderungen gemacht hat, sind durch monatelanges Zusammenleben und -kämpfen verwischt. Er hat in dem früher so gehaßten Junker seinen Führer, seinen Erzieher, seinen Leiter, sein Vorbild gesehen, und der Junker, der durch jahrlange Gewohnheit in dem roten Genossen einen Feind des Vaterlandes erblickte, einen hassenswerten Menschen, der die bestehende Gesellschaftsordnung umstürzen und alles das zerstören wollte, was ihm lieb, teuer und ehrwürdig erschien, dieser Junker sieht jetzt in dem Roten einen Mann, der treu, wie er, bereit ist, sein Herzblut für das Vaterland hinzugeben, vor keiner auch noch so schwierigen Aufgabe zurückschreckt und allezeit bereit ist, sein Bestes zu opfern. Das mußte einen Wandel in der gegenseitigen Beurteilung herbeiführen, und es hat ihn herbeigeführt, und gar manchesmal mag bei Junker und Sozi der Gedanke zum Durchbruch gekommen sein:

„Der ist in tiefster Seele treu,
Der die Heimat so liebt wie du."

Noch ein anderes Bild! Der Fabrikherr, der Vorsteher großer industrieller Anlagen und — der Arbeiter.

Wie groß, wie unüberbrückbar schien die Kluft, die sie trennte! Dort der Gewaltige, der Gebietende — hier der von ihm Abhängige. Dort der unumschränkte Gebieter, hier der oftmals scheu zu ihm Emporsehende, ein kleines und doch so unentbehrliches, so wertvolles Glied in dem Riesenbetriebe. Wie sollten solche zwei Menschen je-

mals zusammenkommen! Wie sollte der eine Verständnis für die Eigenart des anderen gewinnen? Wieviel Mißtrauen, wieviel Zurückhaltung, vollkommen verschiedene Lebens- und Weltauffassungen galt es hier zu überwinden. Wieviel Gutes mag von unzähligen Fabrikleitern, von Vorständen industrieller Anlagen und Werke, von ihnen und den Ihrigen den Arbeitern ihrer Betriebe entgegengebracht und zugewendet worden sein, wie oftmals mögen diese Beweise der Fürsorge, der Anteilnahme und des menschlichen Empfindens nicht gedankt worden und nur als „Almosen" mißdeutet, innerlich zurückgewiesen worden sein. Wie oft mag auch auf der anderen Seite das Streben des Arbeiters nach freier Kundgebung, nach Selbstbestimmung, nach politischer Betätigung verkannt, eingeschränkt und verhindert worden sein. Welche Fülle von Mißtrauen, von Verständnislosigkeit mag jede Annäherung im Keime erstickt haben. Wie oft mag der „Herren"-Standpunkt den Arbeiter verletzt, möglicherweise herausgefordert, und wie oft mag des letzteren passiver Widerstand, seine schlecht verhehlte Abneigung, den ersteren erbittert haben! Wie konnten solche soziale, wirtschaftliche Klassengegensätze im Interesse der gemeinsamen Arbeit, im Interesse des Vaterlandes, ausgeglichen, wenigstens herabgesetzt und einander genähert werden? Die allgemeine Not, der Kampf um die Existenz, der Weltkrieg, der hat es getan.

Der Sohn des Fabrikanten, oftmals der Fabrikherr, der „Chef" großer Werke selbst, sie haben, gemeinsam um dieselbe Fahne, die gleiche Standarte geschart, in heißen, blutigen, nicht endenwollenden Kämpfen dem unerbittlichen Tode hundertfach ins Auge geschaut, einer für alle, alle für einen gestanden in unbeschreibbar entsetzlichem Ringen, ihr junges Leben, sicheren Untergang vor Augen, — nur zu oft mit vertierten fremdländischen Horden — für das Vaterland, für die Heimat, für die Erhaltung der höchsten Güter geopfert, der eine wie der andere, ohne Rücksicht auf Rang und Stellung, nebeneinander, miteinander verblutend!

Wie Schlacken mag es manchem von den Augen gefallen sein. Wie klein, wie unbedeutend, wie gleichgültig mögen ihnen, allen diesen Tapferen, allen diesen Helden, die Gegensätze erschienen sein, die sie früher trennten. — Auch hier hat gemeinsames Erleben Menschen zu Menschen zusammengeschweißt. —

Natürlich bedeutet dies auch hier nicht Aufgabe des Kampfes, wenn es wieder Friede auf Erden wird, aber es soll, wenn es nach unseren Wünschen geht, ein solcher sein, der durch große, gemeinsame Erfahrungen geläutert, seiner vergifteten Waffen beraubt ist.

Wir wollen die Ereignisse bei Kriegsausbruch nicht vergessen, sondern sie uns allezeit vor Augen halten. Der Pflug, die Werkstatt wird verlassen, der Gutshof, die Fabrik, die Grube, die Eisenhüttenwerke, die Arbeiter über und unter der Erde sammeln sich unter ihren Fahnen. Alle, hoch und niedrig, gebildet und ungebildet, Gelehrte und Ungelehrte, haben sich die Hände gereicht, Männer in den verschiedensten Lebensstellungen, aus den verschiedensten Berufen, haben nebeneinander gestanden; in der Verteidigung, wie im Angriff, in den Schützengräben, wie in offener Feldschlacht, auf Vorposten, wie im Trommelfeuer haben sie sich wiedergefunden. Ohne zu wanken und zu murren, haben sie ihre Pflicht getan, und mehr als ihre Pflicht. Die Träger altadliger Namen, die Arbeiter und die Handwerker, die Pferde- und Ochsenknechte, der Fabrikant und der Bankier, die Professoren der Hochschulen, wie die Elementarlehrer, die Lehrer, wie die Schüler, die Angestellten aus unzähligen Betrieben, sie haben eine einzige eherne Mauer gebildet. Muer eheneus esto! Und nun soll das Band, das sie alle umschlossen, das sie menschlich nähergebracht, sie mit gegenseitiger Anerkennung ihrer Leistungen verknüpfte, das sie zu großen Taten befähigte, das sie zu Sieg, Erfolg und Ruhm führte, das Band soll zerschnitten werden, wenn nun endlich die Friedensglocken in unserem Lande hallen und wiederklingen werden? Das werden die Millionen da draußen, die dann zurückkehren, nicht dulden, das werden sie nicht wollen, das werden sie nicht tun!

„Unüberwindliche Mächte" haben zwischen ihnen vordem gestanden, unlösbare, unentwirrbare Fesseln haben sie früher umfangen; sie haben dieselben abgestreift. Ihr Heldentum hat eine gegenseitige Achtung erzeugt, die sich nicht mehr beseitigen läßt, sie sind für immer aneinander gebunden. Sie hatten im Felde vor dem Feinde ein Vaterland, eine Heimat, ein großes, unverrückbares Ziel vor Augen, das sie beseelte, das sie über alle Leiden, über allen Jammer und alle Entbehrungen, über Krankheiten und Todesnot erhob, „ein Wahrzeichen nur galt, das Vaterland zu erretten"!

Ein einziges Wort war auf ihren Lippen, flammte auf in allen Herzen: Deutschland! Und dieses Deutschland wollen sie nun zusammen beschützen, erhalten, festigen, gründen. — Ach, man würde sich irren, wollte man glauben, daß unsere Truppen im Felde, daß die Millionen deutscher Krieger vor dem Feinde sich nicht mit Politik beschäftigen, daß sie nicht mit Begierde die Zeitungen erwarteten, daß sie nicht an den Sorgen und Kämpfen der Heimat teilnähmen, daß sie nicht an die künftige Gestaltung Deutschlands, an die Lösung so vieler politischer Fragen daheim mit brennendem Anteil dächten.

Wie kleinlich und oftmals verächtlich und wie erbärmlich mag unseren Feldgrauen da draußen das Zanken und Schmälen, das Streiten und Sorgen, das aus der Heimat zu ihnen drang, erschienen sein, wenn sie, den Tod vor Augen, den Feind vor sich, ihre Pflicht, ja unzählige Male mehr als ihre Pflicht taten!

Und jetzt sollen sie sich, wenn sie heimkehren, wieder eingliedern in Parteien, Fraktionen und Fraktiönchen und wer weiß was. Nein, das wäre nicht des Kampfes Ziel und Preis. Sie wollen sein „ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not sich trennen, noch Gefahr", sie wollen es auch nach ihrer Rückkehr sein; sie werden, in die Heimat zurückgekehrt, je nach ihrer Auffassung des bürgerlichen Lebens, nach ihrer sozialen und Bildungs-Stufe, verschieden über diese oder jene Dinge denken, verschiedene Auffassungen über die Gestaltung des politischen Lebens haben, sie werden auch bereit sein, für ihre Ideen einzutreten und zu kämpfen, aber sie wollen sich nicht mehr wie Todfeinde gegenüberstehen, sie wollen sich nicht hassen, sie wollen voll heißer Liebe für ein Vaterland, das sie soeben errettet haben, nun auch für dieses, neben ihrer Sorge für ihre Familie, ihre Scholle, ihr Heim, arbeiten und mittun, mitraten und mittaten, mitbauen an seiner Größe, an seiner Festigung, an seiner Machtstellung, und deshalb sollten sie auch — einer wie der andere — berufen sein und befähigt, erkoren und bestimmt, einzutreten für den Staat, das Reich und das Gemeinwohl. Deshalb soll keine Schranke sie von demselben scheiden.

„Nach allen ihren Kindern verlangt Germania"! Und aus diesen Gründen können wir es nur begrüßen, wenn die letzte Thronrede es ausspricht, daß ein Geist des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens auch im Frieden fortwirken solle an der gemeinsamen Arbeit des

ganzen Volkes im Staate. Ein Geist, der unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebhafteren Ausdruck finden soll in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften. Deshalb müssen wir, so sehr dies auch von anderer Seite bestritten wird, daran festhalten, daß eine Änderung des preußischen Wahlrechtes, eine Ergänzung und Vertiefung, eine Verallgemeinerung desselben, ein Gebot der Notwendigkeit ist. Es erscheint uns unerfindlich, daß man in demselben Atemzuge, in dem man die Taten unserer Heere preist, die Gesamtleistungen, wie die Einzelleistungen hervorhebt und bewundert, zu gleicher Zeit nicht bereit sein will, diesen Hunderttausenden ein Mitbestimmungsrecht an den staatlichen Aufgaben einzuräumen, denselben Hunderttausenden, die soeben das Vaterland errettet und die staunende Welt mit ihrem Ruhm erfüllt haben. Über die Art der Umgestaltung dieses Wahlrechts wird sich noch reden lassen, aber daß eine Umgestaltung desselben eine zwingende Notwendigkeit ist, ein Gebot der Stunde, diese Auffassung wird wohl bis tief in konservative Kreise hinein geteilt und nicht bestritten werden; mögen sich auch einige noch so einflußreiche Personen und Gruppen innerhalb der Parteien dagegen stemmen und alle ihre Kräfte einsetzen, diese Umgestaltung zu verhindern. Wenn gesagt wird, Preußen habe sich den neuen Stürmen gewachsen gezeigt auf Grund des bisherigen Wahlrechts zum Abgeordnetenhause, welches sich nahezu als ein idealer Zustand erwiesen habe, so kann mit noch größerem Recht dieser Auffassung entgegengehalten werden: das Wahlrecht des Deutschen Reiches hat die Feuerprobe glänzend bestanden, wie die so einmütige Haltung des so vielfach angefeindeten und so oft zu Unrecht herabgesetzten Deutschen Reichstags bei allen Anlässen seit Beginn des Weltkrieges gezeigt hat.

Unter diesem so außerordentlich geschmähten Wahlrecht des Deutschen Reichstags hat sich eine Einmütigkeit, Vaterlandsliebe und Entschlußkraft gezeigt, wie sie schöner, erhebender und wirkungsvoller von keiner Vertretung der einzelnen Bundesstaaten übertroffen werden konnte!

Es soll hier nicht die Frage entschieden werden, in welcher Weise das Wahlrecht zum Abgeordnetenhause umgestaltet werden soll, es soll nicht an dieser Stelle behauptet werden, daß es unbedingt eine Nach-

ahmung des Wahlrechts zum Deutschen Reichstage sein soll; das aber wollen wir klar und bestimmt hervorheben, daß das Wahlrecht ein geheimes und direktes sein soll und daß es den Hunderttausenden, die heute an der Wahl nicht teilnehmen können, die Möglichkeit erschließt und die Türen öffnet zu weitaus größerer und wirksamerer Beteiligung; durch diese allein wird das Interesse der breiten Volksmassen auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhause neu belebt werden, dem Staate durch die Mitwirkung von hunderttausenden patriotisch gesinnter Männer eine neue Stütze, ein wertvoller Machtfaktor zugeführt werden. Man wolle diese Frage nicht unterschätzen, ebensowenig die Enttäuschung, welche in den weitesten Kreisen hervorgerufen würde, ja, wir scheuen uns nicht, es auszusprechen, die Erbitterung, welche entstehen würde, sollte eine Enttäuschung eintreten. Dieser muß vorgebeugt werden, und zwar im eigensten Interesse des Staates selbst und seiner hohen Aufgaben.

Wenn wir vorhin von der Annäherung gesprochen haben, die zwischen denjenigen Parteien stattfinden muß, deren Vertreter Schulter an Schulter siegreich den Feinden gegenüber gestanden haben, wenn wir vorher besonders des Gegensatzes zwischen den bürgerlichen Parteien und dem Sozialismus gedacht haben, so möchten wir es uns doch nicht versagen, auch der Stellung des Zentrums mit einigen Worten zu gedenken.

Es wird und muß auch zwischen dem Zentrum und den anderen bürgerlichen Parteien, wie dem Sozialismus eine Verständigung eintreten. In den evangelischen Landesteilen bestand, auch nach Erlöschen des Kulturkampfes, vielfach ein Mißtrauen, eine Abneigung gegen die Anhänger des Zentrums, gegen die Politik desselben und gegen die von dort drohende Gefahr. In Zentrumskreisen war man von dem Gift des Liberalismus überzeugt, und die liberale Weltanschauung und Weltauffassung wurde auf das heftigste und erbittertste bekämpft; der Kampf gegen den Liberalismus galt in vielen Zentrumskreisen für ebenso notwendig, vielleicht noch für viel notwendiger, als der gegen den Sozialismus. In jedem Liberalen glaubte man einen Feind der Kirche sehen zu sollen, einen Gegner kirchlicher Einrichtungen, einen Menschen, dem man mißtrauen mußte, weil er der Kirche nicht geben wolle, was der Kirche gebühre und gehöre. Vor den Gelüsten des Zentrums schauderte mancher Liberale, und mancher guter Protestant

meinte, eine gemeinsame Arbeit mit demselben sei unmöglich, denn das Ziel der Zentrumspartei und der Zentrumsanhänger sei die Ausrottung der evangelischen Kirche, die Vernichtung ihrer Lehre.

Auch hierin wird ein Wandel eingetreten sein. Inmitten unserer Feldgrauen stehen Protestanten und Katholiken in gleicher Weise Hand in Hand. Die konfessionellen Gegensätze sind, wenn auch nicht verschwunden, so doch durch die Erfüllung gemeinsamer Aufgaben, durch die gemeinsame Liebe und Hingabe für das Vaterland, für das Deutsche Reich, ersetzt; der Gedanke an das Vaterland, an die Heimat, an die Siege und den Ruhm unserer Besten hat Katholiken und Protestanten unter ihren lorbeerumrauschten Fahnen zueinander geführt und sie gezwungen, sich besser kennen zu lernen, und das Verhältnis vom Menschen zum Menschen, vom Waffenbruder zum Waffengefährten, vom Deutschen zum Deutschen, hat alle anderen Verschiedenheiten und Meinungsdifferenzen überbrückt und versöhnt. Der Kitt, der auch zwischen ihnen die verschiedensten Geister in den verschiedensten Lebensstellungen gebunden hat, auch der ist unzerstörbar. Sie haben sich als Brüder gefühlt, gemeinsam Freud und Leid geteilt, sie wollen sich nicht wieder hassen lernen; auch hier gilt das Wort der Antigone: „Nicht mit zu hassen, mit zu lieben bin ich da." Einen Beweis, der für die Richtigkeit dieser meiner Auffassung spricht, möchte ich nicht unterlassen anzuführen:

Vor einiger Zeit — es ist nicht lange her — richtete das Oberhaupt der katholischen Kirche eine Ansprache an die zu einer Feier Erschienenen, in welcher in sehr lebhaften Worten schwere Vorwürfe gegen den Protestantismus und dessen Ausbreitung in der „ewigen Stadt" erhoben wurden; Worte, die bei allen Protestanten einen umso schmerzlicheren Eindruck machen mußten, als hierbei die Namen Luthers und Calvins ausdrücklich erwähnt wurden. Der Papst hat nicht gezögert, sich dahin zu äußern, daß es ihm fern gelegen habe, die evangelische Kirche oder ihre Anhänger als solche zu verletzen, daß diese Ansprache vielmehr gegen einige Sekten in Rom gerichtet sei, insonderheit gegen die Sekte der Methodisten und andere.

Welchen Aufruhr hätte vor Ausbruch des Krieges in protestantischen Kreisen diese Allokution hervorgerufen, welche Zeitungsfehden wären entfesselt worden, welche Erbitterung hätte Platz gegriffen, welche Proteste wären gegen diese Sprache des Oberhauptes der ka-

tholiſchen Kirche erhoben worden! Und jetzt, nahezu unbemerkt und ſpurlos iſt dieſe Rede des Papſtes vorübergegangen, in der Preſſe wenig beſprochen, im bürgerlichen Leben kaum beachtet, kaum wiedergegeben, kaum genannt. — Und es iſt gut ſo; die Welt hat andere Sorgen, der deutſche Katholik wie Proteſtant andere Aufgaben zu erfüllen, denkt an andere Dinge. Man iſt größer, gereifter, nachſichtiger geworden, man legt redneriſchen Entgleiſungen, auch wenn ſie von ſo hoher Stelle, wie der erwähnten, kommen, nicht mehr die Bedeutung bei, wie früher. Was vordem nahezu eine Welt in Aufruhr verſetzt hätte, geht heute klanglos, wenn auch unter Proteſt, ſo ohne Erbitterung, vorüber, und wir wiederholen es, es iſt gut, daß dem ſo iſt. Hat doch auch die erhabene Stelle, von der wir ſprachen, bei ſo manchen anderen Gelegenheiten gezeigt, wie objektiv ſie ihres hohen verantwortungsvollen und in heutiger Zeit ganz beſonders ſchwierigen Amtes waltet, und uns Deutſche, Katholiken und Proteſtanten davon überzeugt, daß auch dort in politiſchen Dingen eine Haltung und Beurteilung platzgegriffen hat, die wir in ihrer Objektivität mit Genugtuung anerkennen müſſen; ſo kann man auch hier ſagen: „und verwandelt iſt die Zeit"!

Gewiß werden zwiſchen Proteſtantismus und Katholizismus Gegenſätze weiterbeſtehen. Sicherlich werden beide Geiſtesrichtungen noch oftmals hart aufeinanderſtoßen, aber eine Rückkehr in die Zeiten, wie wir ſie noch nach Beendigung des deutſch-franzöſiſchen Krieges erlebt haben, möchte man für ausgeſchloſſen halten. Gegenſeitiger guter Wille wird das ſeinige tun, um Haß und Verbitterung von den Toren des deutſchen Hauſes fernzuhalten, deſſen Wächter, Behüter und Beſchützer vor dem Feinde nicht nach ihrer Konfeſſion gefragt haben, um gemeinſam zu leben und zu ſterben.

Der viel verſpottete „Deutſche Michel", den wir noch auf Begas' Bismarck-Denkmal vor dem Deutſchen Reichstag, an den Ufern des Rheins, in Schlaf verſunken ſehen, der „Deutſche Michel", der aus demſelben geweckt, ſich die Augen reiben muß, um unter ſeiner Zipfelmütze die Feinde jenſeits des Rheins zu bemerken und wahrzunehmen, dieſer „Deutſche Michel" iſt durch den Ausbruch des Krieges vor $1^3/_4$ Jahren gründlich aufgerüttelt worden; mit ſeinem Träumen iſt es nun vorbei, hoffentlich auch mit ſeiner Sentimentalität und ſeinem Nachbeten alles Fremden. Ein Rieſe von Kraft, Ausdauer,

Hingebung, Opfermut, Treue bis in den Tod ist in ihm erstanden. Fast die ganze Welt steht in Waffen gegen ihn, nicht wie 1870/71 bedroht ihn allein der „Erbfeind", — von allen Seiten dringen die Feinde, von Erbitterung, Wut und Haß erfüllt, auf ihn ein. Gleich Herkules ist er erstanden und hat den Löwen, die Schlange und alle Ungeheuer überwunden, in nie versagendem Heldenmut. Dieser Gewaltige und Große wird, das ist unsere Überzeugung, aus dem Weltkrieg heimkehren mit erweitertem Blick, mit dem Drange, sich vielfach zu betätigen, aber mit einem glühenden Patriotismus, mit einer Liebe zum Vaterlande, die neu gestärkt durch alle Anstrengungen und Opfer ist, denen er ausgesetzt war und die er auf sich genommen. — An den Regierungen, an den Leitern und Führern der Nation wird es sein, diesen Umständen Rechnung zu tragen und die Sprache der Schicksalsstunde zu verstehen!

Wenn die führenden Männer der Befreiungskriege, wenn Gneisenau, Scharnhorst, Boyen, wenn die Sänger, Dichter und Kämpfer der damaligen Zeit immer wieder an die Regierung die Mahnung gerichtet hatten: „Vertrauen" zu dem deutschen Volke zu haben, das so Herrliches vollbracht, so können wir diese Mahnung heute nur auf das nachdrücklichste wiederholen und unterstreichen. Vertrauen muß Platz greifen zwischen der Reichsregierung und den heimkehrenden Millionen. Das Unkraut „Mißtrauen" muß ausgerottet werden und darf nicht wieder ans Tageslicht kommen.

In manchen, wie wir annehmen wollen, nur ganz vereinzelten Kreisen, hört man gar wunderliche Reden; da heißt es: „Die Soldaten tun nur ihre Pflicht". Wirklich? Wir sind anderer Ansicht, wie wir wohl nicht erst zu versichern brauchen. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und allen seinen Schichten und Klassen zeigt besseres Verständnis; alle Liebe, alle Aufopferung, sie gilt dem Heere, alle Beweise der Fürsorge, der Bewunderung, der Dankbarkeit, sie gelten unseren Feldgrauen. Ein feines Gefühl, ein liebevolles Empfinden beseelt — man darf ohne Übertreibung sagen — wohl fast alle Klassen, ebenso wie die großen Massen, sie wissen es, wie wohltuend die Beweise ihrer Liebe und Anhänglichkeit unseren Helden sind, und sie wissen es weiter, daß dieses Bewußtsein ihrer Dankbarkeit, der Liebe und der Bewunderung des Vaterlandes unsere Krieger unüberwindlich macht.

Manche, vielleicht viele, werden dem Verfaſſer dieſer Betrachtungen den Vorwurf machen, in dieſen Zeilen ein bißchen zu viel Idealismus zum Ausdruck gebracht zu haben. Dieſen Vertretern des Materialismus, den Egoiſten und kühlen Verſtandesmenſchen möchten wir zurufen:

Wie wäre jemals ohne Idealismus unſer herrliches, tapferes, hingebendes Volk zu ſolcher Höhe geſtiegen, wie bei Ausbruch und während der Dauer dieſes Weltkrieges, dieſes Kampfes um Sein oder Nichtſein!

Nur der kann ſein Beſtes hergeben, kann alles, auch ſein Leben, freudig opfern, der, weil er ſelbſt an Ideale unerſchütterlich glaubt, für dieſe alles einzuſetzen, voll bereit iſt. —

Vor vielen Jahren hat der Verfaſſer dieſes im Reichstage einmal die Worte ausgeſprochen: „Geben Sie dem deutſchen Volke ſeine Ideale wieder!“ Dies iſt vielfach bekrittelt und belächelt, aber auch von Tauſenden in freudiger Zuſtimmung wiederholt worden. Noch heute ſtehen wir auf dem gleichen Standpunkte: Nur die Ideale, nur ein Feſthalten an den Idealen kann ein Volk groß und unüberwindlich machen; mit dem Idealismus fällt das Lebenswerte, das Beſte. Und gerade in den Kreiſen, in denen man dies manchmal am wenigſten vermuten ſollte, ſehen wir die Ideale, werden dieſe geliebt, gepflegt und hochgehalten. Auch dieſer Ausſpruch wird vielleicht vielfach bekrittelt und beanſtandet werden, er bleibt aber nicht minder wahr.

Möchte uns eine Zeit, eine Zukunft erſpart bleiben, ähnlich derjenigen von 1815 mit ihren Enttäuſchungen, wäre es anders, es könnte verhängnisvoll werden. Möchte es nicht kommen, wie Ludwig Uhland es in ſeinem Geſang zur Erinnerung an die Leipziger Schlacht im Jahre 1816 klagend und ſorgenvoll zum Ausdruck bringt:

„Wenn heut ein Geiſt herniederſtiege,
Zugleich ein Sänger und ein Held,
Ein ſolcher, der im heil'gen Kriege
Gefallen auf dem Siegesfeld,
Der ſänge wohl auf deutſcher Erde
Ein ſcharfes Lied, wie Schwerterſtreich:
Nicht ſo wie ich es künden werde,
Nein, himmelskräftig, donnergleich!“

und zum Schluß:

„Untröstlich ist's noch allerwärts,
Doch sah ich manches Auge flammen
Und klopfen hört' ich manches Herz!"

„Wie wird es nach dem Kriege aussehen?" fragt mancher besorgt und zweifelnd. Wird der Friedensschluß alle Hoffnungen und Erwartungen erfüllen? Wir möchten antworten: „Schwerlich!" — Mögen wir auch, wie wir hoffen, Großes erreichen, so Großes, so Gewaltiges, wie viele Kreise unseres Volkes wünschen und erwarten, wird sich nicht erreichen lassen. Vergessen wir nicht, daß wir in einem Existenzkampfe stehen, daß wir eine Welt von Feinden gegen uns haben. Lassen sich nicht alle Wünsche und Erwartungen erfüllen, so wird doch manches erstrebt und erreicht werden können. Sollten wir deswegen hadern und verdrossen und verbittert beiseite stehen? Sicherlich nicht. Ein ehrenvoller, und wir zögern nicht, es auszusprechen, hoffentlich ruhmvoller Friede soll die ungeheuren Anstrengungen des deutschen Volkes auf allen Gebieten lohnen, soll den außerordentlichen Opfern an Leben und Gesundheit entsprechen, soll den großen Anforderungen in finanzieller Beziehung genügen. Wir werden uns nach dem Frieden, auch wenn der Frieden so glücklich ausfällt, wie wir es wünschen und ersehnen, einschränken müssen. Es wird kein Prunkgebäude sein, in dem wir leben werden, kein Palast, wohl aber ein gutes Wohnhaus, in dem wir uns nach unseren Mitteln werden einrichten müssen; nach unseren Mitteln, an welche auch nach Friedensschluß ganz erhebliche Anforderungen gestellt werden. Wir werden vielleicht auf manchen Luxus und manchen Überfluß zu verzichten haben. Es wird dies kein Unglück sein, hat doch manchmal in den letzten Jahrzehnten allzugroßer Aufwand einzelner Kreise, allzureiche Lebensführung manche Erbitterung unter Minderbemittelten und einfacher Gestellten hervorgerufen, nicht nur in den Kreisen der Arbeiter, sondern auch anderswo. Unsere Väter und Großväter haben nach den Napoleonischen Kriegen, nach den Befreiungskriegen, auch einfach gelebt und sind nicht minder glücklich gewesen. Unser künftiges Leben wird sich, wenn auch einfacher, so doch immer noch um vieles reicher, vielseitiger, anregender gestalten, als das unserer Väter. Die Hauptsache ist, daß unser Vaterland, daß unser Deutsches Reich blühe und gedeihe und zu immer schönerer

und größerer Entfaltung gelange, daß es auch im Innern glücklich und befriedigt sei. Das Schicksal des einzelnen ist nebensächlich, die Zukunft des Vaterlandes, des Deutschen Reiches, ist das Hauptsächlichste und Wesentlichste.

Diese Zukunft in glücklicher Weise zu gestalten, soll unsere Aufgabe sein; in der Erfüllung derselben werden wir unsere Befriedigung finden.

„Daß dich Gott in Gnaden hüte
Herzblatt du der Weltenblüte,
Völkerwehre,
Stern der Ehre!
Daß du strahlst von Meer zu Meere
Und dein Wort sei fern und nah',
Und dein Schwert, Germania!"

(Moritz Graf Strachwitz).

Die Volksvertretung im Kriege.

Von Friedrich Naumann.

Als der Krieg anfing, wurden auf einmal alle politischen Parteien einig. Das war ein großes unvergeßliches Erlebnis für den deutschen Reichstag und für das ganze Volk; war mehr, als was die Sorgenvollen je erwartet hatten. Es gab vorher fast in allen bürgerlichen Lagern irgendwelche Bedenkliche, die sich vor dem Tage des Kriegsbeginns deshalb fürchteten, weil sie aus Unkenntnis der Dinge redlich an die Legende von der vaterlandsfeindlichen Sozialdemokratie glaubten. Denen gegenüber erstand nun ein einheitlich zusammengeschlossener Reichstag wie ein sonnenbestrahlter Alpenberg, von dem alle nächtlichen Wolken in die Tiefe abgesunken sind. Mit diesem Reichstag wurden in wenigen Stunden die weittragendsten Kriegsgesetze und Vollmachterteilungen erledigt. Alles, um das man sich seit Jahrzehnten fast zerbissen hatte, war an diesem Tage wie Wachs in den Händen; Zollpolitik und Sozialpolitik wurden für biegsam erklärt, die Regierung wurde mit ungewohntem und unerhörtem Vertrauen umgossen. Ein Vortrag vom Direktor der Reichsbank Havenstein und einige Ausführungen von Staatssekretär Delbrück genügten in einer fast willkürlich zusammengetretenen Kommissionssitzung am 3. August, um die in Volk und Welt hinausstrahlende Plenarsitzung vom 4. August 1914 vorzubereiten. So wirkte die Kriegserklärung auf den Parlamentarismus!

Auch jetzt noch, mitten im zweiten Kriegsjahre, leuchtet uns der Glanz dieses Tages und keiner, der ihn miterlebt hat, wird sich von der inneren Freude, die er damals empfand, etwas nehmen lassen, aber immerhin sind wir nun schon weit genug entfernt von jenem Anfang, um ihn geschichtlich verstehen zu können und seine Vorbedin-

gungen und Folgen zu ermeſſen. Wir beginnen dabei mit einem Blick auf die gleichzeitige Entwicklung der Parlamente der gegneriſchen und der befreundeten Staaten.

Überall trat bei Kriegsanfang dieſelbe Geſchloſſenheit zutage, wenngleich in Rußland und England widerſprechende Minderheiten ſich zeitig regten. Die Volksvertretungen als Ganzes ſtellten ſich in allen Staaten hinter ihre Regierungen und beſtätigten deren Entſchluß, in den Krieg einzutreten. Nur die Regierung in Öſterreich wagte leider nicht, ihr vielſprachiges Abgeordnetenhaus zuſammenzurufen und ſich dadurch eine Einheitsurkunde zu ſchaffen, die nur in jenen Tagen zu haben war. In Ungarn und Frankreich verlief alles wie bei uns, und es machte in der Praxis kaum einen Unterſchied, ob die Volksvertretung verfaſſungsmäßig das Recht beſitzt, über Krieg und Frieden zu beſchließen oder nicht. Auch bei uns, wo dieſes Recht nicht beſteht, wirkten die Erteilungen der notwendigen Anfangsvollmachten genau ſo, wie wenn ſie Abſtimmungen über den Krieg geweſen wären. Ohne derartige Zuſtimmungsakte iſt nur Öſterreich in den Krieg hineingegangen, und auch dort gibt es keinen Zweifel, daß eine übergewaltige Mehrheit für das Ja bereit war. Die alte theoretiſche Streitfrage zwiſchen Monarchie und Demokratie über das Recht der Kriegserklärung löſte ſich demnach im Fluß der Ereigniſſe faſt von ſelbſt, und zwar in dem Sinne, daß in dem Zeitpunkt, wo Parlamente befragt werden können, in Wirklichkeit kaum noch etwas zu beſchließen iſt. Die Strömung geht einfach über die Abſtimmungsmaſchinerie hinweg. Der Parlamentarismus iſt ſeiner Natur nach ein Apparat für ruhige Friedensentwicklung, iſt aber nicht ſchnell genug, um von ſich aus die Umſchaltung eines großen Volkes in den Krieg oder die Abweiſung einer kriegsbereiten Regierung zu vollziehen. Das hat man bei uns geſehen, aber ebenſo auch in der franzöſiſchen Republik. Auch die ſpäteren griechiſchen Vorkommniſſe zeigen, daß ſelbſt bei genügender Zeit die Kammer gegenüber dem Krieg ſchwächer iſt als Armee und König.

An ſich würde es zwar möglich geweſen ſein, die erſten parlamentariſchen Kriegsbeſchlüſſe im Frieden genauer vorzubereiten als es geſchehen iſt. Man muß dabei unterſcheiden zwiſchen denjenigen vorbereitenden Handlungen, die wegen Gefahr der Spionage nicht der Parlamentsbeſprechung und ſei es auch in geſchloſſenen Kom-

missionen ausgesetzt werden können, und denjenigen Vorbereitungen, die bei uns dieses Mal gefehlt haben, weil kein verantwortliches Amt für wirtschaftliche Mobilmachung existierte. Die rein militärtechnischen Maßnahmen unterliegen keiner verfassungsmäßigen Parlamentsbesprechung. Während wir am 3. und 4. August im Reichshause saßen, rollten schon überall die Artilleriezüge. Anders aber ist die Sache bei den finanziellen, handelspolitischen, kommunalpolitischen und sozialpolitischen Aktionen. Diese unterliegen ihrer Natur nach der parlamentarischen Behandlung und konnten amtlich und parlamentarisch viel besser und genauer vorgearbeitet sein, als es (mit Ausnahme der Finanzen) der Fall war. Wir konnten schon im Frieden bis zur Brotkarte hin einen Mobilmachungsplan der Wirtschaft haben, der sicherlich nicht buchstabenmäßig hätte durchgeführt werden können, der aber einen festeren Anhalt für schnell zu fassende Entschlüsse gegeben hätte. Der Mangel derartiger Denkarbeit führte zur allgemeinen Vollmachterteilung an Bundesrat und Reichsämter und damit zur zeitweiligen Selbstausschaltung der Volksvertretung. Man wird diesen Mangel innerhalb der beteiligten Reichsämter heute mindestens ebenso bedauern wie im Reichstag und sich vornehmen, für die Zukunft die wirtschaftliche Mobilmachung ganz anders als dienstliche Pflicht anzusehen als bisher. Es beweist unsere Friedfertigkeit, daß wir trotz unserer viel gerühmten Organisationskraft so unvorbereitet waren.

Nimmt man also beides zusammen, die Entstehung des Kriegsanfanges außerhalb der Volksvertretungen und die Unfertigkeit der Parlamente für einen sofort zu eröffnenden Kriegswirtschaftsbetrieb, so sieht man, daß in der Tat die Volksvertretung am 4. August kaum etwas andres tun konnte als das, was sie tat: Zustimmung und Vollmachterteilung. Das Wesentliche aber war der Geist, in dem dieses Notwendige geschah, die Höhe der staatlichen, vaterländischen Empfindung, die Stärke des gemeinsamen Gefühles für ein übermächtig waltendes Schicksal. In diesem Geiste des 4. August näherten sich Demokratie und Kaisertum, denn auch der Kaiser fühlte sich als Diener desselben übermenschlichen Geschickes und streckte seine Hände aus: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!“ Mit diesen Worten schloß er eine lange schwere Periode innerdeutscher politischer Geschichte. Alles, was an staat-

licher Sozialiſtenbekämpfung zwiſchen 1878 bis 1914 lag, wurde zu den Akten gelegt. Ob es richtig war, ob unrichtig, wurde nicht mehr gefragt; ob die Schuld am bitteren Gegenſatze mehr oben zu ſuchen ſei oder mehr unten, wurde dem Urteil einer ſpäteren Nachwelt überlaſſen, der Kaiſer fand den rechten Klang: Ich kenne keine Parteien mehr! Wäre er am 4. Auguſt nachmittags im Reichstage erſchienen, ſo hätte er inmitten einer einheitlich zur Lebenserhaltung entſchloſſenen feſtgefügten Volksvertretung als Verkörperung der Reichsidee geſtanden: ich kenne nur Deutſche! Dieſer ſichtbare Vorgang hat ſich früh im Königlichen Schloß deshalb nicht ganz vollkommen vollzogen, weil dort infolge altgewurzelter Tradition die Sozialdemokraten nicht leicht auftreten konnten; aber was dabei gefehlt hat, iſt mehr das Augenfällige als die zugrunde liegende Wirklichkeit. Nicht das war das Neue dieſer Stunde, daß der Kaiſer denjenigen Parteien die Hand reichte, die ſchon immer geſagt hatten, daß ſie im Kriegsfall auf ſeiner Seite zu finden ſein würden, ſondern das war das Neue, daß ſelbſt die linksſtehende Sozialdemokratie ſich in dieſer Weltlage mit dem Kaiſer zuſammenfand: fürs Vaterland!

Es lag in den Vorgängen des 4. Auguſt 1914 eine Art ungeſchriebenes, unformuliertes Regierungsprogramm für den Krieg, das man als das Programm des formloſen Vertrauens bezeichnen kann. Die kriegführende Regierung verſprach ohne viele Worte durch den Reichskanzler und den ihn vertretenden Staatsſekretär Delbrück, daß der Krieg nicht zur Verkürzung der Volksrechte verwendet werden ſollte, ſelbſt wenn der gewöhnliche parlamentariſche Inſtanzengang nicht in jedem Falle innegehalten werden könnte, ſondern daß nach dem Kriege die neugewonnene ſtaatsbürgerliche Einheit ſich in weiteren Ausgleichungen der innerpolitiſchen Rechte ausdrücken werde. Die Regierung ſtellte eine allgemeine Neuorientierung in Ausſicht, ohne doch formuliert auszuſprechen, welches Inhalt und Grenzen dieſer neuen Umgliederung der innerpolitiſchen Kräfte ſein ſollten. Für dieſe allgemein gehaltene Zuſage verlangte und erhielt ſie Vertrauen. Es wurde als feſtſtehend angenommen, daß es nach dieſem größten und gefährlichſten Kriege nicht wieder gehen dürfe wie nach den Freiheitskriegen vor 100 Jahren, wo es erſt hieß: das Volk ſteht auf, der Sturm bricht los, dann aber vom Wiener Kongreſſe her ganz anders klang. Dieſes Regierungsprogramm iſt bis

heute formlos geblieben und nur durch gewisse sorgfältig abgemessene Zusätze etwas vervollständigt worden. Es soll sich auf preußisches Wahlrecht, Reichsvereinsrecht, Arbeitsordnungen der Staatsbetriebe, Jesuitengesetz und Polenfrage beziehen. Es wurde als allgemeines Versprechen vom Reichskanzler im Dezember 1914 und vom Kaiser als Preußenkönig im Januar 1916 bestärkt und erneuert; aber noch schwebt die Neuorientierung gestaltlos über den Köpfen wie eine helle hohe Wolke am fernen Horizont des einstmals kommenden Friedens.

Ob es politisch klug war, eine derartige Zusage während eines langen Krieges in diesem schwebenden Zustande zu belassen, kann fraglich erscheinen. Es gibt Gründe für und gegen dieses hinausschiebende Verfahren. Wäre es möglich gewesen, sofort bei Kriegsanfang einen gemeinsamen Neugestaltungsakt in größten Zügen vorzunehmen, bei dem Regierungen und Volksvertretungen im Reich und in Preußen sich für die Grundformen der zukünftigen inneren Politik unter dem hohen unmittelbaren Kriegseindruck gegenseitig und einmütig verpflichtet hätten, so würde das für alle Teile schon heute eine sehr große Erleichterung des weiteren Vorgehens sein. Wir sind der Meinung, daß das möglich und richtig gewesen wäre. Da es nun aber nicht geschehen ist, so tragen die verbündeten Regierungen durch den Krieg hindurch eine Pflicht und fürchten, daß nach der Menge der Opfer es schwerer sein wird, das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr" in politische Greifbarkeit umzusetzen. Vielleicht würde die weitere Entwicklung der sozialdemokratischen Partei während des Krieges schon bis jetzt eine andere und leichtere geworden sein, wenn die Regierungszusage von Anbeginn an fester geformt erschien. Man muß natürlich der Regierung darin recht geben, daß während des Krieges von einem Appell an die Wähler keine Rede sein kann, aber auch ohne diesen würde man den Soldaten, die täglich fürs Vaterland sterben, die versprochene Aufhebung ihrer Rechtsungleichheiten schwerlich versagt haben, wenn die Regierung sie verlangte.

Unter der Voraussetzung also, die wir als das Programm des formlosen Vertrauens bezeichnet haben, entwickelte sich nun die noch jetzt wirksame *Regierungsmethode während des Krieges*. Sie ist, vom politisch-technischen Gesichtspunkte aus betrachtet,

außerordentlich interessant und wird von der Menge des Volkes erst nach dem Kriege ganz verstanden werden, wenn es möglich sein wird, auch über die Kommissionssitzungen und Geheimvorgänge öffentlich freier zu reden. Draußen in der Bevölkerung entsteht einstweilen vielfach der Eindruck, als sei während des Krieges der Parlamentarismus fast völlig ausgeschaltet, weil die Menge der Wähler in Heimat und Schützengraben nichts erfährt als die knappen Berichte über die wenigen Sitzungen des Plenums und die noch mehr abgekürzten offiziellen oder zensurierten Berichte über die Kommissionssitzungen. Es fehlte der Bevölkerung besonders im ersten Kriegsjahr die Erleichterung, ihre Klagen und Wünsche in gewohnter Ausführlichkeit vorgetragen zu hören. Manche Leute halten das für einen Vorteil, aber es hat sicherlich sehr seine zwei Seiten. Während nun aber nach außen hin der Anschein der Unwirksamkeit der Volksvertretung entstehen mußte, ist im engeren Kreise der Nächstbeteiligten mehr als einmal gesagt worden, daß wir in Deutschland noch niemals so viel wirklichen Parlamentarismus erlebt haben, wie jetzt während des Krieges. Ich halte diese letztere Ansicht für im ganzen zutreffend. Wenn man nämlich die Wirkung des Parlamentarismus nicht in der Fülle der Deklamationen sucht, sondern in der tatsächlichen Beeinflussung der Gesetzgebung und Verwaltung, so muß zugegeben werden, daß die Reichsämter und Ministerien sich jetzt aus sachlichen Gründen und zur Vermeidung späterer Ungelegenheiten fast mehr um die berechtigten Wünsche und Interessen aller Parteien bekümmern als sonst. Die Macht des parlamentarischen Systems ist in Deutschland und Preußen immer nur eine begrenzte gewesen, wir haben aber zweifellos im Frieden eine größere Zahl vergeblicher Mehrheitsresolutionen an die ausführenden Gewalten gesendet als jetzt während des Krieges. Allen Parteien steht der Zugang zu den Staatsämtern in großen und kleinen Angelegenheiten offen und wird von ihnen tatsächlich benutzt.

Was aber im Kriege fehlt, ist der Kampf um die Parteimehrheiten. Nur ganz selten wird etwas durch Mehrheitsbeschluß entschieden und dann ist es meist auch noch Zufall. Die Volksvertretung betrachtet sich während des Krieges sozusagen als eine einzige vaterländische Partei. Das ist der Sinn des Wortes „Burgfrieden". Über ihn müssen wir etwas genauere Ausführungen machen.

Der Burgfriede ist in der Wirklichkeit keineswegs das, was

gutherzige, aber politisch unerzogene Zeitgenossen sich unter ihm vorzustellen pflegen. Sie denken sich bei ihrer Abneigung gegen allen Parteistreit die Sache etwa so, als ob die bösen Kampfhähne der Parteipolitik nun endlich reumütig Buße getan und anerkannt hätten, daß ihr seitheriges streitendes Dasein sozusagen nur eine einzige große Sünde gewesen sei, und daß von nun an alles nach dem Worte des Psalmisten gehen solle: siehe, wie fein und lieblich es ist, wenn Brüder einträchtig beieinander wohnen! Mit heimlichem Schaudern denken diese Gemütsmenschen an die Zukunft nach dem Krieg und fürchten, daß dann der seelische Aufschwung wieder verloren gehen möchte. Es versteht sich aber von selbst, daß wir alle, die wir seit Jahren mit allen unseren Kräften und mit Hingabe alles unseres Lebens dem Vaterlande in seinen Parteien dienen, diese ästhetisch-moralische Auffassungsweise als etwas zu kurzsichtig betrachten müssen. Wir waren von der sachlichen Notwendigkeit des Parteilebens und damit des Parteistreites vor dem Kriege überzeugt, sind es noch heute und werden es nach dem Kriege sein. Wenn es anders wäre, so würden wir unsere eigene bisherige Arbeit verwerfen müssen, von der wir als ausgewachsene politische Männer doch wohl noch einiges mehr verstehen als die gutwilligen Zuschauer. Jeder von uns wird ohne weiteres zugeben und wir haben es nie in Abrede gestellt, daß es im Parteileben häßliche und widerwärtige Begleiterscheinungen gibt, und daß die Wahl- und Parteikämpfe nicht gerade ästhetische Vergnügungen sind, aber das wissen die politischen Führer längst von selber und sind in ihrer Mehrzahl eifriger bestrebt, es zu bessern als jene, die von ihrem Sommergarten aus über uns räsonnieren. Wir alle, die wir im Parteigetriebe tätig sind, empfinden es wahrhaftig als Wohltat, daß jetzt im Kriege alle Reibungstöne ausgeschaltet sind oder wenigstens nach Möglichkeit vermieden werden sollen, und dieses gegenwärtige Geschlecht politischer Kämpfer wird bis an seinen Tod nicht vergessen, was es gemeinsam in den Kommissionssitzungen des Krieges erlebt! Ich spreche dabei von den Vertretern aller Parteien und weiß, daß sie ebenso darüber empfinden und denken. Keiner aber von uns hat sich im Sinne einer kindlichen Harmonie so verwandelt, daß wir uns von nun an grundsätzlich eine Volksvertretung ohne Absicht der Mehrheitsbildung vorstellen könnten. Für uns ist also der Burgfriede seinem Wesen nach nicht ein vorüber-

gehender moraliſcher Beſſerungsakt, ſondern ein notwendiger heilſamer taktiſcher Entſchluß, wie er ſich in faſt allen Parlamenten kriegführender Staaten mit der gleichen Notwendigkeit einſtellte. Auch wenn die Zenſur den Burgfrieden der Zeitungen nicht erzwingen würde, würde er faſt ebenſo von den verantwortlichen Parteileitungen herbeigeführt und aufrecht erhalten werden, denn ſobald Krieg iſt, gibt es für alle nur das eine Ziel: Sieg! Dieſem Ziele muß alles andere angepaßt werden. Wir haben jetzt keine Zeit und keine Kraft übrig für die Probleme der reinen Prinzipien, können beim Sterben von Hunderttauſenden unſerer Soldaten nicht Paragraphenreiterei treiben, müſſen Kompetenzfragen aus dem Spiele laſſen, müſſen den übergroßen Aufgaben ſo groß und geſchloſſen gegenübertreten als möglich. Sonſt in Friedenszeiten war es richtig, über jede halbe Million Mark zu rechnen und zu rechten; es ſah peinlich und kleinlich aus, aber es war unſere Pflicht. Jetzt bewilligen wir Milliarden, aber indem wir es tun, wiſſen wir, daß wir am Tage nach dem Kriege erſt recht wieder mit den halben Millionen werden rechnen müſſen und, falls es unvermeidlich iſt, miteinander über die Verteilung der finanziellen Laſten rechten und ringen. Vor dem Kriege verbrauchten wir Monate, um feſtzuſetzen, wieviel Stunden eine Frau oder ein Jugendlicher im Gewerbe arbeiten dürfe oder nicht. Jetzt im Kriege laſſen wir mit Bewußtſein alle ſozialpolitiſchen Zügel ſchleifen, weil eben Krieg iſt. Glaubt man nun, daß wir die Zügel nicht wieder in die Hände nehmen werden und daß es dabei ohne Meinungsverſchiedenheiten abgehen wird? Vor dem Kriege redeten wir laut über jeden einzelnen Fall von verbotener Verſammlung, jetzt aber ſind wir ruhig einverſtanden, wenn viel mehr verboten wird; denkt ihr aber, die Bürgerrechte würden dann nicht wieder von beiden Seiten umſtritten werden? Wir ſehen den Krieg als eine Unterbrechung unſerer regelmäßigen Pflichten an, nicht als ihre Beendigung. Von da aus wehren wir uns um des Vaterlandes willen gegen die, welche aus dem Kriegserlebnis herausleſen wollen, daß der Parlamentarismus in ihm ſeine Nichtigkeit gezeigt habe. Es gibt in der Tat Beſtrebungen, den Burgfrieden ſozuſagen als nationale Dauereinrichtung zu erklären; das aber iſt Verkennung der Notwendigkeit des politiſchen Parteimechanismus, Verkennung der harten nötigen Arbeit, die im

Streite der organisierten politischen Meinungen enthalten ist, und die nur von denen nicht gesehen wird, die an den Außenerscheinungen hängen bleiben.

Die Volksvertretung ist dazu da, dem Volkswillen Ausdruck zu geben. Dieser Volkswille aber ist nichts, was irgendwo und irgendwie fertig vorhanden ist. Er entsteht beständig, so wie das Volk ohne Unterlaß gleichzeitig wächst und abnimmt und sowohl materiell wie seelisch sich verändert. Der Volkswille wird millionenfach in einzelnen Köpfen geboren, so wie des Morgens der Tau an den Gräsern der Wiese sich bildet. Ihn zu sammeln, ihn bis zur Möglichkeit der Wirkung zusammenzubringen, ist die unausgesetzte mühsame Kleinarbeit der Parteien. In den Parteien erhebt sich die Masse zur formulierbaren Meinung. Daß dabei die Parteiführer oft mehr sind als bloß Sammler, daß sie ihre Ziele der Menge einzuprägen versuchen, wird dabei keineswegs in Abrede gestellt. Es kann aber kein Ideengang an hunderttausend Menschen verteilt werden, für den sie nicht von sich aus bereit sind. Mag im Einzelfalle das unbewußte Drängen der Vielen falsch geleitet werden, so geschieht auch dies nur unter der Voraussetzung, daß die Vielen zu einem bestimmten Eigennutz oder zu einer bestimmten Illusion von sich aus neigen. Im Volksvertretersystem erheben sich die Stimmungen zur parlamentarisch-politischen Technik. So lange es nun in der Bevölkerung entgegengesetzte Wünsche, Ziele und Weltanschauungen gibt, ist die Partei eine Naturgestaltung, ohne die ein mündiges Volk nicht existieren kann. Parteien, die sich nicht streiten, sind kein Spiegel der lebhaft arbeitenden, in sich ringenden Volksseele. Wer also ein Burgfriedensideal für alle Zeitlagen hat, der verkennt den Aufbau des politisch täglich neu werdenden Volkes. Erst im Krieg ist aller kleine Zwiespalt tatsächlich auch in der Menge überwunden, verschlungen von dem einen großen Willen zur sieghaften Lebenserhaltung des Ganzen. Im Krieg darum ist die Vertretungsaufgabe eine andere als im Friedensverlaufe. Jetzt will das Volk, daß wir alle nur eine Partei sind, die Partei des Staates an sich. Solange wir ums weltpolitische Dasein kämpfen, werden wir in dieser Lage bleiben. In dem Maße aber, als der Alltag wiederkehrt, werden wir später auch das politische Alltagskleid wieder anziehen müssen. Wenn es inzwischen etwas gesäubert sein sollte, so schadet das sicherlich nichts, zunächst aber ist hier die Klarstellung

darüber nötig, daß der Burgfriede kein Normalzuſtand iſt, ſondern ein Mobilmachungszuſtand.

Es tauchen nun auf Grund der Burgfriedensperiode ſchon jetzt während des Krieges allerlei wunderliche Ideen auf, als könnte man beim Heimkehren der Truppen ganz neue Parteigruppierungen ſchaffen. Unmöglich iſt es natürlich nicht, daß mit der neuen Stimmung, die aus den Schützengräben heimkehrt, auch neue innerpolitiſche Geſtaltungen verſucht werden. Es können alte Parteien ſich ſpalten, neue Gemeinſchaften ſich aufrichten, alte Führer beiſeite geſchoben und neue Männer auf den Schild gehoben werden. Keiner von uns kann die ſeeliſchen Folgen des jahrelangen Krieges genau ermeſſen. Dabei aber darf nicht vergeſſen werden, daß bei allem vielſeitigen Drängen zu Neuerungen nach dem Kriege die bisherigen Parteiorganiſationen einfach durch ihre langdauernde Organiſation und Praxis einen Vorſprung beſitzen. Es iſt leichter, die beſtehenden Parteien von innen heraus zu wandeln als ſie zu töten und durch neue Gebilde zu erſetzen. Und ſelbſt wenn man ganz neu von vorn anfangen wollte, ſo würden die alten Grundformen doch wieder erſcheinen. So weit wir zu blicken vermögen, wird ſich die vierfältige Grundgeſtalt in der deutſchen Volksvertretung erhalten:

Konſervativ	Zentrum
Liberal	Sozialdemokratie

Aus dieſer vierfachen Grundform ergeben ſich die möglichen Mehrheitsbildungen. Dieſe ſind innerpolitiſcher Dauerbeſtand. In ihren Verſchiebungen pulſiert der Volkswille. Jetzt aber wird im Krieg abſichtlich und mit allem Bewußtſein die Mehrheitsgeſtaltung ausgeſchaltet. Jetzt kennen wir in dieſem Sinne, ebenſo wie der Kaiſer, keine Parteien, wir kennen nur Deutſche.

Wie lange aber wird ſolcher Burgfrieden bleiben müſſen? Wird er im Krieg unverändert bleiben und wird er ſogleich bei Friedensſchluß aufhören dürfen? Hiermit berühren wir eine der wichtigſten Fragen unſerer inneren Entwicklung während des Krieges, und zwar eine ſehr verwickelte Frage. Es gibt nämlich Intereſſengebiete, auf denen ſehr langer Burgfriede unentbehrlich iſt, und andere, auf denen er ſachlich geradezu bedenklich werden kann. Um dieſe Meinung zu

begründen, ist es nötig, auf die politischen Hauptfragen der Gegenwart einzugehen.

Volle und unbedingte Einigkeit muß und soll auf dem militärischen Gebiet bestehen, solange der Krieg dauert. Die kämpfende Truppe darf nie das Gefühl bekommen, daß hinter ihr nicht die ganze geschlossene Nation steht. Alles, was zum Siege dienen kann, ist allen recht, auch wenn es starke Opfer erfordert. Wer sich in diesen Sachen aus der Einigkeit herauslöst, der schädigt das Vaterland. Das wird allgemein verstanden und selbst die ablehnenden Teile der Sozialdemokratie bemühen sich in ihren Erklärungen, den Schein von sich abzuschütteln, als ob sie eine Schwächung des kämpfenden Heeres beabsichtigten. Ob ihnen das ganz gelingen wird, ist eine andere Sache. Man kann theoretisch gegen den Krieg an sich protestieren, wenn man etwas tun will, was praktisch heute weniger Zweck hat als jemals, aber man kann und darf nicht im brausenden Kriege Waffen versagen.

Einigkeit muß ferner darüber sein, daß im Kriege die Lebenserhaltung des ganzen Volkes erstes Gebot ist. Es soll niemand Hungers sterben, nur weil er keine Mittel hat, Brot zu bezahlen. Um dieses Erhaltungszweckes willen müssen der Staatsverwaltung im Notfalle alle Güter zu Gebote stehen. Wer das leugnet, der zerschneidet den Zusammenhang des kämpfenden Volkes.

Einigkeit muß darüber sein, daß wir mit sehenden Augen unsere Zukunft finanziell auf Generationen hinaus belasten, weil ohne den Sieg diese Generationen noch schlechter daran sein werden. Das ist eine gewaltige große Verantwortung der Volksvertretung. Die ersten Schritte in die Zukunftsbelastung hinein sind von allen Parteien mit Einschluß aller anwesenden Sozialdemokraten getan worden. Wenn die Nachkommen fragen werden, wer ihnen so ungeheure Zahlungspflichten überliefert hat, so stellt sich die ganze Regierung fest neben den ganzen Reichstag: das haben wir zusammen, wir alle für nötig gehalten!

Gegenüber diesen alles andere überragenden Einheitshandlungen, ist es von geringerer Bedeutung, ob und wieweit sich die Parteien über alle Ausführungsfragen restlos verständigen. Einstimmigkeit ist auch dabei erwünscht, aber nicht Lebensbedingung, und man solite nicht allzu ängstlich sein, berechtigte Meinungsverschiedenheiten hinwegzutäu-

ſchen. Das Beiſpiel des engliſchen Parlaments zeigt, daß eine geſunde Volksvertretung ſich auch im Kriege einen ziemlichen Spielraum des Widerſpruches geſtatten kann.

Äußerſt ſchwierig iſt die Behandlung aller jener Dinge, die jetzt als Kriegsziele bezeichnet werden. Hier iſt kein einheitlicher fertiger Volkswille vorhanden und kann es nicht ſein, denn die Ziele des Krieges entſtehen und verſchieben ſich mit dem Kriege. Überall wird über die verlorenen und wieder zu gewinnenden Kolonien, über Belgien, Polen, Kurland geredet, nur in den Zeitungen und in der Volksvertretung gelten dieſe Probleme als noch nicht zur Beſprechung reif. Daß ſie nicht reif ſind, iſt dabei völlig wahr, aber daß eines Tages die Entſcheidungen ſehr ſchnell kommen können, iſt ebenſo richtig. Wichtige Vaterlandsveränderungen aber kann man der Mitwirkung derer kaum entziehen, deren Brüder oder Söhne für dieſe Veränderungen geſtorben ſind. Nun wird jedoch andererſeits in der Debatte über die Kriegsziele unglaublich viel unverdauliches Zeug geredet. Schon wenn alle uns privatim bekannten „Denkſchriften“ öffentlich wären, ſo würde das ein Unglück ſein, wie man an der Veröffentlichung einiger von ihnen leider ſehr deutlich ſehen kann. Was alſo tun? Mit Vorſicht langſam die Tür öffnen! Als Bruch des Burgfriedens darf es nicht gelten, wenn einige gar keine Vergrößerungen haben wollen, andere nur Grenzverbeſſerungen, noch andere Zukunftsländer, ſolange nur alle am Siege arbeiten. Die Volksvertretung konnte beim Kriegsanfang, wie wir geſehen haben, nichts tun als Zuſtimmung geben und Vollmachten erteilen, ſie hat aber ihren Auftraggebern gegenüber die Pflicht, ſich bei der langſam heranrückenden Friedensſchließung nicht von vornherein ausſchalten zu laſſen. Das hat auch der Reichskanzler grundſätzlich anerkannt, nur iſt es für ihn ebenſo ſchwierig, das zweckdienliche Verfahren zu finden wie für die Parteien. Das Ideal iſt ein Frieden, der von Regierungen und Parteien ebenſo einmütig angenommen werden kann, wie es mit den Beſchlüſſen des 4. Auguſt 1914 geſchehen iſt. Ein von der Regierung einſeitig fertiggemachter Friede iſt zwar ſtaatsrechtlich möglich, aber praktiſch kaum durchführbar, da jede Vertragspoſition ohne weiteres auch wirtſchaftliche und finanzielle Verpflichtungen und Folgen in ſich ſchließt, die dann von der Volksvertretung bejaht werden müſſen. Man kann weder Mitteleuropa

herstelien, noch Gebietsverschiebungen vornehmen, ohne daß in alle absehbare Zukunft hinein jede Haushaltberatung auf diese grundlegenden Staatsakte zurückgreift.

Direkt bedenklich aber kann der Burgfriede wirken, wenn er die parlamentarische Erörterung der Kriegswirtschaft hindert. So peiniich es sein mag, wenn während der Schiachten über Mein und Dein gestritten wird, so wenig ist es doch zu vermeiden, und wir halten es für richtig, daß im Januar 1916 auch im Pienum über diese Dinge viei mehr gesprochen wurde als vorher. Der Grund dieser etwas veränderten gegenwärtigen Praxis liegt einfach darin, daß es keine Kriegswirtschaft gibt, die nur während des Krieges wirksam wäre. Der Krieg ist eine unglaublich große Vermögensverschiebung. Indem wir jeden Monat 2 Miiiiarden bewiiiigen, ermöglichen wir in erster Linie den Krieg, schaffen aber, ohne es zu woiien, ein neues System von Staatskapitalismus, dessen Foigen man nie wieder ganz wird ausiöschen können. In Zukunft wird vom Wirtschaftsertrag der Nation eine jährliche Milliardenrente an die Inhaber der Anleiherente zu zahien sein. Dabei ist es nur ein geringer Trost, daß es in den anderen europäischen Großstaaten ebenso gehen wird. Wir haben vorhin gesagt, daß die Verantwortung für dieses Verfahren unter Burgfrieden von Regierungen und Parteien gemeinsam getragen werden muß; das kann aber nicht bedeuten, daß nun auch alie Ausführungsmethoden dieses zukunftbeiastenden Aktes sich ohne Spruch und Widerspruch voiiziehen, weil hier tatsächlich Klassenverschiebungen vorliegen, von deren weitwirkender Mächtigkeit wir heute alie nur erst eine dämmernde Ahnung haben. Es entstehen kapitaliistische Staatspensionäre, denen der Steuer- und Verwaltungsapparat dienen muß, ehe er an weitere neue Aufgaben herantreten kann. Dazu kommen dann die vielen kleinen Staatspensionäre der Invaiiden und Hinterbiiebenen, die auch unter allen Umständen hinreichend versorgt werden müssen. Wenn der Krieg zu Ende geht, dann hat sich durch diese inzwischen übernommenen gewaitigen Staatspfiichten die gesamte innere Poiitik bereits so sehr geändert, daß die Volksvertretung fertige Tatsachen vorfindet. Ebenso aber erwachsen aus der Kriegsmaterialverwaitung und aus der Kriegsernährung Organisationen, die gar nicht einfach wieder weggebiasen werden können. Der Übergang zum kapitaliistischen Staatssozia-

lismus, wenn es erlaubt ist, einen erst werdenden anderen Gesellschaftszustand so zu bezeichnen, ist das stärkste innerpolitische Ereignis unseres Lebens und unserer Zeitperiode. Ein solcher Vorgang kann nicht ohne Meinungsverschiedenheiten und Reibungen vor sich gehen. Es versteht sich von selber, daß man im Ernste des Krieges von jeder agitatorischen Behandlungsweise absehen muß, die Sachen selbst aber sind in ihrer beängstigenden Fülle so schwer, daß hier kein offenes Wort, soweit es sachlich ernst ist, zurückgedrängt werden darf.

Wie aber wird sich das alles gestalten, wenn einmal der Frieden erscheint? Wenn der Friede möglich ist, so ist er keinesfalls eine einfache Wiederherstellung dessen, was vorher war, und er entsteht nicht an einem Tage. Um wieder geordnete internationale Beziehungen zu erreichen, müssen viele hundert Schritte getan werden. Das trifft fast alle Gebiete des staatlichen Lebens. Wohl kaum je haben Regierungen und parlamentarische Körperschaften vor so unübersehbaren Aufgaben gestanden als die gegenwärtigen. Dabei ist es eine Vorbedingung des Gelingens, daß der Burgfriedensgeist in seinem Kern bis zur Abwicklung der Friedensgeschäfte erhalten bleibt, ohne daß dadurch die notwendige freie Erörterung der neuen Wirtschafts-, Handels- und Rechtsbeziehungen unterbunden wird. Das erfordert allseitigen großen Takt und guten Willen. Man könnte wünschen, daß derselbe Reichstag, der zusammen die Schuie des Krieges durchgemacht hat, ohne dazwischen liegende Neuwahl diese Pflichten übernähme, weil jede Neuwahl zur Lockerung der im Krieg erworbenen Einheitsgesinnung führt, aber es ist heute noch nicht vorherzusagen, ob dieses sachlich empfehlenswerte Verfahren auch staatsrechtlich möglich ist. Sicherlich wird man die Legislaturperiode durch Gesetz verlängern müssen, bis die Truppen heimgekehrt sind, weil eine Reichstagswahl in den Schützengräben undurchführbar ist, aber sobald dann die Soldaten wieder Heimatbürger geworden sind, haben sie das Recht, an die Wahlurne zu treten. Ob bis dahin die Hauptprobleme des Friedensbeginnes gelöst sein können, ist noch ganz im Nebel.

Für eine Aufgabe vor allem ist es dringend erwünscht, die Kriegseinheitlichkeit noch zu bewahren, nämlich für die riesenhafte

Finanzarbeit des ersten Haushaltplanes nach dem Krieg. Die Milliarden sind gemeinsam bewilligt worden, alle Parteien haben sich dadurch moralisch verpflichtet, an der Deckung mitzuwirken. Daraus aber folgt leider noch nicht, daß sie über die Deckungsvorschläge eines Sinnes sein werden, da jede Gruppe des Deckungsplanes eine Klasse oder Schicht anders trifft als die anderen. Man muß unzählige Interessen verletzen, man muß in alle Lebensverhältnisse eingreifen, man muß sich auf erregten Widerspruch gefaßt machen. Wenn dieser Zustand parteipolitisch im Sinne der gegenseitigen Agitation ausgenutzt wird, so wiederholen sich die Vorgänge von 1902 und 1909 im allergrößten Maßstabe, dann klingt der einheitlich geführte Krieg in eine schrille und verbitternde Dissonanz aus. Kein Sachverständiger wird leugnen, daß diese Gefahr vorhanden ist. Es würde ein Sieg der Kriegserziehung sein, wenn das vermieden werden könnte. Es sollte vermieden werden! Dazu aber gehört auf seiten der Regierungen wie der Parteien die tadellose Erhaltung des Geistes vom 4. August 1914.

Im allgemeinen pflegt der Krieg dem Parlamentarismus nicht besonders günstig zu sein. Die Vorzüge des diktatorischen Verfahrens drängen sich überall auf. Selbst in den kleineren aber wichtigen Ernährungsvorschriften wird die schnelle Entscheidung der Militärkommandos oft den umständlicheren Beratungen städtischer oder staatlicher Körperschaften vorgezogen. Man kann im radikalen Berlin den General v. Kessel höher preisen hören als es je dem Magistrat und den Stadtverordneten zuteil geworden ist. Nur übersehe man nicht, daß alle Kriegsdiktaturen auf Grund eines Verwaltungsmechanismus arbeiten, den die Selbstverwaltungskörper vorher in langen Jahren hergestellt haben. Auf die Dauer können wir nicht nach russischem Vorbilde regiert werden und keine Regierung wird das wollen. Wer im politischen Leben Erfahrung hat, der weiß, daß wir jetzt und allezeit gesunde Volksvertretungen brauchen.

* * *

Der Herausgeber dieser Sammlung fragt, ob es mir nicht möglich sei, an diese Darlegungen noch einige Ausführungen über das Parteileben nach dem Kriege hinzuzufügen. Er sagt, ein

Mann wie ich müsse sich doch darüber seine Gedanken machen! Das ist nur teilweise richtig, denn ich bin gewohnt, ausquellende Gedanken dort abzuschneiden, wo sie allzuviel Unbekanntes enthalten. In Friedenszeiten habe ich gelegentlich versucht, aus vorhandenen Entwicklungsansätzen heraus die zukünftige Gestaltung abzulesen und habe damit häufig Recht gehabt, insbesondere auch bei Beurteilung der Sozialdemokratie. Dabei habe ich aber immer eingefügt: falls nicht ein Krieg ganz andere Verhältnisse schafft und alle Rechnungen über den Haufen wirft! Da nun dieser besondere gewaltige Ausnahmefall jetzt vorliegt, so kann ich gerade mit der historisch-statistischen Beobachtungsmethode, die ich sonst anzuwenden pflegte, jetzt nicht arbeiten. Es hilft mir nichts, die alten Wählerziffern mit den Gewerbezählungen zu vergleichen. Denn was weiß ich von der ersten Wahl nach dem Kriege und was weiß ich von dem Ergebnis der ersten Berufs- und Gewerbezählung nach Herstellung geordneter Verhältnisse? Ebenso unsicher aber sind auch alle künftigen Produktions- und Handelsverhältnisse. Ob die Frage Zoll oder Freihandel nach dem Krieg noch ihr altes Gesicht haben wird, ist mehr, als heute ein Mensch beantworten kann. Ob der alte Gegensatz von direkten und indirekten Steuern nicht ganz neue Formen annehmen wird, für die in den seitherigen Parteiaufstellungen nichts vorzufinden ist, wer will es sagen? Wir wissen nicht, ob wir zunächst eine aufsteigende oder eine sinkende Wirtschaftsperiode haben werden; beides ist möglich und für beides lassen sich achtbare Gründe vortragen. Die wirtschafts-psychologische Methode der Erkenntnis kommender Entwicklungen ist wegen Mangels an bekanntem Material nicht anwendbar. Dazu aber kommt, daß überhaupt die Wirksamkeit materialistischer Beweggründe nach dem Krieg viel weniger als feststehend angenommen werden darf. Schon jetzt war es ein Irrtum, die Parteien nur materiell erklären zu wollen, aber immerhin spielten die materiellen Gesichtspunkte eine große Rolle. Nach dem Kriege und durch ihn können ganz andere Seelenregungen viel mehr in den Vordergrund treten: rein politische, nationalistische, übernationale, idealistische Strömungen. Schon allein ein Streit um die Ausgestaltung Mitteleuropas kann uns mit Problemen beschäftigen, die bisher bei uns als politische Nebendinge galten. Wir nehmen ohne weiteres eine allgemeine Stärkung des Staatsgefühls und der Staatspflicht an, aber zu beschreiben, wie sie aussehen und

wie sie sich parteipolitisch äußern wird, dazu reicht unsere ahnende Vorstellung nicht aus.

Es hängt bei allen diesen zukünftigen Entwicklungen auch sehr viel davon ab, *mit welchen Eindrücken der Krieg selber schließen wird*. Er wird rückwärts vom Volke verschieden beurteilt werden, je nach dem er mehr oder weniger greifbaren Sieg gebracht hat. Nicht zu unterschätzen ist aber vor allem, unter was für Umständen sich die Heimkehr der Truppen vollzieht. Die Seele der Heimkehrenden ist die Wiege der künftigen deutschen Politik. Wenn es möglich ist, diese Seele vor Enttäuschungsgefühlen zu bewahren, so fließt alles unvergleichlich viel leichter als im umgekehrten Falle. Erst in der Heimkehr vollzieht sich die Aufnahme der vaterländischen Sozialdemokratie in das übrige politische Volk. Wenn am Tage der Heimkehr der Kaiser sagen kann: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!", dann ist alles gut, dann finden wir uns prächtig zurecht. Ob aber dieses Wort dann unter dem Brandenburger Tore vom König von Preußen wirklich staatsrechtlich gesprochen werden kann, — Gott gebe es! Hier liegt ein Etwas, über das hinaus unsere Augen noch nicht reichen. Ehe wir das gesehen haben, ist unsere Hand unsicher, etwas über die Parteien nach dem Kriege zu schreiben.

Aber, so wird uns geantwortet, wenn es auch wahr ist, daß man im gegenwärtigen Zeitpunkt eine methodische Voraussage über den innerpolitischen Zustand nach dem Kriege nicht wagen kann, so sei es doch möglich, *Wünsche und Hoffnungen* zu äußern. Das ist sicherlich wahr, nur sind Wünsche und Hoffnungen nichts für sich Existierendes, das man getrennt von den werdenden Wirklichkeiten betrachten könnte. Den Wunsch, daß es eine Einheitlichkeit des deutschen Staatsgefühles vom ersten bis zum letzten Mann geben möge, wird man als solches Ideal in sich tragen dürfen, aber schon ob man ihn als Hoffnung äußern darf, ist zweifelhaft, denn sobald man sich die lebendigen Menschen vergegenwärtigt mit ihrer eingeborenen aristokratischen Herrschsucht, mit ihrem ebenso eingeborenen demokratischen Mißtrauen, die Menschen, die im Kriege zwar vaterländischer, aber auch im einzelnen trotziger und ungefügiger geworden sind und die in allen Parteien zunächst einmal nach langer Pause sich ziemlich naturhaft betragen werden, wenn die Politik sich

wieder öffnet, ... kurz, ich ſehe ein Volk hervorquellen, ein großes, liebes, wunderbares Volk, das aber, als politiſcher Stoff betrachtet, nicht leicht zu führen ſein wird, gärend, drängend, ſich ſtoßend und ſchlebend. Dieſes im Geiſte zu ſehen, macht froh, denn es iſt etwas Großes, ein Volk ſo zu erleben, aber das Ausſprechen von beſtimmten Entwicklungserwartungen iſt ſchwerer als je.

Und iſt es denn nötig, daß wir jetzt ſchon ſagen können, was übermorgen ſein wird? Im Kriege gilt das Wort der Bibel: Der morgende Tag wird für das ſeinige ſorgen! Es iſt genug, daß jeder Tag ſeine eigene Plage habe! Zuerſt muß der Krieg gut und tapfer zu Ende gebracht werden.

Sozialdemokratie, Staat und bürgerliche Parteien.

Von Wilhelm Kolb.

Wie viel auch immer von dem großen Schwung, den die deutsche Volksseele in den Augusttagen des Jahres 1914 erlebte, von den hoffnungsfreudigen Gefühlen und Stimmungen, welche durch die innere Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk den Kampf um seine nationale Existenz aufgenommen hat, ausgelöst wurden, durch die Härten und Unbilden des Krieges verloren gegangen sein mag, die Spuren der Erkenntnis, daß wir an einem Wendepunkt der geschichtlichen Entwicklung stehen und daß etwas Neues kommen muß, lassen sich nicht verwischen. Das gilt vor allem für unsere innerpolitischen Zustände und Verhältnisse. Der Krieg hat nicht nur eine in die Tiefe gehende seelische Erschütterung hervorgerufen, er hat auch das politische Denken von Grund aus revolutioniert. Es ist schlechterdings unmöglich, nach diesem Kriege die durch ihn zerrissenen Fäden unserer inneren Politik wieder aufgreifen und fortspinnen zu wollen, wenn man nicht die größten Gefahren für eine friedliche und gesunde innere Entwicklung hiermit heraufbeschwören will.

Von den vielen und wichtigen Problemen, die der Krieg auf dem Gebiete der inneren Politik aufgeworfen hat, ist die künftige Stellung der Sozialdemokratie zum Staat zweifellos eines der wichtigsten, denn die Erfüllung der industriellen Massen — aus welchen die Sozialdemokratie in erster Linie ihre Anhängerschaft rekrutiert — mit Staatsbewußtsein, ist die conditio sine qua non für ein politisch neues Deutschland. Die Sozialdemokratie ist die weitaus stärkste Partei und damit derjenige Faktor, von dessen Stellung zum Staat es mit in erster Linie abhängt, ob die Voraussetzungen für eine politische Neuorientierung geschaffen werden können.

Bis zum 4. August 1914 stand die Sozialdemokratie gegenüber dem Staate in unversöhnlicher Opposition. Die Ablehnung des Ge-

ſamtbudgets war — mit einer praktiſch ziemlich bedeutungsloſen Ausnahme — allen parlamentariſchen Vertretungen der Sozialdemokratie zur prinzipiellen Pflicht gemacht. Der Gegenſatz zwiſchen Sozialdemokratie und Staat war ein ſo ſchroffer, daß die Feinde Deutſchlands glaubten, ihre Siegeshoffnungen z. T. auf ihn ſetzen zu dürfen. Rechnete man im feindlichen Auslande doch allen Ernſtes damit, daß die deutſche Sozialdemokratie die Kriegserklärung mit einer revolutionären Aktion, oder doch zum mindeſten mit einem paſſiven Widerſtand beantworten und dadurch den Aufmarſch der deutſchen Armee erheblich erſchweren und verzögern werde. Man glaubte mit dieſer Möglichkeit um ſo mehr rechnen zu können, als es kein Geheimnis war, daß die Regierungen und die herrſchenden Parteien in Deutſchland ſelbſt der nationalen Zuverläſſigkeit der Sozialdemokratie ernſthafte Zweifel entgegenbrachten.

Es kam anders als man im In- und Ausiande geglaubt hatte. Die deutſche Sozialdemokratie hat ihre nationale Pflicht in vollſtem Maße erfüllt und ſich darin von keiner anderen Partei übertreffen laſſen. Sie hat das Wort buchſtäblich eingelöſt, welches die berufenſten Wortführer bei den verſchiedenſten Gelegenheiten gegeben hatten: daß die Sozialdemokratie in der Stunde der Not und Gefahr das Vaterland nicht im Stiche laſſen werde. Freilich konnte ſie dieſes Verſprechen nur erfüllen, indem ſie ihre bisherige theoretiſche und prinzipielle Stellung gegenüber dem Staate einer grundſätzlichen Reviſion unterzog. In ihrer politiſchen Praxis hatte die Sozialdemokratie die prinzipielle Unverſöhnlichkeit gegenüber dem Staate längſt preisgegeben. Der ganze innere Konflikt in der Sozialdemokratie, gleichviel unter welcher Deklaration er in die Erſcheinung trat, reſultierte in letzter Linie aus dem Gegenſatz zwiſchen der theoretiſchen und prinzipiellen Staatsfeindlichkeit einer- und der, wenn auch nur bedingten ſtaatsbejahenden politiſchen Praxis andrerſeits. Dieſer Konflikt zwiſchen Theorie und Praxis zieht ſich wie ein roter Faden durch die ganze Geſchichte der Sozialdemokratie. Je größer die Partei und die Zahl ihrer parlamentariſchen Vertreter wurde, deſto mehr praktiſche Bedeutung mußten die Probleme des Staatslebens für ſie gewinnen, deſto fühlbarer mußte ſich aber auch der Gegenſatz zwiſchen der theoretiſchen und prinzipiellen Staatsverneinung und der ſtaatsbejahenden politiſchen Praxis machen.

Die inneren Konflikte spitzten sich immer mehr zu und führten zu immer leidenschaftlicher geführten Diskussionen in den Tageszeitungen, Zeitschriften, Versammlungen und auf den Parteitagen. Die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu den von der Regierung geforderten Kriegskrediten und die einstimmig erfolgte Bewilligung des Reichsetats, hat diesen Konflikt grundsätzlich gelöst.

Wenn die Sozialdemokratie so lange an der aus einer rein abstrakten Theorie abgeleiteten prinzipiellen Staatsfeindschaft festgehalten hat, so hauptsächlich infolge der Politik der deutschen Regierungen und der herrschenden Parteien, die der inneren und politischen Entwicklung der Sozialdemokratie immer wieder hemmend und störend in den Weg getreten ist. Manchmal konnte man den Eindruck gewinnen, als ob es förmlich darauf abgesehen sei, es der Sozialdemokratie unmöglich zu machen, aus ihrer politischen Praxis die logischen theoretischen und prinzipiellen Konsequenzen für ihre Stellung zum Staate zu ziehen. Die ganze innere Politik des Reiches, wie auch die der Bundesstaaten, war bis zum Ausbruch des Krieges auf den unüberbrückbar scheinenden Gegensatz zwischen der „internationalen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bedachten" Sozialdemokratie und den „nationalen, staatserhaltenden", bürgerlichen Parteien eingestellt. Sich offen zur Sozialdemokratie bekennen, war gleichbedeutend mit politischer und gesellschaftlicher Achtung. Wohl gab es auch in den anderen Staaten einen Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien, aber in keinem Kulturstaate war er so schroff und so auf die Spitze getrieben, wie in Deutschland.

Die Ursachen dieser im höchsten Grade beklagenswerten Erscheinung sind auf die besondere geschichtliche und politische Entwicklung Deutschlands zurückzuführen. Das unselige Kompromiß, welches das deutsche Bürgertum in der Mitte des vorigen Jahrhunderts hinsichtlich des Staatsgedankens mit dem feudalistischen Absolutismus abgeschlossen hatte, legte die ganze politische Entwicklung auf länger als ein halbes Jahrhundert hinaus lahm und bedingte dadurch eine Rückständigkeit der politischen Kultur, der gegenüber die um ihre politische und soziale Befreiung ringende Arbeiterklasse nur schärfsten Kampf proklamieren konnte. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß die revo-

lutionäre Romantik und der theoretiſche Doktrinarismus in der Sozialdemokratie, trotzdem Marx und Engels der proletariſchen Klaſſenbewegung ein wiſſenſchaftliches Fundament gegeben hatten, ſich ſo lange behaupten konnten. Die Ausſicht, auf dem Wege der allmählichen Umgeſtaltung der politiſchen und ſozialen Verhältniſſe die Ziele der Sozialdemokratie verwirklichen zu können, ſchien unter den obwaltenden Verhältniſſen verſperrt zu ſein. Alle Verſuche, der politiſchen und gewerkſchaftlichen Arbeiterbewegung, die ſtaatsrechtlichen Grundlagen für eine friedliche Entwicklung zu ſchaffen, ſtießen immer wieder auf den hartnäckigſten Widerſtand der Regierungen und der herrſchenden Parteien. Daß auch die ſoziale Kluft dadurch eine ungewöhnliche Verſchärfung erfahren mußte, iſt nur zu erklärlich. Der Glaube, von *dieſem* Staat eine einigermaßen gerechte Würdigung der Klaſſenintereſſen des Proletariats erhoffen zu dürfen, wurde immer mehr erſchüttert.

Indeſſen würde man der hiſtoriſchen Wahrheit nicht gerecht werden, wenn man in dieſen politiſchen Verhältniſſen allein die Urſachen für die ſtaatsfeindliche Haltung der Sozialdemokratie ſuchen wollte. Das *Prinzip* der Staatsfeindſchaft der Sozialdemokratie, auf welches ihre Politik und Taktik feſtgelegt waren, reſultierte aus einer Theorie, die mit der Wiſſenſchaft, auf welcher die Politik der Sozialdemokratie fußt, in unlösbarem Widerſpruche ſteht. Nach der von Marx begründeten ökonomiſchen Geſchichtstheorie iſt der Staat der ideologiſche Überbau der ökonomiſchen Grundlage der Geſellſchaft. Da dieſe aber den Geſetzen der *Veränderung* unterworfen iſt, muß es in logiſcher Konſequenz dieſer Theorie auch der *Staat* ſein. Daraus ergibt ſich, daß es für die Sozialdemokratie eine *prinzipielle* Staatsfeindlichkeit nicht geben kann. Ihre politiſche und hiſtoriſche Aufgabe beſteht vielmehr darin, die rechtlichen, ſozialen und politiſchen Verhältniſſe des Staates entſprechend den Veränderungen ſeiner ökonomiſchen Grundlage ebenfalls umzugeſtalten. Dabei darf allerdings nicht überſehen werden, daß neben den ökonomiſchen Geſetzen auch noch andere, vor allem ideologiſche Faktoren die geſchichtliche Entwicklung beeinfluſſen. Die ökonomiſche Geſchichtstheorie ſchließt die Würdigung dieſer ideologiſchen Faktoren der Geſchichtsbildung auch keineswegs aus.

Es iſt in der bisherigen Menſchheitsgeſchichte kein Fall bekannt,

wo eine Gesellschaftsordnung plötzlich katastrophal zusammengebrochen und eine auf ökonomisch anderer Basis beruhende ebenso plötzlich an ihre Stelle getreten ist, sondern es hat sich jede neue Gesellschaftsordnung aus der alten heraus entwickelt. Selbst die große französische Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts hat keine plötzliche Verwandlung der feudalen in die bürgerlich kapitalistische Gesellschaftsordnung zur Folge gehabt. Noch viel weniger kann damit gerechnet werden, daß die in ihrer Kompliziertheit alle früheren Gesellschaftsordnungen weit übertreffende kapitalistische Gesellschaftsordnung durch einen katastrophalen Zusammenbruch ein jähes Ende findet. Die auf eine solche Theorie über die gesellschaftliche Entwicklung sich stützenden politischen und taktischen „Prinzipien" mußten deshalb früher oder später Schiffbruch leiden. Sie ist auch durch die Erfahrung längst ad absurdum geführt worden. Die Epigonen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus haben den großen Fehler begangen, daß sie, anstatt die wissenschaftlichen Theorien des Sozialismus weiter auszubauen, diese zum Teil dogmatisierten und in rein schematische Begriffe einkapselten.

Es sei hier nur auf die Begriffe des Klassenkampfes und des Klassenstaates hingewiesen, die eine durchaus unmarxistische und damit historisch völlig haltlose Interpretation erfuhren, durch welche innerhalb wie auch insbesondere außerhalb der Arbeiterbewegung eine geradezu heillose Verwirrung über das Wesen dieser geschichtswissenschaftlichen Begriffe hervorgerufen wurde. Der Klassenkampf ist ein sozial-historisches Prinzip und kann nur als solches richtig verstanden werden. Wie der Klassenkampf zu führen ist, welche politischen und taktischen Methoden ihm zugrunde zu legen sind, um dem Proletariat die Erfüllung seiner geschichtlichen Mission zu ermöglichen, dafür gibt es keine allgemein und für immer gültigen Regeln. Die Bejahung des Staates steht mit dem Klassenkampfprinzip ebenso wenig in Widerspruch, wie der Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. Das sozialgeschichtliche Prinzip des Klassenkampfes kann in den verschiedensten Formen und Methoden seine praktische Anwendung finden und hat sie auch gefunden. Wenn der Klassenkampf in Deutschland schärfere Formen angenommen und insbesondere in der inneren Politik sich in einer Weise zugespitzt hat, wie fast in keinem anderen der kapita-

liſtiſchen Kulturſtaaten, ſo erklärt ſich dieſe Erſcheinung nicht aus irgendwelchen ehernen ökonomiſchen Geſetzen, ſie iſt vielmehr auf die beſonderen hiſtoriſchen Verhältniſſe zurückzuführen, unter welchen ſich in Deutſchland die politiſche Entwicklung vollzogen hat. Je demokratiſcher die Verfaſſung eines Landes iſt, deſto weniger ſcharf äußern ſich die Klaſſengegenſätze in politicis und umgekehrt. Wenn — wie in Deutſchland — die kapitaliſtiſche Entwicklung ſchon einen ſehr hohen Grad erreicht hat, während das politiſche und Verfaſſungs-Leben in den Anfangsſtadien der Entwicklung ſtecken geblieben iſt, ſo erſcheint nichts natürlicher, als daß bei den politiſchen Kämpfen der Klaſſengegenſatz eine ungewöhnliche Verſchärfung erfährt. Der Geſchichte ehernes Muß iſt ein ſolcher Zuſtand aber nicht und deshalb kann auch der Klaſſenkampf des Proletariats nicht dauernd auf eine Theorie eingeſtellt bleiben, die von der falſchen Vorausſetzung ausgeht, daß dieſe durchaus hiſtoriſch bedingten Verhältniſſe auf unabänderlichen ökonomiſchen Geſetzen beruhen.

Was für den Klaſſenkampf gilt, trifft mutatis mutandis auch auf den Begriff des Klaſſenſtaates zu. Freilich darf man bei der geſchichtlichen und theoretiſchen Beurteilung dieſer Dinge der von Karl Marx begründeten ökonomiſchen Geſchichtstheorie nicht den Sinn unterſtellen, als ob ſich die geſellſchaftliche Entwicklung nach einem im voraus zu beſtimmenden Schema vollziehen würde, deſſen Rahmen die Ökonomie bildet. Im Gegenſatz zu den bürgerlichen Geſchichtsforſchern und Philoſophen haben Marx und Engels bei ihren geſchichtsphiloſophiſchen Unterſuchungen ihr Augenwerk vor allem auf die geſchichtsbildende Kraft der Ökonomie gelenkt und dieſer durchaus mit Recht eine in letzter Inſtanz ausſchlaggebende Bedeutung für die geſellſchaftliche Entwicklung beigelegt. Das iſt ihr großes, unſterbliches Verdienſt. Sie haben indeſſen damit die Bedeutung der anderen, insbeſondere ideologiſchen Faktoren der Geſchichtsbildung keineswegs gering geſchätzt, oder gar überſehen. Nachdem Marx und Engels die große Bedeutung der Ökonomie für den Gang der geſellſchaftlichen Entwicklung hervorgehoben hatten, konnten ſie es ruhig ihren Epigonen überlaſſen, der Bedeutung der übrigen geſchichtsbildenden Faktoren gerecht zu werden. Die im Vorwort „Zur Kritik der politiſchen Ökonomie“ in klaſſiſchen Sätzen formulierte ökonomiſche Geſchichtstheorie iſt ſozuſagen nur im Rohbau konſtruiert.

Anstatt auf diesem Fundament weiterzubauen, haben aber die Schüler von Marx und Engels die Theorie teils dogmatisiert, teils schematisiert. Nur so läßt sich die Unterschätzung der ideologischen Faktoren der geschichtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und die Überschätzung des Reifegrades der kapitalistischen Entwicklung und die daraus abgeleitete Theorie von dem nahe bevorstehenden katastrophalen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erklären. Die sozialistische Theorie ist in den Maschen der revolutionären Romantik des „Kommunistischen Manifestes" hängen geblieben. Durch die Feststellung dieser Tatsache verliert das „Kommunistische Manifest" nichts an seiner großen und einzigartigen historischen Bedeutung. Die in dieser glänzenden Propagandaschrift zum Ausdruck kommende revolutionäre Romantik ist geschichtlich durchaus erklärlich, sie steht aber im Widerspruch zu der später erfolgten wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus. Zur Zeit der Abfassung des „Kommunistischen Manifestes" konnte man noch der Auffassung sein, daß die „Diktatur des Proletariats" das Mittel sei, um die sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen. Ein halbes Jahrhundert später mußte man sich aber davon überzeugt haben, daß die Theorie von der revolutionären Diktatur des Proletariats eine unwissenschaftliche, historisch haltlose Hypothese ist. Die Verwirklichung des Sozialismus ist auf diesem Wege schlechthin unmöglich.

Indem man diesem für die Politik und Taktik der Sozialdemokratie so eminent wichtigen Problem, wie der Sozialismus sich verwirklichen wird, aus dem Wege ging und statt dessen den geschichtswissenschaftlichen Begriffen, auf welchen die Theorie des Sozialismus fußt, einen fetischartigen Charakter gegeben hat, wurde die Anpassung der Methoden des proletarischen Klassenkampfes an die gegebenen Verhältnisse aufs äußerste erschwert. Die dogmatische Erstarrung der sozialistischen Theorie führte notwendigerweise auch zu einer gewissen Erstarrung der politischen Praxis der Sozialdemokratie, die am markantesten in ihrer widerspruchsvollen Stellung zum Staat ihren Ausdruck fand.

Das wissenschaftliche Fundament des demokratischen Sozialismus bedingt in keiner Weise eine prinzipielle Staatsfeindlichkeit, ganz im Gegenteil. Der zweite Teil des Erfurter Programms

hätte weder Sinn noch Zweck, wenn die Theorie der prinzipiellen Staatsfeindschaft eine logische Konsequenz der demokratisch sozialistischen Grundsätze wäre. Daß die Sozialdemokratie an den kapitalistischen Klassenstaat politische, soziale und wirtschaftliche Forderungen stellt, ist ein schlüssiger Beweis dafür, daß sie ihn — entsprechend der ökonomischen Geschichtstheorie — für veränderungsfähig hält, und daß sie ihn nicht als das ausschließliche gesetzliche und rechtliche Vollzugsorgan für kapitalistische Klasseninteressen betrachtet, sondern als die rechtliche Organisation der Gesamtheit des Volkes, von welchem die Arbeiterklasse einen an sozialer und politischer Bedeutung fortgesetzt wachsenden Teil darstellt. Es ist deshalb auch eine absolut unmarxistische, mit der ökonomisch-historischen Geschichtstheorie in unlösbarem Widerspruch stehende Auffassung, wenn man dem Begriff des Klassenstaates einen absoluten Sinn unterstellt und die „Diktatur der Bourgeoisie" als eine sozial-geschichtliche Notwendigkeit bezeichnet. Der Begriff des Klassenstaates ist ein durchaus relativer, denn mit der langsameren oder rascheren Veränderung der ökonomischen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft vollzieht sich nach Marx auch eine langsamere oder raschere Umwälzung ihres ideologischen Überbaues also des Staates, seiner rechtlichen politischen und sozialen Einrichtungen. Arbeiterklasse und Staatsgewalt sind auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung keine absoluten Gegensätze. Das Wesen und die Methoden der Staatsgewalt und der Staatspolitik werden nicht ausschließlich von den herrschenden Klassen — einem nebenbei bemerkt sehr unbestimmten und leicht politisch irreführenden Begriff — bestimmt. Es ist durchaus keine eherne ökonomisch-historische Notwendigkeit, daß die Staatsgewalt dauernd in feindlichem Gegensatz zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse steht. Zu solchen Auffassungen konnte nur eine weltfremde, auf rein gedanklicher Spekulation aufgebaute Theorie kommen. Der Staat als rechtliche Organisation des Volksganzen befindet sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den verschiedenen Gesellschaftsklassen. In dem Maße, als die Arbeiterklasse an politischem Einfluß und an sozialer Bedeutung zunimmt, muß sich das Verhältnis zwischen ihr und der Staatsgewalt ändern, vorausgesetzt, daß die Arbeiterklasse den Staat als solchen nicht prinzipiell negiert. Im letzteren

Falle ist nichts natürlicher, als daß die der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehenden Klassen sich die prinzipielle Staatsfeindschaft der Arbeiterklasse zu Nutzen machen und infolgedessen einen viel größeren politischen Einfluß auf die Staatsgewalt und die Staatspolitik auszuüben vermögen, als es sonst möglich wäre.

Wie absolut unhaltbar die der deutschen Sozialdemokratie von den sozialistischen Theoretikern aufgezwungene prinzipielle Staatsfeindschaft ist, geht schon daraus hervor, daß die Schweizer Sozialdemokratie seit vielen Jahren sich aktiv an der Ausübung der Staatsgewalt in verschiedenen Kantonen beteiligt. Die Übertragung des Prinzips der Staatsfeindschaft auf die schweizerischen politischen und Verfassungs-Verhältnisse hätte auch zu den absonderlichsten Konsequenzen geführt.

Nichts ist deshalb begreiflicher, als daß dieses unhaltbare Prinzip der Staatsverneinung wie ein umgeblasenes Kartenhaus in sich zusammenfiel, als das ungeheure weltgeschichtliche Ereignis des europäischen Völkerkrieges die deutsche Sozialdemokratie zwang, den offenkundigen Widerspruch zwischen ihrer politischen Praxis und ihrer prinzipiellen und theoretischen Staatsfeindschaft zu lösen, indem sie sich für die Bewilligung der Kriegskredite erklärte. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dies mit Zustimmung der übergroßen Mehrheit ihrer Anhänger und Wähler geschehen ist. Diese in so historisch bedeutsamer Stunde erfolgte prinzipielle Staatsbejahung schließt deshalb ein Zurück zur theoretischen und prinzipiellen Staatsverneinung aus. Die sozialistische Theorie muß sich nolens volens über das Verhältnis zwischen Staat und Sozialdemokratie neu orientieren.

Die Staatsbejahung hat aber ganz naturgemäß mehr oder weniger tiefgehende Veränderungen politischer und taktischer Art sowohl bei der Sozialdemokratie als auch beim Staate und den bürgerlichen Parteien zur Folge. Der Staat und die bürgerlichen Parteien würden geradezu unverantwortlich handeln, und das Vaterland den schwersten inneren Konflikten aussetzen, wenn sie aus der staatspositiven Haltung der Sozialdemokratie und der hinter ihr stehenden Volksmassen nicht die entsprechenden Konsequenzen ziehen würden. Selbstverständlich erfolgen derartige Umwälzungen nicht ohne mehr oder weniger heftige Kämpfe. Die herrschenden Klassen verzichten nicht freiwillig

auf ihre politischen und sozialen Privilegien. Das aber bedeutet keineswegs die Notwendigkeit gewaltsamer revolutionärer Eingriffe in die gesellschaftliche Entwicklung seitens der bisher politisch unterdrückten Klasse. Die Möglichkeit einer reformistischen Umwälzung unseres politischen und Verfassungs-Leben ist gegeben. Sie setzt aber nicht nur entsprechendes Verständnis bei den Regierungen, sondern ein ebensolches bei der Sozialdemokratie voraus. Die Probleme der Staatsnotwendigkeiten werden künftig bei der Sozialdemokratie unter wesentlich anderen Gesichtspunkten geprüft und behandelt werden müssen, als bisher. Je objektiver das geschieht, umso leichter werden die gegen die politische Neuorientierung sich geltend machenden Widerstände überwunden werden können.

Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß die grundsätzliche Bejahung des Staates seitens der Sozialdemokratie auch nicht ohne merklichen Einfluß auf die politische Haltung der bürgerlichen Parteien bleiben wird. Diese bilden keineswegs die „eine reaktionäre Masse", als die sie Lassalle einst gekennzeichnet hat. Die durch die kapitalistische Entwicklung hervorgerufene soziale Gliederung der Gesellschaft macht es den bürgerlichen Parteien um so weniger möglich eine ausschließlich kapitalistische Interessenpolitik zu treiben, je mehr die Sozialdemokratie den geschichtlich bedingten Staatsnotwendigkeiten Rechnung trägt. Ich kann hier nicht in extenso auf die einzelnen Probleme der Staatsnotwendigkeiten eingehen. Es genügt festzustellen, daß die prinzipielle Bejahung des Staates eine prinzipiell verneinende Haltung der Sozialdemokratie beispielsweise in der Militärfrage künftig völlig ausschließt. Auch die Probleme der Kolonial-, Handels-, Zoll- und Agrarpolitik werden von der Sozialdemokratie in erheblich höherem Maße als bisher positiv behandelt werden müssen. All das bildet ein großes Feld fruchtbarer Arbeit für die sozialistischen Theoretiker.

Wenn man den Begriff der herrschenden Klassen dogmatisiert, kommt man notwendigerweise zu denselben irrigen Schlußfolgerungen, wie bei der Dogmatisierung des Begriffs des kapitalistischen Klassenstaates. Die Masse der bürgerlichen Wähler hat durchaus keine einheitlichen Klasseninteressen. Je weiter die kapitalistische Entwicklung fortschreitet, desto größere Bedeutung gewinnen die proletarischen Klasseninteressen — die politischen sowohl als die sozialen

und wirtschaftlichen — auch bei einem großen Teil derjenigen Wähler, die bisher der Sozialdemokratie gegenüber eine feindliche Stellung eingenommen haben. Demgemäß muß auch der Staat den proletarischen Klasseninteressen eine wachsende Beachtung entgegenbringen. Der Klassenkampf als solcher kann, solange es Klassengegensätze gibt, nicht ausgeschaltet werden, aber die Formen, in welchen er ausgefochten wird, werden sich ändern. Man darf, ohne einem übertriebenen Optimismus zu huldigen, heute schon damit rechnen, daß nach dem Krieg der politische Kampf bei aller Schärfe, die sich aus den gegenüberstehenden politischen und sozialen Klasseninteressen ergibt, doch nicht mehr in der das ganze öffentliche Leben vergiftenden Weise geführt wird, wie das vor dem Kriege der Fall war. Das politische Leben und der politische Kampf wurden durch den Krieg und die bei diesem gemachten Erfahrungen kultiviert. Die „vaterlandslose Sozialdemokratie" hat aufgehört zu existieren. Andererseits wird aber auch die Sozialdemokratie, indem sie dem Unfug, der bisher mit den Begriffen „Klassenstaat" und „Klassenkampf" getrieben wurde ein Ende macht, ihren Teil zu einer Veredelung des politischen Kampfes beizutragen haben. Sie braucht dabei kein Jota von ihren Grundsätzen preiszugeben. Daß der heutige Staat ein Klassenstaat ist und daß dieser nur durch den Klassenkampf des Proletariats überwunden werden kann, ist eine ökonomisch-historische Binsenwahrheit. Die Frage ist nur, wie der Klassencharakter des Staates zu beseitigen ist. Das aber ist nach allen bisher gemachten Erfahrungen und in Übereinstimmung mit der ökonomisch-historischen Entwicklungstheorie nur auf dem Wege einer allmählichen Umgestaltung möglich. Je größer der politische Einfluß der Arbeiterklasse im Staate ist, um so größere Berücksichtigung werden die proletarischen Klasseninteressen finden und umgekehrt. Damit müssen sich die herrschenden Klassen abfinden, denn das ist der Geschichte ehernes Muß. Die Bedeutung der Masse für die künftige Staatspolitik, — sowohl der inneren als der äußeren — ist in diesem Kriege mit solch elementarer Wucht in die Erscheinung getreten, daß kein seiner Verantwortung bewußter Staatsmann sich darüber künftig hinwegsetzen kann. Auch die bürgerlichen Parteien, die bisher gegenüber der Masse eine politische Geringschätzung übten, werden ihre künftige Politik demgemäß neu orientieren müssen, wenn sie nicht Gefahr laufen

wollen, daß ſie große Teile ihrer bisherigen Wählerſchaft verlieren. Item, unſer ganzes politiſches Leben wird auf eine neue Grundlage geſtellt werden. Die poſitiv bejahende Stellung der Sozialdemokratie zum Staat kann auch nicht ohne Einfluß auf ihre politiſche Haltung gegenüber der Monarchie bleiben. Ein modus vivendi zwiſchen der Sozialdemokratie und der Monarchie gehört mit zu den Vorausſetzungen für die Möglichkeit einer Neuorientierung der deutſchen Politik. Dieſe Dinge darf man als Politiker nicht unter dem Geſichtspunkt des Abſoluten betrachten. Auch die Monarchie iſt eine geſchichtliche Potenz und muß politiſch als ſolche gewertet werden. In Deutſchland iſt die Monarchie eine ſeit Jahrhunderten beſtehende feſteingewurzelte Staatseinrichtung. Man mag in der Theorie ein noch ſo begeiſterter Anhänger der republikaniſchen Staatsform ſein, über die Tatſache, daß die Monarchie in Deutſchland für heute und für eine irgendwie abſehbare Zukunft eine im politiſchen und Verfaſſungs-Leben des deutſchen Volkes feſtverankerte Inſtitution iſt, iſt nicht hinwegzukommen. Der Politiker muß mit ſolchen Tatſachen rechnen, auch wenn ſie nicht in die Theorie ſeines Programmes hineinpaſſen. Jedenfalls ſteht ſo viel feſt, daß die deutſche Sozialdemokratie, wenn ihr ernſtlich an einer Neuorientierung der inneren ſowohl als der äußeren Politik gelegen iſt, an der Exiſtenz der Monarchie nicht achtlos vorübergehen kann. Andererſeits kann auch die Monarchie, wenn ſie nicht ſelbſt an ihren Grundpfeilern rütteln will, ebenſowenig die große ſtaatspolitiſche Bedeutung der Volksmaſſen überſehen, die hinter der Sozialdemokratie ſtehen. Eine wechſelſeitige Annäherung zwiſchen Monarchie und Sozialdemokratie iſt in Deutſchland ebenſo geſchichtlich bedingt, wie eine ſolche zwiſchen dem Staat und der Sozialdemokratie.

Innerhalb der bürgerlichen Geſellſchaft iſt die Frage der Staatsform von relativ untergeordneter Bedeutung für die Arbeiterklaſſe. Es exiſtiert keine Republik, in welcher die ſozialen und wirtſchaftlichen Verhältniſſe erheblich beſſere ſind, als in dem monarchiſch regierten Deutſchland, dagegen gibt es Republiken, in welchen ſie erheblich ſchlechter ſind. Die Monarchie hat auch gar kein Intereſſe daran, ſich in dauernden Gegenſatz zu den geſellſchaftlichen Intereſſen der Arbeiterklaſſe zu ſetzen, ſie iſt in dieſen Dingen ſogar viel unabhängiger, als der gewählte Präſident einer Republik. Jedenfalls

würde die deutsche Monarchie sich selbst den schlechtesten Dienst erweisen, wenn sie sich zum ausschließlichen staatspolitischen Werkzeug der heute herrschenden Klassen mißbrauchen ließe.

Wie groß auch immer die politischen und sozialen Gegensätze sein, und wie weit auch die prinzipiellen Anschauungen über die republikanische und monarchische Staatsform auseinander gehen mögen, als politisch denkende Menschen müssen wir mit den geschichtlich gewordenen und gegebenen Verhältnissen rechnen und darauf unser politisches Handeln zweckmäßig einstellen. Nur auf dieser Basis können die Wünsche und die Hoffnungen des deutschen Volkes auf ein neues, innerlich freies und nach außen starkes Deutschland ihre Verwirklichung finden.

Die Sozialdemokratie als nationale Partei.

Von Wolfgang Heine.

Das Verhältnis der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu den Idealen des Vaterlandes und der Nation bildet eine fast schulgemäße Erläuterung zu der geschichtsphilosophischen Theorie von Marx und Engels, daß „das materielle Sein den Inhalt des Bewußtseins bestimme", daß namentlich die politischen Ideale der Ausdruck wirtschaftlicher Bedürfnisse und Bestrebungen seien, und daß die Not abhängiger Klassen und ihr Streben nach Abschüttelung des Jochs als mächtigste Hebel der politischen Ideen wirken.

Dieselben Forscher Marx und Engels, denen die deutsche Sozialdemokratie ihr wissenschaftliches Rüstzeug verdankt, haben ihr nun als Patenspruch das Wort des kommunistischen Manifestes vom Februar 1848 in die Wiege gegeben:

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben."

Dieser Ausspruch beweist, wie sehr auch eine richtige Theorie bei antithetischer Zuspitzung in die Irre führen kann. Marx und Engels haben geglaubt, gerade mit diesem Satze eine Anwendung ihres Grundgedankens auszusprechen; sie sahen den Arbeiter im schärfsten wirtschaftlichen Gegensatz zu den Klassen, die den Staat beherrschen, von ihnen auch politisch unterdrückt und von der Macht im Staate ausgeschlossen, den sie lediglich als das Instrument der Klassenherrschaft betrachteten. Deshalb nahmen sie an, daß ihm auch die Idee des Vaterlandes fremd bleiben müßte. Diese Voraussetzung aber, die Ausgeschlossenheit des Arbeiters von allen materiellen Lebensbedingungen der Nation, war falsch, war es schon zur Zeit des kommunistischen Manifestes und wird mit der Zeit immer mehr durch die Entwicklung widerlegt. Deshalb muß grade nach der

Marxschen Theorie das Verhältnis des Arbeiters zur Idee des Vaterlandes anders sein, als das kommunistische Manifest annahm.

„Der Proletarier", von dem Marx und Engels reden, ist ein lediglich gedachter Proletarier; er ist konstruiert aus dem Interessengegensatze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der unzweifelhaft im Wesen des wirtschaftlichen Prozesses der kapitalistischen Lohnarbeit liegt, aus der Tatsache, daß das durch die Hand des Arbeiters erzeugte Produkt, auch soweit es über die zur Deckung der Produktionskosten erforderliche Menge hinausgeht, in das Eigentum des Kapitalbesitzers fällt. Aber der wirkliche Arbeiter ist nicht nur Produktionsfaktor im kapitalistischen Wirtschaftsbetriebe, sondern lebendiger Mensch, Mitglied der gegenwärtigen Gesellschaft, Teil des Staates, worin er lebt. Sowie in Gesellschaft und Staat als ganzen genommen nicht ausschließlich und restlos eine bestimmte Produktionsform zum Ausdruck kommt, sondern verschiedene Wirtschaftsstufen und Gesellschaftsorganisationen schichtweise übereinander und nebeneinander gelagert und ineinander gefaltet sind, so auch in dem materiellen Dasein und damit in dem Bewußtsein aller Teile der Gesellschaft, jeder Klasse, ja jedes Einzelnen. Die Gesamtheit der materiellen Lebensbedingungen bestimmt das Bewußtsein, nicht eine Kraft allein wirkt sich darin aus. Dies gilt besonders für das höchst zusammengesetzte Gebilde der vaterländischen und nationalen Empfindungen. Deshalb rechtfertigt der Gegensatz der wirtschaftlichen Interessen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber in der kapitalistischen Produktion noch lange nicht den Schluß, der Arbeiter habe an der Gesamtheit der Tatsachen und der Ideen, die der Begriff Vaterland umfaßt, keinen Anteil.

Außerdem aber wäre grade nach der dialektischen, alles im Fluß und der Entwicklung betrachtenden Grundauffassung dieser beiden Schüler Hegels der Proletarier, der kein Vaterland kennen soll, weil er nichts zu verlieren habe als seine Ketten, nur ein Eintagswesen. Im Augenblick, wo er sich des Gegensatzes zur heutigen Gesellschaft bewußt würde, wo er selbst nach der Herrschaft im Staate strebte, wäre er schon an diesem Staate interessiert; bereits hätte er mehr zu verlieren als seine Ketten, selbst wenn es vorläufig nur Möglichkeiten der Entwicklung wären, die im umgebenden materiellen Dasein begründet lägen. Schon wäre das „Vaterland" für ihn nicht mehr

ein fremdes hohles Wort, sondern ein realer Inhalt. Dies erkennt das kommunistische Manifest auch entschlossen an, wenn es erklärt, daß die Arbeiter durch ihren politischen Kampf „sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren müssen". Der konstruierte „vaterlandslose Proletarier" hebt sich durch die Dialektik seines eigenen Erkennens und Handelns selber auf und verwandelt sich in den realen Arbeiter unserer Zeit, lebend und wirkend in dem, worin das Wesen der Nation besteht, in der Gemeinschaft kultureller Arbeit.

Ich habe mich absichtlich mit diesen Abstraktionen befaßt, um zu zeigen, wie sehr die Marxsche Geschichtsphilosophie, trotzdem das kommunistische Manifest vielfach veraltet ist, doch in ihrem Kern und durch ihre Methode die Korrektur fehlerhafter Anwendungen in sich selbst trägt.

Das Wort, der Arbeiter habe kein Vaterland, hat noch lange in der sozialdemokratischen Agitation gespukt, als längst diese Agitation selbst im Begriffe war, dem Arbeiter ein Vaterland zu schaffen. Solche prägnant zugespitzten Worte haben ein zähes Leben, und so mag man sich nicht wundern, daß auch dieses, trotzdem es mit der Praxis der Sozialdemokratie in Widerspruch stand, immer wieder aufgetaucht ist.

Es sind wahrlich auch genug Dinge geschehen, um es stets wieder zum Leben zu erwecken: die gehässige Bekämpfung alles fortschreitenden Strebens der Arbeiterklasse nach Teilnahme an der Kultur ihrer Nation und staatsbürgerlichen Rechten wußte kein bequemeres Schlagwort zu finden, als daß die Sozialdemokratie eine „vaterlandslose Partei" wäre. Kämpfte der sozialdemokratische Arbeiter gegen die politischen Formen dieses Staates, der ihm gleiches Recht versagen wollte, gegen die gesellschaftlichen Zustände, denen die Tendenz innewohnt, ihn immer tiefer zu drücken, wenn er nicht durch die verbundene Kraft seiner Klasse eine stärkere Gegenwirkung auszuüben verstünde, so antwortete man ihm, daß er sich damit außerhalb des Staates und der Gesellschaft stellte, und kein Recht hätte, einen Einfluß auf sie zu verlangen. So flogen die erhitzten Worte hinüber und herüber, und auch das vom „Arbeiter ohne Vaterland" wurde immer wieder angerufen. Aber es gleicht einem abgeschiedenen Geiste und wird als solcher auch — auf der einen oder der anderen Seite

— immer von denen zitiert, die das Lebendige durch das Tote verscheuchen möchten.

Der Arbeiter *hat* ein Vaterland; er vor allen, denn grade er wurzelt im materiellen Dasein seiner unmittelbaren örtlichen und zeitlichen Umgebung. Zunächst in seiner wirtschaftlichen Existenz. Ist der Industriearbeiter auch nicht mehr wie der Landmann mit der Scholle selbst verknüpft, so ist doch auch er durch seine Arbeit an die Heimat gebunden, durch seine wirtschaftlichen Kämpfe an seine Umgebung gekettet. Und zwar wird diese Verbindung um so enger, je mehr er sich mit seinen Klassengenossen zur Vertretung gemeinsamer Interessen zusammenschließt und ein bewußtes Klassengefühl erwirbt. Der Spruch: „Wo mir's gut geht, da ist mein Vaterland" ist das Bekenntnis des Vagabunden, also nach der Ausdrucksweise von Marx des „Lumpenproletariers" oder des egoistischen Genußmenschen ohne Pflichtgefühl, aber nicht des sozialistischen Arbeiters, dessen stärkste Empfindung das Solidaritätsbewußtsein ist.

Diese Gebundenheit an die Heimat gilt für den Arbeiter in weit höherem Grade als für den Angehörigen der herrschenden Klassen. Die wirtschaftliche Existenz des Besitzenden ist dank den beweglichen Formen, die das Kapital angenommen hat, nicht entfernt in dem Maße an die nächste Umgebung geknüpft, wie die des Arbeiters. Kapital als solches, wenn man von der persönlichen Tätigkeit des Leiters absieht, der ja nicht selbst der Kapitalist zu sein braucht, läßt sich vom Schreibtische aus hierhin und dorthin lenken, wo gerade seine werbende Kraft am höchsten ist; der Arbeiter muß sich selbst, seine materielle und geistige Persönlichkeit an Ort und Stelle einsetzen, um zu schaffen und sich zu erhalten.

Darum hat der deutsche Arbeiter das größte Interesse an dem Gedeihen des Wirtschaftslebens seines Volkes. Was der deutsche Boden erzeugt, kann die siebzig Millionen Bewohner und ihre wachsende Nachkommenschaft nicht nähren und kleiden. Die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, die Ausfuhr von deutschen Industrieerzeugnissen sind das, wodurch auch der Arbeiter existiert, was ihn in die Lage gesetzt hat, seine Lebenshaltung zu erhöhen, seine Organisationen auszubauen und im eigenen Lande seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluß zu verstärken. So scharf der Gegensatz zwischen dem Arbeiter und dem Arbeitgeber in Lohnfragen sein mag,

in der Erhaltung und Erweiterung des Absatzes ihrer Erzeugnisse haben sie ein gemeinsames Interesse. Diese Interessengemeinschaft auf dem internationalen Markte wird auch nicht dadurch aufgehoben, daß in anderen Richtungen, z. B. in der Frage des Lohnes und der Arbeitsbedingungen, die Gemeinsamkeit der Interessen des deutschen Arbeiters mit denen der ausländischen Berufsgenossen für ihn noch stärker ins Gewicht fällt. Übrigens kann es sogar auf diesen Gebieten eine Art Interessengleichheit der deutschen Arbeiter und Kapitalisten geben, denn soziale Gesetzgebung und bessere Löhne für die ausländischen Arbeiter sind Gegengewichte gegen die Unterbietung deutscher Erzeugnisse auf dem Weltmarkt und nützen nicht nur deutschen Arbeitern, sondern auch deutschen Kapitalisten. Grade das Wirtschaftsleben, das die Klassengegensätze erzeugt, verknüpft den Arbeiter auf das engste mit der Sache des Volkes. Erlitte Deutschland im jetzigen Kriege eine militärische und wirtschaftliche Niederlage, wie ihm von seinen Feinden zugedacht ist, müßten der deutsche Kaufmann und die deutsche Ware vom Weltmarkte verschwinden, so würden die deutschen Arbeiter dies am schneidigsten und härtesten empfinden. Ihre Arbeitsgelegenheit würde sich verringern, das Angebot der Hände sich steigern, der Lohn sinken; damit würden die Organisationen schwach werden und ihre Widerstandskraft nachlassen, was wieder erhöhten wirtschaftlichen Druck bedeuten würde. Schließlich würde den deutschen Arbeitern nichts übrig bleiben, als massenhaft auszuwandern, d. h. die wirtschaftlichen und kulturellen Errungenschaften ihrer Heimat dauernd aufzugeben und an anderem Orte völlig von vorn anzufangen; und dies unter den ungünstigsten Bedingungen, bedrängt von der Konkurrenz kulturell tiefer stehender Rassen. Wahrhaftig, der deutsche Arbeiter weiß, welchen gegenwärtigen materiellen Interessen zuliebe er dies Vaterland verteidigen hilft.

Der Sozialdemokrat denkt dabei aber auch über die nächste Zukunft hinaus an die Idee der Gesellschaft als Produktionsgemeinschaft. Wie sollte ein wirtschaftlich verkümmertes in sich zerrissenes Deutschland die Kraft und Entschlossenheit finden, sein Wirtschaftsleben im sozialistischen Sinne neu zu organisieren? —

Noch mehr aber als das wirtschaftliche Dasein ist das geistige Leben des Arbeiters an den heimatlichen Kreis, an die Muttersprache gebunden. Er kennt nur diese eine Sprache, in ihr hat er die geistigen

Grundbegriffe erworben, ist sein Denken erwachsen, in ihr bewegt sich alles Geistige, das ihn erfüllt und erhebt. Auch dies gilt von den Arbeitern viel mehr als von den Angehörigen der besitzenden Klassen, die schon durch die Gewohnheit des Reisens und die Möglichkeit sich Sprachkenntnisse zu erwerben, die Fähigkeit und den Antrieb finden, sich Geistiges auch im fremdländischen Gewande anzueignen. Je mehr der Arbeiter aus dem Materiellen ins Geistige strebt, je mehr ihn ein wirkliches Kulturbedürfnis erfüllt, um so mehr Zusammenhang und Zusammenleben gewinnt er mit seinem Vaterlande, mit seiner Nation.

Denn in der gemeinsamen Kulturarbeit liegt das Wesen der „Nation", das, wodurch dieser erst seit hundert Jahren zum Schlagworte gewordene Begriff sich hinaushebt über einfaches Heimatsgefühl und über den schon eine Stufe höher stehenden Staatspatriotismus.

Die in einfachen, sich ewig gleichbleibenden Verhältnissen dahinvegetierenden barbarischen Nomaden oder Ackerbauer kennen weder Vaterland noch Nation in unserem Sinne. Sie lieben ihre Heimat, vielleicht ihren Stamm, mit dem sie durch Blutsbande verknüpft sind. Sie sind nicht einmal gegen die Aufnahme fremden Blutes sehr abschließend. So wie ihre primitive Wirtschaftsführung unverändert bleibt, ändern sie sich selbst nicht, gleichgültig, welche Herren über ihnen sitzen, wem sie fronden und zinsen. Die Stürme der kriegerischen Eroberer brausen über sie hinweg, sie tauschen von den Herren, die über sie herrschen, deren Sprache ein, ohne daß sie das Gefühl hätten, damit etwas zu verlieren. Sie geben auch nichts auf von dem vegetativen Dasein, das in ihren einfachen Wirtschaftsformen begründet ist.

Wo sich dann größere Staatswesen unter der Führung einer kriegerischen Herrenkaste bilden, verteidigt diese ihre staatliche Organisation, und es entwickelt sich auch in den Kreisen der Beherrschten ein Gefühl der Pflicht ihrem Staate gegenüber, der „Patriotismus". Oft vielleicht zunächst nur als Ausfluß erzwungenen Dienstes; je mehr aber das Volk selbst an der Erhaltung eben dieses Staates interessiert ist, auch in bewußter freier Hingabe an die Idee des Vaterlandes. Die freien Bürger der antiken und mittelalterlichen Stadtgemeinde, die Junker und Bauern des Staates Friedrichs des Großen sind „patriotisch". Seine volle hinreißende Bedeutung aber erreicht das Wort, als das durch die Revolution befreite französische Volk sich in Massen erhebt, um sich selbst, seine neu erworbenen Rechte, seine

Ehre und seinen Stolz gegen die „horde d'esclaves, de traîtres de rois conjurés" zu verteidigen. „Patriot" und „Demokrat" werden gleichbedeutend, eine Ideenverbindung, die noch durch die Zeit der Freiheitskriege und in die folgende Reaktionsperiode hinein fortlebt.

Der Staat ist eine Organisation zu Schutz und Schirm der Staatsbürger, dessen Dasein für jeden Sinn und Wert hat, der staatsbürgerliche Rechte besitzt oder erkämpfen will. Zugleich ist er das Arbeitsgebiet, auf dem das Gemeinschaftsstreben zusammenhängender Klassen oder Interessenkreise und ihr Kampf gegen widerstrebende Kräfte sich betätigt. Mit dem Maße der Teilnahme an dem staatsbürgerlichen Leben wächst die Verbundenheit mit dem Vaterlande.

Schon aus diesem Grunde wäre es für den sozialdemokratischen Arbeiter ganz absurd, die Bedeutung zu verkennen, die das deutsche Vaterland für ihn hat. Die sozialdemokratische Partei selbst ist eine Frucht und ein Teil dieses deutschen Reiches, ist untrennbar mit ihm verbunden, steht und fällt mit ihm. In ihrer Geschichte, ihrer Entwicklung, ihrer Zusammensetzung und Agitation spiegelt sich das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht zum Reichstage wider, unter dem sie groß geworden ist. In ihrer Organisation und Disziplin klingen Töne an, aus den Überlieferungen des Militär- und Beamtenstaates, seiner Arbeitslust, wie freilich manchmal auch seiner Enge und Schwerfälligkeit. In den durch die Reichsgesetzgebung geschaffenen sozialen Körperschaften, z. B. den Krankenkassen, den Schiedsgerichten der Arbeiterversicherung, den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten üben seit Jahrzehnten sozialdemokratische Arbeiter eine bestimmende fruchtbare Tätigkeit aus; nicht minder aber in den Volksvertretungen der Bundesstaaten und in den Gemeindeverwaltungen. Diese ganze Arbeit ist ein Teil des Lebens unseres deutschen Bundesstaates, ebenso wichtig für diesen wie für die deutsche Arbeiterschaft. Auch die freien Körperschaften der Arbeiter, ihre Gewerkschaften, ihre Konsumgenossenschaften, die von ihnen geschaffene Lebensversicherung „Volksfürsorge" sind gewachsen auf dem Boden dieses deutschen Staates, dieses durch ihn herangebildeten Volkes. Gewiß haben Reich und Bundesstaaten diese Schöpfungen keineswegs gefördert, vielmehr nach Möglichkeit gehemmt, und die Sozialdemokratie mußte mit einer scharf feindlichen Stellung gegen den Staat darauf antworten. Aber was die Arbeiter in allen diesen Rich-

tungen dem Staate zum Trotz für das materielle und geistige Dasein des Volkes leisteten, hat sich als ein wahrhaft vaterländisches Werk erwiesen. Es hat beigetragen, das ganze Volk zu kräftigen und zu erziehen, mit Pflicht- und Solidaritätsgefühl zu erfüllen, und ist in der schweren Gefahr dieser Zeit zu einem Dienste für den Staat selbst, zur Rettung für das Vaterland geworden.

Dieser staatserhaltende Charakter der sozialdemokratischen Politik ist auch eine selbstverständliche Folge aus der sozialistischen Idee als solcher. Der Sozialdemokrat muß die Einrichtungen des „Klassenstaates", die im Interesse der besitzenden und herrschenden Kreise angelegt sind und gehandhabt werden, bekämpfen, aber die Idee des Staates selbst, d. h. der bewußt organisierten Gesellschaft, kann grade er am wenigsten ablehnen. Läuft doch das sozialistische Endziel darauf hinaus, immer weitere Aufgaben der Privatwillkür zu entziehen, sie im Interesse der ganzen Gesellschaft zu ordnen und sie dem Staate zu übertragen. Freilich einem von der Klassenherrschaft befreiten Staate; aber diese Befreiung ist nur zu erreichen, indem der Staat schrittweis zu diesem sozialen Werke erzogen wird. So starr der Klassencharakter des heutigen Staates auf manchen Seiten seiner Verfassung und Tätigkeit zutage tritt, sind doch auch in ihm bereits Anfänge einer Entwicklung zum sozialen Staat nicht zu verkennen. Es liegt, wie gesagt, eine Entwicklungsschicht über der anderen und ist in sie verfaltet. Wer möchte entscheiden, ob das Verständnis, das die sozialistische Staatsidee grade im deutschen Volke gefunden hat, mehr der Grund oder vielleicht mehr die Folge dieser Anfänge sozialer Gestaltungen in unserem Staatsleben gewesen ist? Jedenfalls: keiner Partei liegt die Einsicht in die Bedeutung des Staatsbegriffes mehr im Gange ihrer folgerichtigen Entwicklung, als der Sozialdemokratie; sie ist die ihrem Prinzip nach eigentlich „staatserhaltende" Partei, indem sie über den Herrschaftsbedürfnissen der Klassen den Staatsgedanken als solchen zum Siege führen will.

Selbstverständlich zeigt das Staatsgefühl des sozialistischen städtischen Arbeiters ein anderes Gesicht als das des Gelehrten, oder des Soldaten oder des Landwirtes. Der Landkartenpatriotismus, der am Schreibtische die Länder zusammensucht, deren Erwerb er seinem Staate wünscht, mag durchaus ehrlich und uneigennützig sein, das sich aufopfernde Draufgängertum des Berufsoffiziers, den der Dienst des

Vaterlandes mit seiner persönlichen und Standesehre verschmilzt, ist ganz gewiß echt. Tiefer aber und mehr ein Ausfluß der eigentlichen Staatsidee ist es, wenn der sozialdemokratische Arbeiter, der aus Menschlichkeitsempfinden das Waffenhandwerk grundsätzlich verwirft, der keine Eroberungen will und keine eigene Scholle zu verteidigen hat, gleichwohl aus dem ihm selbstverständlichen Solidaritätsgefühl seine Pflicht im Felde tut. Gewiß verteidigt auch der Landwirt den Staat mit Hingabe. Aber die Erfahrungen bei der Nahrungsmittelversorgung haben gezeigt, daß viele Agrarier durch ihren Patriotismus nicht abgehalten worden sind, mehr an sich und ihr Vieh zu denken als an die Ernährung des ganzen Volkes und die Rettung des Staates vor dem äußeren Feinde. Wir begreifen dies als den Ausdruck eines in der Einzelwirtschaft erzogenen Geistes; wertvoller aber und der Staatsidee entsprechender ist die Selbstverständlichkeit, mit der der sozialistisch erzogene Arbeiter sich allen Vorschriften im Interesse der Volksernährung willig einordnet und nichts verlangt als Gleichmäßigkeit der Handhabung und Schutz vor Ausbeutung. Gewiß haben auch andere politisch Gebildete dieselbe Gesinnung; aber auch dem schlichtesten sozialdemokratischen Arbeiter ist sie die natürliche Folge aus seiner Weltanschauung und seinem Staatsbegriff.

Es ist wichtiger diese Verschiedenheit in den Äußerungen des Patriotismus zu verstehen, als nutzlose Verurteilungen auszusprechen.

Solch verständnisloses Aburteilen gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist es gewesen, was in dieser immer wieder aufs neue eine Art grundsätzlicher Feindschaft gegen den Staat erweckt hat. Nicht weil das Wort „der Arbeiter hat kein Vaterland" vor fünfzig Jahren von Marx gebraucht worden war, wurde es auch von Sozialdemokraten gelegentlich wiederholt, so sehr es im Gegensatz zu ihrem praktischen Wirken stand, sondern weil der Staat und die herrschenden Klassen alles, was von sozialistischem Gemeinschaftsgefühl durchtränkt war, die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften und die Arbeiterbildungsbestrebungen, sogar die segensreiche schöpferische Arbeit, die die Sozialdemokratie in den Krankenkassen geleistet hat, gehässig verfolgten und damit immer aufs neue eine Kluft zwischen der Arbeiterschaft und dem Staate aufrissen; und dies alles trotz ja grade wegen der lebendigen gegenwärtigen Arbeit des Sozialismus im Staatswesen.

Dies muß ausdrücklich gesagt werden, gerade wenn man wünscht, daß die Entfremdung von Arbeiterschaft und Staat überwunden werde. Vor allem ist es die Sache der Herrschenden und Mächtigen, die vom Sturmwind des Krieges aufgerissene Tür, durch die sie bisher die sozialdemokratischen Arbeiter vom Vaterlande abgesperrt hatten, für die Dauer offen zu halten. Die Stellung der Sozialdemokratie zur heutigen Form des Staates kann dabei nicht ins Gewicht fallen. Diese Form darf nicht als seine letzte Gestalt angesehen werden und ist so wenig unantastbar wie jedes geschichtliche Gebilde. Diesen Staat zu einer höheren Gestalt entwickeln zu wollen, ist wahrer Patriotismus. Wer in politischen Kämpfen sein Bestes für die Entwicklung des Staates einsetzt, muß als Patriot auch von denen anerkannt werden, die anderes wollen. Das Staatsgefühl als solches ist es, was entscheiden und was auch die verschiedenen Parteien verbinden muß, zur Erhaltung nicht etwa einzelner, gegebener Staatsformen, sondern des Staates als Ganzen, zur Durchführung der Staatsidee.

Ich habe aber bereits gesagt, daß das, was den deutschen sozialdemokratischen Arbeiter am innigsten mit seinem gesamten Volke und seinem Vaterlande verbindet, noch eine Stufe höher liegt als die Zugehörigkeit zu dem immerhin vergänglichen Staatsgebilde, in dessen Rahmen sein wirtschaftliches und politisches Wirken sich abspielt, nämlich in der Teilnahme an der Kulturarbeit der Nation.

„Kultur" in diesem Sinne ist das, worin die Menschheit über ihre animalische Grundlage hinaus zur Erhöhung der menschlichen Art, zur Erweiterung und Vertiefung ihres Geistes strebt, sich vom Vergänglichen zum Ewigen zu erheben sucht, mag dies Streben nun, wie in der Vergangenheit, vorwiegend religiös oder künstlerisch gefärbt sein, oder mag es sich der wissenschaftlichen Erfassung der Welt zuwenden. In dieser Begrenzung bekommt das viel gemißbrauchte Wort einen klaren Sinn, der sowohl Wurzel und Ziel der Kulturarbeit, als ihre einzelnen geschichtlichen Erscheinungen verständlich macht.

Dieses Kulturstreben ist seinem Begriffe nach eine Bewegung der menschlichen Art für die Art, ein Gemeinschaftswerk. Die Gemeinschaft aber, in der diese gleichgerichtete geistige Arbeit ihre besondere Gestalt annimmt, ist die „Nation". Während der „Staat" nur die Zusammengehörigkeit zu derselben Organisation voraussetzt, bezeich-

net die Zugehörigkeit zur „Nation" in diesem Sinne ein geistiges Zusammenleben. Im rein „nationalen" Staate mag beides zusammenfallen, im „Nationalitätenstaat", der verschiedene nationale Kulturen zu gemeinsamer staatlicher Arbeit verbindet, wird der Unterschied offenbar.

Nation ist nicht Rassengemeinschaft, wenn auch Gleichheit der Rasse die nationale Arbeit erleichtern kann. Eher ist nationale Gemeinschaft an die Sprache gebunden, die die Trägerin der geistigen Arbeit zu sein pflegt. Ganz ausnahmslos gilt auch dies nicht, wie die Juden beweisen, von denen viele an der besonderen nationalen Kultur und Arbeit des Judentums teilnehmen, die die alte gemeinsame Sprache nicht mehr kennen.

Das Wesentliche ist das Bewußtsein der gemeinsamen Kulturarbeit, des gemeinsamen Dienstes des Geistes. Dies schafft das Nationalgefühl, das die Menschen stärker zusammenschließt als Heimatsgefühl und Staatsidee, das die politischen Grenzen der Staaten überspringt und die in den Weltteilen Verstreuten verbindet. Je eigenartiger sich in einem bestimmten Kreise das geistige Streben gestaltet hat, desto stärker ist das nationale Gefühl. Je mehr der einzelne an der geistigen Arbeit teilnimmt, desto enger fühlt er sich seiner Nation verbunden. Massen, die von dem geistigen Leben ihres Volkes ausgeschlossen sind, denen die Teilnahme an dessen Kultur versagt ist, können kein Nationalgefühl im eigentlichen Sinne haben, das sich vielmehr überall wo es auftrat zunächst an die Kreise der geistigen Arbeit geknüpft hat. Darum hat der ärmste Ostjude sein jüdisches Nationalgefühl bewahrt, weil er an der geistigen Arbeit seines Volkes teilnehmen kann, die sich dort im wesentlichen noch auf das Studium der religiösen Schriften beschränkt. Darum wird der deutsche Jude zum Deutschen, auch wenn er selbst „so ganz nur Jude scheinen will", denn er nimmt hervorragenden Anteil an der deutschen Geistesarbeit. Darum würden die deutschen Arbeiter die nationale Idee nicht verstehen, wenn sie wirklich die von aller Kulturgemeinschaft ausgeschlossenen Proletarier wären, als die das kommunistische Manifest sie gesehen hat. Darum werden sie jetzt selbst zur nationalen Klasse, weil sie teilnehmen an der deutschen Geistesarbeit.

Die Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Deutsch-

lands ſind in einem ganz hervorragenden Maß auf das Kulturelle in dieſem Sinne gerichtet. Die Gewerkſchaften führen ihre Kämpfe um beſſere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht bloß dieſen Zielen zuliebe, ſondern unter dem Geſichtspunkte der Befreiung und Erhöhung des inneren Lebens der Arbeiter. Die von Sozialdemokraten geleiteten Konſumgenoſſenſchaften beſchränken ſich nicht auf billigeren Einkauf, ſondern erweitern und fördern den Geſchmack, den Sinn für ſittliche Lebensführung, namentlich für geordnetes Familienleben. Die politiſchen Ziele der Sozialdemokratie ſind wiſſenſchaftlich orientiert, auf eine allgemeine Weltanſchauung gegründet und erſtreben eine Geſellſchaft, in der „das Menſchenkind zu blühen und ſingen wieder Muße hat“. Die Zeitungen der Sozialdemokratie, mit ſo ſchwierigen Verhältniſſen ſie kämpfen, bemühen ſich, wiſſenſchaftliche Ehrlichkeit und ſittlichen Ernſt mit den politiſchen Kämpfen zu verbinden, halten ſich von den Auswüchſen der auf Geldgewinn gerichteten Senſationspreſſe frei und bringen dieſen Zwecken die größten finanziellen Opfer. Eine Klaſſe, die in einem ſo hohen Maße von dem Streben nach menſchlicher Vervollkommnung alſo nach Kultur erfüllt iſt, ſteht auf dem Boden ihrer Nation. Nicht ohne Grund nennt Friedrich Engels die deutſche Sozialdemokratie die Erbin der deutſchen klaſſiſchen Literatur und Philoſophie.

Die deutſchen Arbeiter wiſſen, wie eng ihr ganzes Streben mit dem deutſchen Geiſtesleben verbunden iſt. Mit Stolz empfinden ſie auch den Sozialiſten der anderen Nationen gegenüber, daß in Deutſchland die wiſſenſchaftliche Begründung des heutigen theoretiſchen und praktiſchen Sozialismus ausgebildet iſt, und ihre Wiſſenſchaft lehrt ſie, daß dieſes von den Feſſeln der Vergangenheit befreite geiſtige Streben auf dem materiellen Unterbau des geſamten wirtſchaftlichen und politiſchen Lebens ihres Volkes ruht.

Damit aber iſt der deutſche ſozialdemokratiſche Arbeiter davor geſchützt, daß ſein Nationalgefühl ſtecken bleibe in den Niederungen von Raſſenvorurteilen, von Sprachſtreitigkeiten, von Zänkereien um die ſtaatliche Futterkrippe. Die Macht, die der deutſche Arbeiter für ſein Volk erſehnt, iſt die Macht des deutſchen Geiſtes, die nicht davon abhängig iſt, daß die deutſchen Grenzpfähle in die Gebiete fremder Völker vorgeſchoben werden, ja die ſich davor ſcheuen muß, durch nationale Reibungen innerhalb des Reiches geſchwächt zu werden.

Das nationale Empfinden des deutschen Sozialdemokraten kann deshalb auch nicht die Achtung vor dem Nationalgefühl der anderen Völker verlieren. Zugleich aber bleibt er sich bewußt, welcher tiefe innere Zusammenhang, so wie in dem Wirtschaftsleben der europäischen Nationen untereinander, auch in ihrem geistigen Sein besteht. Der Geist ist eine gemeinsame Sache der Menschheit, die Herstellung seiner Herrschaft über die Materie das eigentlich Menschliche, das die Völker verbindet. Darauf beruht der „Internationalismus" der deutschen Arbeiter. Darum halten sie sich auch in den Stürmen und Wirrnissen dieses Krieges frei von den Ausschreitungen eines Völkerhasses, der den Blick nicht über den Augenblick hinaus auf die Zeit zu richten versteht, die nach dem Kriege kommt und das Geistige wieder in seine Rechte einsetzen wird.

Gerade aber durch diese besondere Färbung erweist sich ihr Nationalgefühl als urdeutsch, als echter Sprößling des alten großen deutschen Geisteslebens, unserer Literatur und Philosophie von Kant und Fichte, Goethe und Schiller bis zu Nietzsche und den großen Bahnbrechern der internationalen Technik und Naturwissenschaft. Dieses Gefühl für die internationalen Zusammenhänge der Kultur ist keine Schwäche, sondern eine Stärke des deutschen Geistes, und es bleibt ein Ruhm der deutschen Arbeiterschaft und zeugt von ihrem Weitblick, daß sie es auch in der Gegenwart nicht verloren hat. Mag sein, daß dies noch nicht in allen Kreisen des deutschen Volkes richtig verstanden worden ist; die Zukunft wird der sozialdemokratischen Arbeiterschaft recht geben: Maß und Würde sind mit Kraft in der Vertretung der nationalen Interessen nicht nur vereinbar, sondern deren wahrster Ausdruck.

Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter haben sich in dem Augenblick, wo eine fürchterliche Gefahr das politische, wirtschaftliche und kulturelle Dasein Deutschlands bedrohte, auf die Seite ihres Vaterlandes gestellt, und haben dies getan, trotz allem Bitteren und Trennenden, das sie erlebt hatten. Dies hat vielen die Augen geöffnet: manchem in der Sozialdemokratie, der durch Kränkungen oder theoretische Abstraktionen zur Idee des Vaterlandes in einen Gegensatz geraten war, worin sich doch im Grunde nur gekränkte Liebe aussprach; vielen in den anderen Lagern, die meist ohne Nachdenken und ohne sich die Folgen zu vergegenwärtigen, diesen strebsamsten, jugend-

frischesten Teil des deutschen Volkes außerhalb des Vaterlandes zu stellen pflegten.

Die Folgen dieser politischen Blindheit sind schon schlimm genug geworden. Dies gehässige Gerede hat beigetragen, Deutschlands Feinde in den Wahn zu versetzen, die „vaterlandslosen" deutschen Arbeiter würden ihnen zur Hilfe kommen, und hat dadurch unzweifelhaft den Krieg herbeiführen helfen. Welches Ende Deutschland genommen hätte, wenn die sozialdemokratische Arbeiterschaft, verbittert durch so viel Unrecht und Beschimpfung sich von der Sache ihres Volkes getrennt hätte, läßt sich nicht ausdenken. Sie hat klarer gesehen und hilft das Vaterland zu retten. Aber was das Erlebnis hoher Aufwallung in großer Stunde gewesen ist, das zu einem dauernden Bestandteil des Lebens der Nation werden zu lassen, ist Pflicht des gesamten Volkes. Man hüte sich, die Hand, die unsere Nation geschützt hat, zurückzustoßen, die Seelen, die das Vaterland gefunden haben, zu enttäuschen. Man glaube nicht, daß ein Volk, das solche Opfer für den Staat gebracht hat, sich künftig begnügen würde, willenlos die Folgen einer Politik zu tragen, an der es nicht selbst bestimmend teilnehmen könnte. Denn aus den realen Tatsachen des Lebens entsprießen die Gefühle des Volkes. War es im Augenblick die drohende Gefahr, die die vaterländische Erhebung der sozialdemokratischen Arbeiter hervorgerufen hat, so müssen nunmehr die inneren Lebensverhältnisse des Reiches das ihrige dazu tun, dies heilige Feuer zu erhalten. Nur wer dies begreift, bewährt das richtige nationale Verständnis und Pflichtgefühl.

Die Partei der Schützengrabenkämpfer.

Von Ludwig Haas.

Die Überschrift habe ich nicht ersonnen. Der Herausgeber dieses Werkes hat mir nahe gelegt, meine Meinung über „Die Partei der Schützengrabenkämpfer" zu sagen.

Keine einheitliche Partei wird aus dem Felde heimkehren; nie wird es eine Partei der Schützengrabenkämpfer geben; aber ein Stück gemeinsamen Geistes und gemeinsamen Denkens bringen unsere Soldaten mit nach Hause; die Parteien werden durch sie beeinflußt werden und mancherlei Wandlung nach dem Kriege erfahren.

Nur wenige werden unter dem Eindruck des Krieges die Grundlagen ihres politischen Denkens völlig geändert haben. Der Sozialist wird als Sozialist nach Hause kommen; der Demokrat bleibt Demokrat und der Konservative konservativ. Gar viele sind sogar durch den Krieg in ihrer politischen Grundstimmung bestärkt worden und blind wäre der, der nicht begreifen wollte, daß, wie man nun einmal unter dem Einfluß von Erziehung, Familie, Religion und Parteiprogramm die Dinge des Staates zu sehen gewohnt war, der eine aus dem Kriege konservative und der andere demokratische Lehren ziehen wird.

So werden wir nach dem Kriege den Kampf der Parteien wieder haben; der Burgfriede, heute schon nur mit Mühe zu erhalten, bricht am Tage nach dem Friedensschluß zusammen. Darüber braucht man nicht traurig zu sein. Ein Volk, wie das deutsche, das den Glauben an seine Zukunft hat, das vom Willen beseelt ist, ein starkes und gerechtes, kulturell und ökonomisch vorbildliches Staatswesen zu besitzen, ein Volk der Bildung und Arbeit wird Politik treiben, weil es sein Vaterland liebt. Je tiefer die Vaterlandsliebe, desto größer die Anteilnahme an den Fragen des Staates; das Staatsbürger-

bewußtsein, das sich im Kriege tausendfach bewährt hat, setzt sich im Frieden in politische Arbeit um.

Das aber wird nie möglich sein, daß eine einheitliche Meinung in politischen Fragen bestehen wird. Es werden zudem nach dem Kriege eine solche Fülle neuer Probleme der auswärtigen Politik und der inneren Politik, insbesondere auch auf wirtschaftlichem und steuerlichem Gebiete an uns herantreten, daß der Kampf der politischen Meinungen unausbleiblich ist. Freuen wir uns des Kampfes, der aus unserer Stärke fließt. Nur kein phantastischer und weinerlicher Pazifizismus des politischen Lebens!

Und doch bringen die Kämpfer ein Band der Einheit und des Sichverstehens, des Vertrauens und der Versöhnung aus dem Osten, aus Flandern und Frankreich mit in die Heimat; sie werden vielleicht stärker, als die Führer es ahnen, den Geist der Parteien beeinflussen.

Am meisten haben die Feldgrauen umgelernt; die daheim sprachen vom „Umlernen"; aber gar viele dachten dabei nur an die anderen im stolzen Bewußtsein, selbst im Besitze der allein seligmachenden politischen Lehre zu sein. Daheim war vom wahrhaftigen Umlernen allzuviel nicht zu merken; fing man doch schon bei der Erörterung über die Friedensziele wieder an trotz aller Dämpfung durch die Zensur, sich gegenseitig die Vaterlandsliebe abzusprechen. Daß man für allerlei Pläne die Armee für sich in Anspruch nahm mit der rührseligen Frage: „Was werden unsere braven Truppen sagen?", war auch ein Beweis, daß man daheim nicht einmal gewillt war, kränkende und unehrliche Methoden der Diskussion aufzugeben. Die Truppen draußen waren nämlich so frei, über die Friedensziele genau so verschiedener Meinung zu sein, wie die Bürger zu Hause, und keiner hätte als ehrlicher Mann es unternehmen sollen, die gesamte deutsche Armee auf dem Papier für seine mehr oder weniger zeitgemäßen Ideen marschieren zu lassen.

Darin allerdings schien mir bei der kämpfenden Truppe eine gute Übereinstimmung zu herrschen, daß Kampf und Standhaftigkeit wichtiger sei, als die Erörterung der Friedensziele.

Vor allem aber — und das soll das beste Stück des neuen Geistes sein — hat der Soldat im Felde gelernt, daß die Vaterlandsliebe nicht der Alleinbesitz irgendeiner Partei ist, daß sie aus allen Par-

teien mit gleicher Liebe zu Volk und Vaterland zu den Fahnen kamen, und daß Konservativer und Sozialdemokrat, Zentrumsmann und Liberaler, in gleicher Weise ihr Bestes gegeben haben im Kampfe um Deutschlands Sein und Zukunft. Daraus wird ein Programmpunkt jener nie entstehenden, und doch im Stillen wirkenden Partei der Schützengrabenkämpfer herauswachsen: Ein Halunke, wer im politischen Kampfe dem anderen die Vaterlandsliebe bestreitet!

Mit der Erkenntnis aber, die den Männern draußen der Krieg gegeben hat, daß die Vaterlandsliebe Gemeingut aller Parteien ist, ist unendlich viel gewonnen. Im Kampfe der Parteien mindert sich der persönliche Zank und jene phrasenhafte Betonung des Patriotismus, die mit wahrer Vaterlandsliebe ja doch nichts gemein hat. Der Parteikampf wird das, wozu in Wahlkämpfen kluge und weitblickende Gegner ihn schon früher gemacht haben: ein sachlicher Kampf um Meinungen und Weltanschauungsfragen in Achtung vor der Überzeugung der Andersdenkenden.

Gelingt es aber, die politische Arbeit in diesem Geiste zu führen, dann ist auch die Brücke zu gemeinsamer Arbeit unter den Parteien viel leichter zu schlagen als ehedem, wo gar zu oft persönliche Stimmungen und Verstimmungen die Politik beeinflußten. Der Wille, ganze Parteien selbst da, wo ihre Mitarbeit sachlich erwünscht wäre, von der Mitarbeit auszuschließen, wird geschwächt; gestärkt wird das Bewußtsein von der Notwendigkeit, das gesamte Volk durch seine Vertreter zur Arbeit und zur Verantwortung heranzuziehen. Noch mehr kann uns der neue Geist verschaffen: Er kann die recht oft geübte kleinliche Art parlamentarischer Taktik, sich — gegen die bessere Überzeugung — populär zu machen und den Gegner nach Möglichkeit zu kompromittieren, ausschalten; er kann die parlamentarische Arbeit mit dem Willen erfüllen, daß nur die Staatsnotwendigkeiten und das politische Bedürfnis die Entschließungen bestimmen dürfen.

Es ist nicht möglich, in allen Einzelheiten vorauszusehen, wie der gute Geist der gegenseitigen Achtung, wie das Bewußtsein, daß wir e i n s waren in schweren Tagen, wirken wird. Aber das wissen wir: Wenn wir ihn erhalten — und die Männer von draußen sorgen dafür — dann wird eine gute Zukunft in diesem Geiste geschaffen.

Zu dem Glauben aber, daß die Männer, die vor dem Feinde ſtanden, die Arbeit mit dieſem Geiſte erfüllen, berechtigt uns nicht nur die Tatſache, daß Tapferkeit, Standhaftigkeit und Hingabe an das Vaterland allen Parteien gemeinſam war, und daß die draußen das täglich erlebten. Mehr als das: die Kameradſchaft, die an der Front kein leeres Wort war, umſchloß die Angehörigen der verſchiedenen Parteien. Der Zentrumsmann und der Sozialdemokrat, die in langen Monaten Freunde waren und ſich in Not und Gefahr erkannt haben, haben begriffen, daß hinter dem politiſchen Bekenntnis des anderen Werte, Kräfte und Überzeugungen ſtehen, die verächtlich zu machen keiner ein Recht hat. Der Demokrat aber erlebte die Kraft preußiſcher Tradition, und der Junker erkannte den Wert des durch demokratiſche Gedanken gezeugten Staatsbürgerbewußtſeins und begriff, daß die Anteilnahme aller Bürger am Staat ſtaatliche und militäriſche Kräfte ſchafft.

So war es: Wir hatten draußen geſehen, wie jedes politiſche Bekenntnis deutſche Kräfte erzeugt und uns in dieſem Kriege geſtärkt hat. Sozialdemokratie und konſervativer Staatsgedanke, Liberalismus und Zentrum marſchierten unter denſelben Fahnen und nicht nur die Männer, auch ihre Ideen haben dieſe Fahnen zu Siegen geführt. Die Liebe zur Heimat und die Freude an Art, Weſen und Sprache des Volkes iſt etwas Angeborenes; jenes Maß von Pflichtbewußtſein des Bürgers aber, das wir in dieſem Kriege erlebten, jener politiſche Wille, die Zukunft Deutſchland zu ſichern, die klare Erkenntnis, um was es geht, ſind Kräfte, die von den Parteien, von allen Parteien geſchaffen ſind.

Auch das glaube ich, daß die Soldaten dieſes Krieges Front machen werden gegen den konfeſſionellen Hader und gegen Kränkung und Mißachtung Andersgläubiger. Zwar gewannen Zehntauſende, wenn täglich der Tod an ihnen vorüber ging, ein neues Verhältnis zu ihrem Glaubensbekenntnis; die Spötter über religiöſe Dinge ließen den Spott; auch die Männer, die jenſeits eines beſtimmten Dogmas ſtehen, durchlebten religiöſe Wandlungen. Bewußter kehrt mancher nach dem Kriege in ſeine Kirche zurück. Aber alle ſahen, daß tapfere und liebe Kameraden auch unter den Andersgläubigen waren und begriffen die politiſche Konſequenz der einfachen Tatſache, daß wie im Frieden, ſo erſt im Kriege der Staat alle ſeine Bürger braucht,

und daß wir die Schlachten dieser schweren Zeit nicht konfessionell getrennt, sondern in guter Eintracht geschlagen haben.

Wie aber stehen die Männer, die aus dem Kriege kommen, zu den Fragen militärischer Rüstung und zu dem Gedanken der Völkerverständigung? Nicht alle werden das gleiche denken. Aber es will mir scheinen, daß die große Mehrheit aus dem Kriege die Lehre heimbringt und den Willen sie zu ehren, bis die Völkerverständigung geschaffen ist: Seid stark! Den Glauben, daß ein Krieg in unserer Zeit etwas Unmögliches sei, hat der Krieg erschlagen. Wer aber draußen lag und gerne noch eine eigene Batterie mehr hinter sich gehabt hätte, oder wem ein Maschinengewehr dort fehlte, wo er sich's gewünscht hat, der wird in jenen Stunden politische Erwägungen angestellt haben, die gegen künftige Militärforderungen nicht gerade unfreundlich sind. Auch daran denkt mancher sein Leben lang, daß man lange Wochen in vorderster Linie war, weil es an Reserven zur Ablösung fehlte. Da hat selbst mancher Sozialdemokrat einen Gedanken gedacht, der in seiner Wahlrede von 1912 umgekehrt gestanden war. Die Kriegserfahrung, die die alten Soldaten in die Parteien bringen, stärkt die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer starken Rüstung.

Die große Zahl der Kriegsteilnehmer, die gemäß ihrer alten Überzeugung aus dem Felde zur Sozialdemokratie zurückkehren, wird die Sozialdemokratie in ihrer Stellung zu den Machtfragen des Staates wesentlich beeinflussen, vielleicht von Grund aus umgestalten. Der sozialdemokratische Soldat schafft die Garantie, daß die Sozialdemokratie den Weg, den sie im Kriege beschritten, im Frieden weiter verfolgt; er sorgt dafür, daß nicht Ledebour und Haase, sondern Scheidemann und Heine die sozialistischen Massen führen. Damit wird die Sozialdemokratie eine Partei praktischer Mitarbeit auch in Fragen des Heeres und der Marine. Das wird ein Glück für Deutschlands Zukunft sein: die Mitarbeit der Millionen sozialdemokratischer Männer, ihr bewußter Kompromiß mit unserem Staat, vielleicht mehr, die Anerkennung des Staates bei allem Festhalten an der Weiterentwicklung in ihrem Sinne schafft neue Kräfte.

Aufgabe der Regierung und der anderen Parteien wird es sein, den Beweis zu liefern, daß auch sie umgelernt haben, wie die Sozialdemokratie umgelernt hat. Niemals mehr darf von der antinatio-

nalen Sozialdemokratie gesprochen werden; der Krieg hat gezeigt, daß das eine Lüge war; man hüte sich auch vor der Wiederholung kleinlicher Parteipolitik, die Sozialdemokratie von der Mitarbeit auszuschließen. Ich hoffe auf den Geist des Schützengrabens, der in den Kreisen außerhalb der Sozialdemokratie der Tendenz, die größte Partei zur alten Negation zu zwingen, entgegenarbeitet. Die positive Mitarbeit der Sozialdemokratie am Staate und im Staate soll uns erhalten bleiben durch den Willen der Männer, die von draußen kommen, und durch die Erkenntnis des ganzen Volkes, daß wir ohne die Arbeit aller im Kriege und hinter der Front uns nicht hätten behaupten können. Am Vaterland und seiner Zukunft versündigt sich, wer nach dem, was wir erlebt, die Sozialdemokraten als Bürger minderen Rechtes behandeln will.

So sehr nun der Krieg bis in die Reihen der Sozialdemokratie die Überzeugung von der Notwendigkeit militärischer Macht gestärkt hat, so wuchs doch bei vielen von den Männern draußen und nicht nur bei den Sozialdemokraten die Überzeugung, daß kein Mittel unversucht bleiben darf, um uns und kommenden Geschlechtern im Wege internationaler Organisation einen Krieg mit all seinem Entsetzen und Jammer zu ersparen. Die Hoffnung war stark in den Schützengräben, daß dieser Krieg die Menschen zur Vernunft und damit die Völker endlich zum Willen einer bewußten und sicheren Verständigung bringen werde. Von vielen, vielen Soldaten dieses Krieges wird der nicht verstanden werden, der den Gedanken der Völkerverständigung ablehnt und mit starken Worten die Weisheit von der Notwendigkeit der Kriege predigt. Von den Tapfersten und Besten hörte ich das Wort, daß es ein Wahnsinn sei, daß Europa diesen Krieg führt. Trotzdem blieben sie stark in dem Bewußtsein, daß der Krieg nicht von Deutschland verschuldet war. Immer wieder wurde es im Felde ausgesprochen, daß der Glaube an die Ewigkeit der Kriege ein Leugnen jeglichen menschlichen Fortschritts sei, und daß die Organisation der Völker zur Vermeidung der Kriege erstrebt werden müsse.

Man wird über die Möglichkeit und Durchführbarkeit der Gedanken der Völkerverständigung und über den Willen der anderen zu einem ehrlichen Frieden auch nach dem Kriege streiten. Gestärkt hat aber der Krieg solche Gedanken, und gerade die Männer, die vom Felde kommen, werden die Träger dieser Gedanken sein.

Es erscheint mir wahrscheinlich, daß auch der französische Soldat und der englische Freiwillige durch den Krieg zu ähnlichen Gedanken und zu gleichen Erkenntnissen gezwungen werden. Aber es mag fraglich sein, ob die „Partei der Schützengrabenkämpfer" im feindlichen Ausland stark genug sein wird, um den durch eine sinnlose und gemeine Hetze erzeugten fieberhaften Nationalhaß zu überwinden. Bleibt dieser selbst nur in stark gemindertem Maße bestehen, dann ist allerdings auf Jahrzehnte hinaus jede Erörterung solcher Gedanken zwecklos. Man hat im Schützengraben ein ruhiges Warten gelernt, und freundliche Worte rufen wir dem nicht zu, der auf uns schießen will.

Draußen sahen wir die treue Pflichterfüllung aller Stände und Klassen. Zwar der Klassenkampf wird bleiben. Aber das dürfen wir hoffen, daß der Klassenhaß verschwinden wird. Die, die draußen treu in schweren und frohen Stunden zusammenhielten, haben sich kennen und verstehen gelernt, und die deutsche Armee war ja ein Volksheer im besten Sinne des Wortes, die alle Schichten Deutschlands in sich vereinigte. Für sozialen Hochmut war an der Front kein Raum; aber auch der soziale Haß wurde im Schützengraben überwunden.

Auch daß Bauer und Städter draußen sich ihre Sorgen mitteilten, wird die wirtschaftlichen Kämpfe der Zukunft mildern.

Millionen aber bringen aus diesem Kriege die Überzeugung mit, daß das deutsche Volk in dem Kriege seine Tüchtigkeit, seine Fähigkeiten und seine Pflichttreue so tausendfach bewährt hat, daß eine Teilung der Rechte im Staate nach Besitz oder Stand unhaltbar geworden ist. Die Stellungnahme des Einzelnen zu dieser Erkenntnis mag nach seiner politischen Grundstimmung in den Einzelheiten verschieden sein. Aber der Gedanke beherrscht die Männer, die den Krieg miterlebt haben, daß das Vaterland allen gehört, und daß die Anteilnahme am Staat und das Maß der Rechte nicht abhängig sein darf von Reichtum und Besitz.

Die Kämpfer kommen aus einem Kriege, wie ihn die Welt noch nie gesehen; das deutsche Volk hat eine Kraftanstrengung und hat Leistungen vollbracht von einer Größe, die Deutschland vor dem Kriege selbst für unmöglich gehalten hätte. Die Welt bebte, und die Männer dieses Erlebens kehren nicht heim mit dem Willen: Es bleibe

alles beim Alten! Sie sind durchdrungen von der Notwendigkeit von Reformen, die das Pflichtgefühl und die Vaterlandsliebe, die sie im Kriege tausendfach bewährten, auch im Frieden in starke Kräfte umsetzen wird.

* *
*

Noch einmal: Die Partei der Schützengrabenkämpfer wird sich über alle Parteien verteilen. Keiner hat das Recht, sie für seine Gedanken mit Beschlag zu belegen; sie aber wird den Glauben haben an eine neue Zeit. In sich wird sie uneinig sein über die Forderungen des Tages; und doch wird sie eine Kraft der Einheit und Einigkeit im deutschen Volke sein. Die Männer waren draußen zu gute Kameraden, als daß sie daheim sich politisch hassen könnten.

Abſchnitt V:

Friede unter den Nationalitäten.

Digitized by Google

Gedanken zur polniſchen Frage.

Von Xaver Fürſt Drucki-Lubecki.

Es wird augenblicklich viel über „objektives Urteilen“ geredet. Ich will nicht darüber ſtreiten, ob und wieweit ſich ein objektives Urteilen auf anderen Gebieten findet, dagegen behaupte ich, daß ich auf politiſchem Gebiete demſelben nicht begegnet bin, und daß in der Politik ein objektives Urteil überhaupt kaum möglich iſt.

Politiſche Fragen werden vom ſubjektiven Standpunkte beurteilt, und Behauptungen, welche ſich hier auf Objektioität und Gerechtigkeit ſtützen, dienen nur als Maske, welche abgeiegt werden muß, ſalls man wirklich ernſt an die Frage herantreten will. Wenn in dieſem ſchrecklichſten aller Kriege der uralte Grundſatz ſich fühlbar macht, daß Macht vor Recht geht, ſo ſteht natürlich theoretiſch jedem das Recht zu, darüber empört zu ſein; doch nützt dieſe Empörung wenig. Das nationale Intereſſe des Siegers muß und wird auch befriedigt werden; nur handelt es ſich darum, daß das in vernünftiger Weiſe geſchehe; es muß alſo im eigenen Intereſſe auch fremden Egoismus befriedigen, ſogar wenn dieſer ſcheinbar im Widerſpruch mit ihm ſteht, und um ſo mehr, wenn er ihm ſeibſt heifen kann.

Der Krieg iſt ein Übergangsſtadium; bis zur endgüitigen Entſcheidung ſteht nur ein Ziel vor Augen, der Sieg; doch auch der Sieg iſt nur ein Mittei zum Zweck; er ſoll nämlich einen möglichſt dauernden Frieden ſchaffen.

Die Dauer eines ſoichen erwünſchten Friedenszuſtandes hängt ſeibſtverſtändiich davon ab, inwiefern es möglich ſein wird, eine Form zu finden und anzuwenden, welche den Egoismus der verſchiedenen Staaten und Nationen am beſten befriedigt, nicht zuletzt auch den Egoismus der Völker, welche das Übergewicht der Sieger unterſtützen können. Denn es handelt ſich nicht ailein darum, den Feind zu beſiegen, ſondern auch darum, nach dem Kriege dauernd die Oberhand über ihn zu behalten.

Digitized by Google

Darin liegt die große Bedeutung der Polnischen Frage. Die Gegenüberstellung der europäischen gegenüber den asiatischen Slaven ist für die Zentralmächte ein überaus wichtiger Faktor. Dieses ist von Delbrück, Rohrbach, Köhler usw. so meisterhaft dargestellt worden, daß ich darauf nicht näher einzugehen brauche. Auch darüber brauche ich nicht zu reden, welche Gefahr in der Zukunft für Deutschland die ständige Ausbreitung Rußlands bilden wird; ich möchte nur die Aufmerksamkeit auf einen Umstand lenken, daß nämlich dieselbe russische Gefahr, welche Deutschland, Österreich und überhaupt Europa gefährdet, in erster Linie auch Polen bedroht. Darin liegt das erste Bindeglied, welches die Lebensinteressen Polens mit denen der Zentralmächte verknüpft. Der Panslavismus hat in Polen wenig Anhänger. Man ist sich dessen wohl bewußt, daß Verwandtschaft der Rassen eigentlich eine leere Phrase ist, eine Theorie, welche ebensogut auf slavische wie auf germanische und latelnische Volksstämme angewandt werden könnte. Polen steht Rußland nicht näher, als z. B. Spanien Frankreich oder England Deutschland und Schweden.

Die Rassengemeinschaft der Slaven hat gar keinen Einfluß auf die Gemeinschaft ihrer Lebensinteressen, sie kann vielmehr die Gegensätze in der Kultur verschärfen. Aus ihr möchte Rußland nämlich nur die Möglichkeit und die Gelegenheit ableiten, eventuell schwächere aber kulturell höher stehende Elemente zu absorbieren.

Vor hundert Jahren war es anders. Damals war Rußland wirklich noch das Reich der Autokraten. Die Alleinherrschaft lag in der Hand des Monarchen und einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Leuten, welche geistig auf einer höheren Stufe standen. Die elementare Kraft asiatischer „Tchinowniks" war nicht so entfesselt wie heute. Noch konnte der Autokrat hoffen, aus dem Kampfe mit der Beamtenschaft siegreich hervorzugehen. Nach seinem Willen sollte Kongreß-Polen die Hefe liefern, um aus dem russischen Teig europäisches Brot zu machen.

Alexander I. täuschte sich in seinen Hoffnungen, und damals durften sich auch die Polen täuschen. Heute aber wäre dieses unverzeihliche Naivität. Die asiatischen Neigungen im russischen Reiche haben Wünsche und Willen eines schwachen Herrschers unterdrückt, haben sich im Laufe der Zeit kristallisiert und sind in die Seele des Volkes eingedrungen. Die Krankheit wurde unheilbar; und genau wie der

russische nichts Gemeinsames mit dem europäischen Konservativismus hat, so gleicht auch der russische Liberalismus gar nicht dem, was in Europa Liberalismus heißt.

Der russische Liberalismus will zwar die augenblicklichen Verhältnisse umstürzen, ist sich aber gar nicht bewußt, wie sich eigentlich die Lage dann gestalten soll. Krasseste Gegensätze, Mangel an Logik und Plan, das sind seine bezeichnenden Eigenschaften. Heute ist wohl kaum jemand imstande, Rußland dem Asiatismus zu entreißen. Das ist ein Umstand, über den zwar einige vernünftige Elemente in Rußland trauern, den aber kein Kenner dieses Landes zu bestreiten imstande ist. Durch die raffinierten Umgangsformen des russischen Hofes, der Petersburger Gesellschaft können nur Touristen oder naive Diplomaten getäuscht werden. Napoleons Worte: „Grattez le Russe, vous trouverez le tartare" sind heute wahrer als vor hundert Jahren. Das wissen auch die Polen, die russische Untertanen sind, und darum gibt es auch unter ihnen de facto keine Russophilen. „Scheinbar russophil" sind nur diejenigen, welche vor dem Kriege, zu einer Zeit, als noch keine Rede davon sein konnte, das Land von dieser Herrschaft zu befreien, für sich möglichst günstige Lebensbedingungen unter russischer Oberherrschaft zu erzielen versuchten, und die trotz des Krieges dies egoistische Ziel noch weiter an der Newa verfolgen. Ferner noch diejenigen, welche im Lande geblieben sind und in ständiger Angst leben, daß das wechselreiche Schicksal des Krieges oder diplomatische Verträge wieder den status quo ante schaffen könnten. Daraus darf man diesen Leuten noch keinen Vorwurf machen; sie wissen nur zu genau, wie Kosakenknute angeblichen Verrat zu rächen versteht. Andererseits waren sie aber auch in ihren Bewegungen und Ansichten dadurch gehemmt, daß von unserer Seite lange hindurch kein offizielles Versprechen gegeben worden war, Polen solle niemals wieder an Rußland abgetreten werden. Man muß sich darüber klar sein, daß das Los der Polen in Rußland überaus schwer ist. Rußland hat sie unterdrückt. Die augenblickliche Befreiung von diesem Joche hat ihnen aber bis jetzt nichts anderes eingetragen, als eine Verwüstung ihres Landes weit und breit, Hunger und Elend. Unter diesen Umständen kann von Ausbrüchen der Dankbarkeit für die Befreier vorläufig nicht die Rede sein. Man könnte jedoch solche Gefühle der Dankbarkeit mehr und mehr hervorrufen, und das liegt

im Intereſſe der Zentralmächte ſowohl für heute wie für die Zukunft. Die Eröffnung der Warſchauer Univerſität iſt der erſte Schritt auf dieſem Wege, der überaus dankbar zu begrüßen iſt. Ein ſolcher Schritt fällt ſchwerer ins Gewicht als das Gaukelſpiel der ruſſiſchen Verſprechungen!

Ich hatte ſchon vor einigen Monaten in einer Zuſchrift an die „Deutſche Tageszeitung" dargelegt, daß die ruſſiſchen Verſprechungen an die Polen in dem Maße wachſen würden, wie unſere Truppen gegen Oſten vorrücken. Saſonows neuliche Rede iſt ein klaſſiſcher Beweis dafür, daß ich recht hatte, und daß kein verſtändiger Pole ruſſiſchen Verſprechungen irgendwie trauen darf. Zu meiner Freude kann ich konſtatieren, daß darüber auch bei der großen Mehrzahl der polniſchen Bevölkerung keinerlei Zweifel mehr beſteht.

* * *

Wie ich am Anfange geſagt habe, muß das Intereſſe der Zentralmächte in erſter Linie bei der künftigen Neugeſtaltung Europas berückſichtigt werden. Nun iſt aber die erſte und wichtigſte Lebensaufgabe dieſer Mächte, ſozuſagen eine „conditio sine qua non", die Schwächung Rußlands, und zwar in dem Maße, daß Rußland für viele Jahre nicht mehr imſtande wäre, ſich nach dem Weſten ausbreiten zu wollen. Es iſt klar, daß hierzu die Abtrennung von Gebieten, die nicht von Ruſſen bewohnt werden, die von dem aſiatiſchen Koloß noch nicht verdaut ſind, in erſter Linie in Frage kommt. Man darf dabei nicht außer acht laſſen, daß in der ruſſiſchen Induſtrie, in den ruſſiſchen Miniſterien 80 Proz. der nützlich arbeitenden Beamten ſich aus Polen und Deutſchen rekrutieren. Es ſteht feſt, daß der Verluſt dieſer unentbehrlichen Elemente eine Schwächung des ruſſiſchen Reiches heißen will, die verhältnismäßig noch mehr bedeuten würde, als der abſolute Verluſt an Quadratmeilen, Menſchen und Soldaten.

Die Löſung der baltiſchen Frage iſt verhältnismäßig viel einfacher als die der polniſchen.

In der polniſchen Frage ſpielen eine Rolle die gemeinſamen Intereſſen der Zentralmächte, ihre geſonderten Intereſſen und ſchließlich Polens Intereſſen ſelbſt. Vor allem muß man ſich darüber klar ſein, daß dieſe drei Intereſſen bei der Löſung der Frage einzig berückſichtigt

werden sollten. Die polnische Frage muß grundsätzlich als eine interne Frage der Zentralmächte und Polens ohne Mitwirkung fremder und unberufener Elemente erörtert und gelöst werden. Die Neigung Unberufener zur Einmischung liegt klar und unmißverständlich auf der Hand; als Vorwand dient Sympathie, das eigentliche Ziel aber ist eine den Zentralmächten feindliche Agitation bei den Polen, die schon heute schädlich ist, in Zukunft aber in höchstem Grade gefährlich werden kann. Je schneller man darum einen Ausweg findet, um diese Angelegenheit noch heute während des Krieges freundschaftlich und direkt zu erledigen, desto günstiger ist das für alle Beteiligten, schon jetzt und noch mehr für die Zukunft. Mit aller Bestimmtheit erkläre ich, daß es sowohl für die Zentralmächte wie für Polen überaus wichtig ist, daß die künftige Friedenskonferenz die Sache erledigt vorfindet und so vor ein „fait accompli", vor eine vollbrachte Tatsache gestellt wird.

Was Gestaltung und Grenzen des künftigen Polens anbetrifft, so halte ich es nicht für angebracht, jetzt darüber Erörterungen anzustellen. Nicht Artikel und Broschüren, sondern die maßgebenden Kanzleien und Persönlichkeiten haben sich damit zu befassen, denen unangebrachte Diskussionen die Arbeit nur erschweren würden.

Doch halte ich es für erlaubt, einige Irrtümer richtigzustellen, die zum Teil auf ungenügender Kenntnis gegebener Tatsachen beruhend, in den öffentlichen sowohl deutschen und österreichischen wie auch polnischen Erörterungen zutage treten und dadurch nur unseren gemeinsamen Feinden Nutzen bringen. Ich habe z. B. oft die Meinung vertreten hören, die sogenannte polnische Wirtschaft wäre eine unausrottbare Eigenschaft aller Polen, welche diesen die Möglichkeit nehme, sich wirtschaftlich zu organisieren, und so der Anarchie vorarbeite. Das mag auf die Zeit vor der Teilung Polens zutreffen, obwohl es schon damals viele Leute gab, welche sich genau der schädlichen Folgen einer solchen Mißwirtschaft bewußt waren. Diese Persönlichkeiten gingen mit großer Energie ans Werk und haben es verstanden, das Volk und seine Vertreter in neue Bahnen zu lenken. Doch damals wie heute war es Rußland, das durch seinen verderblichen Einfluß und seine Macht die Arbeit derer vernichtete, welche das Land vor dem Abgrunde retten wollten. Es fand dabei von russischer Seite nicht nur ein diplomatischer Druck statt, sondern es sprachen auch

ruſſiſche Kanonen ihr Wort. So tagte der Reichstag in Grodno unter ihrer Drohung, und hinter denen, welche an der Konföderation von Targowitza teilnahmen, waren ruſſiſche Bajonette aufgepflanzt.

Die Polen verſtehen ſehr wohl, daß ſie darüber zu entſcheiden haben, ob ſie zu Aſien oder zu Europa gehören wollen, zu Aſien, in deſſen Intereſſe es liegt, Polen auszuſaugen und zu verſchlucken, oder zu Europa, welches in Polen ein Bollwerk ſeiner Ziviliſation und einen Wall gegen moskowitiſche Horden ſieht. Daß Polen reif und imſtande iſt ſich zu organiſieren, das bezeugt im Anfange des vorigen Jahrhunderts die fabelhafte Entwicklung Kongreß-Polens und in den letzten Jahren die ſyſtematiſche Arbeit und die Entwicklung auf allen Gebieten, die durch das Manifeſt im Jahre 1905 unter den ſchwierigſten Verhältniſſen möglich wurde. Wer dieſer mühſamen und erfolgreichen Arbeit zugeſehen hat, der kann nicht mehr über polniſche Wirtſchaft reden.

Auf der polniſchen Seite wiederum ſpricht man auch ab und zu von einem traditionellen Kampfe auf Leben und Tod gegen alles, was polniſch iſt.

Es iſt nun leicht verſtändlich, daß ein Reich, deſſen Territorien durch fremdes Gebiet in mehrere Teile geteilt war, nur auf dem Wege von Eroberungen zum entſprechenden Zuſammenhange gelangen konnte. Das Opfer dieſer Eroberungen wurde Polen. Doch hat Öſterreich auf dieſelbe Weiſe Schleſien eingebüßt, was es nicht hindert, heute der treueſte Bundesgenoſſe Deutſchlands zu ſein. Ein gleiches fand auch mit Sachſen und mit anderen Ländern ſtatt. Auf dieſe Art kam Preußen ſoweit, daß es heute an der Spitze des mächtigen deutſchen Staatenbundes ſteht, und ſomit zu ſeinem Ziele und zum Zenit gelangt iſt. Da aber Preußen ſoweit iſt, braucht es jetzt nicht mehr nach auswärts preußiſche Politik zu treiben, ſondern es darf nur deutſche Politik im Auge haben. Dieſe iſt aber nicht eroberungsſüchtig und braucht es auch nicht zu ſein. Darum ſind auch die Vorwürfe, welche von den feindlichen Mächten gegen das Deutſche Reich und den Deutſchen Kaiſer gerichtet ſind und dieſen die Schuld und Verantwortung am jetzigen Kriege zuſchreiben, töricht und haltlos. Diejenigen, welche das tun, vergeſſen offenbar, daß es für Deutſchland in den letzten 20 Jahren mehr als eine, und zwar günſtigere Gelegenheit gegeben hat, einen Krieg zu entfachen. So war es z. B. vor zehn Jahren

kein Geheimnis, daß nach dem japanischen Kriege Rußlands Widerstandskraft gebrochen war, und daß man hier, wenn man gewollt hätte, auf einen müheloſen, vollen Sieg rechnen konnte. Der jetzige Krieg iſt, trotzdem er auf fremdem Grund und Boden geführt wird, ein typiſcher Verteidigungskrieg, aber auch zugleich ein Kampf um Sein oder Nichtſein, um eine friedliche, der weiteren Entwicklung geweihte Zukunft.

Als einen ſolchen verſteht ihn auch der Deutſche Kaiſer und nach ſeinem Beiſpiel das geſamte deutſche Volk. Und als einen ſolchen muß ihn auch das polniſche Volk beurteilen; dann wird ihm aus dieſem Kriege nach hundertjährigem Dulden eine neue, beſſere Zukunft erblühen.

* * *

Über die Polen, welche preußiſche Staatsangehörige ſind und in den Provinzen Poſen, Oſt- und Weſtpreußen ſowie Schleſien wohnen, hat man bereits Bände geſchrieben, die eigentlich kein befriedigendes Reſultat ergeben haben. Es treten hier deutlich zwei Richtungen zutage, die beide gleich ſchädlich, beide extrem chauviniſtiſch ſind, die ſich ſchon dadurch gegenſeitig unterſtützen, daß die eine für die andere Waffen zum Kampfe ſchmiedet, ſich ſelbſt aber nur ſchaden. Die Beobachtung drängt ſich doch geradezu auf, wie einerſeits auf deutſcher Seite die extreme nationaliſtiſche Richtung der deutſchen Sache ſelbſt am meiſten Eintrag tut, und wie andererſeits auf polniſcher Seite die ultra-chauviniſtiſche Bewegung die polniſche Sache ins Verderben zu ſtürzen droht.

Wenn man in Fragen, welche ſich auf die Sprache, auf die Liebe zur Geſchichte und Tradition des eigenen Landes und auf die Kultur desſelben beziehen, hüben und drüben einen übertrieben chauviniſtiſchen Standpunkt einnimmt, ſo iſt dies kein Patriotismus mehr, vielmehr ein Beweis ziemlich engherzigen Geiſtes.

In einem Lande, das von einer gemiſchten Bevölkerung bewohnt wird, welche ſich auf zwei Volksſtämme faſt gleich verteilt, gibt es nur einen Weg zu einem normalen, für beide Teile erſprießlichen Zuſammenleben, nämlich den Weg des gegenſeitigen Entgegenkommens, der gegenſeitigen Achtung vor den ſprachlichen und kulturellen Eigenarten!

Man sollte sich doch darüber klar sein, daß nationale Eigenarten an sich keine Gegensätze bilden, daß sie nur infolge falscher Agitation und geweckter Leidenschaft zu Gegensätzen führen, ohne die man sehr gut miteinander auskommen könnte.

Nichts Törichteres kann es geben als eine Richtung, welche, unter dem Vorwande, das Deutschtum stärken zu wollen, die Polen auszurotten beabsichtigte und sich hierbei auf die scheinbare „polnische Gefahr" stützte.

Wie illusorisch und unbegründet die Furcht vor dieser Gefahr war, zeigt am besten der Verlauf des jetzigen Krieges.

Die Einberufung zu den Waffen und die gesamte Mobilisation verlief an der Ostgrenze des Deutschen Reiches genau so glatt und so gut wie in allen anderen Gebieten. Nirgends stieß man auf Widerstand, nirgends brauchte ein Aufruhr unterdrückt zu werden. Das ist eine unbestreitbare Tatsache, eine Tatsache, welche klar und deutlich den Bankerott b e i d e r extremen Richtungen vor die Augen führt. Sie beweist außerdem, daß der „Hakatismus" ebenso zwecklos war und ist, wie sich die durch ihn hervorgerufene polnische Agitation als kraftlos herausstellte.

Und trotzdem wollen die Gegner nicht die Waffen strecken. Sie schreiten auf derselben Bahn weiter, obgleich es klar ist, daß auf diese Weise ein konkretes Ziel nicht erreicht werden kann. Fast sieht es aus, als ob die Chauvinisten hüben und drüben nur darauf ausgingen, denjenigen Hindernisse in den Weg zu legen, welche eine Verständigung herbeiwünschen. Ein typisches Zeichen dafür ist, wie vernünftige und versöhnliche Stimmen ignoriert und übergangen werden. Dabei ist es klar, daß hinter denen, welche auf deutscher Seite eine Einigung erstreben, de facto das ganze deutsche Volk steht, dessen bezeichnendes Merkmal Gerechtigkeitsgefühl und der Wunsch nach ersprießlicher Friedensarbeit ist. Nicht anders denkt auf der anderen Seite das ganze polnische Volk der Ostmark, welches trotz vieler Leiden und Verfolgung sich niemals zu staatsverräterischen Umtrieben hinreißen ließ!

Wir hoffen und erwarten, daß die deutsche und die polnische Bevölkerung sich trotz der beiderseitigen Ultras finden und verständigen werde!

Digitized by Google

Die Polen von der Ostmark, die preußische Untertanen sind und bleiben werden, von denen 400 000 im Osten und Westen für die gute und gerechte Sache kämpfen, sollen es sich klar machen, daß ihr Blut nicht umsonst vergossen wird.

Sie bringen ihren Brüdern in Russisch-Polen die Befreiung, sich selbst aber und den Ihrigen auf deutscher Scholle erringen sie die Anerkennung für ihre Loyalität und die volle Gleichberechtigung, auf die sie den Erklärungen des Staatsministeriums zufolge rechnen dürfen.

Ich lebe der festen Überzeugung, daß sie beim deutschen Volke Entgegenkommen finden werden, und daß für sie das volle Vertrauen zu ihrem Kaiser und König den einzigen Weg zum Heil und Frieden bedeutet. Vertrauen zu demjenigen, von dem man sicher und getrost sagen kann, daß sein Hauptziel Gerechtigkeit und Friede auf Deutschlands Erde ist!

Der Kern der polnischen Frage.

Von Paul Rohrbach.

Der Herr Herausgeber dieses Buches hat mich gebeten, das was ich zur polnischen Frage zu sagen habe, an die Äußerung des Fürsten Drucki-Lubecki anzuknüpfen. Ich tue das sehr gern, und zwar scheint mir, daß zwei Worte meines verehrten Herrn Vorredners sich hierzu ganz besonders eignen. Das eine handelt von der Gegenüberstellung der „europäischen" und der „asiatischen" Slaven. Das andere ist das von der historisch-politischen Notwendigkeit, daß Preußen den Zusammenhang seiner früher getrennten Teile im 18. Jahrhundert durch Eroberung, d. h. in diesem Falle durch Annexion polnischen Gebiets, gewinnen mußte.

Indem ich den letzteren Gedanken vorwegnehme, glaube ich den Fürsten recht zu verstehen, wenn ich den von ihm vertretenen Standpunkt so definiere: 1. Der wiederherzustellende polnische Nationalstaat muß bereit sein, den jetzigen preußisch-deutschen Besitz an polnischen Landesteilen so anzusehen, wie heute z. B. auch Österreich und Sachsen ihre früheren Verluste an Preußen ansehen, d. h. als historisch verjährt. 2. Polen hat seinen natürlichen Anschluß nicht bei Osteuropa zu suchen, dessen politischer Charakter sehr richtig als „asiatisch" gekennzeichnet wird, sondern bei Mitteleuropa. Klarheit über die letztere Frage ist durchaus notwendig, wenn man in bezug auf die erstere deutlich sehen will.

Ohne Zweifel ist Polen ein Mittelglied zwischen dem Zentrum und dem Osten unseres Erdteils. Ganz abgesehen von der Frage der Rassenverwandtschaft oder -feindschaft wäre es an sich imstande, seinen Anschluß sowohl nach der einen als auch nach der anderen Seite hin zu nehmen. Ein Beweis dafür ist die Bismarcksche Polenpolitik. Sie kann nicht verstanden werden, ohne daß man den Wunsch nach einem guten Einvernehmen mit Rußland als bestimmenden Erklärungsfaktor mit heranzieht. Rußland unterdrückte seine Polen. Gab Deutschland den seinigen einen wesentlich freieren Spielraum, so mußte

Rußland befürchten, daß in Kongreßpolen der Wunsch nach deutschem Regiment entstand. Die Folge wäre notwendig Spannung zwischen Deutschland und Rußland gewesen. Nur das grundsätzliche Mitgehen der preußischen Polenpolitik mit der russischen befreite Rußland von der Sorge, daß die russischen Polen aus ihrer östlichen Vereinigung hinaus nach einer westlichen strebten.

Die geographische Lage und die beschränkte Volkszahl machen es für Polen, alle übrigen Verhältnisse selbst noch so günstig gedacht, unmöglich, eine allein auf sich selbst gestellte Position zwischen der mitteleuropäischen Mächtevereinigung und dem Russentum zu behaupten. In einer oder der andern Form muß die politische und wirtschaftliche Anlehnung, sei es hierhin sei es dorthin, erfolgen. In einer solchen Lage versteht es sich von selbst, daß die Polen dorthin streben werden, wo sie für die Betätigung ihrer nationalen Wünsche und Lebensinteressen das günstigere Feld sehen. Nehmen wir den Fall an, Rußland sei noch im Besitz von Polen und entschlösse sich dazu, den Polen etwas Ähnliches zu bieten, wie die Verfassung von 1815, und gleichzeitig Erweiterung der polnischen Grenzen nach Norden und Südosten über die Bestimmungen des Wiener Kongresses hinaus! Ob Rußland, die äußere Möglichkeit vorausgesetzt, aus inneren Gründen imstande wäre, ein solches Versprechen nicht nur zu geben, sondern auch zu halten, ist eine Frage für sich. Zunächst aber würde eine russisch-polnische Verständigung dieser Art sicher geeignet sein, die Polen an Rußland zu binden, und das um so mehr, je ungünstiger die Lage der Polen anderswo, außerhalb Rußlands, etwa sein sollte. Man kann dasselbe auch für den Fall sagen, daß Polen im Friedensschluß von Rußland getrennt wird, aber keine Existenzbedingungen erhält, bei denen die Polen sich annähernd befriedigt fühlen können. Alsdann wird das Feld, auf dem Rußland den Polen Anerbietungen machen kann, um ihre Wünsche zu sich herüber zu lenken, sehr breit sein. Ein Polen, das zwar mit Waffengewalt von Rußland getrennt und zu Mitteleuropa geschlagen ist, das sich aber in der mitteleuropäischen Zwangsgemeinschaft unglücklich fühlt, kann gar nicht anders, als der natürliche Verbündete der russischen Revanche sein, indem es sein Ohr den russischen Lockungen öffnet: Kehrt zurück zu mir, ich will euch eine Stätte bereiten, weit und bequem genug, daß ihr euch darauf wohl fühlt! Wahrscheinlich würde es auch

dann noch einige kluge Leute geben, die den problematiſchen Wert ſolcher ruſſiſcher Verſprechungen für die Zukunft richtig einſchätzen, aber niemand, der die praktiſche Politik kennt, wird annehmen, daß ſie durchdringen könnten. Wer in einer ſchlechthin unbefriedigenden Lage iſt, der iſt immer geneigt, jede Möglichkeit des Wechſels als ſichere Erleichterung zu betrachten. Es wäre alſo unausbleiblich, daß unter ſolchen Vorausſetzungen die polniſche Frage ihren Charakter als Gefahr für die europäiſche Ruhe nicht nur behält, ſondern verſchärft.

Auch der größten politiſchen Intelligenz wäre es nicht möglich, heute ſchon die zukünftige Teilung Polens zwiſchen Rußland, Deutſchland, Öſterreich-Ungarn, ſo wie ſie beim Friedensſchluß geregelt ſein wird, im einzelnen vorauszuſehen. Wenn die bisher vorgetragenen Argumente aber richtig waren, ſo können wir eins trotzdem beſtimmt genug ſagen: *Polen und die Polen müſſen in eine Lage verſetzt werden, in der das polniſche Gefühl und die polniſche Einſicht die hergeſtellte Verbindung mit Mitteleuropa dem Wiederzurückfallen in die ruſſiſche Gemeinſchaft vorziehen.* Ich kann mich hier aus begreiflichen Gründen auf keine Details einlaſſen, möchte aber doch erzählen, was mir einmal während dieſes Feldzuges in Polen ein polniſcher Geiſtlicher, ein Mann von außergewöhnlicher Ruhe und Schärfe des Urteils, ſagte: „Wir könnten vertragen, daß wir bei Rußland bleiben, wir könnten uns damit abfinden, daß wir ganz an Deutſchland kommen, wir würden nicht ungern uns an Öſterreich anſchließen, wir träumen in ſtillen Stunden vom eigenen polniſchen Königreich — käme es aber zu einer vierten Teilung Polens, dann bliebe Polen eine offene Wunde am europäiſchen Leibe, von der immer neues Fieber und neue Kriſen für uns und für euch ausgehen werden.“ Dies Wort aus polniſchem Munde enthält, ſoweit ich zu urteilen vermag, eine durchaus beherzigenswerte Warnung davor, die polniſche Frage einſeitig unter irgendwelchen, von der europäiſchen Geſamtpolitik losgelöſten Geſichtspunkten zu behandeln. Unvermeidliches mag darum unvermeidlich bleiben; nur muß man ſich klar machen, wo die Belaſtungsgrenze liegt, die nicht mehr ohne Schaden zu überſchreiten iſt.

Wer der Erörterung bis hierher gefolgt iſt, wird ohne weiteres ſelbſt den Zuſammenhang ſehen, der zu unſeren inneren polniſchen

Dingen, der preußisch-deutschen Polenpolitik, hinüberleitet. Wenn wir die beiden polnischen Voraussetzungen annehmen, daß Polen bereit ist, sich ehrlich zur Verjährung der polnisch-nationalen Ansprüche auf Westpreußen und Posen zu bekennen, und daß es bei sonst einigermaßen befriedigenden Lebensbedingungen die europäische Genossenschaft der asiatischen vorzieht — dann ist es natürlich ausgeschlossen, daß wir gegen die Polen, die innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches verbleiben, schroffe Politik machen. Der eine Grund zu der bisherigen Praxis ist ja ohne weiteres fortgefallen: die Rücksicht auf das Verhältnis zu Rußland. Der andere Grund wird sich allerdings nicht von selber beseitigen, sondern es bedarf dazu eines bewußten Aktes der politischen Einsicht, Gerechtigkeit und Billigkeit. Unsere bisherige innerdeutsche Polenpolitik muß sich von zwei grundlegenden Fehlern frei machen. Der erste Irrtum ist, daß die Polen etwas Unrechtes damit begehen sollen, wenn sie auch im Deutschen Reiche Polen zu bleiben wünschen. Wir dürfen keinen anderen Maßstab der nationalen Sittlichkeit und Ehre an die Polen und an andere nichtdeutsche Völker legen, als wir ihn in einer ähnlichen Lage an uns selber gelegt zu sehen wünschten. Gerade weil in der Gegenwart das deutsche Nationalgefühl Fortschritte gemacht und der deutsche Gedanke einen hohen Flug genommen hat, ist es unmöglich, die Treue gegen das Volksbewußtsein mit Entrüstung bei anderen zu behandeln. Sie mag uns unter Umständen politisch unbequem sein, aber sie ist sicher nichts sittlich Tadelnswertes, zumal wenn dabei die Pflicht gegen unser Staatswesen, zu dem die deutschen Polen nun einmal gehören, erfüllt wird.

Schärfe und Druck einem lebendigen nationalen Gedanken gegenüber sind auch taktisch nicht das richtige Mittel. Es gibt ein berühmtes Beispiel für den Erfolg der gegenteiligen Praxis. In Bloemfontein, der Hauptstadt des einstigen Oranjefreistaates in Britisch-Südafrika, steht ein Denkmal der 23 000 in den englischen Konzentrationslagern während des Burenkrieges im Elend verschmachteten Frauen und Kinder: ein hoher Obelisk mit einer Bronzegruppe davor, zwei Frauen und ein sterbender Knabe aus den Lagern. Die Aufschrift auf dem Denkmal lautet holländisch: „Unsern Heldinnen und lieben Kindern!“ Das Monument wurde wenige Jahre nach dem Kriege von den unterworfenen Freistaatburen unter

den Augen der englischen Verwaltung errichtet; Sammlungen fanden in ganz Südafrika statt. Niemandem auf der englischen Seite fiel es ein, das Vorhaben zu hindern. England war seiner Sache sicher und vertraute darauf, daß die Buren, nachdem ihr Widerstand mit Gewalt, Härte und Grausamkeit gebrochen war, sich schon in die neue Lage finden und ihre Vorteile erkennen würden — Vorteile, die natürlich ganz auf dem materiellen Gebiet lagen. Man wußte, daß es kein wirksameres Mittel gegeben hätte, um den Widerstand der Afrikander gegen die Änderung ihrer politischen Lage scharf und leidenschaftlich zu erhalten, als wenn man ihnen die Freiheit, Schmerz und Trauer um das verlorene Gut zu äußern, mit Gewalt unterdrückte. Daher ließ man sie auch das Denkmal bauen — für die Praxis bei uns in ähnlichen Fällen ein bisher völlig undenkbarer Vorgang! Diese Klugheit aber hat ihre Früchte für England getragen, denn dieselben Buren, deren Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern mißhandelt worden waren, ja nicht wenige von denen, die als Knaben selbst in den Lagern gefangen gewesen waren, haben Deutsch-Südwestafrika für das englische Imperium erobert.

Mit Recht weist der Fürst Drucki-Lubecki darauf hin, daß die reichsangehörigen polnischen Soldaten ganz und gar ihre Pflicht getan und, so können wir hinzufügen, in nicht wenigen Fällen ausgezeichnete Tapferkeit bewährt haben. Die Schärfe unserer früheren Polenpolitik ist immer wieder mit der „polnischen Gefahr" begründet worden. Ruhige Beurteiler haben diese Gefahr, wenigstens in dem Sinne, wie sie von denen dargestellt wurde, die sie hegten, stets für ein Phantasiestück erklärt. Daß es sich in der Tat um eine gegenstandslose Sorge gehandelt hat, dafür sind uns die Erfahrungen dieses Krieges Beweis genug. Ich glaube, für das Empfinden der meisten unter uns wird es unmöglich sein, wenn der Friede geschlossen ist und alle unsere Krieger, Deutsche und Polen, in der Ostmark zu ihren Häusern heimgekehrt sind, wieder in die alte Tonart des Hakatismus zurück zu verfallen. Welcher Mensch würde jetzt noch ein Wort von der polnischen Gefahr glauben!

Allerdings, einen Weg gibt es, auf dem eine wirkliche polnische Gefahr heraufbeschworen werden kann. Diesen Weg kann man kurz als den der vierten Teilung Polens bezeichnen, so wie der geistliche Herr das tat, dessen Urteil ich weiter oben bereits erwähnte. Wir

rechnen Grenzberichtigungen, die aus irgendeinem Grunde erforderlich sein könnten, nicht mit unter diesen Begriff. Die Rückwirkung eines darüber hinausgreifenden starken Zuwachses an zwangsweise von dem polnischen Hauptkörper losgetrennter Bevölkerung wäre aber auch auf unsere deutschen Polen so gut wie unvermeidlich! Wir können heute nach allen vernünftigen und billigen Erwägungen darauf rechnen, daß sowohl die Polen jenseits als auch die Polen diesseits der jetzigen deutschen Reichsgrenze sich mit der Notwendigkeit abgefunden haben, daß Posen und Westpreußen deutsches Gebiet sind und bleiben, und daß unsere Grenzlinien gegen Rußland im Sinne militärischer Sicherung besser gezogen werden müssen. Den Polen wird damit, wenn auch nicht dasselbe, so doch etwas Vergleichbares zugemutet, wie dem so viel größeren deutschen Volk. Auch wir müssen uns damit abfinden, daß die Gründung des Deutschen Reiches mit dem Verzicht auf ein Sechstel deutscher Volksgenossen erkauft werden mußte: denen, die heute in Österreich leben. Dieser Verzicht ist auch für uns bleibend. Man kann den Vergleich zwischen Deutschland und Polen auch noch weiter führen und sagen: Wenn die Polen ihre alten Grenzen aus dem 17. und 18. Jahrhundert als ihr eigentliches Ideal betrachten, dann könnten wir ja auch an die Grenzen des Deutschen Reichs zur Hohenstaufenzeit oder noch zur Zeit Karls V. denken. Eins wie das andere sind Träume. Träume sind unschädlich, aber wer sie in die Wirklichkeit übersetzen will, erweist sich nur als ein politisch unbrauchbarer und leicht auch gefährlicher Phantast.

Etwas anderes aber wäre es, wie gesagt, mit der erneuten Zerschneidung des zusammenhängenden und lebendigen polnischen Volkskörpers, dessen Existenz eine der zukünftigen Hauptgrundlagen unserer Sicherheit gegen die russische Gefahr mit ihrer heutigen Menschenziffer von 170 Millionen und mit ihrem Jahreszuwachs von drei Millionen bilden muß. Sie müßte der russischen Gefahr für ganz Mitteleuropa bald eine neue und gefährliche Schärfe geben, und sie würde uns im Innern unvermeidlich das Wiederaufleben des Hakatismus in der Form eines unversöhnlichen Streites der Nationen und einer Gewaltpolitik schroffster Art von seiten des starken Teils bringen. Damit ginge dann ein wertvolles Stück moralischer Errungenschaft aus diesem Kriege verloren.

Elsaß-Lothringen.

Von Emil Petri.

Von berufener Seite wurde ich ersucht, durch einen Aufsatz über Elsaß-Lothringen einen Beitrag zu leisten zu dem Buche „gegenseitigen Verstehens und Vertrauens". „Elsaß-Lothringen"! Ein verlockendes, besonders in diesen Rahmen passendes, zugleich aber ein heikles Thema, doppelt heikel in der gewaltigen Zeit, in deren Mitte wir stehen! Wer sich auf diesem politisch und kulturell vielumstrittenen Gebiete betätigt, kann, trotz redlichsten Strebens nach unbedingter Sachlichkeit und Vorurteilslosigkeit, mannigfeitiger Widerrede und Mißbilligung gewärtig sein. Wenn ich dessenungeachtet, innerhalb des mir zur Verfügung stehenden begrenzten Raumes, eine Besprechung des elsaß-lothringischen Problems übernehme, so geschieht es deshalb, weil ich die Hoffnung hege, daß es mir nicht versagt bleiben wird, da und dort aufklärend und versöhnend zu wirken, manche auf altdeutscher Seite bestehende unrichtige Vorstellung über Elsaß-Lothringen zu zerstreuen, andererseits manchem meiner engeren Landsleute zum mutigen Betreten und zielbewußten Einhalten des Weges zu verhelfen, der allein geeignet ist, das herrliche Land zwischen Rhein und Vogesen einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen.

Während seit 1871 die sogen. „question d'Alsace-Lorraine" der Angelpunkt der äußeren Politik Frankreichs war und alle anderen Rücksichten und Erwägungen zurückdrängte, gab es für Deutschland keine elsaß-lothringische Frage mehr in internationalem Sinne. Die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reiche ist mit dessen Entstehungsgeschichte so eng verbunden, daß sie vom Reichsgedanken nicht losgelöst werden kann. Elsaß-Lothringen ist somit vom deutschen Standpunkte keine Figur, die auf dem Schachbrette der europäischen Politik, kein Gegenstand der am grünen Tisch eines Friedenskongresses eingesetzt werden könnte. Um so verwickelter

sind die innerpolitischen und kulturellen Fragen, die das Reichsland aufweist. Bei deren Erörterung hat das Ausland nicht mitzureden; namentlich wäre es, und zwar heute mehr als je, ein müßiges Unterfangen, uns mit unseren westlichen Nachbarn hierüber auseinanderzusetzen; es kann sich dabei nur um eine von den Interessen des Reiches und des Landes beherrschte Aussprache unter Deutschen handeln.

Wenn auch zur Zeit unser Auge sich unablässig auf das Weltgeschehen der Gegenwart richtet und falls es einen Augenblick davon abschweift, eher die Zukunft zu erspähen sucht als einen Rückblick in die Vergangenheit wirft, so müssen wir doch das Buch der Geschichte zur Hand nehmen, von den vergangenen Jahrhunderten bis in unsere Tage hinein, um ein richtiges, ungetrübtes Urteil über das heutige Elsaß-Lothringen zu gewinnen. Davon auszugehen ist, daß seit der Völkerwanderung das Land ganz überwiegend von deutschen Stämmen bewohnt war und daß, soweit noch kelto-romanische Elemente dort, insbesondere in einem Teile des heutigen Lothringens, seßhaft geblieben waren, auch sie seit dem Vertrage von Mersen (870) zum Gebiete des nachmaligen Deutschen Reiches gehörten. Erst im Jahre 1552 gelangte die freie Reichsstadt Metz gegen den Willen ihrer Bewohner durch List oder Verrat[1]) in die Hände des Königs Heinrich II. von Frankreich; mit den von ihm zu derselben Zeit besetzten Städten Tull (Toul) und Verdun wurde sie zu einer französischen Provinz (Trois-Evêchés) vereinigt, jedoch erst durch den Westfälischen Frieden mit den beiden anderen Städten vom Reich an Frankreich förmlich abgetreten. Aus ethnologischen und geschichtlichen Gründen ging die neue Provinz nach verhältnismäßig kurzer Zeit in den französischen Staat auf. Einen anderen Verlauf nahmen die Dinge im Elsaß. Durch den Westfälischen Frieden, dieses Merkmal der Zerrissenheit und Ohnmacht des heiligen römischen Reichs deutscher Nation, erwarb Ludwig XIV. die in österreichischem Besitze gestandenen Gebietsteile des Elsaß und das Schutzrecht über den elsässischen Zehnstädtebund. Im Laufe der folgenden Jahre verstand er es, teils durch Gewalt teils durch die „juristische Komödie" der

1) Duruy, Histoire de France. Bd. II. S. 33; Derichsweiler, Geschichte Lothringens 1901 Bd. I S. 423 ff., Petersen, Das Deutschtum in Elsaß-Lothringen 1902 S. 23.

„Chambres de réunion“ die Oberherrschaft über die im Verbande des deutschen Reiches verbliebenen Städte und grafschaftlichen Gebiete des Elsasses, zuletzt (1681) über die freie Reichsstadt Straßburg zu erlangen.

Seit dem Erwachen des Abendlandes aus dem mittelalterlichen Winterschlaf hatte der kräftige alemannisch-elsässische Stamm einen regen Anteil an dem Aufstreben der deutschen Kultur genommen. Wir können auf die Ahnen stolz sein, die auf einem in der Straßburger Gemäldesammlung aufbewahrten Bilde zusammengestellt sind [1]: Charakterköpfe von genialer Originalität, hervorragende Vertreter des Humanismus und der Reformation, Dichter und Prosaisten stehen als Vorkämpfer des deutschen Geisteslebens in bunter Reihe nebeneinander, Gottfried von Straßburg, der berühmte Münsterprediger Geiler von Kaysersberg, der wortgewaltige Dominikaner Johannes Tauler, der Reformator Martin Bucer, der Gelehrte Jakob Wimpfeling, um nur einige zu nennen. Durch den Westfälischen Frieden wurde die rein deutsche Orientierung des elsässischen Kultur- und Gemütslebens zunächst nicht berührt. „Man kann schwerlich behaupten“, bemerkt in einer verdienstvollen Schrift ein junger Elsässer, der den Anschluß an Deutschland gefunden hat [2], „das Elsaß sei den Eroberungsgelüsten der französischen Könige irgendwie entgegengekommen; es hat treuer zum Reiche gehalten, als das Reich zu ihm“. Tatsache ist jedenfalls, daß auch nach der politischen Umwälzung des 17. Jahrhunderts das elsässische Volkstum durch und durch deutsch blieb; dazu trug, abgesehen von der damaligen Seßhaftigkeit und Abgeschlossenheit der Bevölkerung, der Umstand nicht unwesentlich bei, daß das Elsaß nicht, wie die Trois-Evêchés, einfach eine französische Provinz wurde, sondern nach wie vor in eine Anzahl von Gebieten und Städten zerfiel, über die der König von Frankreich nur die Oberherrschaft führte, denen aber im übrigen eine gewisse Selbständigkeit vorbehalten geblieben war. Ähnliche Verhältnisse bestanden im deutschsprechenden Teile des heutigen Lothringens.

Mit der Revolution erfuhren sowohl die kulturellen als die poli-

1) Die von Fritz Lienhard herausgegebene Schrift: „Wohin gehört Elsaß-Lothringen?“ enthält (S. 9) eine anschauliche Beschreibung jenes von Ludwig v. Kramer hergestellten Bildes.

2) René Prévôt, „Das deutsch-französische Kulturproblem im Elsaß“. S. 5.

tischen Verhältnisse des Elsasses eine tiefgreifende Umgestaltung. Die von Paris ausgegangenen neuen Ideen, verkörpert in dem Schlagworte: „Liberté, Egalité, Fraternité", verwirklicht durch die Aufhebung der Privilegien, drangen in raschem Flug auch in das Elsaß ein; es war die Zeit, wo Rouget de l'Isle in dem Hause des Bürgermeisters von Dietrich in Straßburg zum erstenmal die „Marseillaise" vortrug und damit begeisterten Anklang fand. Wie in Frankreich so überstürzten sich die Ereignisse im Elsaß: Entfernung der deutschen Fürsten, die noch mancherorts die Regierungsgewalt im Lande innehatten, Einführung der französischen Gemeindeverfassung, Einteilung des Landes in zwei Departements und dessen völlige Einordnung in das französische Staatswesen, zugleich Neuverteilung des Grundbesitzes und Aufstreben einer selbständigen Bauernschaft. Die während der Revolutionszeit begonnene Verschmelzung des Landes mit dem französischen Einheitsstaate setzte sich unter dem Konsulat und dem Kaiserreiche fort. Mächtig wirkten die Siegeszüge der napoleonischen Heere auf die soldatischen Neigungen der Elsässer, die in großen Scharen unter dem Schatten der französischen Fahnen Europa durchzogen und aus deren Reihen eine Anzahl hervorragender Heerführer, Kellermann, Kleber, Rapp, Lefèvre und andere hervorgingen. Während die bereits erwähnte Lienhardsche Schrift [1]) in dem Umschwung, der sich damals in der elsässischen Volksseele vollzog, weit weniger den Ausdruck eines neuentstandenen französischen Nationalgefühls als den „auch in Südwestdeutschland vorhandenen Napoleonskult", die „mehr oder weniger von dem nationalen Zusammenhang unabhängige Heldenverehrung" erblickt, ist der altdeutsche Historiker Paul Rohrbach der Ansicht, daß am Ende der napoleonischen Zeit das Elsaß in innerpolitischer Beziehung ganz französisch geworden war [2]). Die Wahrheit scheint mir in der Mitte zu liegen:

1) „Wohin gehört Elsaß-Lothringen?" S. 19.

2) Paul Rohrbach, „Über Elsaß-Lothringen". Elsaß-lothringische Kulturfragen. Mai 1914 S. 151. „In innerpolitischer Beziehung war das Elsaß am Ende der napoleonischen Zeit ganz französisch geworden. Das Volk, das zusammen mit dem französischen die soziale Befreiung und die Ausstattung der Bauernschaft mit Land erlebt hatte, danach innerhalb des französischen Gesamtstaates an den großen Kriegen hervorragend teilgenommen und sich für die militärische Größe Napoleons begeistert hatte, mußte sich notwendig zu Frankreich gehörig fühlen."

wenn auch das elsässische und ebenso das deutschsprechende lothringische Volk vom französischen Vaterlandsgedanken damals noch nicht völlig durchdrungen war, so hatten doch Marengo und Hohenlinden, Ulm und Austerlitz, Jena und Friedland den inneren Anschluß an Frankreich wesentlich gefördert. Soviel aber ist gewiß, daß nach Leipzig und Waterloo die Wiedervereinigung des Elsasses mit dem deutschen Mutterlande einem weit geringeren Widerstand im Lande begegnet wäre als 56 Jahre später. Unaufhörlich schritt in der folgenden Zeit die Französierung des Elsasses vorwärts, langsamer auf dem kulturellen und sozialen, rascher auf dem politischen Gebiete. In seiner Lebens- und Denkweise, seinem inneren Wesen und seiner äußeren Art, namentlich seiner Sprache, war der Elsässer auch in jener Periode deutsch geblieben. So entstand der eigenartige Dualismus, dem der Dichter Ehrenfried Stöber durch die Worte: „Das Herz französisch, der Kopf deutsch" einen treffenden Ausdruck verlieh. Das Verwachsensein mit dem französischen Staate, insbesondere der Umstand, daß französische Bildung die Voraussetzung zur Bekleidung öffentlicher Ämter war, brachte es aber naturgemäß mit sich, daß die französische Kultur, insbesondere die französische Sprache, sich in den oberen Schichten Eingang verschaffte. Unter Louis Philipp traf die Regierung einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiete des Unterrichtswesens zur Beschleunigung des Assimilierungsprozesses. Das zweite Kaiserreich ging auf diesem Wege noch radikaler vor Es würde hier zu weit führen, auf die einzelnen Stadien dieser interessanten Entwicklung einzugehen; ich muß mich auf eine kurze Schilderung der Verhältnisse in den letzten Jahren vor 1870 beschränken. In allen höheren Lehranstalten des Landes wurde damals der Unterricht unter genauer Einhaltung des für ganz Frankreich bis in die Einzelheiten einheitlich geregelten Lehrplanes erteilt; der damals keineswegs leichten Abgangsprüfung — ich habe sie im Jahre 1869 bestanden — hatten sich die Abiturienten, die sich in der Regel im Alter von 17 bis 18 Jahren befanden, nicht in der Lehranstalt, wie in Deutschland, sondern vor einer aus Fakultätsprofessoren zusammengesetzten Kommission zu unterziehen. Die deutsche Sprache war nur auf Antrag des Kandidaten Prüfungsgegenstand. Für das spezifisch Elsässische, insbesondere für die elsässische Geschichte war kein Raum im Lehrplan; daher kam es auch, daß die jüngere elsässische

Generation von der Vergangenheit ihres Heimatlandes nicht viel mehr wußte als ihre urfranzösischen Zeitgenossen; wie ein Märchen aus alter Zeit vernahmen sie noch zuweilen aus dem Munde ihrer Großeltern die Nachklänge dunkler Erinnerungen, welche die Überlebenden der alten Generation aus dem elterlichen oder dem großelterlichen Hause in die neue Zeit hinübergerettet hatten; so hörte ich von der Grafschaft Hanau—Lichtenberg und dem gräflichen Schloß in meinem Heimatstädtchen Buchsweiler. Auch bei den Straßburger Fakultäten (Universitäten im deutschen Sinne gibt es bekanntlich in Frankreich nicht) entsprach der Studiengang völlig dem französischen Muster; nur in der (protestantischen) theologischen Fakultät hatte sich die deutsche Sprache neben der französischen erhalten und war das Lehrkollegium, das im Gegensatze zu den anderen Fakultäten größtenteils aus Elsässern bestand — unter ihnen ragte Eduard Reuß als Stern erster Größe hervor —, in enger Fühlung mit der deutschen Wissenschaft und Literatur geblieben.

In den breiten Massen des Volkes waren die Alten der französischen Sprache ganz unkundig, sofern sie sich nicht in Frankreich, im Welschland wie man sagte, aufgehalten hatten; auch bei den Jüngeren und Jüngsten hatte der französische Sprachunterricht, der neben dem deutschen in allen Volksschulen eingeführt worden war, noch keine durchschlagenden Erfolge erzielt; die mit Mühe erworbenen französischen Sprachkenntnisse verflüchtigten sich bald wieder bei den Meisten nach der Entlassung aus der Schule. Das Volk bediente sich ausschließlich der deutschen Sprache, beim mündlichen Verkehr des in seinen verschiedenen Spielarten von der Schriftsprache nicht unwesentlich abweichenden Dialekts. Dagegen war das Französische, abgesehen von wenigen Ausnahmen, durchweg die Schriftsprache der Gebildeten geworden; sie sprachen unter sich, innerhalb und außerhalb der Familie, die einen ausschließlich französisch, die anderen in buntem Durcheinander französisch und dialekt-deutsch, andere wieder in der Regel nur das letztere; je nach der Tradition überwog hier, namentlich in den Städten, das Französische, dort, namentlich auf dem Lande der Dialekt. Nur in der Kirche und im Religionsunterricht hatte sich die hochdeutsche Sprache erhalten. Die Geistlichkeit aller Konfessionen, war stets der Einführung des französischen Religions-

unterrichts — die französische Predigt, besonders auf dem flachen Lande, wäre ein Ding der Unmöglichkeit gewesen — entgegengetreten; so hatten der Bischof Räß und der Ehrenkanonikus Cazeaux verlangt, daß „dem Volke seine Muttersprache, in der es zu Gott bete, erhalten bleibe“ [1]).

Das wechselvolle Bild, welches das Elsaß in sprachlicher und ebenso in kultureller Beziehung bot, verschob sich jedoch unaufhaltsam nach der Richtung, daß das Deutschtum durch das Franzosentum verdrängt wurde; schon war die Zeit gekommen, wo die höheren Stände nicht mehr die einzigen Träger der französischen Kultur waren; auch die junge Generation des städtischen Mittelstandes war bereits von ihr berührt. Dieser Umschwung war am Ende der 60er Jahre weit vorgeschritten. In den politisch denkenden Kreisen war, von einigen Ausnahmen abgesehen, der französische Nationalgedanke durchgedrungen, während die unteren Schichten nationalpolitisch vielleicht um einige Grade kühler geblieben waren als anderwärts. In den höheren Ständen hatte sich jedoch vielfach eine ausgesprochene Sympathie für deutsche Literatur und deutsches Wesen erhalten, die besonders in den protestantischen Pfarrhäusern heimisch war. Das oben erwähnte Stöbersche Wort hatte seine Richtigkeit noch nicht ganz verloren. Sehr bezeichnend für die damaligen Verhältnisse ist die Tatsache, daß noch wenige Monate vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, in der Hochburg des Franzosentums im Elsaß, der Industriestadt Mülhausen, von einigen angesehenen Notabeln unter dem Titel: „Der souveräne Wahlmann“ ein Volksblatt in deutscher Sprache ins Leben gerufen wurde mit der Begründung, daß „die Mehrheit, und zwar die überwiegende Mehrheit des elsässischen Volkes deutsch denkt, deutsch fühlt, deutsch spricht, deutschen Religionsunterricht erhält, nach deutscher Sitte leibt und lebt und die deutsche Sprache nicht vergessen will“. Der an die Bürger- und Arbeiterschaft ergangene Aufruf erhielt die gemütvollen Worte: „Viele, wir wissen es, reden, lesen und schreiben französisch, und das ist recht und schön. Allein dieselben, die im Französischen geübt sind, denken und sprechen dennoch deutsch, und deshalb kommen wir zu ihnen und sprechen die Sprache ihrer Mütter, die Sprache

1) Petersen, a. a. O. S. 47.

ihrer Kindheit, die Sprache, in der sie ihre Kinder liebkosen und erziehen, ihre Frauen herzen und ihre sterbenden Eltern trösten"[1]).

Diese ganze Entwicklung, sowohl die geschichtlichen Ereignisse als die Wandlungen im elsässischen Volkstum geben den Schlüssel zur Würdigung und zum Verständnisse des späteren Verlaufes der Dinge bis zur Gegenwart. Zunächst werden die französische Revancheluft und die daraus hervorgegangenen Strömungen, welche eine der Hauptursachen des jetzigen Weltkrieges sind, in das richtige Licht gestellt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Frankfurter Friedensvertrag nicht die Eroberung französischen Bodens durch das neue Deutsche Reich, sondern die Wiederherausgabe früheren deutschen Bodens durch Frankreich sanktionierte. Auf der anderen Seite muß es sehr begreiflich erscheinen, daß, wie die Lothringer der Metzer Gegend, so auch die Elsässer und die deutschsprechenden Lothringer, entgegen einer in Altdeutschland jahrelang verbreiteten Meinung, „dem Herzen nach" französisch geworden waren. Cum grano salis ist daher das Gleichnis vom Palimpseste zu nehmen, in welchem zur Kennzeichnung der elsässischen Psyche, auf jene alten, durch einen neuen Text überdeckten Pergamente hingewiesen wurde, deren Grundschrift aber nicht erloschen war, sondern in ihrem wertvollen Inhalte wieder zum Vorschein gebracht werden konnte[2]). Für jeden, der die Verhältnisse kannte, war es keine Überraschung, daß sowohl die elsässische als die lothringische Bevölkerung fast durchweg sich gegenüber der Angliederung an Deutschland ablehnend verhielt. Mehr als eine korrekte Beobachtung der neuen staatlichen Rechtsordnung konnte vorerst von der zur französischen Zeit herangereiften Generation nicht verlangt werden.

Sehr bald jedoch bildete sich eine Gruppe angesehener Persönlichkeiten, welche die damals landläufige Ansicht nicht teilten, daß Frankreich die verlorenen Provinzen nach kurzer Zeit zurückerobern würde und daß ein Zusammenarbeiten mit den Organen der deutschen Verwaltung zurückzuweisen sei, welche sich vielmehr auf den von Vernunftgründen eingegebenen Standpunkt stellten, daß ein

1) René Prévôt a. a. O. S. 7.

2) So Präsident Leuthaus in einer bei der Eröffnung des deutschen Appellationsgerichts in Colmar am 12. Oktober 1871 gehaltenen Rede.

Volk verkümmert und sich selbst zur Ohnmacht verurteilt, welches versäumt, sich der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage anzupassen, in die es durch den Gang der Weltgeschichte gekommen ist. Aus dieser Bewegung entstand die „Autonomistenpartei", die im Gegensatze zu den offenen oder verkappten „Protestlern" die vollbrachte Tatsache vorbehaltlos anerkannte und — daher ihr Name — darauf ausging, für das neu geschaffene Reichsland eine möglichst selbständige Stellung im Rahmen des Reiches zu erringen. Diese Partei, an deren Spitze zielbewußte, einflußreiche Männer standen, wie der spätere Staatsrat Julius Klein, der spätere Landesausschußpräsident von Schlumberger, Freiherr Zorn von Bulach Vater, August Schneegans, Ferdinand Schneegans gewann Boden in Stadt und Land und hielt den Protest in Schach, so daß die Reichsgesetzgebung sich entschloß, auf dem Wege fortzuschreiten, dessen Endziel kein anderes sein konnte, als die Erhebung Elsaß-Lothringens zum gleichberechtigten Bundesstaate. Drei Etappen wurden bereits in jener ersten Periode auf diesem Wege zurückgelegt: Einsetzung eines aus Mitgliedern der Bezirkstage gebildeten Landesausschusses zur Begutachtung der elsaßlothringischen Landesgesetze (Kaiserlicher Erlaß vom 29. Oktober 1874), Erhebung des Landesausschusses zum gesetzgebenden Faktor neben der subsidiären Zuständigkeit des Reichstags (Gesetz vom 2. Mai 1877), Einsetzung der Statthalterschaft, Verlegung des Sitzes der Regierung nach Straßburg, weitere Ausgestaltung des Landesausschusses in bezug auf seine Befugnisse und seine Zuständigkeit (Gesetz vom 4. Juli 1879). Man brauchte kein starker Optimist zu sein, um damals die Hoffnung zu hegen, daß die Nachwehen der politischen Umwälzung und die Schwierigkeiten der Übergangszeit innerhalb eines Menschenalters überwunden sein würden; die Wurzeln des Deutschtums, die die elsässische Volksseele in ihren Tiefen bewußt oder unbewußt barg, hatten ausgeschlagen, schon hatten sich Stämmchen und Knospen als Vorboten der Blüten und Früchte gezeigt. Es muß offen bekannt werden, daß die spätere Entwicklung hinter den Erwartungen der 70er und des Beginnes der 80er Jahre zurückblieb, daß im Laufe der Zeit die Stimmung im Lande eine ganz andere wurde, als die damals erhoffte. Eine eingehende Erörterung dieser Erscheinung würde die räumlichen Gren-

zen dieſer Arbeit weit überſchreiten; ich kann nur einige Punkte herheben. Von nachteiliger Wirkung auf die Stimmung im Lande war vor allem die unverſöhnliche Haltung, weiche Frankreich Deutſchland gegenüber beharriich einnahm. Dies trat namentiich hervor nach dem Sturze von Jules Ferry, des einzigen franzöſiſchen Miniſters, der mutig und weitſchauend genug war, die Streitaxt zu begraben und einem Zuſammengehen mit Deutſchiand das Wort zu reden; es kam die Ara Bouianger unrühmiichen Andenkens; ſeitdem hat der Revanchegedanke mit nur geringen Schwankungen nicht aufgehört, die franzöſiſche Poiitik zu beherrſchen und den friediichen Neigungen des Kleinbürger- und Bauerntums entgegenzuarbeiten. Die von den Männern der Patriotenliga und deren Geſinnungsgenoſſen aufgepeitſchten Weiien ſchlugen unabläſſig über die Vogeſen und durchtränkten den eiſaß-lothringiſchen Boden mit ihren giftigen Stoffen; dazu trugen die vielen verwandtſchaftlichen Beziehungen weſentlich bei, die zwiſchen Eiſaß-Lothringen und Frankreich beſtanden und heute noch beſtehen; die Lücken, die in den Reihen der älteren Generationen geriſſen wurden, füllten ſich immer wieder aus durch die neuen ehelichen Verbindungen elſaß-lothringiſcher Mädchen mit Franzoſen.

Ein weiterer gewichtiger Faktor war der Einfiuß der den höheren Ständen angehörenden Frauen, von denen auch die der jüngeren Generationen meiſt dieſeibe Abneigung gegen das Deutſchtum an den Tag iegten, wie ihre Mütter und Großmütter. Dies findet ſeine Erklärung wohl hauptſächlich in der Erziehung, die den jungen Mädchen im Reichslande zuteii wurde. Die ſtaatlichen und ſtädtiſchen höheren Mädchenſchuien reichten zur Aufnahme des geſamten weiblichen Nachwuchſes nicht aus, wobei es übrigens ſehr zweifeihaft iſt, ob ſie, wenn ſie dem Bedarfe genügt hätten, ausreichend beſetzt geweſen wären. Die Mehrzahi der jungen Mädchen beſuchte Privatanſtaiten konfeſſioneiien und interkonfeſſioneiien Charakters, von denen ſich — von Ausnahmen abgeſehen — nicht ſagen ließ, daß ſie Pflanzſtätten deutſcher Geſinnung geweſen wären; zudem verbrachten vieie ihre Unterrichtszeit ganz oder zum Teii in franzöſiſchen Kloſterſchuien oder Laienanſtaiten. Ich möchte nicht behaupten, daß in meiner engeren Heimat die Männer mehr unter dem Pantoffei ſtehen als anderwärts; Tatſache aber iſt, daß ſie in großer Zahl bei ihrer poiitiſchen

Stellungnahme von ihren Frauen stark beeinflußt wurden; ebenso wirkten, ohne es vielleicht zu wollen, die Mütter auf die Söhne, die Schwestern auf die Brüder ein. Ein genauer Kenner der elsässischen Verhältnisse, Geh. Justizrat Ruland in Colmar, schildert die Rolle der Frauen in einigen charakteristischen Zügen, die einer gewissen Komik nicht entbehren [1]); er erzählt z. B. von den erstaunten Gesichtern seiner noch nicht gewitzigten altdeutschen Landsleute, die mit einem Elsässer bei festlichen oder geschäftlichen Gelegenheiten in Berührung gekommen waren und ihren neuen „Freund" später mit seiner Gattin trafen: der Elsässer kannte dann den Altdeutschen nicht mehr oder erwiderte den Gruß mit größter Zurückhaltung; andern Tags, „wenn keine weibliche Aufsicht vorhanden war", begrüßte der Elsässer wieder freundlichst den altdeutschen Bekannten. Ich könnte zu diesem Kapitel eine Blütenlese köstlicher Beiträge liefern. Altdeutsche und Altelsässer fanden sich zusammen auf dem Gebiete wirtschaftlicher, sozialer, politischer Betätigung; man lernte sich kennen und schätzen, knüpfte sogar freundschaftliche Beziehungen an; die ablehnende Stellungnahme der elsässischen Frauen — es gab, auch außerhalb der wenigen elsässischen Beamtenfamilien, einige rühmliche Ausnahmen — verhinderte aber den gesellschaftlichen, persönlichen Anschluß, das Einleben in eine neue, beide Bevölkerungsteile umfassende Gemeinschaft.

An dem Stocken des Verschmelzungsprozesses trugen aber die Eingeborenen nicht allein die Schuld; die Eingewanderten waren dafür mitverantwortlich. Während anerkannt werden muß, daß die bei der Einrichtung der deutschen Verwaltung berufenen Beamten, in Ansehung sowohl ihrer Befähigung als ihres persönlichen Auftretens, der großen Mehrzahl nach der an sie gestellten schwierigen Aufgabe durchaus gewachsen waren, befanden sich unter ihnen auch Elemente, die sich keineswegs dazu eigneten, die Eingeborenen für das Deutschtum einzunehmen; dies war namentlich bei manchen der Fall, die infolge ihres Amtes in nähere Berührung mit der Bevölkerung kamen. Dem gegenseitigen Sichverstehenlernen stand auch der bereits oben berührte Irrtum entgegen, in welchem die Eingewanderten über

1) Dr. H. Ruland, Deutschtum und Franzosentum in Elsaß-Lothringen, 2. Auflage S. 46.

die nationale Gesinnung der Elsaß-Lothringer befangen waren. „Dieser Irrtum", sagt Reichsgerichtsrat a. D. Petersen, der lange Zeit im Reichslande lebte, „hatte die schlimme Folge, daß bald eine Enttäuschung und damit bei vielen eine gewisse schädlich wirkende Ungeduld eintrat"[1]). Die entschwundenen Illusionen lösten sich nicht selten in Verstimmung, ja Unwillen und Erbitterung aus. Diese Geistesverfassung war keine vorübergehende, sondern eine nachhaltige Erscheinung. Oft begriff man nicht oder wollte man nicht begreifen, daß die zur französischen Zeit herangewachsenen Elsaß-Lothringer anders dachten und fühlten als die Pommern oder die Westfalen, man hielt sich darüber auf, daß sie nicht die Erinnerung an ihre Vergangenheit, den Einschlag französischer Kultur völlig ausrotteten und daß sie nicht jedem abfälligen Urteil über Frankreich und die Franzosen zustimmten. Der von mir schon genannte langjährige Reserveoffizier Geh. Justizrat Ruland hat mit den altdeutschen Heißspornen gründliche Abrechnung gehalten und ihnen zu Gemüte geführt, welchen schweren Schaden sie der zarten Pflanze des Deutschtums im Reichslande zufügten[2]). Auch der frühere Professor an der Straßburger Universität, Theobald Ziegler, hat unumwunden erklärt, daß „man auch auf der anderen" (altdeutschen) „Seite nicht immer mit Takt und Geschick, mit Verständnis und verstehender Nachsicht vorging, daß Mißgriffe ärgerlicher oder komischer Art gemacht wurden[3])". In derselben Gedankenreihe bewegen sich folgende beherzigenswerte Worte des Jenenser Professors W. Rein: „Der deutsche Gedanke wird" (in Elsaß-Lothringen) „um so eher siegen, wenn in Altdeutschland sich ein tieferes Verständnis für die inneren seelischen Vorgänge der Elsaß-Lothringer und damit ein gerechteres Urteil immer mehr verbreitet. Und schließlich sollten wir Altdeutsche nicht zunächst, ehe wir Vorwürfe erheben, an unsere eigene Brust schlagen und uns die ernsthafte Frage vorlegen: Welche Sünden haben wir begangen?"[4])

Wie unrichtig die Verhältnisse des Reichslandes oft in Altdeutschland beurteilt werden, geht besonders deutlich aus den dortigen

1) Petersen, a. a. O. S. 69
2) Ruland, a. a. O. S. 48 ff, S. 166 ff.
3) Mitteilungen der els.-lothr. Vereinigung Bd. V S. 338.
4) Els.-lothr. Kulturfragen. 4. Jahrgang S. 102.

Anſichten über den Gebrauch der franzöſiſchen Sprache hervor, der vielfach als ein Prüfſtein für die Unzuverläſſigkeit der politiſchen Geſinnung betrachtet wird. Dieſer Standpunkt iſt, ſobald er verallgemeinert wird, ganz verfehlt. Viele durchaus deutſchgeſinnte Elſäſſer, namentlich ſolche der älteren Generation, pflegen von alters her ſich in ihrem Hauſe oder im Privatverkehr mit ihren engeren Landsleuten der franzöſiſchen Sprache zu bedienen, während es umgekehrt ebenſoviele, ja wohl noch mehr Elſäſſer gibt, die kaum franzöſiſch verſtehen und dennoch nichts weniger als deutſchfreundlich ſind. Man vergeſſe doch nicht, daß der Bildungsgang der Elſäſſer vor 1870 und die Gewohnheit der franzöſiſchen Umgangsſprache naturgemäß eine Tradition begründeten, die ſich durch die Jahrzehnte hindurch fortſetzte; man denke doch nur an die Hugenottenfamilien in Preußen, die „réfugiés“, die ſich über 200 Jahre lang ihre franzöſiſche Sprache, in Berlin ſogar ihre franzöſiſche Kirche bewahrt haben und doch ebenſo gute Deutſche geworden ſind, als ihre alteingeſeſſenen Mitbürger! Zur Erhaltung des Franzöſiſchen im Elſaß hat übrigens der Umſtand nicht unweſentlich beigetragen, daß die Elſäſſer unter ſich, wenn ſie nicht franzöſiſch ſprechen, nicht das Hochdeutſche, ſondern den Dialekt gebrauchen, deſſen Laute zwar jedem Elſäſſer ſympathiſch ſind und, wenn er in der Fremde weilt ihn anheimeln, der ſich aber nicht zur Wiedergabe abſtrakter Begriffe, zur Beſprechung wiſſenſchaftlicher Fragen u. dgl., zur gehobenen feineren Unterhaltung eignet. Sehr zutreffend bemerkt dazu der Sohn eines eingewanderten Elſäſſers, Otto Flake: „Auch bei uns (in Deutſchland) ſprechen die gebildeten Stände keinen Dialekt, ſondern Hochdeutſch, wenigſtens ausnahmslos dann, wenn ſie ſich feiner, gemeſſener ausdrücken wollen. Das Hochdeutſch des Elſäſſers aber, deſſen Dialekt kräftig iſt, aber derb klingt, wurde durch die Verkettung der Umſtände — franzöſiſch: das iſt kein Paradoxon, ſondern reine Wahrheit [1]).“ Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß das Hochdeutſche in den höheren Ständen, namentlich bei der jüngeren Generation, das Franzöſiſche in Wort und Schrift immer mehr verdrängen wird; hier wie überall wird die Zeit ihr Werk vollbringen, und zwar wird dies raſcher geſchehen als in dem gewöhnlich ſehr langſamen

1) Otto Flake, Die elſäſſiſche Frage. Neue Revue 1909, 10. Heft S. 343.

Tempo der Sprachenverschiebungen, weil allen Elsässern, auch der alten Generation, der Dialekt geläufig und das Hochdeutsche mindestens bekannt ist. Diesen Werdegang werden auch diejenigen Elsässer nicht verhindern können, die aus national-politischen Gründen eine Abneigung gegen die deutsche Sprache an den Tag legen.

Die oft erörterte Doppelsprachigkeit, und als deren Folge die Doppelkultur, ist das Ideal mancher Elsässer, weshalb diese Frage hier berührt werden muß. Wie alles in der Welt, hat die Doppelsprachigkeit ihre Licht- und ihre Schattenseiten; bei näherer Betrachtung stellt sich aber heraus, daß die ersteren vor den letzteren entschieden zurücktreten. Es ist ungemein schwer, wenn nicht unmöglich, zwei Sprachen so vollkommen zu beherrschen, wie jeder Gebildete, der dieses Prädikat wirklich verdient, seine Muttersprache beherrschen muß. Die Sprache ist das unentbehrliche Werkzeug zur Hervorbringung und Verarbeitung unserer Gedanken; der Zweisprachige besitzt allerdings zwei solcher Werkzeuge; aber keines der beiden ist dem einen gleichwertig, das dem Einsprachigen zur Verfügung steht; daraus ergibt sich aber mit logischer Notwendigkeit, daß der Letztere mit dem einen mehr ausrichtet als der Erstere mit den beiden; er dringt tiefer in die Gedankenwelt ein, die er zutage fördern will; seine Ausdrucksweise nimmt bestimmtere, schärfer ausgeprägte Formen an. Wie richtig bemerkt wurde, „decken sich die Begriffssysteme verschiedener Sprachen durchaus nicht“[1]); der Zweisprachige ist deshalb mehr als der Einsprachige der Gefahr ausgesetzt, daß seinen Gedankenreihen eine gewisse Verschwommenheit anhaftet. Die heutigen Elsässer der älteren Generation, bis zu denen, die zur französischen Zeit gerade noch das Gymnasium absolviert haben, leiden alle, der eine mehr, der andere weniger an diesen Nachteilen der Zweisprachigkeit, wie sie auf der anderen Seite deren unbestreitbare Vorteile genießen. Gewiß gehört in unserer Zeit, mehr noch als früher, das wurde gerade in Deutschland immer anerkannt, zur allgemeinen Bildung die genauere Kenntnis mindestens einer fremden Sprache. Schon aus rein praktischen Gründen lassen besondere örtliche Verhältnisse das Vertrautsein mit dieser oder jener fremden Sprache, allerdings nur für die gebildeten Kreise,

1) von Borries, „Über Gegenwart und Zukunft des Elsaß“ (Liberales Wochenblatt), Straßburg, vom 9. März 1909.

als eine Notwendigkeit erscheinen; dies ist im Elsaß mehr noch durch die Vergangenheit als durch die geographische Lage des Landes für die französische Sprache, abgesehen von jedwelchen politischen Hintergedanken, der Fall. Wohl aber müssen sich die Gebildeten im Elsaß merken, daß auch für sie das Deutsche nicht bloß die amtliche, sondern auch die Landessprache ist, die Sprache, durch welche ihren Kindern und Enkeln das geistige Rüstzeug übermittelt wird, das sie dereinst befähigen soll, den Kampf des Lebens zu bestehen und daß in einem deutschen Lande dem Französischen nur Rang und Stellung einer fremden Sprache eingeräumt werden kann.

Im Laufe des letztverflossenen Jahrzehnts war eine unbestreitbare Verschärfung der politischen Gegensätze im Reichslande eingetreten. Diese erhöhte Spannung fiel zusammen mit der Steigerung der deutschfeindlichen Agitation in Frankreich. Es war die Zeit, wo der Demokrat Blumenthal und der Klerikale Wetterle ihren gegenseitigen Groll vergaßen, um mit vereinten Kräften aus dem Colmarer Wetterwinkel den Wind heraufzubeschwören, der die Segel auf dem Schiffe der „wahren" und „echten" Elsässer blähen sollte, die Zeit der Gründung des Nationalbundes, der unter Mißbrauch und Verzerrung des gesunden Gedankens eines elsaß-lothringischen, aber in der deutschen Muttererde festverankerten Volkstums, nichts anderes erstrebte als — wie das Geleitwort lautet, das der Elsässer W. Kapp ihm auf den Weg gab — „die Anlage einer neuen französischen Kulturprovinz auf deutschem Boden einzuleiten [1])", der unter dem Deckmantel eines partikularistischen Programms eine besonders die heranwachsende Generation verwirrende französische Propagandatätigkeit entfaltete, der, mochte auch der eine oder der andere seiner Mitglieder dies nicht gewollt und nicht eingesehen haben, die Interessen des Landes aufs schwerste dadurch schädigte, daß er Verärgerung und Erbitterung säte, stets neue Gräben aufwarf und ein fruchtbares, der Gesamtheit förderliches Zusammenwirken der Eingeborenen mit den Eingewanderten hemmte. In derselben Richtung betätigte sich unter dem Vorgeben rein kultureller Ziele der „Cercle des annales" mit seinen vielen Zweigvereinen, der, wie das „Journal d'Alsace-Lorraine" selbst ver-

1) Mitteilungen der els.-lothr. Vereinigung Bd. I S. 8.

kündete unter den Auspizien der Pariser „Annales politiques et littéraires“ entstanden war und dem das französische Hetzblatt „Le Messager d'Alsace-Lorraine“ das Zeugnis ausstellte, daß er der „Alliance française“ ihre Aufgabe erleichtere und Pionierarbeit in den Kulturzentren leiste, wohin die „Alliance“ ihren Einfluß noch nicht erstreckt habe[1]). Der nationalistische Geist hatte sich auch eines Teiles der akademischen Jugend bemächtigt: nachdem der „Cercle des étudiants“, der unter der Führung seiner inaktiven und Ehren-Mitglieder nach einer Art Geheimverbindung sich der Öffentlichkeit möglichst zu entziehen suchte, dessen Mitglieder aber einen um so regeren Verkehr mit ihren französischen Kommilitonen pflegten, durch den akademischen Senat aufgelöst worden war, wurde als Ersatz dafür der „Cercle des anciens“ gegründet, dem sofort eine größere Anzahl ehemaliger Studenten der Straßburger Universität beitraten und der den einheimischen Studenten als Leitstern dienen sollte. Schon im Jahre 1907 hatte René Prévôt Medizinern und Pharmazeuten, „die das Banner eines unfruchtbaren Protestes hochhalten zu müssen glaubten“, zugerufen: „Ihr seid auf falschem Wege! Ihr haftet an der äußerlichen Phrase, wo doch der Kampf, zu dem die Zeit euch ruft, die geistige „levée en masse“ um des Elsasses Zukunft, die Vollkraft ganzer Seelen heischt[2])!“ Dieses Mahnwort, das übrigens, wie sich später zeigte, nicht bloß für Mediziner und Pharmazeuten, sondern auch für Juristen und Philologen angebracht gewesen wäre, ist leider von manchen nicht gehört, jedenfalls nicht beachtet worden. Bekannt ist auch das Treiben des unter französischer Regie gestandenen „Souvenir français“, der, unter Mißbrauch des hehren Gefühls der Totenverehrung, ein Herd deutschfeindlicher Agitation geworden war; gewiß lag der Souvenirstimmung bei manchen Mitläufern unverfälschte Pietätsgesinnung, bei anderen harmlose Schwärmerei zugrunde; in den Händen seiner Führer aber war der „Souvenir“ nichts anderes als ein Werkzeug zur Verbreitung der französischen Idee und zur Verhinderung des inneren Anschlusses an Deutschland. Dieselben Zwecke verfolgten eine Anzahl Sportvereine, wie die „Jeunesse lorraine“ und andere. Bekanntlich wurde der elsaß-lothringischen Re-

1) Mitteilungen der els.-lothr. Vereinigung Bd. I. S. 137 und 139.
2) René Prévôt a. a. O. S. 26.

gierung oft vorgeworfen, daß sie diesen deutschfeindlichen Treibereien mit verschränkten Armen zusehe; dieser Vorwurf war nicht begründet. Es wurde dabei nicht beachtet, daß auch die französische Presse des Landes unter dem Schutze des deutschen Reichspreßgesetzes, der Nationalbund und die anderen Vereine derselben Richtung unter dem Schutze des deutschen Reichsvereinsgesetzes standen und daß infolgedessen einem Eingreifen der Landesregierung sehr enge Grenzen gezogen waren.

Alle diese Elemente waren es auch, die im Verein mit den französischen Nationalisten einer Annäherung Deutschlands und Frankreichs stets hindernd im Wege standen; sie wiesen in hochtönenden Worten unserem Lande die Rolle eines Bindeglieds zwischen der deutschen und der französischen Kultur zu, in Wirklichkeit aber trugen sie wesentlich dazu bei, daß es der Zankapfel zwischen den beiden Völkern blieb; sie waren die Hilfstruppen der Revanchehelden jenseits der Vogesen, indem sie nicht aufhörten, ihnen stets neuen Zündstoff zuzuführen und neue Hoffnungen einzuflößen. Dadurch, daß sie sich mit Erfolg bemühten, in Frankreich den Wahn zu erhalten, daß das elsaß-lothringische Volk den Wiedereinzug der Trikolore in Straßburg und Metz, wenn nicht anders unter den Fanfaren der Kriegsdrommete, sehnlichst wünsche, sind sie mitschuldig, daß Frankreich unter dem Drucke der Nationalisten beharrlich die Hand zurückwies, die Deutschland ihm anbot und daß das schöne Zukunftsbild eines loyalen, dauernden Zusammengehens Deutschlands und Frankreichs, das vielen guten Deutschen, worunter manche deutsch-national gesinnte Elsaß-Lothringer, nicht zuletzt auch einigen auserlesenen Geistern in Frankreich vorschwebte, zum Schaden der beiden Nationen und der ganzen Menschheit einer rauhen Wirklichkeit weichen mußte [1]).

Der Mehrheit des elsaß-lothringischen Volkes war dieses Hetzen zuwider, welches unser ganzes politisches Leben vergiftete. Nur wenige aber hatten den Mut, entschieden dagegen Front zu machen und offen den Standpunkt zu vertreten, daß zwar ein Volk kein

1) Man lese z. B. die Abhandlung von Otto Ahrendt: Ein deutsch-französisches Bündnis. Ich verweise auch auf meine Ausführungen in der Abhandlung: Über die mittelbaren und unmittelbaren Ursachen des Weltkriegs 2. Auflage S. 53 ff.

Blatt aus seiner Geschichte herausreißen, sondern seine Vergangenheit ehren soll, daß es aber dem Niedergang geweiht ist, wenn es durch unaufhaltsamen Rückblick in die Vergangenheit den Einblick in die Gegenwart und den Ausblick in die Zukunft versäumt[1]). Es gab viele, die sich dieser Einsicht nicht verschlossen, sich aber aus Familienrücksichten, Gleichgültigkeit, Zaghaftigkeit nicht dazu aufraffen konnten, in ihren Kreisen mannhaft dafür einzutreten; sie wähnten, der Staat, die Regierung möge sehen, wie sie mit der unruhigen Gesellschaft fertig werde und beachteten nicht, daß es sich um die Lebensinteressen des Landes handelte, deren Wahrung die Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Bürgers ist. Diese bedauerliche Geistesverfassung mag einigermaßen entschuldbar gewesen sein, da sie mit der Geschichte des Landes zusammenhing: Staat und Volk hatten sich noch nicht gefunden, waren noch nicht eins geworden, wie dies zur gesunden Entwicklung des Ganzen erforderlich ist; weiten Kreisen war der Staat „ein außerhalb der Gesellschaft stehendes Etwas" geblieben, „dem man nur mit Zurückhaltung und höchstem Argwohn entgegentreten dürfte, als ein notwendiges Übel, keineswegs als ein ethisches Gut[2])".

Mitschuldig daran, daß die Zustände im öffentlichen Leben Elsaß-Lothringens sich in nichts weniger als befriedigender Weise gestaltet hatten, waren, das muß hier gesagt werden, auch die politischen Parteien des Landes, elsaß-lothringisches Zentrum, Liberale Landespartei, Liberaldemokraten, Sozialdemokraten und Lothringer Block. In der Besorgnis, ihre Reihen gelichtet und ihre weitere Werbearbeit erschwert zu sehen, vermieden sie ängstlich die Autorität des Staates zu stärken, der Regierung im Kampfe gegen die nationalistischen Um-

1) Zur Verfechtung dieses Gedankens taten sich Ende 1909 eine Anzahl beherzter Männer zu einer „Elsaß-lothringischen Vereinigung" zusammen. Von den Nationalisten, wie nicht anders zu erwarten war, heftig bekämpft, aber auch von anderer Seite verkannt, hat die „Vereinigung" allen Angriffen zum Trotz eine rege fruchtbringende Tätigkeit entfaltet „zur Förderung einer elsässischen Kultur im engen Anschluß an die deutsche Gesamtkultur, zur Förderung des Zusammenwachsens der beiden Bevölkerungsteile zu einem Volkstum".

2) Friedrich König, Kulturstreit und Staatsgedanke in Elsaß-Lothringen. Mitteilungen der els.-lothr. Vereinigung Bd. III S. 87.

triebe tatkräftig beizustehen und im geeigneten Augenblicke deutschnationale Saiten anzuschlagen. Diese zögernde Stellungnahme der Parteien trat oft bei den Parlamentsverhandlungen, namentlich auch bei den ersten Landtagswahlen nach Einführung der neuen Verfassung im Jahre 1911 hervor. Zwar wurden damals die Hauptführer der Nationalisten, mit Ausnahme des Priesters Wetterle, von den vereinigten Liberalen und Sozialdemokraten geschlagen, trotz des Beistandes, den ihnen das Zentrum hatte angedeihen lassen, indem es sie teils als seine eigenen Kandidaten aufgenommen, teils unterstützt hatte. Mit jenen Führern wurde aber keineswegs der Nationalismus als solcher zur Strecke gebracht; wenn seine Organe behaupteten, daß er im Gegenteil auf der ganzen Linie gesiegt hätte, so war dies insofern nicht von der Hand zu weisen, als die Parteien, und zwar nicht bloß das Zentrum, den Nationalismus nicht an der Wurzel gefaßt hatten, um ihn auszurotten, daß sie keine scharfe Scheidelinie gezogen hatten zwischen ihrem nationalpolitischen Standpunkte und dem der Herren Blumenthal, Wetterle und Genossen; dem Ultrapartikularismus mit allen seinen auf Stimmungsmache bei den Massen berechneten Schlagworten hatten auch sie gehuldigt; von der Zugehörigkeit zum Reiche, die gerade bei den ersten Wahlen zum neueingesetzten Landtage besonders hervorzuheben gewesen wäre, von der daraus sich ergebenden Verpflichtung zur inneren und werktätigen Anteilnahme an dessen Aufgaben und Geschicken war in den Wahlaufrufen und Wahlversammlungen blutwenig die Rede; manche Parteikundgebungen zeigten eine unheimliche Ähnlichkeit mit denen der Nationalisten. Nun, in Wahlzeiten pflegt man bekanntlich die Worte nicht auf die Goldwage zu legen. Aber auch nachher trat keine nationalpolitische Neuorientierung in unserem Parteileben ein. Wie die anderen Parteien, befleißigten sich auch die Liberalen und die Demokraten, die inzwischen eine Umbildung vorgenommen und sich zu einer „Fortschrittspartei" vereinigt hatten, einer sichtlichen Zurückhaltung auf diesem Gebiete, um nicht als „gouvernemental" verschrien oder dem Vorwurfe der Bevorzugung des Deutschtums auf Kosten des Elsässertums — als ob sie Gegensätze wären! — ausgesetzt zu werden. Der Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien trug gerade diesen Stempel. Die deutschnationalen Elemente, Altdeutsche und Altelsässer, die sich unter den Liberalen und den Demokraten befanden, waren nicht stark oder

nicht entschlossen genug, um ihren Ideen Geltung zu verschaffen und auf die Richtlinien ihrer Partei einen maßgebenden Einfluß zu üben. Das Ausscheiden einer Anzahl Mitglieder der früheren Liberalen Landespartei und die 1912 erfolgte Gründung einer Mittelpartei — ein Vorgang der vom liberalen Standpunkte nicht besonders erfreulich war, weil er Kräfte auseinandertrieb, die zu gemeinsamer Arbeit berufen erschienen — war zum großen Teile auf jene Erscheinungen im liberalen Lager zurückzuführen. Freilich wirkte dabei die Tatsache mit, daß die Liberalen durch ihr Aufgehen in der neuen Fortschrittspartei eine Schwenkung nach links vollzogen hatten, die den besonders das monarchische Prinzip stark betonenden Rechtsliberalen nicht zusagte; wesentlich mitbestimmend aber für die Bildung der Mittelpartei war das spezifisch nationale Moment, das auf liberaler Seite, unter Duldung der Führer, wenn auch wohl ihrem persönlichen Empfinden entgegen, zurückgesetzt worden war.

So lagen die Verhältnisse im Reichslande, als wenige Monate vor Kriegsausbruch der „Fall Zabern" sich ereignete, der, aus an sich kleinen Verhältnissen hervorgegangen, immer weitere Kreise zog und sowohl im Reichstag als in bundesstaatlichen Parlamenten und in der Presse die lebhaftesten Auseinandersetzungen hervorrief. Ein Eingehen auf diese wohl endgültig abgetane Angelegenheit wird sich hier erübrigen; es sei nur gesagt, daß sie mit allen ihren Nebenerscheinungen, der damit verbundenen eigenartigen Verkettung von Recht und Unrecht, den dabei mancherseits vorgekommenen Fehlern sowohl diesseits als jenseits des Rheins eine tiefgehende Verstimmung erzeugte, die hüben bis in die unanfechtbar deutschnationalen, eingewanderten und einheimischen, drüben bis in die den Elsaß-Lothringern bestgesinnten Kreise reichte.

Die Wellen des gewaltigen Stromes patriotischer Begeisterung, die in den denkwürdigen Augusttagen des Jahres 1914 das ganze Reich durchfluteten, schienen nicht an der reichsländischen Grenze Halt zu machen, sondern bis zu den Kämmen der Vogesen hinüberzuschlagen. Wir erinnern uns des schönen Verlaufes der Mobilmachung im Reichslande und der anerkennenden Worte, die von berufenen Stellen der Bevölkerung dafür gezollt wurden; wir erinnern uns der in der ganzen elsässischen Presse zum Ausdruck gebrachten Auffassung, daß nunmehr die letzten Fäden der geistigen Zusammengehörigkeit der

Elsässer in Frankreich abgeschnitten seien [1]). Wir würden aber der Wahrheit nicht die Ehre geben, wenn wir bestreiten wollten, daß die seitherigen Wahrnehmungen diese optimistische Auffassung schwer erschüttern mußten. Ganz abgesehen von den Fällen, die vor den ordentlichen und außerordentlichen Kriegsgerichten aufgerollt wurden und immer noch aufgerollt werden, hat sich gezeigt, daß gewisse Schichten der Bevölkerung, namentlich weite Kreise der Bourgeosie sowohl in den großen als in den mittleren und kleinen Städten, ganz abseits stehen von dem Wege, den das gesamte deutsche Volk in wunderbarer Einigkeit durchwandert. Zwar konnte billigerweise nicht erwartet werden, daß die Gefühle aller Elsaß-Lothringer auf den Ton gestimmt seien, der die Fibern der übrigen deutschen Stämme beschwingt, wohl aber durfte man annehmen, daß angesichts der gemeinsamen Gefahr und der überwiegend gemeinsamen Interessen, angesichts der Tatsache, daß die Söhne unseres Landes draußen im Felde, in den Schützengräben, auf den Meereswellen für die deutsche Sache ihr Leben einsetzen, ein mehr oder minder ausgeprägtes Solidaritätsgefühl auch in unserem Lande die Dominante sein würde, der alle bisherigen Mißtöne weichen müßten. Statt dessen, was tritt uns vielfach entgegen? Ein verdrossenes Nörglertum, ein geflissentliches Ignorieren des ungeheueren Weltgeschehens das doch nicht bloß die Gesamtnation, sondern ein jedes ihrer Glieder, also auch uns unmittelbar angeht, ein gänzlicher Mangel an Verständnis für die gewaltigen Leistungen des deutschen Volkes sowohl in Waffen als im Arbeitskleide, welches es nicht so leicht hat wie seine Feinde, die durch das neutrale Ausland mit Waffen und Munition versorgt werden, ja sogar eine mehr oder weniger verdeckte Hinneigung zum westlichen Feinde. Ein erster Grund dieser bedauerlichen Erscheinung ist darin zu finden, daß hierzulande immer noch durchaus falsche Vorstellungen über die tieferen Ursachen und die

1) Der Landtagsabgeordnete Wolf schrieb damals folgende schwungvolle Worte: „Der Krieg hat auf einem Male das latente deutsche Nationalbewußtsein der Elsässer entbunden. Was sich viele nicht eingestehen wollten, das künden sie jetzt laut und werden es erst recht nach siegreicher Heimkehr aus dem Felde ihren Angehörigen künden, daß sie deutsche Elsässer sind, die endlich wieder ein Vaterland haben. Die Rolle der französischen Bourgeosie mit ihrer Doppelkultur ist ausgespielt....“ Nr. 246 (1914) der „Straßburger Neuen Zeitung“.

letzten Urheber des Krieges bestehen; man hat sich in den Gedanken verrannt, daß Deutschland den Krieg hätte vermeiden können, wenn es gewollt hätte, ja daß es ihn verschuldet habe; trotz der die Vorgänge der Juli- und Augusttage des Jahres 1914 beleuchtenden amtlichen Kundgebungen der kriegführenden Staaten, trotz des in den Brüsseler und jüngst in den Nischer Archiven vorgefundenen erdrückenden Beweismaterials, sehen manche nicht ein oder wollen nicht einsehen, daß Deutschland alles getan hat, was in seiner Macht stand, um das Unheil abzuwenden, daß lediglich die Dreiverbandmächte es waren, die den Weltbrand entfacht haben, daß wir heute im tiefsten Frieden lebten, wenn auch nur eine der beiden Westmächte, Frankreich oder England, im entscheidenden Augenblicke der russischen Regierung erklärt hätte, — das Gegenteil war geschehen! — daß sie sich an dem grausamen Spiele nicht beteiligen würde. Tatsache ist ferner, so unbedacht und geradezu unvernünftig dies auch erscheinen mag, daß man hierzulande vielfach die mannigfachen Beeinträchtigungen und Störungen in der gewohnten Lebensweise, die durch die Lebensmittelversorgung gebotenen Maßnahmen, die Verkehrserschwerungen usw., nicht als die unvermeidlichen Folgen des Kriegszustandes hinnimmt, sondern die Heeres- und Zivilverwaltung dafür verantwortlich macht. Wenn irgend eine die Bewegungs- oder Redefreiheit einschränkende Anordnung getroffen wird, die man, sei es mit Recht, sei es mit Unrecht, für verfehlt oder für unnötig hält, so begnügt man sich nicht mit dieser Feststellung, eventuell mit einer Beschwerde an die zuständige Stelle, wie dies anderwärts, namentlich auch im feindlichen Auslande geschieht, sondern man richtet seinen Mißmut gegen das Deutschtum als solches. Man regt sich über Kleinigkeiten, über nebensächliche Dinge auf, z. B. das Verbot des öffentlichen Gebrauches der französischen Sprache, ein Verbot übrigens, das jeder Einsichtige bei den diesseitigen Verhältnissen ohne weiteres begreifen muß, — wie erginge es in Frankreich einem Ausländer oder einem Franzosen, der sich unterstehen würde, öffentlich deutsch zu sprechen? —, man weiß aber nicht zu schätzen, daß die überaus große Mehrheit unserer Bevölkerung, leider nicht die Gesamtheit, von den unmittelbaren Schrecknissen des Krieges verschont geblieben ist, man bleibt jedem Gefühle der Dankbarkeit für die tapferen Verteidiger unseres heimatlichen Herdes und deren Führer verschlossen, daß sie uns und unsere

Lieben vor allen dieſen Schreckniſſen bewahrt haben. — Nicht zum mindeſten endlich wirkte auf die Stimmung im Lande die unſeren Feinden abgeleſene falſche Berechnung ein, daß Deutſchland der überlegenen Zahl ſeiner Gegner ſchließlich unterliegen werde. Manchen in unſerer Mitte ſcheint der Gang der Ereigniſſe ebenſowenig die Augen geöffnet zu haben, als den Bevölkerungen der feindlichen Länder, was man allerdings von den Franzoſen einigermaßen verſtehen kann, da ihnen das wahre Bild der Kriegsereigniſſe ſyſtematiſch vorenthalten wird. Obwohl unſere Feinde den gewaltigen Erfolgen des Vierbundes keinen einzigen durchſchlagenden Sieg entgegenzuſtellen vermögen, obwohl wir und unſere Verbündeten weite Gebiete im Feindeslande feſt in unſeren Händen haben, wird in Paris und London, in Petersburg und Rom immer noch eine Sprache geführt, die kaum anders ſein könnte, wenn die Franzoſen in Mainz ſäßen und die Ruſſen vor Berlin ſtänden. Dieſe Sprache macht hierzulande in gewiſſen Kreiſen Eindruck. Wird einer unſerer Schützengräben vom Feinde beſetzt oder geben wir irgendeine vorgeſchobene Stellung auf, ſo wird darin eine Wendung der Kriegslage, der Beginn der deutſchen Niederlagen erblickt. Andere, die nicht ſo vertrauensſelig ſind, bewegen ſich im Halbdunkel der Skepſis; ſie glauben einem Gebote der Klugheit und der Vorſicht zu entſprechen, wenn ſie mit der Möglichkeit rechnen, daß die Franzoſen doch eines ſchönen Tages in Straßburg und Metz einrücken werden, und wenn ſie ſich in ihrem Verhalten danach richten; ſie geben zwar dadurch zu erkennen, daß ſie nicht zu den Charakterfeſten gehören; allein die Charakterfeſtigkeit iſt eine Eigenſchaft, die nicht ſo landläufig iſt als ihr Gegenteil.

So beklagenswert alle dieſe Erſcheinungen ſind, ſo unpolitiſch und ungerecht iſt es, wenn man, wie dies auf altdeutſcher Seite nicht ſelten geſchieht, ſie zu ſehr verallgemeinert und daraus ein abfälliges Urteil über die ganze reichsländiſche Bevölkerung herleitet. Man verkennt dabei, daß es viele Elſaß-Lothringer gibt, die treu und feſt auf deutſch-nationalem Boden ſtehen, andere, die im Begriffe ſind dieſen Boden zu betreten, und daß durch ein ſolches Urteil gerade in dieſen Kreiſen Erbitterung und Verdroſſenheit hervorgerufen wird. Wohl haben wir zu unſerem Leidweſen vernommen, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl unſerer Landsleute ihren Fahneneid gebrochen hat,

daß andere wegen Landesverrats verurteilt wurden oder verfolgt werden. Stehen ihnen aber nicht in weit größerer Zahl ſolche gegenüber, die ihre Soldatenpflicht ebenſo treu erfüllen, wie ihre Kameraden aus den anderen deutſchen Gauen? Wie viele unter ihnen haben ihr Blut für die gute Sache vergoſſen! Wie viele tragen mit berechtigtem Stolze das ſchwarz-weiße Band des Eiſernen Kreuzes auf der Bruſt!

Es iſt aber noch folgendes wohl zu beachten. Nach dem Kriege, für deſſen glücklichen Ausgang ſowohl unſere bisherigen Erfolge als die Tüchtigkeit unſerer Heeresleitung und die Tapferkeit unſerer Truppen bürgen, wird ſich, dieſe Zuverſicht darf heute ſchon gehegt werden, eine Wandlung in den Reihen derer vollziehen, die jetzt noch antideutſche Geſinnungen im Herzen tragen oder im Schmollwinkel ſtehen. „Von dieſen", ſagt Prof. Martin Spahn[1]), „hat mehr als einer Söhne, die für Deutſchland mitkämpfen und für Deutſchland den Sieg miterringen wollen; ſo kittet das Blut der Schlachtfelder auch die Bourgeoiſie feſter an uns." Dieſes Wort, hoffen wir, wird zur Wahrheit werden, wenn unſere Sieger ruhmgekrönt in den Schoß ihrer Familien zurückkehren und den Geiſt mitbringen, der während der Kriegsdauer ſie umgeben hat; von dieſem Geiſte werden ihre Gattinnen, Eltern und Geſchwiſter nicht unberührt bleiben. Die Friedensbotſchaft wird bei uns zugleich den Beginn einer neuen Ära verkünden: die Mißmutigen werden ihre Kaſſandrarufe einſtellen, die Schwankenden feſten Fuß faſſen, die Schüchternen aus ihrem Verſteck hervortreten, die Verblendeten zur Einſicht gelangen, daß die Zugehörigkeit Elſaß-Lothringens zum Deutſchen Reiche ein durch Blut und Eiſen doppelt gefeſtigtes „fait accompli" iſt. Dann werden auch unſere politiſchen Parteien den Mut finden, Reichsgedanken zum Ausdruck zu bringen und in die Tat umzuſetzen; dann werden diejenigen unſerer Veteranen, die ſich den neuen Verhältniſſen nicht anpaſſen konnten, verſtehen und billigen, daß ihre Söhne und Enkel andere Wege einſchlagen; dann wird aber auch für die unverſöhnlich Gebliebenen der Augenblick gekommen ſein, aus ihrer Geſinnung die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen und ſich vor Augen zu führen, daß es für ſie ehrenhafter iſt, den Staub deutſchen Bodens von ihren

1) Prof. Martin Spahn, Der Krieg und das Elſaß. Süddeutſche Monatshefte, 11. Jahrgang II. Band S. 820.

Füßen zu ſchütteln und dorthin zu gehen, wo ſie ſich durch ihre Neigungen hingezogen fühlen und ihr Glück zu finden glauben.

Bis zu jenem Zeitpunkte, den wir ſehnlichſt herbeiwünſchen, der aber erſt dann eintreten wird, wenn unſere Feinde erkannt haben werden, daß ihre laut verkündeten Kriegsziele unerreichbar ſind, möge das deutſche Volk mit ſeinem Urteil über Elſaß-Lothringen und deſſen Bewohner zurückhalten. „Ein geſunder Optimismus allein", rief Prof. Rein-Jena im Frühjahr 1914 aus, „kann uns im Reichslande vorwärts bringen" [1]! Dieſes Wort wird ſich doppelt bewähren, wenn der Sturm, der jetzt die Welt durchbrauſt, ſich legen und die Friedenstaube über den geglätteten Wogen ſchweben wird. Die Gegenwart und die jüngſte Vergangenheit geben nicht den richtigen Maßſtab für eine auf die Dauer berechnete Einſchätzung der elſaß-lothringiſchen Verhältniſſe. Von dieſem Geſichtspunkte erſcheint es auch beſonders erwünſcht, daß vorerſt von einer beſtimmten Stellungnahme zu der Frage einer eventuellen ſtaatsrechtlichen Neugeſtaltung des Reichslandes abgeſehen wird. Dieſe Frage iſt bekanntlich ſowohl in der Preſſe [2]) als im Hauptausſchuſſe des Reichstags und in bundesſtaatlichen Parlamenten bereits erörtert worden. Sie wird nach dem Friedensſchluſſe wieder in Fluß kommen. Als ſie ſich 1871 zum erſtenmal aufwarf, ſtand man vor der Alternative: Anſchluß an Preußen oder Reichsland; die Aufteilung unter zwei oder mehrere Bundesſtaaten wurde damals nicht beſonders in Betracht gezogen. „Ernſthaft", erklärte Fürſt Bismarck in der Reichstagsſitzung vom 25. Mai 1871 bei der Beratung des Geſetzes, betr. die Vereinigung von Elſaß und Lothringen mit dem Deutſchen Reiche, „iſt wohl nur in Frage gekommen: Soll Elſaß und Lothringen zu Preußen gelegt werden oder ſoll es unmittelbares Reichsland ſein? Ich habe mich unbedingt für die letztere Alternative von Anfang an entſchieden, einmal um dynaſtiſche Fragen nicht ohne Not in unſere politiſchen zu miſchen, zweitens aber auch darum, weil ich es für leichter halte, daß die Elſäſſer ſich mit dem Namen der „Deutſchen" aſſimilieren als mit dem der Preußen" [3]).

1) Elſ.-lothr. Kulturfragen. April 1914 S. 102.

2) Vgl. z. B. einen bemerkenswerten Aufſatz in der „Frankfurter Zeitung" vom 10. November 1915. Erſtes Morgenblatt.

3) Stenographiſche Berichte des Reichstags. I. Seſſion 1871 S. 922.

Letztere Erwägung wird wohl den damaligen Gefühlen der Elſaß-Lothringer entſprochen haben; eine andere Frage iſt, ob nicht die frühere Zugehörigkeit zu einem ſtark zentraliſierten Einheitsſtaat eher zum Aufgehen in Preußen als zur Gewöhnung an ein ſonderſtaatsähnliches Leben die Wege geebnet hätte; jedenfalls läßt ſich ſagen, daß wenn das Land eine preußiſche Provinz nach Maßgabe der für die übrigen Provinzen der Monarchie geltenden Beſtimmungen geworden wäre, die deutſchfeindliche Agitation nicht den Reſonanzboden geſunden hätte, den ihm das eigenartige Sonderſtaatsgebilde Elſaß-Lothringen bot. Entſcheidend für die Frage war wohl der vom Fürſten Bismarck angeführte erſte Grund: die Rückſicht auf die anderen Bundesſtaaten; man wollte vermeiden, daß durch eine ausſchließlich dem preußiſchen Staate zukommende Gebietserweiterung eine Verſtimmung in die Reihen der Glieder des neuerſtandenen Reiches gebracht würde. Ob und in welchem Umfange eine ſolche Verſtimmung eingetreten wäre, ob ſie nachhaltige Wirkungen gehabt hätte, läßt ſich heute ſchwer ſagen. Darüber aber beſteht kein Zweifel, daß der Anſchluß an Preußen Elſaß-Lothringen erhebliche wirtſchaftliche Vorteile gebracht und ihm Entwicklungsausſichten eröffnet hätte, die ihm, da es auf ſeine eigene Finanzkraft angewieſen wurde, verſchloſſen blieben; große Pläne hätten verwirklicht werden können, deren Ausführung unterbleiben mußte, weil ſie die Leiſtungsfähigkeit des Landes überſtiegen; auch hätte ein weit einfacherer, daher weit billigerer Apparat zur Verwaltung des Landes genügt, wenn es eine preußiſche Provinz geworden wäre.

Wird das ſtaatsrechtliche elſaß-lothringiſche Problem aufs neue aufgerollt, ſo werden wohl obige Momente für und gegen die Angliederung an Preußen wieder auf dem Plan erſcheinen; zugleich iſt nach den bisherigen Verlautbarungen anzunehmen, daß die Aufteilung des Landes diesmal in den Bereich der Erwägungen gezogen wird. Ferner werden bei der ganzen Frage zwei Geſichtspunkte wohl zu beachten ſein, von denen der eine gewichtiger als 1871, der andere ganz neu ſein wird, erſtens die Rückſicht auf die Reichsintereſſen, zweitens die 45jährige Vergangenheit des Reichslandes. Der 1871 im Werden begriffene Reichsgedanke iſt ſeitdem bei allen deutſchen Stämmen in Fleiſch und Blut übergegangen; der gegenwärtige Krieg hat das Werk der inneren Einheit noch weſentlich gefeſtigt. Daher wird die

elſaß-lothringiſche Frage gewiß von der höheren Warte der Reichsintereſſen, der Intereſſen des geſamten deutſchen Volkes durch alle dazu berufenen Faktoren beurteilt und entſchieden werden. Was das zweite Moment angeht, ſo iſt es zwar richtig, daß 1871 zwei in der Sprache, dem Charakter und den Sitten ganz verſchiedene Völkerſchaften zuſammengeſchweißt wurden, die vorher nur die Zugehörigkeit zu demſelben Einheitsſtaat und nachher nur, wie das geflügelte Wort lautet, im Namen Elſaß-Lothringen den Bindeſtrich gemeinſam hatten; es iſt ferner richtig, daß die Unterſchiede heute noch faſt ungeſchmälert fortbeſtehen. Nichtsdeſtoweniger hatte die gemeinſam erlebte bewegte Zeit ein Gefühl der Zuſammengehörigkeit entſtehen und erſtarken laſſen und die Empfindung gezeitigt, daß die beiden Provinzen ein Etwas für ſich ſind, das ſein eigenes Leben im Rahmen des Reiches führt. Das Reich ſelbſt war es geweſen, welches den Grund gelegt hatte zum elſaß-lothringiſchen Sonderſtaatsgedanken, zum elſaß-lothringiſchen Partikularismus, dem ſchließlich dieſelbe Berechtigung zuſtand, wie dem preußiſchen, dem bayeriſchen oder dem badiſchen. Aus der Stellung des Landes im Reiche hatte ſich im Laufe der Jahre naturgemäß bei uns ein ſpezifiſch elſaß-lothringiſches Volksbewußtſein, ein Wunſch nach bundesſtaatlicher Geſtaltung entwickelt, der das Gemeingut aller Parteien und Richtungen, auch derjenigen Elſaß-Lothringer geworden iſt, welche ſich unumwunden zum Deutſchtum bekennen. Da die Reichsgeſetzgebung uns nun einmal dieſen Weg gewieſen, da ſie uns vor vier Jahren um einen bedeutenden Schritt der Erhebung Elſaß-Lothringens zum vollberechtigten Bundesſtaate näher gebracht hat, wird ſie ſich wohl nur aus gewichtigen Gründen entſchließen, den eingeſchlagenen Weg zu verlaſſen und eine völlige Kursänderung vorzunehmen. Ich weiß wohl, daß als ein ſolcher Grund vielfach die unliebſamen Erſcheinungen bezeichnet werden, in denen man einen Beweis „der deutſchfeindlichen Stimmung der Elſaß-Lothringer" erblickt. Es liegt mir fern, dieſe Erſcheinungen in Abrede ſtellen zu wollen; dies geht zur Genüge aus meinen obigen Ausführungen hervor; ich will auch den Schlüſſen, die daraus gezogen werden, an ſich die Berechtigung nicht abſprechen, aber, ich betone dies nochmals, es wäre verfrüht, lediglich aus dieſen Erwägungen heraus eine ſo weittragende Entſcheidung zu treffen, und zwar im Sinne des Abbruches des Gebäudes, das bereits bis zum

Dach gediehen ist. Man warte ab, ob nicht nach dem Verhalten der Sieges- und Friedensglocken die elsaß-lothringische Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit der Überzeugung leben wird, daß, wie der aus der Sorge um die glückliche Zukunft des Landes hervorgegangene Mahnruf lautet, den der scheidende Statthalter Fürst von Wedel am Abend vor seiner Abreise aus Straßburg in einer ergreifenden Ansprache an eine vieltausendköpfige Menge richtete, „des Landes Wohlfahrt und Entwicklung bei ungestörter Wahrung seiner berechtigten Stammeseigenart, mit dem zielbewußten und festen inneren Anschluß an das große deutsche Vaterland eng verknüpft ist;" man warte ab, ob sie nicht, dem Beispiele der anderen Stämme folgend, auch ihrerseits dazu übergehen wird, den bodenständigen Heimatsgedanken dem großen Becken zuzuführen, in dem alle aus gesundem, fruchtbringendem Bürgersinne quellenden Strömungen sich zum deutschen Vaterlandsgedanken vereinigen. Schon vor Jahren hat ein der jüngeren Generation angehörender Elsässer, Joseph Fleurent in einer Pariser Zeitschrift diesen volkspsychologischen Vorgang mit anerkennenswerter Freimütigkeit umschrieben: „La civilisation allemande conquerra le pays, peut-être pour le plus grand bien de la vie intellectuelle de celui-ci; car elle le mettra de nouveau en contact direct avec celle d'un grand peuple. Cette évolution sera accomplie longtemps avant que le patriotisme allemand se soit imposé. Cette dernière partie de l'idée de patrie allemande — à moins d'événements extérieurs — mettra longtemps à s'incruster dans la tête des Alsaciens"[1]). Was Fleurent ahnte, wird sich nach dem Friedensschluß erfüllen: in immer weiteren Kreisen werden dann zur Parole die Lienhardschen Worte[2]) werden: „Wir wollen endlich zur inneren Ruhe kommen; wir wollen endlich ein klares Vaterland. Das Zwiespältige muß niedergekämpft, die elsässische Tragik muß überwunden werden! Und bei dieser Frage nach diesem Vaterlande kann es für keinen ehrlich Denkenden auch nur einen Augenblick des Zweifels geben. Die Antwort muß lauten: Deutschland!"[3])

1) Joseph Fleurent, „L'idée de patrie en Alsace". Revue politique et parlementaire (Février 1907).

2) „Wohin gehört Elsaß-Lothringen?" Von einigen Elsässern. S. 96.

3) Am 27. Januar d. J. hielt bei der Kaiserfeier der Straßburger Universität der Kirchenhistoriker an der evangelisch-theologischen Fakultät, mein

Nachtrag.

Die vorstehenden Zeilen waren bereits — Anfang Februar — dem Herausgeber zum Druck übersandt, als die inzwischen zu ihrer ordentlichen Tagung einberufenen Bezirkstage des Unter-Elsasses, des Ober-Elsasses und Lothringens bedeutsame politische Kundgebungen erließen. In einer gleichlautenden Erklärung legten die Bezirkstage des Unter- und des Ober-Elsasses gegen die französische Wiedereroberungsgelüste Verwahrung ein und betonten, daß sowohl die wirtschaftliche Wohlfahrt als die kulturelle Zukunft des Landes nur durch seine Zugehörigkeit zum Deutschen Reich und seinen Anschluß an das gesamte deutsche Volksleben gesichert bleibt. Auf denselben Ton war die Erklärung des lothringischen Bezirkstags gestimmt, in der mit dem erneuten Gelöbnis der Treue zu Kaiser und Reich der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß ein ruhmreicher, ehrenvoller Friede die Wohlfahrt Lothringens in immer engeren Anschluß an das deutsche Volksleben sichern werde. Wenn auch die Bezirkstage nur in eigenem Namen ihre Stimme erhoben und erheben konnten, so sind doch diese Kundgebungen der drei aus direkten, allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Körperschaften von symptomatischer Bedeutung und bekräftigen die oben ausgesprochene Hoffnung, daß nach Wiederherstellung des Friedens die Gesinnung, die aus ihnen hervorleuchtet, immer tiefer in die elsaß-lothringische Volksseele dringen und alle gegenteiligen Strömungen überwinden wird.

Landsmann Prof. Aurich, einen lichtvollen Vortrag über die Geschichte und Kultur des Elsasses vor 1870, auf den ich hier nur verweisen kann. Der Vortrag wird wohl demnächst im Druck erscheinen.

Das Ringen um die Nordmark.

Von Johannes Schmidt-Wodder.

Was ist denn Nordschleswig, daß darüber noch zu reden wäre, jetzt mitten im Krieg, jetzt wo die Riesenklammer eines Kampfes auf Leben und Tod nicht nur uns im Deutschen Reich miteinander, nein mit unsern treuen Verbündeten aufs engste verschweißt!

Was ist denn Nordschleswig anderes als ein Stück Deutschland, ein Verwaltungsgebiet Preußens! Was wird es sein, wenn dieser Kampf, woran wir nicht einen Augenblick zweifeln, einmal zu unsern Gunsten beendet sein wird! Dann tauchen die großen mitteleuropäischen Aufgaben vor uns auf, und Nordschleswig liegt dann an äußerster Peripherie.

Gewiß, aber dieses Mitteleuropa mit seinen vielgestaltigen Nationalitätsverhältnissen zu einer Einheit von innerer Geschlossenheit zu gestalten ist eine Aufgabe, die unwiderstehlich auch die nordschleswigschen Angelegenheiten in seinen Bereich zieht.

Wir gestalten und ordnen dann, nicht andere, aber wir werden dann stark und unbefangen genug sein zu sehen, daß Nordschleswig, wenn auch Teil eines Ganzen, unseres ganzen neu errungenen Vaterlandes, doch ein Teil besonderer Art ist, der besonderer Behandlung bedarf. Wirklich „besondere Behandlung", wird das nötig sein? Ist das nicht das großzügig Einfache, das Befreiende jetzt im Kriegszustand, daß von jeder besonderen Behandlung so wenig die Rede ist, daß eben jeder lediglich als Glied des Ganzen gewertet und verwendet wird, und das einzige Gebot der Stunde, die Pflichterfüllung bis aufs äußerste, alle Sonderwünsche und -strebungen zurückdrängt und Ruhe schafft in deutschen Landen? Kann das denn nicht so bleiben? Nein, dazu birgt Nordschleswig zu viel Schwierigkeiten in sich, die man auf die Dauer nicht übersehen kann. Soll es ein Glied unseres Staatsganzen bleiben, dann wird es auch ein inner-

politiſches Problem bleiben. Nur als Gegenſtand auswärtiger Politik müßte es endgültig ausſcheiden.

Nichts hat die Gemüter vor dem Kriege mehr beunruhigt und erregt als die Unklarheit in der Beziehung, daß die Nordſchleswiger ſelbſt gelegentlich verſuchten, ihre Angelegenheiten vor das Forum Europas zu ziehen, und daß nordiſche Volksſtimmung ſtets geneigt war, ſich gegen uns zu erregen, und ſo unſere eigenen Angelegenheiten immer wieder zu Fragen der auswärtigen Politik zu werden drohten. Dieſe Erregung erreichte gerade kurz vor dem Kriege im Jahre des Gedenkens an den Krieg von 1864 eine ungewöhnliche Schärfe. Das muß aufhören und wird aufhören, weil die Lage auf jeden Fall eine ganz neue ſein wird.

Vielleicht aber iſt es beſſer, wenn der Krieg, der ſo vieles neu ordnet, woran man ſonſt nicht zu rühren wagte, uns zum Anlaß würde, Nordſchleswig an Dänemark auszuhändigen? Solche Gedankengänge fand man nicht ſelten gerade bei Leuten, die zu einem Entgegenkommen gegen die Nordſchleswiger bisher ſehr wenig geneigt waren. Dieſe radikalere Löſung leuchtet manchem eher ein, als der ſchwierigere Verſuch, Herr zu werden eines inneren Problems.

So tauchten immer wieder Gerüchte auf, als ſeien Grenzregulierungen vorgeſehen, aus Wünſchen däniſcherſeits herſtammend zum Teil, zum Teil aber auch deutſcherſeits, eben um Störungen zu beſeitigen.

Es iſt eine Klärung dieſer Lage, daß die preußiſche Regierung ſich im November 1915 dazu veranlaßt ſah, durch den Oberpräſidenten Schleswig-Holſteins Se. Exz. Herrn Staatsminiſter v. Moltke dieſen Gerüchten beſtimmt entgegenzutreten. Damit iſt im Grunde gleichzeitig entſchieden, daß wir die Löſung nun auf anderem Wege ſuchen werden, denn eine Entſpannung wird nach wie vor eine Notwendigkeit ſein, aber ſie muß ſich ergeben als reife Frucht einer neuen Lage nach dem Kriege und einer neuen Art, ſich mit Nordſchleswig auseinanderzuſetzen.

Die Geſchichte hat uns dieſen Weg von Anfang an gewieſen und weiſt ihn immer deutlicher. Es iſt gut, das kurz vor die Augen zu führen, damit wir die Grenzregulierung ein für allemal als eine Löſung mit unzulänglichen Mitteln verwerfen und mit gutem Gewiſſen unſeren Weg weitergehen.

Es ist ja eine geschichtliche Tatsache, die man auch in Dänemark kennt, daß nicht wir, sondern Dänemark selbst 1864 einer nationalen Abrundung seines Reichs im Wege stand, weil es seine vermeintlichen Ansprüche auf ganz Schleswig-Holstein nicht aufgeben wollte und bei Verhandlungen über den dänischen Teil dieses Landes zu keinen annehmbaren Entschlüssen zu bringen war.

Aus den Verhandlungen selbst aber mag man entnehmen, wie schwierig es ist, eine nationale Grenze zu beiderseitiger Zufriedenheit zu finden. Das erklärt ja zum Teil Dänemarks damalige Haltung. Das macht aber auch klar, welche Schwierigkeit bei einer etwa jetzt versuchten Grenzregulierung auftauchen würde und welche Verstimmungen die Folge sein müßten.

Die Schwierigkeit liegt ganz besonders darin, daß Grenzgebiete immer Mischgebiete sind, in denen die Völker sich ineinanderschieben, wie auch hier. Deshalb gilt hier auch doppelt der altbewährte Grundsatz quieta non movere, und alte historische Grenzen, wenn sie auch nicht genau Volksgrenzen sind, stehen zu lassen, und so ist es im wesentlichen geschehen.

Ist aber die Lösung und Entspannung nicht auf dem Wege möglich, daß wir uns genau voneinander abgrenzen und sondern, so muß sie in einer Verständigung oder einem Verstehen und sich miteinander Einrichten gefunden werden.

Die Neuordnung Europas, die aus diesem Kriege sich ergeben wird, wird auf beiden Wegen erfolgen müssen, hier Sonderung, dort Zusammenleben, hier Abgrenzung der Gebiete, da Regelung der nationalen Rechte im gleichen Gebiet. Uns ist es zugefallen und wird es zufallen, in weitgehendem Maße diesem Zusammenleben verschiedener Volksteile gesunde Ordnungen und eine gesunde innere Basis zu geben.

Es ist keine unfreundliche Handlung gegen Dänemark, wenn wir Nordschleswig betreffend aufs bestimmteste geltend machen: „Uns fiel die Aufgabe zu, wir lösen sie", denn leichter innerhalb eines Staatsganzen, als in Verhandlungen von Staat zu Staat werden so interne Dinge gelöst. Der dänische Staat wird auch selbst keine Neigung verspüren, dazwischen zu reden und kann in seinem Vertrauen zu uns besser gestärkt werden durch alles, was wir selbst auf dem Wege einer inneren Entspannung Nordschleswigs erreichen, als durch

irgendein Ergebnis gegenseitiger Verhandlung, die doch nie den Charakter einer Machtprobe ganz verliert.

Von diesem Standpunkt aus kommen wir aber keineswegs herum um die Frage, wie wir uns mit dem dänischen Volk und dem Norden als Kulturganzen verständigen, denn hier spielen Staatsgrenzen eine weit geringere Rolle, und die kluge Zurückhaltung einsichtiger Staatsmänner vermißt man oft allzusehr in den Auseinandersetzungen der Völker untereinander. Auch hier werden wir geltend machen, daß wir, wo wir mit den Nordschleswigern zu tun haben, nordischer Vermittlung nicht bedürfen, aber andererseits schätzen wir nicht gering ein, was der Norden uns an wertvollen Beziehungen von Volk zu Volk zu geben hat und wissen wohl, daß Nordschleswig für die Herzlichkeit und Offenheit dieses Austausches nicht ohne Bedeutung ist. Wir bedauern nur, daß wir zunächst dem dänischen Volk gegenüber als deutsches Volk die allerherbste Zurückhaltung zu beobachten allen Grund haben, daß gerade in diesen Zeiten uns die Selbstachtung versagt, anders als auf der Grundlage rückhaltloser Klarheit einen Weg hinüber und herüber zu bahnen.

Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß die Stimmung im dänischen Volk uns wenig freundlich ist und gerade in diesem Kriege recht deutlich als solche herauskommt. Was davon von früher herstammt, von 1864 und allem, was nachher geschah, ist nicht gering anzuschlagen, aber das Recht zu solcher Mißstimmung ist zu bestreiten, weil vor 1864 die Periode von 1848 bis 1864 lag mit den dänischen Versuchen, einen Teil des deutschen Schleswigs zu entnationalisieren. Es ist besser, dies ganze Kapitel wird geschlossen, damit alte Fehler und alter Groll uns nicht ewig hindern, in ein neues Verhältnis zueinander zu kommen. Was aber jetzt an unfreundlicher Gesinnung gegen uns in der dänischen Presse hervorkommt, hat noch andere Quellen allgemeinerer Art.

Es ist ein schweres doch großes Vermächtnis deutscher Art, daß wir ernst und wuchtig die Dinge und die Welt anzugreifen suchen, daß wir mit ihnen ringen und nicht im leichten eleganten Spiel damit fertig werden, auch nicht zu täuschen vermögen über unseres Herzens innerstes Streben. Als wir 1870 als deutsches Volk in den Sattel gehoben waren, da fingen wir erst das Reiten recht übermütig an. Die Gründerzeit zeigte mehr deutsche Unart und Unkultur als gute

deutſche Art. Weil aber das Reiten ſo nicht ging, faßten wir es ernſter an, nahmen wir uns zuſammen und lernten mit großem Fleiß, wie wir es machen müßten, daß wir nicht zurückblieben im allgemeinen Jagen nach den Gütern der Welt. Daß wir dabei unſerm Volk ſeinen Platz in der Welt ſichern wollten, verſchwiegen wir nie. Was war da auch zu verheimlichen? Wir waren es zufrieden, daß wir als Volk unſern Platz in Deutſchland hatten, wenn nur für unſere Arbeit in der Welt Raum war. Wir kamen dabei gut vorwärts und wollten es ſo, wir ſprachen nicht davon, daß wir andere beglücken wollten, wir wollten uns. Wir begegneten aber auf dieſen Wegen anderen Völkern, die ſchon breiteren Platz in der Welt hatten und immer mehr Platz erſtrebten. Wir überflügelten ſie teilweiſe durch unſere Arbeit, aber nahmen ihnen keinen Platz. Sie aber klagten: „ſie nehmen uns den Raum und wollen nur ſich ſelbſt, wir aber wollen die Menſchheit beglücken". So dehnten ſich die anderen Reiche, uns aber dehnte ſich nur die Arbeit. Wir ſchwiegen und gingen Reibungen aus dem Wege, obwohl unſer Platz recht eng war und die Volkskraft gegen die Grenzen drückte, wie der Dampf gegen die Wände des Keſſels. Es muß auch ſo gehen, um unſere Kräfte zu entfalten, aber wir hatten genug mit uns ſelbſt zu tun und ſprachen nicht davon, daß wir andere beglücken wollten.

Wir merkten aber wohl, daß das Glück nicht ohne weiteres über den Meeren wohnte und nicht mit Arbeit allein zu erringen war, wir wollten uns ſelbſt und rangen mehr und mehr darum, unſer Haus, das Haus unſeres Volkes, unſer Vaterland feſt zu gründen und wohnlich auszubauen. Das gab ein ſchweres Ringen mit uns ſelbſt, um Gerechtigkeit im ſozialen Aufbau, um konfeſſionellen Frieden, um nationale Einheit. Es ſah oft aus, als ob wir uns dabei mehr entzweiten als fänden, und wieder wies alle Welt auf uns hin und ſagte: „Seht, wie brutal ſie ſind, daß ſie nie zu beglücken verſtehen, immer zwingen wollen". Wir aber wollten wirklich den Frieden unſeres eigenen Volkes erzwingen, wir wollten uns erheben zu innerer Kraft. Wir kamen weiter auf dieſem Weg, aber weil viel ungelöſter Reſt blieb, weil wir das Glück auch auf dieſem Wege noch keineswegs ſicher in die Hand bekamen, es oft ſogar ausſah, als ob es immer mehr ins Gedränge käme, ſo ſuchten die Beſten unſeres Volkes noch tiefer den Grund unſeres Lebens zu bauen und wollten noch

einmal nur uns selbst, und wenn wir uns selbst gefunden und selbst das Glück hätten, dann müßte es auch anderen strahlen. Es waren die, die an der Hebung unserer Kultur arbeiteten, noch mehr die, die das Reich Gottes suchten, und gedachten dessen, was der Meister gesagt: „es sei in uns." Da erhob man sich wieder gegen uns und auch viele der Besten anderer Länder taten es und sagten: „sie verstehen nicht Gott und sein Reich und entziehen sich den großen völkerbeglückenden Arbeiten, die er will, es ist immer dasselbe, sie wollen nur sich selbst."

Diesmal kam es nicht nur von den uns feindlich gesinnten Ländern, es kam auch von Freunden her. Wir aber ließen nicht nach und gaben nicht nach und waren sicherer als je, daß wir auf dem rechten Wege waren und rangen ritterlich mit unseren gegnerischen Freunden — ich denke vor allem an die Schweizer und unsere Auseinandersetzungen mit ihnen über Reich Gottes und soziale Arbeit — um Verständigung. Wir hatten wohl mehr als andere Völker getan, um unsere äußeren Lebensbedingungen glücklich auszugleichen, wir waren darin vielfach führend geworden. An Willen fehlte es nicht, den Weg weiter zu beschreiten, aber weil wir mehr wollten, Tieferes, weil es immer stärker in uns drängte, die Quellen unseres Lebens zu suchen und zu hegen, so verstanden viele uns nicht und wir erschienen wie Menschen, die eigenwillig ihre eigenen Wege gehen wollten. Wir wollten es auch und waren doch nicht eigenwillig, wir fühlten es wie höheren Willen über uns, wie ein inneres Muß, wie einen neuen Lebensdrang, das Erbe unseres Volkes anzutreten.

Da kam mit einem Male der Krieg, weil unsere Feinde uns allzu deutlich gezeigt hatten, daß sie uns überhaupt keinen Lebensraum gönnten, und wir empfanden es als ein großes Aufatmen aus unerträglicher Umgarnung, als Befreiung von einem Netz von Lügen. Wir forderten sie vor unsere Klinge, unsere Feinde, deren Mund triefte von Gerechtigkeit, Friede und Völkerbeglückung, die im Namen der Zivilisation, der Kultur und wohl auch Gottes vor aller Welt uns angeklagt hatten und wollten wieder nur uns selbst. Da schrie es gell durch alle Welt noch einmal: „Seht ihr, sie sind entlarvt, sie wollen nicht Frieden, sie achten keine Verträge, sie kennen keine Menschlichkeit, Barbaren sind sie und Menschheitsunterdrücker, sie wollen immer nur sich selbst." Es gab fast nur diese eine Stimme in

der Welt und das war Englands Stimme, und weil sie so fromm sprach und schon lange die Völker eingeschläfert hatte, daß sie nicht Schein von Wahrheit unterscheiden konnten, und weil sie alle Kabel beherrschte und ihr Geld rollen ließ, gegen uns Stimmung zu machen, so ergriff tatsächlich die Entrüstung gegen uns fast die ganze Welt, und je entrüsteter man tat, desto mehr fühlte man sich sittlich auf der Höhe und in Gottes Rat.

Wir aber griffen zum Schwert und fühlten uns wie geadelt durch das Schwert und wollten jetzt den Krieg. Wir wollten auch nicht mehr die Enge des Raumes für unser Volk, weil man sie uns mit Gewalt und List auferlegen wollte. Wir hätten auch so leben können, wenn man mindestens unserer Arbeit Raum ließ, aber wir hatten genügend erfahren, daß wir überall bösem Willen begegneten, wir konnten uns nur auf die Sicherungen verlassen, die wir in eigener Hand hatten. Wir redeten immer noch nicht von Menschheitsbeglückung oder nur wenige taten es, aber wir begannen mehr als vorher davon zu reden, daß wir auch unseren Wert hätten und daß wir der Menschheit nur so dienen könnten, daß wir an unserm Emporstieg arbeiteten, und daß es nicht unsere Aufgabe sein könnte, unser Licht unter den Scheffel zu stellen.

Das war wohl eine herbe, etwas stolze Art zu reden, aber genau so hatten schon unsere erhabenen Geisteshelden aus der Zeit der Freiheitskriege geredet.

Jetzt aber legte man es uns als Größenwahn aus und rief das Deutschland Goethes gegen uns zum Zeugen auf, als wären wir nicht gerade jetzt auf dem besten Weg, den Geist dieser großen Zeit, als Goethe und die Männer der Freiheitskriege nebeneinander standen, wiederzufinden.

Wir hatten zuerst gehofft von denen verstanden zu werden, die doch nicht selbst in den Krieg mit uns verwickelt waren, aber wir machten die Erfahrung, daß selbst unsere Freunde, mit denen wir bisher ehrlich gerungen um gegenseitiges Verstehen, wie etwa die Schweizer, zum größten Teil entsetzt waren über den freudigen Mut, mit dem wir uns unseren Feinden entgegenwarfen. Daß wir den Frieden nicht gehalten *um jeden Preis*, schien Frevel zu sein, die Herbheit, mit der wir dabei blieben, *uns* zu wollen zum Heil der Menschheit, wurde uns als Abfall angerechnet von den heiligen

Zielen einer Menschheitskultur. Wir hatten nur eine Antwort, die Aussicht hatte dagegen aufzukommen, den Beweis des Geistes und der Kraft durch den Krieg selbst, aber erst langsam beginnt man auf diesen Beweis zu achten und sich zu besinnen.

Was konnten wir bei solcher Art der Weltstimmung, auch der neutralen Stimmung, bei dieser Spannung zwischen deutschem und dem herrschenden Denken von Dänemark erwarten, dessen Mißstimmung gegen uns noch ältere Quellen hatte. Wir wollen ehrlich sein und zugeben, daß sie uns in Nordschleswig kaum von unserer besten Seite kennen gelernt. Wir können verstehen, daß man hier der Stimmungsmache Englands besonders willig die Herzen öffnete, aber verhandeln und verständigen werden wir uns auf dieser Grundlage nie können. Das geht gegen unsere Selbstachtung. Wir können nicht unser bestes Kriegserleben verleugnen, durch das wir uns gehoben und geadelt wissen, und etwa anerkennen, daß schon das Verharren in der Neutralität Dänemark eine sittliche Erhabenheit über uns gäbe; wir können nicht einen Zoll von der herben Entschlossenheit abweichen, daß wir u n s durchsetzen wollen, wir können auch niemand einen Eindruck davon geben, wie wir im Ringen um uns selbst gleichzeitig um die höchsten Ziele der Menschheit ringen, der das nicht sehen will, aber den Willen geben wir deswegen nicht auf. Wir drücken einem tapferen Mann wie Morten Pontoppidan die Hand, weil er es öffentlich zu sagen wagte, daß er uns Gutes zutraut und seinem Volke den Willen zumutet, auch seinerseits das Gute an uns zu sehen, es leuchtet in uns auf wie innere Freude, wenn wir spüren, daß doch ein führender Geist Dänemarks, der Volkspsychologe Karl Larsen, uns versteht, wir sind dankbar, wenn die sozialdemokratische Führung in Dänemark uns gerecht zu werden sucht, wir vertrauen der klugen Haltung der Staatsmänner und Verantwortlichen im dänischen Volk, aber der ganzen Volksstimmung gegenüber können wir nur die stolze Zurückhaltung aufbringen, die uns unser gutes Gewissen gibt.

Es mag unter solchen Umständen wenig angebracht erscheinen, überhaupt auf eine bessere Zukunft für unsere Beziehungen zum Norden, speziell zu Dänemark zu rechnen, wenn nicht neben diesen Verstimmungen so manches zu verzeichnen ist, was als zusammenbindende Macht weiter wirken und bei geklärterer Lage an Kraft

gewinnen kann, wenn nicht aus der inneren Spannung selbst die Keime eines gegenseitigen Achtungsverhältnisses schon deutlich genug hervorsprossen.

Es ist eine Tatsache, daß der Kulturaustausch zwischen dem Norden und uns in den letzten Jahrzehnten ein sehr reger gewesen ist, daß wir nicht wenig Anregung von daher empfingen und umgekehrt von da aus ein kulturelles Zusammenarbeiten mit uns im weiten Kreise als eine Notwendigkeit angesehen und geübt wird. Wir haben nie gegeizt mit unserer Bewunderung der geistigen Mobilisierung der nordischen Völker, deren wir Zeuge waren. Ich erinnere nur an Hollmanns ausgezeichnetes, auch in Dänemark wegen seines tiefen Verständnisses sehr gerühmtes Buch über die dänische Volkshochschule. Dies warme Zeugnis für dänische Geistesarbeit hat dadurch noch seinen besonderen Reiz, weil derselbe Mann in seinem ebenso beachtenswerten Bericht über Stimmungen und Strömungen in den skandinavischen Ländern in der Kölnischen Zeitung vom 14. Februar 1915 keinen Zweifel darüber läßt, wie ungünstig diese Stimmungen uns sind. Was Ibsen für die deutsche Literatur bedeutet, weiß jeder, denn wenn auch der Streit darüber hin und her geht, ob wir seinen Einfluß als Gewinn oder Schaden ansehen sollen, er wirkte doch stark auf uns, und wie viele Freunde hat nicht Björnstjerne Björnson bei uns gefunden und alle die anderen nordischen Dichtergrößen bis herunter zu den vielen unbekannten Namen, deren Erzählungen unsere Feuilletons füllen und, wie E. Schlaikjer hervorhebt, einen durchaus gesunden, dankenswerten Beitrag für unsere literarische Tageskost liefern. Wie wächst die Wertung des nordischen Sagenschatzes bei uns von Tag zu Tag und entschleiert uns uralte germanische Art! Daneben geht die immer häufigere Berührung der deutschen Reisenden mit dem Naturzauber des Nordens und mit seinen geraden, schlichten Leuten, und die wirtschaftlichen Beziehungen weisen die Länder immer mehr aufeinander an.

Neben dem allen und in dem allen vollzieht sich ein Ringen um die Lebensprobleme der Gegenwart, das unser stärkstes Interesse beansprucht. Es wirkt darin ein stark demokratischer Zug. Die Frauenbewegung hat im schnellen Ansturm fast überall Gleichberechtigung mit den Männern erkämpft, die Alkoholgefahr wird mit Erfolg bekämpft, die Kinderfürsorge gut organisiert, Heimstätten-

geſetze werden erlaſſen, alles Zeichen friſcher Tatkraft und geſunder Willensrichtung des Ganzen. Aber daneben ſteht die Tatſache, daß die ſtillen Mächte der Familie, der Sitte, der Gottesfurcht, obwohl ſie zweifellos noch ſtark wirkſam ſind, doch für allzuviele zum Problem geworden ſind, über das man diskutiert, zum Spiel und Schmuckſtück, das man nicht mehr ganz ernſt nimmt, von dem man ſich jedenfalls perſönlich dispenſiert, wo es einem paßt. So klagt man in Dänemark ſelbſt. Es iſt als ob dieſe in ihrer Stille ſo ſtarke Welt es nicht verträgt, daß man ſo ſcharf in ſie hineinleuchtet, ſo viel von ihr redet, ſo lebhaft um ihre Grundordnungen ſich müht. Eine ſtarke Mobiliſierung der Geiſter und Kräfte iſt jedenfalls im Gange. Ob zum Aufſtieg oder Niedergang, wird recht verſchieden beurteilt. Wenn zum Aufſtieg, dann wird ſie ſicher in der Linie liegen, daß man das große Maß errungener geiſtiger und politiſcher Freiheit durch ſtärkere innere Bindungen der Menſchen in die rechte Spur weiſt.

Wir ſind gebundener, aber ſind davon überzeugt, daß darin durchweg ein geſundes „Muß“ liegt; wir ſtreben auch nach größerer Freiheit in manchen Dingen und ſträuben uns doch nicht dagegen, wenn neue Bindungen um des Ganzen willen und der Freiheit aller nötig werden. Der Krieg legt uns deren allerhand auf und manches wird bleiben. Das iſt ein Zwang, den unſere exponierte Lage uns auferlegt, aber es iſt ein Zwang, der unſere ganze Seelenkraft aufruft zur Wahrung unſerer inneren Freiheit. So fordert der Kampf eine doppelte Haltung für uns, die Freiheitsbewährung in freudiger Pflichterfüllung einerſeits und den Schutz der Welt des Perſönlichen andererſeits. Auch wir haben mit der Gefahr zu tun, daß Heim, Familie und Religion unterminiert werden, aber eine ſtarke Reaktion aus der Mitte des Volkes iſt dagegen im Gange und die Erkenntnis wächſt, daß nirgends die Freiheit beſſere Stätte hat als im Heim der eigenen Welt, der Welt des ruhigen Wachſens und Werdens der Menſchen. Der Norden hat ſeine Kraft in der Entfeſſelung der Geiſter bewährt, wir werden da von ihm lernen können, aber näher liegt uns doch der Schutz aller Lebenskräfte, und damit meinen wir nicht weniger der Freiheit zu dienen. Die beiden Kulturen tragen Spannungen in ſich, die abſtoßend oder anziehend aufeinander wirken können, je nach den Willensvorausſetzungen, mit denen man einander gegenübertritt.

Wir verlaſſen keiner angeblichen Weltkultur zuliebe die Wege unſerer eigenen Entwicklung, aber wir lernen gern und tauſchen gern aus, auch mit Dänemark.

Es bedurfte dieſer Auseinanderſetzung, um dem däniſchen Volk gegenüber mit aller Energie geltend zu machen, daß unſer Selbſtbewußtſein nicht auf unſerm Schwert allein ruht, ſondern tief verankert iſt in der Verpflichtung, die wir gegen uns ſelbſt und unſere beſte Art empfinden, aber geſagt ſoll auch das werden, daß unſer Schwert uns allerdings unſer gutes Gewiſſen dem Norden gegenüber außerordentlich geſtärkt hat. Wir wiſſen es wohl, daß Nordſchleswig unter uns gelitten hat, wir verſtehen, daß das auch das däniſche Volk und den Norden verletzte. Soll es anders werden, und das iſt unſer Wunſch, dann werden wir wohl Fehler abſtellen müſſen, aber nicht wir allein. Was wiegt das aber alles gegen die Ströme von Blut, die wir jetzt vergießen im Kampf um die Freiheit der Meere, im Kampf gegen die Gefahr der Überſchwemmung vom Oſten her. Wir tun es nicht um Dänemarks oder des Nordens willen, das iſt ſchon richtig, und doch wehren wir damit der Gefahr, die auch dem Norden drohte. Man will das im Norden vielfach nicht wiſſen — Schweden begreift es —, ein namhafter däniſcher Hiſtoriker erklärte mir rundweg, daß es ſich um derartige Auseinanderſetzungen in dieſem Kriege gar nicht handle, das ändert aber nichts an der Tatſache, daß wir dieſe Gefahr beſchwören, und damit allein machen wir zehnmal wett, wodurch wir etwa das däniſche Volk gekränkt haben könnten. Es kann noch einmal die Stunde kommen, daß die Nordſchleswiger, die jetzt unter der Laſt des Krieges auch ſeeliſch leiden, darauf ſtolz ſein werden, daß ſie als einziger Stamm des Nordens mit gerungen in dieſem Entſcheidungskampf, in dem ſich auch das Geſchick des germaniſchen Nordens vollziehen wird. Wir wiſſen es wohl, daß ein däniſcher Miniſter geſagt, er hoffe auf den Tag, da die Hochherzigkeit und Gerechtigkeit Preußens von ſelbſt zurückgäbe, was Dänemark nie, auch nicht in einer für Preußen ſchweren Stunde von ihm fordern würde, aber wir werden auch andere Gedanken darüber haben können, was Hochherzigkeit und Gerechtigkeit von uns fordern könnten, und wir können auch bei ſolchen Worten uns des Gefühls nicht erwehren, daß man uns nicht die Ruhe laſſen will, die wir brauchen, um mit Nordſchleswig zurecht zu kommen. Es iſt viel geklagt auf unſerer Seite über

eine von Dänemark her hier eindringende deutschfeindliche Agitation. Als wir sie zu bekämpfen suchten, waren wir wenig glücklich, und wieweit von solcher Agitation geredet werden kann, dafür ist schwer ein zwingender Beweis zu bringen. So viel ist aber sicher, daß fast alles, was das dänische Volk über uns und Nordschleswig in die Welt gesetzt, von der schärfsten Tonart bis zu solchen Worten eines anerkannten dänischen Führers geeignet gewesen ist, uns Schwierigkeiten zu machen. Man mache uns weniger Schwierigkeiten, dann wird es auch uns leichter sein, die Gerechtigkeit zu erweisen, zu der uns das Gewissen treibt.

Und nun ist die Bahn frei, um von den Nordschleswigern selbst zu handeln. Nordschleswig liegt wie im Halbdunkel eines heranbrechenden Tages vor uns. Wer es mit rechter Seele sieht, der wird es lieben wie ein Rembrandtsches Bild und gerade im Ringen von Licht und Dunkel die göttliche Überlegenheit des Lichtes um so schöner erkennen und in diesem Glauben, wenn es ihm gegeben, mitschaffen an Nordschleswigs Zukunft.

Was im ganzen deutschen Volk im Kriege als neue überwältigende Offenbarung erlebt wurde, daß die Menschen doch noch etwas anderes sind als die Gruppen und Parteien, denen sie sich angeschlossen, als die Etiketten, die man ihnen aufgeklebt, und die Programme, zu denen sie sich bekennen, daß sie eben zu allererst Menschen sind, die dem Ganzen sich rückhaltlos zur Verfügung stellen und im einfach Menschlichen einen ungeahnten Wert haben, das muß uns lehren, auch die Nordschleswiger mit anderen Augen anzusehen, als es gewöhnlich geschah.

Sie standen schon lange vor der Frage, ob sie ihr Leben im Anschluß an das Ganze leben wollten, an das das Geschick sie geknüpft, oder von der Hoffnung, daß dies Geschick sich ändere. Ihre Herzen waren geteilt, aber endgültige Entscheidungen verlangte der Gang der Dinge nicht von ihnen.

Sie rangen zunächst um Raum für ihre Art im Ganzen, erfüllten die gesetzlichen Verpflichtungen, die man ihnen auferlegte, und verschlossen im übrigen in ihrem Herzen, worauf sie hofften, wobei doch nicht zweifelhaft blieb, daß Hoffnungen in ihnen lebten, die wir nicht erfüllen konnten.

Man handelte nach dem alten Sprichwort, daß Gedanken zollfrei

ſind, man trieb ein Spiel mit Gedanken, wohlverſtanden mit Gedanken, nicht mit Taten, aber man verſcherzte ſich dadurch viel Vertrauen. Das hörte alles mit einem Schlage auf, als der Krieg ausbrach. Das Spiel hatte ein Ende, der furchtbare Ernſt trat in ſein Recht, und nun iſt Nordſchleswigs Blut im Strom all' des deutſchen Blutes, das vergoſſen wurde, mitgefloſſen. Schweigend hat man dies Opfer gebracht, weil man mußte — ja — wie wir alle, aber auch weil man dies „Muß" anerkannte, weil man ſeine Pflicht tun wollte. Wer es nicht wollte, der ſchied aus, ging über die Grenze und iſt deswegen auch für uns ausgeſchieden. Wir ſtehen vor der Tatſache des gewaltigen Opfers, das von ihnen wie von uns gefordert und gebracht wurde. Da ſinkt alles Spiel der Gedanken zur Bedeutungsloſigkeit herab. Die Wucht der Tatſachen ſpricht ihren Schickſalsſpruch, daß Nordſchleswigs Zukunft mit unſerer, der des deutſchen Volkes zuſammenfällt; aber Zukunft muß es ſein, und, iſt ſie in Blut geboren, dann muß auch ſtarkes, blutvolles, eigenes Leben ihnen für die Zukunft geſichert ſein.

Überall muß das ja der Ertrag des Krieges ſein, daß Raum wird für die Menſchen, die ihre Verſchiedenheit, ja oft Gegenſätzlichkeit nicht hinderte, in Not und Tod feſt zuſammenzuſtehen. Sie werden das nicht vergeſſen und werden auch in Zukunft wiſſen, daß ſie verſchieden ſind, aber nicht geborene Gegner, ſondern geboren, ſich zu ergänzen.

So unbedingt als das gemeinſam vergoſſene Blut eine Zuſammenbindung bedeutet, ſo klar ſollte es auch ſein, daß Nordſchleswigs Sonderart durch dieſes große Erleben in keiner Weiſe ausgelöſcht iſt, daß dieſe Art in den inneren Kämpfen, die die Jahrzehnte vor dieſem Kriege füllten, ſtark ausgeprägt und daß es eine innere Unmöglichkeit iſt, daß Nordſchleswig reſtlos im deutſchen Kulturganzen aufgehen wird. Es wird eine Art Kulturgruppe für ſich ſein und einen wertvollen Einſchlag in unſer Ganzes bilden, und darauf wird mehr ankommen, daß Nordſchleswig die Wege zu uns betritt, als daß wir uns ihnen aufdrängen.

Es iſt ja wichtig, ſich darüber klar zu ſein, ſonſt gibt man ſich nur Täuſchungen hin und erlebt dann Enttäuſchungen; davor iſt man nur geſchützt, wenn man von vornherein klar ſieht und nüchtern erkennt, was Wirklichkeit iſt. Das war ja bisher immer das Grund-

übel, daß man anderes und mehr erwartete als man erwarten durfte und konnte. So erlebte man Enttäuschungen und wurde bitter. Dafür ließen sich Dutzende von Beispielen bringen, aber das wollen wir ja lieber hinter uns liegen lassen. Wir würden enttäuscht werden, wenn wir glaubten, das gemeinsame Kriegserlebnis müsse die Unterschiede verwischen. Die Unterschiede, die Sonderarten bleiben bestehen, die Gegensätze müssen verschwinden, und wo noch Reste geblieben, überwunden werden.

Was kann man denn von der Sonderart Nordschleswigs sagen, was noch über den Krieg hinaus Geltung behalten könnte? Der Nordschleswiger war nicht immer, was er heute ist. Es hat stark auf ihn gewirkt, daß er zuerst mehr Objekt, nachher Subjekt nationaler Bewegungen wurde. Seine Heimatsart und seine kulturelle Art decken sich nicht ohne weiteres miteinander. Das mag in ähnlicher Weise von jeder Bevölkerung gelten, besonders der ländlichen, und Nordschleswig ist Bauernland. Die stille Dorfwelt mit ihrer Mundart und ihrer Dorfsitte ist anders als das, was vom Kulturleben der Zeit dahineindringt. Meistens rührt es nur an die Oberfläche oder ergreift nur wenige. In Nordschleswig wühlten aber die nationalen Strömungen der Zeit die Tiefen auf und zogen fast alle irgendwie in ihren Bannkreis; Nordschleswig war ein Idyll. Wer kannte es und liebte es nicht, dies Land in seiner Weltabgeschiedenheit mit seinen kleinen Dörfern und wie mit breitem Wurf hingestreuten vielen Einzelgehöften, mit seinen schlichten, treuherzigen, freundlichen Leuten, mit seiner breiten und doch so trauten Mundart und seiner plastischen, humorvollen, herzhaften Rede, mit seiner lieblichen Landschaft im Osten und der weiten stillen Erhabenheit des Westens. Wer es kannte, der findet es auch noch, wer es liebte, der braucht seine Liebe nicht zu lassen, aber wie ganz anders ist Nordschleswig doch geworden! Man findet noch das Idyll in Nordschleswig, aber Nordschleswig selbst ist schon längst nicht mehr das Idyll; es ist ein Heerlager geistiger, miteinander ringender Kräfte. Woher das kam? Das kam von Norden und kam von Süden, das kam von dem Aneinanderbranden der nationalen Wogen von Dänemark und Deutschland her, die sich in Nordschleswig trafen. Es war eine Zeit, da fühlte Nordschleswig sich mehr als Objekt eines Werbens von beiden Seiten, fühlte wenig die Verpflichtung der eigenen Stellungnahme. Dann

kam es aber mehr ins Gedränge durch Vorstoß und Gegenstoß, wurde selbst immer restloser Teilhaber in diesem Kampf und wurde so allmählich anders. Wir gewannen einen kleineren Teil, der auf die alte Verbindung mit Schleswig-Holstein im neuen Staatsverband Wert legte und sich die Zukunft in diesen neuen Verhältnissen offen halten wollte. Den weitaus größeren Teil aber gewann die dänische Bewegung, die durch die dänische Kultursprache der Mundart des Volkes viel näher kam und offene Türen fand für das reiche Leben, das sich gerade nach 1864 in Dänemark entfaltete, zumal in ihrer eigenartigen Schöpfung der Volkshochschulen. Wir wirkten in der Hauptsache dadurch, daß wir ihre Kräfte herausforderten, sich unser zu erwehren, das dänische Volk direkt auf Geist, Sprache und Gemüt. Nun war Nordschleswig wirklich in stärkstem Gedränge, es gab keine glatte Lösung, hier oder da Stellung zu nehmen. Man stand eben auf deutschem Staatsgebiet und in den Zusammenhängen unseres Staatslebens und stand gleichzeitig unter starker Wirkung verwandter nordischer Kultur. Es war eine sittliche Aufgabe ersten Ranges, hier die rechte Lösung zu finden. Man sah ihr nicht gerne gerade ins Auge, aber man empfand doch stark, daß man sich ihr nicht entziehen konnte. Man lebte mit vollen Zügen das Leben, das vom Norden kam und stählte seine Kraft in der entschlossenen Abwehr alles Deutschen. Man litt willig, was man deswegen leiden mußte und erzog sich dazu, ohne Zögern alles zu erfüllen, was als Pflicht gefordert wurde, alles zu geben, was der preußische Staat verlangte. Das etwa war die Lösung, die man fand und man redete sich ein, damit genug getan zu haben und konnte dieser Lösung doch nicht recht froh werden.

Man konnte es auf diesem Wege zur Loyalität bringen, zur Treue doch nicht, man konnte dem preußischen Staat vieles geben und mußte es, aber, indem man ihm keinen freien Willen, keine warme Regung seines Herzens gab, lebte man in einer inneren Spannung der Seele, die schwer zu ertragen war. Was, wenn der Staat auch das Leben der Nordschleswiger forderte? Er hat es gefordert und man hat es gegeben, viele, viele haben es gegeben. Furchtbar, wenn man sagen muß, nur aus Loyalität, nur als „Muß", das kein Wille zur freien Tat adelte, und tatsächlich ist, was Nordschleswig jetzt erlebt, für viele ein schwerer Druck oder ein dumpfes Leid, aber, Gott sei Dank, dies Erleben ist für Nordschleswig doch etwas mehr. Etwas

anderes wächst jedenfalls neben dumpfem Leid und aus dem schweren Druck der Zeit als hoffnungsvolle neue Saat heraus, zart und scheu, aber gesund und grad, etwas wie männliche Freude, sich zu bewähren im großen Ringen, nicht geringer zu sein als jeder, dem man an die Seite gestellt, etwas von stahlhartem Willen, jedem Spiel zu entsagen, als könne man seine Zukunft noch anderswoher erwarten als von Deutschland, etwas von freiem Umschauen, daß Deutschland doch etwas mehr ist als Bedränger, etwas Verstehen, daß Möglichkeiten des Zusammenlebens da sind.

Anders ist Nordschleswig geworden in all dem Ringen und der äußeren Bedrängnis, die seit 1864 darüber hingegangen, geistig reicher und beweglicher in seiner kulturellen Art, männlicher in seinem Wollen, aber auch voll innerer Spannungen, die seine Gradheit bedrohten, bedrängt durch manches Leid, das ihm seine fröhliche, vertrauende Art zurückdrängte. Nie war Nordschleswig vielleicht mehr in der Gärung als kurz vor dem Kriege. So oder so mußte allmählich eine Klärung kommen. Kein Zweifel, dieser Krieg bahnt sie an. Das gewaltige Schicksal will eine Antwort, fordert Menschen, die ungeteilten Herzens die Zukunft ergreifen, wie sie sich ihnen bietet, und findet sie. Dieser Krieg wird für Nordschleswig nicht der letzte Akt einer Tragödie sein, sondern der Anfang einer neuen Zukunft, zugleich eine Scheidung und Reinigung der Geister. Nicht wie ein Sturm, der alles in neue Bahnen reißt, wird er wirken, aber doch wie ein Frühjahrwetter, das viel vernichtet, aber leise keimendem, neuem Leben Raum gibt.

Versuchen wir, ein etwas breiteres, anschaulicheres Bild davon zu geben, wie Nordschleswig bestanden hat:

Nordschleswig, soweit es dänisch gesinnt, wurde nicht ohne weiteres von der Welle deutscher Einmütigkeit und Entschlossenheit mit ergriffen. Das war nach allem Vorhergegangenen einfach unmöglich und niemand erwartete es.

Gerade von diesem Tatbestand aus aber gewinnt die Haltung der Bevölkerung an Größe, eine Größe anderer Art als die, welche das deutsche Volk in diesen schweren Zeiten aufbringt, aber darum doch Größe.

Das „Muß" der weltgeschichtlichen Stunde, das uns zu höchstem nationalen Wollen emporriß, drohte die Nordschleswiger als schwere

Last zu erdrücken, aber sie haben sich nicht erdrücken lassen, haben sich nicht wie Knechte hineintreiben lassen in ein widriges Geschick.

Still sind sie von Hause gegangen, entschlossen betraten sie den Weg der Pflicht, frei haben sie all' ihre Kraft eingesetzt, um im Kampf ihren Mann zu stehen. Hohe Anerkennung ist ihnen deswegen geworden. Mit offenen Augen und Herzen haben sie den Geist der Aufopferung, der ganz Deutschland beseelte, auf sich wirken lassen, vielleicht zum erstenmal einen starken Eindruck von deutscher Größe bekommen, haben Kameraden unter uns gefunden, wo sie sie nie gesucht haben, haben in Not und Tod mit uns zusammengestanden und sich bewährt.

Ohne Zweifel hat das einem Teil ein neues Verhältnis auch zu unserem Volk gegeben, den meisten doch schwerlich. Sie sind sich auch da draußen bewußt, daß sie Nordschleswiger sind, singen ihre dänischen Lieder, träumen von der Heimat und indem sie sich unter den Kameraden umsehen, sagen sie sich: „Wir sind nicht geringer als irgend einer."

Der Ernst des Ringens ist ihnen immer nah, der Tod ist ihnen Weg zu Gott, wohl auch Schutz der Heimat, kaum empfunden als Opfer, kaum verklärt durch Hoffnung auf Volkszukunft, aber sie sind nicht sentimental, auch der Humor verläßt sie nicht, und das Bewußtsein, ihre Pflicht zu tun, trägt sie. Sie sind uns treu — hier darf man das Wort doch brauchen — und bleiben sich selbst treu, das ist ihre Größe und daß sie diese Stunde mit uns erleben, gibt für die Zukunft ganz andere Möglichkeiten. Daß nicht ganz Nordschleswig auf der Höhe gestanden, ist wahr und kann nicht wundernehmen, und damit wendet sich der Blick zunächst auf die Bevölkerung, die zu Hause blieb. Sie stand nicht unter dem lebendigen Eindruck des großen Geschehens, wie die Söhne, für die schon die Reise durch Deutschland an die Front ein Erlebnis war, von denen später viele in deutschen Lazaretten von fürsorgender Liebe und freundlicher, fröhlicher Teilnahme umgeben waren, und doch kam auch nach Nordschleswig vom Felde her etwas, was viele stille machte und manche staunen ließ über die Kraftentfaltung, die hier vor sich ging. Man spürte gelegentlich etwas von Stolz, daß die Nordschleswiger ihren Mann ständen, man spürte auch etwas von dem halb bangen, halb

vertrauenden Bewußtsein, mit seinem Geschick auf der Seite einer entschlossenen, starken und ehrlichen Macht zu stehen.

Leider führte altes Mißtrauen deutscherseits, gleich zu Anfang, als noch niemand sich seiner Pflicht entzog, zu Eingriffen in die Freiheit einzelner, und allerhand üble Gerüchte entstanden, denen man nicht auf den Grund sehen konnte, und dann kamen die reichsdänischen Zeitungen, und ihre sensationellen englischen und französischen Berichte waren pikantere Lektüre als die knappen Steinschen Berichte. Schließlich gab es nicht wenige, die glaubten dieser neutralen Presse mit ihren überreichlichen Nachrichten aus dem Lager der Gegner und den spärlichen oft versteckten aus unserem Lager und ihrem kritiklosen günstigen Vorurteil für England, als angeblich unparteiischer Wahrheit mehr als unseren Berichten, nein, auch mehr als ihren Söhnen, die aus Frankreich und Rußland Grüße sandten, aber in ihren Augen nun doch Soldaten einer unterliegenden Macht waren.

Es war eine Minderzahl, aber es waren doch nicht wenige. Es waren die, die uns eine Niederlage von ganzem Herzen wünschten, es waren die, die England als Volksbeglücker feierten.

Überraschen konnte das niemand, der etwas von den Wiedervereinigungshoffnungen in Nordschleswig kannte. Überraschen konnte eher, daß diese Hoffnung nicht allgemeiner im stillen sich bemerkbar machte. Die Minderzahl, zu denen allerdings viele führende Leute gehörten, fanden aber umgekehrt bei ihren eigenen Leuten ganz entschiedene Mißbilligung. Man wollte den Frieden und man wollte ihn durch einen Sieg der Deutschen, auf deren Seite die Nordschleswiger kämpften.

Das alles wäre schließlich nichts weiter gewesen als interessantes Material zu nordschleswigscher Volkskunde, wenn nicht doch allmählich einige bedauerliche Folgen sich gezeigt. Der Krieg dauerte länger, als man erwartete, die Opfer wurden immer größer; immer mehr Leute wurden in die Reihen der Kämpfer eingestellt. Der gediente Landsturm kam teilweise an die Front, der nicht ausgebildete Landsturm wurde ausgehoben, die Rekruten eingezogen, und auch sie gingen an die Front. Es galt aufs äußerste durchzuhalten. Wohl kaum ein Mann war bei der Mobilmachung über die Grenze nach dem Land gegangen, das so viele als das Mutterland ansahen. Viele waren

aus Dänemark gekommen, um sich zur Fahne zu stellen. Die große Versuchung, die bequeme Möglichkeit, sich der Pflicht zu entziehen, die in ganz Deutschland sowie hier nur noch an der holländischen und schweizerischen Grenze besteht, wurde fast von keinem benutzt; aber wie es so lange dauerte, und immer neue zur Fahne mußten und das Ringen immer gewaltiger wurde, da sind solche Fälle doch vorgekommen, und das Beispiel einiger hat wie eine Seuche auch andere ergriffen, die sonst nie daran gedacht. Wer das ruhig beurteilt, wird sagen können, daß das kein Verlust ist für Deutschland, dessen Stärke die Einmütigkeit des Willens ist, auch kein Verlust für Nordschleswig — ich sehe vom persönlichen Verlust der Angehörigen ab —, das, ob deutsch oder dänisch, sicher seine tapferen treuen Söhne mehr ehren wird als die, welche aus Schwäche oder Berechnung sich ihrer Pflicht entzogen und nun hoffentlich vergebens auf den von ihnen gewünschten Ausgang warten. Es ist zu hoffen, daß Deutschland so ruhig urteilen wird und nicht Nordschleswig mit denen belasten, die jetzt nicht mehr zu uns gehören. Sie wiegen nicht viel gegenüber den Tausenden, die für uns kämpfen und bluten.

Es vollzieht sich da von selbst eine Reinigung und Scheidung, die uns nur erwünscht sein kann. Neben diesen vereinzelten schwächlichen oder feindselig berechnenden Mietlingen steht die geschlossene Schar der aufrechten, geraden, freien und treuen Männer, denen Deutschland nicht weniger zu danken hat als seinen anderen Söhnen, stehen die vielen Ritter des Eisernen Kreuzes, die es in tapferer Tat wurden, steht eine große allgemeine Opferwilligkeit, die Geld, Gaben und Arbeit in den Dienst des Roten Kreuzes stellte, steht die hervorragende hilfsbereite Teilnahme, die man insbesondere den ostpreußischen Flüchtlingen gezeigt hat.

Der Krieg dauert schon so lange, daß am Verhalten der nordschleswigschen Bevölkerung in seinem Grundzuge sich nicht viel verändern wird, und, sieht man aufs Ganze, hat sich Nordschleswig in dieser schwersten aller Proben in einer Weise bewährt, die auf eine bessere Zukunft unbedingt hoffen läßt.

Nordschleswig, soweit es nach seiner Art dänisch ist und sein will, hat im Ringen mit sich selbst Bahnen betreten, die eine Annäherung ans deutsche Staats- wohl auch Volksganze bedeuten können, die über

eine kalte, oft aus widerstrebendem Herzen geborene Loyalität hinaus sich zu frei gegebener Treue erheben will.

Es wird für die weitere Entwicklung unendlich viel davon abhängen, wie wir, die Deutschgesinnten in Nordschleswig, wie das ganze deutsche Volk sich künftig zu den Nordschleswigern dänischer Art stellen werden. Verschleiern wir die Lage nicht! Wir haben mit ihnen in langem, oft erbittertem inneren Kampf gelegen. Wir waren dabei nicht einfach blöde, brutale Volksunterdrücker, auch in unseren schärfsten Maßnahmen nicht. Es war im tiefsten Grunde auch auf deutscher Seite ein Kampf um Klarheit und Wahrheit, ein Kampf, der sicher oft ungeschickt, und mit harten Mitteln geführt wurde, aber doch ein Kampf, der auf die Frage sich Antwort erzwingen wollte, mit wem wir es eigentlich zu tun hätten, mit deutschen Staatsbürgern oder mit Staatsgegnern. Wir wissen, daß die Antwort durch das Gesamtverhalten der Bevölkerung nie ganz klar gegeben wurde und verstehen deswegen das Drängen und Bedrängen, aber ein Fehler war es doch, denn solche Antworten erzwingt man sich nicht. Auf die muß man warten, bis das Weltgeschick selbst dahin drängt, und auch dann fällt sie im günstigen Sinne nur aus, wenn sie Vertrauen begegnet.

Ich weiß, daß man in Friedenszeiten eine Politik des Vertrauens in allen Tonarten verspottet hat, als könne sie nur aus Schwächlichkeit, Illusion und einem mangelnden Tatsachensinn geboren werden; man wird es teilweise noch jetzt fertig bringen, das riesige Blutopfer, das jetzt gebracht wird, als belanglose Tatsache hinzustellen neben dem, was als Versehen oder üble Gesinnung zu buchen ist. Darüber zu streiten ist zwecklos, hier gilt es nur zu appellieren an die besten Regungen der deutschen Volksseele, an jede ritterliche Gesinnung, die in unserm Volk vorhanden, und sicher, die überwiegt. Dafür bürgt uns das Heldentum, das sich eben jetzt entfaltet. Es darf nicht wundernehmen, daß gerade im Grenzlande selbst das Vertrauen weniger gut gedeiht. Hier sind die Reibungen, und das alte Erbe früheren Zwistes wirkt weiter, hier fehlt den meisten die Fähigkeit, Abstand zu nehmen und das Neue zu sehen, das werden will. Es hilft aber nichts, wir selbst müssen Altes vergessen und den Willen haben, Neuem Raum zu geben, wir müssen nach viel Kampf die Größe aufbringen, die Bismarck nach 1866 Österreich gegenüber zeigte, oder noch schöner, die Held Dittrich seine besten, treuesten

Waffengefährten unter denen gewinnen ließ, die er erst besiegte. Vertrauen, das aus ritterlichem Kampf erwächst, ist das allerstärkste Band.

Wir müssen die Achtung vor den Nordschleswigern aufbringen, daß wir ihnen nicht das Aufgeben ihrer Art zumuten oder auch nur den Schein erwecken, als wären das unsere Hintergedanken. Wir können auch nicht daran festhalten, daß jede Pflege dänischer Kultur mit der Pflege ihrer Art nichts zu tun habe, ja ihr widerstrebe und von uns als feindseliger Akt betrachtet werden müßte. Wir müssen nur an dem Einen festhalten, daß die Treue gegen unser Staatsganzes, und das bedingt ein freies Mitarbeiten an unseren Aufgaben, die einzig mögliche Grundlage einer gedeihlichen Zukunft ist.

Jede Neuorientierung oder Neuordnung der Verhältnisse, wie sie in diesem weltgeschichtlichen Erleben als Notwendigkeit wohl von jedem begriffen wird, der seines Volkes Geschick auf dem Herzen trägt, wirft auch die Frage des Rechts auf, aber nicht nur die Frage nach dem Recht des Einzelnen, auch die nach dem Recht des Ganzen. Es ist überhaupt eine Ordnung des Rechts des Einzelnen nicht denkbar, ohne daß das Recht des Ganzen erst unumstößlich gemacht und als erstes Erfordernis anerkannt ist. Weil das aber jetzt im Kriege in einer unüberbietbaren Weise durch die Hingabe des Lebens ungezählter Söhne des Vaterlands, auch Nordschleswigs, geschehen ist und andauernd geschieht, so ist diese Voraussetzung in einer Weise gegeben, daß jetzt oder nie ein Aufbauen auf dieser Grundlage erfolgen muß.

Nordschleswig muß es begreifen, daß es nie erfolgreich in seinem Eigenleben beharren kann, ohne dauernd seine reichen Kräfte als Einsatz ins Ganze zur Verfügung zu stellen, es muß bei aller Wahrung seiner Eigenart bereit sein, uns kennen zu lernen und Wege nach uns hin zu suchen, und wir müssen umgekehrt ihr Recht auf ihre Eigenart anerkennen und durch die Tat garantieren. Sonst kommen wir nicht zum Frieden.

Es ist doch einfach so gewesen, daß man uns nicht gekannt und kaum hat kennen wollen. Mir ist dies Zugeständnis mehrfach aus dem Munde junger Nordschleswiger gekommen, die selbst sich um ein Verstehen mühten und es fanden, aber auch das bekannten sie mir,

daß man dies Verſtehen hier in Nordſchleswig kaum finden könnte, dazu müſſe man ins Herz Deutſchlands hinein. Lernen wir daraus und erkennen die Lage, daß es ausſichtslos iſt, ſich Wege in die Seele der nordſchleswigſchen Bevölkerung hineinzwingen zu wollen, aber alle Ausſicht für ſich hat, Wege zu uns hin zu bahnen.

Es iſt aber auch ſo geweſen, daß wir die Nordſchleswiger viel zu wenig gekannt, daß wir ihnen haben vorſchreiben wollen, was ihrer Art gemäß ſei und nicht den Finger einer Hand geboten haben, um dafür Raum zu geben, was ſie für ihre Art wünſchten. Was da wünſchenswert iſt, liegt zum wichtigſten Teil auf dem Gebiete der Sprache, dem Geiſtesmittel, in dem das Herz eines Volkes am lebhafteſten ſchlägt. Da wäre eine direkte Ausſprache erwünſcht und ein Austauſch möglich, der auch uns freier machen würde, deutſche Art und deutſchen Geiſt in deutſcher Sprache geltend zu machen, weil das Odium des Zwangs dann wegfiele oder doch an Kraft verlöre. Wir halten es dabei für ſelbſtverſtändlich, daß Kenntnis der deutſchen Sprache als ſtaatliches und Volks-Band vermittelt würde, aber für ebenſo ſelbſtverſtändlich, daß das keine Sperrung für Pflege däniſcher Sprache zu bedeuten brauche. Deutſche Schule und deutſche Bildung kann hier nicht voll zur Entfaltung kommen, weil ſie zu belaſtet iſt mit der Unluſt, die ſich ihr entgegenſtemmt. Über geeignete Wege, dem abzuhelfen, kann hier nicht geredet werden, weil es zu ſehr in Einzelfragen führen würde, aber Wege laſſen ſich finden, wenn der Wille da iſt.

Ein Beweis, daß ein Wille zur Neuordnung bei uns vorhanden, darf in der Anordnung der Preußiſchen Regierung geſehen werden, daß alle Staatenloſen in Nordſchleswig ſich zur Stammrolle zu melden hätten. Das iſt nicht Härte, ſondern Ordnung von Verhältniſſen, die in ihrer rechtlichen Unſicherheit als drückend empfunden wurden. Dieſer Wille aber wird nicht auf dieſem Gebiet allein Neuordnungen ergeben, es wird ein Teil des Willens ſein, der ans deutſche Kultur- und Machtzentrum eine Fülle von Mannigfaltigkeit zu gruppieren bereit iſt, der eben in dieſer Freiheit des Entfaltens Kraft und Reichtum geſichert ſieht. Es iſt der Weg zu Mitteleuropa, zur Weltaufgabe, die uns geworden iſt.

Digitized by Google

Deutſchtum und Judentum.

Von Hermann Cohen.

Es kann nicht befremden, daß durch die Einigung des deutſchen Volkes im 19. Jahrhundert der Gegenſatz zwiſchen Deutſchtum und Judentum wieder neu aufgelebt iſt. In jeder nationalen Entwicklung iſt das Streben mitenthalten, zu den Grundformen einer nationalen Einheitlichkeit, zur Raſſeneinheit und zur religiöſen Einheitlichkeit mehr und mehr zurückzukehren. Dieſer Wunſch war um ſo natürlicher in Deutſchland, da hier die Verſchmelzung der urſprünglichen Stämme viel ſpäter erfolgt iſt als in Frankreich und England, und da hier die Nachwirkungen der alten Stammesgegenſätze noch bis heute nicht gänzlich überwunden ſind.

Und was die zweite Grundform einer nationalen Einheit betrifft, die religiöſe Einheitlichkeit, ſo leidet Deutſchland von allen modernen Kulturvölkern ſicherlich am meiſten unter der kirchlichen Spaltung, welche die religiöſe Eigenart des deutſchen Geiſtes hervorgebracht hat. Dieſe Spaltung ſteigert die Spannung gegen alle weitere religiöſe Differenz, die ſich mit dem deutſchen Weſen vertragen und am deutſchen Weſen aktuellen Anteil nehmen will.

Wenden wir uns zunächſt der Forderung der Raſſeneinheit zu, ſo gewährt es keine volle Befriedigung, wenn man darauf hinweiſt, daß ſie doch in einem ſtrengen wiſſenſchaftlichen Begriffe nicht objektivierbar ſei. Die Einheit und Reinheit der Raſſe bleibt dennoch für den nationalen Staat ein verſtändlicher Wunſch, wenngleich der Begriff der Raſſe keiner exakten Definition erreichbar werden mag. Wenn anders nun aber bei der Raſſenfrage nicht nur ausſchließlich die anatomiſchen Verhältniſſe ins Gewicht fallen, ſondern auch die ſeeliſchen, die geiſtigen, die ſittlichen Verhältniſſe mitſprechen, ſo wird

die Frage nur immer kompiizierter. Auch muß es dem Juden ſelbſt nicht nur ſchwer, ſondern auch peiniich werden, über dieſen Sinn der Frage mitzuſprechen. Da ich nun aber den Auftrag zur Verſtändigung hier übernehmen zu ſoiien meinte, ſo wiii ich mich beſtreben, auch über dieſen dunklen Punkt ein ſachliches Urteii zu gewinnen.

Ich gehe freilich von der unbedingten Vorausſetzung aus, daß man den Nachkommen der Prophetengeſchlechter keinen übien Stammescharakter anheften werde. Gegen eine andere Auffaſſung würde ich überhaupt nicht in eine Verhandiung eintreten. Dahingegen kann ich es nicht für unwahrſcheinlich halten, daß der jahrhunderteiange Druck und der Zwang zum Handels- und Geldgeſchäft einerſeits Unſicherheit und Verlegenheit im perſönlichen Gebaren, andererſeits aber auch eine Bevorzugung des Erwerbsſinnes und der mit demſelben verbundenen Leidenſchaften erweckt haben mag. Übrigens aber regt ſich bei nur etwas nachlaſſendem Druck alsbald die alte geiſtige Strebekraft wieder. Und ſo gehen aus dieſen Famiiien des Handels nicht nur für die Induſtrie, ſondern für aiie Fächer der Wiſſenſchaft und der Kunſt tüchtige Männer hervor. Trotzdem verhehle ich den Materialismus um ſo weniger bei einem Teii der heutigen Juden, als gerade in den höheren ſoziaien und amtiichen Berufsſchichten bei dieſer geſteigerten Notlage des Judentums der Austritt und der Übertritt einen erſchreckenden Mangel an ſittiichem Sozialgefühl und an religiöſem Reſpekt tagtäglich bioßſteiit. Auch hier bieibt die Verlockung durch Staat und Geſeiiſchaft mit zu beachten, wenngleich ſie keineswegs hinreichend entſchuldigt. Und wie dieſes Moment eine ſtatiſtiſche Deutlichkeit hat, ſo wird es im Verkehrsleben überhaupt nicht an mannigfachen Beiſpielen fehien, in denen die langjährige Züchtung jene bekannten widerwärtigen Erſcheinungen hervorgebracht hat. Freilich deckt der Weltkrieg einen ſolchen wirtſchaftiichen Materialismus bei aiien Völkern mit betrübender Unverhülltheit auf. Und auch bei uns ſollten ſich daher die idealen Beſtrebungen, Aniagen und Gewohnheiten der deutſchen Sittlichkeit mit den ideaien Grundzügen der jüdiſchen Religioſität zur allmählichen Abſchwächung aiier unedien Triebe, die das Antiiz entſtelien, vorurteiislos verbinden.

Nun iſt es aber gerade der naturwiſſenſchaftliche Geſichtspunkt, der den Raſſeneinwand wiederum abſchwächt und dem Anteii der deutſchen Juden am Deutſchtum die Mögiichkeit eröffnet. Denn ſeit der

Zerſtörung des jüdiſchen Reiches haben ſich Juden in Germanien angeſiedelt, beſonders an den Ufern des Rheins, und unter Karl dem Großen tauchen ſie ſchon als politiſche Vermittler auf. Das ganze Mittelalter hindurch leben ſie bereits in der deutſchen Sprache und Dichtung, erſcheinen ſogar unter den Minneſängern und arbeiten rüſtig mit an dem Aufbau der altgermaniſchen Poeſie. Bis zu den Kreuzzügen waren ihre ſozialen Verhältniſſe in Deutſchland keineswegs nur ungünſtig; erſt mit dem ſchwarzen Tode und den Beſchuldigungen der Brunnenvergiftung wurden die Verfolgungen ſo hart und planmäßig, daß die Auswanderung größerer Maſſen nach Polen und Rußland erfolgte. Bis dahin hatten ſie auch ſowohl in ihrer religiöſen, wie häuslichen Literatur ein reines Deutſch in ihrem jüdiſch-deutſchen Idiom gepflegt, das in der Verbindung mit hebräiſchen Worten beſtand. Und dieſes reine Deutſch hatten ſie nach Polen und Rußland mit hinübergenommen: erſt dort wurde es zwar in den Jargon des Judendeutſch verſtümmelt, trotzdem aber bleibt es als ein Zeichen deutſcher Anhänglichkeit zu erkennen, daß dieſe deutſchen Juden auch in der neuen polniſch-ruſſiſchen Umgebung ihre deutſche Mutterſprache nicht verlieren, nicht aufgeben konnten. Als nun aber bei dieſem Feſthalten am Deutſchtum in ihrer Sprache dieſe Menſchen wiederum nach Deutſchland zurückfluteten, da freilich verdarben ſie auch dort mit ihrem Jargon die urſprüngliche Reinheit der Sprache, welche die deutſchen Juden bis dahin dort ſich erhalten hatten. Und mit der Sprache, wie könnte es anders ſein, waren ſie auch in viele Eigenarten der deutſchen Volksſitte hineingewachſen, wie denn ſchon der Anteil an der Literatur eine innere Fühlung mit dem deutſchen Geiſtesleben zur Vorausſetzung hatte.

Kann man nun bei Erwägung dieſer Verhältniſſe ſchlechterdings leugnen, daß es den deutſchen Juden an deutſcher Bodenſtändigkeit fehle? Achtet man den klimatiſchen Einfluß, den Jahrhunderte langen beſtändigen Wohnſitz in deutſchen Landen für ganz belanglos gegenüber den Momenten der Abſtammung, wie wichtig dieſe immer ſeien? Und achtet man ferner den Anbau und Ausbau der geiſtigen Verwandtſchaft, der Annäherung an das obherrſchende Geiſtesweſen für ein Moment von verſchwindendem Werte gegenüber der Alleinherrſchaft der natürlichen Bedingungen?

Dem Zeugnis für die geiſtige Annäherung ſcheint nun allerdings

die beharrende religiöse Trennung zu widersprechen; ja sie scheint eine unausgleichbare Fremdheit in diesem Verhältnis zu befestigen.

Wir unterschätzen dieses Bedenken nicht. Und wir entnehmen demselben sogar einen Milderungsgrund für den Judenhaß, der neuerdings wiederum unter uns ausgebrochen war. Man bedenke nur, wie Katholizismus und Protestantismus in den religiösen Grundbegriffen einander widerstreiten, einander die wahre Christlichkeit bestreiten. Dadurch wird erstlich der religiöse Gegensatz an sich schärfer und das Bestreben auf seine Milderung abgeschwächt. Auch das politische Bestreben der Ablenkung des interkonfessionellen Kampfes auf das Judentum dürfte sich als ein wichtiger Hebel beim Wiederbeginn des Antisemitismus nachweisen lassen. Ferner steigert sich dadurch überhaupt die Empfindlichkeit gegen jede andere Fremdheit, die sich noch behaupten will. Und wo die Friedensbestrebungen innerhalb der christlichen Gegensätze immer wieder auftauchen, da bildet die jüdische Eigenart um so mehr eine ärgerliche Instanz. Denn jene Bestrebungen zur Reunion der christlichen Kirchen vereinigen sich andererseits mit dem Kulturideal des Protestantismus, welches über dem kirchlichen Christentum ein reines Christentum in Aussicht nimmt und an dessen Herstellung das eigentliche Ziel der protestantischen Kultur anknüpft.

Aus solcher Höhe der religiösen Freiheit entsteht dem Judentum sogar noch eine größere innere Gefahr, als die Scheiterhaufen des Mittelalters sie seinem Fortbestande drohten. Denn wenn man jetzt von der Wahrheit und Absolutheit des Christentums redet, so meint man gar nicht mehr die Wahrheit der kirchlichen Glaubenslehren, sondern es hat sich, gestützt auf die Fiktion des Urchristentums, eine Fiktion des Wesens des Christentums verbreitet, welche auf wissenschaftlicher Konstruktion, auf Auswahl und Deutung der religiösen Urkunden und Begriffe beruht. Und je mehr diese moderne Christlichkeit von ihrer strengen Wissenschaftlichkeit überzeugt ist, desto mehr verhärtet sich der Gegensatz zum Judentum zu einem Widerspruch der gemeinsamen Wissenschaftlichkeit und geistigen Kultureinheit.

Während nun von diesem Gesichtspunkte her der Ausgleich unvollziehbar zu werden scheinen könnte — denn mehr noch als die Religion ist die Kultur des europäischen Geistes der Inbegriff aller nationalen Interessen eines modernen Volkes — dürfte von hier aus ge-

rade die tiefſte Ausſöhnung möglich werden. Den Gegenſätzen fehlte bisher der Mittelpunkt, als deſſen Ausſtrahlungen erſt ſie durchſichtig werden.

Woher nimmt die moderne Wiſſenſchaft ihre Bauſteine zum Weſen des Chriſtentums? Etwa allein aus dem Neuen Teſtament? Oder ſteht nicht das Neue Teſtament, und zwar gerade am meiſten für die idealiſierende geſchichtliche Konſtruktion des Chriſtentums, im innigſten durchgängigen Zuſammenhange mit dem Alten? Die proteſtantiſche Kathedertheologie hat ihre wiſſenſchaftlichſten Lorbeeren an der Wiederentdeckung des Prophetismus ſich erworben. Damit aber hat ſie ſelbſt in den Grundfragen der Sittlichkeit, der des Individuums, wie derjenigen der Völker, ihren Zuſammenhang, und gemäß der geſchichtlichen Zeitfolge, ihre innerſte Abhängigkeit von dem Grundgedanken der jüdiſchen Religion feſtgelegt. Im wiſſenſchaftlichen Sinne und Geiſte kann man jetzt überhaupt nicht ſchlechthin mehr ſagen, daß eine wahrhafte ſittlich-religiöſe Differenz zwiſchen Judentum und Chriſtentum beſtände. Denn die moderne Religioſität, zumal in Deutſchland, hängt ſich nicht mehr vorzugsweiſe an den Text der Dogmen, ſondern ſie ſieht den Kern des Glaubens, ſie ſucht ſeine Wahrheit in den Grundzügen der religiöſen Sittlichkeit für das menſchliche Individuum, wie für die Völker der Menſchheit. Als Offenbarung wird nicht ſowohl die des göttlichen Weſens als vielmehr die der menſchlichen Sittlichkeit gedacht und verehrt. Auch der ſchrecklichſte Krieg aber kann uns nicht aus dem meſſianiſchen Geleiſe der israelitiſchen Propheten herausreißen, ſo daß wir das höchſte Ziel der allgemein menſchlichen Sittlichkeit aufgeben, an der Zukunft der Menſchheit und an der göttlichen Vorſehung in der Geſchichte verzweifeln könnten. Dieſe Perſpektiven der Propheten ſind die Grundlagen der jüdiſchen Religion geblieben; ſie haben dieſe, wie ihre Bekenner, am Leben erhalten, und mit ſich ſelbſt haben ſie in dieſen Grundlehren den Glauben an den einzigen Gott, den ſie zuerſt der Welt gegeben haben, trotz allen Leiden, Verfolgungen und Verleumdungen lebenskräftig der Welt erhalten. Wie will man bei dieſer geiſtigen Sachlage, bei dieſer unverleugbaren Gemeinſchaft der eigentlichen, der tiefſten, der wahrhaftigſten Grundlagen der lebendigen Religioſität eines modernen deutſchen Menſchen von einem wirklichen und gar unverſöhnlichen Gegenſatze zwiſchen Judentum und Chriſtentum in

den lebendigen Motiven des persönlichen Glaubens reden? Ist es nicht vielmehr der Materialismus des Rassengefühls, der sich hierbei in das seelische Heiligtum des modernen Menschen einschleicht?

Und wenn sonach das Judentum selbst vermöge seiner eigenen Kräfte zu der möglichen Verständigung einen wichtigen Beitrag leistet, so hat andererseits der deutsche Geist die mächtigsten Stützen errichtet, auf deren Unterbau eine religiöse Verständigung, unbeschadet der traditionellen Differenzen, im Sinne des Kulturgedankens nicht nur die mögliche, sondern die notwendige Konsequenz ist. Den höchsten Stolz des deutschen Bewußtseins bildet unstreitig das Zeitalter unseres klassischen Geistes. Und was ist das untrüglichste Zeichen von seiner Wirklichkeit und Wirksamkeit? In der Einheitlichkeit aller Richtungen und Bestrebungen, aller Leistungen und aller Anregungen des deutschen Geistes an dieser Wende des 18. Jahrhunderts ist er am deutlichsten erkennbar. Dieser Zusammenfluß aller innersten Kräfte in Philosophie und Kunst, in Mathematik und Naturwissenschaft, in Philologie und Geschichte, nicht minder aber auch in Rechtswissenschaft, Politik und Kriegskunst, und endlich in allen diesen Lebensrichtungen die wahre Einheit ausgeprägt in der Hinlenkung aller Kräfte auf den Volksgeist, auf die Nationalerziehung, die nationale, geistige und sittliche Durchbildung und die soziale Oberleitung für diese ganze Politik und Kultur — könnte es ein sichereres Kennzeichen geben für die wahrhafte Klassizität des deutschen Nationalgeistes in jener Epoche?

Fehlt nun aber etwa die Religion, die deutsche Religiosität in diesem Brennpunkt deutscher Ursprünglichkeit? Wer so fragt, hat die Hauptsache vergessen, nach der dieses Zeitalter der Humanität bei aller inneren Freiheit und Unabhängigkeit von traditionellen Autoritäten sich selbst benannt hat. Ist denn etwa diese deutsche Humanität im Zeitalter der Klassiker religionslos in dem Sinne, daß sie über die Quellen der Religion erhaben wäre, sie verschmähte und etwa durch die griechischen Quellen allgemein hätte verdrängen wollen?

Der Name H e r d e r allein erledigt dieses Vorurteil. Er war nicht nur Christ und Superintendent, und daneben ein Dichter und Literaturforscher, sondern aus seiner Religiosität ist sein „Geist der ebräischen Poesie" erflossen. Und wie er nun auch immer alle Völkerstimmen zur Harmonie der Menschheit sammelte, so kann es doch

keinem Zweifel unterliegen, daß er in der Poeſie der hebräiſchen Bibel den Grundquell ſeiner die Menſchheit umfaſſenden Religioſität erkannte. Schon in den älteſten Sagen der Geneſis erlauſcht er die Ahnung und den Kerngedanken des Einzigen Gottes für die Einheit der Völker. Und wenngleich die Philoſophie jenes und der folgenden Zeitalter für den Vorzug der Wahrheit des Chriſtentums eintrat, und hierbei ſelbſt die ſchweren Gefahren des Pantheismus nicht ſcheute, ſo iſt die ſpätere wiſſenſchaftliche Theologie den Spuren Herders gefolgt, und ſie hat vielleicht hauptſächlich hierdurch an dem Rechte der Wiſſenſchaft in der deutſchen Univerſität und der allgemeinen Literatur ihre unbeſtreitbare Geltung behauptet. So lange es aber eine Vertretung der altteſtamentlichen Theologie an den deutſchen Univerſitäten gibt, ſo lange darf die Lage des Juden in Deutſchland nicht als verzweifelt gelten; ſo lange beſteht die nationale Ausſicht, daß von den wiſſenſchaftlichen Quellen aus auch das Intereſſe für die Wiſſenſchaft des Judentums und ihre akademiſche Förderung erſtarken, und daß Unbefangenheit, Objektivität, Idealiſierung und endlich Sympathie mit den religiöſen Schätzen und Ideen des Juden, die auch für den Chriſten unvergänglich ſind, ſich immer mehr erwecken und durchſetzen werden.

Worin anders beſteht denn in Deutſchland ein Gegenſatz zwiſchen Chriſten und Juden, wenn wir füglich von der Raſſenfrage jetzt abſehen? In der religiöſen Sittlichkeit kann er nicht beſtehen, wenn anders zwiſchen den Evangelien und den Propheten die Harmonie wenn auch noch nicht ausgeſprochen, doch aber dem letzten Sinne nach anerkannt wird? Es bleibt nur die Gottesfrage übrig, ob ſie in der Trinität Beſtand hat, oder im reinen Monotheismus. Über dieſe Frage bedarf es nun aber noch freimütiger und rückhaltloſer Auseinanderſetzung.

Vorab darf kein Zweifel darüber obwalten, als ob die Juden nicht zu ſtrengſter Diskretion und Ehrerbietung gegenüber denjenigen Momenten des chriſtlichen Gottesglaubens verpflichtet wären, die ſie ihrerſeits zwar beſtreiten, nichtsdeſtoweniger aber mit dem Mittel der Idealiſierung zu erkennen und zu beurteilen haben. Jeder kleinſte Taktfehler wirkt mit Recht hier als ein ſchweres Ärgernis, weil er der unbewachte Ausfluß eines religiöſen Übermuts und als das Zeichen des Mangels am erforderlichen Streben nach nationaler Ein-

Digitized by Google

mütigkeit ist. Vielmehr sollte sich der Jude beeifern, an der Idealisierung dieser christlichen Eigenart nicht nur im Geiste der Humanität, sondern auch im Geiste des Monotheismus mitzuwirken. Hat doch selbst Treitschke in seinem ersten Artikel in den Preußischen Jahrbüchern, mit dem er gleichsam den intellektuellen Antisemitismus in Deutschland ins Leben rief, die „reinen Formen" von dem historischen Christentum unterschieden. Ich darf es aussprechen, daß, wenn der Geist wahrhaftiger Religiosität in der wissenschaftlichen Polemik nicht verkannt wird, daß dann auch die Mitarbeit des Juden auf die reinen Formen der Religion hin in Deutschland nicht ohne alle Anerkennung bleibt. Diese Pflicht der Idealisierung ist aber gar keine neue Anforderung, sondern in der jüdischen Religionspolemik ein alter Brauch. Aus der Geschichte der jüdischen Religionsphilosophie des Mittelalters, die zugleich die der autoritativen Glaubenslehre ist, darf ich es anführen, daß man überall den Grundsatz aufgestellt hat, die Lehren des Christentums, wie des Islams, nicht nach den im Volke herrschenden Ansichten, sondern nach den wissenschaftlichen Auffassungen zu beurteilen. Wenn diese wissenschaftliche, wie ethische Pflicht der Idealisierung der Glaubenslehren, der eigenen wie der fremden, zu allgemeiner Anwendung kommen wird, dann wird dadurch zugleich das wichtigste Mittel gewonnen und gesichert werden, ohne dessen Hilfeleistung übrigens keine wahrhafte Verständigung in religiösen Fragen zustande kommen kann. Mit dessen Hilfe aber wird eine klare Orientierung, eine sachliche Beurteilung, eine gerechte Verteilung von Licht und Schatten, die in keinem geistigen Gebilde und in keiner geschichtlichen Erscheinung fehlen, die Grundstimmung in dieser schwebenden nationalen Differenz allmählich werden.

Freilich darf das Leitmotiv niemals und bei keiner Wendung dieser Frage verdunkelt werden, welches in dem nationalen Problem und seinen unverletzbaren Anforderungen gelegen ist. Wenn den Juden zugestanden werden soll, ihre Stammeseinheit festzuhalten, so darf kein Zweifel darüber bestehen, daß diese einzig und allein als das naturgemäße Mittel nicht verschmäht werden kann, um die Reinheit des Glaubens zu erhalten. Wenn anders aber der Gipfelpunkt der jüdischen Religion die messianische Zukunft ist, in der der einzige Gott von der gesamten, in ihm vereinigten Menschheit verehrt werden wird, so darf dieser Grundsatz, in welchem das alte Judentum in dem

modernen ſich verjüngt, in keinerlei Dunkel und Zweideutigkeit verſetzt werden. Die meſſianiſche Zukunft iſt der Inbegriff des Monotheismus, die Wurzelkraft der jüdiſchen Religion. Daher iſt dieſe Religion nicht die eines Staates. So verſtehen wir deutſchen Juden den von den Propheten verkündigten Untergang des jüdiſchen Staates. So verſtehen wir unſere geſamte Geſchichte, als die unſerer Religion.

Dieſer Höhepunkt der lebendigen Religioſität darf nun aber nicht verflacht und zweideutig gemacht werden durch eine Politik, zu der keine Verfolgung der Juden und keine Barmherzigkeit mit jüdiſchem Elend das Recht gibt, weil dieſe Politik unſerer Religion widerſpricht, die in politiſcher Hinſicht durch Jeremia ſchon zur Förderung des fremden Staatswohls allein verpflichtet worden iſt. Die nationale Geſinnung des deutſchen Staatsbürgers darf daher keine Spur eines anderen Staatsgedankens im Hintergrunde tragen, um ſie mit der Pflege des eigenen Stammes zu verknüpfen. Wie die Religion, ſo fordert auch der Staat das ganze einheitliche Herz des Menſchen. Was ich für meine Religion und ihre Bekenner auf dem Erdenrunde erſtrebe und erhoffe im geſchichtlichen Daſein der Völker, deſſen Herbeiführung muß ich dem eigenen Staate in der Fülle ſeiner ſittlichen Zielpunkte zuweiſen: mit meinen politiſchen Beſtrebungen und Hoffnungen bin ich ihm allein zugehörig. Es iſt unzweifelhaft mein Recht und meine Pflicht, als religiöſer Menſch, geſchweige als Bekenner des Judentums, auch den Schutz und die Erhaltung des jüdiſchen Stammes zum Zwecke der Erhaltung der Religion des Einzigen Gottes meinem deutſchen Staate als eine ideale Aufgabe aufzuerlegen. Aber ich ſehe nicht, wie ein deutſcher Staatsbürger die Sorge für die Erhaltung des Judentums mit dem Gedanken eines jüdiſchen Staates verbinden kann, ohne die idealen Obliegenheiten für den deutſchen Staat, nämlich mit dem ganzen ungeteilten Herzen, mit unbedingter Begeiſterung und Zuverſicht ihm allein anzuhängen, durch jenen Nebengedanken abzuſchwächen. Ich klage hiermit keineswegs eine ſolche Partei an. Für meine prinzipiellen Betrachtungen braucht ſie gar nicht vorhanden zu ſein; aber ich habe die nationale und die religiöſe Pflicht, gegen andere Anſichten zu mahnen und Verwahrung einzulegen. Der deutſche Jude will in ſchweren Kämpfen das Recht behaupten, die Sonderart der jüdiſchen Religion im deutſchen Vater-

Digitized by Google

lande und vermittels ihrer in den Kulturländern zu bewahren und fortzuentwickeln. Aber diese unsere religiöse Überzeugung darf nicht als eine nationale Zweideutigkeit verdächtig werden. Sie ist so wenig eine Gefährdung, so wenig eine Einbuße des deutschen Staatsgefühls, daß wir sogar unsere religiöse Erhaltung unserem deutschen Staate als religiöse Kulturpflicht zusprechen.

Denn religiöser Tiefblick und religiöse Fernsicht müssen es allgemach dem modernen Bewußtsein eindringlich machen, daß die Fortführung des israelitischen Monotheismus eine unabwälzbare Aufgabe der Weltkultur, und daher insbesondere des führenden deutschen Geistes in derselben immerdar ist. Schon die Ursprünglichkeit dieses Gottesgedankens machen seine Forterhaltung und Fortentwicklung für den geschichtlichen Sinn notwendig. Denn mit dieser Ursprünglichkeit in der Fassung und Ausbildung des Grundgedankens hängt seine Einfachheit und Unabhängigkeit von allen Nebengedanken zusammen, welche die spätere Entwicklung herbeigeführt hat. Wie sehr nun aber auch der Begriff Gottes mit dem Begriffe des Menschen in allen Kulturbeziehungen verknüpft ist, so kommt doch für den Fortbestand der Gotteslehre alles darauf an, daß sie in ihrer ursprünglichen Bedeutung für alles Sein und Dasein der Welt streng und einheitlich gedacht werde. Diese grundlegende Bedeutung für alles Sein hat die Einzigkeit Gottes, und sie ist der Eigenwert des strengen Monotheismus, der nimmermehr entsetzt werden darf.

Alle Fragen des Idealismus ferner hängen mit diesem Begriffe der göttlichen Einzigkeit zusammen. Und wenn dies richtig ist, wie es sich allein schon aus der Geschichte der Philosophie ergeben dürfte, so ist auch für die Erhaltung des Idealismus die Erhaltung des reinen absoluten Gottesbegriffs unerläßlich. Nicht der Pantheismus behält recht, der alles Sein in Gott aufnimmt, sondern vielmehr der Monotheismus, der alles Sein aus Gott herleitet und in Gott begründet. Diese Begründung aber ist durch die Einigkeit Gottes bedingt.

Für die tiefe, wahrhaftige Verständigung zwischen Deutschtum und Judentum erscheint es demgemäß als eine theoretische Vorbedingung: daß dieser Wert des israelitischen Monotheismus für den allgemeinen Idealismus der Welt- und Lebensauffassung immer freier, immer tiefer, immer unumwundener erkannt und gewürdigt werde. Wie die Pflege des Alten Testaments für die Wissenschaft

eine wachſende Verpflichtung bildet, ſo muß es eingeſehen werden, wie gut es ſei, daß es noch Menſchen in der Welt und in unſerem lieben Deutſchland gibt, die ſchlechthin an den Einen Gott glauben, ohne Hinzunahme anderer göttlicher oder menſchlicher Kräfte und Nebenbedeutungen.

Es dürfte auch der Beachtung wert ſein, daß in dieſer Welt, die der Kampf ums Daſein kennzeichnet, dieſe Tradition des Einzigen Gottes von Menſchen hochgehalten wird, die wegen dieſes Glaubens, den veränderten Zeitlagen gemäß, allezeit alle Martyrien erdulden, die von jeher den irdiſchen Lohn dieſer Gottesverehrung bildeten. Aus dieſem einen Geſichtspunkte wenigſtens dürften die Zeugen dieſes Gottes das Zeugnis bekräftigen. Die Juden der Weltgeſchichte ſind die Märtyrer eines wahrhaften religiöſen Idealismus.

Und hier darf ich eine Anmerkung einſchalten. Was die jetzt viel beſprochene Frage der Einwanderung polniſch-ruſſiſcher Juden betrifft, ſo maße ich mir über dieſe ſchwierige Frage der Wirtſchaftspolitik kein Urteil an, kaum zu einem Wunſche halte ich mich berechtigt. Denn was man im allgemeinen von den Juden nicht für ganz unwahrſcheinlich halten kann, das gilt ſicherlich von dieſen Menſchen, die unter einem furchtbaren Elend jahrhundertelang geſeufzt haben, in erhöhtem Maße. Ohne Zweifel hat das Elend ſchweren ſittlichen Schaden angerichtet, und die harte Not hat wahrſcheinlich in breiten Schichten die ſchlichte Ehrlichkeit in Handel und Wandel abgeſtumpft. Dies alles darf nicht beſtritten und nicht beſchönigt werden. Dennoch aber iſt es meine Überzeugung, daß auch hier ein idealer Geſichtspunkt zu wenig erkannt und beachtet wird.

Man hat es nämlich hier nicht mit einem Proletariat gewöhnlicher Art zu tun. Denn dieſe Menſchen ſind der großen Mehrzahl nach nicht Analphabeten, da ſie faſt alle die hebräiſchen Schriftzeichen leſen und ſchreiben. Und nicht nur das Leſen der Gebete iſt ihnen geläufig, ſondern es wird kaum eine Stadt oder ein Dorf geben, in denen es nicht eine Anzahl rabbiniſcher Gelehrten gibt, die als Talmudforſcher ebenſo Juriſten, wie Theologen ſind. Und wenngleich dieſe über das ganze Volk erſtreckte gelehrte Bildung in letzter Zeit erſchlafft iſt, ſo ſind die geiſtigen Nachwirkungen doch immer noch lebendig. Und wo einmal Geiſt in einem Volksbewußtſein noch nicht entwurzelt iſt, da ſind auch die ſittlichen Keime nicht erſtorben. Das

lange Martyrium für einen heiligen Glauben hat dieſe ſittlichen Kräfte rege erhalten und den alten Seelenadel nicht vernichten laſſen. Unter dieſem Geſichtspunkte dürfte es doch vielleicht der echten deutſchen Art entſprechen, die ſittliche Würdigkeit und die ihr angemeſſene geiſtige Fähigkeit, einem neuen Staatsganzen eingefügt zu werden, vornehmlich nach dieſer religiöſen Beharrlichkeit und Treue, nach dieſer Glaubenskraft, die keine Mühſal des Lebens zu erdrücken vermag, nach dieſer Geiſteskraft endlich abzuſchätzen. Gegen eine ſolche Grundkraft des menſchlichen Weſens dürften alle Bedenken, die die jeweilige äußere Erſcheinung veranlaſſen mag, zurücktreten müſſen.

Die Löſung der Judenfrage, die wir von der Bedingung ihrer Idealiſierung abhängig machen, liegt für uns einzig und allein in der Anerkennung der jüdiſchen Religion als einer ethiſchen Kulturkraft und eines ethiſchen Kulturwertes. Welches Kriterium aber gibt es für die Prüfung eines ſolchen Wertes? Die Bekenntniſſe liegen in Streit miteinander, und dieſer Streit iſt notwendig für ſie, für ihre eigene Entwicklung. Worin beſteht aber die Weltgeſchichte, die für dieſe Frage das Weltgericht bildet? Liegt ſie etwa innerhalb der Religionen allein? Oder etwa gar innerhalb der Natur der geſchichtlichen Völkergruppen und ihres Raſſentypus? In welchem Grundmaße iſt der Wegweiſer zu erkennen, der in dieſer Frage Wahr und Falſch unterſcheidbar macht?

Der Fortſchritt der Zeiten hat das geſuchte Kriterium zur Entdeckung gebracht. Unſer Leſſing nannte es nach einer alten Fabel das Problem der drei Ringe, welches durch die ſelbſtändige menſchliche Sittlichkeit die wahre Religion erſt zur Offenbarung bringe. Und das iſt der höchſte und letzte Sinn der Humanität, die der Leitſtern unſeres klaſſiſchen Zeitalters iſt. Was iſt alle konfeſſionelle Religioſität ohne dieſe Bürgſchaft der ſelbſtändigen Sittlichkeit, ohne dieſen freien Horizont der reinen Humanität? Aber es darf nicht vergeſſen werden: aus der chriſtlichen Frömmigkeit, nicht aus der Freigeiſterei iſt dieſe Humanität im Pietismus erwachſen, und ſelbſt für das deutſcheſte Geiſteswerk, für die Ethik Kants, liegen die Wurzeln in dem Pietismus ſeiner Kinderſtube. Wie dürfte man da zweifeln, daß die immer mehr nach Vertiefung ſtrebende chriſtliche Religioſität, die niemals den innerlichen Zuſammenhang mit den Propheten und Pſalmen verloren hat, auch in der Frömmigkeit des jüdiſchen Nachbars allmäh-

lich die verwandten Urkräfte entdecken und mit Nächſtenliebe anerkennen werde. Es handelt ſich um die intimſten Probleme des Menſchengeiſtes und des Menſchenherzens auch für die nationale Sehnſucht. Nach uns ſoll nicht die Sintflut kommen, ſondern vielmehr die Morgenröte einer ſittlichen Neugeburt ſoll für die Welt anbrechen. Und wir hegen das nationale Hochgefühl, daß der deutſche Geiſt ſeinen großen Anteil an dieſem Werk des Weltbeſten haben werde.

So wird die Religion ſelbſt die Verſöhnung anbahnen, und nicht anders wird es mit dem deutſchen Staatsbewußtſein gehen. Dieſes hat ſeine Quellen nicht in dem Materialismus und Eudämonismus der wirtſchaftlichen Kräfte und Lebensgüter. Der deutſche Staat und das deutſche Recht haben von jeher die Antinomie zwiſchen Geſamtheit und Individuum zu ſchlichten geſtrebt. Wie das Individuum dem Ganzen ſich unterordnen muß, ſo auch muß das Ganze eingeſtellt werden auf die Allheit der Individuen. Auf dieſer Löſung beruht das Geheimnis, das über den Begriffen Staat und Geſellſchaft ſchwebt. Indem Luther die allgemeine Schulpflicht zu einer Obliegenheit des Staates machte, zeichnete er den Weg der deutſchen Politik als den der Sozialreform vor. Fortan iſt niemand im Staate ſo gering, daß die Fürſorge des Staates ſich nicht auf ihn, und zwar für ſein ganzes geiſtiges, wie leibliches Weſen erſtrecken müßte. Und was von den Armen gilt und von den Arbeitern, warum ſollte es ſich weniger beziehen auf ſolche Mitglieder des Staates, die des höchſten politiſchen Gutes, der rückhaltloſen Anerkennung ihrer Würdigkeit für das Staatsweſen noch immer nicht vollſtändig mächtig geworden ſind? Auch aus dem Geſichtspunkte des ſozialen Oberbegriffs und ſeiner Notwendigkeit für die Fortentwicklung der Staatsidee und ihrer Macht iſt die Judenfrage zu erwägen. Was ſonſt innerhalb der Rechtsverfaſſung die ſoziale Idee gegenüber der Staatsidee zu bedeuten hat, das bedeutet hier ſchlechthin die Idee der Gerechtigkeit, als die Grundlage aller hiſtoriſchen Staatsrechte.

Wie aus dem Lichte der Humanität, ſo muß auch aus der tiefſten Macht der Gerechtigkeit die Judenfrage betrachtet werden. Der Zweifel an der Gerechtigkeit aber iſt die ſchlimmſte Skepſis in aller Geſchichte, Philoſophie und aller Lebensweisheit. Die Gerechtigkeit iſt die lebendige Grundkraft des Volksgeiſtes und die fruchtbarſte

Wurzel aller seiner geschichtlichen, Bestand verbürgenden Erzeugnisse. An der klassischen Wende des 18. Jahrhunderts, an dem Ursprung des neuen deutschen Geistes in seinem Idealismus ist auch die neuere Gesetzgebung über die Juden in den deutschen Landen entstanden. Und die Fortentwicklung unserer politischen Geschichte hat diese politische Anerkennung bestätigt und immer mehr verwirklicht. Es wäre nun aber falsche Bescheidenheit, weil Undank gegen deutsche Menschen jüdischen Blutes und gar solche jüdischen Glaubens, wenn wir nicht darauf hinweisen würden, wie diese deutschen Juden in allen Gebieten der Kultur, zu denen irgendein Zugang ihnen verstattet wurde, in allen Wissenschaften und Künsten, in Handel und Gewerbe, übrigens auch unmittelbar am Staatswesen selbst nicht Unbeträchtliches geleistet und Redliches erstrebt haben. Der Erfahrungsbeweis für die deutsche Tüchtigkeit dürfte von den deutschen Juden zureichend erbracht sein.

Indessen nicht auf solche Beweise hin gründen wir die Hoffnung auf innerliche brüderliche Eintracht. Unser Blick bleibt geheftet auf die große ewige Zukunft des deutschen Staates, des deutschen Volkes. Dieser Blick strahlt von der Liebe aus, mit der unser Herz für das deutsche Vaterland erfüllt ist. Kein religiöser Nebengedanke kann uns in dieser Lebendigkeit unseres politischen Gefühls beeinträchtigen. Unser messianischer Gott erleichtert es uns sogar, das Volk, welches uns das allererste Menschenrecht, das Recht am Staate verleiht, mit allem Enthusiasmus unserer religiösen Zuversicht zu lieben und seine Wohlfahrt als die unseres, auch religiös betrachtet, höchsten Lebens, des aktiven Lebens in einem Staate, mit allen unseren Kräften zu fördern.

Wir deutsche Juden sind in der besonders günstigen Lage, daß wir die großen Verdienste des deutschen Geistes um das geistige Leben der Juden, und zwar auch um deren religiösen Geist und um die Wissenschaft des Judentums erkennen, als eine unbestreitbare historische Tatsache erkennen dürfen: wie von den deutschen Juden aus die Juden aller modernen Völker in ihren religiösen Ideen, ihrem Kultus und ihrem Anteil an der Wissenschaft des Judentums fast einzig und allein beeinflußt worden sind. Und was unser eigenes Seelenleben betrifft, so hat sich uns die innigste religiöse Gemeinschaft in der Übereinstimmung aufgetan, die zwischen dem jüdischen

Meſſianismus und dem deutſchen Humanismus beſteht. Daher iſt unſer deutſches Staats- und Volksgefühl uns gleichſam religiös verklärt und beſtätigt; unſere Seele ſchwingt ebenmäßig und harmoniſch in unſerem deutſchen Patriotismus und in unſerem religiöſen Bewußtſein, welches in dem einzigen Gott der einen Menſchheit ihre Wurzel und ihren Gipfel hat. Der angebliche jüdiſche Partikularismus iſt, ſofern man von allgemeinen Beweggründen des Mitleids und der Wohltätigkeit bei Verfolgung von Glaubensgenoſſen abſieht, eingeſchränkt lediglich auf die Pflicht der Erhaltung des Glaubens. Dieſe aber kann aus den höheren Geſichtspunkten der Religion, wie der Gerechtigkeit und der Humanität, nur als eine allgemeine Kulturpflicht gewürdigt werden.

Wir atmen, wir denken und dichten, arbeiten und ſchaffen, unter dem Schutze und unter der Leitung des deutſchen Geiſtes. Seine Ehre, ſeine unaufhörliche Verjüngung, ſeine unendliche Auswirkung iſt die Loſung unſerer Arbeit. Wir gehen, unbeirrt von aller Unbill, unſern geraden deutſchen Weg. Es darf uns verdrießen, aber es kann uns nicht irremachen an der Natürlichkeit unſeres Strebens, wenn bei den Unvollkommenheiten und Zufälligkeiten des täglichen Daſeins mit ſeinen unvermeidlichen Reibungen noch immer unſere Aufrichtigkeit angezweifelt und unſere Tüchtigkeit bemängelt wird. Es darf uns auch nicht ſtören, wenn wir bei traulichem Zuſammenleben doch immer noch Mißtrauen und Mißverſtändnis unſerer alten Eigenart bemerken müſſen. Solche Erlebniſſe mahnen uns nur immer mehr zum Ausharren in der gewiſſenhaften Belauſchung des Volksgemütes in ſeiner Eigenart. Aber ſolche unvermeidliche Zwiſchenfälle dürfen nicht von der Bahn der Gerechtigkeit und der Humanität, nicht von der Bahn der nationalen Eintracht und Zuverſicht, von der Hoffnung und Begeiſterung für die Entwicklung des deutſchen Geiſtes zu den höchſten Zielen menſchlicher Sittlichkeit ablenken.

Für die Klarheit und Sicherheit dieſer deutſchen Sittlichkeit in Religion und Staat muß es endlich aber auch eingeſehen werden, daß nichts gefährlicher und verderblicher für ein Volk auch im politiſchen Sinne iſt, als wenn es Vorſehung ſpielen will. Keinem Volke ſteht es zu, über das Lebensrecht eines anderen Volkes oder einer anderen Nationalität aus politiſchem Egoismus, und ſei dieſer ſelbſt politiſcher Fernblick, zu entſcheiden. Und was von Staats wegen dem Volke ver-

boten iſt, das verbietet ihm auch wahrhafte Religioſität. Ohnehin iſt der Fortbeſtand der Juden vielleicht das ſingulärſte Phänomen der geſamten Weltgeſchichte. Wenn anders nun Demut auch eine geſchichtliche Tugend iſt, ſo dürfte ſie nirgend mehr angebracht ſein als vor dieſen Trümmern einer ewigen Vergangenheit, die vielmehr bei Leben geblieben ſind und in einer unbeſtreitbaren kulturellen Wirkſamkeit. Es hat niemals an deutſchen Menſchen gefehlt, die ihre deutſchen Juden liebgehabt und ihnen vertraut haben. Vielleicht — wer kann den Lauf der Weltgeſchichte ermeſſen — wird es einmal nicht zu den geringſten Kronen des deutſchen Weſens gezählt werden, daß es ſeinen Juden nicht nur Schutzrechte und Bürgerrechte verliehen, ſondern daß es ihnen auch Anteil am deutſchen Geiſte, an der deutſchen Wiſſenſchaft und Kunſt, am deutſchen Schaffen auf allen Gebieten, daß es ihnen für ihre Religion ſelbſt, und zwar zum Heil der ganzen Welt, innerlichſte Förderung erteilt; daß es, in dieſer Tiefe vielleicht allein unter allen modernen Völkern, zwiſchen dieſen beiden Volksgeiſtern eine Harmoniſierung angebahnt hat, für die freilich die Hauptſchuld der Dankbarkeit dem Juden zufällt. Wenn aber die Grundlinien unſerer Betrachtung nicht gänzlich der Richtigkeit ermangeln, ſo hat ſich der deutſche Geiſt und das deutſche Volk in der Fürſorge für die Juden zugleich verdient gemacht um die Entwicklung der Religion.

Gegenseitiges Verstehen und Vertrauen.

Von Friedrich Thimme.

Ein volles Jahrzehnt vor dem Weltkrieg hat unser Kaiser einmal das Wort ausgesprochen: Die Ereignisse, welche die Welt bewegen, sollten dazu führen, den inneren Zwiespalt in Deutschland vergessen zu machen. Immer wieder hat seither er, der nur zu gut wußte, auf wie schwankendem Grunde der Weltfriede ruhte, das deutsche Volk zur inneren Einheit, zum inneren Frieden ermahnt. Warme und herzbewegende Töne fand er zumal auf der Marienburg am 29. August 1910: „Wir sollen in brüderlicher Liebe zusammenhalten, die Konfessionen und die Stämme. Wir sollen einem jeden Stamm seine Eigenheit und Eigenart lassen; es sollen die Stände und die Berufsgenossenschaften die Hände ineinander schlagen zu gemeinsamer Arbeit, zur Erfüllung der staatlichen Notwendigkeiten. Der Landwirt schlage in die Hand des Kaufmanns ein, dieser in die Hand des Industriellen. Der Zugehörige einer Partei ergreife die Hand des Andersgesinnten, wenn es darauf ankommt, Großes für unser Vaterland zu leisten, und eine Konfession trage die andere mit Liebe." Aber solchen schönen und hinreißenden Worten fehlte in Zeiten, wo sich die am Horizont des Völkerfriedens aufsteigenden Wetterwolken doch immer wieder zu zerstreuen schienen, das Zwingende, das ihnen erst bleibende Wirkung sichert. Es waren Zeiten des Alltags, die im Streit über Alltagsinteressen und Alltagsaufgaben den Parteisinn, das Mißtrauen der einen Gruppe gegen die andere, den Klassenkampf und Klassenhaß großzogen, die immer höhere Schranken zwischen den Gliedern des Volkes auftürmten, also daß nicht die innere Einheit, der innere Friede, sondern Zwietracht und Unfriede die Signatur der Zeit zu sein schienen. Das hat sich ja in dem ungeheuren Erleben des Weltkrieges, der nun doch, allem Friedens-

Digitized by Google

willen und aller Friedenszuversicht des deutschen Volkes zum Trotz über uns hereingebrochen ist, von Grund aus gewandelt. Heute dominiert über allen kleinlichen Regungen der Einheitswille, die Erkenntnis von der zwingenden und bleibenden Notwendigkeit des inneren Friedens. Heute darf der Kaiser, der im Kriege sein unablässiges Streben nach der Herstellung der letzten und innigsten Volkseinheit wie durch ein Wunder verwirklicht sah, gewiß sein, daß ein jedes seiner mahnenden Worte den stärksten und nachhaltigsten Widerhall, den fruchtbarsten Boden in der deutschen Volksseele findet. Mit welcher tiefen, ungeteilten Freude, mit welchem Jubel ist nicht überall das kaiserliche Wort aufgenommen worden, das der flammenden Stunde des 1. August 1914 entsprang: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Und was immer seit diesem köstlichen Bekenntnis der Kaiser in den 22 Monaten des Weltkrieges zu Volk und Heer gesprochen hat, von gläubigem Gottvertrauen und entschlossenem Siegeswillen, von unauslöschlicher Dankbarkeit gegen unsere herrlichen Truppen, die Toten wie die Lebenden, von der Notwendigkeit der Fortdauer deutscher Eintracht und Geschlossenheit, von Deutschlands Recht und Freiheit und machtvoller Zukunft, es hat sich vom ersten bis zum letzten Wort dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit zu tiefst ins Herz gegraben. Niemals hat sich das deutsche Volk in seinem Glauben, Hoffen und starken Wollen so eins mit dem Kaiser gefühlt wie jetzt inmitten des schweren uns aufgenötigten Existenzkampfes. Ein glückverheißendes Omen auch für die künftige Friedenszeit! Ganz Deutschland vertraut, daß diese Einheit des Fühlens und Wollens, die nur ein Teil des gesamtdeutschen Einheits- und Gemeinschaftsgefühls ist, in aller Zukunft vorhalten und die Entwicklung des Reiches — wie nach außen so im Inneren — segensreich befruchten und fördern werde.

Ein kaiserliches Wort ist es auch, das uns den rechten, den einzigen Weg weist, um diese Einheit und Gemeinschaft des deutschen Volkes, die ohne den inneren Frieden nicht zu denken ist, festzuhalten und zu bewahren. Es ist das Wort der letzten preußischen Thronrede von dem Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, der nach Wunsch und Willen des Kaisers auch im Frieden fortwirken soll und wird in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staat. Gegenseitiges Verstehen und Vertrauen: wie einfach, wie

schlicht und selbstverständlich klingen nicht diese Worte, und doch sagen und bedeuten sie so unermeßlich viel! Wer kann es leugnen, daß vor dem Kriege von einem Geiste gegenseitigen Verstehens und Vertrauens nur wenig, sehr wenig zu spüren war. Die Weltanschauungen, die Konfessionen, die kirchlichen und politischen Parteien, die Klassen und Berufsstände, die Stämme und die Nationalitäten, sie blickten aufeinander ohne Vertrauen, vielmehr mit entschiedenem, oft beleidigendem Mißtrauen, ohne Achtung und Neigung, vielmehr mit schlecht verhehlter Geringschätzung und Abneigung. Den Gegner als eine sittliche Persönlichkeit zu werten, der eine vielleicht irrige, unter allen Umständen aber ehrenwerte Überzeugung vertrete, die anderen Richtungen und ihre Anhänger als die Träger wertvoller, für das Ganze auch unentbehrlicher Kräfte zu begreifen und zu würdigen, dazu vermochten sich die wenigsten aufzuschwingen. Vergessen schien die biblische Weisheit: in meines Vaters Hause sind viele Wohnungen. Wohin das Auge blickte, ein Widerstreit aller gegen alle. Gegensätze, die in der Natur der Dinge oder in der geschichtlichen Entwicklung begründet waren, wurden künstlich vergrößert, vergröbert und verzerrt, kleine Risse zu großen, unübersteiglichen Klüften und Abgründen erweitert. Der Kampf der Meinungen und Geister artete nur zu oft in Erbitterung und persönliche Feindschaft aus; anstatt sachlicher Argumente herrschten unehrliche Kampfesmethoden, hier leere und hohle Schlagwörter, dort Entstellungen, Verdächtigungen, wohl selbst Verleumdungen vor. Es bestand hierin kein nennenswerter Unterschied zwischen den verschiedenen Richtungen und Parteien; sie waren allzumal Sünder, alle mehr oder weniger in Selbstgerechtigkeit, Überhebung und Kleinlichkeit verstrickt.

Ein solcher Zustand, auf den wir nur mit Grauen und tiefer Beschämung zurückblicken können, verträgt sich auf keine Weise mit dem gegenseitigen Verstehen und Vertrauen, das von uns als von einem in dem gewaltigen Erleben des Krieges groß gewordenen neuen Geschlecht verlangt wird. Hinfort soll eine jede Partei, eine jede Glaubensgemeinschaft, jeder Volksstamm und Stand sich ehrlich und eifrig bemühen, die anderen, denen man bisher kühl und fremd, oft feindlich gegenüberstand, nach Wesensart und wirklichem Wollen kennen zu lernen. Kein oberflächliches Aburteilen auf Grund vorgefaßter

Meinungen darf mehr ſtattfinden; der Proteſtant muß den Katholiken und Juden, der Liberale und der Freigeiſt den Poſitiven und Orthodoxen, der Konſervative den Sozialdemokraten und umgekehrt zu begreifen und zu verſtehen ſuchen. Sobald nur alle Teile den aufrichtigen Willen zu ſolchem Kennenlernen, zu ſolchem gerechten Verſtehen und Urteilen haben, müſſen ſie ja ſofort gewahr werden, wieviel Wertvolles, Gutes und Edles auch die anderen Richtungen in ſich ſchließen, und wieviel man von ihnen lernen und gewinnen kann. Selbſtverſtändlich iſt es mit dem Eindringen in die Pſyche des anderen allein nicht getan; eine ernſte, unnachſichtige Selbſtprüfung und Einkehr muß damit verbunden ſein. Die Notwendigkeit der Selbſtbeſinnung, der inneren Erneuerung kann gar nicht ernſt und nachdrücklich genug betont werden; von ihr darf ſich niemand, wer es auch ſei, ausſchließen. Erſt wenn ein jeder ſich bewußt geworden iſt, wieviel Unvollkommenheit und Bedingtheit ihm ſelbſt anhaftet, wie ſehr auch er auf die Milde und Nachſicht des anderen angewieſen iſt, dann ſind die Vorausſetzungen für ein gegenſeitiges Verſtehen gegeben.

Aus dieſem gegenſeitigen Verſtehen muß nun auch ein gegenſeitiges Vertrauen entſpringen. Ein jeder Deutſcher hat es ſich hinfort ſtets gegenwärtig zu halten, daß in der großen Probe des Weltbrandes alle Stämme, Glaubensgemeinſchaften, Stände und Parteien ſich voll bewährt, dieſelbe Liebe zum Vaterlande, dieſelbe Glut der Geſinnung, dieſelbe Opferfreudigkeit und Ausdauer an den Tag gelegt haben. Vor dieſer Tatſache, die alles andere überſtrahlt, deren Glanz und Schimmer bis in die fernſten Zeiten leuchten wird, muß jede Erinnerung an vergangene Fehler und Sünden, die etwa das aufkeimende Vertrauen mindern könnten, verblaſſen, verlöſchen. Bei allen Streitpunkten um Glauben, um Politik, um Standes- und Klaſſenintereſſen ſollte das alte Konto aus der Zeit vor dem Krieg, und was in der Kriegszeit dazu gekommen ſein mag, als abgeſchloſſen angeſehen und ein neues ohne jedes Vorurteil und ohne Belaſtung verbitternder Erinnerungen eröffnet werden. Auf der erſten Seite dieſes neuen Buches müßte mit unauslöſchlichen Zügen als ein für allemal feſtſtehender Grundſatz eingetragen ſein, daß ein jeder Deutſcher das Beſte ſeines Vaterlandes will, wenn es auch nicht alle auf gleichen Wegen ſuchen mögen, und daß ein jeder bereit iſt, ſeine letzten Kräfte für dieſes Vaterland hinzugeben. Lebt ſolche Überzeugung in allen

Deutschen, ist ein jeder von dem Willen getragen, unter allen Umständen die Persönlichkeit des Gegners zu achten, und zu ehren, was ihm heilig ist, so kann es auch kein Hindernis mehr für die gemeinsame Arbeit an dem Staatsganzen geben. Niemand darf noch die Bereitwilligkeit zu gemeinsamer Arbeit davon abhängig machen, daß der Gegner erst dieser oder jener bisherigen Überzeugung abschwören müsse. Ist es im Kriege möglich gewesen, daß unbeschadet der gegenseitigen Überzeugungen alle wie ein Mann zu einem Zwecke zusammenstanden, so muß es auch im Frieden möglich sein, die Kräfte des ganzen Volkes zur Gemeinschaftsarbeit zusammenzufassen; anders läßt sich ja auch die ungeheure Fülle hoher Aufgaben, die vor uns liegen, nicht bewältigen.

Freilich noch fehlt viel, daß sich der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, der sich in den herrlichen Tagen des August 1914 mit der Gewalt eines Sturmwindes erhob, völlig durchgesetzt hätte. Denn so eindringlich uns der Weltkrieg auf der einen Seite immer wieder die Notwendigkeit der inneren Einheit lehrt, so hat er doch auf der anderen selbst mancherlei Gegenwirkungen ausgelöst. Mitten im Kriege sind uns ja weitverzweigte Auswüchse des Erwerbslebens entgegengetreten, die in die allgemeine Grundstimmung des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens schwere Bresche legen mußten. Sie sollen und dürfen gewiß nicht einem ganzen Stande, am wenigsten allein unserer Landwirtschaft, zur Last gelegt werden; aber kann die bittere Erinnerung an solche unerfreulichen Vorkommnisse so bald überwunden werden? Auch der Zwang des Burgfriedens, den der Krieg heraufführte, ist dem künftigen Volksfrieden nicht immer zuträglich gewesen; vielmehr hat sich durch ihn in den Parteien, bei der Notwendigkeit, innere Gegensätze lange zurückzustellen und über wichtige Prinzipienfragen zu schweigen, eine große Masse Gärungsstoff angesammelt, der nachgerade zu einer Entladung drängt. Zu den alten Gegensätzen hat der Krieg noch die großen Fragen der Kriegführung und der Friedensziele aufgerührt, die unser ganzes Volk auf das tiefste erregen und bewegen; freilich ist auch an mehr als einem Beispiele hervorgetreten, daß bei einer vertrauensvollen und gründlichen sachlichen Aussprache stets eine Einigung möglich ist. Und immer wieder steigen von neuem im Kriege und durch den Krieg weitere schwierige Probleme, politische, wirtschaft-

liche, soziale, auf, über die zwischen den Parteien und Klassen nicht leicht eine Einigung zu erzielen sein wird.

Um so mehr bedarf es schon jetzt während des Krieges des einmütigen Zusammenschlusses aller derer, die in dem Geist der Augusttage das Heil des deutschen Volkes erblicken. Es tut not, die verschiedenen Glaubensgemeinschaften, Parteien und Stände dahin zu bringen, daß sie sich in offener, freimütiger und rückhaltloser Aussprache zusammenfinden. Bisher hielt sich ja jede der vielen Gruppen und Richtungen möglichst abgesondert, saß gleichsam in einem Turm, von dem aus nur der dröhnende Streit- und Schlachtruf, nicht aber der Wohllaut herzlicher, versöhnender und gewinnender Wechselrede in die Weite drang. Heraus aus dem Turm! fort mit jeder Kirchturmpolitik! Das muß jetzt die allgemeine Losung sein. Auf dem Boden des gemeinsamen gewaltigen Erlebens sollten alle Glieder des Volkes einander näherzukommen, ihrer gegenseitigen Vorzüge und Schwächen, der gemeinsamen Wesenszüge und der gleichen Aufgaben bewußt und so miteinander vertraut zu werden suchen. Sie brauchen dabei die Berührung der vorhandenen Gegensätze keineswegs ängstlich zu scheuen, wie es eine mißverständliche Auffassung des Burgfriedens will. Im Gegenteil sollte die gemeinsame Aussprache gerade diese Gegensätze scharf ins Auge fassen, sie auf ihre Entstehung und Ausprägung, ihre Berechtigung und Notwendigkeit prüfen. Es wird sich dann fast allemal zeigen, daß keiner von ihnen so schroff, so unüberwindlich ist, daß nicht eine Brücke geschlagen, eine Verständigung gefunden werden könnte. Wie lohnend und fruchtbar eine jede solche ehrliche, von gutem und aufrichtigem Willen getragene Aussprache werden muß, das ist doch auch in dem Ergebnis dieses Buches zutage getreten, das durch Rede und Gegenrede selbst ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens geworden ist. Je öfter eine solche Aussprache wiederholt wird, je eifriger und gleichmäßiger sich alle Parteien und Richtungen an ihr beteiligen, um so sicherer wird das Bewußtsein der höheren Einheit bei aller Verschiedenheit werden, wird der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens die Oberhand über alle Widerstände und Schwierigkeiten gewinnen. Willkommen und gesegnet sei ein jeder, der durch Wort und Beispiel dazu beiträgt, daß das Bewußtsein von der Zusammengehörigkeit aller Deutschen die Volksseele immer tiefer erfülle!

Auch von der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate gilt es, daß sie nur dann wirksam werden kann, wenn alle Glieder dieses Volkes dazu in voller Gleichberechtigung ohne Ansehen der Person, des Standes oder der Partei zugelassen, vielmehr herangezogen werden. Alle, aber auch wirklich alle Kräfte, die im deutschen Volksleben schlummern, müssen restlos für die großen gemeinsamen Aufgaben mobil gemacht werden. Ausnahmegesetze, die irgendeinen Volksteil, sei es eine Konfession, sei es einen Stand, sei es eine Partei, an der staatlichen oder kulturellen Auswirkung hindern, dürfen nicht bestehen bleiben, geschweige denn von neuem eingeführt werden. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Grundsatz der politischen Gleichberechtigung auf alle und jede Wahlen auszudehnen ist. Das größere oder geringere Maß von Einsicht und Erfahrung, von staatlicher und sozialer Leistung könnte hier immerhin einen Unterschied sachlich begründen, bleibt doch auch in unserem Volksheer der Unterschied zwischen Offizieren und Mannschaften unentbehrlich. Keinenfalls aber kann und darf ein Zustand als ein nahezu idealer betrachtet werden, in dem ein politisches Recht allein auf das Maß des Einkommens oder des Besitzes zurückgeführt wird. Das ist vollkommen unvereinbar mit den Grundsätzen des Christentums, das das im Herzensdrang dargebrachte Scherflein der armen Witwe höher schätzt als die kostbaren Gaben aller Besitzenden. Unvereinbar mit dem Geist des preußischen Königtums, das sich schon unter dem Großen Friedrich rühmen durfte, ein Königtum der Armen zu sein, und das in unseren Tagen der ganzen Welt das leuchtende und unerreichte Vorbild des sozialen König- und Kaisertums bescherte. Unvereinbar endlich mit der Tatsache, daß in diesem Kriege gerade die minderbemittelten Stände eine Höhe der Gesinnung und ein Maß der staatlichen Hingabe betätigt haben, das manchen Besitzenden tief beschämen muß. Der Reichskanzler selbst hat in seiner Rede vom 5. April betont, wie voll und dankbar unsere Bewunderung sei „für den Opfermut, für die Hingabe an das Vaterland, womit die arme und minderbemittelte Bevölkerung sich in die schwere Zeit schickt und bereit ist, in diesem Kampf um unser Dasein auch Schweres auf sich zu nehmen". Unsere Arbeiterschaft zumal hat sich während des Krieges fast völlig frei von der verwerflichen Tendenz gehalten, die Konjunktur der Zeitverhältnisse rücksichtslos für sich auszunutzen!

In den ersten 17 Kriegsmonaten machte der Umfang der Arbeitsstreitigkeiten nur 2,65 Prozent der niedrigsten Jahresziffer in den 15 Jahren vor dem Kriege aus! Kann irgendein anderer der schaffenden Stände unseres Volkes etwas Ähnliches von sich rühmen? Und da sollte unsere Arbeiterschaft nicht der vollen Gleichberechtigung würdig sein! Gewiß, so steht es nicht, daß das Volk für seine opferwillige Haltung belohnt werden müsse; das weisen alle unsere Parteien, die konservative wie die sozialdemokratische zurück. Aber bestehen bleibt als das wichtigste innere Ergebnis des Weltkriegs, und zugleich als das größte und erste Gesetz unserer innerpolitischen Zukunft, daß mit verschwindenden Ausnahmen das ganze Volk bis zu dem letzten Arbeiter, und nicht etwa nur irgendwelche bevorrechtete Klassen, würdig eines unbegrenzten Vertrauens der Regierungen und der verantwortlichen Staatsmänner, reif zur Teilnahme und zur Mitarbeit am Staatswesen ist.

Mit Freuden darf es als eine Gewähr für eine schöne Zukunft konstatiert werden, daß ein solches großes und unbedingtes Vertrauen zu dem ganzen deutschen Volk auch in allen unseren Verbündeten Regierungen lebt und vielfältig bekundet ist. Wieder hat keiner diesem Empfinden so beredten Ausdruck verliehen als unser Kaiser. Sein großherziger, idealistischer Optimismus ist auch in Zeiten, wo sein Wollen hier und da verkannt wurde, nie an dem deutschen Volke irre geworden; nun sieht er seine höchsten Erwartungen übertroffen. Stolze Freude schwellt sein Herz, wenn immer er von dem deutschen Volke spricht. Mit „Freude und Stolz" erfüllt es ihn, der erste Diener einer solchen Nation zu sein! In „froher Zuversicht" hält er sich dessen gewiß, daß das deutsche Volk, die im Kriege erlebten Läuterungen treu bewahrend, auf erprobten alten und vertrauensvoll betretenen neuen Bahnen weiter in Bildung und Gesittung rüstig vorwärts schreiten werde! Mit „inniger Befriedigung" weist er darauf hin, welch starkes Band der Liebe und des Vertrauens ihn und das deutsche Volk in kraftvoller Einmütigkeit umschlinge. In der Tat: das restlose Vertrauen, das der Kaiser in alle Schichten des deutschen Volkes setzt, ist kein einseitiges; hier heißt es in Wahrheit, heißt es mehr als je zuvor: Vertrauen um Vertrauen, Liebe um Liebe! Niemals ist es dem deutschen Volke so lebendig ins Bewußtsein getreten, welche Segnungen wir im Frie-

den und im Kriege unserem Kaiser verdanken. Sein ist doch in erster Linie das unermeßliche Verdienst, daß Deutschland dem furchtbaren Ansturm all seiner Feinde mit gesammelter Kraft zu Lande und zu Wasser entgegentreten konnte. Auf ihm vor allem beruht unsere Zuversicht, daß alle Kämpfe und Prüfungen, die uns noch bevorstehen mögen, uns nur um so gewisser zu einem siegreichen, ehrenvollen Frieden und zu gesicherter großer und machtvoller Zukunft führen werden.

Auch unsere Hoffnung und unser heißer Wunsch, daß das kostbare Gut der inneren Einheit und des inneren Friedens nach dem Kriege erst recht im deutschen Volk befestigt und verankert werden möge, gründet sich gewiß nicht zuletzt auf ihn. Unser Hohenzollernhaus ist es ja gewesen, das sich die Herstellung des innern, des sozialen Friedens zum höchsten Ziel gesetzt hat. Ein Hohenzoller, Wilhelm I., war es, der in der ewig denkwürdigen Botschaft von 1881 zum erstenmal in der Weltgeschichte die Betätigung werktätiger Nächstenliebe als sittliche Pflicht des Staates verkündete und so die Ära der Sozialreform einleitete, in der Deutschland noch heutigen Tages die Führung unter allen Weltstaaten hat. Ein Hohenzoller wieder, unser gegenwärtiger Kaiser, war es, der in den Februarerlassen von 1890 dem Arbeiterschutz eine neue fruchtbare Entwicklung wies. Dem kühnen Vorwärtsschreiten unseres sozialen Kaisertums auf den noch unübersehbaren Bahnen hat sich manch sorgendes Bedenken, manch Widerstand entgegengestellt; heute aber rühmen und preisen wir ohne Ausnahme unsere soziale Gesetzgebung als eine unserer größten Kraftquellen, die unser Volk stark und widerstandsfähig gemacht hat. Mit vollem Rechte darf unser Kaiser da das ganze Volk auffordern, ihm vertrauensvoll auch auf den neuen Bahnen zu folgen, die er es nun führen wird. Auch jetzt mögen ja manche Richtungen und Parteien, die sich vorzugsweise der Erhaltung des Bestehenden zuwenden, dem Ungewissen und der Fülle des andrängenden Neuen noch mit Bedenken gegenüberstehen. Aber der monarchischen Führung werden sich doch die Bekenner des monarchischen Prinzips am wenigsten entziehen können und wollen. Hinfälliger als je erscheint die Besorgnis, als könne das Kaisertum und Königtum in deutschen Landen durch eine Politik des Vertrauens, die etwa die Gewährung neuer Volksrechte und Freiheiten in sich

ſchließt, von ſeiner Machtfülle, die Staatsregierung von ihrer Autorität verlieren. Wer ſieht denn nicht, daß der monarchiſche Gedanke ſeit dem Ausbruch des Krieges im ganzen Volke und ſelbſt in den Schichten, die ihm lange hindurch entfremdet waren, eine gewaltige Stärkung erfahren hat? Daß die Überzeugung von der Notwendigkeit einer kraftvollen und nötigenfalls mit rückſichtsloſer Energie durchgreifenden Staatsautorität von Tag zu Tage mehr die weiteſten Kreiſe ergreift? Daß Staatsgeſinnung und Staatsbejahung Gemeingut des ganzen Volkes geworden ſind? Wer kann verkennen, daß das deutſche Volk ſich innerlich mehr und mehr von den Schlacken jener weſtmächtlichen Auffaſſung von Volksſouveränität und Demokratie befreit, immer reiner ſeine eigene Idee von der Freiheit herausarbeitet, die auf der freien und ſelbſtgewollten Hingabe der in ſich ruhenden ſittlichen Perſönlichkeit in Pflicht und Gehorſam, in Diſziplin und Organiſation beruht? Heute könnte dem monarchiſchen Gedanken nur *eine* wirkliche Gefahr erwachſen: wenn das Volk je an dem ernſten und unbeugſamen Willen oder der Fähigkeit des Monarchen zweifeln müßte, ſein großherziges Vertrauen, das ſo oft und ſo feierlich verkündet wurde, in die Tat umzuſetzen. Wenn es ginge wie einſt nach den Freiheitskriegen, wo ein großer Teil der preußiſch-deutſchen Bevölkerung an den von oben herab gegebenen Verſprechungen irre wurde. Umgekehrt könnte nichts dem monarchiſchen Gedanken förderlicher ſein, als wenn die Vertreter und Vorkämpfer dieſes Prinzips es dem Kaiſer erleichterten, ſein und ſeiner verantwortlichen Ratgeber Vertrauen in das deutſche Volk und nicht zuletzt in die deutſche Arbeiterbevölkerung, in vollem Umfange zu verwirklichen. Wahrlich, es gibt auch vom ſtaatserhaltenden und konſervativen Standpunkt kein wichtigeres Problem, als wie eine ſtarke Monarchie in ein enges Verhältnis gegenſeitigen Vertrauens zu den breiten Maſſen unſerer Arbeiterſchaft gebracht werden könne. Es mag hier noch einmal an das bereits in einem früheren Aufſatz dieſes Buches zitierte Wort von Rodbertus-Jagetzow hingewieſen werden: „Wenn konſervativ die Konſervierung des verrottetſten Plunders bedeutet — nenne er ſich nun liberal oder werde er illiberal genannt — ſo gibt es nichts Antikonſervativeres als die ſoziale Frage. Wenn aber konſervativ bedeutet die Stärkung monarchiſcher Staatsgewalt, friedliche Reformarbeit, Ausſöhnung der ſozialen Gewalten unter der

Ägide und nach der Norm des strahlenden suum cuique, so gibt es nichts Konservativeres als die soziale Frage." Und so könnten auch die konservativen Richtungen in unserem Staate im wohlverstandenen eigenen Interesse nichts Besseres tun, als die Parole des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, die zugleich die des inneren und sozialen Friedens ist, rückhaltlos zu der ihren machen. Aus einer aufrichtigen und wahrhaften Vermählung des konservativen und des sozialen Gedankens, nicht bloß in der Theorie, sondern auch in der Praxis des politischen Lebens, würden den rechts stehenden Parteien neue Lebenskräfte erwachsen.

Auf der anderen Seite ist es heute schon gewiß, daß das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit in Zukunft den Wert der Parteien und Richtungen danach messen wird, ob sie den Geist der Ideen von 1914, der für alle Zeiten das höchste nationale Evangelium bleiben wird, hochhalten. Keine Partei, die sich dem Rufe des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens entzieht, wird hoffen dürfen, sich im deutschen Volke zu behaupten, geschweige denn an Boden zu gewinnen. Sie würde sich die Abkehr aller derer gefallen lassen müssen, die gewillt sind dem Rufe des Kaisers zu folgen. Sie würde nicht mehr die große Schar der so völlig mit dem Geist der Augusttage verwachsenen deutschen Idealisten, nicht mehr die Bekenner eines wahren und innerlichen Christentums unter ihren Fahnen versammeln können. Denn auch dieses predigt mit der größten Eindringlichkeit die brüderliche Liebe und das brüderliche Vertrauen: Eigenschaften, die sich wahrlich mit dem Streit der Konfessionen, der kirchlichen und der weltlichen Parteien, der Stände und der Nationalitäten, wie er vor dem Kriege vielfach geführt wurde, und an manchen Enden und Ecken neu hervorbrechen möchte, nicht vertragen. Der christliche Gedanke aber hat ebenso wie der monarchische im Kriege eine Belebung, Vertiefung und Erneuerung erfahren, von der man sich eine weitgehende Einwirkung zunächst auf die Glaubens- und kirchlichen Gemeinschaften, dann aber doch auch auf unser öffentliches Leben versprechen darf, immer in dem Sinne des höchsten christlichen Gesetzes von der vertrauenden, alles verzeihenden, alles hoffenden, alles glaubenden Nächsten- und Bruderliebe.

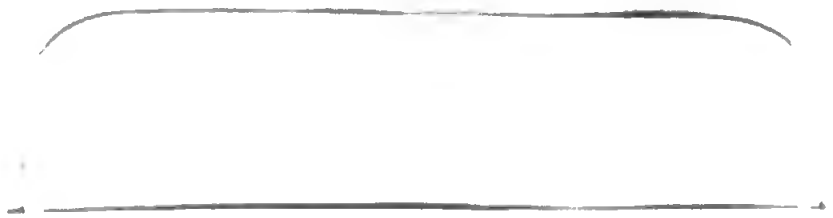
Und werden unsere heimkehrenden Feldgrauen, von denen wir

das Größte für die kommende Friedenszeit erwarten, sich solchen Parteien und Richtungen zuwenden, die wieder Mißtrauen und Zwietracht in das deutsche Volk durch eine einseitige Partei- und Interessenpolitik tragen möchten? Aus ihren Briefen klingt uns schon jetzt ein tausendstimmiges Nein! entgegen. Sie waren draußen im Felde so ganz auf Gemeinsamkeit, Kameradschaft und gegenseitiges Vertrauen gestellt; sie werden diesem Geist der Schützengräben, in dem sie Deutschlands große und wunderbare Siege erfochten, auch daheim den Weg bereiten, wo er noch versperrt sein sollte. Wie von ihnen, so muß und wird auch von den gefallenen Brüdern und Helden, die nicht wieder heimkehren, eine versöhnende und zusammenschließende Kraft ausgehen, der sich keine Partei, keine Gruppe, keine Richtung wird entziehen können. Welcher Deutsche möchte sich auch all des edlen und kostbaren Bluts, das für uns und unsere Zukunft geflossen ist, unwert erweisen!

So vereinigen sich die stärksten nur irgend denkbaren Faktoren, um der von unserm Kaiser ausgegebenen Parole des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens die höchste und die nachhaltigste Wirkung zu sichern: Der Weckruf des Monarchen, die mahnende Stimme des Christentums, das edle Beispiel unserer Helden draußen, das unsterbliche Teil und das Gedächtnis unserer gefallenen Brüder. Der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens und der Geist der Schützengräben, sie werden beide die Genien des künftigen Deutschland sein. Sie bürgen uns dafür, daß wir in unabläſſiger Arbeit an uns selbst dem inneren Frieden des deutschen Volkes, der so lange nur ein Traum, eine Sehnsucht war, immer näher kommen werden. Sie lassen uns hoffen und glauben, daß jenes wundervolle Idealbild, das der Kaiser in seiner prophetischen Marienburger Rede uns vor die Augen zauberte, noch einmal Wirklichkeit werden möge. Und solange sie in uns mächtig und wirksam sind, solange dürfen wir auch der Zukunft unseres Volkes froh und gewiß sein. Denn die größeste und stolzeste Zukunft wird das Volk haben, das die Einheit und den inneren Frieden am meisten in sich verkörpert und dessen Glieder am willigsten und freudigsten einander die Hände zur vollen Gemeinschaftsarbeit reichen.

Deutsches Volk sorge und trachte, daß du dieses Volk seiest!

DD 228.8
.T4



Digitized by Google